

STATE LIBRARY OF PENNSYLVANIA



3 0144 00439115 7

REFERENCE



COLLECTIONS



Digitized by the Internet Archive
in 2015

<https://archive.org/details/economicsocialhi07carn>

CARNEGIE-STIFTUNG
FÜR INTERNATIONALEN FRIEDEN

ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND GESCHICHTE

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELTKRIEGES

PROFESSOR DR. JAMES T. SHOTWELL
GENERALSCHRIFTFLEITER

ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE

VORSITZENDER DER GEMEINSAMEN SCHRIFTFLEITUNG
Prof. Dr. James T. Shotwell

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFLEITUNG

Minister a. D. Prof. Dr. Friedrich Wieser †
Vorsitzender

Gesandter a. D. Richard Riedl
Sektionschef Prof. Dr. Richard Schüller

UNGARISCHE SCHRIFTFLEITUNG

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz

SCHRIFTFLEITUNG DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

Prof. Dr. Clemens Pirquet

Der Plan des ganzen Werkes ist am Schlusse dieses Bandes abgedruckt

✓
DIE MILITÄRVERWALTUNG
IN DEN VON DEN ÖSTERREICHISCH-
UNGARISCHEN TRUPPEN BESETZTEN
GEBIETEN

VON

GENERALMAJOR HUGO KERCHNAWE, MAJOR RUDOLF
MITZKA, GENERALKONSUL FELIX SOBOTKA, GENERAL-
MAJOR HERMANN LEIDL UND GENERAL DER INFANTERIE
ALFRED KRAUSS

WIEN
HÖLDER-PICHLER-TEMPSKY A.G.
YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN
1928

ADOLF HOLZHAUSENS NACHFOLGER
UNIVERSITÄTSBUCHDRUCKER
WIEN

INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite
VORWORT DES GENERALHERAUSGEBERS.	IX
EINLEITUNG. Von Generalmajor Hugo Kerchnawe	1
DIE K. U. K. MILITÄRVERWALTUNG IN RUSSISCH-POLEN.	
Von Major des Generalstabes Rudolf Mitzka, vormal's Referent für Polen im Armee-Oberkommando Baden	8
Errichtung des Militär-Generalgouvernements	8
Allgemeine Organisation der Militärverwaltung	10
Wirtschaftliche Ausnützung des Okkupationsgebietes	19
Bergwerke, Hüttenwesen und Industrie	23
Gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Maßnahmen	26
Warenverkehr, Monopole und Steuern	29
Verkehrswesen	32
Die Schaffung des polnischen Staates	33
Aufstellung der königlich polnischen politischen Verwaltung	39
Mißglücken der Aufstellung der polnischen Armee	40
Rückwirkung der Gründung des polnischen Staates auf die Ausnützung der Landwirtschaft	41
Rückwirkungen der materiellen Not der Monarchie auf das Okkupations- gebiet	48
Das Ende der Militärverwaltung	50
DIE K. U. K. MILITÄRVERWALTUNG IN SERBIEN. Von	
Generalmajor Hugo Kerchnawe, vormal's Generalstabschef des Militär- Generalgouvernements Serbien	53
Kulturelle und klimatische Verhältnisse des Okkupationsgebietes	53
Einrichtung der Militärverwaltung in Serbien	56
Das Wirken der ersten Militärverwaltung. Ihr Mißerfolg	59
Die neue Militärverwaltung	69
Der Verwaltungsapparat	76
Das statistische Amt als wichtiger Helfer	83
Militärische Organisation. Sicherheitsdienst	87
Organisation der Arbeitskräfte	100
Verkehrswege	107

228947

	Seite
Hochbauten und sonstige technische Betriebe	118
Hebung der Landwirtschaft	121
Hebung der Viehzucht	131
Ernteaufbringung	136
Landwirtschaftliche Industrie	149
Verwertung des Viehstandes	156
Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	171
Berg- und Hüttenwesen, Steingewinnung, Mineralwässer	177
Handel, Gewerbe und Industrie	183
Die Seuchenbekämpfung	191
Sanitäre Vorsorgen der Militärverwaltung	208
Hygienische Maßnahmen der Militärverwaltung	216
Unterricht und Kultuswesen	224
Polizei und Gerichtswesen	233
Finanzwesen	238
Landesaufnahme	247
Nachrichten- und Zeitungswesen	250
Die militärischen Ereignisse während der Okkupation	254
Rückblick	266

DIE MILITÄRVERWALTUNG IN MONTENEGRO UND

ALBANIEN. Von **Generalmajor Hugo Kerchnawe**, vormalis Vorstand der liquidierenden Gruppen des Militär-Generalgouvernements Montenegro und der Militärverwaltung in Albanien

270

Das k. u. k. Militär-Generalgouvernement in Montenegro 270

Die Verwaltung Albaniens durch das k. u. k. XIX. Korpskommando und die Armeegruppe Generaloberst Pflanzer-Baltin 283

DER ANTEIL ÖSTERREICH-UNGARNS AN DER MILITÄR- VERWALTUNG IN RUMÄNIEN 1917—1918. Von **General-**

konsul **Felix Sobotka**, vormalis eingeteilt beim Wirtschaftsstab in Rumänien

305

DIE VERWALTUNG DES BESETZTEN GEBIETES ITALIENS.

(NOVEMBER 1917 BIS OKTOBER 1918.) Von **Generalmajor Hermann**

Leidl, vormalis Chef der Verwaltungsabteilung des Heeresgruppenkommandos Feldmarschall von Boroević

318

Einrichtung der Militärverwaltung 318

Gerichts-, Finanz- und Rechnungswesen 327

Kultus, Unterricht und Sanitätswesen 331

Handel und Verkehr 337

Landwirtschaft 341

Wirtschaftliche Ausnützung des besetzten Gebietes 350

DIE BESETZUNG DER UKRAINE 1918. Von General der Infanterie Alfred Krauss , vormals Kommandant der k. u. k. Besatzungsarmee, und Militärintendant Franz Klingenbrunner , vormals Referent im Kommando der Ostarmee	359
Vorgeschichte der Besetzung	359
Der Einmarsch in die Ukraine	363
Organisierung der Aufbringung von Verpflegungsmitteln	372
Der Wechsel im Kommando der k. u. k. Besatzungsarmee	380
Das Versagen des Brotfriedens	388

VERZEICHNIS DER BEILAGEN.

Übersichtsskizze des Militärgeneralgouvernements Serbien. (Beilage I.)	
Übersichtsskizze des Militärgeneralgouvernements Montenegro. (Beilage II.)	
Übersichtsskizze von Albanien. (Beilage III.)	
Die Ukraine nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk im Sommer 1918. (Beilage IV.)	
ANHANG	(1)

VORWORT

DES GENERALHERAUSGEBERS.

Im Herbst 1914 ist mit einem Male, an Stelle der Theorie, der Geschichtschreibung die Aufgabe zugefallen, die Wirkungen zu erforschen, die der Krieg auf die moderne Gesellschaft hat. Dieser veränderten Sachlage mußte auch die Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden das Programm anpassen, nach welchem ihre Abteilung für Wirtschaft und Geschichte ihre Untersuchungen zu führen hatte. Der Leiter der Abteilung machte demzufolge den Vorschlag, man solle versuchen, im Wege geschichtlichen Nachweises die Größe der wirtschaftlichen Aufwendungen und Verluste zu ermitteln, die die Kriegskosten ausmachen, und ebenso das Maß der Umwälzungen zu bestimmen, die der Krieg für die moderne Zivilisation zur Folge hat. Wenn mit einer solchen Untersuchung Männer besonnenen Urteils und entsprechender Schulung betraut würden, die sich der Pflicht wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit und Treue bewußt sind, so durfte man wohl annehmen, daß Ergebnisse gefunden würden, an denen sich eine gesunde öffentliche Meinung bilden konnte. Es war zu erwarten, daß eine in solchem Sinne gearbeitete Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges den Friedensgedanken fördern werde, dem die Carnegie-Stiftung gewidmet ist.

Wie groß das Bedürfnis nach einer solchen mit historischem Sinne geplanten und durchgeführten Forschung sei, wurde immer klarer, je weiter der Krieg fortschritt, der bei allen Nationen gedrängte Kräfte entfesselte, nicht nur, um sie in einem ungeheuren Zerstörungsprozeß zu verbrauchen, sondern auch, um die produktive Arbeit zu erhöhter Leistungsfähigkeit anzutreiben. Dieses neue wirtschaftliche Leben, das für die Gesellschaft unter den normalen Verhältnissen des Friedens hätte

ein Gewinn sein können, und die überraschende Fähigkeit der kriegführenden Völker, lang andauernde und immer zunehmende Verluste zu ertragen — Tatsachen, die oft genug äußerlich den Anschein eines neuen Aufschwunges boten —, erforderten eine Neubearbeitung des ganzen Gebietes der Kriegswirtschaft. Die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte konnte dem Problem, das sich ihr darbot, nur gerecht werden, wenn sie ihre volle Kraft darauf konzentrierte, und wenn sie es zugleich mit dem Sinne und den Methoden des Historikers, das heißt als ein zusammenhängendes Ganzes untersuchte. Geradeso wie der Krieg selbst ein Ereignis für sie war, dessen Wirkungen aber doch auf scheinbar ganz getrennten Wegen bis in die entlegensten Gebiete der Welt drangen, so mußte auch seine wissenschaftliche Erforschung nach einem Plane vorgenommen werden, der in sich geschlossen war, der aber trotzdem bis zu den Grenzen reichte, bis zu denen man brauchbare Daten praktisch noch zu finden vermoehte.

Während des Krieges konnte jedoch ein wissenschaftlicher und objektiver Forscher nicht daran denken, diesen Plan in großem Maßstabe und mit Aussicht auf Verlässlichkeit durchzuführen. Gelegentliche Studien und Teilforschungen konnten wohl gemacht werden und wurden auch unter der Leitung der Abteilung gemacht, eine umfassende geschichtliche Untersuchung war aber aus offenliegenden Gründen nicht zu machen. Erstens hatte jede autoritative Aufstellung über die Hilfsmittel der kriegführenden Mächte ihren unmittelbaren Zusammenhang mit der Leitung der Armee im Felde, was die Folge haben mußte, daß die wirtschaftlichen Daten der kriegführenden Länder soweit als möglich dem forschenden Beobachter entzogen wurden, während sie im Frieden der wissenschaftlichen Bearbeitung bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden waren. Zu dieser Schwierigkeit, welche die Mittel der Forschung betraf, kam die weitere hinzu, daß fast alle zur Bearbeitung berufenen Forscher in ihren Ländern zur Dienstleistung im Kriege herangezogen und für wissenschaftliche Arbeit nicht zu haben waren. Daher wurde der Plan einer Kriegsgeschichte bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben, da die Verhältnisse in den Ländern, um die es sich handelte, den Zugang zu den entscheidenden Quellen und die Zusammenarbeit von Historikern, Nationalökonomen und Männern des öffentlichen Lebens gestatten würden, ohne daß

ihr gemeinsames Wirken nach Absicht und Inhalt einer Mißdeutung ausgesetzt war.

Nach Beendigung des Krieges nahm die Carnegie-Stiftung ihren Plan einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges wieder auf, indem man erkannte, daß er sich unter den gegebenen Umständen mit nur ganz geringen Änderungen durchführen ließe. Im Sommer und Herbst 1919 wurde die Arbeit begonnen. Der ökonomische Beirat der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte trat zu einer Konferenz in Paris zusammen. Bald wurde es jedoch klar, daß für das Unternehmen einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges eine neue, feiner gegliederte Organisation geschaffen werden mußte, die weniger auf internationaler Zusammenarbeit als auf nationaler Grundlage aufgebaut wäre. Man konnte so lange zur vergleichenden Forschung nicht vorsehreiten, als nicht in jedem einzelnen Lande die Tatsachen einwandfrei festgestellt waren. Und wie mannigfaltig und verwickelt waren diese nicht bei jedem einzelnen Volk! Es wurde daher der alte europäische Arbeitsausschuß aufgelöst, und es wurde beschlossen, in jedem der größeren Länder Schriftleitungen zu bilden und in den kleineren Einzelherausgeber zu ernennen, die sich — wenigstens vorläufig — auf die wirtschaftliche und soziale Kriegsgeschichte ihrer eigenen Länder zu beschränken hätten.

Die Bildung dieser Schriftleitungen war der erste Schritt, den der Generalherausgeber in jedem Lande zu tun hatte, in welchem man an die Arbeit heranging. Und wenn es überhaupt einer Rechtfertigung für den Arbeitsplan der Carnegie-Stiftung bedarf, so ist sie durch die Namen der ausgezeichneten Gelehrten und Staatsmänner gegeben, welche das verantwortliche Amt der Leitung des Werkes auf sich genommen haben. Ihre Verantwortung darf nicht gering eingeschätzt werden, denn sie haben die aufgestellten allgemeinen Grundsätze den ganz verschiedenartigen Anforderungen der nationalen Verhältnisse und Arbeitsmethoden anzupassen. Von dem Grade der Hingebung und Gewissenhaftigkeit, mit dem die leitenden Männer der beteiligten Länder zusammenwirken, wird der Erfolg abhängen, der errungen werden kann.

Sobald einmal die Organisation für die Herausgabe des Werkes zustande gekommen war, konnte kaum ein Zweifel darüber sein, was der nächste Schritt sein mußte, der zu tun war.

Ohne Quellen kann es keine Geschichtsforschung geben. Es mußten daher alle Dokumente des Krieges, die örtlich zerstreuten ebenso wie die in den Zentren befindlichen, aufbewahrt und, soweit dies mit dem öffentlichen Interesse vereinbar war, der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht werden. Diese rein archivarische Arbeit, die sehr groß ist, fällt von Rechts wegen den Regierungen und anderen Inhabern von historischen Dokumenten zu, nicht aber den Geschichtsforschern und Nationalökonomen, die sie benützen wollen. Es ist dies eine Verpflichtung des Eigentümers, alle solchen Dokumente sind anvertrautes öffentliches Gut. Sache der Mitarbeiter bei dieser Aufgabe der Kriegsgeschichte war es, die Lage, wie sie sie vorfanden, zu überblicken, die Ergebnisse ihrer Forschungen in Form von Handbüchern oder Führern herauszugeben und vielleicht durch Anregung zum Vergleich dazu zu verhelfen, daß schließlich die beste Arbeitsmethode allgemein angewendet werde.

Mit dieser rein archivarischen Tätigkeit schienen zunächst die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeit erschöpft zu sein. Hätte sich der Plan der Kriegsgeschichte darauf beschränkt, die Untersuchung auf Grund amtlicher Dokumente zu führen, so hätte wohl nur wenig mehr getan werden können, denn wenn auf diesen einmal der Vermerk «geheim» steht, so werden sich nur wenige Beamte finden, die Mut und Initiative genug besitzen, das Geheimsiegel zu lösen. Ausgedehnte Massen von Quellenmaterial, die dem Historiker unentbehrlich sein mußten, würden seiner Hand entzogen gewesen sein, mochte auch ein großer Teil davon aus jedem Gesichtspunkte ganz harmlos sein. Nachdem die Bedingungen des Krieges auf diese Weise fortführen, die Untersuchung zu hindern, und dies voraussichtlich noch durch lange Jahre tun mußten, so war es notwendig, irgendeinen Ausweg zu finden.

Glücklicherweise ließ sich ein anderer gangbarer Weg auf die Weise finden, daß man, auf Grund eines reichlichen Quellenmaterials, solche Männer zur Berichterstattung berief, die während des Krieges irgendeine wichtige Rolle bei der Leitung der Staatsgeschäfte innegehabt hatten oder die als genaue Beobachter in irgendeiner bevorzugten Stellung imstande waren, aus erster oder wenigstens aus zweiter Hand die Geschichte der verschiedenen Wirtschaftsphasen des großen Krieges und seines

Einflusses auf die Gesellschaft zu schildern. So kam man auf den Plan einer Reihe von Einzeldarstellungen, die man am besten als ein Mittelding zwischen Blaubüchern und Memoiren bezeichnen könnte und die zum größten Teil aus nicht offiziellen, jedoch zuverlässigen Schilderungen oder Geschäftsdarstellungen bestehen sollten. Diese Monographien machen den Hauptteil des bisher geplanten Werkes aus. Sie sollen sich nicht auf Studien über die Kriegszeit allein beschränken, denn eine Wirtschaftsgeschichte des Krieges muß sich mit einer längeren Periode als der des tatsächlichen Kampfes befassen. Sie muß ebenso die Jahre des «Abflauens» wenigstens für so lange umfassen, bis sich ein verlässlicherer Maßstab für die wirtschaftlichen Umwälzungen finden läßt, als dies dem Urteil der unmittelbaren Zeitgenossen möglich wäre.

Bei diesem Abschnitt der Arbeit kam für die Herausgeber eine neue Seite ihrer Aufgabe heraus. Die Monographien mußten in erster Linie mit Rücksicht auf die Mitarbeiter ausgewählt werden, die man aufzufinden vermochte, während sonst das verfügbare Quellenmaterial dem Geschichtschreiber die Aufgabe stellt; denn die Mitarbeiter waren es ja, welche die Quellen beherrschten. Dieser Umstand brachte seinerseits wieder eine neue Einstellung gegenüber den hochgehaltenen Idealen des Historikers, der festen Geschlossenheit der Darstellung und der Objektivität. Man konnte sich unmöglich auf ganz strenge gezogenen Linien halten, wenn man von jedem Mitarbeiter eben dasjenige herausbringen wollte, was er vor allem zu sagen in der Lage war, gewisse Tatsachen mußten wiederholt und von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden, auch mußte man gelegentlich aufnehmen, was, strenge genommen, nicht in das Gebiet der Geschichte gehörte. Volle Objektivität konnte hierbei nicht immer gewahrt werden. Das Verlangen der Anklage oder der Rechtfertigung mochte wohl manche partiische Anschauung zum Ausdruck bringen. Aber solche Anschauungen bilden ja in einer ganzen Zahl von Fällen ein wesentliches Element der Geschichte, da die zeitgenössische Beurteilung von Tatsachen oft so bedeutungsvoll ist wie die Tatsachen selbst. Übrigens ist unser Werk in seiner Gesamtheit so angelegt, daß es sich selbst korrigiert — und wo es das nicht tut, werden es andere tun.

Neben diesen monographischen Behandlungen des Quellenmaterials sind auch noch Einzelstudien in Aussicht genommen, die über technische oder statistische oder enger begrenzte geschichtliche Materien von besonderen Fachmännern geliefert werden sollen. Sie haben bis zu einem gewissen Grade auch den Charakter von Arbeiten aus erster Hand, da sie die geschichtlichen Tatsachen in einer Tiefe fassen, wie diese einer späteren Zeit nicht mehr erreichbar wäre. Sie gehören auch zum Werke des Aufbaues, durch das die Geschichte von der Analyse zur Synthese schreitet. An diesem mühsamen und langwierigen Werke hat die Arbeit eben erst begonnen. Indem wir die ersten Vorarbeiten zu einer Geschichte leisten, wie die von uns geplante es sein soll, gleichen wir, um es im Bilde zu sagen, dem Arbeiter, der die Baumwollkapsel von der Staupe bricht. Die verschlungenen Fäden der Ereignisse müssen dann erst zu dem reichgemusterten Stoffe der Geschichte verwoben werden, und für dieses schöpferische und formende Werk werden wohl recht verschiedene Weisen der Anlage und der Arbeitsverbände notwendig sein.

Bei einem Werk, welches das Erzeugnis einer so weit angelegten und wechselnd zusammengesetzten Arbeitsgemeinschaft ist, ist es unmöglich, anders als in ganz allgemeiner Weise das Maß der Verantwortlichkeit zu bestimmen, das die Herausgeber und Verfasser in Rücksicht auf den Inhalt der einzelnen Darstellungen zu tragen haben. Der Generalherausgeber ist für den allgemeinen Plan zu dieser Geschichte und für dessen wirkliche Durchführung verantwortlich. In jedem besonderen Falle haben aber die verschiedenen Schriftleitungen und Einzelherausgeber in weitem Maße die Feststellung der Untersuchungsprogramme bestimmt und ihnen fällt es auch zu, die unter ihrer Leitung verfaßten Schriften zu lesen. Jedoch kann man sie bei den von ihnen gebilligten Monographien keineswegs für die Schlüsse und Meinungen der Verfasser verantwortlich machen. Wie ein Herausgeber sonst, verbürgen sie sich hinsichtlich der Schriften, die in die veröffentlichten Serien aufgenommen werden, wohl für deren wissenschaftlichen Wert, für ihre Angemessenheit und Brauchbarkeit, im übrigen haben aber die Verfasser volle Freiheit, ihre persönlichen Beiträge auf ihre eigene Weise zu schreiben. Ebensowenig läßt die Tatsache der Veröffentlichung der Monographien den Schluß zu, daß die Car-

negie-Stiftung sich mit allen einzelnen darin enthaltenen Schlußfolgerungen einverstanden erkläre. Die Carnegie-Stiftung ist nur der Geschichte verantwortlich; gegenüber den wechselnden Darstellungen und Anschauungen der Verfasser — insoweit sie für das Verständnis des Krieges in seinem vollen Inhalt wesentlich sind — hat sie nicht die Verpflichtung, sie als unzulässig abzuweisen, sondern ihre Verpflichtung ist die, sie in Treue zu pflegen und zu bewahren.

Dieser Band der österreichisch-ungarischen Serie macht eine besondere Bemerkung im Vorwort des Generalherausgebers notwendig. Der Band behandelt ein Gebiet außerhalb der Grenzen der ehemaligen habsburgischen Monarchie und ist daher hauptsächlich von Interesse für die Angehörigen der anderen in Betracht kommenden Länder, wie Serbien, Italien, Rumänien, Polen usw.

Der Generalherausgeber ist sich dessen vollkommen bewußt, daß die hier besprochenen Fragen im höchsten Grade strittig sind und daß die von der österreichischen Verwaltung der besetzten Gebiete gegebene Darstellung eine andere ist als jene, die von den Vertretern jener Völker geboten würde, deren Wirtschaft damals von der militärischen Okkupationsmacht ausgenützt wurde. Nichtsdestoweniger muß die Darstellung in diesem Buche von österreichisch-ungarischer Seite kommen; denn diese allein kennt die Ergebnisse ihrer Verwaltung und sie allein kann deren administrativen Aufbau schildern. Die Verfasser dieses Bandes haben die Eignung, diese Aufgabe zu leisten, auf Grund der hohen Stellung, die sie in der Verwaltung der besetzten Gebiete einnahmen. Der Text ihrer Berichte enthält mehr als bloße Statistik, da er sowohl ein lebendiges Bild der Tatsachen liefert, als auch den Gesichtspunkt und den Charakter der Männer darstellt, die von der großen Verantwortung belastet waren, militärische Gewalt gegen jene Völkerschaften auszuüben, über die ihnen vorübergehend Macht gegeben war. Das Gegenstück zu diesem Bande wird man in den Serien der anderen in Betracht kommenden Völker finden, die sich ihrerseits mit den hier geschilderten historischen Tatsachen auseinandersetzen werden.

J. T. SHOTWELL.

EINLEITUNG.

(ÜBER DEN BEGRIFF DER «MILITÄRVERWALTUNG»
BESETZTER GEBIETE.)

Von

Generalmajor Hugo Kerchnawe.

Die schon in den ersten Monaten des Weltkrieges in Österreich-Ungarn aufgetauchten Verpflegsschwierigkeiten machten die Erwerbung landwirtschaftlich leistungsfähiger Gebiete und deren systematische Ausnützung für den Ernährungsdienst der Wehrmacht, bald aber auch für den Ernährungsdienst des Hinterlandes selbst, zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, ohne deren Erfüllung eine erfolgreiche Fortsetzung des Krieges in Frage gestellt erschien.

Der Siegeszug nach dem Durchbruch bei Gorlice-Tarnow im Sommer 1915, die Besetzung Serbiens im Herbst 1915, der Walachei und der Dobrudscha im Spätherbste 1916 erfüllten diese Notwendigkeiten in vollem Maße. Die Mittelmächte verfügten nun über ausgedehnte, vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete, und zwar gerade über jene, deren Überschüsse im Frieden vor allem das Erzeugungsmanko der Mittelmächte an Lebensmittel gedeckt hatten. Diese Gebiete hatten durch den Krieg Schaden an ihrer Produktion genommen, ihr normaler Verwaltungsapparat hatte aufgehört zu arbeiten, war vielfach ganz verschwunden. Auch die Verkehrswege, die Grundbedingung für eine reelle Ausnützung und Ausfuhr, waren vielfach zerstört oder, wie in Serbien, noch sehr zurückgeblieben. Die Bedingungen für eine reelle wirtschaftliche Ausnützung der besetzten Gebiete waren also keine allzu günstigen, die Aufgaben für die zu stellenden Verwaltungen keine leichten. Es war naheliegend, daß man auf eine Militärverwaltung griff. Besaß man doch in den Etappenbehörden der operierenden Armeen ein Netz von Behörden, die das Land kannten und die Sprache der Bevölkerung verstanden, so daß man nur hier anzuknüpfen, das bereits Bestehende nur weiter auszubauen und zu entwickeln brauchte. Schließlich mußte auch berücksichtigt werden: diese Gebiete waren Feindesland. Die heimischen friedlichen Ver-

waltungspraktiken mit ihrem langen Instanzenzuge und ihrer nicht immer ausreichenden Exekutive waren da noch nicht am Platze, wollte man nicht auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen, die letzten Endes durch die daraus erwachsenden Kämpfe Kräfte und Blut kosteten, an welchen beiden die Mittelmächte keinen Überschuß hatten und durch welche die besetzten Gebiete statt ein Kraftzuwachs ein kräfteverbrauchendes Element geworden wären.

Unter dem Begriffe «Militärverwaltung» wurde in Österreich weit mehr verstanden, als daß einer Provinz ein militärischer Landeschef mit einem Stabe militärischer Mitarbeiter und einer entsprechenden Exekutivgewalt vorgesetzt wird, im übrigen aber eigentlich eine Zivilverwaltung besteht. Österreich hatte besonders in den im 18. Jahrhundert im Osten erworbenen Provinzen militärische Verwaltungen eingerichtet, die sich nicht nur auf alle Verwaltungszweige und alle Verwaltungsbehörden erstreckten, sondern teilweise sogar bis in Haus und Familie hineinreichten. Der Schöpfer dieser militärischen Verwaltungen war kein Geringerer als Österreichs größter Staatsmann und Feldherr, Prinz Eugen von Savoyen.

Dieser straffen militärischen Organisation, die aus den wilden Söhnen der türkischen Grenze und den zahlreichen serbischen Flüchtlingen und Auswanderern aus den türkisch gebliebenen Gebieten fleißige und dabei doch wetterharte, kriegsgewohnte Kolonisten machte, gelang es im Vereine mit zahlreich ins Land gerufenen schwäbischen, elsäßischen und lothringischen Kolonisten, das gänzlich verwilderte, nur aus unfruchtbaren Steppen, Sümpfen und Wasseransammlungen bestehende Land in ein reich kultiviertes, fruchtbares Gebiet zu verwandeln, in die Kornkammer Mitteleuropas.

Diese Erinnerungen tauchten — teils als Vorbilder, teils aber auch, besonders bei herrschsüchtigen Politikern, als warnende Beispiele — auf, als es sich darum handelte, den besetzten Gebieten eine militärische Verwaltung zu geben. Den Militärs, die vor allem die wirtschaftliche Nutzbarmachung vor Augen hatten, lag eine dem früheren Beispiele möglichst nahekommende Art der Verwaltung am Herzen, die Politiker, allen voran die führenden Politiker der Polen für Polen, die führenden Politiker Ungarns für Serbien, sahen in den alten Vorbildern die Gefahr, daß sich hiedurch die besetzten Länder zu straff an Österreich

anschließen, eine zu kräftige Stütze der Staatsgewalt und des Reichsgedankens werden könnten. Die parlamentarisch erzogenen Regierungen Österreichs fanden in diesem Widerstreite der Meinungen nicht die Kraft, ihren eigenen, entschiedenen, durch die Staatsnotwendigkeit vorgezeichneten Weg zu gehen. So wurden die Militärverwaltungen in den besetzten Ländern, sehr zum Schaden der Sache und trotz der ernsten Lage ein Kompromiß, dessen zwiespältiger Charakter mehr oder weniger zum Ausdruck kam, je mehr die eine oder die andere Anschauung sich mehr zur Geltung gebracht hatte und je mehr oder weniger die an die Spitze der Verwaltungen gestellten Männer sich diesen Anschauungen anzupassen suchten oder sich ihnen zu entziehen verstanden.

Ein hinderndes Moment war für alle Fälle das Fehlen eines für diese Art von Verwaltung gründlich vorbereiteten und geschulten Personals. Die Mittelmächte und besonders Österreich-Ungarn hatten nie damit gerechnet, so ausgedehnte Gebiete durch längere Zeit verwalten und gründlich wirtschaftlich ausnützen zu müssen. Man mußte daher, was sich an verwendbarem militärischen Personal fand, nach kurzen Verwaltungskursen oder kurzer Einführung in die Geschäfte, vielfach aber ohne jede Vorbereitung nehmen, einzig und allein auf die Qualitäten des Gewählten und seine Anpassungsfähigkeit oder auf seine Fachkenntnis auf dem betreffenden Spezialgebiete rechnend. Auch auf diesem Gebiete machte sich eben die aus dem völligen Mangel an positiver Politik und dem damit notwendig verbundenen Mangel an Kriegswillen entspringende unzulängliche Kriegsvorbereitung geltend.

Das erste Land, in welchem eine Militärverwaltung eingerichtet wurde, war der in österreichisch-ungarische Verwaltung übergegangene Teil von Russisch-Polen. Der große militärische Erfolg war den führenden Staatsmännern der Mittelmächte anscheinend überraschend gekommen, so daß sie nun mit dem besetzten Gebiete nichts Positives anzufangen wußten. Erst im August 1915 kam zwischen den beiden verbündeten Heeresleitungen ein Abkommen zustande, nach welchem das russische Weichselgouvernement (das sogenannte Kongreß-Polen) in ein deutsches und in ein österreichisch-ungarisches Verwaltungsgebiet geteilt wurde, welches jedes ein Militär-Generalgouvernement bilden sollte, ein nördliches deutsches mit dem Sitze in

Warschau und ein südliches österreichisch-ungarisches mit dem Sitze in Lublin.

Leider mischten sich in die Aufstellung dieses General-Gouvernements von Anfang an «politische Rücksichten» ein, statt in erster Linie den Zweck der Sache, die wirtschaftliche Ausnützung und die möglichste wirtschaftliche Hebung des Landes, speziell in allen jenen Wirtschaftszweigen, die in erster Linie für die Kriegführung notwendig waren, maßgebend sein zu lassen.

Die Besetzung Serbiens im Herbst 1915 machte bald auch hier die Einrichtung einer Verwaltung nötig. Ein hinderndes Moment für eine zweckmäßige Abgrenzung des Verwaltungsgebietes und damit auch für dessen volle zweckentsprechende Ausnützung waren die seinerzeitigen unklaren, eigentlich oberflächlichen Abmachungen, die man mit Bulgarien vor dessen Eintritt in das Bündnis über die Aufteilung des Gebietes getroffen hatte. Bulgarien hatte sich als Preis für seinen Beitritt, außer den mazedonischen Kreisen, vom alten Gebiete des Königreiches Serbien, wie es vor dem Bukarester Frieden bestanden, das «Gebiet bis zur Morava» zusichern lassen.

Das Moravatal ist die Lebensader Serbiens. Es ist dessen dichtest bevölkertes, am besten kultiviertes Gebiet; die wichtigsten Kommunikationen, darunter Serbiens einzige Vollbahn, führen hindurch oder durchqueren es, womöglich sogar mehrmals. Es läßt sich weder wirtschaftlich noch politisch zweckmäßig teilen, stets wird eine durch das Tal laufende Grenzlinie lebenswichtige Interessen der Gemeinden und Bewohner des Moravatales empfindlich treffen. Der schließlich als Grenzlinie gewählte — im übrigen nicht regulierte, daher sich stetig verändernde und deshalb zu Grenzstreitigkeiten Anlaß gebende — Flußlauf der Morava ist wohl bis zu einem gewissen Grad eine Hindernislinie, daher rein militärisch als Grenzlinie zu gebrauchen, niemals aber als wirtschaftliche Grenzlinie.

Tatsächlich wurde auch von verschiedenen Seiten behauptet, daß die Sache «nicht so gemeint war». So äußerte dem Verfasser gegenüber einmal einer der angesehensten Diplomaten Bulgariens, daß man «selbstverständlich» das «Moravatal» und nicht den «Moravafluß» gemeint habe, wobei er natürlich annahm, daß das ganze Tal bis einschließlich der westlichen Talbegleitungshöhen Bulgarien zuzuschlagen war, während öster-

reichisch-ungarische Diplomaten wieder der Ansicht waren, daß mit dem «jusqu'à la Morava» allerdings das Moravatal gemeint war, aber selbstverständlich ausschließlich des Tales selbst, d. h. also, daß dieses bis einschließlich der östlichen Begleithöhen zum österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiete hätte fallen sollen.

Tatsächlich ging nie eine Grenze längs des Moravaflusses, der vielleicht zu klein ist, um ein derartiges wirtschaftliches Trennungsmoment zu bilden, wie etwa die unwirtlichen Gebirgszüge der Wasserseide zwischen dem Morava- und Timokgebiete, längs welchen die Kreisgrenzen liefen und welche u. a. sechs Jahrzehnte lang die Grenze zwischen dem jungen Fürstentume Serbien und der alten Türkei, und Jahrhunderte lang die Grenze zwischen bulgarischem und serbischem Volkstume gebildet hatten.

Auch bezüglich der Zugehörigkeit des größtenteils von Albanern bewohnten Kreises Priština und einiger wirtschaftlich wertvoller Talbecken (Prizren, Dibra, Kalkandelen, Struga) des ebenfalls vorwiegend albanischen (westlichen) Teiles von Mazedonien herrschte Unklarheit. Das Heeresgruppenkommando GFM. von Maekensen sprach schließlich vorbehaltlich des seinerzeitigen Friedensschlusses den genannten Kreis und die erwähnten Talbecken provisorisch den Bulgaren zu, um diesen Verbündeten bei guter Laune und damit militärisch willig zu erhalten.

So wurde denn aus den Kreisen Šabac, Valjevo, Belgrad-Land und Belgrad-Stadt, Semendria, Kragujevac, dem westlichen Teile der Kreise Paraćin und Kruševac, den Kreisen Čačak, Gornji Milanovac und Užice des alten Königreiches sowie aus den 1913 hinzugekommenen Kreisen Prjepolje, Novipazar und Mitrovica des ehemaligen türkischen Sandžaks Novipazar das «k. u. k. Militär-Generalgouvernement Serbien» mit dem Sitze in Belgrad gebildet. Die Teile des alten Königreiches östlich der Morava bildeten das bulgarische Gouvernement Morava mit dem Sitze in Niš, die übrigen im Frieden von Bukarest neu hinzugekommenen Teile des Königreiches das bulgarische Gouvernement Mazedonien mit dem Sitze in Üsküb.

Das Militär-Generalgouvernement Serbien wurde im allgemeinen beim 3. Armee-Etappenkommando aufgestellt, das bereits am 1. November 1915 die Etappen-Stationskommandos in den Bezirkshauptorten mit der Übernahme der Verwaltung in

den betreffenden Bezirken betraut und in den drei nördlichen Kreisen Serbiens: Šabac, Valjevo und Belgrad in Kreiskommandos zusammengefaßt hatte.

Am 1. Jänner 1916 wurde durch eine Verordnung des Armee-Oberkommandos das Militär-Generalgouvernement Serbien aufgestellt. Waren hiebei nicht in dem Maße politische Rücksichten geltend gewesen wie in Polen, so spielten sie doch immerhin auch hier mit. Obwohl man sich natürlich alles eher als klar war, was man einmal mit Serbien anfangen wollte und niemand von den leitenden politischen Persönlichkeiten ehrlich und offen mit einem festumrissenen diesbezüglichen Projekt hervortrat, so ließ man doch nicht der militärischen Leitung freie Hand, damit sie mit dem Lande mache, was ihr einstweilen zur Erreichung des Kriegszieles, eines für die Monarchie vorteilhaften Friedens, notwendig erschien. Die ungarische Regierung erklärte Serbien als «ungarische Einflußsphäre» und leitete daraus für sich ein Recht ab, bei der Verwaltung des Landes mitzusprechen, während sie hingegen an Polen — aus dem vor lauter «politischen Rücksichten» ohnehin nichts Richtiges zu machen war — und an dem wenig ergiebigen Montenegro ihr «Desinterressement» erklärte hatte.

Der ungarische Einfluß zeigte sich bereits bei der Ernennung des Zivil-Landeskommissärs. Nicht eine prominente südslawische Persönlichkeit wurde genommen oder ein hoher Verwaltungsbeamter, für dessen Auswahl einzig seine fachlichen Qualitäten maßgebend waren, sondern der ungarische Gelehrte und bekannte Historiker Sektionsehef Dr. von Thallóczy, dem man allerdings eine genaue Kenntnis der Südslawen, ihrer Wesensart und Geschichte nachrühmte, der sich wohl schon politisch betätigt, aber niemals in praktischem Verwaltungsdienste gestanden, noch sich mit dessen Materien beschäftigt hatte. Außerdem war der Wirkungskreis dieses «Zivil-Landeskommissärs» nicht genau umschrieben, so daß von vornherein Kompetenzkonflikte nicht ausgeschlossen waren.

Man scheute davor zurück, den ungarischen politischen Faktoren gegenüber energisch zu betonen und fest darauf zu bestehen, daß man aus Notwendigkeiten der Kriegführung eine reine Militärverwaltung wolle, daß man daher dem Zivil-Landeskommissär nur eine beratende Stellung einräumen könne, wenn es schon aus den leidigen angeblichen «politischen» Rücksichten

notwendig sein sollte, einen so hohen zivilen Funktionär in so zweifelhafter, undankbarer Stellung zu halten. So trat denn auch das «Militär-Generalgouvernement Serbien» sein Amt nicht in vollkommen geklärten Verhältnissen an.

Ende Jänner 1916 wurde Montenegro in ein Militär-Generalgouvernement zusammengefaßt. Da es als «österreichische Einflußsphäre» erklärt worden war, so wurde hier zum Zivil-Landeskommissär ein österreichischer Beamter ernannt.

Die Abgrenzung nach den Grenzen des Bukarester Vertrages erwies sich insofern als unpraktisch, als durch diesen der ehemalige türkische, vornehmlich von Mohammedanern bewohnte Sandžak Novipazar zwischen Serbien und Montenegro geteilt worden war. Nun aber bildet dieser Sandžak geographisch und ethnographisch eine Einheit, die ebensowenig zweckmäßig zu teilen war wie das Moravatal. Tatsächlich baten während der Zeit der Besetzung die Bewohner dieses Gebietes wiederholt, vereinigt und womöglich der bosnisch-herzegowinischen Landesverwaltung oder doch einem der beiden Gouvernements, womöglich dem Gouvernement Serbien, angeschlossen zu werden, eine Bitte, die aber trotz Befürwortung aller in Betracht kommender militärischen Verwaltungsstellen vom Ministerium des Äußeren mit Rücksicht auf die Haager Beschlüsse stets abgelehnt wurde.

DIE K. U. K. MILITÄRVERWALTUNG IN RUSSISCH- POLEN.

Von

Major des Generalstabes Rudolf Mitzka,

vormals Referent für Polen im Armee-Oberkommando Baden.

Errichtung des Militär-Generalgouvernements.

Gleich nach Überschreiten der russischen Grenze durch die verbündeten Truppen, anfangs August 1914, erließ das österreichisch-ungarische Armee-Oberkommando in den besetzten Gebieten einen Aufruf, der die Befreiung vom moskowitischen Joche verhiess.

Bald darauf ergingen allgemeine Weisungen wegen Vorgehens der Etappenkommandos bei Besetzung feindlicher Gebiete und Beistellung militärischer Bezirksleiter, worauf im September allgemeine Direktiven für die Militärverwaltung im okkupierten Gebiete Polens folgten.

Als aber die Truppen zurückgenommen werden mußten, nahmen die Russen den größten Teil des besetzten Landes wieder in ihren Besitz. Erst mit der schrittweisen Zurückgewinnung durch die Zentralmächte konnten die Verwaltungsbehörden wieder errichtet werden. Im Jänner 1915 erfolgte die Übertragung der Verwaltung an das 1. und 2. Armee-Etappenkommando. Man errichtete zunächst in Dąbrowa, Olkusz, Miechów, Jedrzejów, Włoszczowa, Nowo-Radomsk und Piotrków Kreiskommandos. Die Verwaltung erfolgte nach den am 9. Februar 1915 ausgegebenen «Ersten Grundzügen für die k. u. k. Militärverwaltung in Polen».

Gesetze und Anordnungen, die im ganzen Okkupationsgebiet oder in bestimmten Teilen dieses Gebietes in Kraft treten sollten, wurden durch das vom Armee-Oberkommando ausgegebene «Verordnungsblatt der k. u. k. Militärverwaltung in Polen» in polnischer und deutscher Sprache kundgemacht. Die Armee-Etappenkommandos und die Kreiskommandos erhielten vom

Armee-Oberkommando die Organe für die öffentliche Verwaltung und Rechtsprechung zugewiesen, zu deren Leitung ein politischer Beamter (Zivil-Landeskommissär) berufen war.

Den Kreiskommandos wurde je ein Militärgericht angegliedert, das in Strafsachen im feldgerichtlichen Verfahren und in Zivilrechtssachen im Vereine mit Zivilrichtern fungierte. Dem Armee-Etappenkommando war ein Militärgericht angegliedert, dem die Entscheidung in II. Instanz oblag.

Die Gemeindeverwaltung blieb in den Händen der Gemeindevorsteher, die wie bisher frei gewählt wurden, aber vom Kreiskommando bestätigt sein mußten. Die gewählten Gemeinderichter mußten ebenfalls vom Kreiskommando bestätigt werden. Später traten Friedensgerichte an Stelle der Gemeindegerichte. Außerdem wurden Gerichtshöfe für den Bereich mehrerer Kreise aufgestellt.

Grundsätzlich hatten die besetzten Gebiete für alle Verwaltungsbedürfnisse selbst aufzukommen. Soweit die eigenen Erträge nicht ausreichten, leistete die Militärverwaltung Zuschüsse, die eine Schuld des besetzten Gebietes bildeten. Die Kreiskommandos führten die Verwaltung auf Grund eines Wirtschaftsplanes und gaben den Gemeinden entsprechende Zuschüsse zur Bestreitung der Auslagen gegen Verrechnung.

Am 13. und 15. Mai 1915 folgte die Errichtung von weiteren Kreiskommandos in Pińczów, Busk, Kielce, Końskie und Opoczno.

Am 17. Mai 1915 traten an Stelle der Armee-Etappenkommandos die Militärgouvernements in Kielce und Piotrków, weil sich infolge Vergrößerung des Okkupationsgebietes und der durch den Bewegungskrieg verursachten erhöhten Inanspruchnahme der Armee-Etappenkommandos in ihrer rein militärischen Tätigkeit die vollständige Abtrennung der Verwaltungsagenden als unumgänglich notwendig erwies.

In weiterer Folge wurden noch nachstehende Kreiskommandos im besetzten Gebiete errichtet: am 1. Juni 1915 in San domierz, Opatów und Ilza, am 13. August 1915 in Radom und Kozienice, am 21. August 1915 in Janów, Biłgoraj, Lublin, Nowo-Alexandrja und Lubartów.

Mit Verordnung des Armee-Oberkommandos vom 25. August 1915 wurde ein Militär-Generalgouvernement in Kielce errichtet, dessen Sitz am 1. Oktober 1915 nach Lublin verlegt

wurde. Zum Generalgouverneur wurde GM. Erich Freiherr von Diller ernannt.

Zwischen den Verbündeten war als Abgrenzung der beiderseitigen Verwaltungsgebiete in Russisch-Polen eine Linie vereinbart worden, die von der alten Dreikaiserecke längs der Bahn von Mysłowice nach Czenstochau, über Wreezyca an die Warthe bis in die Nähe von Sieradze verlief, von wo sie sich nach Westen an die Pilica wendete. Von deren Einmündung in die Weichsel folgte sie dieser bis Iwangorod und wurde weiter durch den Wieprz und den Tysm gebildet. In der Nähe von Opalin erreichte sie den Bug.

Das Generalgouvernement umfaßte daher ungefähr die russischen Gouvernements Piotrków, Kielce, Radom und Lublin, hatte ein Areal von etwa 45.000 Quadratkilometer, laut letzter Volkszählung von beiläufig $4\frac{1}{2}$ Millionen Menschen bewohnt, und war in 22 Kreise und die Enklave Jasna Gora in dem unter deutscher Verwaltung stehenden Teile des Kreises Czenstochowa eingeteilt.

Diese durch die militärische Lage entstandene und begründete Trennung Polens in zwei getrennte Verwaltungsgebiete, die voneinander streng abgesperrt waren und anfangs auch nicht nach einheitlichen Grundsätzen verwaltet wurden, zog große Nachteile nach sich. Die beiden Verwaltungen waren jedoch bemüht, diese Schranken zwischen den Okkupationsgebieten nach und nach zu beseitigen und Einheitlichkeit in die Verwaltungsmaßnahmen zu bringen, zu welchem Zwecke die beiden Obersten Heeresleitungen verschiedene Abkommen schlossen.

Allgemeine Organisation der Militärverwaltung.

Legislative Maßnahmen, prinzipielle Regelungen, Abänderungen der bisherigen Grundrechte der Bevölkerung und alle Verfügungen, die nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen oder nach den besonderen Verhältnissen und Vorschriften in Russisch-Polen eines Gesetzes bedurften, waren dem Armeekorpskommando vorbehalten und konnten von ihm oder auf Grund seiner ausdrücklichen Ermächtigung vom Generalgouverneur erlassen werden. Soweit durch solche gesetzliche Anordnungen nicht neues Recht geschaffen oder früheres geändert wurde, blieben in den okkupierten Gebieten gemäß Artikel 43 der An-

lage zur Haager Konvention vom 18. Oktober 1907, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, die geltenden Gesetze in Kraft. Wo Gesetze des Landes fehlten oder infolge zwingender Hindernisse nicht in Kraft erhalten werden konnten, mußten die allgemeinen, der österreichischen und ungarischen Gesetzgebung entnommenen Grundsätze von Recht und Billigkeit angewendet werden; in letzter Linie galten das Kriegsrecht und das Staatsnotrecht.

Bei Anwendung von Zwangsmaßnahmen wurde über die im Frieden zulässigen Exekutivmittel nur so weit hinausgegangen, als es die Sicherung des Erfolges und das Ansehen der Militärverwaltung erforderten, wobei auf die Bestimmungen der Haager Konvention Bedacht genommen wurde.

Außer dem zur Kundmachung von Gesetzen und Anordnungen des Armee-Oberkommandos dienenden «Verordnungsblatte der k. u. k. Militärverwaltung in Polen» erschien noch ein «Verordnungsblatt des Generalgouvernements». Die «Amtsblätter der Kreiskommandos» dienten nicht nur zur Weiterverbreitung legislativer Verfügungen in gemeinverständlicher Weise, sondern auch zur Belehrung der Bevölkerung und zur Aufforderung, sich mit allen Anliegen rückhaltlos und ohne Scheu an die Hilfe und Unterstützung der Behörden zu wenden.

Die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte (Freizügigkeit, persönliche Freiheit, Hausrecht, Briefgeheimnis, Vereinsrecht, Versammlungsrecht usw.) wurden nur nach Maßgabe des russischen Kriegs- oder Ausnahmezustandes gewährleistet und dies auch nur, soweit nicht nach den Ausnahmsgesetzen in den angrenzenden österreichischen Reichsteilen weitergehende Einschränkungen Platz gegriffen hatten.

Die Amtssprache der k. u. k. Kommandos war die Dienstsprache des Heeres, d. i. die deutsche Sprache, doch war im Verkehre mit polnischen Parteien die polnische Sprache zu gebrauchen. Öffentliche Kundmachungen erfolgten in beiden Sprachen. In den Kreisen Chelm, Hrubieszów, Bilgoraj, Krasnostaw, Tomaszów und Zamość wurden diese Bestimmungen auch auf die ukrainische Sprache im Verkehre mit ukrainischen Parteien ausgedehnt. Die russische Sprache sowie die kyrillischen Schriftzeichen waren vom Verkehr in der Schule, im Amte und im öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Der Generalgouverneur war das höchste ausübende Organ der Exekutivgewalt und die oberste entscheidende Instanz für die gesamte Rechtsprechung und Verwaltung im Okkupationsgebiete. Als beratendes Organ in Fragen des Schulwesens bestanden der Gouvernementsschulrat, weiters als oberste Instanz ein Berufungsgericht. Um die einheitliche Handhabung der Verwaltungstätigkeit in den Kreisen wahrzunehmen, waren dem Gouverneur Gouvernementsinspizierende mit dem Sitze in Lublin, Kielce und Radom unterstellt.

Die Kreiskommandanten waren in ihren Kreisen die entscheidenden, verfügenden und allein verantwortlichen Kommandanten. Ihnen war ein Stellvertreter und zur Leitung der politisch-administrativen Agenden ein leitender Zivilkommissär zugeteilt.

Hilfs- und Vollzugsorgane des Kreiskommandos waren die ihm unmittelbar untergeordneten Etappenstationskommandos und die Gendarmeriepostenkommandos.

Für die wirtschaftliche Ausnützung des Okkupationsgebietes bestand die Wirtschaftssektion. Zur Vermittlung, Überwachung und Leitung des wirtschaftlichen Verkehrs nach dem Okkupationsgebiete diente die Warenverkehrszentrale in Krakau samt einer Expositur in Wien und den Auskunftsstellen in Krakau, Radom, Rzeszów und Lemberg.

Der an die Wirtschaftssektion angegliederten Forst- und Güterdirektion oblag die wirtschaftliche Verwaltung der im staatlichen Eigentum oder nur in staatlicher Verwaltung stehenden Forste, ferner der damit zusammenhängenden Angelegenheiten des Feldschutzes, der Jagd und Fischerei sowie die Bewirtschaftung der Staatsgüter (Domänen). Der Forstdirektion waren die am Sitze eines jeden Kreiskommandos bestehenden Kreisforstämter unmittelbar untergeordnet. Zur Verwaltung der Produkte des Bergbaues bestand das Militärbergamt in Dąbrowa, das unmittelbar dem Armee-Oberkommando unterstellt war. Ihm war eine Expositur in Kielec und eine Reihe von Militär-Bergwerksleitungen angeschlossen.

Für die Leitung des Eisenbahnwesens im Okkupationsgebiete bestand das Kommando der Heeresbahn mit dem Sitze in Radom. Das Personal unterstand dem Militärgouverneur nur in lokaler Hinsicht. Administrativ und betriebstechnisch war es dem Kriegsministerium unterstellt. Die für die Verwaltung des

Post- und Telegraphenwesens in Lublin errichtete Etappen-Post- und Telegraphendirektion war in allen Angelegenheiten des Post- und Telegraphendienstes unmittelbar dem Armee-Oberkommando unterstellt.

Die Organisation der Verwaltung in Polen erfolgte unter Berücksichtigung der nationalen Interessen des polnischen Volkes. Die Mittelmächte waren bemüht, die Bevölkerung zur Mitwirkung an der Verwaltung heranzuziehen, soweit dies mit den wichtigsten Kriegsinteressen vereinbar war. Wenn sie dabei nicht immer auf ein richtiges Verständnis stießen, so lag dies an der durch die preußische Ostmarkenpolitik im polnischen Volke entstandenen und genährten Mentalität gegen die Deutschen, die durch politische Emissäre Rußlands und der Ententemächte wie durch die zahllosen, im Auslande bestehenden polnischen Vertretungen stets von neuem geschürt wurde.

Besonders die österreichisch-ungarische Verwaltung war stets bestrebt, ganz Kongreß-Polen als eine politische Einheit erscheinen zu lassen. Von diesem Gedanken war auch die vom Armee-Oberkommando im Juni 1916 verfügte Ausdehnung des Militär-Generalgouvernements auf die bisher zum Etappenraume gehörenden Kreise Chełm, Hrubieszów und Tomaszów geleitet.

Dieselbe Tendenz lag auch der Verordnung des Armee-Oberkommandos vom 4. Juli 1916 zugrunde, wonach die Bezeichnung der Angehörigen Kongreß-Polens in amtlichen Dokumenten als «russische Staatsbürger» nach den gemäß der Haager Landkriegsordnung anzuwendenden Gesetzen des okkupierten Landes nicht begründet war. Alle in Kongreß-Polen das Heimatsrecht besitzenden Personen waren mit «Staatsangehörigkeit im Königreiche Polen» zu bezeichnen.

Eine besondere Sorgfalt wurde der Auswahl des Personals für das Militär-Generalgouvernement und die Kreiskommandos gewidmet. Die leitenden Posten des Gouvernements und der Kreiskommandos wie die rein militärischen Agenden der Militärabteilung dieser Behörden wurden von Offizieren und Militärbeamten versehen, während für alle Agenden der öffentlichen Verwaltung in nicht militärischen Angelegenheiten ein eigenes Zivil-Landeskommissariat bestand. Ausgeschlossen waren die von der Militärverwaltung betriebenen Wirtschaftsbetriebe sowie die wirtschaftliche und kommerzielle Gewinnung und

Benützung der Erzeugnisse des Landes, die aus Gründen kriegswirtschaftlicher Natur unter militärischer Leitung bleiben mußten.

Die leitenden Zivilkommissäre der Kreiskommandos, die politischen und richterlichen Beamten, Finanz- und Baubeamten, Ärzte, Schulinspektoren, landwirtschaftlichen Referenten, Forsttechniker, Tierärzte u. dgl. wurden in erster Linie aus dem Beamtenstande des Königreiches Galizien entnommen, ein mit der Landessprache und der Psyche des polnischen Volkes wohl vertrautes Personal, wodurch ein gutes Einvernehmen mit der Bevölkerung begünstigt wurde.

Den Sicherheitsdienst besorgte die Gendarmerie im Vereine mit lokalen Polizeiformationen. Außer Heerespersonen wurden auch Landesbewohner zum Gendarmeriedienste herangezogen, deren Ausbildung in Gendarmerieausbildungskursen in Radom, Lublin und Kielec erfolgte. Monatlich kamen bis zu 100 Gendarmen zur Ausbildung. Die Polizeihundestationen wurden allmählich bis auf 67 vermehrt, die im ganzen Gebiete verteilt waren und zur Ausforschung der zahlreichen Banditendienten. Dadurch gelang es auch, dem Räuberunwesen zu steuern, so daß sich die Raubanfälle von 63 im Dezember 1915 auf 19 im Dezember 1916 verringerten.

Im Interesse der Sicherheit des Landes wurde das Meldewesen streng gehandhabt und die Abgabe aller Waffen, Munition und Sprengstoffe angeordnet. Nur Waffen von künstlerischem oder historischem Werte konnten mit Genehmigung des Kreiskommandos ausnahmsweise dem Inhaber belassen werden. Der Kreiskommandant konnte auch vertrauenswürdigen Personen das Tragen von Waffen und Munition insoweit gestatten, als dies zur Sicherheit des Eigentums oder der Person unumgänglich nötig war. Weiters konnte das Kreiskommando zum Zwecke der Ausübung der Jagd das Tragen der dazu notwendigen Waffen und der dazu gehörigen Munition vertrauenswürdigen Personen bewilligen, wenn sie sich über ihre Befugnis zur Ausübung der Jagd ausweisen konnten.

Der Verkehr innerhalb des Okkupationsgebietes und über dessen Grenzen war aus militärischen Gründen zahlreichen Beschränkungen unterworfen. Anfänglich war der «Paßzwang» schon für den Aufenthalt in einem anderen Kreise vorgeschrieben und für die Einreise in das Okkupationsgebiet das

Visum des Armee-Oberkommandos oder Kriegsministeriums erforderlich. Spätere Verordnungen brachten verschiedene Erleichterungen. So wurde am 31. Mai 1915 der Paßzwang für den Verkehr innerhalb des Militär-Generalgouvernements aufgehoben und am 25. August 1915 die Einreise auch mit dem Visum einer «Paßvidierungsstelle» gestattet. Auch Grenzbewohnern, deren Wirtschaftsbetrieb die wiederkehrende Überschreitung der Grenze des Okkupationsgebietes erforderte, wurde der Verkehr mit dem deutschen Verwaltungsgebiete wie mit Galizien erleichtert.

Während der militärischen Operationen waren zahlreiche Landesbewohner aus militärischen Gründen ins Hinterland abgeschoben worden. Als diese Gebiete in den Bereich des Militär-Generalgouvernements fielen, wurde vielen Gesuchen von Internierten oder deren Angehörigen um Repatriierung Folge gegeben. Die Repatriierungsaktion wurde im Mai 1916 auf alle Kreise westlich des Bug ausgedehnt; bis August 1916 waren bereits zwei Drittel der internierten Personen in ihrer Heimat. Überdies wurden zahlreiche polnische Kriegsgefangene in das Gebiet westlich der Weichsel entlassen.

Die Herausgabe von Druckwerken unterlag der Aufsicht der Kreiskommandos. Die Ausübung der Zensur erfolgte allerdings sehr ungleichmäßig. Daher wurde im Juni 1916 in Lublin ein Preßbureau geschaffen, dem hauptsächlich die Herausgabe von Weisungen zur einheitlichen Ausübung der Zensur und die Information des Armee-Oberkommandos, des Militär-Generalgouvernements und der Kreiskommandos durch täglich erscheinende Pressecommuniqués über die im Lande herrschende Stimmung der Bevölkerung oblag. Im allgemeinen war die Presse des Okkupationsgebietes viel strengeren Zensurbestimmungen unterworfen als jene in Galizien, doch die Zensur im deutschen Verwaltungsgebiete war noch bedeutend strenger. Trotzdem entwickelte sich in beiden Gebieten das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen ungemein. Im österreichisch-ungarischen erschienen 36, im deutschen Okkupationsgebiete 145 Tagesblätter, Wochen- und Monatsschriften in polnischer, jiddischer und hebräischer Sprache.

Das Kreiskommando konnte von jeder Gemeinde zur Deckung der Kultusbedürfnisse jeder gesetzlich anerkannten Religionsgenossenschaft Umlagen in dem Ausmaße einheben.

daß die Besorgung der Seelsorge für höchstens 2000 Angehörige der betreffenden Religion durch einen Seelsorger gesichert war.

Das Verhältnis zum Episkopat wurde durch Verhandlungen mit den Bischöfen und dem Ministerium des Äußeren geregelt. Das Verhalten des katholischen Klerus ließ im allgemeinen nichts zu wünschen übrig, obwohl er im Anfange sehr reserviert gegenüber den Behörden war. Schon im September 1915 zeigten sich Zeichen eines günstigen Umschwunges, indem die Bischöfe in ihren Zirkularen an die Geistlichkeit Weisungen wegen Förderung der Eröffnung von Schulen und Übernahme des Religionsunterrichtes herausgaben. Die zum größten Teile gottesfürchtige Bevölkerung ließ sich stark von der Geistlichkeit beeinflussen. Sehr günstig auf die Stimmung wirkten unter anderem die Missionspredigten von Ordensgeistlichen aus der Monarchie (Jesuiten, Redemptoristen u. a. m.), die den Zusammenhang der Polen mit der Monarchie förderten und Beruhigung verbreiteten.

Mit tatkräftiger Unterstützung der Behörden, insbesondere durch unentgeltliche Überlassung von Holz aus Staatsforsten, wurden zahlreiche durch die Kriegsereignisse beschädigte oder zerstörte Kirchen und Pfarrhäuser wieder hergestellt.

Während die russische Regierung «Ausnahmsgesetze» eingeführt hatte, durch welche die Juden von den öffentlichen Ämtern ausgeschlossen und in den öffentlichen Schulen und auf den Universitäten auf einen «Numerus clausus» beschränkt waren, hob die Militärverwaltung diese judenfeindlichen Gesetze de facto auf. Der vielfach während des Krieges erhobene Vorwurf, daß unter Berufung auf die Haager Konvention die Ausnahmsgesetze gegen die Juden in Geltung geblieben wären, ist unrichtig.

Der Unterricht der jüdischen Jugend erfolgte unter dem russischen Regime in eigenen jüdischen Religionsschulen, den sogenannten «Chederschulen», in welchen neben dem «Jiddischen» nur die russische Sprache zugelassen war. Die russische Regierung strebte damit an, die Juden zu russifizieren und eine Kluft zwischen Polen und Juden zu schaffen. Die Chederschulen blieben zwar bestehen, doch stand es den Juden frei, ihre Kinder in die von der Militärverwaltung eingerichteten interkonfessionellen Simultan Schulen zu schicken. In einigen Kreisen wurden eigene Judenklassen gebildet. Im Jänner 1917 bestellte

das Militär-Generalgouvernement einen Feldrabbiner als Beirat in Angelegenheiten des jüdischen Schul- und Kultuswesens.

Die Aufsicht über die Schulen, die eine höhere als die allgemeine Volksschulbildung vermittelten, wurde unmittelbar vom Militär-Generalgouvernement, die Aufsicht über alle anderen Schulen von den Kreiskommandos ausgeübt. Die Unterrichtssprache an den öffentlichen Schulen war die polnische. In den Kreisen östlich der Ostgrenze der Kreise Lubartów, Lublin und Janów wurde an jenen öffentlichen Schulen, an denen die Kinder ihrer Mehrheit nach die ukrainische Sprache als Umgangssprache gebrauchten, die ukrainische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt. Für die Wiederherstellung der durch die Kriegseignisse zerstörten Schulen und für den Schulbetrieb wurde Bau- und Brennholz zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt, auch erhielten die Gemeinden im Bedarfsfalle Darlehen zu solchen Zwecken.

Die Bevölkerung zeigte ein sehr großes Interesse am Schulwesen. Die Frequenz stieg derart, daß eine bedeutende Vermehrung der Schulen erfolgen mußte. Die öffentlichen Volksschulen vermehrten sich von 1320 mit 144.955 Kindern Ende 1915 auf 3279 mit 294.726 Kindern bis Ende Oktober 1917.

Die Zahl der öffentlichen Mittelschulen betrug:

1915/16	2	Schulen mit	139	Schülern
1916/17	11	„ „	630	„
1917/18	11	„ „	1346	„

Die Zahl der privaten Mittelschulen betrug:

1915/16	42	Schulen mit	7054	Schülern
1916/17	63	„ „	15.587	„

Um ein verlässliches statistisches Material für die kulturellen und wirtschaftlichen Maßnahmen des Militär-Generalgouvernements zu erhalten, wurde am 15. November 1916 eine Volkszählung durchgeführt. Gegenüber der nach dem «Handbuche der polnischen Statistik» von A. Krzyzanowski und K. Kumaniecki zusammengestellten Bevölkerungszahl von

4.439.300 Einwohnern

und der nach der Volkszählung sich er-

gebenden Zahl von 3,506.967 „

zeigte sich ein Abgang von 932.333 Personen,

der sich durch den Abzug der russischen Truppen und Beamten mit ihren Familien und durch die Abwanderung eines Teiles der Bevölkerung erklärt.

Von den 3,506.967 Einwohnern befanden sich unter 2,832.679 Menschen im Alter von über sechs Jahren 1,613.853 Analphabeten, das sind zirka 57 %.

Gleich nach Einrichtung der Militärverwaltung richtete sich das Bestreben der Verwaltungsbehörden auf die Besserung der sanitären Verhältnisse. Zur Bekämpfung der Blatternkrankheit wurden Schutzimpfungen vorgenommen und die Fleckfiebrays durch militärische Kordons gesperrt. Das Fleckfieber wütete besonders in Lublin im Judenviertel. Im Herbst 1915 wurde auch noch die Cholera durch rückgekehrte Flüchtlinge in viele Kreise eingeschleppt.

Die Militärverwaltung bestellte in Lublin eine Salubritätskommission, errichtete in Kielce ein Epidemielaboratorium und eine Abteilung für Pasteurbehandlung, weiters Bade- und Entlausungsanstalten in Lublin, Końskie, Lubartów und anderen Orten.

Die russischen Zivilspitäler waren in einem desolaten Zustande zurückgeblieben, deren Fonds von den Russen mitgenommen worden. Sie mußten daher mit Subventionen des Militär-Generalgouvernements neu errichtet werden. Außerdem wurden Epidemiespitäler nach Russisch-Polen verlegt.

Trotz aller Anstrengungen der Okkupationsbehörden konnte auf dem Gebiete der Bekämpfung der Infektionskrankheiten kein nachhaltiger Erfolg erzielt werden, weil die Bevölkerung aus Unverständnis sich der Anzeigepflicht entzog und viele Erkrankungen verheimlichte. Speziell die Fleckfieber-epidemien forderten viele Opfer, auch unter den Ärzten, so daß sich bald ein Ärztemangel fühlbar machte. Einer besonderen Beobachtung wurden die aus Wolhynien, aus dem Armeebezirke evakuierten Flüchtlinge unterzogen und allgemein der Impfung zugeführt.

Die Sanitätsanstalten wurden im Jahre 1917 ausgiebig vermehrt, insbesondere in Sandomierz und Kielce neue Entlausungsanstalten, ferner ein Krätze-Ambulatorium in Piotrków und elf mobile Desinfektions- und Entlausungskolonnen errichtet. Sehr gute Erfolge wurden mit den Arzneipflanzenkulturen in den Kreisen Dąbrowa, Opoczno

und Lublin erzielt. Die hierfür angebaute Fläche war größer als jene in der Monarchie.

Wirtschaftliche Ausnützung des Okkupationsgebietes.

Die lange Dauer des Krieges und die Überzahl der Gegner zwangen die Mittelmächte, die Arbeitskraft der Einwohner, auch der Okkupationsgebiete, möglichst auszunützen und zur Mitarbeit heranzuziehen, zunächst in der eigenen Heimat und für Zwecke des eigenen Landes. Die Militärverwaltung schritt schon im Herbst 1915 an die Aufstellung von Zivilarbeiterabteilungen für Straßen- und Eisenbahnbauten. Es meldeten sich Freiwillige weit über den Bedarf, da infolge Stilllegung vieler Industrien Not und Arbeitslosigkeit herrschten. Die Verzeichnung der arbeitsfähigen Bevölkerung führte aber in vielen Teilen des Landes zu Unruhen, weil durch russische Agenten die Nachricht verbreitet worden war, die Monarchie beabsichtige, eine Rekrutenanwerbung durchzuführen.

Die Anwerbung von Lohnarbeitern für die Monarchie mußte gesetzlich geregelt werden, um die Bevölkerung vor Mißbräuchen zu schützen. Sie durfte nur mit Genehmigung des Kreiskommandos und nur von durchaus vertrauenswürdigen Personen vorgenommen werden, die selbst Arbeitgeber, Bevollmächtigte eines Erwerbsunternehmens oder eines Arbeitgeberverbandes der Monarchie, des Okkupationsgebietes oder des Deutschen Reiches waren. Die Anwerbebewilligung war mit längstens sechs Monaten befristet und auf bestimmte Kategorien (landwirtschaftliche, Fabriks-, Bergarbeiter u. a.) und auf eine bestimmte Zahl von Arbeitern beschränkt. Die Bewilligung zur Anwerbung nach einem außerhalb des Okkupationsgebietes gelegenen Orte wurde nur insoweit erteilt, als innerhalb des Landes kein Bedarf nach Arbeitern derselben Kategorie bestand.

Der Anwerber hatte eine Kautions zu erlegen und mußte, wenn er nicht selbst Arbeitgeber war, mit jedem angeworbenen Lohnarbeiter einen in polnischer und deutscher Sprache abgefaßten Arbeitsvertrag abschließen, der den Arbeitsort, die Beschäftigungsart, die vereinbarten Geld- und Naturalbezüge, die Dauer und Kündigungsfrist, die Höchstdauer der Arbeitszeit, die Bestreitung der Reise- und Rückreisekosten u. dgl. zu enthalten hatte. Familienerhalter durften nur angeworben

werden, wenn sie ihre Angehörigen mitnehmen konnten und deren Unterhalt im Arbeitsorte durch Arbeitsvertrag sichergestellt war.

Die am Sitz der Kreiskommandos aufgestellten Kreis-Arbeitervermittlungsämtler unterstützten die Anwerbung. Hierdurch wurde der im Okkupationsgebiete bestehenden Arbeitslosigkeit gesteuert und vielen Familien ein gutes Einkommen gesichert.

Noch wichtiger als Arbeitskräfte war die Gewinnung von Lebensmitteln. Das Armee-Oberkommando wandte deshalb dem Anbau schon in den ersten Anfängen der Militärverwaltung ein besonderes Augenmerk zu. Im Februar 1915 ergingen die ersten Weisungen für den Frühjahrsanbau. Die Kreiskommandanten wurden beauftragt, einen Einfluß und Kenntnisse besitzenden Gutsbesitzer zu bestimmen, der ihnen als beratendes Organ für den Frühjahrsanbau zur Seite stehen sollte, weiters in jeder Gemeinde aus drei bis vier Ortsangehörigen ein Anbaukommando zu bilden, das die Durchführung des Anbaues zu leiten und zu überwachen hatte. Weiters waren die Mengen an Saatgut festzulegen und aus den im Lande vorhandenen Vorräten sicherzustellen, die für den Anbau nötigen Arbeitskräfte zu ermitteln, ferner war zu erheben, inwieweit der Bedarf durch Einheimische gedeckt werden konnte. Die Kreiskommandanten hatten weiters für die Zuweisung von Kunstdünger, landwirtschaftlichen Maschinen, Dampf- und Motorpflügen, Zugtieren u. dgl. zu sorgen.

Die Verwertung der ersten Ernte in Polen wurde durch eine Verordnung des Armee-Oberkommandos vom Juni 1915 geregelt. Die Landwirte wurden verpflichtet, das Getreide nach Menge, Gattung und Lagerungsort anzumelden. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Bausch und Bogen und am Halm wurde verboten, ebenso der Verkauf an andere Personen als an Organe des Kreiskommandos. Die angemeldeten Vorräte wie die Müllereierzeugnisse konnten mit Beschlagnahme belegt und dem Inhaber gegen Bescheinigung abgenommen werden. Für diese Mengen wurde der jeweilig festgesetzte Höchstpreis bar ausgezahlt. Um den Drusch zu beschleunigen, zahlte die Militärverwaltung für das nach dem 1. Dezember in unausgedroschenem Zustande beschlagnahmte Getreide nur die Hälfte des Höchstpreises.

Die Ernte 1915 war bloß mittelmäßig. Lediglich an Kartoffeln bestanden große Vorräte, die aber mangels Personal und Fuhrwerk zum großen Teil nicht abtransportiert werden konnten, so daß viel zugrunde ging, in einigen Kreisen Spiritusbrennereien zur Verwertung in Betrieb gesetzt werden mußten.

Für den Frühjahrsanbau 1916 wurden nach den Erfahrungen aus dem Jahre 1915 und mit Rücksicht auf den größeren Bedarf der Monarchie weitaus strengere Bestimmungen getroffen. Die Besitzer von Landwirtschaften waren verpflichtet, ihre Grundstücke ordnungsgemäß zu bestellen und für die Einbringung der Ernte zu sorgen. In den Gemeinden wurden Wirtschaftskommissionen bestellt, die den ungedeckten Bedarf an Betriebsmitteln und Arbeitskräften zu beschaffen hatten. Arbeitskräfte waren in erster Linie durch freiwillige Hilfeleistung zu gewinnen, im übrigen war jede in der Gemeinde ansässige Person verpflichtet, Feldarbeiten in der Gemeinde zu leisten. Gewisse Ausnahmen waren im Gesetze vorgesehen.

Verlassene Grundstücke wurden von der Wirtschaftskommission vertrauenswürdigen Personen (Zwangsverwaltern) zur Bebauung und Nutznießung übergeben. Größere Komplexe übernahm das Kreiskommando für Rechnung der Militärverwaltung. Den Zwangsverwaltern fiel der volle Ertrag der Grundstücke zu; sie hatten jedoch alle mit der Bewirtschaftung verbundenen Auslagen zu tragen.

Ebenso wurden im Juni 1916 neue Bestimmungen für die Verwertung der Ernte ausgegeben, durch welche die Anmeldepflicht auch auf Kartoffeln, Lein und Raps ausgedehnt und das Militär-Generalgouvernement ermächtigt wurde, den Verbrauch an Mehl, Brot, Kartoffeln, Fett, Zucker und Fleisch auf eine pro Person und Tag festzusetzende Menge zu beschränken.

Nicht minder wichtig war die Erhaltung des durch die Kriegsereignisse stark gelichteten Viehstandes. Schon am 2. Dezember 1915 wurde verboten, Kälber, Kalbinnen, Kühe bis zum vierten Kalbe, Schweine unter 100 kg Lebendgewicht und erkennbar trächtige Haustiere zu schlachten oder zur Schlachtung zu veräußern. Gestützt auf die Bestimmungen des russischen Sanitätsgesetzes verfügte das Armee-Oberkommando im Juni 1916 die Einführung von Viehpässen für jedes Stück Rindvieh, Schaf, Ziege, Schwein, Pferd, Esel und Maultier, ohne Rücksicht auf das Alter, wenn das Tier auf einen Markt, zur

Schlachtung oder mittels Eisenbahn oder Schiff befördert werden sollte.

Nach der Besitznahme des Landes waren besonders Räude und Rotz stark verbreitet. Die Vertilgung rotzkranker Pferde stieß auf große Schwierigkeiten, weil die Bevölkerung aus Mangel an Verständnis oder Eigensinn derartige Erkrankungen von Pferden verheimlichte. Im Jänner 1916 waren 344 rotzkranker Pferde angemeldet, wovon im Februar 1916 auf Grund der vorgenommenen Malleinimpfungen (Proben) 115 erschossen wurden. Der Stand von 616 rotzverdächtigen Pferden im Jänner 1916 stieg im Mai 1917 bis auf 1400. Ende 1917 waren noch immer in 19 Kreisen zahlreiche rotzverdächtige Fälle. Günstigere Resultate wurden bei der Bekämpfung der Räude erzielt. Die Zahl der räudekranken und -verdächtigen Pferde betrug im Jänner 1916 1162 und stieg bis zum Mai 1917 auf 3496 räudekranker und 1924 räudeverdächtige Pferde, während im Dezember 1917 nur mehr 1500 räumige Pferde angemeldet waren.

Auch die Rinderpest erforderte besondere Maßnahmen. Die Kreiskommandos hatten auf Grund der Anträge der fallweise aufzustellenden Seuchekommissionen alle notwendigen Maßnahmen betreffs Verlautbarung und Festsetzung der Grenzen des Seuchenbezirkes und eventuell dessen militärische Absperzung zu veranlassen. Ein vom Militär-Generalgouvernement bestellter Seuchenkommissär für den Seuchenbezirk und je ein Ortskommissär für jeden verseuchten Ort hatten auf die Dauer der Seuche die Ausführung aller angeordneten Maßnahmen zu überwachen. Besondere Bestimmungen regelten die Entschädigungsansprüche.

Eine im März 1917 vorgenommene Viehzählung ergab 303.550 Pferde, 738.300 Rinder, 311.780 Schweine, 61.920 Schafe, 11.700 Ziegen und 2.000.000 Stück Geflügel.

Der Mangel an Zug- und Reitpferden in der Monarchie zwang die Militärverwaltung, größere Mengen von Pferden und Tragtieren anzukaufen und den Armeen zuzuschicken. Die Besitzer mußten die Zahl und Gattung aller Transportmittel bei der Gemeindevorstellung anmelden und der Militärverwaltung auf ihr Verlangen gegen eine angemessene Entschädigung überlassen. Die Aushebung besorgten Pferde-Ergänzungsbezirkskommandos. Die Pferde wurden nach der Tauglichkeit und nach dem Werte kommissionell klassifiziert; die Besitzer erhielten

Widmungsblätter, mit welchen sie sich im Falle der Einberufung auszuweisen hatten, um die festgesetzte Vergütung zu erhalten. Im Jahre 1917 wurden im ganzen Verwaltungsgebiet 37.941 Pferde für die Armeen angekauft. Um dem immer fühlbarer werdenden Mangel an Transportmitteln für die Erntearbeiten einigermaßen abzuhelpfen, organisierte die Militärverwaltung Ochsen-Etappentrainzüge und stellte für landwirtschaftliche Zwecke Pferde und Fuhrwerke der Besatzungstruppen und der Trainanstalten zur Verfügung.

Die von der Forst- und Güterdirektion und den Kreisforstämtern übernommenen Staatsforste waren zum größten Teile stark verwüstet; nach Zuweisung eines entsprechenden Forstpersonals und dessen Bewaffnung setzte eine rationelle Forstwirtschaft und eine wirksame Beaufsichtigung der Staatsforste ein. Das gewonnene Holz wurde in erster Linie für kriegswirtschaftliche Zwecke und für den Wiederaufbau verwendet. An Kriegsgeschädigte wurde Bau- und Brennholz teils unentgeltlich, teils gegen Bezahlung von Regiepreisen abgegeben. Große Mengen wurden zu Eisenbahnschwellen, Piloten und Grubenhölzern verarbeitet.

Bergwerke, Hüttenwesen und Industrie.

Das Armee-Oberkommando war mit allen Mitteln bestrebt, die außerordentlich wertvollen Bergbaue und Hütten in Russisch-Polen der Kriegswirtschaft dienstbar zu machen und den Ertrag auf das Äußerste zu steigern. Die Leitung des Militärbergamtes in Dąbrowa erledigte sich ihrer schwierigen Aufgabe mit besonderer Energie, nahm sukzessive den Betrieb der zum Teil stillstehenden Bergwerke und Hütten wieder auf, so der Bleierzwätsche Olkusz, der Zinkhütten Zagórze und Konstantin (mit acht Zinköfen), des Kupferbergwerkes Miedzianka, des Hüttenwerkes Strachowiec u. a.

Die Kohlenförderung wurde wesentlich gesteigert, doch behinderte Waggonmangel zeitweise den Abschub und dadurch eine Steigerung der Leistung. Während im Mai 1915 der Monatsabschub an Kohlen 2935 Waggonen, also zirka 100 Waggonen täglich betrug, steigerte er sich im August 1915 schon auf 553 Waggonen.

Die Not an Rohmaterial und Maschinen sowie die enormen Anforderungen der Kriegsbetriebe in der Monarchie zwangen

die Militärverwaltung über Anregung des Kriegsministeriums, nach und nach die Ausräumung der stillstehenden und voraussichtlich nicht in Betrieb zu setzenden Hütten vorzunehmen, die dort eingebauten Maschinen und das Alteisen heranzuziehen.

Das Armee-Oberkommando griff dann regelnd ein und bestimmte, daß die wirtschaftliche Kraft des Landes westlich der Weichsel erhalten und gefördert werden müsse und Maschinen nur in Ausnahmefällen, wo die Aufnahme des Betriebes an Ort und Stelle als ganz ausgeschlossen erschien, ausgebaut und abgeschoben werden durften. Dagegen waren in den Gebieten östlich der Weichsel alle Hilfsquellen in weitestgehendem Maße auszunützen.

Im Jahre 1918 wurden über Weisung des Armee-Oberkommandos auf Anregung der polnischen Regierung alle Requisitionen von Maschinen und Maschinenteilen sowie die Aufbringung von Alteisen im ganzen Bereiche des Militär-Generalgouvernements eingestellt.

Vom Militärbergamt wurden im Jahre 1916 in die Monarchie ausgeführt:

Zinkerze	565	Waggons
Bleierze	347	„
Schwefelerze	149	„
Schwefelkies	137	„
Kupfererze	107	„
Eisenerze	2904	„

Die Inbetriebsetzung der Industrie litt hauptsächlich:

an dem Mangel an Rohstoffen und Betriebsmaterialien, speziell an Kohle, da die in Dąbrowa produzierten Kohlenmengen in erster Linie zur Deckung des enormen Bedarfes der Kriegsindustrien in die Monarchie abgeschoben werden mußten;

an dem Mangel an Betriebskapitalien;

an dem Mangel an Beamten und Arbeitern, da ein großer Teil der Beamten mit den Russen geflüchtet war und auch viele Arbeiter abgezogen waren oder sich einer anderen Beschäftigung zugewendet hatten;

an dem Fehlen einer Absatzmöglichkeit, die durch das Abschneiden vom industriearmen russischen Reiche begründet war, während die Monarchie selbst eine hoch entwickelte Industrie besaß, daher als Abnehmer nicht in Betracht kam;

an der Unmöglichkeit, die durch den Krieg und die Requisitionen entstandenen Schäden aus eigenen Mitteln zu beheben.

Eine der Hauptursachen der Zurückhaltung der Industrie von einer neuerlichen Inbetriebsetzung war in den ersten Zeiten der Okkupation noch die allgemeine Furcht vor der Rückkehr der Russen und einer Wiederholung der Kriegsergebnisse mit ihrer zerstörenden Wirkung.

Mit der Zeit vermochte die Militärverwaltung doch die Industrien, speziell die landwirtschaftlichen, wieder zu beleben, doch war ein durchgreifender Erfolg schon deshalb nicht zu erzielen, weil die Kohlenzuweisungen an das Militär-Generalgouvernement bei weitem nicht ausreichend waren und nur die Erhaltung der für die Versorgung der Besatzung und der Bevölkerung notwendigsten landwirtschaftlichen Industrien ermöglichten.

Jene Industriezweige, die für die Lebensmittelversorgung eine Bedeutung hatten, wurden mit allen Mitteln gefördert, einzelne sogar von der Militärverwaltung ins Leben gerufen. Anfangs 1917 erfolgte die Errichtung der ersten Kartoffel-Trocknungsanlage für Speisekartoffelsechnitzel, später wurden noch vier solche Trocknungsanlagen in Betrieb gesetzt. Die Kartoffelsechnitzel waren für den menschlichen Genuß bestimmt.

Um den Futtermangel bei den Armeen und in der Monarchie einigermaßen zu beheben, wurden zwei Kraftfutterfabriken eingerichtet, die in der Kampagne 1916/17 Melasse-mischfutter und in der folgenden Kampagne mit Rücksicht auf das Fehlen von Melasse ein melasseloses Mischfutter erzeugten. Als die Fabrik in Lublin niederbrannte, wurde die Anlage in Motycz derart erweitert, daß die frühere Produktion beider Fabriken erreicht wurde. Die tägliche Leistung betrug 500 Meterzentner.

An Zuckerfabriken standen Ende 1917 bloß sieben im Betriebe, die von der Ernte 1917 450.000 q Rüben zur Verfügung hatten. Die daraus erzeugten 600 Waggon Zucker deckten bei weitem nicht den Bedarf des Militär-Generalgouvernements, das auf die Einfuhr aus der Monarchie angewiesen blieb.

Zur Erzeugung der für technische und sanitäre Zwecke erforderlichen Mengen an Spiritus wurde in 25 Brennereien unter behördlicher Aufsicht der Betrieb aufgenommen.

Von den Stärkefabriken waren im Winter 1917/18 im ganzen Gouvernement 16 in Betrieb gesetzt worden, um Stärkemehl zur Streckung des Edelmehls zu erzeugen.

Auch die übrige Industrie wurde nicht gänzlich außer acht gelassen. Viele durch die Kriegseignisse zerstörte oder zur Einstellung gezwungene Etablissements konnten wieder eröffnet werden, unter anderem drei Glashütten im Gouvernement Piotrków, die Chemische Holzverwertungs-A.-G. in Radom, elf Terpentinfabriken, eine Manufakturwarenfabrik in Moszelenica u. a. Leider führten zahlreiche Streiks im Dąbrowaer Kohlenrevier zu neuerlichen Betriebseinstellungen. Im Sommer 1918 kamen noch durch die fortschreitende Teuerung hervorgerufene Streiks der Industriearbeiter hinzu. Im Juni 1918 trat eine neue Krise ein, weil alle Kohlen von Dąbrowa nach der Monarchie abgeschoben werden mußten, die vom Militär-Generalgouvernement aus dem deutschen Verwaltungsgebiet bezogenen Kohlen aber um zirka 100 % teurer waren. Dies hatte eine fast völlige Lahmlegung der Industrie zur Folge.

Gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Maßnahmen.

Gewerbe und Handel hatten durch die Kriegseignisse stark gelitten, so daß es der Militärverwaltung trotz aller Anstrengung der Behörden erst allmählich gelang, wieder normale Verhältnisse herzustellen. Die Einführung von Märkten und die Erlassung von Marktordnungen wirkten sehr fördernd.

Betreffs des Zahlungsverkehrs wurde im Juni 1916 gesetzlich verfügt, daß die Zahlungsmittel der Kronenwährung bei allen Zahlungen, deren Preis amtlich festgesetzt oder die von Kommandos oder Organen der Militärverwaltung zwangsweise gefordert wurden, angenommen werden mußten. Die öffentlichen Kassen nahmen Zahlungen in der Kronenwährung und in der russischen Währung entgegen. Es konnten daher die in der russischen Währung festgesetzten Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben auch in Rubel gezahlt werden.

An die Stelle der von der russischen Regierung erlassenen Stundungsverordnungen traten das allgemeine und Wechselmoratorium, die gesetzliche und richterliche Stundung. Um die Beständigkeit des Rechtes zu wahren, wurden viele Bestimmungen der russischen Verordnungen übernommen. Die neuen

Verfügungen gingen von dem Streben aus, trotz der Fortdauer des Kriegszustandes die Beschränkungen, die das Moratorium dem Wirtschaftsleben auferlegte, einigermaßen abzuschwächen. Die Finanzinstitute wurden verpflichtet, auf Verlangen des Berechtigten Monatszahlungen in der Höhe von 5% jenes Guthabens zu leisten, das der Einleger am 30. Juli 1914 gehabt hatte. Die Anstalten sollten aber bis zu 50% auszahlen, wenn dringende wirtschaftliche Bedürfnisse des Gläubigers seinen Anspruch rechtfertigten.

Das Bankwesen war in den Anfängen der Okkupation ziemlich lahmgelegt, weil viele Banken das Geld nach Rußland verschleppt hatten und die übrigen wegen der Unsicherheit der Verhältnisse keine Kredite gewährten. Geschäfte wurden nur gegen Kassa abgeschlossen. Später, zu Anfang 1917, zeigte der Rubel eine steigende Tendenz und wurde durch Winkelbörsen künstlich in die Höhe getrieben, wodurch der Handel stark litt. Erst durch die Währungsverordnung des Militär-Generalgouvernements vom 1. April 1917 besserte sich der Kronenkurs.

Um dem Unwesen der Winkelbanken zu steuern, erließ das Armee-Oberkommando im April 1917 eine Verordnung über den Betrieb von Geldwechslergeschäften. Das Geldwechselgeschäft wurde an eine Konzession des Militär-Generalgouvernements gebunden, die jedoch nicht zur Erwerbung, Veräußerung oder Verpfändung von ausländischen Geldsorten sowie von Zahlungen, Schecks oder Wechsel auf das Ausland ermächtigte. Die Betriebe standen unter behördlicher Aufsicht.

Zur Regelung des Devisenverkehrs erließ das Armee-Oberkommando im Juni 1917 eine Verordnung, betreffend den Verkehr mit ausländischen oder mit inländischen Zahlungsmitteln nach dem Auslande. Die entgeltliche Erwerbung, Veräußerung oder Verpfändung ausländischer Geldsorten (Münzen und Noten) sowie von Zahlungen, Schecks oder Wechseln auf das Ausland durfte nur bei der in Lublin errichteten Devisenexpositur oder bei einer vom Militär-Generalgouvernement zum Devisenankauf ermächtigten Person erfolgen. Verboten war:

1. Beträge in Kronen nach dem Auslande zu zahlen oder zu überweisen,

2. Beträge in Kronenwährung auf Kontis ausländischer Firmen im Verwaltungsgebiete zu zahlen oder zu überweisen.

Wer Waren aus dem Okkupationsgebiete nach dem Auslande ausführte, hatte den Gegenwert in der Währung des Bestimmungslandes dem Militär-Generalgouvernement abzuführen. Dieser Gegenwert wurde in Kronenwährung nach dem jeweilig geltenden Umrechnungskurse vergütet.

Zur Wahrung der Interessen der Monarchie oder des Okkupationsgebietes oder sonstiger öffentlicher Interessen konnten gewerbliche oder landwirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere Fabriken, Bergbaue, Banken, Kreditanstalten, Versicherungsgesellschaften sowie Agenturen oder Warenlager solcher Unternehmungen unter Zwangsverwaltung oder Aufsicht gestellt werden. Die Zwangsverwalter oder Aufseher hatten dafür zu sorgen, daß der Betrieb nicht in einer Weise geführt werde, die den früher erwähnten Interessen widerstritt. Wenn der Sitz des unter Zwangsverwaltung oder Aufsicht gestellten Unternehmens sich nicht im Okkupationsgebiete befand, wurde es aufgefordert, innerhalb einer gewissen Frist eine Betriebsleitung zu bestellen und dieser alle Behelfe zur Kontrolle des bisherigen und zur Fortführung des weiteren Betriebes zu beschaffen.

Die Zwangsverwalter waren verantwortliche Leiter des Unternehmens. Sie übernahmen die Kassenbestände, Bücher und sonstigen Geschäftsbehelfe und waren allein berechtigt, jede das Unternehmen betreffende Rechtshandlung vorzunehmen und über alle Vermögensteile zu verfügen. Die Aufseher dagegen waren nur befugt, die Kassenbestände, Bücher und Geschäftsbehelfe des Unternehmens zu prüfen, alle Betriebsräume zu betreten und die Angestellten über die Betriebs- und Geschäftsverhältnisse zu vernehmen. Sie konnten alle geschäftlichen Maßnahmen, insbesondere Verfügungen über Vermögenswerte bis zur Entscheidung des Militär-Generalgouverneurs untersagen.

Mit dem auch im Okkupationsgebiete mit der Zeit fühlbar werdenden Mangel an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zeigten sich dort dieselben Erscheinungen wie in der Monarchie: das Verstecken von Vorräten und die Preistreiberei. Das Armee-Oberkommando sah sich daher genötigt, schon im September 1915 besondere Strafmaßnahmen für diese Delikte gesetzlich festzusetzen. Die Militärverwaltung konnte in solchen Fällen den Verlust der Gewerbeberechtigung, die Schließung

von Betriebsstätten oder den Ausschluß vom Marktbesuche aussprechen.

Die Okkupationsbehörden waren mit allen Kräften bemüht, im Einvernehmen mit einheimischen und internationalen Hilfskomitees die durch die Kriegsergebnisse entstandene Notlage der ärmeren Bevölkerung zu lindern. In Lublin wurde ein Zentralhilfskomitee und in jedem Kreise ein Kreishilfskomitee geschaffen. Diese Komitees entfalteten schon im ersten Winter 1915/16 eine segensreiche Tätigkeit durch die Verteilung von Winterkleidern, Wäsche und Brennholz und wurden von den in den meisten Orten gebildeten Ortshilfskomitees wirksamst unterstützt. Auch die Armen- und die Kinderfürsorge wurden durch Subventionen der Okkupationsbehörden tatkräftigst gefördert, weiter ausgebaut; ferner wurden Speisehäuser, Volksküchen, Teehallen, Suppenanstalten und Schülerküchen errichtet. Im Winter 1916/17 traten durch den Abschub von 6000 Evakuierten aus dem Bereiche der Armeen in Wolhynien, deren Zahl bis zum April auf 20.000 stieg, neue Schwierigkeiten auf, weil Unterbringung und Verpflegung dem Militär-Generalgouvernement zur Last fielen.

Die Gehaltsbezüge der in den besetzten Gebieten zurückgebliebenen Angestellten des russischen Staates, dann die Unterhaltsbeiträge für die zurückgebliebenen Familien von Staatsangestellten, die sich infolge des Krieges außerhalb des Okkupationsgebietes aufhielten, und für die Angehörigen der zur Kriegsdienstleistung eingerückten Mannschaftspersonen wurden beim Nachweise der Bedürftigkeit durch die Militärverwaltung ausbezahlt.

Warenverkehr, Monopole und Steuern.

Bei der Einfuhr von Waren über die österreichische Grenzstrecke in das Okkupationsgebiet wurden Zölle nach einem eigenen Zolltarif eingehoben, der Lebensmittel wie Bedarfsartikel und Industrieerzeugnisse umfaßte. Das Zollwesen mit dem deutschen Okkupationsgebiete war durch eigene Zollübereinkommen geregelt.

Um die Lebensmittel und Rohstoffe des Okkupationsgebietes erfassen und die Überschüsse dem Hinterlande oder den Armeen sowie der Kriegswirtschaft dienstbar zu machen,

verfügte das Armeekorps-Oberkommando ein Ausfuhrverbot für nachstehende Artikel: Getreide, Mehl und Mahlprodukte, Hülsenfrüchte, Kartoffel und Rüben aller Art, Kraftfuttermittel, Rohfutter, Vieh, Geflügel, Eier, Fette, Gerbstoffe, Leder, Knochen, Schafwolle, Felle und Häute, Bau-, Nutz- und Brennholz u. a.

Auf Grund der in Berlin am 26. September 1916 stattgehabten Beratungen über die Neuregelung des Zollwesens im polnischen Okkupationsgebiete bildeten ab Jänner 1917 die beiden Generalgouvernements ein gemeinschaftliches Zollgebiet; bei der Einfuhr von Waren über die Grenzstrecke des unter deutscher oder unter österreichisch-ungarischer Zollverwaltung stehenden Gebietes in das gemeinschaftliche Zollgebiet wurden die Zölle nach einem gleichzeitig erlassenen Zolltarife erhoben.

Zur Vermittlung, Überwachung und Leitung des Warenverkehrs zwischen dem Okkupationsgebiete und der Monarchie dienten die mit 1. Jänner 1918 von Krakau nach Lublin verlegte «Warenverkehrszentrale», deren Auskunftsstellen und der Wirtschaftsausschuß des Militär-Generalgouvernements.

Die Warenverkehrszentrale in Lublin war der Wirtschaftssektion des Militär-Generalgouvernements angeschlossen und gliederte sich in je eine Abteilung für Einfuhr, Ausfuhr und Statistik samt Inkasso.

Die Vertreter der Warenverkehrszentrale in Wien und Budapest hatten die Interessen des Militärverwaltungsgebietes in Bezug auf die Einfuhr wahrzunehmen und über die Einfuhrmöglichkeiten fortlaufend Bericht zu erstatten.

Die Ausfuhr aus dem Okkupationsgebiete in die Monarchie betrug im Jahre 1916 13,266.476 q, die Einfuhr aus der Monarchie in das Verwaltungsgebiet Polen 871.183 q. Die Menge der Ausfuhr wurde hauptsächlich von der Kohle beeinflusst, denn sie betrug allein 10,382.496 q. Die Ausfuhr bestand fast ausschließlich aus Waren der Urproduktion, die Einfuhr zum größten Teil aus Fabrikaten.

Von der Ausfuhr aus dem Okkupationsgebiete von 13,266.476 q entfielen auf Ungarn bloß 30 %, das sind 4,006.198 q, von der Einfuhr aus der Monarchie in das Okkupationsgebiet von 871.183 q entfielen dagegen auf Ungarn nur 2'8 %, das sind 24.014 q.

Die Ausfuhr nach Ungarn bestand vornehmlich in Steinkohle (3,959.527 q, das sind 38 % der Gesamtausfuhr), von der

restlichen Ausfuhr bezog Österreich 98'38 %, Ungarn dagegen bloß 1'62 %. Dies erklärt sich durch den Umstand, daß Ungarn eine unzureichende Kohlenförderung besaß, dagegen im übrigen ein Agrarland ist, das auf die landwirtschaftlichen Artikel des Verwaltungsgebietes nicht angewiesen war.

Selbstverständlich wurden nach und nach Monopole eingeführt, um dem Staate Einnahmequellen zu eröffnen. Der Tabak war anfangs nicht Monopolgegenstand, doch durfte die Einfuhr in das Okkupationsgebiet nur durch vom Armee-Oberkommando bestätigte Importeure erfolgen. Für Tabak galt ein eigener Zolltarif. Für den Betrieb des Tabakhandels war eine Konzession des Kreiskommandos erforderlich. Im März 1916 erfolgte die Ausdehnung des Tabakmonopols auf das Okkupationsgebiet; die Einfuhr war nur der Militärverwaltung vorbehalten, die auch die Preise festzusetzen hatte.

Die Einführung des Spiritus- und Branntweinmonopols im Okkupationsgebiete erfolgte am 22. April 1916. Für den Verkauf war, wie bei allen Monopolen, eine eigene Konzession erforderlich. Die Preise setzte das Militär-Generalgouvernement fest. Zur Bekämpfung der Trunksucht erschien eine eigene Verordnung, welche die Verabreichung von geistigen Getränken an Unmündige und Trinker verbot.

Der Handel mit Zucker war anfangs frei. Die Einführung des Zuckermopols erfolgte am 4. Mai 1916.

Am 1. Jänner 1917 kam das Petroleummonopol. Das Petroleum wurde streng rationiert und nur gegen Karten abgegeben. Für die Sommermonate galten weitgehende Verbrauchsbeschränkungen. Das Salzmonopol wurde im Mai 1917 auf das Okkupationsgebiet ausgedehnt.

Die nach dem russischen Gesetz eingeführten Steuern wurden auch nach Übernahme der Verwaltung durch die Monarchie beibehalten. Die Steuergesetze faßte die Militärverwaltung in eigene Direktiven zusammen, welche die Grundlage für die Steuerbemessung und Einhebung bildeten.

Im August 1918 wurden durch eine gesetzliche Anordnung des Armee-Oberkommandos die Steuersätze, die bisher nach den russischen Gesetzen in Rubeln festgesetzt waren, jedoch sowohl in Rubeln wie in Kronen zum Umrechnungskurse erlegt werden konnten, in Kronen festgesetzt.

Verkehrswesen.

Der Post- und Telegraphenverkehr zwischen Orten des Okkupationsgebietes und jenen der Monarchie war schon im März 1915 aufgenommen worden. Zur Frankierung dienten Militärpostmarken mit dem Aufdrucke «k. u. k. Feldpost». Die Überwachung erschwerende Sprachen und Schriften, wie Cyrillica, Geheimschrift, Schnellschrift usw., waren nicht zulässig, Mitteilungen über militärische Verhältnisse verboten. Die Post- und Telegraphenämter standen unter militärischer Überwachung, die durch bevollmächtigte Offiziere ausgeübt wurde.

Außer den normalspurigen Vollbahnen wurden im Laufe der Okkupation zum Zwecke des Abschubes der Ernteprodukte und der Holzproduktion noch zahlreiche Förder-, Roll- und Kleinbahnen in Betrieb gesetzt. Im Jänner 1917 bestanden im ganzen Okkupationsgebiete: 8 stabile Förderbahnen mit 331 km Betriebslänge, 7 transportable Rollbahnen mit 160 km Betriebslänge und außerdem noch eine unter Zwangsverwaltung stehende 187 km lange Kleinbahn Piotrków—Sulejów.

Eine besondere Bedeutung kam der Einrichtung der Weichsel als Transportlinie zu, da sie beim Kohlen- und Ernteabschub wesentlich zur Entlastung der Bahnen beitragen konnte. Die Russen hatten vor ihrem Abzuge die Dampfer versenkt, doch das zur Leitung des Weichselverkehrs berufene Weichsel-Transportlinien-Kommando machte alle Anstrengungen, sie zu heben und auf den Schiffswerften in Puławy und Nadbrzezje wieder instand zu setzen. Bis zum Oktober 1918 wurden neun versenkte Dampfer wieder gebrauchsfähig. Im Jänner 1917 betrug der Stand an Schiffsmaterial:

6 Dampfer, 6 Motorboote und 278 Galeeren. Die Transportleistungen waren sehr verschieden, da sie im Winter durch Zufrieren des Flusses und Eisstöße und im Frühjahr durch Hochwasser wesentlich beeinflußt wurden. So mußte im Jänner 1917 der Verkehr wegen des starken Eisganges bis zum 21. März eingestellt werden. Die Transportleistungen betrugen im Jahre 1917 beispielsweise im Jänner 29.544 q, im Mai 88.855 q, im Oktober 56.189 q, im November 64.174 q, um im Dezember 1917 wieder auf 31.579 q zu sinken.

Die Frachten bestanden vorwiegend aus Kohlen, Ernteartikeln aller Art, Steinen und sonstigem Baumaterial usw.

Für den Abschub der Ernteprodukte und von Rohstoffen wurden im Militär-Generalgouvernement vier Kraftwagenkolonnen mit zirka 30 bis 60 Wagen verwendet. Eine stärkere Ausnützung dieses neuen Transportmittels war nicht möglich, weil die Straßen nicht für den Automobilverkehr gebaut waren und daher zum größten Teile den Anforderungen nicht entsprachen.

Die Militärverwaltung richtete wohl sofort ihr Hauptaugenmerk auf die Wiederherstellung der zerstörten und beschädigten Kommunikationen. Viel hatten bereits die technischen Truppen während des Vortragens der Offensive getan, doch die Brücken und andere Objekte meist bloß feldmäßig oder im halbpermanenten Stile wiederhergestellt, so daß man vieles durch permanente Objekte ersetzen mußte. Außer den Straßen- und Brückenbauten wurden auch zahlreiche Pferdefeldbahnen für den Abtransport von Getreide, Kartoffeln, Rüben und Holz hergestellt.

Die bedeutendsten Objekte waren die drei bei Dęblin, Puławy und Annopol gebauten Weichselbrücken. Weiters ergaben sich zahlreiche Herstellungsarbeiten, wie die Adaptierung von Kasernen, Errichtung von Getreidemagazinen und Flugdächern für die Erntevorräte, Behebung von Eis- und Hochwasserschäden u. dgl. Große Werkstätten in Garbatka und Tarnia dienten der Massenerzeugung von Baracken für Unterkunftszwecke, die auch in großen Mengen an das Hinterland und die Armeen abgegeben wurden.

Die Schaffung des polnischen Staates.

Die vorstehenden Abschnitte zeigten die Entwicklung der Militärverwaltung in Polen aus den ersten bescheidenen Anfängen einer rein militärischen Etappenverwaltung zu einer durch Gesetze geregelten, geordneten Zivilverwaltung, deren Leitung wegen der Kriegsinteressen in militärischen Händen verbleiben mußte.

Der erste Generalgouverneur, GM. Freiherr v. Diller, zum Statthalter von Galizien ernannt, wurde am 21. April 1916 von FZM. Karl Kuk, dem mit den polnischen Verhältnissen wohl vertrauten bisherigen Festungskommandanten von Krakau, abgelöst. In seinem Begrüßungsauftrufe an die Bevölkerung be-

tonte er, daß er, getreu den Absichten des Monarchen, sein Bestreben darauf richten werde, die schweren Wunden, die der Krieg dem Lande geschlagen, nach besten Kräften weiter zu lindern und die fernere gedeihliche Entwicklung zu fördern.

Aber das Vertrauen, das die Bevölkerung durch die wohlwollende, gerechte und die nationale Eigenart stets berücksichtigende Militär- und Zivilverwaltung gewonnen hatte, wurde durch die Erfolge der Brussilowoffensive im Juni 1916 stark erschüttert. Zur selben Zeit ließen die großen Einbußen an militärischen Kräften und der bevorstehende Eintritt Rumäniens in den Kampf bei den Zentralmächten den Gedanken erstehen, angesichts der enormen Anforderungen an Ersätzen für das Heer die Sicherung der Ostgrenze gegen Rußland wenigstens zum Teil den vom russischen Joche befreiten Polen zu überlassen.

Das Manifest des russischen Generalissimus Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, das den Polen im Falle eines Sieges die Vereinigung aller polnischen Gebiete unter russischem Zep-ter versprochen hatte, zeigte den Weg, der eingeschlagen werden mußte, um die polnische Nation zum Bundesgenossen zu machen. Durch dieses Manifest und die ersten Erfolge der russischen Waffen in Galizien hatte der russophile Gedanke auch im polnischen Volke an Boden gewonnen, während ihm früher nur die rechtsstehenden mächtigen Parteien, die eine opportunistische Politik verfolgten, ergeben waren. Diese Parteien erstrebten einen gewissen Grad von nationaler Autonomie im Verbande des großen russischen Reiches. Dieser russophile Gedanke war erst durch die anhaltenden Erfolge der Zentralmächte und die mit gerechtem Sinn vorgehende Militärverwaltung zurückgedämmt worden. Als sich aber die Erfolge der Brussilowoffensive im Volke verbreiteten, lebte auch der russophile Gedanke wieder mächtig auf, da er als stärkstes Argument die Vereinigung aller polnischen Gebiete verhieß, während die Zentralmächte nicht nur die Teilung des Okkupationsgebietes in zwei vollständig getrennte Verwaltungsgebiete aufrechterhielten, sondern auch die in ihren Gebieten wohnhaften Polen durch die streng abgesperrten Landesgrenzen von ihren Landsleuten trennten. Um die Grundlage zu einem Bündnis mit der polnischen Nation gegen Rußland zu schaffen, mußte somit den Polen die Erfüllung ihrer nationalen Aspirationen gewährleistet werden. So begannen im September 1916 die langwierigen politi-

schen und militärischen Verhandlungen zwischen den Obersten Heeresleitungen und den Ministerien des Äußeren der verbündeten Mächte über die zukünftige Gestaltung Polens und den Ausbau des polnischen Heeres. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurde am 5. November 1916, als die russische Gefahr schon lange überwunden war und auch der Kampf mit Rumänien sich zugunsten der Zentralmächte gestaltete, an die polnische Nation ein Manifest erlassen, das die restlose Erfüllung ihres Strebens nach Selbständigkeit, die Vereinigung aller Teile in einem Reiche in Aussicht stellte und den Grundstein zum Ausbau des polnischen Staatswesens bilden sollte. Allerdings gab es einstweilen große, enttäuschende Einschränkungen.

Die Verwaltung konnte aus militärischen und kriegswirtschaftlichen Gründen nur teilweise den Polen übergeben werden und auch dies erst nach Schaffung eines polnischen Verwaltungsapparates. Als schwacher Trost sollte den ins Leben gerufenen politischen Institutionen sofort ein Einfluß auf das Gesetzgebungsrecht durch Abgabe von Gutachten zu den von den Militärverwaltungen entworfenen Gesetzentwürfen und später durch Ausarbeitung der Gesetze selbst, die aber von den Okkupationsmächten vor ihrer Erlassung geprüft und gegebenenfalls abgeändert werden konnten, eingeräumt werden.

Daß die Entwicklung des polnischen Staatswesens einen so langwierigen Verlauf nahm, der keineswegs den Erwartungen der polnischen Nation entsprach, hatte seine Hauptursache darin, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kein vollständiges Übereinkommen in der polnischen Frage zustande kam. Führende deutsche Kreise standen auf dem Standpunkte, daß Polen nur durch Deutschland befreit worden war, daß daher nur Deutschland allein das Schicksal Polens nach ausschließlich deutschen Interessen bestimmen könnte, wobei an Gebiets-erwerbungen durch «Grenzberichtigungen» gedacht wurde und von der Preisgabe Posen's nicht die Rede war. Die Habsburger propagierten hingegen durch das Ministerium des Äußeren, das Oberste Polnische Nationalkomitee und durch prominente politische Persönlichkeiten aus polnischen Kreisen Galiziens und des Verwaltungsgebietes die austro-polnische Idee, die Vereinigung Polens mit Galizien und die Angliederung dieses Reiches in Form einer Personalunion an die Monarchie. Diese politische Kombination fand in Polen bedeutend mehr Sym-

pathie als die Angliederung an das Deutsche Reich, das durch viele Jahrzehnte eine polenfeindliche Politik befolgt hatte, während die im Verbande der Monarchie ansässigen Polen sich einer gewissen Autonomie und einer großen politischen Freiheit erfreuten. Diese widerstreitenden Interessen bei den beiden Mächten, die das Schicksal Polens womöglich noch vor der Friedenskonferenz im gegenseitigen Einvernehmen mit Polen regeln wollten, führten dazu, daß jede der beiden Mächte den zur Verwaltung übernommenen Teil Polens als Pfand und Kompensationsobjekt nicht aus der Hand geben wollte, wodurch die von den Polen am härtesten empfundene Teilung des Landes aufrecht blieb.

Als erster Schritt auf dem Wege zum selbständigen polnischen Staate wurde am 1. Dezember 1916 ein aus den Vertretern aller Gebiete und Berufskreise berufener provisorischer Staatsrat geschaffen. Um den Forderungen der führenden Politiker Galiziens nach Vereinigung mit dem Königreiche Polen, die damals aus militärischen und politischen Gründen noch nicht zugestanden werden konnte, zu begegnen und die Polen Galiziens zu beruhigen, gab der Kaiser gleichzeitig dem Königreiche Galizien innerhalb des Rahmens der Monarchie eine so weitgehende Autonomie auf dem Wege der Gesetzgebung und Verwaltung, als dies mit der Zugehörigkeit zur Monarchie und den Kriegsinteressen überhaupt vereinbar war.

Im Jänner 1917 erfolgte die feierliche Eröffnung des Staatsrates, womit sich ein reges politisches Leben zu entwickeln begann. Die aktivistischen Kreise, die im Anschlusse an die Zentralmächte das Heil Polens erblickten, klärten in öffentlichen Versammlungen die Bevölkerung über die Bedeutung der geschaffenen Institutionen auf, doch erregten die durch die wirtschaftliche Not der Okkupationsmächte bedingten Requisitionen, wie der Getreide- und Kartoffelabschub, große Erbitterung, so daß vielfach beschlagnahmte Vorräte unter militärischer Assistenz hereingebracht werden mußten.

Ende April 1917 wurde FZM. Kuk von seinem Posten enthoben. An seine Stelle trat, den Wünschen polnischer Kreise entsprechend, ein Angehöriger der polnischen Nation, der als Kommandant der polnischen Legion populär gewordene GM. Stanislaus Graf Szeptycki. Nun begann ein vollständig neuer Kurs, der, dem Drängen der Bevölkerung und dem Programme

des polnischen Staatsaufbaues sowie der vom Ministerium des Äußeren propagierten austro-polnischen Lösung Rechnung tragend, gegen die militärischen Interessen der Monarchie, die eine gründliche Ausnützung der besetzten Gebiete geboten, zur Getreide- und Kartoffelaufbringung eine autonome polnische Organisation schuf, die sich alsbald ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigte, so daß man wieder zum System der Aufbringung durch die Militärverwaltung zurückgreifen mußte.

Die mangelnde Übereinstimmung der verbündeten Mächte über die polnische Frage zeitigte eine unentschlossene Haltung gegenüber den Postulaten des provisorischen Staatsrates, was eine immer mehr anwachsende Mißstimmung im Lande zur Folge hatte. Die politische Lage wurde noch schwieriger durch die radikalen Beschlüsse der Parteien des galizischen Landtages bei der Pfingsttagung des Jahres 1917, welche die Vereinigung mit dem Königreiche Polen forderten. Eine weitere Verschärfung brachte der vor der Ernte eingetretene fühlbare Mangel an Lebensmitteln. Die radikalen Linksparteien, an ihrer Spitze die polnische sozialistische Partei mit ihrem populären Führer Pilsudski, dem Begründer der polnischen Jungschützen, traten aus dem Staatsrate aus und bekämpften mit allen Mitteln die Okkupationsmächte. Die deutsche Militärverwaltung nahm angesichts der schwierigen Lage das Odium auf sich, den populären Führer des polnischen Volkes Pilsudski wegen staatsgefährlichen Verhaltens zu verhaften und ihn in eine deutsche Festung zu bringen. Gleichzeitig setzte es die Oberste Deutsche Heeresleitung durch, daß das als Kader im polnischen Verwaltungsgebiete verteilte polnische Hilfskorps, das verschiedenen Umtrieben nicht ferne gestanden war, an die Ostfront versetzt wurde. Nun beschloß am 29. August 1917 der provisorische Staatsrat, sein Mandat niederzulegen und die Verwaltungsangelegenheiten, insbesondere die Übernahme der Gerichtsbarkeit und des Schulwesens, einem zu bildenden Ausschusse zu übertragen.

Die Demission des Staatsrates war für die Parteien des Zentrums, die im Anschluß an die Mittelmächte eine aktive Politik befolgt hatten, eine Katastrophe, während die Linksparteien über das Versagen dieser Politik sehr befriedigt waren. Die Parteien der Rechten, die sich bisher ablehnend gegen die Okkupationsmächte verhalten hatten (Passivisten), zeigten jetzt mehr Interesse und begannen an der Politik aktiven Anteil zu nehmen.

Die angesichts der schwierigen Lage mit aller Energie geführten Verhandlungen führten zu einer Einigung mit den deutschen leitenden Kreisen, deren Ergebnis ein von beiden Monarchen erlassenes Patent vom 12. September 1917 war. Am 27. Oktober 1917 erfolgte in Warschau demgemäß die feierliche Inthronisation des Regentschaftsrates. Am 1. März 1918 übernahm der General der Infanterie Anton Liposcak die Leitung des Gouvernements.

Über die weitere Ausgestaltung der polnischen Staatsbehörden im Sinne des Septemberpatentes hatten im November 1917 gemeinsame Konferenzen der verbündeten Mächte stattgefunden. Während die Schaffung eines Gesetzes über die Bildung eines Staatsrates und die Errichtung eines polnischen Ministeriums mit gewissen Vorbehalten der Schlußfassung des Regentschaftsrates anheimgestellt blieb, wurde die Errichtung polnischer Ministerien des Äußeren und des Krieges abgelehnt. Das Zollwesen behielten sich die Okkupationsmächte vor; die übrige Finanzverwaltung sollte dem polnischen Staate mit dem Vorbehalte übergeben werden, daß er den Okkupationsmächten die finanziellen Anforderungen vergüte. Unbedingt von der Übergabe wurden ausgenommen: Bergbau, Eisenbahn-, Straßen- und Schifffahrtswesen, Post, Telegraph und Telephon, Staatspolizei, Paßwesen, Presse und Zollwesen, ferner die wirtschaftliche Gewinnung und Verwertung von Landesprodukten in jenem Ausmaße, in dem es die Kriegsführung unbedingt erforderte.

Die vom Regentschaftsrate berufene polnische Regierung stellte hierauf den beiden Okkupationsmächten eine Reihe von Anträgen der einzelnen polnischen Ministerien in bezug auf ihre beratende und vermittelnde Tätigkeit bei den Okkupationsbehörden sowie in bezug auf die Übernahme bestimmter Verwaltungszweige. Nach der im Mai 1918 zur Erledigung dieser Anträge einberufenen Konferenz in Warschau wurden der polnischen Regierung wohl Zugeständnisse bezüglich Übernahme der öffentlichen Verwaltung gemacht, doch viele Einwände erhoben, vor allem, daß geschulte polnische Organe zur Übernahme der Finanz- und der politischen Verwaltung fehlten. Deshalb sollten vorläufig von der polnischen Regierung beigestellte Beamtenanwärter an der Tätigkeit der Okkupationsbehörden als Volontäre mitwirken.

Abgesehen von dieser Vorbereitung der polnischen Verwaltung auf breiter Basis, sollten sofort oder nach Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen einzelne Detailaufgaben übergeben werden, deren Übernahme von den polnischen Ministerien beantragt würde und zu deren Vorsehung eigene Lokalbehörden nicht oder nur in einem solchen Umfange notwendig wären, der schon jetzt von der polnischen Regierung gewährleistet werden könnte. Tatsächlich wurden von wesentlichen Verwaltungszweigen im Sommer 1918 nur das Unterrichts- und mit geringen Einschränkungen auch das Justizwesen an die polnische Regierung übergeben.

Aufstellung der königlich polnischen politischen Verwaltung.

Die Okkupationsmächte errichteten zunächst in Warschau akademische Ausbildungskurse zwecks Heranbildung von Verwaltungsbeamten, die dann behufs praktischer Einführung gegen eine entsprechende Entlohnung zu öffentlichen Diensten herangezogen wurden. Analog fanden im k. u. k. Verwaltungsgebiete zwei Ausbildungskurse für mittlere Beamte in Lublin statt. Die österreichische Regierung kam der polnischen Staatsgewalt so weit entgegen, daß sie ihr Staatsbeamte überließ, welche die Bewilligung zum Austritte aus dem k. k. Staatsdienste erhielten und bis zur Ratifikation des Friedensvertrages beurlaubt wurden.

Ein bedeutsamer Fortschritt auf dem Wege der autonomen Verwaltung war die mit Verordnung des Armeekorpskommandos vom September 1917 verfügte Schaffung von Kreisvertretungen, die nach einer gleichzeitig ausgegebenen Kreiswahlordnung gewählt wurden. Sie konnten sich mit Zustimmung des Militär-Generalgouvernements zur Erreichung bestimmter Zwecke zu Kreisverbänden vereinigen, deren Tätigkeit durch ein eigenes Statut zu regeln war.

Organe der Kreisvertretung waren der Kreistag, der Kreisausschuß und der Vorsitzende. Letzterer war der jeweilige Kreiskommandant, in seiner Vertretung der leitende Zivilkommissär.

Der Kreistag war auf Einladung des Vorsitzenden in der Regel jedes Vierteljahr einzuberufen. Er mußte jedoch einberufen werden, sobald dies ein Drittel der Kreisverordneten verlangte.

Bezüglich des Reiseverkehrs wurden Erleichterungen eingeführt, später auch jener mit Rußland und der Ukraine geregelt.

War sonst außer dem vorgeschriebenen Reisepasse noch eine militärische Bewilligung (ein Passierschein) notwendig, so wurden Staatsangehörige des Königreich Polen, die mit Bewilligung in ihre Heimat rückkehrten, hievon befreit.

Mißglücken der Aufstellung der polnischen Armee.

Den Grundstock für eine polnische Armee sollten die zu Beginn des Krieges organisierten polnischen Legionäre bilden. Die Schaffung eines Königtums und die Berufung eines Landtages hätte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Sommer 1916, unter dem Drucke der russischen Heere an der Ostfront, ermöglicht. Als das Manifest erlassen wurde, hatte die Opferwilligkeit der polnischen Nation infolge der völligen Abwendung der russischen Gefahr schon stark nachgelassen; auch die verbündeten Mächte bekundeten nicht mehr ein so großes Interesse an der Bildung eines polnischen Heeres, über dessen Grundlagen sie sich nicht einigen konnten.

Der nach Einberufung des provisorischen Staatsrates eingesetzte Heeresausschuß, an dessen Spitze Pilsudski stand, befaßte sich mit Vorschlägen zur Bildung der polnischen Armee. Außer der polnischen Legion hätten nach den Anträgen des Heeresausschusses noch die von der polnischen sozialistischen Partei gegründete geheime polnische Militärorganisation, die es verstanden hatte, sich der Überwachung durch die Verwaltungsbehörden zu entziehen, sowie die in der Monarchie und in Deutschland internierten russischen Kriegsgefangenen polnischer Nation als Kader der polnischen Armee Verwendung finden sollen. Kaiser Karl hatte sich gegen die Verwendung der russischen Kriegsgefangenen polnischer Nation im Hinblick auf deren dem Zaren geleisteten Treueid entschieden ausgesprochen. Die Heranziehung der geheimen Organisation kam mit Rücksicht auf ihre politische Unverläßlichkeit nicht in Betracht, so daß lediglich das polnische Hilfskorps (die frühere polnische Legion) im April 1917 der polnischen Armee als Kader übergeben und die Freiwilligenwerbung fortgesetzt wurde.

Die im Mai 1917 vorgenommenen Musterungen der Freiwilligen durch deutsche Musterungskommissionen, denen aber

Offiziere und Ärzte der polnischen Armee beigegeben waren, zeitigten ein geradezu klägliches Resultat. Im deutschen Okkupationsgebiete gelangten nur 2056 Taugliche zur Stellung, von denen 618 aus Litauen stammten, während im österr.-ungar. Verwaltungsgebiete von 1200 angemeldeten Freiwilligen bloß 382 zur Musterung erschienen waren, von denen 273 als tauglich befunden in die Ausbildungskurse eingestellt wurden. Viele Freiwillige kamen nicht, weil der Staatsrat keinerlei Kundmachung erlassen hatte oder weil die Musterung durch deutsche Kommissionen erfolgte. Die Ergebnisse der freiwilligen Werbung verringerten sich später noch bedeutend durch die Eidesverweigerung der polnischen Legion in Warschau, die mit der Begründung erfolgte, daß der Eid nicht der polnischen Staatsgewalt, sondern dem von den verbündeten Monarchen zum Oberbefehlshaber der polnischen Armee ernannten Generalgouverneur General der Infanterie Beseler geleistet werden sollte.

Der Hauptwiderstand gegen die Organisation der polnischen Armee im engen Anschlusse an die verbündeten Mächte und deren Führung und Ausbildung durch deutsche und österreichisch-ungarische Offiziere ging von der polnischen sozialistischen Partei und ihrem Führer Pilsudski aus. Seine Verhaftung und die Abkommandierung des polnischen Hilfskorps an die Ostfront machten die Sache noch ärger. In der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 1918 marschierte das Hilfskorps nach Zerstörung der Bahn und der Telegraphen- und Telephonlinien in der Richtung zur russischen Grenze ab, um nach Rußland durchzubrechen, und stellte sich den dieses Vorhaben hindernden Truppen im Kampfe. Während es einem Teile unter Führung des Generals Haller gelang, auf russischen Boden zu entkommen, wurde der Rest verhaftet und nach Huszt in Ungarn abtransportiert, wo die Rädelsführer kriegsrechtlich verfolgt und der Rest, nach Auflösung des polnischen Hilfskorps, soweit er aus österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen bestand, in die Armee eingereiht wurde.

Rückwirkung der Gründung des polnischen Staates auf die Ausnützung der Landwirtschaft.

Während die okkupierten Gebiete in Serbien und Rumänien ohne jede politische Rücksichtnahme zur Deckung des Be-

darf es der Armee und des Hinterlandes intensiv ausgenützt werden konnten, ergab sich in Polen, insbesondere nach Schaffung des polnischen Staates, die Notwendigkeit, auf die geschaffenen politischen Institutionen und die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Der Herbstanbau 1916 war schwächer als im Vorjahre. Es wurden im ganzen Gouvernementsbereich angebaut:

an Winterweizen und Roggen	1,126.500 Morgen
„ Gerste	3.544 „
<hr/>	
zusammen	1,130.044 Morgen

also 12,5% weniger als im Vorjahre. Die Ursachen lagen in den starken Niedersehlagen während der Anbauzeit und in dem Mangel an Gespannen, die zum Teil durch die Aufbringungs-
tätigkeit in Anspruch genommen waren, ferner im Mangel an Saatgut und Dünger.

Um den Frühjahrsanbau zu fördern, wurden vom Generalgouvernement Pferde, Tragtiere und Zugoehsen der Truppen, sowie 21 vom Armee-Oberkommando zur Verfügung gestellte Staffeln zu 200 Pferden auf die einzelnen Kreise aufgeteilt. Außerdem standen 8 Dampfpluggarnituren und 81 Motorpflüge, die im Sommer auf 109 vermehrt wurden, zur Verfügung. Die Leistungen der Dampf- und Motorpflüge zeigt die nachstehende Zusammenstellung. Trotz aller Bemühungen wurde auch an Sommergetreide weniger angebaut als im Vorjahre.

Monat des Jahres 1917	Angebaute Fläche in Morgen	
	mit Motorpflügen	mit Dampfplügen
Mai	10.095	4.510
Juni	16.590	6.795
Juli	32.354	
August	11.627	
September	7.638	3.631
Oktober	6.164	2.929
November	4.231	2.227
Dezember	275	
Zusammen	109.066	

Zur Behebung des Fettmangels in der Monarchie wurden für den Ölfrüchteanbau Ölpflanzen und entsprechendes Personal sichergestellt und in jedem Kreise etwa 700 Morgen, im ganzen Gouvernementbereiche 18.000 Morgen angebaut. Weiters wurde der Gemüseanbau besonders gepflegt, um getrocknetes Gemüse zur Versorgung der Armeen und des Hinterlandes zu gewinnen.

Die statistische Aufnahme der Anbauflächen, auf Grund welcher die Kontingente festgestellt werden sollten, stieß auf Schwierigkeiten, weil die Landwirte sich weigerten, den Kommissionen Auskünfte zu erteilen. Sie mußte vielfach unter Zwang durchgeführt werden.

Von der Ernte des Jahres 1916/17 waren bis Ende Jänner 1917 nicht einmal zwei Drittel des nach der Ernteschätzung festgestellten Kontingents aufgebracht worden, weshalb die Zwangsaufbringung unter militärischem Druce erfolgen mußte. Die Kartoffelaufbringung wurde in den Wintermonaten wegen der strengen Kälte ganz eingestellt. Die Rauhfutteraufbringung (Heu, Stroh etc.) wurde zwei kaufmännischen Konsortien, je einem rechts und links der Weichsel, übertragen, die sich zur Lieferung eines gewissen Quantum verpflichteteten.

Insgesamt gelangten bis Ende Juni 1917 an Brotfrucht, Gerste und Hafer 8752 Waggons, an Kartoffeln 9000 Waggons zum Abschuß aus dem Militär-Generalgouvernement. Die restlichen Mengen dienten zur Versorgung der Truppen, Anstalten und der Zivilbevölkerung.

Die Aufbringung stieß speziell in den Monaten vor der Ernte vielfach auf den Widerstand der Bevölkerung, die aus Angst vor einer Hungersnot die Abgabe der beschlagnahmten Vorräte verweigerte. Da der Bedarf für das Militär-Generalgouvernement nur bis Ende Mai gedeckt war, wurde eine strenge Absperrung der Grenzen, speziell jener gegen das deutsche Okkupationsgebiet verfügt, um die Schmugglertätigkeit zu verhindern. Weiters setzte man die Mehlquoten auf $\frac{1}{4}$ kg pro Kopf und Tag herab und stellte später jede Ausfuhr aus dem Generalgouvernement ein. Einen Ersatz für das fehlende Brotgetreide boten die Kartoffeln, von welchen allerdings wegen der abnormen Kälte zirka 30% erfroren waren. Man trieb die vorhandenen Kartoffeln mit allen Mitteln ein, um die Approvisionierung der Städte zu sichern. Weiters wurden das Zentralhilfskomitee in Lublin und die Kreishilfskomitees ermächtigt, die vorhandenen

Vorräte auch mit Überschreitung der vorgeschriebenen Höchstpreise hercinzubringen. Das sich trotz aller Anstrengungen noch immer ergebende Manko mußte schließlich durch Zufuhr des notwendigsten Bedarfes aus der selbst die größte Not leidenden Monarchie gedeckt werden. Um das Brotgetreide zu strecken, wurde Lupinenmehl herangezogen. Die Lupinen mußten in Kraftfutterfabriken entbittert werden, wozu fünf Fabriksbetriebe adaptiert wurden, die 5 bis 6 Waggons täglich verarbeiten konnten.

Der Herbstanbau 1917 litt ebenfalls unter dem Mangel an Zugkräften. Nach den statistischen Erhebungen des Gouvernements war für die Landwirtschaft ein Stand von 280.000 Pferden erforderlich, gegenüber einem tatsächlichen Stande von 180.000. Das Armee-Oberkommando stellte hierauf den Ankauf von Pferden für die Armeen vollständig ein und dirigierte Staffeln nach Polen, wodurch die gleiche Anbaufläche wie im Vorjahre erreicht, in einigen Kreisen sogar überschritten wurde. Auch der Frühjahrsanbau 1918 war nicht wesentlich geringer als im Vorjahre, in einigen Kreisen die Anbaufläche sogar größer. Behufs Brennesselgewinnung zur Erzeugung von Textilerersatzstoffen wurde die Brennesselanpflanzung gefördert und eine Aufnahme der wildwachsenden Brennesseln und der angebauten Flächen, rund 27 km², angeordnet.

Größere Schwierigkeiten entstanden durch die Rückwanderung der von den Russen evakuierten Landwirte. Deren Wiedereinführung in ihren Besitz führte vielfach zu Reibungen mit den derzeitigen Besitzern, so daß die Kreiskommandos vermitteln mußten.

Die Ernte war durch den Mangel an Arbeitskräften und die vorherrschende schlechte Witterung stark beeinträchtigt, so daß sich das Armee-Oberkommando gezwungen sah, zur raschen Hereinbringung der Feldfrüchte 25 Erntekompagnien zuzuschicken, die neben den Gouvernementsstruppen die notwendige Assistenz leisteten.

Die Verwertung der Ernte wurde ebenso wie in den früheren Jahren gesetzlich geregelt. Die Kreiskommandos setzten die abzuliefernden Mengen fest und konnten auch Fristen für den Drusch bestimmen.

Im Juni 1917 trat die vom neuen Generalgouverneur Grafen Szeptycki eingeführte neue Organisation der Ernteaufbringung

in Kraft. Ein Landwirtschaftsrat sollte die landwirtschaftliche Produktion fördern, das Militär-Generalgouvernement beraten und die mit der Aufbringung betrauten Organisationen leiten und überwachen, ferner den landwirtschaftlichen Industrien, insbesondere Zuckerfabriken, Brennereien, Brauereien, Ziehorienfabriken, Stärke-, Hefe- und Sirupfabriken sein Augenmerk zuwenden. Seine Beschlüsse bildeten die Grundlage für die Verordnungen des Generalgouvernements in allen Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung.

Zur Aufbringung und Verteilung der Vorräte an landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden drei Zentralen eingesetzt, und zwar:

1. die Getreidezentrale, die im Einvernehmen mit dem Generalgouvernement den Bedarf für die Approvisionierungsorganisationen zu ermitteln hatte;
2. die landwirtschaftliche Zentrale für Hülsenfrüchte und Sämereien aller Art mit Ausnahme von Ölsaaten;
3. die Futterzentrale für Heu, Kleeheu und Stroh.

Der Militär-Generalgouverneur entsendete in jede dieser Zentralen einen Regierungskommissär. In den einzelnen Kreisen wurden Kreisfilialen oder sonstige Vertretungen dieser Zentralen aufgestellt.

Zur Feststellung des eigenen Bedarfes der Produzenten und der Überhüsse, die abgegeben werden konnten, ernannten die Kreiskommandos auf Vorschlag des Landwirtschaftsrates in jedem Kreise eine Kommission für den Großgrundbesitz und in jeder Gemeinde eine Kommission für den Kleingrundbesitz. Sie entschieden über die Beschlagnahme der Feldfrüchte. Die bisherige Ernteverwertungszentrale fungierte nun bloß als Übernahmestelle der für die Armeen und die Truppen und Anstalten des Gouvernements bestimmten Mengen.

Die neue Aufbringungsorganisation bewährte sich nicht. Die Gemeindekommissionen leisteten keine verlässliche Arbeit, schätzten im allgemeinen den Ertrag zu niedrig ein, so daß sich statt Überhüssen bei vielen Landwirten Mankos ergaben. Das geringe Ergebnis der Aufbringung hatte zur Folge, daß der Schleiehhandel blühte und die Konsumenten sich sofort die Vorräte für den Winter sicherten. Das Militär-Generalgouvernement sah sich genötigt, den Kreisen ein bestimmtes Kontingent vorzuschreiben, insgesamt 19.560 Waggons, das von den Kreis-

aufsichtskommissionen auf den Groß-, Kleingrundbesitz und die Gemeinden aufgeteilt wurde.

Hinsichtlich der Kartoffelaufbringung wurden im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsrat als Mindestkontingent für je 100 Morgen Anbaufläche 15 q Kartoffeln vorgeschrieben. Die Kartoffelernte wurde auf zirka 20.000 Waggons geschätzt; tatsächlich gelangten nur 9681 Waggons zum Abschube aus dem Okkupationsgebiet.

Die polnische Getreidezentrale hatte bis zum Oktober 1917 bloß 3722 Waggons aufgebracht, also um 14% weniger als im Vorjahre. Es mußte wieder die Zwangsaufbringung Platz greifen, um die Versorgung der Städte und des Industrierayons Dąbrowa zu sichern.

Im Februar 1918 löste sich infolge der politischen Verhältnisse der polnische Landwirtschaftsrat auf, gleichzeitig stellten die drei Zentralen ihre Tätigkeit ein. Die Militärverwaltung war genötigt, die Aufbringung wieder selbst in die Hand zu nehmen, die unter der passiven Resistenz der Bevölkerung sehr litt. Um die Versorgung der Städte und des Industrierayons Dąbrowa zu sichern, versuchte man an Stelle der Zwangsaufbringung den Einkauf durch legitimierte Einkäufer der Approvisionierungsausschüsse und des Hinterlandes. Von den eingekauften Mengen mußte ein Viertel dem Militär-Generalgouvernement überlassen werden. Das Ergebnis war wohl befriedigend, doch hatte es einen schädigenden Einfluß auf die Einbringung der neuen Ernte, weil die Landwirte die Vorräte verheimlichten, um sie sodann zu Wucherpreisen an die Einkäufer abzugeben. Man mußte die Freihandeleinkäufe wieder einstellen, bot nun Zucker, Spiritus und Tabak als Tauschmittel an. Trotzdem blieb das Ergebnis der Aufbringung wesentlich zurück; es gelangten bloß 11.687 Waggons Brotfrucht, Gerste und Hafer gegen 16.283 im Vorjahre zum Abschube.

Dagegen war infolge der besonders reichen Ernte an Kartoffeln ein Abschub von 14.971 Waggons möglich. Auch die Ölfruchtaufbringung ergab ein sehr befriedigendes Resultat, einen Abschub von 480 Waggons gegen 160 im Vorjahre.

Seit 1917 galten für die übrigen Produkte der Landwirtschaft besondere Verfügungen des Armee-Oberkommandos. Zuckerrüben durften nur von Zuckerfabriken und ausschließlich nur auf Zucker verarbeitet werden.

Über den Eigenbedarf vorhandenes Heu und Stroh verfiel zugunsten der Militärverwaltung. Flachs, Hanf und daraus erzeugte Produkte mußten in einer nach der Anbaufläche festgesetzten Menge an die berechtigten Einkäufer verkauft werden. Die Viehbesitzer waren verpflichtet, für jede Kuh monatlich ein russisches Pfund Butter abzugeben. Für den Verkehr mit Butter, Topfen und Käse über die Grenzen des eigenen Kreises war ein Überfuhrschein erforderlich. Roßkastanien, Eicheln und Bucheckern waren an die Ernteverwertungszentrale gegen gewisse Übernahmispreise abzugeben, ihre Verarbeitung in gewerblichen Betrieben bedurfte der Bewilligung. Äpfel, Zwetschken und Pflaumen der Ernte des Jahres 1918 wurden beschlagnahmt, doch zur Deckung des eigenen Bedarfes bis zu 200 kg pro Haushalt belassen.

Die Approvisionierungsausschüsse der Kreiskommandos sorgten für eine planmäßige Aufteilung der Lebensmittel und Bedarfsartikel wie Kohle, Petroleum etc. an die Bevölkerung. In den letzten Monaten vor der Ernte 1917 ergaben sich Schwierigkeiten in der Versorgung. Da in einigen Kreisen Hungersnot drohte, mußte die Mehllquote im ganzen Gouvernement von 200 g auf 140 g herabgesetzt werden und eine strenge Rationierung der Lebensmittel, ferner ein Verbot der Erzeugung von Weißgebäck Platz greifen. Außer der Stadtbevölkerung und dem Industrierayon Dąbrowa waren noch 28.000 Evakuierte und viele Nichtselbstversorger am Lande zu versorgen. Daher verfügte das Militär-Generalgouvernement noch im April 1917 die Einführung von zwei mehllosen Tagen an Stelle von fleischlosen Tagen und verbot die Verabreichung von Kartoffeln an zwei Tagen in der Woche in den Restaurants und Gastwirtschaften. Durch diese Maßnahmen gelang es, mit den noch aus der Monarchie zugeschobenen Mengen das Auslangen zu finden.

Mit der Einrichtung der neuen autonomen Aufbringungsorganisationen wurden die Schwierigkeiten in der Approvisionierung immer größer, so daß im Winter 1917/18 schon im Dezember die Mehllquoten in vielen Kreisen auf 180 g pro Kopf und Tag herabgesetzt werden mußten. Die Militärverwaltung, die nach Auflösung der autonomen Zentralen wieder die Aufbringung und Verteilung übernahm, stand vor einer sehr schwierigen Aufgabe, denn sie hatte mit dem verbliebenen Minimum an Vorräten nicht nur das Durchhalten der Bevölkerung für fünf

Monate und die Versorgung der eigenen Truppen und Anstalten zu ermöglichen, sondern auch noch den dringendsten Anforderungen des Hinterlandes zu entsprechen. Sie nahm die Aufbringung mit aller Energie in die Hand und setzte die Kopfquote gleichmäßig für alle Kreise fest, zunächst mit 170 g per Tag und Surrogierung von 20% durch Kartoffelflocken, also 136 g Mehl, welche Quote im April auf 100 g herabgesetzt werden mußte. Diese radikalen Maßnahmen wurden von der Bevölkerung ohne wesentlichen Widerspruch aufgenommen, weil die vermögenden Kreise schon versorgt und genügend Kartoffel im Lande vorhanden waren. Im Mai traten weitere Einschränkungen in Kraft. Die Belieferung der Nichtselbstversorger auf dem Lande mit Brotfrucht wurde ganz eingestellt und die Mehlquote mit 100 g mit Surrogierung von 20% durch Kartoffeltrocknungsprodukte, ferner teilweiser Ersatz des Mehles durch Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Grütze u. dgl., festgesetzt. Dagegen wurde die vom Armee-Oberkommando im Februar 1918 verfügte Einführung von zwei fleischlosen Tagen in der Woche wieder aufgehoben.

Als sich infolge der schlechten Ernährungslage und der wirtschaftlichen Stagnation Mangel und Not unter den ärmeren Volkschichten immer fühlbarer machten, gab die Militärverwaltung im Frühjahr 1917 an die Mittellosen Kartoffeln aus. Die Städte erhielten 17 Waggons zur unentgeltlichen Verteilung, weiters gab das Generalgouvernement Kredite und Unterstützungen für die Errichtung von Volks- und Kriegsküchen und anderen Wohltätigkeitsanstalten. Diese Küchen erhielten auch Lebensmittel. Ihre Zahl stieg von 143 im Mai 1917 bis auf 210 im Juli 1917, in welchem Monate 1.496.800 Portionen, hievon zirka 820.000 unentgeltlich, zur Ausgabe gelangten.

Diese Aktion half Tausenden von Familien über die Zeit der Ernährungskrise hinweg und bewahrte das Militär-Generalgouvernement von jenen Hungerkrankheiten, die in einzelnen Gebieten der Monarchie weite Kreise der Bevölkerung befielen.

Rückwirkungen der materiellen Not der Monarchie auf das Okkupationsgebiet.

Eine Reihe von kriegswirtschaftlichen Maßnahmen diente der Erfassung der Rohstoffe, ferner der gewerblichen und indu-

striellen Erzeugnisse sowohl für den eigenen Bedarf des Okkupationsgebietes, wie auch zum Abschube der Überschüsse ins Hinterland. Im Oktober 1916 wurde die Anzeigepflicht für lebenswichtige Gegenstände verordnet. Alle Vorräte über $\frac{1}{2}$ Pud Tee und 5 Pud Kaffee wurden für die Approvisionierung der Bevölkerung und der Truppen beschlagnahmt.

Das Armee-Oberkommando erließ weiters zur Erfassung der Rohstoffe auf Grund der §§ 52 und 53 der Haager Landkriegsordnung nachstehende Verfügungen: Der freie Handel mit Rohgummi, Guttapercha, Gummibereifungen und Gummisabfällen war verboten. Der Ankauf der angemeldeten Vorräte erfolgte durch die Rohstoffzentrale. Baumwoll-, Wollwaren, Ganz- und Halbseide, Kunstseide oder Seide in Verbindung mit anderem Spinnmaterial und Konfektionsware unterlagen oberhalb gewisser Grenzen einer Anmeldepflicht. Eine vom Militär-Generalgouvernement errichtete Manufakturwaren-Einkaufskommission bekam die Einkaufsberechtigung. Mit der Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Manufakturwaren beauftragte das Militär-Generalgouvernement die Polnische Handelszentrale A.-G. in Radom. Die Rohstoffzentrale besorgte die Zuweisung an die Kleinhändler.

Alle Eisensorten sollten in erster Linie für militärische und andere öffentliche Zwecke, dann für die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Landwirtschaft, nutzbar gemacht werden. Verarbeitung und Verkauf bedurften der Genehmigung. Der Rohstoffzentrale war eine aus Eisenindustriellen und Eisenhändlern gebildete Kommission beigeordnet. Der freie Handel mit Alteisen war verboten. Der Anmeldung unterlagen alle Mengen über 500 kg. Das Gouvernement bestimmte, in welcher Beschaffenheit und zu welchen Preisen Seife erzeugt, eingeführt oder in den Handel gebracht werden durfte. Korkholz und sämtliche aus Kork erzeugten Artikel und alle Rückstände der Korkverwertung über 1 kg waren den Kreiskommandos anzuzeigen. Kohle, Koks und Briketts durften nur gegen besondere Ausweise abgegeben werden, desgleichen Kerzen. Die Verwendung von Gas und Elektrizität zu Beheizzwecken war verboten. Kinos, Klublokalitäten, Bars, Varietés und ähnliche Vergnügungsstätten durften nicht beheizt werden. Öffentliche Badeanstalten durften nur an bestimmten Tagen der Woche in Betrieb gehalten, in Privathaus-

haltungen gleichzeitig höchstens drei Wohnräume und die Küche beleuchtet werden.

Um den Lebensmittelschmuggel über die Grenzen und den Schleihhandel mit Haustieren, Lebensmitteln, Futtermitteln und Sämereien zu verhindern, erließ das Armee-Oberkommando im September 1918 eine Verordnung über Beschränkungen im Warenverkehre, der auch innerhalb der Kreise für Lebensmittel an Überfuhrscheine gebunden wurde.

Infolge der Not an Metallvorräten mußten auch die Okkupationsgebiete zur Deckung des enormen Bedarfes herangezogen werden. Im Jänner 1917 wurde die Beschlagnahme der Sparsmetalle in allen vorkommenden Formen verfügt. Dem Verkaufszwange unterlagen Altmetalle in jeder Form, nicht eingebaute Halbfabrikate, Haus-, Küchen- und Tafelgeräte, Mörser, nicht eingebaute Kessel u. dgl. Ausgenommen waren Gegenstände von künstlerischem Werte und solche, für welche ein Ersatz nicht beschafft werden konnte.

Das Ende der Militärverwaltung.

Die in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruche der Mittelmächte von der Militärverwaltung verfügten zahlreichen wirtschaftlichen Beschränkungen, die Requisitionen von Rohstoffen und Bedarfsgegenständen und die verschärfte Zwangsaufbringung der landwirtschaftlichen Produkte, endlich die von den linksradikalen Elementen betriebene starke Agitation gegen die Okkupationsmächte ließen die Haltung der Bevölkerung gegen die Behörden immer feindseliger werden. Der Widerstand artete vielfach in offene Widersetzlichkeit aus, es kam zu Ausschreitungen und Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes, später auch zu Überfällen auf Militärpersonen und zur Ermordung von Gendarmen und zu Bandenbildungen.

So war die politische Situation in Polen zu der Zeit, als die Zentralmächte die 14 Wilsonschen Punkte offen annahmen, schon sehr kritisch geworden. Die polnische Regierung gab eine Proklamation an das polnische Volk heraus, in welcher sie aus eigener Machtvollkommenheit ankündigte:

1. Auflösung des provisorischen Staatsrates,

2. Berufung einer Regierung aus Vertretern der breiten Volksschichten,

3. unverzügliche Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für den ehe baldigst einzuberufenden polnischen Landtag auf demokratischer Grundlage,

4. Einladung an die Mittelmächte, ihre Vertreter zu Verhandlungen wegen Übergabe der Militärverwaltung an den polnischen Staat nach Warschau zu entsenden.

Diese Verhandlungen fanden am 21. und 22. Oktober 1918 statt. In der ersten Sitzung erklärten die österreichisch-ungarischen Vertreter die Bereitwilligkeit, die gesamte Staatsgewalt in Polen dem polnischen Staate zu übergeben. Polen sollte aber das während der Okkupation erwachsene Gebarungsdefizit decken und die Lieferung von Lebensmitteln und Kohle an die Monarchie sicherstellen, wogegen diese der polnischen Regierung durch Beistellung von Besatzungstruppen, Eisenbahnmaterial, Bergbaubehelfen, Verwaltungspersonal usw. beim Aufbau ihres Verwaltungsapparates Hilfe leisten wollte. Die polnische Vertretung stellte dagegen die Forderung auf, der polnischen Regierung während der Übergangszeit eine Kontrolle und bestimmenden Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen, die Requisitionen einzustellen, die Lebensmittel- und Rohstoffausfuhr einzuschränken und überhaupt die Verwaltung baldmöglichst direkt in polnische Hände zu legen. Gegen die Übernahme des Verwaltungsdefizits wurden sofort lebhaft Bedenken geäußert.

Die Verhandlungsergebnisse wurden in Form von «Punktionen» festgelegt, die den Ausgangspunkt für die Arbeiten der Spezialkommissionen über die finanziellen und die Lieferungsfragen an Lebensmitteln und Kohle zu bilden hatten. Darin erklärte sich Österreich-Ungarn zu großen Zugeständnissen bereit und sagte die Übergabe aller Befugnisse der Staatsgewalt mit 1. Dezember 1918 zu, beharrte aber darauf, daß das bisherige Gebarungsdefizit von der polnischen Regierung gedeckt und vom Tage der Übergabe angefangen alle Besatzungs- und Verwaltungskosten von Polen getragen würden. Ferner sollte die polnische Regierung dem Armee-Oberkommando bis zum Tage der vollendeten Demobilisierung eine entsprechende Menge von Kohle aus den Dąbrowaer Revieren gegen Verrechnung zur Verfügung stellen.

Die polnischen Vertreter lehnten jedes Junktim zwischen der Übergabe der Staatsgewalt und der Verpflichtung Polens, ein Gebarungsdefizit der Okkupationsverwaltung zu übernehmen, entschieden ab. Bevor noch eine Einigung erzielt werden konnte, erfolgte die Bildung einer neuen Regierung, worauf die bisherigen Regierungsvertreter erklärten, keinerlei Mandat mehr zu haben, die Verhandlungen fortzuführen. Der Zusammenbruch der Monarchie machte bald darauf weiteres Verhandeln gegenstandslos.

Eine objektive Beurteilung der Leistungen der Militärverwaltung wird anerkennen müssen, daß sie in dem nach Abzug der Russen ganz verwüsteten Lande eine ganz bedeutende Kulturarbeit geleistet hat. Der Wiederaufbau zerstörter Gebiete ging Hand in Hand mit der Schaffung eines alle wirtschaftlichen Zweige umfassenden Verwaltungsapparates, der, vom Geiste der Menschlichkeit durchdrungen, dazu beitrug, die dem Lande geschlagenen Wunden zu heilen. Diese Arbeit kam nach dem Zusammenbruche der Donaumonarchie dem wieder erstandenen selbständigen polnischen Staate zugute, der den wohlorganisierten Verwaltungsapparat, soweit er nicht schon dem polnischen Staate übergeben war, übernehmen und auf diesem Grunde weiter aufbauen konnte.

DIE K. U. K. MILITÄRVERWALTUNG IN SERBIEN.

Von

Generalmajor Hugo Kerchnawe,

vormals Generalstabschef des Militär-Generalgouvernements Serbien.

Kulturelle und klimatische Verhältnisse des Okkupationsgebietes.

Serbien ist ausgesprochenes Agrarland, hat aber auch einen seltenen Reichtum an Bodenschätzen aller Art. In beiden Richtungen bleibt der tatsächliche Ertrag allerdings weit hinter dem möglichen zurück. Als das Land sich vor mehr als etwa 100 Jahren von der Türkenherrschaft befreit hatte, verwickelte es sich sofort in eine Reihe von heftigen innerpolitischen Kämpfen und zerspaltete sein Volksleben durch ein Parteigetriebe, unter dem die kulturelle Entwicklung des Landes naturgemäß leiden mußte. Der Ackerbau blieb weit zurück, sowohl in der Ausdehnung der urbaren, aber nicht benützten Bodenflächen, als auch in der Art der Bodenbearbeitung und dies, trotzdem der serbische Landmann über einen hohen Grad von Intelligenz verfügt, der sich praktischen Neuerungen viel rascher erschließt als der zäh am Althergebrachten hängende Konservativismus seiner westlichen und nördlichen Nachbarn. Das weitmaschige Kommunikationsnetz war weder der Zahl noch der Qualität der gebahnten Wege nach auf der Höhe, außerdem meist arg vernachlässigt. Es ist selbstverständlich, daß dies auf die Auswertung der Ackerbauprodukte wie der Bodenschätze einen entscheidenden Einfluß ausübte.

Ein weiteres Moment, das einer intensiven Bodenbearbeitung entgegenstand, war die geringe Bevölkerungsdichte. Das Gebiet des Gouvernements hatte bei einer Ausdehnung der alten zehn Kreise von 23.880 km² bei der letzten Volkszählung im Frieden (1910) 1.568.048 Einwohner, d. h. 66 auf den Quadratkilometer, bei der ersten Volkszählung zur Zeit der österrei-

ehisch-ungarischen Besetzung 1916, einschließlich der durch den Bukarester Frieden hinzugekommenen Südkreise 29.664 km², 1.373.511 Einwohner oder 46 auf den Quadratkilometer.

Diese Zahl allein gibt aber noch kein richtiges Bild. In ersterer Volkszahl sind 808.626 Männer und 759.422 Frauen ausgewiesen. Die zweite Zahl ist aber ein Produkt des damals für Serbien bereits mit Unterbrechungen an fünf Jahre dauernden Krieges, der naturgemäß schon an sich vor allem in die Reihen der Männer große Lücken riß. Außerdem stand ein ganz außerordentlich hoher Prozentsatz (12 %) der alten Kreise unter Waffen und war daher außer Landes. Infolge dieser Umstände überwog die Zahl der Frauen jene der Männer ganz bedeutend. Auf 797.868 Frauen kamen nur 575.643 Männer, d. h. die Zahl der Frauen überstieg nunmehr jene der Männer um rund 40 %. In den zehn alten Kreisen, die beim Feldbau allein ins Gewicht fielen, kamen auf 719.312 Frauen nur 498.715 Männer. Der Überschuß der Frauen betrug sonach 45 %. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die noch vorhandene arbeitsfähige Bevölkerung kein Interesse daran hatte, wesentlich mehr zu erzeugen, als sie selbst bedurfte, nur damit der Eroberer mehr für sich habe.

Günstig für die kulturelle Ausnützung waren hingegen die geographischen, geologischen und klimatischen Verhältnisse Serbiens. Serbien ist ein Bergland von durchschnittlich etwa 450 bis 500 m absoluter Höhe, das sich im Gebiete des Generalgouvernements an dessen Südgrenze im teilweise urwaldbedeckten Kopaonik zur größten absoluten Höhe von 2140 m erhebt. Trotzdem ist das Land sehr fruchtbar und könnte bei intensiver Bewirtschaftung noch weit mehr leisten. Etwa 81 % oder mehr der Bodenfläche der alten Kreise besteht aus fruchtbarem, in der Nähe der größeren Flußläufe auch mit Sand durchsetztem Lehm, der von einer mehr oder minder dicken, in den Tälern oft 1 m Mächtigkeit erreichenden Humusschicht bedeckt und nur in relativ kleinen Teilen des Berglandes des Westens stellenweise verkarstet ist. In mehr als einem Zehntel der Gesamtfläche der alten Kreise herrscht fette Erde vor. In den drei weitaus gebirgigeren und höher gelegenen Südkreisen ist mit Ausnahme der in das Gebiet von Mitrovica ausspringenden Nordwestecke des sehr kulturfähigen, aber relativ wenig kultivierten Kossovo-polje (Amselfeld) lehmiger, stark mit Steinen durchsetzter.

wenig fruchtbarer Boden, der vielfach von verkarsteten Strecken durchsetzt ist.

Naekter Fels kommt auf dem Gebiete des alten Serbien fast nicht vor, und auch die Weichlandstrecken in den Niederungen sind gering an Ausdehnung und könnten verhältnismäßig leicht in fruchtbare, ertragreiche Flächen verwandelt oder zur Anlage von Reis- und Baumwollplantagen ausgenützt werden. Mindestens ein Drittel der ganzen Bodenfläche ist nutzbarer Wald. Nur etwa die Hälfte des urbaren Bodens ist tatsächlich bebaut.

Mehr noch wie als Ackerland ist das Land als Viehproduktionsgebiet leistungsfähig. Trotz der vier Kriegsjahre, die das Land bis zur Okkupation hatte erdulden müssen, war es doch noch immer viehreicher als irgendein Kronland des alten Österreich. Zahlreiche sehr gute Alpenweiden waren völlig unbenützt. Eine Alpenwirtschaft, wie sie in den Gebirgsländern Österreichs geübt wird, war unbekannt.

An mineralischen Bodenschätzen ist das Land sehr reich, wenn auch gerade hier der Mangel an Kommunikationen besonders hindernd ins Gewicht fällt. Es gibt genug zu Industriezwecken brauchbare Braunkohle, nur war sie teilweise nicht erschlossen, teilweise nicht zugänglich. Es ist sogar hochwertige Steinkohle vorhanden, aber durchwegs nicht erschlossen, beziehungsweise unzugänglich.

Die klimatischen Verhältnisse sind nicht ungünstig. Form und Höhe der Randgebirge der Balkanhalbinsel bedingen, daß das Klima, ein vorwiegend kontinentales, in großen Temperaturs- und Niederschlagsextremen sehr kontrastreich ist. Die Temperaturen bewegen sich zwischen $+40$ und -25°C , werden aber besonders in ersterer Richtung vielfach überschritten. Die nördlichen Teile Serbiens zeigen ebenso wie das nördliche Bulgarien schroffe Temperaturunterschiede in derselben Jahreszeit, bei sehr plötzlichen, unvermittelten Übergängen. Besonders in den Wintermonaten ist plötzliches Herabsinken innerhalb weniger Stunden von mehr als zehn Wärme-graden auf mehrere Kältegrade keine Seltenheit. Februar und März begünstigen durch hohe, rasch ansteigende Temperaturen Vegetation und Feldarbeit in hohem Maße. Auch diese hohe Temperatur setzt meist rasch und unvermittelt ein, oft nach einer Reihe von Tagen, deren Tagesminimum noch unter dem Gefrier-

punkte lag. In den Niederungen der größeren Flußläufe trägt das Klima zum Auftreten der Malaria bei; im Winterhalbjahre machen sich die oft sturmartigen Südostwinde, die besonders im Donautale heftig auftretende «Košava», sehr unangenehm fühlbar. Im allgemeinen aber ist das Klima der Vegetation aller Getreidesorten, der Wein-, Obst- und Gartenkultur und dem Tabakbau sehr günstig, ebenso der Alpenwirtschaft. In den Hügeregionen tritt in trockenen Jahren infolge der großen Sommerhitze leicht Heumangel ein, auch die Kartoffel gedeiht infolgedessen nicht überall; wo sie aber gedeiht, können mit ihr sehr günstige Resultate erzielt werden. Hingegen muß sich der Mensch in den tiefer gelegenen Teilen Serbiens, speziell in der Donau-Saveniederung, an die extremen, oft geradezu als exzessiv zu bezeichnenden klimatischen Erscheinungen erst gewöhnen.

Zusammenfassend kann bemerkt werden, daß die klimatischen, die geologischen und geographischen Verhältnisse für die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens sehr günstig sind, daß aber die kulturellen Verhältnisse die Ausnützung selbst dann wesentlich behindern, wenn mit einer feindseligen Haltung der Bevölkerung nicht gerechnet werden muß.

Einrichtung der Militärverwaltung in Serbien.*)

Das mit 1. Jänner 1916 aufgestellte Militär-Generalgouvernement Serbien bestand vorerst aus den bereits vom 3. Armee-Etappenkommando errichteten Kreisen Belgrad-Land, Valjevo, Šabac, Gornji Milanovac, Kragujevac, Semendria (Smederevo) und dem selbständigen Bezirkskommando Belgrad-Stadt, welches das Gebiet des Brückenkopfkommandos Belgrad umfaßte. Mit 1. Jänner wurden noch die Kreise Kruševac, Čačak und Užice aufgestellt, mit 15. März jene von Prjepolje, Novipazar und Mitrovica am Kossovo.

Der Gouverneur, FML. Graf Salis-Seewies, trat am 7. Jänner 1916 sein Amt an.

Das Statut für die Verwaltung bildeten die vom Armee-Oberkommando mit Verordnung vom Jänner 1916 herausgegebenen «Grundzüge für die k. u. k. Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Serbiens». Die höchste gesetzgebende, ver-

*) Hiezu Übersichtsskizze Beilage 1.

ordnende und vollziehende Gewalt war ein Grundrecht des obersten Kriegsherrn, das durch sein Armee-Oberkommando und den diesem unmittelbar untergeordneten Gouverneur ausgeübt wurde. Gesetzgebende Maßnahmen, grundsätzliche Regelungen und Abänderungen der bisherigen Rechte der Bevölkerung blieben dem Kaiser und dem Armee-Oberkommandanten vorbehalten und konnten vom Gouverneur nur auf Grund ausdrücklicher Ermächtigung verfügt werden. Die Genehmigung hiezu war im Bedarfsfalle einzuholen, der Antrag aber vorher dem Zivil-Landeskommissär zur Beurteilung vom legislativen und politischen Standpunkte zur Kenntnis zu bringen. Insoweit nicht durch gesetzliche Verfügungen neues Recht geschaffen oder bestehendes abgeändert wurde, blieben (gemäß Art. 43 der Anlage der Haager Konvention, den Landkrieg betreffend) die in Kraft stehenden staatlichen serbischen Gesetze in Geltung. Wo gesetzliche Bestimmungen fehlten, hatten bis zur Schaffung neuer Rechtsquellen die Grundsätze der österreichisch-ungarischen Gesetzgebung nach Recht und Billigkeit Anwendung zu finden.

Zur Durchführung der Gesetze und in allen Angelegenheiten, die nicht grundsätzlich gesetzlicher Regelung bedurften, waren der Gouverneur und die von ihm ermächtigten Organe befugt, allgemein bindende Verordnungen zu erlassen. Die Amtssprache war die Dienstsprache des k. u. k. Heeres, also die deutsche. Im Parteienverkehr war die Sprache der Parteien zu gebrauchen, wobei auf gegenseitiges vernünftiges Entgegenkommen gerechnet wurde; öffentliche Kundmachungen hatten in der Amtssprache und in den landes-, beziehungsweise ortsüblichen Sprachen zu erfolgen.

Die kurzweg «Gouvernement» genannte Zentralbehörde, die an Stelle der früheren serbischen Regierung und ihrer Ressortministerien zu treten hatte, gliederte sich in vier große Gruppen, die alle dem Generalstabchef unterstellt waren, ohne dessen Genehmigung kein irgendwie wichtiger Akt oder ein solcher von prinzipieller Bedeutung dem Gouverneur oder dessen Stellvertreter vorgelegt werden durfte. Der Generalstabchef war auch für alle vom Gouverneur unterfertigten Akte mitverantwortlich, für die vom Stellvertreter gefertigten trug er allein die volle Verantwortung. Er war eigentlicher Verwaltungschef und versah gewissermaßen die Stelle eines Regierungschefs (Ministerpräsidenten). Der Zivil-Landeskommissär hatte nur

eine beratende Stimme. Allerdings waren ihm alle politischen und gesetzgeberischen Akte vor ihrer Genehmigung zur Einsicht und Stellungnahme vorzulegen, außerdem hatte er auch das Recht, Einsicht in die wirtschaftliche Maßnahmen bedingenden Verordnungen zu verlangen und hiezu beratend Stellung zu nehmen.

Die vier großen Gruppen waren:

die Militärgruppe mit der Präsidialgruppe (als Chef der Generalstabsehef), die auch alle rein militärischen Angelegenheiten zu bearbeiten hatte, der Verkehrsabteilung, der Generalmerieabteilung und der Intendanz samt Rechnungsgruppe;

die politische Gruppe, unter Leitung eines Stabsoffiziers des Generalstabes, mit der Nachrichten- (Kundschafts-) und der politisch-polizeilichen Abteilung (Schul- und Kultuswesen, Polizei-, Sanitäts- und politisches Referat);

die Wirtschaftsgruppe mit der Wirtschaftsabteilung (gewerbliches, sozialpolitisches und landwirtschaftliches Referat, Referat für Forst-, Jagd- und Fischereiwesen, technisches Referat, Wasser- und Hochbau, Bergbaureferat und die wirtschaftlichen Betriebe der Militärverwaltung), ferner der Finanzabteilung mit den Referaten für die direkten und für die indirekten Steuern;

die Justizabteilung (Justizgruppe) mit der Abteilung für die Strafgerichtsbarkeit und jener für Zivilrechtswesen.

Die nächstniedrige Verwaltungsinstantz bildeten die Kreiskommandanten. An der Spitze eines Kreiskommandos stand ein höherer Stabsoffizier, ausnahmsweise ein General als alleinentscheidender, verfügender und verantwortlicher Kommandant. Rechtsprechung und Verwaltung erfolgten gesondert; jeder Kreis hatte ein Kreisgericht als Gerichtsbehörde erster Instanz. Den Kreiskommandos waren die Bezirkskommandos unterstellt. Bezirkskommandanten waren rangsjüngere Stabs- oder Oberoffiziere.

Es gab in Serbien 12 (nach Umwandlung des Brückenkopfkommandos Belgrad in ein Kreiskommando 13) Kreis- und schließlich 57 Bezirkskommandos. Die unterste Verwaltungsbehörde bildeten die Gemeinden, an deren Spitze ein verlässlicher Ortsbewohner als Gemeindevorsteher (Predsednik), in Ermangelung eines solchen ein erfahrener, der Landessprache kundiger

Unteroffizier oder Gendarm zu verwenden war. Für Bagatellfälle bestand als unterste Gerichtsbarkeit das Gemeindegericht mit zwei von der Gemeinde zu wählenden und vom Kreiskommandanten zu bestätigenden Gemeinderichtern (Kmeten). — Im Gouvernement waren 852 Gemeinden vorhanden.

Die wirtschaftliche Ausbeutung des Gouvernementbereiches fiel ausschließlich nur Österreich-Ungarn zu. Selbstverständlich belasteten es aber auch alle Arbeiten, die notwendig waren, das in der Kultur verhältnismäßig noch wenig fortgeschrittene, arg geschädigte Land wirtschaftlich wieder leistungsfähig zu machen. In einem Abkommen der beiden Heeresleitungen verzichtete Deutschland auf jeden Versuch, den Gouvernementbereich wirtschaftlich auszunützen — ausgenommen einige von den deutschen Etappenverwaltungen bereits in Betrieb gesetzte Holzbetriebe —, auch auf jede Art von Käufen oder Wirtschaftsbetriebe, soweit sie nicht zur Versorgung der noch in Serbien untergebrachten deutschen Truppen und Anstalten notwendig waren; 1917 trat an Stelle dieser Käufe die Belieferung durch das Gouvernement. Dagegen verpflichtete sich Österreich-Ungarn, von jedweden Versuche, den von den Bulgaren besetzten und verwalteten Teil Serbiens wirtschaftlich auszunützen, abzustehen.

Das Wirken der ersten Militärverwaltung. Ihr Mißerfolg.

Der Gouverneur, FML. Graf Salis-Seewies, ein erfahrener, im Felde vielfach bewährter Truppenführer, ein genauer Kenner des Balkans und ein vornehmer, in jeder Beziehung integrierender Charakter von festem Willen, beherrschte vollkommen die Landessprache: ein Mann, mit dem sich entschieden arbeiten ließ. Dabei war er von großer Herzensgüte, sehr menschenfreundlich, weichen Regungen zugänglich und im allgemeinen ein großer Freund der Südslawen, unter denen er den größten Teil seiner bisherigen Dienstzeit verbracht hatte, aber ebensodamit den Ungarn und dem übergroßen Einfluß, den sie überall nahmen, abgeneigt. Er brachte seiner Aufgabe viel Liebe entgegen und den besten Willen, überall zu helfen. Die materiellen Hilfsquellen des Landes, die bereits zutage liegenden, wie die bisher noch nicht erschlossenen, dürften ihm jedoch nicht oder nicht in hinreichendem Maße bekannt gewesen

sein. Er scheint es sich zur Hauptaufgabe gemacht zu haben, die Serben für Österreich-Ungarn, besonders für Österreich günstig zu stimmen, ihnen die österreichische Herrschaft nicht nur erträglich, sondern geradezu wünschenswert zu machen. Dies in der relativ kurzen Zeit einer Okkupation für möglich zu halten, bedeutete aber bei dem glühenden Patriotismus und dem fanatischen Feindeshaß des serbischen Volkes immerhin ein Verkennen der serbischen Volkspsyche.

Der erste Gehilfe des Generalgouverneurs, der als Generalstabschef ausersichene Oberstleutnant des Generalstabskorps Otto Gelinek, war die letzten sechs Jahre vor dem Kriege Militärattaché bei der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Belgrad gewesen. Als solcher hatte er Gelegenheit, die führenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Persönlichkeiten der serbischen Gesellschaft, besonders jene Belgrads kennenzulernen. Tatsächlich kannte er sie auch alle recht gut. Genau orientiert war er über die politischen Strömungen und Parteien des Landes und über dessen — nach der Okkupation allerdings nicht mehr bestehende — Presse. Wenig oder gar nicht war er über die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes im besonderen orientiert. Hier muß berücksichtigt werden, daß die serbische Regierung ein Herumreisen des Militärattachés Österreich-Ungarns aus militärischen Gründen nicht eben gerne sah und es nach Möglichkeit verhinderte. Er war also auf die Literatur und das sich meist in diametralen Gegensätzen bewegende Urteil anderer angewiesen, um sich sein Urteil bilden zu können, was eben keine leichte Sache ist. Persönlich war er eine große Arbeitskraft, die allerdings allzuviel selbst besorgen wollte, neigte zur Selbstherrlichkeit und litt außerdem an einer großen persönlichen Empfindlichkeit, die ruhiges Arbeiten mit ihm erschwerte. Im allgemeinen scheint er dem serbischen Volk in seiner Gesamtheit sympathisch gegenübergestanden zu sein und teilte die Wünsche seines Gouverneurs, die Serben für eine österreichisch-ungarische Herrschaft zu gewinnen. Hingegen hatte er eine große Abneigung gegen Ungarn; auch für die Reichsdeutschen und ihre — manchmal allzu offensichtlich zur Schau getragene — Überlegenheit hatte er nicht viel übrig. Und da er im Machtgefühle seiner Stellung seine Abneigung nicht zu verbergen

wußte, so war dies seiner Arbeit natürlich auch nicht förderlich.

Das erste, was das neue Gouvernement in Angriff nahm, war, die Not im Lande zu mindern, die verheerenden Kriegsepidemien zu bekämpfen und — soweit dies nicht schon von den Etappenverwaltungen geschehen war — die Verbindungen wieder in brauchbaren Zustand zu versetzen.

Diese Aufgabe war nicht leicht. Am Brennpunkte des Kampfes, an den Donauübergängen von Belgrad, Semendria und Šabae, waren die Kampfsehnen naturgemäß am größten, außerdem hatten Anbau und Bewirtschaftung unter den direkten Einwirkungen der mehr als einjährigen Positionskämpfe an Donau und Save noch weit mehr gelitten, als im Inneren des Landes durch Mangel an Arbeitskräften. Ackerbau und Weinbau lagen im ganzen Lande arg darnieder, an der Donau und Save hinter den ehemaligen Kampffronten ruhten sie ganz. Es ist daher begreiflich, daß hier augenfällige Not herrschte, eine Not, die auf den, der sie sah, naturgemäß Eindruck machen mußte. Ebenso war es in den an den Straßen liegenden größeren Städten, in denen die Kreiskommandos saßen; denn über jene Straßen hatten sich eben das zurückflutende serbische Heer und die nachdrängenden Heersäulen der Verbündeten bewegt. Es kamen von hier nur Hilferufe, und jede Behörde, jedes Kommando trachtete, die scheinbar geringen Hilfsquellen zur Linderung der Not im eigenen Bereiche zu sichern. Niemandem fiel es ein, bei der scheinbar nicht zu bewältigenden Not noch anderen, den Städten an Save und Donau, helfen zu wollen. Die Folge war, daß die Kreiskommandos ihre Bereiche durch strenge administrative Maßregeln gegen die Ausnützung durch nicht dem Kreise Angehörige zu schützen trachteten. Dieses Bestreben richtete sich aber nicht nur gegen die Zivilbevölkerung der anderen Kreise, sondern auch gegen die Besatzungstruppen und vor allem gegen die durchmarschierenden Truppen, die man ganz auf den infolge der ungenügenden Kommunikationen natürlich nur sehr mangelhaft funktionierenden Nachschub verweisen wollte, was sich diese, vor allem natürlich die deutschen Truppen, nicht gefallen ließen. Es ging soweit, daß in einzelnen Kreisen Organe des Gouvernements, die für dessen Menagen einkaufen wollten, verhaftet wurden, wenn sie ihre Legitimationen nicht beim Kreiskommando bestätigen ließen, was sie

wieder nicht gerne taten, da ihnen bei dieser Gelegenheit die Einkaufsmengen immer sehr beschnitten wurden, wenn man ihnen den Einkauf nicht ganz verweigerte.

Unter diesen Umständen kamen aus dem Lande nur Hilferufe an die oberste Verwaltungsbehörde, die es versäumte, sich über die vorhandenen Hilfsquellen zu orientieren. Daraus folgte eine Anzahl von Maßnahmen, die bei den Besatzungstruppen nur Mißstimmung erzeugten, ohne damit dem Lande zu helfen. Wie die Kreise und selbst auch die Bezirke im kleinen, so sperrte sich nun auch das Gouvernement im großen ab. Die Truppen, auch die damals noch recht zahlreichen eigenen Besatzungstruppen, wurden ganz auf den Nachschub aus dem Hinterland und außerdem auf eine wesentlich verringerte oder verschlechterte Verpflegsportion gesetzt, jedwede Ausfuhr von Verpflegsartikeln, sogar die Mitnahme etwas größeren Reiseproviant, war strenge verboten. Alle ausreisenden Militärpersonen wurden von den Finanz- und Kontrollorganen auf das strengste durchsucht, was natürlich auch wieder mancherlei unliebsame Vorfälle zur Folge hatte und bei allen jenen, die den wieder aufblühenden Reichtum des von der Natur so gesegneten Landes sahen, Widerspruch, Spott und Hohn erregte und zu Klagen über die Militärverwaltung führte, die auf Umwegen auch die höchsten Stellen des Reiches erreichten.

Erfolgversprechender waren die Versuche der Verwaltung, das Land produktiver zu gestalten. Saatgut wurde eingeführt, Wirtschaftsstationen wurden neu geschaffen, die herrenlos gewordenen oder nicht bebautes Land bestellen und gleichzeitig als Musterwirtschaften für die Bevölkerung dienen sollten, Ackerbaugeräte wurden angeschafft, Dampfpluggarnituren beim Armee-Oberkommando angefordert u. dgl.

Da sich die Verwaltung die notwendigen Hilfskräfte nicht selbst aussuchen konnte, so kamen mancherlei Leute ins Land, die hauptsächlich nicht bei der Truppe im Felde dienen wollten, keine Fachmänner waren und denen alle persönlichen Eigenschaften fehlten, den Mangel an wirklichem Fachwissen auszugleichen. So war es begreiflich, daß viele gutgemeinte Maßregeln nicht überall durchgreifen konnten, daß ihnen Kinderkrankheiten anhafteten und daß sie dadurch eine allzu billige Kritik herausforderten.

Die Instandsetzung der durch den langen Kriegszustand und ganz besonders durch die letzten Operationen arg heruntergenommenen, ursprünglich schon recht primitiv gewesenen Kommunikationen wurde energisch in Angriff genommen. Noch größere und noch segensreichere Arbeit wurde bei der Seuchenebekämpfung und der Sanierung des Landes geleistet. Der zielbewußten Arbeit der Sanitätsabteilung des Gouvernements und der diesbezüglichen verständnisvollen Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Faktoren sowie aufopferndem Bemühen der ins Land gerufenen Ärzte und ihres Pflegepersonals gelang es, das durch Seuchen schwer heimgesuchte Land, das vom Herbst 1914 an bis zur Besetzung durch die Verbündeten allein über 300.000 Menschen an Fleckfieber und Bauehtyphus verlor, ungerechnet die Verluste durch sonstige Infektionskrankheiten und die an Seuchen zugrunde gegangenen österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen (über 50.000 Mann), innerhalb der Frist eines halben Jahres soweit seuchenfrei zu machen, daß Infektionskrankheiten nur mehr sporadisch auftraten.

Außerdem versuchte das Gouvernement die Bevölkerung dadurch für Österreich freundlich zu stimmen, daß es zahlreiche Schulen ins Leben rief, alle Fürsorgeanstalten wiederherstellte, neue errichtete und in der polizeilichen wie gerichtlichen Rechtssprechung das größte Entgegenkommen gegen die Bevölkerung zeigte. Es ging soweit, daß über einen Militärbeamten, der zwei einheimische Angestellte seines Betriebes wegen einer von ihnen ohne weiteres zugestandenen Majestätsbeleidigung angezeigt hatte, eine Disziplinarstrafe schärfsten Ausmaßes verhängt wurde, weil er durch eine Äußerung diese Majestätsbeleidigung angeblich veranlaßt hatte, während die beiden Angeklagten als «provoziert» freigesprochen wurden.

Obwohl vom Armeekorps-Oberkommando begreiflicherweise großer Wert auf die Entwaffnung der Bevölkerung gelegt wurde, hatte das Gouvernement auf den Besitz von Kriegswaffen und Munition nur ganz geringe Geldstrafen und lediglich im Nichteinbringungsfall eine kurze Gefängnisstrafe gesetzt. Selbstverständlich fiel es niemandem ein, die in seinem Besitz befindlichen Waffen abzuführen. Infolgedessen blieb eine ansehnliche Anzahl Waffen und viel Munition im Lande und bildete eine ständige Drohung für die Regierungsgewalt und die Besatzungstruppen. Die Ausschreibung von Steuern, ja sogar die

Einhebung der bisherigen gesetzlichen Steuern lehnte das Gouvernement im Hinblick auf die angeblich im ganzen Lande herrschende Notlage ab; nicht zuletzt zur Verwunderung der Bevölkerung, die weit eher höhere Steuern und die Einhebung von Kontributionen erwartet hätte, als fast ein Jahr hindurch das einzige Land in Europa zu bewohnen, in dem außer Gemeindesteuern (und diese nur zum Teil) keine Steuern gezahlt wurden, wo eine «feindliche» Staatsverwaltung alle Verwaltungsauslagen, einschließlich aller Wohlfahrtsauslagen, selbst bezahlte und es damit natürlich bereits im ersten Halbjahr zu einem Gebarungsabgange von 24, wenn man die Auslagen für den Mobilisierungskredit mitrechnete, von 44 Millionen Kronen brachte.

Trotz alledem gelang es dieser Verwaltung nicht, die Liebe des fanatisch vaterlandsliebenden Volkes zu erwerben. Im Gegenteil. Das Entgegenkommen auf Kosten der Besatzungstruppen bei Kriegisleistungen, die milden Strafen bei Vergehen gegen jene, die Strenge gegen die Besatzungstruppen, wenn es einem Einheimischen einfiel, eine Anzeige gegen diese zu erstatten, wurden von den kriegerischen und von einem großen Selbstgeföhle erfüllten Einwohnern weit eher als Schwäche, ja wohl gar als verächtliche Furcht, denn als Milde oder als werbende Liebe betrachtet.

Ein kleines Ereignis möge die durch dieses Vorgehen des Gouvernements bei der Bevölkerung erzeugte selbstbewußte Stimmung beleuchten. Ein Wachtposten eines kroatischen Landsturmabteilungen wies in Belgrad zwei gut gekleidete Bürger von einem Platze zurück, dessen Betreten jedermann verboten war. Sie beachteten dieses Verbot nicht, worauf der Posten mit der Verhaftung drohte. Der eine der beiden versuchte dem Posten in erregten Worten klar zu machen, was für angesehene Leute sie seien, die zu verhaften ein einfacher Soldat niemals das Recht haben könne.

«Ach laß das,» mischte sich der andere in geringschätzigem Tone ein, «ich werde zum Salis (dem Gouverneur) gehen,» (dies stand ohne weiteres jedem Serben frei) «und der dumme Schwaba» (jeder Österreicher und Ungar war für die Serben ein Schwaba, auch wenn er, wie in diesem Falle, ein stammverwandter Kroat war) «wird noch eingesperrt werden.» Diese selbstbewußte Äußerung genügte, den armen Landsturmmann vollkommen einzuschüchtern.

Der Kommandant einer Eisenbahnsicherungsabteilung griff, nachdem einige Attentate auf die von ihm zu sichernde Bahnstrecke erfolglos geblieben, aber einige Leute der Sicherungsabteilung verwundet worden waren, in den nächsten Orten alle Bewaffneten und alle jene auf, bei denen Waffen vorgefunden wurden, um sie als Geiseln zu verwenden. Bei dieser Gelegenheit fanden zwei der bewaffneten Einwohner, die übrigens auch von den anderen als die Rädelsführer bezeichnet worden waren, den Tod. Das Gouvernement ließ den Kommandanten, einen verdienten, kriegsbeschädigten Offizier, wegen «Mord» verhaften und ihn mit gemeinen Straßenräubern zum Gaudium der Bevölkerung in das Gefängnis des Kreisgerichtes in Šabac einliefern. Es bedurfte der persönlichen Intervention des Chefs des Generalstabes damit die Untersuchung auf freiem Fuß durchgeführt wurde, die nach 1½jährigem Prozesse die völlige Schuldlosigkeit erwies.

Es war selbstverständlich, daß derartige Vorgänge dem Gouvernement nicht die Liebe der Besatzungstruppen gewannen, daß speziell die aus Ungarn stammenden nichtaktiven Offiziere und Beamten ihre politischen Verbindungen in der Heimat ausnützten, um bei den politischen Faktoren gegen diese Behörde Stimmung zu machen. Das Gouvernement konnte die Liebe der Bevölkerung um so weniger gewinnen, als es trotz allen, von der Bevölkerung als Schwäche gedeuteten Entgegenkommens, doch auch wieder Handlungen beging oder guthieß, die das Selbstgefühl des kriegerisch stolzen, selbstbewußten Volkes unnütz verletzen mußten. So verbot z. B. das Armee-Oberkommando ohne Einspruch des Gouvernements Anfang 1916 den Gebrauch der cyrillischen Schrift. Man mag über die Zweckmäßigkeit dieser Schrift, die obendrein als Agitationsmittel diente, seine eigene Meinung haben, sicher ist doch, daß eine solche Verordnung zwecklos verletzen mußte, weil der erreichte Vorteil nicht den Nachteil aufwog, daß jeder national denkende Serbe dieses Verbot als Beleidigung seines Nationalgefühls empfinden mußte. Diese Wirkung war um so nachteiliger, als dieses Verbot aus verwaltungstechnischen Gründen nicht einmal von der Behörde selbst immer und überall aufrechterhalten werden konnte, wollte sie, daß ihre Kundmachungen von jedermann, der in Serbien des Lesens kundig war, gelesen werden konnte.

Als die Verordnung einmal herausgegeben war, war ihre Aufhebung allerdings schwer, im Kriege vielleicht sogar ganz unmöglich, sollte dies von dem gesteigerten Selbstgeföhle der Bevölkerung nicht als Furcht und Schwäche gedeutet werden und sie in ihrem Widerstand gegen die feindlichen Besatzungsbehörden noch bestärken.

Eine ähnliche zwecklose Verletzung des kriegerischen Stolzes der serbischen Bevölkerung war die Abtragung des Monuments, das die Serben zur Erinnerung an die nationalen Einigungskriege und den Balkankrieg im Kalimegdanparke errichtet hatten. Die wenigen Zentner gewonnener Bronze der hohlgegossenen Figuren bedeuteten für die Mittelmächte trotz ihrer Rohstoffnot keinen wesentlichen Gewinn. Wohl aber widersprach diese Handlungsweise der ritterlichen Denkungsart altösterreichischen Soldatentums, das Tapferkeit und patriotische Opferfreudigkeit zu allen Zeiten auch beim Feinde würdigte und ehrte. Wie mußte aber erst die Vernichtung des nationalen Denkmals den berechtigten Stolz und die Eigenliebe eines Volkes verwunden, das vom König bis zum Bauer von den höchsten kriegerischen Tugenden erfüllt und damit an der empfindlichsten Stelle seines patriotischen Ehrgeföhls getroffen war.

Überdies war man keineswegs konsequent, sondern beließ manches, was offenbar zum Trutz der habsburgischen Monarchie gedeutet werden konnte, allerdings aber weniger leicht abzutragen war, unversehrt.

Als der ungarische Ministerpräsident im Juni 1916 die drei nordwestlichen Kreise bereist hatte, berichtete er dem Monarchen in abfälliger Weise über die «zu serbophile und wirtschaftlich unfähige Verwaltung» und beantragte beim Kaiser die Abberufung der militärischen Spitzen, deren Ersatz durch ungarische Staatsbürger von erprobter magyarischer Gesinnung und eine Neuorganisation, bei welcher der Zivilverwaltung die maßgebende Rolle zukommen sollte. Selbstverständlich beugten sich vor der Autorität des großen ungarischen Politikers das Ministerium des Äußeren und dessen Vertreter beim Armee-Oberkommando; ein neues Organisationsstatut wurde dem Kaiser vorgelegt. Mittlerweile war das Armee-Oberkommando der Ausführung dieser Anträge dadurch zuvorgekommen, daß es die Enthebung des bisherigen Generalgouverneurs und dessen Generalstabschefs beim Kaiser beantragte, die auch am 7. Juli

1916 erfolgte. Hingegen war der Monarch nicht dazu zu bewegen, an Stelle der Militärverwaltung eine gemischte Verwaltung zu setzen, bei welcher Militärs nur nominell an der Spitze stehen sollten. Seiner streng konstitutionellen Veranlagung entsprechend, war er zwar geneigt, seinem prominenten ungarischen Ministerpräsidenten und seinem Minister des Äußeren auf dem Gebiete der Verwaltung Konzessionen zu machen. Letzterer und das Armee-Oberkommando erhielten den Auftrag, ein neues Statut auszuarbeiten, einstweilen aber sollten neue Männer an die Spitze der Militärverwaltung treten, die keiner ausgesprochen politischen Richtung angehören, sondern vor allem Soldaten sein sollten, von denen er wohl annahm, daß sie am ehesten unbeeinflußt und unbeirrt von allen politischen Einflüssen der großen Sache und dem Ganzen dienen würden. Personen deutscher Stammeszugehörigkeit schienen am ehesten berufen zu sein, der südslawischen Frage und deren ungarischen Gegnerschaft unvoreingenommen und unparteiisch gegenüberzustehen.

Aus den vorgeschlagenen Personen wählte der Kaiser den als Sohn eines österreichischen Offiziers in Rastatt in Baden im Jahre 1855 geborenen Sproß eines alten Geschlechtes westfälischen Uradels G. d. I. Adolf Freiherr von Rhemen zu Barendsfeld und den Schreiber dieser Zeilen, Oberst des Generalstabs Hugo Kerehnawe. G. d. I. Frh. v. Rhemen hatte einen großen Teil seiner Dienstzeit im Agramer und Temesvarer Korps verbracht, war Kommandant der Besatzungstruppen im Sandžak Novipazar gewesen, zur Zeit der Annexionskrise (1908/09) Brigadier in Bosnien. Im Kriege war er seit Anbeginn Kommandant des Agramer Korps und hatte mit diesem die beiden ersten Offensiven gegen Serbien mitgemacht. Er durfte als genauer Kenner der südslawischen Verhältnisse betrachtet werden. Vom politischen Getriebe hatte er sich vollständig fern gehalten und deshalb als Korpskommandant in Agram bei allen Parteien großes Ansehen genossen, so daß er seinerzeit sogar als Banus (Statthalter) in Aussicht genommen worden war. Die Landessprache beherrschte der neue Gouverneur vollkommen. Er konnte sich überhaupt mit allen Nationen des vielsprachigen Reiches in ihrer Muttersprache verständigen, mit vielen sogar in der vollkommensten Weise und beherrschte außerdem einige Weltsprachen. Auch sonst brachte er viele Eigenschaften mit, die seine Wahl als eine glückliche erscheinen ließen. Grandseigneur

in seinem Auftreten, ohne dabei in irgendeiner Weise zu verletzen, war sein Benehmen gegen Offizier und Soldat, bei aller leichten und taktvollsten Wahrung der Distanz, kameradschaftlich und gewinnend. Er war auch von außergewöhnlich rascher Auffassung, sicherem und raschem Urteile. Mit einem seltenen Gedächtnis für Ereignisse wie Personen begabt, besaß er ein großes Verantwortungsgefühl und die seltene Gabe, Mitarbeitern und Untergebenen, die er als tüchtig erkannte, volles Vertrauen entgegenzubringen, sie daher frei und ungehindert arbeiten zu lassen und ihre Arbeit nach allen Richtungen mit seiner Person zu decken.

Eine einzige Eigenschaft mag alle diese Vorzüge als Vorgesetzter auf einem so verantwortungsvollen und schwierigen Posten beeinträchtigt haben: eine trotz seiner großen Menschenkenntnis große Herzensgüte, die ihn oft hinderte, gegen unfähige Untergebene mit der notwendigen Schärfe aufzutreten.

Was mich selbst anbelangt, so hatte ich selbstverständlich in meiner Dienstzeit nie die Gelegenheit gehabt, mich im Verwaltungsdienste eines Landes zu betätigen. Die Verwaltung einer Unterabteilung oder eines Truppenkörpers ist zwar eine Art Verwaltungstätigkeit, aber ganz anderer Art und durch die unbedingte Autorität des Verwaltenden über seine Untergebenen und dadurch, daß nicht so viele Leute von außen her dreinzureden versuchen oder sich hiezu wenigstens berechtigt glauben, obwohl ihnen die Materie vollkommen fremd ist, schon an sich ganz wesentlich leichter.

Das Land, seine geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kannte ich theoretisch recht gut. Es war seit Jahrzehnten einer der voraussichtlichen Kriegsschauplätze der Monarchie und das eindringliche Studium der Kriegsgeschichte wie das des zukünftigen Kriegsfallcs, hatte mich mit dem Lande, seinen Verhältnissen und seiner Leistungsfähigkeit theoretisch sehr vertraut gemacht. Von dieser stillen, geistigen Arbeit wußten allerdings meine Vorgesetzten, als sie mich auf diesen Posten beriefen, nichts. Aber ich war schon früher, vermutlich meiner historischen Arbeiten wegen, im November 1915 auf etwa sieben Wochen und im Mai 1916 auf vier Wochen nach Serbien kommandiert gewesen. Das erstemal, um als Vorsitzender einer gemischten Kommission die serbischen Archive und Museen zu übernehmen, woraus sich schließlich eine Übernahme

sämtlicher Belgrader Regierungsämter entwickelte. Dies gestattete mir einigen Einblick in das bisherige serbische Regierungsgetriebe. Das zweitemal handelte es sich um die Verwendung des übernommenen Materials. Nach jeder solchen Kommandierung hatte ich beim Armee-Oberkommando persönlichen Bericht zu erstatten, wobei natürlich auch meine Ansicht über die Zustände im Lande, über die Möglichkeiten seiner Verwertung und Ausnützung gehört wurde.

Schon nach meiner ersten Kommandierung schlug mich die Nachrichtenabteilung des Armee-Oberkommandos, allerdings nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen, als Generalstabchef für das zu errichtende Gouvernement vor. Ich bat aber, von meiner Ernennung absehen zu wollen, weil es mich zu meinem Regimente hinauszog und mir diese Aufgabe als Soldat wenig erstrebenswert schien. Nach meiner zweiten Kommandierung fragte mich am Schlusse meiner Berichterstattung der Chef des Generalstabes, GO. Frh. v. Conrad, ob ich mich der Aufgabe, Serbien produktiv zu machen und dabei mit wenig Mitteln Ordnung im Lande einzuführen und zu erhalten, gewachsen fühle, und ob ich bereit sei, diese Aufgabe gegebenenfalls zu übernehmen. Ich bejahte, bat aber neuerlich, mich bei der Truppe zu belassen, der ich mit ganzem Herzen und mit Leidenschaft angehörte.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Juli 1916 wurde ich in der Makutrastellung südlich Brody zum Fernsprecher gerufen und mir eine allerhöchste Entschließung vom 9. Juli mitgeteilt, die mich zum Generalstabchef in Serbien ernannte. Drei Tage später schied ich schweren Herzens von meinem geliebten Regimente; das erstemal im Kriege wurden mir die Augen feucht und meine Stimme unsicher. Wenige Tage später brachen die Russen in unsere Stellung bei Brody ein. Meine alten Soldaten aber, bei denen es das Kriegsglück gefügt hatte, daß sie unter meinem Kommando nie einen Schritt zurückgemacht, waren der Meinung, daß auch diese kleine rückgängige Bewegung nicht gewesen wäre, wenn ich noch das Kommando geführt hätte.

Die neue Militärverwaltung.

Die Schwierigkeit der neuen Aufgabe war mir klar. Dennoch sagte mir eine ganz grobe Berechnung, daß die bisherigen

vier Kriegsjahre und eine Invasion von 15 bis 16 Divisionen durch etwa drei Monate die Hilfsquellen und Vorräte des im Frieden an Überproduktion leidenden Landes nicht in solchem Maße erschöpft haben konnten, als die bisherige Militärverwaltung und ihre Organe bisher angenommen hatten. Ich war überzeugt, daß bei einer entsprechenden Organisation, bei Hebung der Hilfsquellen des Landes und zweckentsprechender Organisation der Erfassung und Einbringung der Landesprodukte weit mehr zu leisten war, als die Berichte über eine demnächst zu gewärtigende Hungersnot annehmen ließen. Hiezu schienen zwei Dinge vor allem notwendig: Wiederaufrichtung der vollen Autorität der Verwaltung und Klarheit darüber, was im Lande vorhanden und was als Verbrauch unbedingt notwendig war. Schon bei meiner ersten Kommandierung in Belgrad hatte ich die Wiedererrichtung des serbischen statistischen Amtes beantragt. Einiges Material war in dem durch Einquartierung von Ententetruppen und eigenen, vornehmlich ungarischen Landsturmtruppen arg hergenommenen serbischen statistischen Amte noch vorgefunden worden. Diesen Antrag hatte ich bei meiner zweiten Anwesenheit wiederholt und auch dem Generalstabschef des Gouvernements nahegelegt, worauf die statistische Abteilung in bescheidenen Anfängen eingerichtet und Artillerieoberleutnant i. d. R. Dr. Prüger (Ministerialsekretär im österreichischen Unterrichtsministerium) mit deren Leitung betraut wurde. Ich hatte schon bei dieser Gelegenheit mit Oberleutnant Dr. Prüger über die Notwendigkeit einer ehesten Volks- und Viehzählung sowie über die Aufnahme eines Erntekatasters gesprochen. Nun telegraphierte ich noch von Brody aus an die statistische Abteilung, daß Volks- und Viehzählung sofort durchzuführen sei. Konnte das Ergebnis auch kein genau zutreffendes sein, so bot es immerhin hinreichende Annäherungswerte, die der bisherigen Ungewißheit und Herumrederei immer noch weitaus vorzuziehen waren. Sicherlich wurde nicht mehr Vieh gezählt als tatsächlich vorhanden war, weshalb man nicht in Gefahr kam, die Leistungsfähigkeit zu überschätzen.

In Teschen machte man mich auf die Rolle aufmerksam, die der ungarische Ministerpräsident bei der Absetzung der bisherigen Spitzen des Gouvernements gespielt hatte und riet mir, mich mit ihm und seiner Regierung, wie überhaupt mit den Ungarn — ihres übermächtigen Einflusses wegen — gut zu

stellen. Ich verstand, was das heißen sollte um so mehr, als ich wegen meines langjährigen literarischen Kampfes gegen den überwiegenden, für die Gesamtmonarchie schädlichen magyarischen Einfluß, als Magyarenfeind galt. Ich war aber gar nicht geneigt, von dem abzugehen, was ich bisher für gut und richtig gehalten und verschwiegen hatte, daß ich hoffte, Kriegsartikel und Kriegsgesetze würden mir die Möglichkeit geben, unliebsame, durch ihre unberufene Einmischung die Autorität untergrabende Besuche aus dem Lande zu entfernen oder unschädlich zu machen. Man war über diese Äußerung entsetzt, denn man kannte mich beim Armeekorps-Oberkommando hinreichend, um zu wissen, daß mir dieser Ausspruch kein Scherz, sondern bitterer Ernst war. Ich war auch fest entschlossen, in außergewöhnlicher Zeit selbst vor außergewöhnlichen Mitteln nicht zurückzuschrecken und die Sache in kürzester Zeit zum Brechen zu bringen, wenn sie sich nicht biegen lassen wollte. Einstweilen aber beschloß ich, den Löwen in seiner Höhle aufzusuchen, um ihn kennenzulernen und mit ihm ins Klare zu kommen.

So suchte ich denn auf dem Wege nach Belgrad den ungarischen Ministerpräsidenten auf. Der Besuch verlief aber ganz anders, als ich gedacht hatte. Ich betonte Graf Tisza gegenüber meinen Standpunkt, daß ich eine von allen politischen Hintergedanken freie, nur auf Aufrichtigkeit und Erhaltung der staatlichen Autorität und auf die wirtschaftliche Entwicklung und Ausnützung gerichtete, strenge aber gerechte Verwaltung führen wolle und keinerlei politischen Einfluß, komme er von wo immer, anerkennen könne. Merkwürdigerweise verstanden Graf Tisza und ich uns sofort. Mir warm die Hand drückend, erklärte er, er schätze einen offenen ehrlichen Gegner viel höher ein, als einen hinterhältigen Freund. Im übrigen würdige er meine Argumente vollkommen und sei im Sachlichen ganz meiner Ansicht. Er kenne mich schon lange, habe auch bereits im Kriege genug von mir gehört, um von meiner Energie und Tatkraft überzeugt zu sein, und ich hätte auch als Kommandant eines ungarischen Regiments bewiesen, daß das Gerücht von meiner Ungarnhasserei lächerlich sei, daß ich vielmehr meinen ungarischen Soldaten ein fürsorglicher, jederzeit für sie und ihre Interessen eintretender Vorgesetzter gewesen und als solcher auch in ihrer Heimat bekannt sei. Er wäre daher überzeugt, ich werde auch in meiner neuen Stellung, bei aller Wahrung des dienstlichen Interesses

und des gemeinsamen großen Zweckes, den Ungarn volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und ihnen ein ebenso fürsorglicher und stets für sie eintretender Vorgesetzter sein wie bisher meinen ungarischen Soldaten. Er sprach ferner von den im ungarischen Reichstage von der Opposition zu erwartenden Angriffen auf mich, infolge verschiedener früherer Schriften, besonders wegen der Rolle, die ich die Ungarn in meinem Zukunftsromane «Unser letzter Kampf» hatte spielen lassen und versprach im Interesse der gemeinsamen Sache, voll für mich einzutreten. Er tat dies auch in seiner gewohnten mannhaften, schneidigen Art, als dieser Angriff etwa zwei Monate später — der Abgeordnete für Ödenburg, Hugo Lähne, hatte nach dem Eingreifen Rumäniens nichts Wichtigeres zu tun — erfolgte.

Als ich mich von Tisza verabschiedete, mußte ich unwillkürlich über mich selbst, aber auch über jene lächeln, die dieser Unterredung als etwas besonders Gefährlichem entgegengesehen. Ich hatte mich auf einen Kampf mit einem gewaltigen, achtungsgebietenden und gefürchteten Gegner vorbereitet und hatte einen Sekundanten und Mitarbeiter, um nicht zu sagen Freund, gefunden, wie ich mir kaum einen besseren wünschen konnte. Tisza hat mir auch sein Wohlwollen trotz manchen Aufeinanderprallens der Meinungen voll bewahrt.

Am 20. Juli 1916 hatte ich von meinem Vorgänger die Geschäfte übernommen. Der neue Gouverneur traf erst gegen Ende Juli ein. Sofort ging ich an eine Reorganisation der Verwaltung an Haupt und Gliedern. Die primären Grundlagen, d. h. die Einteilung des Landes in Kreise und Bezirke, ließ ich bestehen. Auch beim Personal dachte ich vorderhand keinen Wechsel vorzunehmen. Mit dem Offiziers- wie Beamtenmaterial der Armee, in erster Linie dessen aktivem, ließ sich vorzüglich arbeiten, wenn man es zu behandeln, entsprechend auszunützen und zu verwenden verstand. Wenn es versagte, so war wohl immer die Führung in erster Linie mitschuldig. Verstand man, dem durch fünf Jahrzehnte Parlamentswirtschaft deprimierten Offizier und Militärbeamten sein männliches und vor allem sein soldatisches Selbstbewußtsein wiederzugeben und seine Verantwortungsfreudigkeit wieder zu erwecken, so konnte und durfte man mit ihm ruhig das Schwierigste unternehmen. Nicht ganz dasselbe ließ sich von den zivilen Beamten, zumal den ungarischen und kroatischen, sagen, weil die beiderseitigen Regierungen sehr

oft nicht nur nicht das Beste an die Verwaltungen der besetzten Gebiete abgaben, sondern Personal, das sie als minder brauchbar anbringen wollten und das natürlich unter den höheren Anforderungen und erhöhten Schwierigkeiten trotz der militärischen Disziplin noch weniger entsprach als beim Dienste in der Heimat.

Für die Zukunft beschloß ich, bei Personalfragen den ungarischen Aspirationen die Spitze abzubrechen und unangenehme Einmischungen ungarischer politischer Faktoren dadurch unmöglich zu machen, daß ich selbst ungarische Personen anforderte, Männer, von deren sachlicher Tüchtigkeit, ihrer Hingabe für die gemeinsame große Sache ich ebenso überzeugt war, als ich ihre einwandfreie loyale Gesinnung kannte und womöglich ihre Anhänglichkeit an mich. Ich bin auf diese Art durchaus gut gefahren und gewann vorzügliche Mitarbeiter. So den Major, später Oberstleutnant des Generalstabskorps v. Suhay, anfangs Chef der politischen Gruppe beim Zivil-Landeskommissär v. Thallóczy, später als Präsidialchef mein Stellvertreter. Ein mir unbekannter Glücksfall war, daß Suhay dem Zivil-Landeskommissär von Kindheit an bekannt und ob seiner Tüchtigkeit von ihm sehr hoch geschätzt war, wodurch ich bei dem genannten Herrn einen großen Stein im Brett hatte und mir ihn, der meinen Vorgängern als Gegner gegenübergestanden, nahezu zum Freund machte; den dem Generalstab zugeteilten Oberstleutnant des Generalstabes v. Jarmy als Chef der Wirtschaftsabteilung, den Honvedintendanten von Pachner als Chef der Ernteverwertung, den Schriftsteller und Hauptmann a. D. F. X. Kappus als Chefredakteur der «Belgrader Nachrichten», den Husarenobersten Maldaner als Kommandanten des Kreises Belgrad-Land u. a. Sogar als meinen persönlichen Adjutanten nahm ich mir einen Ungarn, einen meiner früheren, mittlerweile nicht mehr frontdiensttauglichen Regimentsadjutanten Oberleutnant i. d. R. von Oeskey, der als diplomierter Maschineningenieur außerdem das Autoreferat und das Kommando über die Autoabteilung und schließlich auch noch das Wohltätigkeitsreferat führte.

Das erste, was ich nun in die Hand nahm, war die volle Wiederherstellung der Autorität des Gouvernements. Alle Einschränkungs- und Absperrungsmaßnahmen der Kreise wurden aufgehoben. Die Enthebung, und wo es not tat, rücksichtslose Bestrafung Dagegenhandelnder zeigte den Unterorganen gar

bald, daß die neue Verwaltung nicht mit sich spassen ließ. Einige offenbare Fehlurteile wurden aufgegriffen, um dagegen einzuschreiten und den Unterorganen ihre Stellung und ihre Aufgabe zum Bewußtsein zu bringen. Ich scheute dabei nicht zurück, meine Person aufs Äußerste zu exponieren und war entschlossen, die Sache zu biegen oder zu brechen. Verstöße gegen die Disziplin, einerlei, ob sie von Militärs, von zivilen Angestellten des Gouvernements oder der Zivilbevölkerung begangen worden waren, wurden unnachsichtlich geahndet. Von den Truppen wurde schärfste Disziplin gefordert, auch in ihrem äußeren Auftreten, was um so notwendiger war, als der kriegsgerische Sinn der Serben für derlei viel Verständnis und ein scharfes Auge hatte. Eine Truppe, die sich nicht vorteilhaft repräsentierte, ihre Vorgesetzten nachlässig grüßte u. dgl., durfte auf offene Verhöhnung rechnen. Wurde eine solche auch nicht mehr geduldet, so natürlich noch weniger der Anlaß zu einer solchen.

Gegen Preistreiber, Kettenhändler und Schieber bot das serbische Friedensgesetz keine Handhaben. Eine Ergänzung des Gesetzes war nur dem Armee-Oberkommando möglich, wahrscheinlich unter Stellungnahme der Regierungen der beiden Reichshälften, die sich zu einem energischen Vorgehen nicht aufraffen konnten und daher ein solches in Serbien, wenn schon nicht ganz verhindert, so doch möglichst obstruiert hätten. So half ich mir im Wege polizeilicher Verordnungen, die im eigenen Wirkungskreise erlassen werden konnten, wenn man sich natürlich auch nur mit mehrmonatigen, dafür aber rasch und prompt einsetzenden Arrest- und Geldstrafen behelfen mußte. Aber ich dachte mir, daß sechs Monate Arrest, Konzessionsentzug und Ausweisung beim zweiten Rückfall wirksamer wären als schwerer Kerker und Galgen in ferner Zukunft. Die Ware, die den Grund zur Preistreiberei gab, wurde beschlagnahmt und verfiel ohne Entschädigung, zum Teil zugunsten des zivilen Anzeigers, wodurch die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme am Kampfe gegen Preistreiberei und Kettenhandel angespornt werden sollte. Auch machte sich mitschuldig, wer zu einem höheren als dem gesetzlichen Höchstpreis kaufte. Die Belieferung von Truppen und Städten aus dem Hinterlande mit Verpflegsartikeln, die im Lande selbst aufzubringen waren, wurde eingestellt, jene mit anderen auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt.

Die erste vom statistischen Amte durchgeführte Volks- und Viehzählung ergab noch vor Errechnung der Details, daß die Fleischversorgung nicht nur vollkommen gewährleistet, sondern auch ein ansehnlicher, zu exportierender Übersehuß verfügbar war. Einstweilen wurde ein Kontingent von 8000 Schlachtoehsen im Wege von Märkten, wo diese nicht ausreichten, durch Zwangskauf zum Höchstpreise aufgebracht und zur Verfügung des Armee-Oberkommandos bereitgestellt.

Zur Entlastung des Hinterlandes wurde das bisherige Aufenthaltungsverbot für die Familien der Militärpersonen aufgehoben. Sie erhielten das Recht, bei den Verpflegsmagazinen die zugestandenen Verpflegungsmengen zum Selbstkostenpreis einzukaufen und von den Menagen ihre Verpflegung gegen Erlag des Menagerelutums und eines kleinen Regiebeitrages zu beziehen. Familien, die nicht in Serbien wohnten, durften durch Zusendung jener Verpflegungsmengen, die ihnen im Lande zugekommen wären, unterstützt werden; ebenso war bei Urlauben u. dgl. die Mitnahme von Vorräten, welche die ausreichende eigene Verpflegung und jene der Familie gewährleisteten, ohne Ausfuhrbewilligung nicht nur gestattet, sondern erwünscht. Allerdings muß bemerkt werden, daß viele Familien, statt sich der unverhofften Erleichterung und Unterstützung zu erfreuen, mehr forderten, als ihnen gebührte. Dies führte zu Mißhelligkeiten mit den Behörden und Anstalten und auch mit den Einheimischen, gab Grund zu viel böswilligen Tratschereien und Verdächtigungen, wenn diese unbescheidenen Forderungen nicht erfüllt oder die Schuldtragenden ausgewiesen und bestraft wurden.

Mit dem Zivil-Landeskommissär wurde die Einhebung der Steuern für das erste Halbjahr 1916 vereinbart, nachdem eine Besichtigung verschiedener Landstriche ergeben hatte, daß das Land die nach den serbischen Gesetzen vorgesehenen Steuern ohne weiteres leisten konnte. In Einzelfällen wurden Stundungen bewilligt, was nur in Belgrad eintrat; überall sonst wurden die Steuern von der Bevölkerung anstandslos und willig eingezahlt.

Durch all die hier angeführten Verordnungen, die innerhalb der ersten 14 Tage meiner Amtstätigkeit erlassen wurden, waren die Grundlagen für die weitere Arbeit gelegt. Nur derjenige, der unter ähnlichen Verhältnissen Gleiches leisten mußte, kann ermessen, welcher Summe von Arbeit dies in dieser kurzen

Spanne Zeit bedurfte. Da nebenbei auch der gesamte, sehr umfangreiche laufende Dienst in der bei der alten Armee üblichen raschen Art bewältigt werden mußte, so hatte vor allem die Nacht die nötige Zeit hiezu herzugeben. Ich ging in diesen vierzehn Tagen abwechselnd den einen Tag um $1\frac{1}{2}$ Uhr morgens, den anderen «leichteren» um $1\frac{1}{2}$ Uhr nachts aus meinem Dienstzimmer, in das ich um 8 Uhr morgens wieder zurückkehrte und das ich nur zu den beiden Hauptmahlzeiten auf die unumgänglich notwendigste Zeit verließ. Der Verwaltungsapparat, der in dieser Zeit eingespielt wurde, hat auch in der ganzen folgenden Zeit klaglos funktioniert.

Sein Urteil über die neue Militärverwaltung in Serbien faßte der Generalquartiermeister des Armee-Oberkommandos, FML. v. Kaltenborn, in einem Referate in folgenden Worten zusammen: «Die Übernahme der Geschäfte der Militärverwaltung in Serbien durch die neuen Organe kommt durch deren Erfolge in ihrer Bedeutung einer für die Mittelmächte gewonnenen Entscheidungsschlacht gleich. Österreich-Ungarn hätte ohne diese kaum die Armee weiter verpflegen und den Krieg über den Herbst 1916 hinaus führen können.»

Der Verwaltungsapparat.

Anfangs September 1916 erschienen die vom Armee-Oberkommando im Vereine mit dem Ministerium des Äußeren nach Stellungnahme der beiden Regierungen neu verfaßten «Allgemeinen Grundzüge für die Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Serbiens» und hatten mit Ende September in Kraft zu treten.

Inzwischen erfolgte die Kriegserklärung Rumäniens, die Serbien in die unmittelbare Nähe der militärischen Operationen rückte. Da dies den Zeitpunkt zur Vornahme einschneidender administrativer Änderungen und Einführung einer Art gemischten Verwaltung als wenig geeignet erscheinen ließ, so versuchte das Gouvernement beim Armee-Oberkommando einen Aufschub zu erwirken. Der Versuch blieb jedoch erfolglos.

Dieses neue Organisationsstatut stellte als ein echtes Kind Österreich-Ungarns ein Kompromiß dar. Grillparzers Worte

«Das ist der Fluch von unserem edlen Haus,
mit halben Mitteln und zu halber Tat
auf halben Wegen zaudernd hinzustreben»

sie waren in allem und jedem in das ganze staatliche Leben Österreichs übergegangen. Man hatte bei dem für die Leitung und damit für den Ausgang des Krieges verantwortlichen Armee-Oberkommando die Einführung einer Militärverwaltung in den eroberten Gebieten für notwendig erkannt, man brachte aber nicht den Mut und nicht die Kraft auf, diesen als richtig erkannten Entschluß auch zur Tat durchzusetzen. Man brachte noch weniger den Mut auf, mit einer energischen Geste die ganze Verantwortung auf die anderen zu schieben, die es besser zu wissen glaubten, ohne wohl von ihrem Besserkönnen so überzeugt zu sein, daß sie die Verantwortung zu übernehmen gesonnen waren. Man entschloß sich zu einer Halbschlächtigkeit, zu einem Kompromiß, das scheinbar in vielen Dingen nachgab, während man hoffte, daß es doch tatsächlich unter dem Drucke der Verhältnisse anders gehen würde, und überließ es den handelnden Personen, miteinander und mit dem Dinge, das man ihnen bescherte, auszukommen.

Wie der Einspruch des Gouvernements blieb auch die Enthebungsbitte des neuen Generalstabschefs erfolglos oder unbeachtet, von dem man doch so viel mehr verlangte als von seinem Vorgänger, während man gleichzeitig seine Einflußsphäre beschränkte und ihm durch Einfügung einer neuen, mitbestimmenden Instanz — des Zivil-Landeskommissariats — das Arbeiten erschwerte.

Dabei soll nicht geleugnet werden, daß das Kompromiß in sehr geschickter Art versuchte, allen Ansprüchen gerecht zu werden und daß, solange sich die leitenden Personen gegenseitig verstanden und verstehen wollten, damit gearbeitet werden konnte, daß aber sofort Schwierigkeiten und Hemmungen eintraten, wenn einmal dieses Verhältnis aufhörte. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem ersten Zivil-Landeskommissär von Serbien, dem bei der Rückkehr vom Leichenbegängnis Kaiser Franz Josephs durch einen Eisenbahnunfall bei Budapest ums Leben gekommenen Sektionschef v. Thallóczy, für das Mißtrauen, das ich ihm entgegenbrachte, Abbitte leisten. Dieses Mißtrauen war nach der Art, wie er und Tisza gegen meine Vorgänger aufgetreten und nach den allseitigen Warnungen vor ihm, die man mir hatte zuteil werden lassen, nur zu begreiflich, hat sich aber in der kurzen Zeit des Zusammenarbeitens mit diesem hochgebildeten, kritischen Geist als durchaus unbegründet erwiesen.

Er hat mir nie ernstliche Schwierigkeiten gemacht, sondern war bestrebt, mir entgegenzukommen und mir die Arbeit zu erleichtern. Das war wohl u. a. auch darauf zurückzuführen, daß wir beide auf Grund geschichtlicher Arbeiten in vielem gleiche Ansichten hatten und daß er mich nicht nur als Mann und Soldat respektierte, sondern als Historiker gewissermaßen als «Kollege» betrachtete und daß ich auf seine oft sehr originellen Scherze gerne einging.

Ich habe jedenfalls mit seinem vom Generalgouverneur erwählten Nachfolger, einem als Techniker viel erfahrenen, hochgebildeten, aber auch überaus empfindlichen und leicht erregbaren alten Herrn, der sich nur zu leicht unverantwortlichen Ratgebern zugänglich erwies, ein weitaus schwereres Arbeiten gehabt.

Das neue Organisationsstatut war vor allem bestrebt, dem Zivil-Landeskommissär einen eigenen Wirkungskreis zu geben, für den er in erster Linie verantwortlich war und der ihn womöglich derart ausfüllen und befriedigen sollte, daß er sich nicht versucht fühlte, in den Wirkungskreis des Generalstabschefs einzugreifen; während diesem wieder doch ein Einfluß in allen prinzipiellen Fragen des Ressorts des Zivil-Landeskommissärs gewahrt bleiben und die Mitverantwortlichkeit aufgelastet werden sollte. Das war nun allerdings keine leichte Sache. Während der Generalstabschef beispielsweise keinen direkten Einfluß auf das Finanzwesen nehmen durfte, sollte er doch mit der bisherigen Defizitwirtschaft aufräumen und die Überschwemmung des Landes mit österreichischem Gelde nach Tunlichkeit aufhalten. Es war aber auch insofern keine leichte Sache, als sich der Wirkungskreis des Zivil-Landeskommissärs, der im Range doch weit höher stand als der Generalstabschef, auf dem Papier einigermmaßen stattlich ausnehmen mußte und nicht zu sehr von dem Wirkungskreise des Generalstabschefs übertrumpft werden durfte.

Dementsprechend sah das neue Statut außer zwei (später drei) selbständigen, dem Generalstabschef direkt unterstellten Abteilungen, drei große Sektionen vor:

1. Die dem Generalstabschef direkt unterstellte Militärsektion: Präsidialabteilung, Militärabteilung, der zugleich das gesamte Verkehrswesen, soweit es dem Gouvernement unterstand, eingegliedert war, Nachrichtenabteilung, Gendarmerie-

abteilung (einschließlich der Militärpolizei von Belgrad), Feldsuperioriat (Kultusdienst aller in der Armee vorkommenden Bekenntnisse sowie ausübender Seelsorgedienst), Militärjustizabteilung, der die gesamte Strafgerichtsbarkeit unterstand, Sanitätsabteilung, Intendanzabteilung (militärischer Verpflegsz, Aufbringungs- sowie Monturverwaltungsdienst, Rechnungs- und Kassengebarungsdienste), Militärbauabteilung und Kanzleidirektion.

2. Die Wirtschaftssektion, unter einem höheren Generalstabsoffizier, unterstand ebenfalls dem Generalstabschef, doch war bei ihr ein höherer Zivilbeamter eingeteilt, der sich über alle Angelegenheiten informieren konnte und dem Zivil-Landeskommissär direkt zu referieren hatte. Letzterer besaß das Recht, zu allen Dingen Stellung zu nehmen und, wenn diese Stellungnahme unberücksichtigt blieb, sie auch dem Armee-Oberkommando vorzulegen. Verantwortlich war in allen die Wirtschaftssektion betreffenden Angelegenheiten neben deren Leiter und neben dem Gouverneur in erster Linie der Generalstabschef, nicht aber der Zivil-Landeskommissär. Zur Wirtschaftssektion gehörten: die landwirtschaftliche Gruppe, die Ernteverwertungszentrale, die Forstdirektion, die gewerbliche Gruppe (wurde Ende 1916 dem Gewerbereferat des Zivil-Landeskommissariats eingegliedert) und das Statistische Amt (wurde 1917 als selbständige Abteilung dem Generalstabschef unterstellt).

Selbständige, dem Generalstabschef direkt unterstellte Abteilungen, die aber mit der Wirtschaftssektion im engsten Einvernehmen zu arbeiten hatten, waren die Warenverkehrszentrale und das Militärbergamt und die später, im Herbst 1916, errichtete Ernte-Verwertungszentrale.

3. Das Zivil-Landeskommissariat bestand aus der Präsidialkanzlei, der von einem höheren Generalstabsoffizier geleiteten politisch-administrativen Abteilung, der Finanzabteilung und der Abteilung für Zivilrechtssachen (Ziviljustizabteilung genannt). Zur ersteren Abteilung gehörten das politische Referat, das nur Rechtsfragen in Polizeiangelegenheiten betreffende polizeiliche Referat, das juridisch-technische Referat und die Kultus- und Schulabteilung, die später, nach Durchführung der Schulorganisation, zu einem Referate zusammenschmolz. Der als Leiter der politischen Abteilung eingeteilte Stabsoffizier des

Generalstabes war verantwortlich, daß alle wichtigen Stücke und solche prinzipiellen Inhaltes dem Generalstabschef zur Kenntnis kamen und zu diesem Zwecke die Präsidialabteilung der Militärsektion passierten. Der Generalstabschef war für diese voll mitverantwortlich, d. h. nach der in Österreich-Ungarn üblichen Weise eigentlich allein verantwortlich. Die Leiter der Finanz- und Zivilrechtsabteilung hatten von ihrer früheren direkten Unterstellung überdies die Gewohnheit beibehalten, in wichtigen Angelegenheiten sich erst mit dem Generalstabschef zu besprechen, bevor sie ein fertiges Elaborat dem Zivil-Landeskommissär zur Genehmigung vorlegten.

Eine ganz eigenartige Stellung nahm das Eisenbahn- und Schiffahrtswesen ein. Die dem Chef des Feldeisenbahnwesens unterstellten Eisenbahnen des Landes standen unter der Leitung des Heeresbahnkommandos «Süd» in Belgrad, jedoch ausgenommen die normalspurige Hauptlinie Belgrad, beziehungsweise Semendria—Velika Plana—Niš und die Zweiglinie Lapovo—Kragujevac, die der deutschen Militär-Eisenbahndirektion 7 in Niš unterstellt waren. Das Schiffahrtswesen unterstand dem Chef des Feldeisenbahnwesens.

Wie man sieht, ließ die «Neuorganisation» der Verwaltung an Kompliziertheit wenig zu wünschen übrig. Daß mit einem so komplizierten Apparate nicht nur überhaupt ersprießlich gearbeitet werden, sondern sehr Gutes, zum Teil sogar Hervorragendes geleistet werden konnte, nimmt mich heute bei ruhiger, rückschauender Betrachtung beinahe wunder.

Die Kreiseinteilung blieb mit einer einzigen Ausnahme unverändert. Im Frühjahr 1918 wurde auf Anordnung des Armee-Oberkommandos der Kreis «Belgrad-Land» mit jenem «Belgrad-Stadt» vereinigt, eine Maßregel, die sich nur durch den Zweck der Personalersparnis rechtfertigen ließ. Die Bedürfnisse des rein ländlichen, weitausgedehnten Kreises «Belgrad-Land» und des vorwiegend städtischen «Belgrad-Stadt» waren naturgemäß gegensätzliche. Ebenso wurde im Jahre 1917 bei der Auflassung des Brückenkopfkommandos Belgrad das Bezirkskommando Žarkovo aufgelöst und sein Gebiet dem angrenzenden Bezirke Banjica einverleibt.

Bei den Kreiskommandos waren auch einige zivile Verwaltungsbeamte eingeteilt, deren ältester als «Leitender Zivilkommissär» fungierte und im Kreise eine ähnliche Stellung bekleidete

wie der Zivil-Landeskommissär beim Gouvernement. Leiter des Kreisgerichtes in Strafsachen war ein Auditor (Militärriechter), dem Gericht für Zivilrechtssachen stand ein ziviler Gerichtsbeamter vor, ebenso waren für den Steuerdienst Zivilbeamte eingeteilt. Der Stand eines Kreiskommandos einschließlich Gericht, Steueramt, Kreiskasse, Forstamt, Postamt, Finanzwachkommando, Gendarmeriekommando, Kreisspital, Kreisverpflegungsmagazin etc. betrug ungefähr 50 bis 70 Offiziere und Beamte; trotz des angeblich hohen Standes tatsächlich für eine Verwaltungsbehörde eines Gebietes mit 100.000 bis 200.000 Menschen wenig. Nur dem zentralisierten und militärisch genauen Dienstbetrieb bei täglich 9 bis 10 Arbeitsstunden, zu verschiedenen Zeiten aber beträchtlich mehr, und dem außergewöhnlich großen Arbeitseifer der Kommandanten war es bei einem so geringen Personalstande überhaupt möglich, die große Fülle von Arbeit zu bewältigen. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß durch das Einrücken der wieder frontdiensttauglich gewordenen Offiziere und waffenpflichtigen Beamten das Personal einem großen Wechsel unterworfen war. So waren beispielsweise beim Kreise «Belgrad-Land» vom 1. November 1915 bis 31. Dezember 1916 auf den nicht ganz 50 systemisierten Stellen des Kommandos nacheinander 106 Personen eingeteilt, so daß jede Stelle in 14 Monaten bis zu dreimal ihren Besitzer wechselte.

Der Stand eines Bezirkskommandos, der untersten Verwaltungsbehörde, war nach Größe, Volksreichtum und wirtschaftlicher Bedeutung des Bezirkes verschieden: 3 bis 8 Offiziere (Ärzte, Fähnriche, Offiziersstellvertreter). Es waren dies der Bezirkskommandant, ein oder zwei Bezirksoffiziere, ein landwirtschaftlicher Referent, ein Bezirksarzt, ferner dort, wo sich eine Apotheke oder eine Zweigstelle der Ernteverwertungszentrale befand, je ein leitender Beamter dieser Stellen. Den Bezirkskommandos, die mit Hilfe der Gendarmerie und der Etappentruppen den Polizeidienst auszuüben hatten, unterstanden die Gemeindevorstehungen mit ihren Predsedniks (Gemeindevorständen) und Richtern. Mehrere kleine ländliche Gemeinden waren oft unter einem erfahrenen Unteroffizier, der in seinem Zivilverhältnisse Gemeindebeamter, Gendarmeriewachtmeister oder im Verwaltungskurse ausgebildet war, dem «Gemeindeinspizierenden» zusammengefaßt. Solche Unteroffiziere waren auch, wenn sich kein geeigneter, des Lesens

und Schreibens kundiger Einwohner fand, als Gemeindevorsteher angestellt.

Den Bezirkskommandos oblag auch die Rechtsprechung erster Instanz speziell in allen Polizei- und Bagatellsachen, die gewöhnlich in militärisch-patriarchalischer Weise bei einem «Bezirksrapporte» kurz, rasch und drastisch erfolgte. Solche Bezirksrapporte, bei welchen auch wirtschaftliche Angelegenheiten verhandelt, die Gouvernementsverordnungen kundgemacht und erläutert wurden, fanden in der Regel allwöchentlich statt.

Der ganze Verwaltungsapparat umfaßte demnach ungefähr 1200 bis 1400 Personen im Offiziersrange. Rechnet man das Personal der Gendarmerie, der Spitäler, der Postämter, der Etappen-truppen, der dem Gouvernement unterstehenden Kampftruppen, ferner der Heeresbahn «Süd» hinzu, so kommt man auf etwa 2100 bis 2200 Offiziere und Beamte, d. h. 1 bis $1\frac{1}{2}\%$ der Bevölkerung, während im alten Österreich die Staatsbeamtenschaft ohne Gendarmerie 1'8, im alten Ungarn 1'6% der Bevölkerung betrug, wobei die nicht landesfürstlichen Beamten gar nicht mitgezählt sind. Es herrschte also eine Ökonomie der personellen Arbeitskräfte, wie man sie kaum anderswo fand, ausgenommen in der Militärverwaltung der alten Militärgrenze.

Die Ergänzung des Personals erfolgte auf zweierlei Weise. Personen, die in dem ihnen zugedachten Dienst Fachmänner waren oder bereits ähnliche Posten ausgefüllt hatten, wurden direkt oder nach einer kurzen praktischen Einführung auf ihren neuen Dienstposten gestellt. Für Ersätze wieder frontdiensttauglich gewordener Kräfte, die keine Vorkenntnisse mitbrachten, wurden in Belgrad mehrmonatige Verwaltungskurse unter der obersten Leitung des Zivil-Landeskommissärs aufgestellt, nach deren Absolvierung eine in der Regel acht Wochen währende praktische Erprobung erfolgte. Über die Erfahrungen mit seinen Schülern äußerte sich Thalloczy stets anerkennend; nur wenige unter ihnen entsprachen seinen nicht eben geringen Anforderungen nicht, und das Urteil, das sich dieser überaus kritische Geist bei dieser Gelegenheit über das Offizierskorps der alten Armee und dessen Eignung für seine neue Aufgabe bildete, deckte sich vollkommen mit meinen günstigen Erfahrungen.

Der leitende Zivilkommissär des Kreises Belgrad-Land, Ministerialsekretär Baron Čuvay, schrieb in seinem Bericht über

das Verwaltungsjahr 1916 hinsichtlich der zur praktischen Erprobung kommandiert gewesenen Unteroffiziere:*)

«Solange die Unteroffiziere in Gemeindediensten standen, haben die Gemeinden bezüglich Geschäfts- und Kassagebarung sehr gut funktioniert. Den besten Beweis legen die Halbjahrschlußrechnungen ab, welche seitens der Gemeinden mit Ende des Berichtsjahres zur Genehmigung den Kreiskommandos vorgelegt wurden. Sie tragen alle das Zeichen einer regelrechten Gebarung und weisen nur geringe Fehler auf. Mit dem Abgange der Unteroffiziere am 1. Jänner 1917 hat das Kreiskommando tüchtige und verlässliche Mitarbeiter verloren und sie anderen Kreisen zur Verfügung stellen müssen. Die Gemeindegebarung ruht nun wieder in den Händen der einheimischen Organe, was mit Rücksicht auf ihre mangelhafte Vorbildung sicherlich nicht zum Vorteile ihrer Verwaltung gereicht.»

Das statistische Amt als wichtiger Helfer.

Wie im Anfange habe ich auch in der Folgezeit einer möglichst genauen Statistik die allergrößte Bedeutung beigelegt. Nur der kann ein Land gut verwalten, der sich gute statistische Unterlagen für seine Tätigkeit zu schaffen weiß, was in Serbien nach vier Kriegsjahren mit ihren Verlusten und Seuchen, zwei feindlichen Invasionen innerhalb eines Jahres und der Flucht aller Verwaltungsbehörden allerdings durchaus nicht leicht war. Es will mir übrigens scheinen, daß in anderen Ländern, wo eine gute Statistik viel leichter zu schaffen und eigentlich etwas Selbstverständliches war, dieser Grundlage der Verwaltung viel zu wenig Beachtung geschenkt und viel mehr auf weinerlichen Tratsch und zweckloses Jammern gegeben wurde. So gab es eine Viehzählung und Viehkonskription, wie sie in Serbien 1916 und 1917/18 durchgeführt wurde, meines Wissens während des Krieges in keinem der Länder der Mittelmächte, ja man sträubte sich, wie ich aus einer Mitteilung des seinerzeitigen österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic entnahm, in den landwirtschaftlichen Kreisen heftig dagegen. Welches Sträuben ich allerdings nicht unbegreiflich finde. Ohne Viehzählung

*) M a l d a n e r - Č u v a j : «Bericht über die Verwaltung des Kreises Belgrad-Land vom 1. November 1915 bis 31. Dezember 1916.» In Buchform 1917 erschienen. Belgrad, Gouvernementdruckerei.

und Viehkonskription ist aber eine einigermaßen gerechte und die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes nicht beeinträchtigende Viehkontingentierung und Viehstellung unmöglich gewesen.

Das Ergebnis der im Juli 1916 durchgeführten Volkszählung lag Anfangs August in ihren hauptsächlichen Umrissen vor und bot ein recht trübes Bild. Durch Kriegsverluste, Seuchen und Flucht war die Bevölkerung der zehn alten serbischen Kreise des Okkupationsgebietes von 1,568.048 im Jahre 1910 auf 1,218.017 im Jahre 1916, d. h. um rund 360.000 oder etwa 23 % zurückgegangen. Von den drei mohammedanischen Südkreisen, die erst im Bukarester Frieden 1912 an Serbien gekommen, lagen keine früheren Volkszählungsergebnisse vor. Der Abgang an Männern betrug nahezu 36 %, verteilte sich aber nicht auf alle Altersklassen gleichmäßig, sondern betraf in erster Linie die wehrfähigen und damit die vor allem arbeitsfähigen Männer. Von diesen fehlten in den zehn alten Kreisen nahezu 80 %. Allerdings hatte die Hauptlast bei den landwirtschaftlichen Arbeiten in Serbien auch im Frieden in erster Linie die Frau getragen. Ein oberflächliches Kalkül ergab, daß mit den im Lande befindlichen Arbeitskräften, auch bei äußerster Ausnützung aller, ohne viel Rücksicht auf Standesunterschiede nehmen zu können, das Auslangen nicht gefunden werden konnte. Man mußte die Arbeitspflicht in irgendeiner oder aber in verschiedenen Formen einführen und die militärischen Kräfte zu wirtschaftlichen Zwecken ausnützen, wobei deren Mobilität die zweckmäßige Disponierung ebenso erleichterte, als ihre Disziplin eine relativ hohe Arbeitsleistung versprach.

Um über die Bevölkerungsbewegung sowie über die Auswirkung der wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Verwaltung im Bilde zu bleiben, wurde im Jahre 1917 eine neue Volkszählung angeordnet, bei welcher der Ausbau des statistischen Amtes sowie des ganzen Verwaltungsapparates bereits eine wesentlich genauere Arbeit erlaubte. Hierbei wurde eine Zunahme der Bevölkerungsziffer in den südlichen Kreisen festgestellt. In den zehn alten war die männliche Bevölkerung auf 491.040 zurückgegangen, trotzdem viele Flüchtlinge zurückgekehrt waren, die weibliche aber auf 721.902 gestiegen. Zusammen wurden 1,212.942 Menschen gezählt, der Gesamtabgang betrug somit 5079. In den drei Südkreisen, wo die serbische Wehr-

pflicht nicht durchgegriffen hatte und daher die wehrpflichtige männliche Bevölkerung nicht in ihrer überwiegenden Mehrzahl außer Landes war, konnte eine recht bemerkenswerte Geburtenzunahme festgestellt werden. Vielleicht ist ein großer Teil der im ganzen 5%igen Bevölkerungszunahme auf 77.233 Männer und 85.676 Frauen, zusammen 162.909 (Vermehrung 7425), darauf zurückzuführen, daß die Zählung vollständiger war als im vorhergegangenen Jahre, wo die mohammedanische Bevölkerung bei dieser ersten Volkszählung, die in diesem Gebiete überhaupt stattgefunden, vielfach besonders jüngere weibliche Familienmitglieder verbarg. Daraus ergab sich wohl die Zunahme der Frauen um 7120, während die Männer nur um 305 mehr zählten; allerdings muß der Abgang vieler Wehrfähiger infolge freiwilliger Rekrutenstellung zum türkischen Heere sowie zu den freiwilligen österreichisch-ungarischen Albanerformationen berücksichtigt werden.

Die nächste Arbeit des statistischen Amtes war die Durchführung einer Viehzählung im Jahre 1916. Trotzdem Verheimlichung mit Konfiskation, ansehnlichen Geld- oder Arreststrafen bedroht wurde, ergab die erste einfache Zählung ohne Registrierung nur Annäherungswerte: 123.409 Kälber, 110.323 Jungvieh, 87.628 Ochsen, 219.363 Kühe, 11.629 Stiere, 33.516 Pferde, 1992 Büffel und Esel, 394.246 Schweine, 703.885 Schafe und 139.195 Ziegen.

Bei der zweiten Zählung 1917 wurde das Vieh auch registriert und gezeichnet, um den Besitzer zur Vorführung seines ganzen Besitzstandes zu zwingen. Solcherart gelang es tatsächlich, ein zutreffendes Bild über den Viehstand Serbiens zu erhalten: 158.971 Kälber, 148.989 Jungvieh, 78.444 Ochsen, 224.604 Kühe, 11.319 Stiere, 31.062 Pferde, 1848 Büffel und Esel, 552.469 Schweine, 747.682 Schafe und 141.014 Ziegen.

Diese Zählungen, ganz besonders aber die erste, kamen nicht ohne Widerstand der Behörden zustande. Die Kommandanten und ihre Zivilkommissäre sahen natürlich sehr bald, wo diese Zählungen und Registrierungen hinauswollten. Es kam ihnen sehr bald zum Bewußtsein, daß ein neuer Eingriff in die souveräne Abgeschlossenheit ihrer Kreise, neue Arbeit einerseits und eine Erschwerung in der Bodenbearbeitung andererseits zu erwarten sei. Es mangelte daher nicht an mündlichen und schriftlichen Gegenvorstellungen, daß die Zählungen bei der an-

geblieh mangelnden Intelligenz der Landbevölkerung ein ganz unrichtiges Bild ergeben und die berühmte Hungersnot eine unabwendbare Folge jeder Viehstellung sein würde. Alle jene Vorstellungen und Einwendungen, die nach Graf Clam-Martinie' Mitteilung gegen eine Zählung und Registrierung des Viehs im Hinterland geltend gemacht wurden, konnte man hier in voller Auflage wieder finden. Ich ließ mich dadurch nicht beirren. Den Zählungen von Großvieh folgte auch einmal eine Aufnahme des Geflügelstandes, um darüber ins Klare zu kommen, was zur Hebung der Kleintierzucht geschehen müsse, um diesen Zweig der Selbstversorgung wie der Approvisionierung heben und leistungsfähiger machen zu können.

Eine weitere wichtige Arbeit des statistischen Amtes war die Aufnahme der anbaufähigen und der angebauten Flächen und schließlich jener der materiellen Werte und Hilfsquellen des Landes überhaupt.

Die erstere Arbeit war weit schwieriger als anderswo. Denn Serbien besaß keine ökonomische Katasteraufnahme, auch kein Grundbuch. Die wichtigste Grundlage fehlte also. Die Besitzverhältnisse waren dementsprechend oft recht unklare. Da es mitten im großen Kriege an Zeit wie an Kräften mangelte, das ganze Land geometrisch zu vermessen und ein Grundbuch anzulegen, wurde in jedem Kreise ein gleich großes Stück schlechten, mittleren und guten Bodens vermessen und dessen Ertrag genau festgestellt. Dann wurde in jeder Gemeinde ein Grundstück, das als Vergleichsgrundlage für die Schätzung der anderen zu dienen hatte, mit primitiven Mitteln gemessen, oder doch durch Abschreiten seines Umfanges bestimmt, die Größe der anderen hiernach geschätzt und nach dem genau vermessenen Grundstücke gleicher Bodengattung der beiläufige Wert und Ertrag bestimmt. Diese gewiß mangelhafte Methode wurde 1916 auf die alten Kreise, im folgenden Jahre auf das ganze Gebiet angewendet und ergab als immerhin brauchbare Annäherungswerte des bebauten Bodens in Hektar:

	Nordkreise	Südkreise	Zusammen
Weizen	171.295	4.567	175.862
Roggen	3.070	756	3.826
Gerste	10.094	4.507	14.601
Hafer	14.629	2.679	17.308
Mais	199.355	4.996	204.351
Kartoffeln	3.819	465	4.284

Zur Bestimmung der materiellen Werte des Gouvernementbereiches konnten die das letztmal 1911 in Form eines Jahresberichtes in Buchform im Drucke erschienenen vortrefflichen Berichte des serbischen statistischen Amtes benützt werden: einiges vermochte auch die seinerzeitige gemischte Kommission zur Übernahme von Archiven und Muscen im Gebäude des seinerzeitigen serbischen statistischen Amtes aufzufinden. Die vom statistischen Amte hergestellte «Übersicht der materiellen Werte Serbiens» war eine außerordentlich wertvolle Grundlage sowohl für die Verwaltung als auch für die späteren Reparationsverhandlungen.

Militärische Organisation. Sicherheitsdienst.

Die wichtigsten Mittel zur Herstellung und Erhaltung der Ordnung und staatlichen Autorität, besonders in einem von einer feindlichen Bevölkerung bewohnten besetzten Lande, sind natürlich die bewaffnete Macht und die Polizei. Sie allein konnten die Gesetze durchsetzen, und zwar um so leichter, je stärker sie und je weniger die Einwohner imstande waren, bewaffneten Widerstand zu leisten und je mehr die Gesetze selbst abschreckende Wirkung besaßen. Besonders auf diesen letzten Punkt wird in der Praxis viel zu wenig Wert gelegt und dadurch ein um so größeres Aufgebot an staatlicher Gewalt notwendig gemacht.

Angesichts des schweren Ringens der Monarchie an drei Fronten mit einer vielfachen feindlichen Übermacht mußten die Verwaltungsbehörden in Serbien trachten, mit wenig, ganz besonders aber mit möglichst wenig in der Front verwendbaren Kräften auszukommen; eigentliche Feldformationen, die doch wieder bei Bekämpfung größerer Unruhen, Bandenkämpfen gegen gut organisierte Komitenbanden *) sowie bei einer Bedrohung von außen hauptsächlich in Betracht kamen, konnten dauernd nicht zur Verfügung stehen. Wollte man über solche

*) Komitenbanden («Komitatschis») hießen von den serbischen (bulgarischen, griechischen) Komitees zur Insurgierung und Eroberung Mazedoniens ausgerüstete Banden, als dieses Land noch unter türkischer Hoheit stand. Dieser Name wurde dann auch auf jene Banden übertragen, die von großserbischen Komitees zur Beunruhigung der südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns, vornehmlich Bosniens und der Herzegowina, dann im Kriege zur Unterstützung der regulären serbischen Armee aus Nichtwaffenpflichtigen gebildet worden

Formationen dauernd verfügen, so blieb wohl nichts anderes übrig, als sich solche selbst zu organisieren.

An Besatzungstruppen befanden sich im Gouvernement-bereiche insgesamt einschließlich 3500 Mann der Gendarmerie rund 50.000 bis 51.000 Mann, was samt Nichtkombattanten, Trainmannschaft und 50 bis 60 Kriegsgefangenen-Arbeiter-kompagnien einem Verpflegsstand von 70.000 Mann entsprach.

Unter den ersteren sind freilich nicht lauter vollwertige Kämpfer zu verstehen, im Gegenteil. Voll verwendungsfähige, leistungsfähige Feldformationen waren eigentlich nur 6 Streif-kompagnien, 3 Eskadronen, 3 altartige Mörserbatterien, 1 Artilleriemarschbataillon und 2 technische Halbkompagnien, ferner bedingt verwendbar 4 Landsturmfeldbataillone. Dabei war in den anderen Formationen immerhin ein ganz ansehnlicher Prozentsatz im Felde verwendbarer Mannschaft vorhanden, die aber erst zusammengezogen, entsprechend organisiert und ausgerüstet werden mußte, um eine verwendungsfähige Truppe abgeben zu können.

Da ich anläßlich meiner Ernennung beim Armee-Oberkommando auf eine Anfrage seinerzeit erklärt hatte, daß ich bei einer unveränderten militärpolitischen Lage mit weniger Truppen auskommen zu können hoffte und die Landsturmfeldformationen entbehren zu können glaubte, wenn im Bedarfsfalle vor der Neuorganisation eigener Feldtruppen mit solchen von anderswo ausgeholfen werden würde, berief man Mitte August 1916 die vier Landsturmfeldbataillone ab. Die drei Mörserbatterien sollten folgen.

An Befestigungen befand sich im Lande außer lokalen Brücken- und Eisenbahnsicherungen einzig der feldmäßig ausgestaltete Brückenkopf von Belgrad, dem gedeckte Unterkünfte, Kavernen, Vorbereitungen für Fliegerabwehr oder gegen Angriffe einer schwer armierten Donauflotte, selbst Luftabwehr-geschütze fehlten. Den vollständig zusammengeschossenen alten Werken der Belgrader Festung kam gegen moderne Angriffsmittel keinerlei militärischer Wert zu, noch weniger den ruinen-

waren. Sie waren durchwegs sehr gut bewaffnet, im Bandenkriege sehr geschickt und verschlagen. Der Name übertrug sich in der Folge auf alle Insurgentenbanden, die ihrer Tätigkeit ein politisches Mäntelchen umzuhängen wußten.

haften, aus dem 15. Jahrhundert stammenden, sehr dekorativen und baugeschichtlich interessanten Kastellen von Šabac und Semendria.

Um an personellen Streitmitteln zu sparen, schien mir vorerst das Notwendigste zu sein, für die Befestigung des wichtigsten Platzes des Landes und gleichzeitig für verläßlichen Schutz der nicht nur für das Land, sondern für jedwede Operation auf dem Balkan unbedingt notwendigen Donaubrücken bei Belgrad zu sorgen.

Dem Mitte August 1916 dem Armee-Oberkommando vorgelegten Projekt wurde die Bitte beigelegt, bis zur Durchführung der Neuorganisation die wenigen feldbrauchbaren Truppen entweder im Lande zu belassen oder einige wenige Bataillone in greifbare Nähe, außerdem Ersatztruppenteile nach Serbien zu verlegen. Zählten sie auch nicht als Kampftruppen, so repräsentierten sie doch eine ansehnliche Anzahl bewaffneter Leute, die irgendwo erhalten werden mußten, ohne dort so wie hier durch ihre bloße Anwesenheit zu wirken und dadurch Kämpfer zu anderwärtiger Verwendung frei zu machen. Außerdem konnte auf ihre Arbeitskraft gerechnet und durch ihre Verpflegung in Serbien das Hinterland entlastet werden. Ferner wurde um technische Offiziere, Baugeräte u. dgl. gebeten. Auf die mögliche Kriegsgefahr mit Rumänien eigens hinzuweisen, hielt das Gouvernement für überflüssig; darüber mußte die Heeresleitung naturgemäß doch weit besser informiert sein als das Gouvernement. Als Antwort auf diese Eingabe kam der Bescheid, daß die Mittelmächte gegen alle anderen Großmächte und fast die halbe Welt, sowie gegen die materiellen Hilfsmittel fast der ganzen Welt im Kriege stünden, daß man daher nicht in der Lage wäre, irgend etwas von den angeforderten Dingen beizustellen. Schließlich wurde das Gouvernement aufmerksam gemacht, daß der Feind bei Saloniki stünde und entschieden aufgefordert, statt um Aushilfen anzusuchen, lieber «endlich für die vollständige Entwaffnung der Bevölkerung und Internierung der Wehrfähigen zu sorgen». Diese Antwort lief beim Gouvernement telegraphisch am 20. oder 21. August 1916 ein.

Am 27. August folgte das lakonische Telegramm: «Rumänien befindet sich seit heute 9 Uhr abends mit der Monarchie im Kriegszustande. Alle Vorbereitungen treffen, um gegen Überraschungen gesichert zu sein.»

Der Feind stand also doch nicht nur bei Saloniki, er stand sogar kaum 150 km — sechshundert Tagmärsche! — von Belgrad und seinen für die Kriegführung im Südosten entscheidenden Donau- und Saveübergängen. Wenn er seinen Vorteil wahrnahm und sein Geschäft verstand, konnten jeden Augenblick starke Luftstreitkräfte und spätestens in den ersten Vormittagsstunden des 28. eine Flotille vor Belgrad erscheinen und die Übergänge nachhaltig zerstören. Die Situation war die unerquicklichste, die ich im ganzen Kriege erlebt hatte.

Erschwert wurde die Lage dadurch, daß in nächster Nähe Belgrads, in und um Semlin (Zemun), das in Drama übergegangene griechische Korps vor seinem Abtransport nach Görzitz zu seiner Retablierung untergebracht war, mehr Soldaten einer unsicheren neutralen Macht, als sich augenblicklich eigene in Belgrad befanden, und deren Waffen auf dem Bahnhof deponiert waren. Wer konnte die Rückwirkung der rumänischen Kriegserklärung auf ihre Haltung ermessen?

Gleich nach Einlangen des Telegramms wurde die Artilleriebesatzung alarmiert, mit der notwendigen Ergänzung des Brückenkopfes begonnen, für Stromsicherungsbatterien zur Verteidigung der Donaupassage, direkten Schutz der Brücken durch Maschinengewehre und für fünf Luftabwehrbatterien zu zwei Geschützen gesorgt. Zum Schutze des Trajektes bei Semendria wurde eine Minensperre mit vorgelegter Balkenbarriere abwärts der Rasinamündung bei dem aus der Eugenesehen Zeit stammenden, ganz verwachsenen alten Fort Kulić angelegt.

Als Luftabwehrgeschütze standen anfangs freilich nur feldmäßig auf Göppel gesetzte alte Kanonen zur Verfügung, erst nach etwa acht Tagen wurden vier als Luftabwehrgeschütze adaptierte russische 8-cm-Schnellfeuerfeldgeschütze zugeschoßen. Aber fleißiges Arbeiten der Bedienung und Schießübungen gegen freilich nur mit der Windgeschwindigkeit fliegende Registrierballons als Scheiben ließen hoffen, daß die organisierte Luftabwehr im Bedarfsfalle gut funktionieren werde. Der zur aktiven Verteidigung angeforderte Jagdflieger oder die Stationierung eines Fliegerersatzkaders nach Semlin oder Neusatz wurde vom Armee-Oberkommando vorerst abgelehnt. Die organisierte Fliegerabwehr mag aber bei dem in Serbien gut funktionierenden Kundschaftsdienste der Entente doch viel dazu

beigetragen haben, daß Belgrad von einem Luftangriff verschont blieb.

Schließlich wurde zu Patrouillierzwecken der einem Pancsovaer Unternehmer gehörige, von der Zentraltransportleitung «Schiff» zur Verfügung gestellte, stark gebaute kleine eiserne Schraubendampfer «Gyuri» mit einem erbeuteten 37-cm-Revolvergeschütz und einem Maschinengewehr armiert, mit Artilleriemannschaft besetzt und neben den Motorbooten des Pioniergruppenkommandos und des Gouvernements zu Patrouillierzwecken auf der Donau, speziell zur mobilen Sicherung der Minen- und Balkensperre bei Semendria, und zur Aufklärung stromabwärts verwendet.

36 Stunden nach Mitteilung der rumänischen Kriegserklärung waren Belgrad und seine Brücken gegen Überraschungen gesichert. Das größte Gefahrenmoment war überwunden.

Gleichzeitig mit dieser Instandsetzung Belgrads gegen Angriffe auf der Donau und aus der Luft ging eine Umgruppierung der vorhandenen Streitkräfte vor sich, um gegen einen rumänischen Einbruch oder gegen Insurgentenbanden mobile Kräfte zur Hand zu haben. Bei dieser Neuorganisation wurde der Grundsatz aufgestellt, die für den Wach-, Garnisons- und Begleitdienst bestimmten Truppen der Zahl nach auf das Alleräußerste zu beschränken und sie nur aus nicht frontdiensttauglichen Offizieren und Soldaten bestehen zu lassen, die freierwählende Mannschaft, soweit sie nicht zur Verfügung gestellt werden mußte und frontdienstfähig war, in neue mobile Formationen zusammenzuziehen. Außerdem sollte die Gendarmerie verstärkt und lebendige Streitkraft durch maschinelle — vor allem Maschinengewehre — ersetzt werden.

Nach diesem Grundsatz wurde für jeden Kreis ein Etappenbataillon zu zwei Kompagnien von 250 Mann als ständige Garnisonstruppe ausersehen. Nur in Kragujevac mit seinen einen größeren Wachdienst erfordernden Etablissements zählte das Etappenbataillon drei, in Mitrovica am Kossovo, wo am ehesten ein Bandenübertritt aus dem bulgarischen Verwaltungsgebiete oder aus Albanien zu befürchten war, vier Kompagnien. Im Bereiche des Brückenkopfes Belgrad stand ferner ein zweites Etappenbataillon in der Stärke von vier Kompagnien, wofür ich, um dem Begriff der Doppelstaatlichkeit in militärischer Beziehung auch im ungarischen Interessengebiete sichtbar Aus-

druck zu geben, ein verlässliches österreichisches Landsturmbataillon auswählte, während alle anderen ungarische oder kroatische waren. Für den Dienst beim Gouvernement selbst bestand ferner eine Stabsabteilung in der Stärke einer Kompanie, der richtige Abklatsch der alten österreichisch-ungarischen Armee — alle Nationen der Monarchie waren in ihr vertreten, relativ am stärksten die Bosniaken.*)

Die mobile Infanterietruppe bildeten 16 der Gendarmerie angegliederte Streifkompagnien, von welchen zwölf in den einzelnen Kreisen zur Unterstützung der Gendarmerie bei Bekämpfung etwa auftretender Banden untergebracht wurden, während die anderen vier, die zugleich als Ausbildungskader und Ersatzdepot für die übrigen bestimmt waren, in der Umgebung von Belgrad garnisonierten und die Dispositionsreserve des Gouvernements bildeten. Die durch diese Neuorganisation freiwerdenden 17.600 Mann konnten im Laufe der Zeit dem Armee-Oberkommando zur Verfügung gestellt werden.

Ein teilweiser Ersatz für diese großen Abgaben sollte durch Heranziehung brauchbarer Elemente der eingeborenen Bevölkerung geschaffen werden. Die Mohammedaner der Südkreise waren mit der Befreiung von der serbischen Herrschaft sehr einverstanden. Sie und sogar das im allgemeinen so unruhige albanische Element waren durchaus loyal und boten in jeder Beziehung ihre Dienste an. Nicht zuletzt wirkte dabei mit, daß der Sultan, das kirchliche Oberhaupt des Islams, der Verbündete der Mittelmächte war und daß die Monarchie, was bei den Albanern ohne Unterschied des Bekenntnisses hauptsächlich in Betracht kam, die Errichtung eines selbständigen Albanien stets propagiert und gefördert hatte.

Als daher anläßlich des Eintrittes Rumäniens in den Krieg den Mittelmächten jedwede Unterstützung wertvoll wurde, stellten die albanischen Notablen des Kreises Mitrovica a. K., an ihrer Spitze der seinerzeitige Finanzminister des Prinzen von Wied als Fürst von Albanien, Hasan Bey Prishtina, den An-

*) Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß der vermutlich letzte Tote auf diesem Kriegsschauplatze ein mohammedanischer Bosniake der Stabskompanie war. Er fiel am 2. November anläßlich des Straßenkampfes in Neusatz gegen aus Budapest kommende aufrührerische ungarische Meuterer bei der Erstürmung der von diesen besetzten Sappeurkaserne durch die Stabskompanie — der einzigen in Neusatz verfügbaren Truppe des Heeresgruppenkommandos FM. v. Kövess.

trag, in den Südkreisen sowie in den albanischen Gebieten überhaupt Freiwillige anzuwerben und verpflichteten sich, mindestens 10.000 Mann aufzubringen. Die mohammedanischen Notablen von Novipazar, Prjepolje und Plevlje stellten einen ähnlichen Antrag, und der in Novipazar lebende pensionierte türkische Major Derwisch Bey erbot sich, mit ehemaligen türkischen Offizieren und Unteroffizieren ein Freiwilligenbataillon von 400 Mann in vier Kompagnien zusammenzubringen.

Über Antrag des Gouvernements nahm das Armee-Oberkommando diese Anerbieten an. Mit einigem Pomp wurde eine Werbekommission in die Südkreise entsandt, der sich der mit Volk und Sprache vertraute Zivil-Landeskommissär v. Thalloczy anschloß. Es gelang, allein auf dem Gebiete des Militär-Generalgouvernements über 8000 Freiwillige teils für das in Galizien kämpfende türkische Korps, teils für die bosnisch-herzegowinischen Regimenter aufzubringen. Anfangs 1917 war das Freiwilligenbataillon Derwisch Bey samt einem kleinen Kommando berittener Aufklärer verwendungsbereit; die Ausrüstung war die gleiche wie bei den k. u. k. Fußtruppen, nur hatte das Bataillon weder Maschinengewehre noch besondere Kampfmittel. Die Adjustierung war die gleiche wie jene der bosn.-herzegowinischen Regimenter, doch trugen die vornehmlich aus Albanern bestehenden Kompagnien vorerst den kleinen, weißen, albanischen Fez. Vereidigt wurde das Bataillon auf die Person des Generalgouverneurs von Serbien, der damit also offiziell zum Kriegsherrn und in logischer Folgerung eigentlich zur kriegführenden Macht geworden war.

Außer diesen Vermehrungen der regulären Streitkräfte durch Eingeborene trachtete ich auch, die Gendarmerie durch Irreguläre zu verstärken. Die Verfolgung der mit einem politischen Mäntelchen drapierten, zahlreichen, sehr gut geführten und bewaffneten Banden lag auch im eminenten Interesse der loyalen einheimischen Bevölkerung. Besonders in den mohammedanischen Südkreisen deckten sich diese Interessen vollkommen mit jenen der Militärverwaltung. Andererseits waren die Eingeborenen nicht nur genau mit allen Eigentümlichkeiten der Gegend, sondern auch mit den Schlichen und Gewohnheiten der Banden meist mehr vertraut, als die doch allergrößtenteils aus mehr abendländischen Gegenden stammende Gendarmerie

und die Streifkompagnien. Mir schwebte eine Unterstützung und Verstärkung der genannten Abteilungen durch landesüblich bekleidete, bewaffnete Wegführer und Aufklärer nach Art der eingeborenen «Scouts» der amerikanischen Armee vor, die gegebenenfalls auch vereint, als sogenannte «Konterbanden» unter ihren eingeborenen Führern, auftreten und handeln sollten. Sie erhielten dieselben Gebühren wie die Aushilfsgendarmen und wurden den einzelnen Posten zugeteilt, jedoch nie mehr als im Verhältnisse 1 (Einheimische):3 (Gendarmen).

Außerdem wurden in den Südkreisen, besonders im Kreise Mitrovica, einige «Konterbanden», ich glaube zwei oder drei, in der Stärke von 20 bis 30 Mann, unter einheimischen Führern aufgestellt.

Letzterer Maßregel stand ich mit etwas größerem Mißtrauen gegenüber wegen der geringen Disziplin und der Ungezügeltheit der Albaner. Während der Insurrektion auf bulgarischem Gebiete im Vorfrühling und Frühling 1917 wurde die Zahl der Konterbanden vorübergehend verstärkt.

Zu einer weiteren Ausnützung des einheimischen Elementes waren die Exponenten des Ministeriums des Äußeren beim Armee-Oberkommando nicht zu haben. Zu einer Zeit, wo auf Seite der an Zahl und materiellen Mitteln so unendlich überlegenen Entente Rußland und Frankreich aus Überläufern ganze Divisionen bildeten, ging unseren Behörden der Buchstabe der Haager Verträge über das Interesse ihres um seine Existenz kämpfenden Vaterlandes und über den guten Willen der Bevölkerung der okkupierten Länder. Unter diesen Umständen mußte das Angebot, aus Freiwilligen vornehmlich der jüngsten Jahrgänge der einheimischen serbischen Bevölkerung einige Bataillone für den italienischen Kriegsschauplatz aufzustellen, natürlich als mehr als unbequem abgelehnt werden. Das Gouvernement wollte den kriegerischen Stolz und kriegerischen Sinn eines großen Teiles der serbischen Bevölkerung, die den Dienst mit der Waffe noch wirklich als Ehre auffaßte, sowie den latenten Haß dieser Bevölkerung gegen Italien ausnützen, um einerseits den eigenen Truppen eine Verstärkung zu bieten, andererseits das waffenfähige und am leichtesten zur Unruhe neigende Element auf eine nützliche und ehrenvolle Art außer Landes zu bringen. Außerdem war die moralische Seite einer solchen Schöpfung sehr zu beachten. Das Auftreten aus Serben gebil-

deter freiwilliger Formationen auf dem italienischen Kriegsschauplatz hätte jedenfalls tiefen Eindruck gemacht.

Die Organisation der Infanterie des Gouvernements erfuhr in den folgenden Jahren noch eine durchgreifende Änderung: die Streifkompagnien mit ihrem der Gendarmerie und dem Landsturm entnommenen Führerkader bewährten sich bei den größeren Bandenkämpfen in den Monaten Februar und März 1917 wenig. Man mußte eine reguläre, wirkliche Truppe unter kriegserfahrenen, kampferprobten Offizieren und Unteroffizieren aus ihnen bilden. Zu diesem Zwecke wurden die Streifkompagnien in ein Streifregiment von 16 Kompagnien zusammengefaßt, deren jede eine Bergmann-Maschinengewehrabteilung zu zwei Gewehren erhielt. Die Ausrüstung mit besonderen Kampfmitteln (Minenwerfern, Granatwerfern, Flammenwerfern, Scheinwerfern usw.) lehnte das Armee-Oberkommando des großen Materialmangels wegen und mit Rücksicht «auf die Bestimmung des Regimentes» ab. Zur Neuorganisation kamen im März 1917 Offiziere und Chargen von außen. Eine Anzahl älterer, noch frontdiensttauglicher Soldaten (vornehmlich Südslawen und Slowenen) wurde gegen frontdiensttaugliche, aber minderausgebildete bei den Ersatzkörpern eingetauscht. Das Regiment bewährte sich unter seinem schneidigen alten Kommandanten Oberst Klemm v. Klemmrinen, bis zum Schlusse unter den verschiedensten und oft schwierigsten Verhältnissen, auch unter solchen, die «seiner Bestimmung» nicht entsprachen, vorzüglich.

Zur Unterstützung der Gendarmerie und zur Entlastung des zum Teile oft auswärts mit größeren militärischen Aufgaben beschäftigten Streifregiments wurden im Frühjahr 1918 noch zwölf «Kreisjagdzüge» formiert, je ein Offizier mit 40 Mann. Auch sie bewährten sich bei Ausforschung und Verfolgung von Räubern sehr gut und erwiesen sich als mobile Truppe für einen Kreis — d. h. für ein Gebiet von 100.000 bis 200.000 Menschen — unter normalen Verhältnissen als vollkommen ausreichend.

Von der Kavallerie wurde eine Schwadron an das Generalgouvernement Montenegro abgegeben. Die übrigen Reiter fanden vornehmlich im Relaisdienst und anfänglich auch im Postbegleitdienst in den Südkreisen Verwendung.

Die Artillerie mußte nach der rumänischen Kriegserklärung durch ein Festungsartilleriebataillon und zwei Batterien mit

älterem Material verstärkt werden. Als jedoch anfangs Dezember 1916 jede unmittelbare Gefahr für das Gouvernement schwand, gingen alle mobilen Artillerieformationen ab, soweit sie nicht schon auf dem rumänischen Kriegsschauplatz waren. Weil ich der bei mir als Artilleristen begreiflichen Ansicht war, daß im Bandenkriege wie bei Aufständen die Artillerie gerade auf Nichtsoldaten besonders große moralische Wirkung erzielt und weil man dadurch ein Sparen an den rein personellen Streitkräften der Infanterie ermöglichte, plante ich die Aufstellung von neuen mobilen Batterien mit den verfügbaren bescheidenen Mitteln. Der Aufstand (Februar 1917) auf bulgarischem Verwaltungsgebiete beschleunigte die Formierung einer mobilen Batterie aus 9-cm-Ausfallgeschützen, wozu später noch zwei neu errichtete Gebirgskanonenbatterien traten. Auch blieb eine der damals nach Serbien entsandten Batterien, eine altartige Gebirgshaubitzbatterie, im Lande. Auch diese vom Gouvernement errichteten Batterien wurden in der Folge wiederholt aus hilfsweise an andere Gebiete abgegeben.

Einen wesentlichen Bestandteil der zur Sicherung des Landes nötigen bewaffneten Kräfte bildete die Gendarmerie. Sie teilte sich in die Kreisfeldgendarmerie und in die Militärpolizei von Belgrad, wozu 1916/17 die Feldgendarmerieschule des Gouvernements in Belgrad kam, in welcher kriegserprobte, geeignete Mannschaft des Heeres im Gendarmeriedienste ausgebildet wurde.

Als der Komitenaufstand im Vorfrühling 1917 die Verwendung stärkerer mobiler Streitkräfte erforderte, wurde aus Gendarmeriemannschaften ein «Feldgendarmeriebataillon» von 1000 Mann mit zwei Maschinengewehrabteilungen zusammengezogen. Dieses Bataillon bildete eine Elitetruppe, die sich nicht nur unter dem Rittmeister Rupéié bei der Unterdrückung des Aufstandes, sondern auch unter dessen Nachfolgern, Rittmeister Kerchnawe und Hauptmann Mattausch, in Mazedonien, Montenegro und bei den letzten Kämpfen gegen die Verbündeten in Serbien bestens bewährte und bis zum Schlusse einen glänzenden soldatischen Geist bewahrte.

In den einzelnen Kreisen standen zwischen 200 bis 300 Mann Gendarmerie, das Gros in Gendarmerieposten von 12 bis 15 Mann im Kreise verteilt, der stärkste am Sitze des Kreiscommandos, wo eine kleine Reserve gegebenenfalls zwei bis

drei «Mobilpatrouillen» in der Stärke von je 12 bis 15 Mann zur Räuber- oder Bandenverfolgung zu bilden vermochte.

In Belgrad befand sich ein «Polizeibataillon» in der Stärke von 500 Mann mit je einer Radfahrer- und Reiterabteilung von etwa je 50 Mann. Dazu gehörte auch eine von technischen Offizieren geschulte Militärfeuerwehr, die Vorzügliches leistete. Außerdem bestanden noch kleine Feuerwehren bei einzelnen Betrieben und auch in der Provinz. Zivile Feuerwehren gab es nicht.

Die Auslagen für alle angeführten Truppen bis zum Ende des ersten Budgethalbjahres — Ende Juni 1916 — wurden auf den Mobilmachungskredit verrechnet. Nachdem ich eine Übersicht über die möglichen Leistungen sowie über die notwendigen Auslagen gewonnen hatte, wurde der Antrag gestellt, die eigentlichen Sicherheits- und Verwaltungstruppen (Gendarmerie und Etappenbataillone) auf das Verwaltungsbudget zu übernehmen. Als sich nach Ablauf der Budgetjahre 1916/17 und 1917/18 zeigte, daß das Budget weitere Belastungen erlaubte, ohne deshalb aus dem Gleichgewichte zu kommen, wurde beantragt, auch die Kampftruppen auf das Budget des Gouvernements zu übernehmen. Es ist wohl selbstverständlich, daß das Armee-Oberkommando diesen beiden Anträgen gerne Folge gab.

Außer diesen ständig zum Gouvernement gehörenden Truppen befanden sich auch solche nur vorübergehend zu operativen Zwecken, als Aushilfe und zur Verstärkung in dessen Bereiche, ferner solche, die nur zur Entlastung des Hinterlandes ihres Unterhaltes wegen dort untergebracht waren. So wurde im Winter 1917/18 das zur Verstärkung der in Palästina kämpfenden Truppen bestimmte «Orientkorps», vier Bataillone und drei Batterien, in Serbien formiert und ausgerüstet. Zur zweitgenannten Gruppe gehörten die in den Gouvernementsbereich nach der rumänischen Kriegserklärung verlegten Ersatztruppenteile, die teils aus Siebenbürgen und Ostgalizien stammten, teils in ihren Heimatsbezirken für letztere Platz machen mußten, insgesamt $3\frac{1}{4}$ Bataillone, 3 Schwadronen und 2 Batterien. Außerdem hatte das Gouvernement für die Verpflegung des nach Semlin verlegten Ersatzbataillons aufzukommen.

Diese Truppenteile mit ihren hohen Ständen — die Bataillone zählten manchmal bis zu 5000 Mann und darüber — waren vorerst weit eher eine Last als eine Verstärkung, insbesondere

weil das Gouvernement kein Verfügungsrecht über sie hatte; doch wirkte die große Zahl bewaffneter und zum Teil auch ausgebildeter Leute durch ihre bloße Anwesenheit kalmierend und gestattete darum, über die schwachen eigenen Kampftruppen frei zu verfügen.

Als charakteristisch sei hier angeführt, daß die Verlegung der Ersatzkörper nach Serbien, zumal jene der ungarischen, bei diesen auf eine Art passiver Resistenz stieß. Sie suchten die Verlegung durch alle möglichen Vorstellungen und Einwendungen zu verhindern oder doch wenigstens möglichst zu verzögern. Die Trennung von den heimischen Penaten fiel ihnen entschieden schwer, und daß es ihnen in Serbien besser gehen würde, das konnten sie sich schwer vorstellen. Als später aus disziplinären Gründen, die größtenteils in der Zwitterstellung der Ersatzkörper in disziplinärer Beziehung ihren Ursprung hatten, die Rückverlegung zweier dieser Ersatzkörper in heimische Stationen verfügt wurde, war aber diese passive Resistenz noch größer. Es war nur zu begreiflich. Serbien gehörte zur Armee im Felde, die Angehörigen der Ersatzkörper standen daher im Bezuge der Feldgebühren. Dabei war es in Serbien weitaus billiger als irgend sonstwo in der Monarchie oder in den besetzten Gebieten. Das Entgegenkommen des Gouvernements ermöglichte ferner, durch gute innere Wirtschaft, Halten von Schweinen, Geflügel, Anlage von Gemüsegärten, Errichtung eigener Wurstereien u. dgl. die materielle Lage noch weiter zu verbessern; die Familien genossen die weitestgehende Unterstützung für ihre Verpflegung, die Ersatzkörper spürten nichts oder doch nur in den allerseltensten Fällen etwas davon, daß sie im Kriegsgebiet standen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich durch die organisatorischen Maßnahmen des Gouvernements die ursprüngliche Truppenstärke von 51.000 Mann, darunter aber an feldverwendungsfähigen Truppen und Gendarmen allerhöchstens 10.000 bis 10.500 Kombattanten, auf höchstens 21.000 Mann, darunter feldverwendungsfähig etwa 12.500 Streiter, vermindert hatte. Bei einer Herabsetzung der Gesamtzahl um rund 30.000 Mann war also die Kampfkraft anscheinlich gewachsen. Und selbst von dieser geringen Macht hat das Gouvernement noch wiederholt an andere Stellen Aushilfen abge-
gegeben.

Die geringe, durch diese Abkommandierungen oft fast auf die Hälfte herabgesetzte Streitkraft macht es erklärlich, daß das Ausbrechen von Unruhen durch die strengsten Gesetze und deren rücksichtslose Anwendung nicht erst «im Keime erstickt», sondern überhaupt verhindert werden mußte. Daher die strengen Gesetze gegen den Besitz von Kriegswaffen und Munition und gegen das Räuberwesen, deren Folge die Abgabe von über 50.000 Militärgewehren, vielen anderen Gewehren, einigen Maschinengewehren, etlichen 100.000 Handgranaten und vieler Munition in der kurzen Zeit von vier Wochen war. Nach der rumänischen Kriegserklärung mußte überdies an die vom Armeeoberkommando geforderte Internierung der im Lande als Arbeitskräfte so notwendigen wehrhaften Serben geschritten werden, über 20.000 Männer (ein großer Teil war außerdem schon bei der Besetzung interniert worden), die teils außer Landes untergebracht, teils in Internierten-Arbeiterabteilungen zusammengezogen wurden. Im Hinterlande wurden die Internierten zum Teil in Interniertenlagern vereint, größtenteils aber, insbesondere Landarbeiter, Professionisten usw., zur Arbeit unter Polizeiaufsicht entlassen. Diese harten Maßnahmen waren unbedingt nötig, denn wohl noch nie mußte ein so kriegesisches Land wie Serbien mit so minimalen Machtmitteln nicht nur in Ordnung gehalten, sondern auch wirtschaftlich leistungsfähig gemacht und erhalten werden.

Durch die organisatorischen Maßnahmen des Gouvernements wurden 30.000 Mann des eigenen Heeres, ferner etwa 10.000 mohammedanische Freiwillige für anderweitige Kriegszwecke verfügbar gemacht, wohingegen nur 1150 Mann aus dem Hinterland beansprucht wurden. Alles in allem kam die Ersparnis der Stärke von zwei Divisionen gleich, während die anderen besetzten Gebiete, trotzdem ihre Leistungen wirtschaftlich nicht entfernt an jene Serbiens heranreichten, nicht einen Mann durch organisatorische Maßnahmen zur Verfügung zu stellen vermochten, Montenegro nur etwa 2000 bis 3000 Mohammedaner als Freiwillige, das fünfmal volkreichere und vom Kriege weitaus weniger hergenommene Gouvernement Lublin ganze 273 Freiwillige zur Errichtung der polnischen «Nationalarmee» aufbrachte.

Eine weitere Freimachung von Mannschaft erfolgte im Jahre 1917 wie bei den Hinterlandsformationen und in den

Etappenräumen durch die Einführung der weiblichen Hilfskräfte. Hierbei waren natürlich den besetzten Gebieten engere Schranken gezogen als dem Hinterlande. Nur Schreib- und Manipulationskräfte, Arbeitskräfte in gewissen Betrieben sowie Krankenwärter waren durch weibliche Hilfskräfte aus dem Hinterlande wie aus Serbien selbst ersetzbar. Sie unterstanden in administrativer und disziplinärer Hinsicht, wobei sie je nach ihrer Verwendung der Disziplinargewalt wie Mannschaftspersonen, Unteroffiziere und Beamte unterworfen wurden,*) den Kommandos, bei welchen sie eingeteilt waren. Für ihre besonderen Belange sowie zur Veranlassung ihres Ersatzes bei der Exposition des Chefs des Ersatzwesens sorgte eine «Fraueninspektorin» — die Witwe eines hohen Generals und früher Oberschwester im Reservespital «Brünn» Nr. 2 in Belgrad, Frau Eleonore Feichter.

Trotz möglicher Verminderung des Standes der Besatzungstruppen war deren rein militärische oder polizeiliche Verwendung keineswegs ihre einzige Aufgabe. Im Gegenteil; ihre wirtschaftliche Ausnützung, um dem Mangel an leistungsfähigen Arbeitskräften zu steuern, stellte kaum geringere Anforderungen an ihre Kräfte und ihren guten Willen.

Organisation der Arbeitskräfte.

In Serbien fehlten nicht nur 80 % der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung, sondern auch in die weibliche Bevölkerung hatten Kriegsseuchen ansehnliche Lücken gerissen. Die derart verminderten menschlichen Arbeitskräfte sollten nun eine Erhöhung an wirtschaftlicher Leistung erzielen. Eine Art Mechanisierung der Arbeit, besseres und leistungsfähigeres Ackergerät, rationellere Methoden vermochten teilweise abzuhelpen. Doch standen Gelände und Bodenbeschaffenheit sowie Zustand der Wege der weitgehenden Anwendung besonders hochwertiger und leistungsfähiger Ackergeräte (Dampf- oder Motorpflüge) entgegen, soweit solche überhaupt bei dem Mangel an materiellen Mitteln aller Art, an welchem die Mittelmächte zu leiden hatten, verfügbar zu machen waren.

*) Diese auf Grund «Organischer Bestimmungen für die Armee im Felde», Abschnitt «Zivilpersonen im Gefolge der Armee im Felde» und des Dienstreglements 1. Teil getroffene Bestimmung, die sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin und der Ordnung bei den weiblichen Hilfskräften als sehr heilsam erwies, wurde außerhalb Serbiens nur selten in Anwendung gebracht.

Infolgedessen war es notwendig, mit den arbeitsfähigen Kräften hauszuhalten, ihre Verwendung genauestens zu regeln und soweit als möglich für einen Ersatz zu sorgen. Vor allem wurde verboten, daß militärische Kräfte zu irgendwelchen Arbeiten für Einheimische, außer in Krankenanstalten, verwendet wurden. Bisher war in mancher Beziehung diesfalls geradezu Unfug getrieben worden. So war beispielsweise in Belgrad einheimischen Notabilitäten, ehemaligen Ministern, Politikern und dergleichen, Verpflegung u. dgl. aus den militärischen Betrieben nicht nur zum Selbstkostenpreise geliefert, sondern auch noch zugeführt worden. Selbst zum Herrichten ihrer Wohnung, ihrer Gärten wurden Soldaten zur Verfügung gestellt und damit nur erreicht, daß sie, wenn ihre Wünsche nicht ganz zu ihrer Zufriedenheit erfüllt worden waren, bei der betreffenden Dienststelle erschienen und dieser entrüstet ihr Mißfallen in überaus scharfer Weise ausdrückten. Das gab es natürlich nicht mehr. Gerne bereit, zu helfen, wo es wirklich nottat, war die Militärverwaltung natürlich nicht in der Lage, die eigenen allerorts gebrauchten Kräfte für die Bevölkerung arbeiten zu lassen, statt umgekehrt.

Um die nötigen Arbeitskräfte aufzubringen, wurde auf ein altes serbisches Gesetz, das «Kulukgesetz» (Robottgesetz) aus den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, gegriffen, das formell allerdings seit einiger Zeit außer Kraft gesetzt, de facto aber noch im Kriege von den serbischen Verwaltungsbehörden gehandhabt worden war. Die Gemeindeangehörigen hatten selbst oder durch Stellvertreter, mit oder ohne Arbeitszeug, wenn notwendig mit Fuhrwerken und Zugtieren u. dgl., während einiger Tage der Woche zu gemeinsamen Arbeiten im Bezirke oder Kreise zu erscheinen. Dieses Gesetz wurde auch in größeren Städten gegen jedermann angewendet. Erschien nicht die aufgebotene Anzahl, so wurden einfach in den Kafanas und sonstigen Müßiggänger- und Politisierstätten die notwendige Anzahl Arbeiter von der Polizei ausgehoben und zur Arbeit gestellt. Man konnte um so sicherer darauf rechnen, daß am nächsten Tag alle nötigen Arbeiter erschienen, je vornehmeren Kreisen die solcherart Ausgehobenen angehörten.

Ein großer Teil der Arbeiten fiel außer den Kriegsgefangenen-Arbeiterkompagnien, die vor allem in den Forsten, bei Straßen und Bahnbauten, Verladearbeiten und Bergwerken Ver-

wendung fanden, nach Bedarf aber zur Erntezeit auch bei der Ernte verwendet wurden, den zwei Einheimischen und zehn bis zwölf Internierten-Arbeiterkompagnien zu 200 Mann zu. Erstere bestanden aus freiwillig angeworbenen oder abwechslungsweise im Kuluk beigestellten einheimischen Arbeitern mit einem schwachen militärischen Führungskader, letztere aus internierten, aber nicht außer Landes gebrachten Wehrfähigen, bei denen der etwas stärkere Führungskader zugleich als Bewachungsmannschaft fungierte. Speziell mit diesen Internierten-Arbeiterkompagnien wurden recht gute Erfahrungen gemacht. Sie bestanden aus kräftigen, arbeitsfähigen Elementen, die bei der großen Heimatsliebe des Serben froh waren, im Lande bleiben zu dürfen und dafür gerne alles taten. Militärische Disziplin tat ein übriges. Die Gesamtzahl an Arbeitern, welche die Militärverwaltung solcherart verfügbar hatte, betrug 14.500 bis 20.000 Mann. So ansehnlich diese Zahl auch erscheint, reichte sie doch nicht hin, um im Vereine mit Verbesserung des Betriebes und Intensivisierung der Arbeit das Manko auszugleichen. Dies mußten die Besatzungstruppen tun — und sie leisteten es, so gering sie auch an Zahl waren. Ihre Arbeitsaufgaben waren gar mannigfacher Art. In der Landwirtschaft wie im Bergbau, bei der Forstwirtschaft wie im technischen Dienste, bei Wegbauten oder in Steinbrüchen, als Begleitpersonen bei Viehtransporten und bei der Volks- und Viehzählung, überall mußte der Soldat seinen Mann stellen. Die Mannigfaltigkeit und Vielseitigkeit dieser Aufgaben für das ganze Land aufzuzählen, würde ein Buch für sich füllen und in Anbetracht der Beschränktheit der Mittel erst nicht einmal ein ganz zutreffendes Bild geben. Es mögen anstatt dessen einige diesbezügliche Stellen des trefflichen Jahresberichtes des Kreises Belgrad-Land *) zitiert werden, wobei zu bedenken ist, daß dies der Bericht eines Kreises aus einem Verwaltungsjahre ist und daß es 13 Kreise und nahezu drei Verwaltungsjahre gab, und daß ferner das Verwaltungsjahr 1917 die Verwaltung noch nicht auf der im Jahre 1918 erreichten Höhe zeigte:

«Wie schon erwähnt, wurden die Staats-, Kirchen- und verlassenen Güter in Bewirtschaftung übernommen, wobei zum

*) Vom Kreiskommandanten Oberst Maldaner, dessen Stellvertreter Oberstleutnant v. Sauer und dem leitenden Zivilkommissär v. Čuvay.

großen Teile militärische Arbeitskräfte in Verwendung traten. Die Leitung wurde fachmännisch gebildeten Offizieren, welche auch als Wirtschaftsreferenten sich betätigten, anvertraut, während aus dem Bauernstande stammende Unteroffiziere und Soldaten als Aufseher, beziehungsweise ausübende Arbeiter auf den Wirtschaften verwendet wurden. Später wurden auch zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Tätigkeit der Bevölkerung und zur fachmännischen Belehrung der heimischen Bauern — als eine Art landwirtschaftlicher Wanderlehrer — hierzu geeignete Unteroffiziere bestimmt und in die Gemeinden entsendet. Desgleichen sind im Weinbau versierte Mannschaften zu Inspizierungs- und Belehrungszwecken verwendet worden.

Bei den in Eigenregie übernommenen Gründen war es eine wahre Lust, zu sehen, mit welchem Eifer sich die Soldaten an der Arbeit betätigten, wie sie wetteiferten, je mehr und je bessere Resultate zu erzielen. Wenn nur sonst alle Bedingungen günstig gewesen wären, wären die Bemühungen auch von entsprechendem Erfolge gekrönt gewesen. Doch unter anderen Mißhelligkeiten war der Wettergott uns allen sehr ungnädig: erbarmungslos brannte die Sonne wochenlang auf das nach Niederschlägen dürstende Serbien und hemmte das Wachstum der Saaten. Der Tätigkeit der Etappentruppen in diesem Belange muß vollstes Lob gespendet werden, sie waren wahre Kulturträger und führten der Bevölkerung deutlich vor Augen, was der Landmann leisten kann und soll: sie wirkten aneifernd und beispielgebend.

Im nachstehenden wird noch kurz angeführt, inwiefern und mit welchen speziellen landwirtschaftlichen Arbeiten sich die eigenen Truppen beschäftigten. Es mußten auf den Eigenregiegütern und landwirtschaftlichen Stationen die Äcker bestellt und dort sowie in Rajka, Mladenovac und Stepojsvac die Wiesen gemäht werden. Das Heu mußte getrocknet und eingeführt, dann gepreßt und abgeschoben werden. Man sah Soldaten bei der Getreideernte und beim Drusch, dann als Viehwärter und in den Schweinemästereien der Bezirke und in Mladenovac. Aber auch als Aufsichtsorgane bei den bäuerlichen Dreschmaschinen wirkten Militärpersonen in ausgezeichnete Weise, so daß dank ihrer Tätigkeit die für die Approvisionierung und für den Saatbedarf nötigen Mengen, dann aber auch der verbleibende Überschuß festgestellt werden konnte. Fernerhin be-

stimmte man Soldaten als Aufseher in jene Mühlen, denen der Mahlbetrieb gestattet worden war, und wurde hiedurch Kontrolle darüber möglich, daß nur die durch Mahlbewilligung zum Mahlen freigegebene Frucht vermahlen wurde.

Bei den Getreideübernahmestellen in Gročka, Umka, Lazarevae, Mladenovae und Ralja sowie bei jenen Sammelstellen, die Rohstoffe (Leder, Häute, Wolle, Brennesseln usw.) und Metalle aufzubringen hatten, arbeiteten Leute der Etappentruppen mit lobenswertem Fleiße und gutem Erfolge.

Nebst den landwirtschaftlichen Arbeiten, welche die Mannschaft der Etappentruppen leistete, soll auch jener einschlägigen Arbeiten gedacht sein, welche durch die im Kreisbereich dislozierten Kriegsgefangenen geleistet wurden. Solche waren sowohl in Umka als auch in Gročka und Lazarevae unter militärischer Aufsicht in Verwendung. Es kamen das Mähen und die Heueinfuhr, das Behacken der Maisfelder, die Ernte und Drescharbeit dabei hauptsächlich in Betracht. Doch auch beim Heupressen und Verladen, als Ochsentreiber, in den Rinder- und Schweinestallungen sowie als Schafhüter, dann bei der Herbstackerung und Aussaat wurden Kriegsgefangene verwendet.

Bei der Betätigung von Unteroffizieren und Soldaten der Etappentruppen des Kreisbereiches in forstwirtschaftlicher Hinsicht muß zunächst hervorgehoben werden, daß es hauptsächlich darauf ankam, forstfachlich gebildete oder wenigstens darin praktisch geübte Leute herauszufinden, um sie bei den militärischen Forstbetrieben nutzbringend verwenden zu können. Die Leitung des zum Kreise gehörenden Forstbetriebes „Avala“ wurde einem forstkundigen Offizier übertragen. Dieser erhielt einige Einjährig-Freiwillige, Unteroffiziere und Soldaten — meist Fachleute — als Waldmanipulanten und Gehilfen, während bei dem zum erwähnten Forstbezirke gehörenden Betriebe „Lipovica“ zwei Militärpersonen forstlich verwendet wurden. Alle diese Organe entfalten eine sehr ersprießliche, erfolgreiche und lobenswerte Tätigkeit.

Zwecks Lohrindenerzeugung, dann als Brennholzschläger wird am Avala seit Frühjahr 1916 eine bosnische Landsturm-arbeiterabteilung verwendet. Leider sind dies meist ältere, wenig leistungsfähige Leute. Obzwar sie physisch ihr Möglichstes leisten, kann der Erfolg mit ihrem guten Willen nicht

Schritt halten. Ein Teil dieser Leute ist in Lipovica dermalen auch mit dem Fällen von Eichen zur Schwellenerzeugung beschäftigt. Die Hauptarbeit im Walde Avala, insbesondere die Brennholzerzeugung, fällt den dort untergebrachten Kriegsgefangenen zu.

Eine ungemein wichtige Rolle fiel auch militärischen Abteilungen und einzelnen Militärpersonen bei Ausübung des technischen Dienstes und der hierzu erforderlichen Arbeiten im Kreisbereiche zu.

Zu Beginn des vorigen Jahres ergab sich die Notwendigkeit, daß für dringende und wichtige technische und Bauarbeiten dem Kreisingenieur eine Werkstätte in Belgrad zur Verfügung stehe. Es wurde deshalb eine solche im März 1916 errichtet. Diese wurde sukzessive ausgestaltet und hat dermalen als Leiter einen Unteroffizier, welcher geprüfter Baumeister ist. Ansonsten sind noch ein Unteroffizier und elf Soldaten, sämtliche einer Bauprofession angehörend, sowie als Hilfskräfte 14 Kriegsgefangene in dieser Werkstätte beschäftigt.

In den Steinbrüchen von Sremčica (Bezirk Umka), Beljina (Bezirk Sopot) und Žarkovo müssen Sprengungen mit Dynamit vorgenommen werden. Der Wichtigkeit dieser Sache entsprechend stehen dort Soldaten von technischen Truppen in Verwendung, während bei der im Gebrauche stehenden Flottmannschen Steinbohranlage mit pneumatischem Betriebe sowie bei der Schotterquetsche mit Motorbetrieb Soldaten als Maschinenisten angestellt sind. Bei diesen maschinellen Betrieben werden auch Kriegsgefangene als Handlanger benützt. Im Steinbruche zu Baroševac arbeitet eine Landsturmarbeiterabteilung; in jenem in Ralja wurden, solange er im Betriebe stand, Kriegsgefangene verwendet.

Es kommt aber noch der Ausbau und die Instandsetzung der Hauptstraßenzüge und der Brücken (Durchlässe) des Kreisbereiches in Betracht. Diese Arbeiten versehen unter Leitung technisch gebildeter Offiziere nach Bedarf zwei Landsturmarbeiterabteilungen zu je 180 Mann und getrennt davon drei Kriegsgefangenen-Arbeiterabteilungen zu je 250 Mann.

Der regelmäßige Straßenerhaltungs- und Aufsichtsdienst im Kreisbereich obliegt auf den Straßen Belgrad—Čačak und Belgrad—Lazarevac den acht Straßenmeisterämtern, denen ständig je ein Unteroffizier technischer Profession zugewiesen ist.

Für die Steinabfuhr aus den Steinbrüchen und zur Besspannung der Straßenwalzen steht dem Kreisingenieur ein Pferde- und ein Ochsentrain zur Verfügung, bei welchem zur Aufsicht ein Unteroffizier und als Kutscher einige Soldaten eingesetzt sind. Innerhalb des Kreisbereiches stehen auch die Kalkbrennereien Sremčica (Bezirk Umka), Ropočevo (Bezirk Sopot) und Mali Ivanča (Bezirk Gročka) militärischerseits in Betrieb. Bei diesen fungieren militärische Kontrollorgane. Schließlich wäre noch anzuführen, daß eine Baupartie für die Aufstellung von Wellblechbaracken fallweise zusammengestellt wurde. Sie besteht aus einem Unteroffizier als Polier, acht Bauprofessionisten aus dem Militärstande und aus 30 Kriegsgefangenen als Handlanger. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Soldaten ständig auch bei der deutschen Gräberaufnahme beschäftigt waren.

Alle zu technischen Zwecken in Verwendung stehenden Militärpersonen leisten in jeder Beziehung sehr Zufriedenstellendes und wickelt sich dieser komplizierte Dienst reibungslos ab.

Von ungemein weittragender Bedeutung für den Bedarf der Armee war die Inbetriebsetzung der im Kreisbereich gelegenen Bergwerke. Sie wurden sämtlich in militärische Verwaltung und in militärischen Betrieb genommen, und zwar sowohl der Bleibergbau in Babe und in Ripanja wie der Lignitbergbau in Vlaška. In betriebstechnischer und administrativer Beziehung wurden sie direkt dem k. u. k. Militärbergamte Belgrad, das einen integrierenden Bestandteil des Militär-Generalgouvernements für Serbien bildet, unterstellt. Die Leitung und Aufsicht, aber auch die Arbeit, liegt größtenteils in militärischen Händen. Nach Tunlichkeit werden Offiziere, militärische Beamte, die Bergleute sind, bei diesen Bergbetrieben verwendet. Die Betriebe wurden sämtlich vom Militärbergamt übernommen und weiterbetrieben und werden bei dem dieses betreffenden Abschnitte behandelt.

Betrachtet man nun, mit Beziehung auf das bisher Gesagte, die im Verwaltungsdienste des Kreises Belgrad-Land durch Offiziere und Mannschaft der Etappentruppen entwickelte Tätigkeit ganz objektiv, so drängt sich jedermann die Überzeugung auf, daß alle ihr Bestes gegeben haben, um dieses wenig fortgeschrittene, von einer der Besetzung feindlichen Bevölkerung bewohnte Land, das zudem infolge der letzten Kriegswirren

und von den Balkankriegen her sich noch nicht gänzlich erholt hatte, in halbwegs normale Verhältnisse zu bringen.

Die hier in Serbien mit dieser hehren Aufgabe betrauten Kommandos und Truppen wirkten im wahrsten Sinne des Wortes als Kulturträger, indem sie sich bestrebten, der Bevölkerung in Gehorsam, Pflichterfüllung, Arbeitsfreudigkeit und Opfermut ein leuchtendes Beispiel zu bieten. Dieses Beispiel, wenn es auch bisnun noch nicht vollstes Verständnis bei der Bevölkerung ausgelöst hat, dient nicht allein zu Nutzen und Frommen für die Zukunft des Landes, sondern es liefert auch zugleich einen würdigen Beitrag zu den Traditionen der k. u. k. Armee, welche nicht nur als Kämpfer am Schlachtfelde, sondern auch als Pionier auf dem Gebiete kultureller Betätigung sich unvergängliche Lorbeeren errungen hat.»

Ich vermag diesen Worten, die der damalige Kreiskommandantstellvertreter des Kreises Belgrad-Land, Oberst Sauer von Nordenhof, der segensreichen, kulturbringenden Tätigkeit der wackeren, zum großen Teil doch nur aus alten, nichtfelddienstfähigen Landstürmern bestehenden Besatzungstruppen gewidmet hat, nichts weiter hinzuzufügen als das, daß die hier erwähnten Etappentruppen für den ganzen Kreis ab Herbst 1916 nur ganze 500 Mann betrug.

Verkehrswege.

Das wichtigste Transportmittel im weitaus größten Teile des Königreiches Serbien war das landesübliche Ochsenfuhrwerk von etwa 8 bis 15 q Ladefähigkeit, d. h., wenn der Wegzustand eine solche Maximalbelastung zuließ, was während des größten Teiles des Jahres unmöglich war. Dementsprechend war das Straßens- und Wegnetz beschaffen. Das Netz gebahnter und chausseierter Wege mit dauerhaften und einigermaßen leistungsfähigen Kunstbauten war sehr schütter und schlecht im Stande gehalten. Das statistische Jahrbuch für das Königreich Serbien vom Jahre 1911 weist ebensowenig wie seine unmittelbaren Vorgänger irgendwelche Staatsmittel zur Errichtung oder Erhaltung von Straßen und Wegen aus; die Kreise und Bezirke warfen 1910 hierfür 5,202.023 Dinars aus. Der Bau- und Erhaltungszustand war dementsprechend. Schon im Frieden war er auch außerhalb der Grenzen des Königreiches berüchtigt.

Im Königreiche gab es nur eine einzige normalspurige Bahn, die «Orientbahn», die in der Linie Belgrad—Stalac—Niš—Leskovac—Vranja—Űsküb—Saloniki einerseits, Niš—Sofia—Konstantinopel andererseits das Land in der Hauptrichtung Nord—Süd in der Gesamtlänge von 148 km durchlief. Hiezu kamen noch die Flügelbahnen Stalac—Kruševac (20 km), Lapovo—Kragujevac (29 km), zur Verbindung des auch militärisch wichtigen geographischen Landescentrums des alten Königreiches, Velika Plana—Semendria (45 km) zur Verbindung dieses bedeutsamen Donau-Umschlagplatzes mit der Hauptbahnlinie. Die Flügelbahn Űsküb—Mitrovica a. K. kam nur im nordwestlichen, 15 km langen Auslauf Vučitrn—Mitrovica für die Militärverwaltung Serbiens direkt in Betracht.

Als Ergänzung dieser 257 km normalspuriger Bahnen hatte die serbische Regierung nur noch eine bescheidene Anzahl schmalspuriger Bahnen hinzugebaut. Einschließlich dieser 353 km Schmalspurlinie betrug die Gesamtlänge des Bahnnetzes rund 610 km.

An Wasserstraßen waren außer der Donau und Save keine vorhanden. Die Mächtigkeit des ersteren Stromes und speziell seine Stauung im Kazanpasse bewirken, daß er jederzeit auch für große Flußschiffe ohne sonderliche Regulierung von serbischer Seite schiffbar ist. Die Ufereinrichtungen entsprachen dem bescheidenen Bedürfnisse der Friedenszeit. Die Saveschiffahrt hingegen wird zur Zeit des meist im Hochsommer und Frühherbst eintretenden Niederwassers durch Barren unterhalb der Kolubaramündung und unterhalb Šabac stark beeinträchtigt. Die Morava ist ihres gänzlich unregelmäßigen und verwilderten Bettes halber normal nur in den letzten 14 km ihres Laufes, ab Požarevac, schiffbar. Die Drina wird mangels jedweder Regulierung und ihres unregelmäßigen Laufes wegen nur in ihrem Unterlaufe stellenweise von flachen Ruderschiffen befahren und ist von Zvornik an flößbar, jedoch des gänzlich verwilderten Bettes wegen nur an vollkommen nebelfreien Tagen. Ebenso ist der ebenfalls eine ansehnliche Wassermasse besitzende Ibar von der Einmündung der Stadenica an flößbar.

Nach den Evidenzen des österreichisch-ungarischen Generalstabes waren nur die Straßenstücke Ložnica—Šabac und Culprija—Stalac (insgesamt 90 km) für schweres Armeefuhrwerk, nur ein Viertel aller Straßen mit Ochsenvorspann jederzeit fahr-

bar. Nach der Offensive der Mittelmächte im Jahre 1915 waren alle Straßen, die von Heereskolonnen benützt worden waren, buchstäblich grundlos. Selbst leichteres Fuhrwerk versank. Ein großer Teil der Objekte an Straßen und Bahnen, vor allem die 800 m lange Eisenbahnbrücke über die Save bei Belgrad, war mehrmals mehr oder minder gründlich zerstört worden. Eine feste Straßenverbindung zwischen den beiden Save- oder Donauufern bestand überhaupt nicht. Das Fahrwasser von Donau und Save aber war durch eine große Zahl von Kontakt- und Beobachtungsminen gründlich verseucht. Schließlich bildete das Hochwasser, das die Inundationsgebiete an beiden Ufern der Save und Donau und auch angrenzende Tieflandstrecken in einer Breite von 3 bis 4 km in einen imposanten See verwandelte, ein gewaltiges Hindernis für die Aufnahme und Instandsetzung der Verbindungen. Dieses Hochwasser verlief sich erst im Jänner 1916.

Die serbische Post hatte das Land vollständig geräumt. Nur die Postgebäude waren übrig geblieben, soweit sie nicht in den Uferstädten auch zerschossen waren.

Das war der Zustand der Kommunikationen und Verkehrsanstalten, wie ihn die Etappenverwaltungen der operierenden Armeen der Mittelmächte vorfanden.

Vor allem wurden die beiden bei Belgrad geschlagenen Kriegsbrücken durch eine halbpermanente Brücke über die Save ersetzt, die eine Verbindung einer halbpermanenten Pilotenjochbrücke im Inundationsgebiete am nördlichen Saveufer mit einer Schleppschiffbrücke im Fahrwasser darstellte. Die erstere war etwa 3300 m, die letztere 400 m lang. Mit dem Bau wurde am 10. Oktober 1915 von drei Pionierkompagnien begonnen und die Brücke am 18. Oktober, trotz eingetretener Überschwemmung, heftiger Košavastürme und losgerissener treibender Minen fahrbar hergestellt — eine kriegstechnische Leistung allerersten Ranges, der im Weltkriege kaum viele ähnliche zur Seite gestellt werden können. In der Zeit bis vor Weihnachten 1915 wurde dann diese Brücke von den gleichen Arbeitskräften verstärkt ausgebaut, so daß sie auch für allerschwerstes Armeezufuhrwerk und für lange Zeit verläßlich benützbar blieb.

Gleichzeitig wurde die Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke über die Save in Angriff genommen. Um den Bahnverkehr möglichst bald aufnehmen zu können, wurde auf den

stehengebliebenen, hergerichteten Steinpfeilern vorerst ein Provisorium System Roth-Wagner eingebaut. Diese gleich der Straßenbrücke am 10. oder 11. Oktober in Angriff genommene Arbeit war am 28. Dezember, d. h. nach wenig mehr als elf Wochen beendet. An diesem Tage passierte der erste fahnen- und reisiggeschmückte Zug die Brücke, und wenige Tage später brauste der Orient und Okzident neu verbindende Balkan-expreßzug Berlin—Wien—Budapest—Belgrad—Sofia—Konstantinopel darüber hin. Am Tage, nachdem das Provisorium dem Verkehr übergeben worden war, begann knapp stromab desselben der Bau von Pilotenjochen zur Aufrichtung eines Montagegerüsts, auf welchem die permanente Bogenkonstruktion aufgerichtet wurde. Nach deren Fertigstellung wurde binnen 36 Stunden das Provisorium abmontiert, an seine Stelle die permanente Konstruktion durch felderweises Seitwärtsschieben auf die Pfeiler gebracht und dem Verkehr übergeben. Leider scheiterte die Einrichtung für zwei Geleise, eine militärische und nationalökonomische Notwendigkeit, am Widerstand der ungarischen Regierung, die in einer leistungsfähigen Verbindung Österreichs mit dem Balkan eine Beeinträchtigung der ungarischen wirtschaftlichen Interessen sah. Gelang es doch selbst den vereinigten Bestrebungen des österreichisch-ungarischen und deutschen Generalstabes nicht, die Legung eines zweiten Geleises auf der Strecke Soroksár—Maria Theresiopel—Neusatz im Jahre 1915 als notwendige Vorbedingung einer überraschenden Offensive gegen Serbien durchzusetzen.

Des Vergleiches halber sei bemerkt, daß nach der Wiederbesetzung Serbiens durch Franzosen und Serben die Instandsetzung der im Oktober 1918 weit weniger zerstörten Eisenbahnbrücke *) bis zum Spätsommer 1920, also $1\frac{3}{4}$ Jahre, dauerte, während 1915 die in allen ihren Feldern zerstört gewesene Brücke in knapp elf Wochen für den Eisenbahnvollverkehr, die permanente Konstruktion in 13 Monaten hergestellt war. Dabei war die Fertigstellung im letzten Monate durch einen ganz ungewöhnlich mächtigen Eisgang — den größten seit 20 Jahren — stark beeinträchtigt worden.

Zur Entlastung der Belgrader Brücke wurden an den Übergangspunkten Zabrež—Boljevči und Semendria—Kevévára

*) 1915 waren sämtliche Felder über Wasser abgesprengt, 1918 — eines!

Dampffähren (Trajekte) eingebaut, erstere für den Transport von Schmalspur- und von Normalspurzügen in der Stärke von 60, beziehungsweise 50 Achsen, letztere nur für Normalspur in der Stärke von ebenfalls 50 Achsen. Das Trajekt von Zabrež gestattete 6 bis 8, jenes von Semendria—Kevévára, das den größeren Teil der Semendria vorgelagerten, über 5 km langen Semendrianer Insel umfahren mußte, aber aus zwei Garnituren bestand, 8 bis 10 Hin- und Rückfahrten täglich. Nach Errichtung des Gouvernements im Jahre 1916 kam bei Šabac—Klenak ein drittes Trajekt über die Save hinzu, das für den raschen Abtransport der Ernte aus dem landwirtschaftlich besonders leistungsfähigen Kreis Šabac, aus der fruchtbaren Mačva, eine Rolle zu spielen hatte. Dieses Trajekt hatte eine Ladefähigkeit von 20 Waggons (Schmalspur) und ermöglichte eine tägliche Tourenzahl von sechs bis acht Fahrten. Die Leistungsfähigkeit der aus Serbien führenden Eisenbahnübergänge hatte damit etwa das Zweieinhalbfache der Friedenszeit erreicht.

Ein weiteres wirtschaftliches Bedürfnis und ein vieljähriger Wunsch der Bevölkerung der angrenzenden Bezirke wurde durch den Bau einer Straßenbrücke über die Drina zwischen Zvornik und Mali Zvornik durch das Pionierdetachment Oberleutnant Kment in den Jahren 1916/17 erfüllt und dergestalt die erste fahrbare Verbindung zwischen Bosnien und Serbien geschaffen. Auch an die Herstellung des Verbindungswesens im Inneren des Landes wurde geschritten. Konnte mit Rücksicht auf die Beschränktheit der Mittel und der verfügbaren Arbeitskräfte nicht allen Bedürfnissen der Verwaltung und der Bevölkerung Rechnung getragen werden, so geschah doch immerhin viel, jedenfalls weit mehr als im Frieden. Vor allem wurden die zerstörten Bahnlinien nicht nur in vollem Umfange, sondern zum Teil in leistungsfähigerem Zustande hergestellt. Im Jänner 1916 waren alle serbischen Bahnlinien wieder in Betrieb, nur an jener Mitrovica a. K.—Ferisovi (an der Streeke nach Üsküb) wurde noch gearbeitet. Was da alles hergestellt werden mußte, mag unter anderem der Umstand illustrieren, daß nicht nur direkte Zerstörungen infolge der Kampfhandlungen und bei Rückzügen vorkamen. War doch der Bahnkörper vielfach als Befestigungsanlage verwendet worden, besonders am Save-Donauufer. So war entlang der Save, unweit des Belgrader Hauptbahnhofes, der Oberbau in einer Ausdehnung von 613 m abgetragen, der Eisen-

bahndamm in eine Schützendeckung verwandelt und durch Artilleriefeuer vielfach zerstört worden. So hatte u. a. eine 42-cm-Bombe unweit des Nebojseturmes der unteren Festung eine 40 Schritt breite, bis unter den Baugrund in die Tiefe reichende Lücke in den Damm des Geleises Bahnhof-Belgrad—Schlachthaus gerissen. Um die Hauptbahn auf ihre volle Leistungsfähigkeit zu bringen, war vor allem eine gänzliche Umgestaltung der Belgrader Bahnhofanlagen notwendig. Der Belgrader Hauptbahnhof lag abseits des Geleisezuges und war eine Kopfstation mit allen ihren Nachteilen. Deshalb wurde die im Zuge der Spur gelegene Personalthaltestelle Topčider zu einem Bahnhof von fünf Geleisen erweitert und direkt mit der Brücke verbunden, wozu in dem relativ engen Tale bedeutende Erdarbeiten erforderlich waren. Die Leistungsfähigkeit der Stationsgruppe Belgrad wurde durch Erweiterungen gegenüber der Vorkriegszeit nahezu verdoppelt.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Vollbahn wurden Schleppbahnen mit Normalgeleisen zur Verbindung des Bergwerkes Ripanj und des Hüttenwerkes Vlaškapolje gebaut, drei Stationen neu errichtet und fünf durch Errichtung neuer Verladerrampen, neuer Geleise, Einbau von Wechseln, Drehscheiben und anderer Stationseinrichtungen um 50 bis 100 % ihrer Leistungsfähigkeit verbessert.

Weit größer waren die Neu- und Ergänzungsbauten bei den Schmalspurbahnen. Vor allem wurde die von der serbischen Regierung begonnene Schmalspurbahn Lajkovac—Čačak ausgebaut, die zur Entlastung der Hauptlinie ebenso notwendig war wie zur wirtschaftlichen Auswertung des ertragreichen Tales der westlichen Morava und seiner Seitentäler. Etwa von Beginn des Jahres 1916 an arbeiteten Baukompagnien des Eisenbahnregiments und Arbeiterkompagnien, später nahezu ausschließlich Kriegsgefangene und einheimische Arbeiterkompagnien an dieser 97 km langen Bahn, die mit zahlreichen soliden Kunstbauten und mustergültigen Stationseinrichtungen versehen, mit einer Leistungsfähigkeit von täglich mindestens 15 fünfzigachsigen Zügen in jeder Richtung, am Schlusse des Sommers 1918 — trotz mannigfacher Störungen des Baues — dem Verkehr übergeben wurde. Eine wertvolle Ergänzung dieser Bahn bildete die im Jahre 1917/18 vom Gouvernement erbaute, hauptsächlich als Industriebahn gedachte 7 km lange Flügelbahn von Čačak über

Prijeljina nach Dolnje Gorevnica zur Auswertung des vom Gouvernement neu erschlossenen, ertragreichen Braunkohlenbergwerkes von Dolnje Gorevnica.

Weitere Ergänzungen des Schmalspurnetzes stellten dar: Die 45 km lange Schmalspurbahn Uvac—Priboj, die den Kreis Prjepolje an das bosnische Bahnnetz anschloß, ferner die Schmalspurbahn Belgrad—Vorstadt Cukarica—Wasserwerk—Žarkovo zur Erleichterung der Kohlenversorgung des Wasserwerkes und Auswertung des großen, für den Straßenbau wichtigen Steinbruches von Žarkovo, die Schmalspurbahn Babe—Ralja und die Schmalspurwaldbahnen mit Lokomotivbetrieb Kruševac—Obilićevo—Jastrebac und Kraljevo—Sokoljagrab (zusammen 34 km).

Ferner wurden im Schmalspurnetz die Stationen Šabac, Zabrež, Obrenovac, Lajkovac, Kruševac und Čačak beiläufig auf das Doppelte ihrer bisherigen Leistungsfähigkeit erweitert, die während der Operationen erbaute Feldbahn Valjevo—Kamenica (15 km) instand gesetzt, zahlreiche kleine Feldbahnen als Industrie- oder Förderbahnen mit Pferde- oder Ochsenzug oder als einfache Rollbahnen erbaut (zusammen 45 km) und derart insgesamt, ungerechnet die Wald- und Feldbahnen, über 200 km Geleise neu gebaut und in den aufgezählten Neubauten einschließlich der Anschaffung von Fahrbetriebsmitteln insgesamt über 120 Millionen Kronen investiert, d. i. etwa zwei Drittel des Wertes des serbischen Bahnnetzes im Frieden nach serbischer amtlicher Statistik. Das Geschaffene stellt durchwegs bleibende Werte dar, die das Land der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung verdankt.

Außer diesen Geleisbahnen wurde noch eine Anzahl Seilbahnen gebaut, so vom Endpunkte der Industriebahn Vlača—Vodica zum Bergwerke Vlača, dann jene von der Station Rudnik der Schmalspurbahn Lajkovac—Čačak zum Bergwerke Rudnik und mehrere kleinere in den verschiedenen Waldbetrieben, Steinbrüchen, an Verladestegen u. dgl.

Neue Schifffahrtswege konnten in Anbetracht der Kürze der Zeit nicht geschaffen werden. Wohl aber wurde vieles getan, die bestehenden auszunützen und nach Möglichkeit auszugestalten. So säuberten zwei Flußminenzüge Save und Donau von den hundertten Fluß- und Seeminen; das Fahrwasser an den Flußbarren und Zufahrten wurde ausgebaggert, so daß die Fahr-

ten auf der Save vom Wasserstand unabhängiger wurden, ebenso die Fahrten des Trajektes bei Šabac. Der Bau neuer Landungsstege und Zufahrtswege vervielfältigte die Leistungsfähigkeit der Stationen ebenso wie die Wiederherstellung und Erweiterung der Magazine. Ein nahezu in die halbe Flußbreite hineinreichender neuer Landungssteg bei Šabac ermöglichte das Anlegen der zu beladenden Getreideschleppschiffe auch bei Niederwasser. Bald nach Inbesitznahme der Donau-Savelinie wurde der volle Schiffsverkehr auf der Donau bis zu ihrer Mündung und der Frachtschiffverkehr auf der Save aufgenommen.

Mehr noch als für Eisenbahnen- und Schifffahrtswege mußte für den Bau von Straßen und Wegen geschehen. In den 34 Monaten der Gouvernementsverwaltung wurden aus ihren Mitteln 65.250 m Straßen mit einem Aufwande von 3,682.499'6 Kronen neu gebaut, 676.290 m mit einem Aufwande von 25,489.051'6 Kronen rekonstruiert, was bei der Bauart und dem Zustande der Straßen oft einem Neubau gleichkam, während die Instandhaltung von insgesamt 465.220 m Straßen 9,734.561'5 Kronen kostete. Die wichtigste unter diesen Straßenarbeiten war die Rekonstruktion der bisher nur als mangelhaft erhaltenen Fahrstraße für leichtes Fuhrwerk gebauten Straße Kraljevo—Raska und der Neubau des anschließenden Straßenstückes Raska—Novipazar, wodurch eine leistungsfähige, ganz auf eigenem Gebiete führende, für Automobile fahrbare Verbindung mit den isolierten Südkreisen geschaffen wurde. Desgleichen war die Rekonstruktion der Straße Valjevo—Zavlaka und Valjevo—Krupanj als Autostraße für die Ausnützung der Bergwerke in Zavlaka und Krupanj, jene der Straße Šabac—Ložnica—Mali Zvornik als Verbindung mit Bosnien von großer Wichtigkeit.

Größtenteils im Zuge dieser Straßen, teilweise aber auch außerhalb desselben, wurden von der Verkehrsabteilung des Gouvernements (Leiter Oberst Ingenieur Alfons Sucher) 24 größere Straßenbrücken mit einer Gesamtlänge von 5812 m und einem Kostenaufwande von 3,185.186'6 Kronen allergrößtenteils neu gebaut oder wiederhergestellt, wobei man sie für schweres Armeefuhrwerk, womöglich auch für Autotrains, benützbar machte. Dazu kamen die Bauten der Kreis- und Bezirkskommandos sowie der Truppen im eigenen Wirkungskreise. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Summe dieser verkehrstechnischen Kleinarbeit kaum hinter der hier angeführten großen

zurückbleibt. Dem Berichte des Kreisingenieurs von Užice, Baumeister Pletseh, kann z. B. entnommen werden, daß in der Zeit seiner Amtsführung im Kreisberciehe außer den Arbeiten auf Grund von Gouvernementsverordnungen noch zwei Straßenumlegungen innerhalb von Užice, der Bau von insgesamt 7 km Serpentina auf der Kreisstraße auf die Zlatibor Planina und der Bau von fünf Straßenbrücken von zusammen über 1000 m Länge stattfand. Nach dem Berichte des Kreiskommandos «Belgrad-Land» über das Verwaltungsjahr 1917 wurden zur Gewinnung des Materials für die Straßenbauten im Kreisberciehe acht große Steinbrüche in Betrieb gesetzt, aus dem größten, jenem von Ralja, in den ersten beiden Betriebsjahren über 15.000 m³ Stein per Bahn nach Vlačopolje und Mladenovae geliefert; 3000 m³ Stein gingen in dieser Zeit mittels Rollbahn gegen Belgrad ab, weitere Steinmengen zum Kreiskommando Palanka. Aus den anderen Steinbrüchen wurden allein im Jahre 1916 23.500 m³ Stein für die Rekonstruktion und die Erhaltung des im Kreise liegenden Stückes der Gouvernementsstraße Belgrad—Čačak verwendet. Insgesamt waren bis Ende 1917 über 12 km Rollbahn zum Zwecke der Straßenerhaltung, vor allem der Steinförderung, im Betriebe. Im Laufe des Jahres 1917 wurde ein neuer Steinbruch bei Barosevac mit einer täglichen Erzeugung von zehn Waggons eröffnet, zu dessen Auswertung die Heeresbahn «Süd» einen eigenen Zug in den täglichen Fahrplan einstellte. Dieser Steinbruch deckte hauptsächlich Bedürfnisse der Bahn.

Zur Instandhaltung der Straßen waren bei diesem einen Kreiskommando 26 Wegeinräumerabteilungen aus Einheimischen aufgestellt worden, was kein leichtes Ding war, da die Bevölkerung hierin ganz ungeschult war und der Sache anfangs wenig Verständnis entgegenbrachte. Für die Unterbringung der Straßenmeister wurden entsprechende Gebäude hergerichtet oder auch neu gebaut.

Alle diese Arbeiten besorgten anfänglich hauptsächlich militärische Arbeiter- und Kriegsgefangenenabteilungen, die im Laufe des Jahres 1917 in den allermeisten Kreisen größtenteils durch Zivilarbeiterabteilungen und durch Kuluarbeiter ersetzt wurden.

Ungerechnet und ungezählt sind alle die kleineren Weg- und Straßenherstellungen durch die Truppen selbst, vornehmlich

durch die Artilleriebesatzung des Brückenkopfes Belgrad, die dem ursprünglichen Bedürfnisse der Truppe ihr Entstehen verdankten, letzten Endes aber doch der Allgemeinheit zugute kamen.

Ich glaube, daß bezüglich des Kommunikationswesens bei geracht denkenden Serben, die zur Zeit der Okkupation in Serbien geblieben waren, manchmal der Gedanke aufgetaucht sein dürfte, die Okkupation möge noch längere Zeit andauern. Einen solchen Wunsch laut zu äußern, würde dem Serben sein Patriotismus und sein Nationalstolz allerdings verboten haben.

Ein Verkehrsmittel, das leider infolge Mangels daran nicht im notwendigen Maße ausgenützt werden konnte, war das Auto. Bei der Verkehrsabteilung des Gouvernements war eine eigene Autoabteilung eingeteilt, die später in ein Autoreferat zusammeneschmolz. Dieser Abteilung waren sämtliche Autos im Gouvernementbereiche in technischer, jene in Belgrad und der Nachschubleitung im Ibartale (Kraljevo, Raska, Mitrovica a. K.) auch in administrativer Hinsicht unterstellt. An diesen beiden Stellen waren auch der weitaus überwiegende Teil der Lastautos sowie alle Personenautos eingeteilt. Nur bei der Bergbauleitung befanden sich für die Bergbaue in Krupanj, Zajaca und Rudnik, ferner vorübergehend bei der Forstabteilung sowie bei verschiedenen Straßenbauleitungen einige Lastautos. Die stets zunehmende Ausdehnung der besetzten Gebiete und die Erhöhung des Reparationsstandes einerseits, der Mangel an Betriebs- und Bereifungsmaterial andererseits zwangen aber die Heeresleitung zu immer größerer Sparsamkeit auf dem Gebiete des Autowesens. So wurde die Zahl der Personenwagen im Laufe eines Jahres auf weniger als ein Drittel reduziert, die Zahl der Lastautos in Belgrad sowie bei der Nachschubleitung im Ibartale erheblich verringert. Außenstehende Autos wurden, wo sie nicht unbedingt notwendig waren, wie z. B. bei den beiden ersten vorangeführten Bergbauen, eingezogen.

Bei der Besetzung Serbiens im Oktober 1915 waren sämtliche Postanstalten, Telegraph und Telephon in völlig unbrauchbarem Zustande vorgefunden worden. Alle Telegraphen- und Telephonlinien waren mehr oder minder gründlich zerstört, alle Apparate abgebaut, verschleppt, versteckt oder zerstört. Im ganzen Okkupationsgebiete befand sich nicht ein brauchbares Postamt, nicht ein brauchbarer Telegraphenapparat. Alles mußte

neu hergestellt werden, wobei mit Ausnahme einer kleinen vorgefundenen Reserve der serbischen Postverwaltung an Draht und Kabel und einer Anzahl reparaturbedürftiger Telephonapparate nichts Brauchbares vorgefunden wurde und alles aus dem Hinterlande nachgeschafft werden mußte.

Bis zum Mai 1918 erstanden im Bereiche des Gouvernements 24 Postämter I. Klasse, 20 Postämter II. Klasse, ferner 39 Telephonvermittlungsstellen mit 1718 Fernsprechstationen, 115 km Telephonlinien mit 1395 km Leitungslänge der Stadtnetze, 2742 km interurbane Linien mit 7648 km Leitungslänge. 178 Orte des Okkupationsgebietes wurden hierdurch telephonisch verbunden, 22 Telegraphenstationen neu errichtet und 265 km Telegraphenlinien mit 2508 km Leitungslänge erbaut, ferner 584 km Bahntelegraph mit 2639 km Leitungslänge. Das Netz der Postämter, der Telegraphen- und Telephonlinien war dichter als im Frieden.

Schließlich muß hier der elektrischen Straßenbahn Belgrads — der einzigen des Gouvernementsbereiches und ganz Serbiens überhaupt — und im Zusammenhange mit ihr der Elektrizitätszentrale in Belgrad gedacht werden. Beide waren Eigentum einer belgischen Gesellschaft. Gleich in den ersten Tagen des Krieges wurde das Elektrizitätswerk durch Geschützfeuer außer Betrieb gesetzt. Nach der ersten Besetzung Belgrads durch die Österreicher anfangs Dezember 1914 zur Not wieder hergestellt, wurde es durch die folgenden Kämpfe neuerdings unbrauchbar gemacht. Belgrad war dementsprechend von Anfang August 1914 bis Ende Oktober 1915 fast ununterbrochen ohne elektrische Straßenbahn und ohne elektrische Beleuchtung. Unmittelbar nach der Besetzung wurden beide mit einem Kostenaufwande von 1.336.000 Kronen bis Ende Oktober, in knapp drei Wochen, in einem leistungsfähigeren Zustande wiederhergestellt, wobei 16.000 m Kabel, 35.000 m Freileitung und 33.000 m Straßenbahngelise neu angelegt wurden. Der Betrieb erfolgte anfangs ausschließlich mit eigenem militärischen, später immer mehr mit einheimischem Betriebs- und Arbeitspersonal, das unter militärischer Disziplin stand. Bis Mai 1918 wurde mit einem Aufwande von weiteren 284.000 Kronen Geleis- und Beleuchtungsnetz erweitert und vervollständigt. Trotz unentgeltlicher Beleuchtung der Amtsräume und der den Hausbesitzern vielfach gestundeten Beträge für die Hausbeleuchtung ergab sich

bis Mai 1918 nur ein Betriebsabgang von 275.000 Kronen; in Anbetracht der fast gänzlichen Wiederherstellung und der Erweiterung eigentlich recht wenig nach erst $2\frac{1}{2}$ Betriebsjahren.

Wie in Belgrad wurden auch in anderen Städten Serbiens die etwa vorhandenen Elektrizitätswerke von den Bauabteilungen der Kreiskommandos wieder in Betrieb gesetzt, kleine elektrische Beleuchtungsanlagen vielfach, vor allem in nahezu allen Kreis- und Bezirkshauptorten angelegt.

Hochbauten und sonstige technische Betriebe.

Entsprechend dem vorübergehenden Charakter des Gouvernements und seiner Aufgabe, das Land zur Erhöhung der militärischen Widerstandskraft der Mittelmächte tunlichst wirtschaftlich auszunützen, kamen Hochbauten nur insoweit in Betracht, als sie zur Erfüllung der anderen Arbeiten Grundbedingung waren. Es ist selbstverständlich, daß rasche Wiederherstellung ganz oder teilweise zerstörter Bauten dem Neubau vorgezogen wurde und daß die allermeisten Bauten nur provisorischen Charakter trugen. Die Leitung aller einschlägigen Arbeiten gehörte in das Ressort der «Bauabteilung» unter der Leitung des Obersten Alfred Feyl.

Es konnte natürlich nicht Aufgabe dieser Bauabteilung sein, alle Bauten wieder herzustellen, die der Krieg zerstört, beschädigt oder im Bau unterbrochen hatte. Waren auch die Zerstörungen in Serbien keineswegs so bedeutend, wie man gemeinhin annimmt, so überstieg ihre gänzliche Behebung doch die verfügbaren Mittel. Vornehmlich, ja fast ausschließlich, hatten Städte und Orte an der Save und Donau gelitten, vor allem Šabac, Belgrad, Semendria und in geringerem Maße Zabrež-Obrenovac. Nach den statistischen Aufnahmen des Gouvernements waren in Šabac etwa 40%, in Belgrad und Semendria etwa 15%, in Zabrež-Obrenovac 5% der gesamten vorhandenen Gebäude zerstört oder stark beschädigt worden. In allen anderen Städten oder geschlossenen Ortschaften sank die Schädigungsziffer auf kaum $1\frac{1}{2}$ %. Nun fehlte aber auch ein großer Teil der Bewohner, in Belgrad ein größerer Prozentsatz als jener der Zerstörungen, so daß kein fühlbarer Mangel an Unterkünften bestand.

In erster Reihe stellte die Bauabteilung nur jene Gebäude wieder her, die zu Unterkunftszwecken oder als Schulen, Spitäl-

ler oder zu Industriezwecken benötigt wurden. Immerhin führten allein die Hochbaugruppen I—V bis Mai 1918 nicht weniger als 550 Neubauten oder solehen gleichkommende Instandsetzungen durch, richtete die Bauabteilung über 1000 Einzelwohnungen, wenn auch hauptsächlich für Angestellte des Gouvernements, her, was den serbischen Eigentümern zugute kam, und verwaltete bei gleichzeitiger völliger Instandhaltung 138 vom Militär belegte Gebäude. Ihre Arbeiten hatten einen beiläufigen Gesamtwert von $3\frac{1}{2}$ Millionen Kronen, die dem serbischen Staate oder den Privateigentümern angelastet, letzteren jedoch bis zum Kommen besserer Zeiten gestundet, daher uns nie bezahlt wurden. Übrigens wurde aus kulturellen Gründen das Gebäude der Universität instand gesetzt, die Ruine auf dem Avalla vor Verfall geschützt. Das von der Bauabteilung wieder in Betrieb gesetzte große Belgrader Sägewerk deckte den hauptsächlichsten Bedarf an Schnittholz für die Militärverwaltung und die Heeresbahn «Süd». Das sehr leistungsfähige Werk warf bis Mai 1918 einen effektiven Reingewinn von 300.000 Kronen ab, was aber bei den billigen Arbeitspreisen gegenüber jenen des Hinterlandes einem Gewinn von $\frac{1}{2}$ Million Kronen gleichkam. Desgleichen wurden von der Bauabteilung das Belgrader Dampf- und Wannenbad wieder in Betrieb gesetzt und in eigener Regie geführt, ebenso die Belgrader Wasserleitung, bei gleichzeitiger ansehnlicher Erweiterung. Das erstere, von hervorragender Bedeutung für die sanitären Verhältnisse von Belgrad, wurde im Laufe eines Jahres von 52.000 Offizieren und Beamten, 130.000 sonstigen Militär- und über 90.000 Zivilpersonen benützt.

Das Belgrader Wasserwerk in der Makišebene war ungünstig angelegt, denn die zu eng gruppierten Tiefbohrbrunnen entzogen einander das Wasser, so daß sie im trockenen Sommer des Jahres 1916 kaum 50 % der ursprünglichen Wassermenge lieferten, während der Wasserverbrauch infolge des größeren Reinlichkeitsbedürfnisses der Besatzungstruppen, der vielen Spitäler und der auch für die Zivilbevölkerung geltenden hygienischen Maßnahmen ansehnlich gestiegen war. Außerdem hatte das Röhrensystem der Wasserleitung durch das Bombardement vielfach Schaden gelitten, so daß bei dieser Gelegenheit sowie in späteren Fällen insgesamt 371 Rohrbrüche beseitigt werden mußten. Das Wasserwerk wurde komplett instand gesetzt und vielfach verbessert. Um dem gesteigerten Wasserbedarf zu genügen,

wurde in den Jahren 1917 und 1918, als 8 von 16 Brunnen versiegt waren, je ein neuerer größerer Tiefbohrbrunnen in größerer Entfernung von den anderen angelegt und mit eigenen Pumpen versehen. Im Zusammenhange mit diesen Arbeiten wurden 18.900 m Eisenrohre in günstigere Lagen verlegt und das Rohrnetz der Wasserleitung um mehr als 3000 m vergrößert, 2418 Auslaufhähne, 92 Badeöfen und 516 Klosette neu aufgestellt. Für alle diese Arbeiten wurden einschließlich des Betriebes der Wasserleitung bis zum Mai 1918 1,090.000 Kronen aufgewendet, wogegen Privatparteien für Wasser- und Kanalgebühren 957.000 Kronen zahlten. Die in staatlicher oder städtischer Verwaltung stehenden Objekte erhielten etwa $\frac{1}{2}$ Million Kronen gestundet. Ähnlich wurden auch in anderen Orten die etwa vorhandenen kleinen Wasserleitungen instand gesetzt und erweitert, vielfach solche ganz neu angelegt, so z. B. in Šabac mit einem Kostenaufwand von $\frac{1}{4}$ Million Kronen.

Es muß hier auch der Spezialwerkstätte der Bauabteilung gedacht werden, die unter der Leitung hervorragender Fachmänner, meist Professoren der ungarischen Kunstgewerbeschule (vor allem Oberleutnant i. d. R. Prof. Csány), nicht nur alle Spezialprofessionistenarbeiten für die Einrichtung der Baulichkeiten, sondern bis zur Errichtung einer eigenen Kriegsgräberabteilung auch den Schmuck der Kriegsfriedhöfe auszuführen hatte. Außerdem oblag ihr die Renovierung von Baudenkmalern: z. B. das sogenannte Grab Kara Mustaphas (tatsächlich das Grab des 1799 ermordeten Mustapha Pascha und seiner Lieblingsfrau), in der oberen Festung der dortige Türkenbrunnen, das Grabdenkmal der letzten Obrenović u. a. — und die Sammlung der Kupfergegenstände zur Gewinnung von Kriegsmetallen. Den Wert der von der Spezialwerkstätte bis Mai 1918 hergestellten Arbeiten bezifferte der Leiter der Bauabteilung mit 3 Millionen Kronen, das von ihr für Kriegszwecke gewonnene Kupfer mit 84.000 kg ($8\frac{1}{2}$ Waggon).

Schließlich besorgte ein Werkzeug- und Materialien-Zentralmagazin den Ersatz und den Nachschub an allen im Gouvernementsbereiche notwendigen Bauwerkzeugen und Baumaterialien, dann an Kohle für die Gouvernementsbetriebe, insoweit sie nicht mit der im allgemeinen minderwertigen heimischen Kohle betrieben werden konnten, sowie an technischen Ölen und Schmiermaterialien. Behufs leichter Zufuhr war für dieses Werkzeug-

magazin am Ostende der unteren Festung ein etwa 100m langer Landungssteg in die Donau gebaut worden, der das Lösehen der für das Materialmagazin nötigen Schiffe vom Wasserstande sowie von der jeweiligen Belastung der Landungslände von Belgrad unabhängig machte. Der Materialwert der eingelagerten Werkzeuge und Materialien betrug durchschnittlich 1,000.000 Kronen. Derart war die Tätigkeit der «Bauabteilung» eine mannigfaltige und in ihren Auswirkungen durchaus segensreiche. So wie bei der Verwaltung im großen, war es auch ihre Aufgabe, aufzubauen, nicht zu zerstören.

Hebung der Landwirtschaft.

Serbien ist nur dem Haupterwerbszweig seiner Bewohner und seiner Bodenbeschaffenheit nach Agrarland, nicht seiner Produktivität nach, denn diese blieb weit hinter dem Erreichbaren zurück. Der Bauer erzeugte im allgemeinen nur selten mehr, als er zur Fristung seiner meist sehr bescheidenen Existenz brauchte. Die Wirtschaftsweise war vor dem Einsetzen der Militärverwaltung eine durchaus extensive. Mit Recht konnte Professor Norbert Krebs in seinen «Wirtschaftsgeographischen Betrachtungen» über seine Studienreisen in Serbien sagen: «Wenn das begabte, aber nur mangelhaft gebildete Volk, das noch zu stark an seinen Überlieferungen festhält, dahin gebracht werden kann, die extensive Wirtschaftsmethode mit einer intensiven zu vertauschen und dem Boden reicheren Ertrag zu entnehmen, wenn es unter der Förderung einer tüchtigen, gerechten Verwaltung darangeht, alle Kräfte des Landes zu nützen und aufhört, in der alles zersetzenden Parteipolitik die Hauptaufgaben seiner Tätigkeit zu sehen, können die Erträge noch sehr wesentlich gesteigert werden. Diese Ziele zu verfolgen, ist Plan und Aufgabe unserer Militärverwaltung.»

Die Durchführung war die große Aufgabe der landwirtschaftlichen Sektion des Gouvernements, an deren Spitze ein im Verwaltungsdienste ausgebildeter, besonders umsichtiger und rücksichtslos energischer Stabsoffizier gestellt wurde, Oberstleutnant Andor Jármy v. Nagy-Szolnok.

Die Aufgabe dieser Sektion ließ sich anfangs in drei Richtungen präzisieren: 1. Wiederbelebung der Land- und Forstwirtschaft im allgemeinen; 2. Steigerung der Produktivität durch Verbesserung der Bodenbearbeitung, Einführung neuer Boden-

produkte und Erschließung neuer Gebiete für die Bodenproduktion und 3. Nutzbarmachung der Bodenprodukte. Die landwirtschaftliche Sektion gliederte sich in drei Abteilungen: Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ernteverwertung. Letztere Abteilung, deren Agenden im Laufe der Zeit immer umfangreicher und für die Gesamtheit immer wichtiger wurden, wurde 1917 von der Wirtschaftssektion abgetrennt und der Intendantenabteilung, dann aber noch im selben Jahre dem Generalstabschef unmittelbar unterstellt, um ein rascheres, reibungsloseres Arbeiten zu ermöglichen.

Anfänglich war der Wirtschaftssektion auch die «gewerbliche Gruppe» zugeteilt, der die Behandlung aller Gewerbeangelegenheiten zukam. Bei der Neuorganisation wurde diese Gruppe der politischen Abteilung des Zivil-Landeskommissariates unterstellt.

Herbstanbau war vor der Okkupation wenig oder gar nicht üblich, in vielen Gegenden nicht einmal bekannt; allgemein wurde noch die Dreifelderwirtschaft angewendet, das Ackerbaugerät war ebenso rückständig wie die Bodenbearbeitung. Diese Rückständigkeit bezog sich nicht etwa nur auf das Fehlen moderner Dampfpflüge, Sä- und Mähmaschinen u. dgl. und auf die Nichtverwendung moderner künstlicher Düngemittel. Vielfach waren nur ganz veraltete, kleine, nicht tief schürfende, oft nur für den Menschenzug berechnete Pflüge, vielfach sogar noch hölzerne, in Gebrauch, an sehr vielen Orten nicht einmal Eggen, das Düngen überhaupt mit Ausnahme der Domänenwirtschaften sogar in der allernächsten Umgebung Belgrads nicht üblich oder ganz unbekannt.*) Nur in einem war Serbien landwirtschaftlich auf der Höhe, vielleicht sogar manchen Ländern voraus: es besaß eine in Anbetracht der sonstigen Zurückgebliebenheit verhältnismäßig sehr hohe Zahl von Dreschmaschinen samt meist für Strohheizung eingerichteten Lokomobilen. Diese merk-

*) Sogar in dem nur 6 km vom Südrande der Stadt Belgrad gelegenen, zum Kreise Belgrad-Stadt gehörenden Bezirkshauptort Banjica mußte der Bezirkskommandant, der überaus rührige Artilleriehauptmann Chytil, die Bewohner zwingen, den Mist, den sie seit vielen Jahren als verstärkten Schutz gegen Wind und Kälte rings an ihren Häusern und Hütten aufgeschüttet hatten, statt damit die Felder zu düngen, von dort zu entfernen und auf die Felder zu führen. Sie empfanden diese Maßregel zunächst als überflüssige Schikane, sahen aber nach der Ernte ihren augenfälligen Erfolg und lernten mit der dem Serben eigenen Leichtigkeit rasch um.

würdige Erscheinung dürfte nicht nur auf das Wirken der landwirtschaftlichen Gesellschaften, vor allem der Gesellschaft «Šumadija» zurückzuführen sein, sondern auf die schon mehrfach erwähnte rasehe Auffassung der serbischen Bevölkerung, die erkannte, daß ihr durch die Dreschmaschine eine langwierige und umständliche Arbeit erspart wird, besonders da man die verhältnismäßig leichte Arbeit bei der Dreschmaschine den Frauen und Kindern überlassen konnte.

Erschwerend wirkte, daß infolge des Krieges der Herbstanbau, soweit ein solcher üblich, und 1916 auch der Frühjahrsanbau meist ganz oder größtenteils unterblieben war, daß der Krieg das Saatkorn aufgezehrt hatte und viel Ackerbaugeräte zugrunde gegangen oder so vernachlässigt waren, daß man sie nicht mehr brauchen konnte. Auch fehlte es an manchen Orten an den nötigen Zugtieren.

Nicht nur die sofortige Inangriffnahme des Frühjahrsanbaues mußte angeordnet, ihm Antrieb und Förderung gegeben, sondern auch Ackergerät aus dem Hinterlande beschafft oder bei den Kreis- oder Bezirkskommandos in neu errichteten Werkstätten erzeugt oder hergerichtet und ein Ausgleich an Zugtieren bewirkt werden, wobei wenigstens vorübergehend auch solche des Hinterlandes oder der Truppen und Anstalten herangezogen wurden. Durch das alles litt der Anbau und wurde oft sehr spät, stellenweise erst im Mai, in Angriff genommen. Erschwerend trat weiter hinzu, daß das aus dem Hinterlande importierte Saatgut, obwohl meist sehr guter Qualität, den klimatischen Verhältnissen nicht entsprach. Dies alles im Verein mit der Ungunst der Witterung konnte auf die Ernte des ersten Verwaltungsjahres nur schädigend wirken. Wenn sie trotzdem manchenorts überraschend günstige Resultate ergab, so war das ausschließlich der Initiative und Tatkraft der lokalen militärischen Verwaltungsbehörden zuzuschreiben.

Im Laufe des Jahres 1916 trat im allgemeinen folgende Organisation der Landwirtschaft in Kraft: Noeh die erste Militärverwaltung errichtete eine Anzahl militärischer Wirtschaftsstationen im Anschlusse an die Verwaltungsbehörden oder an die Truppen. Sie hatten hauptsächlich mit militärischen Kräften die Bebauung und Bewirtschaftung herrenloser oder von Staats-, eventuell auch Kirehendomänen, ferner der von den Besitzern nicht genügend bebauten Grundstücke durchzuführen, urbaren

Boden zu erschließen, den Anbau und die Bewirtschaftung im Sinne der ergangenen Verordnungen zu überwachen sowie beispielgebend und belehrend im Sinne von Musterwirtschaften zu wirken. Im Kreise Belgrad-Land beispielsweise, wo vier Wirtschaftsstationen bestanden, hatten diese 1916 insgesamt zugewiesen: 285 ha Acker, 174 ha Wiese, 11'50 ha Weide, 80 ha Wald, 2'25 ha Wein-, 7'25 ha Obst- und 15'25 ha Gemüsegärten, zusammen 575'25 ha, wozu 45 Zug- und 1066 Nutztiere gehörten.

Dies konnte aber erst voll wirksam werden, als die neue Militärverwaltung im September 1916 ein Gesetz herausgab, das Anbauzwang und Arbeitspflicht einführte. Jeder Besitzer wurde verpflichtet, seinen ganzen Besitz der Bearbeitung zuzuführen. Art der Bebauung und Bearbeitung konnte ihm vorgeschrieben werden. Hand in Hand mit dieser Verfügung erfolgte die Feststellung des Besitzes. Das klingt sonderbar, ist aber durch das Fehlen von Kataster und Grundbuch an sich erklärlich. Daß der nicht gerade überarbeitseifrige Landbewohner bei seinem Mißtrauen gegen die neue Verwaltung, von der er befürchtete, sie werde ihn um die Früchte der verlangten großen Arbeit bringen, Grundbesitz zu verschweigen trachtete, war nur zu begreiflich. War ein Besitzer außerstande, seinen Grundbesitz im verlangten Ausmaße zu bewirtschaften, so wurde der Gemeinde ein Teil überwiesen, die diesen entweder an andere Besitzer übergab oder gemeinsam oder im Kuluk bewirtschaftete. War auch die Gemeinde dazu außerstande, so übernahm die nächste Wirtschaftsstation diese Arbeit. Dem Besitzer wurde ein Drittel des Ertrages, bei großer Bedürftigkeit (wenn z. B. das Familienoberhaupt im Felde oder gefallen war und keine arbeitsfähigen Hinterbliebenen vorhanden waren) auch 40 bis 50 % zugewiesen.

Solcherart gelang es schon 1916, in den Nordkreisen 945.968 ha der Bewirtschaftung zuzuführen, also gegenüber den 959.283 ha der Friedensjahre 1906 bis 1910 98 %. Im folgenden Jahre wurde letztere Zahl um 10 %, 1918 gar um 16 % übertroffen. Zieht man Brotfrucht allein in Betracht, so springt die Verbesserung noch mehr in die Augen. Während 1916 in den Nordkreisen 136.087 ha mit Weizen, 10.594 ha mit Roggen und Gerste, 209.604 ha mit Mais bebaut wurden, stiegen diese Zahlen 1917 bei Weizen auf 171.295 ha, bei Roggen und Gerste auf 13.119 ha, Mais sank dagegen auf 199.355 ha. Auch die Anbau-

fläche des Hafers verminderte sich von 16.959 ha auf 14.629 ha, jene der Kartoffeln von 4893 ha auf 3819 ha. Dies bedeutete bei der Brotfrucht eine Steigerung um rund 25 %. In den wenig fruchtbaren Südkreisen brachte man es 1917 doch auf 4567 ha Weizen, 5263 ha Roggen und Gerste, 4996 ha Mais, 2679 ha Hafer und 465 ha Kartoffeln. Zum Vergleiche sei angeführt, daß im letztgenannten Jahre die mit Brotfrucht bebaute Bodenfläche in Österreich um 30 bis 40 %, in Ungarn um 20 bis 30 % abgenommen hatte, obwohl nicht 80 % der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung fehlten, sondern offiziell etwa 25 %, tatsächlich aber weniger; denn ein Teil der zum Waffendienst eingezogenen Männer stand beim Heimatheere und war der Landwirtschaft durchaus nicht ganz entzogen, ihr sogar in den Ernte- und Anbaukompagnien direkt dienstbar gemacht. Außerdem wurde dieser Ausfall durch die große Zahl von feindlichen Kriegsgefangenen zum großen Teil wettgemacht. Hierin zeigte sich eben der Unterschied zwischen einer zielbewußten, straffen, auf den Kriegszweck und das Kriegsende eingerichteten militärischen Verwaltung und einer politischen Verwaltung, die mit den Verhältnissen paktierte.

Die erwähnten Maßregeln bewirkten aber nicht nur eine Zunahme der ertragsfähigen Flächen, sondern bahnten auch eine im hohen Grade intensivere Ausnützung des Bodens an. Schon 1916 wurde, trotz späten Anbaues, fremdem Saatgut und Dürre zur Zeit des Wachstums der Ähre, bei Edelgetreide das gleiche Erträgnis erreicht wie bei einer untermittelmäßigen Friedensernte in Serbien: 4½ q per Hektar. In vielen Bezirken, so beispielsweise in den von der Artilleriebesatzung in Belgrad verwalteten, wo die Organisation und Beaufsichtigung eine besonders straffe war und daher alle Maßregeln, z. B. Düngung, tatsächlich durchgeführt wurden, war der Ertrag sogar weit höher, bis 14 q per Hektar. Im Jahre 1917 waren zwar die allgemeinen Verhältnisse günstiger, denn das notwendige Saatgut konnte von der Ernte des Jahres 1916 bereitgestellt und dort, wo es der Not bei der Armee wegen abgenommen worden war, rechtzeitig durch passendes Saatgut ersetzt werden, aber die Witterungsverhältnisse waren überaus ungünstig. Nach einem außergewöhnlich milden Herbst und Dezember, die dem Herbstanbau außerordentlich förderlich waren, und einem frühes und starkes Keimen auch der später angebauten Saaten außergewöhnlich begünstigenden milden und

troekenen Jänner setzten Ende dieses Monates ganz ungewöhnliche Kälte und starker Schneefall ein — beide im Höchstmaß, seit es in Serbien meteorologische Beobachtungen gab — und dauerten, wieder ganz ungewöhnlich in dieser Jahreszeit, bis in die dritte Märzwoche, um nach sehr kurzer Tauperiode mit Nachtfrösten, einem niederschlagsarmen Frühling, Mai und Juni, Platz zu machen, was die Entwicklung der Ähren bei Edelgetreide und das Wachstum beim Mais höchst ungünstig beeinflusste. Das Resultat war eine Untermittelernte von durchschnittlich 5 q beim Edelgetreide und von $4\frac{1}{2}$ q beim Mais. Im Jahre 1918, als die meteorologischen Einflüsse günstige waren, wurde ein um 45 bis 50 % günstigerer Bodenertrag erzielt als im Frieden; die durchschnittlichen Resultate, 14 bis 15 q Ertrag per Hektar Edelgetreide, 20 q per Hektar Mais übertrafen die besten serbischen Ernten um 30 bis 40 %. Einzelne, so vor allem die seinerzeit von der Artilleriebesatzung verwalteten und noch immer unter ihrem Einfluß stehenden Bezirke bei Belgrad wiesen weit höhere Resultate auf, nämlich einen Ertrag von 20 bis 22 q an Edelgetreide, von 23 bis 24 q bei Mais, und erreichten damit das Ergebnis der bestkultivierten Gegenden Österreichs. Die Bevölkerung hatte Vertrauen zu den ihr aufgenötigten Arbeitsmethoden gewonnen und befürchtete nicht mehr, durch die Verwaltung um die Früchte ihrer Arbeit gebracht zu werden, hatte vielmehr einen ungeahnt schönen Ertrag vor Augen, der schon 1917 bei den Bauern eine gewisse Befriedigung zeitigte. So wäre für die Folge ein Produktionsrückgang nicht zu befürchten gewesen.

Entsprechend den Bedürfnissen der Armee und, soweit dies zu berücksichtigen war, des Hinterlandes, wurde nicht nur bei der Erschließung neuer Anbauflächen hauptsächlich Edelgetreide angebaut, sondern auch der Anbau von Mais zugunsten von Weizen, dann von Hafer und Roggen eingeschränkt. Trotz der Bedeutung des Maises für die Schweinezucht und deren Wert für die Fettversorgung der Armee konnte dies ohne weiteres gewagt werden, weil der nun erhöhte Ertrag des Maisanbaues das Erfordernis vollkommen deckte. Hafer und Roggen waren in Serbien wenig oder gar nicht gebräuchlich, die Herstellung guten Roggenbrotes unbekannt. Auch hier griff die Militärverwaltung ein, als einmal von Deutschland als Ersatz für Weizen, mit dem während einer Verpflegskrise ausgeholfen worden war, Roggen geliefert

wurde. Sie lehrte der Belgrader Bevölkerung die Bereitung guten Roggenbrotes nach deutscher Art.

Ganz besonders viel geschah zur Hebung des Gemüseanbaues. Die Truppen und Anstalten und natürlich auch alle Verwaltungsbehörden und vor allem die Wirtschaftsstationen legten allenthalben große Gemüsegärten an. Angeeifert durch die erzielten Resultate, wurde im Herbst 1916 angeordnet, daß auch die Zivilbevölkerung so viel als möglich Gemüsegärten anzulegen habe, damit die Approvisionierung erleichtert werde. Der Gemüseanbau hob sich nun vor allem quantitativ bedeutend. Die größeren Städte wurden vom Zusehub von auswärts unabhängig, man konnte sogar beträchtliche Mengen (vor allem Kraut) ausführen. Begünstigt durch Klima und Witterung und angeeifert durch den Erfolg, wurden aber auch qualitativ große Erfolge erzielt. Die ungeheuren gezüchteten Speisekürbisse und Wassermelonen von mehr als Oehsenkopfgroße, die großen, mehr als kindskopfgroßen Paradeiser fanden auf den Kriegsausstellungen in Wien und Budapest ungeteilte Anerkennung.

Trotz der ausgedehnten Wiesengebiete und Alpenweiden Serbiens war die Aufbringung von Heu in nötiger Menge keine leichte Sache. Von den Alpengebieten war ein Abtransport bei den primitiven Transportverhältnissen teils ganz unrentabel, teils unmöglich. Erst 1918 wurde eine direkte Ausnützung der Heubestände der höheren Regionen einigermaßen erzielt, indem man die zur Erholung nach Serbien verlegten Pferdestaffel und Spitäler in deren Nähe unterbraachte und Alpenwirtschaften zur Kaseingewinnung und als Vorbereitung der für den Zusehub an die Front bestimmten Viehtransporte einführte. Die tieferen Gebiete Serbiens ergaben infolge der klimatischen Verhältnisse verhältnismäßig weniger Heu, als man bei oberflächlicher Betrachtung anzunehmen geneigt war. Hier gab es meist nur eine Heuernte Ende Juni. Man schrieb dies der Lässigkeit und Indolenz der Landbevölkerung zu; als man aber, um im Spätsommer oder Herbst zu einer ausgiebigen Grummeternte zu kommen, einen früheren Termin der Heuernte anordnete, verbrannte die Sonne die Grasnarbe der abgemähten Flächen vollkommen, so daß diese nicht nur keine Grummeternte zuließen, sondern auch als Weide kaum mehr benützbar waren.

Von den sonstigen Bodenprodukten der Landwirtschaft kamen noch Obst, vornehmlich Pflaumen, und Wein in Betracht.

Im Kreise Belgrad-Land z. B. bedeckten die Obstgärten 7551 ha, ein Zwanzigstel der gesamten Bodenfläche, in vielen Kreisen aber mehr. Außer Pflaumen gab es Äpfel, Birnen, Aprikosen, Weingartenpfirsiche, Kirschen und Weichseln. Serbien ist das Land der Dörripflaumen und Lekwar (Pflaumenmarmelade-) Erzeugung, die einen wichtigen Erwerbszweig der ländlichen Bevölkerung bildet. Sie bringt in manchen Gegenden mühelos mehr ein als die Feldbewirtschaftung. Nahezu zu jedem Hause, zu jeder Kleinwirtschaft auf dem Lande gehört ein Pflaumengarten, der keinerlei Pflege, sondern eigentlich nur der Ernte bedarf. Deren Ertragnis wird zum geringeren Teil als frisches Obst exportiert, meist aber zu Dörripflaumen oder Lekwar verarbeitet. Die Wirtschaftsstationen konnten sich darauf beschränken, der Raupenplage in den vom Kriege fast durchwegs verschont gebliebenen Pflaumengärten Einhalt zu tun. Denn das Reinigen der Bäume von Raupennestern und das Anstreichen der Bäume mit Kalk oder Lehm zur Verhinderung der Raupenansiedlung waren nicht gebräuchlich oder unbekannt, selbst in den von der Regierung angelegten, aber ganz vernachlässigten Baumschulen. Die Reinigung wurde überall zwangsweise durchgeführt.

Der Weinbau wurde in den an der Donau und Save gelegenen Weinrieden zum großen Teil durch unser Eingreifen gerettet. Gerade für die Weinkultur in der Umgebung der Kampfbereiche an der Save und Donau mangelten Arbeitskräfte, ganz abgesehen davon, daß die Weingärten stark von den serbischen feldmäßigen Befestigungen durchzogen waren. Hier griffen die Truppen und Anstalten und natürlich auch die Wirtschaftsstationen helfend ein. Die meisten Weingärten wurden gegen Überlassung von einem Drittel bis 50 % des Ertrages in Pacht und Bearbeitung übernommen. Zahlreich sind die im Besitze von ehemaligen Offizieren und Militärbeamten befindlichen Anerkennungsscheine nach dem Kriege zurückgekehrter serbischer Weingartenbesitzer, die zu ihrer Freude ihren Weingarten im besten Zustande vorfanden und mit Befriedigung konstatieren konnten, daß ihre Familien aus dem Ertragnis mühelos einen ansehnlichen Zuschuß zu ihrem Unterhalte fanden. Die Qualität der Traube ist in den hügeligen Gegenden fast durchwegs eine sehr gute, in den ebeneren, sandigeren Rieden eine mittelmäßige, in vielen Gegenden des Gouvernementsbereiches, so

um Semendria, mit seinem berühmten, aus der Römerzeit stammenden Weinbau, eine erstklassige. Die primitive Behandlung der Traube bei der Weinerzeugung und noch mehr die schlechte Qualität der Fässer und deren schlechte und unreine Behandlung beeinträchtigten aber die Qualität des Weines stark. Hier mußten die Wirtschaftssektionen und die Ernteverwertungszentrale helfend eingreifen.

Aber die Militärverwaltung war auch bestrebt, Neues einzuführen, um der Kriegswirtschaft zu dienen und das Land zu eigenem Nutz und Frommen wie zur Entlastung des Hinterlandes tunlichst selbständig zu machen.

Ein bisher in Serbien unbekannter Zweig der Landwirtschaft war der Anbau von Sonnenblumen zur Ölerzeugung. Um keine anderen Kulturflächen dem Anbau zu entziehen, mußten diese Blumen vor allem in Hausgärten, dann an allen Weg- und Straßenrändern und Feldrainen gepflanzt werden. Ein Mindestkontingent an Ölsamen war abzuliefern. Zuerst brachte die Landbevölkerung dieser neuen Kultur Mißtrauen entgegen, das im zweiten Verwaltungsjahre einem geradezu an Begeisterung streifenden Eifer Platz machte, dessen Ursache nicht das immerhin ganz schöne Ergebnis der ersten Ernte, nicht der Umstand war, daß die bei der hohen Temperatur sich besonders stark entwickelnden Stengel ein recht gutes Brennmaterial ergaben, sondern die Entdeckung des scharf beobachtenden, aufgeweckten serbischen Bauern, daß die Sperlinge und sonstige gefiederte Mitfresser die Sonnenblumensamen den jungen Maiskörnern oder sonstigen Getreidekörnern vorzogen und daher die von Sonnenblumen umsäumten Kulturen verschonten.

Dem Anbau von Tabak wurde ein besonderes Augenmerk zugewendet. Serbien hatte seinen Bedarf schon im Frieden selbst gedeckt, aber die Tabakkultur hatte durch den Krieg gelitten und das Fehlen der vielen Männer und des Tabakmonopols schalteten den Anreiz zum Anbau aus. Deshalb mußte, als im Jahre 1916 in Üsküb, im bulgarischen Okkupationsgebiete, eine militärische k. u. k. Zigarettenfabrik errichtet wurde, der nötige Tabak in Mazedonien aufgebracht werden. Mit der Errichtung der mit der deutschen Etappenverwaltung gemeinsam betriebenen Zigarettenfabrik in Semendria und der Wiedererrichtung der Belgrader Zigarettenfabrik in erweitertem Maßstabe begann der Tabakanbau im Lande wieder aufzuleben. Mußte wohl auch

noch weiterhin Tabak in Mazedonien gekauft werden, so war doch eine Einfuhr von Tabak und Rauchsorten aus dem Hinterlande überflüssig. Die drei Zigarettenfabriken deckten nicht nur den Bedarf der österreichischen und deutschen Okkupationstruppen und der Zivilbevölkerung, sondern gaben auch noch Zigaretten an das Militärgouvernement Lublin und an die Armee im Felde ab.

Auch die Seidenraupenzucht wurde wieder belebt. Da die Bedingungen im Lande günstig waren, in der jungen Seidenfabrikation Ungarns auch ein Abnehmer bei der Hand war, war es mit Unterstützung der ungarischen Regierung, der Schulinspektoren und Schulen, welche die Schuljugend für diesen Erwerbszweig zu gewinnen wußten, noch im Laufe des Jahres 1916 möglich, mit den ersten Arbeiten zu beginnen und beispielsweise im Kreise Belgrad-Land im ersten Jahre 2077 kg Seidengaletten im Werte von zirka 4600 Kronen einzuliefern. Im Jahre 1917 wurden weitere Fortschritte gemacht und im Jahre 1918 das Frießensresultat teilweise sogar übertroffen.

Ich wollte ferner die Vorteile von Klima und Boden, die Fruchtbarkeit und Anpassungsfähigkeit der serbischen Landbevölkerung und die Straffheit der Verwaltung ausnützen, um ganz neue Erwerbsquellen zu erschließen. Aus eigener Erfahrung wußte ich, wie sehr Reis als Zutat und der Abwechslung halber bei der Truppe geschätzt war. Außerdem stand er im Nährwerte hoch über jeder anderen Zutat zur Kost. Nun schienen mir in Serbien die klimatischen und kulturellen Bedingungen zur Reiskultur und damit die Möglichkeit, bisher unbenütztes Weichland zur Produktion heranzuziehen, gegeben. Außerdem bot die Anwesenheit zahlreicher, der Reiskultur kundiger italienischer Kriegsgefangener die für Serbien nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit, geschulte Arbeitskräfte zur Stelle zu haben. Nach den Untersuchungen der Wirtschaftssektion wurden 1917 schließlich folgende Gebiete gewählt: nächst Valjevo, an der Kolubara, $\frac{1}{2}$ ha, im Südteile des Kreises Semendria etwa $1\frac{1}{2}$ ha, nächst Kruševac $5\frac{1}{2}$ ha. Um akklimatisiertes Saatgut zu bekommen, wurde an die ungarische Regierung herangetreten, die in den Jahren vor dem Kriege in Teilen des südlichen Banats erfolgreiche Versuche mit Reisanbau gemacht hatte. Mit Hilfe italienischer Kriegsgefangener als Partieführer wurde im Herbst 1917 mit einheimischen Arbeitskräften die Arbeit aufgenommen. Die

Ernte ergab einen durchschnittlichen Ertrag von 21 bis 22 q per Hektar. Die gesamte «Reisernte» dieses ersten erfolgreichen Versuches im Gesamtbetrage von $1\frac{1}{2}$ Waggon wurde bei der Räumung Serbiens im Oktober 1918 geborgen, verschwand aber mit vielen anderen Vorräten im Räumungsgebiet.

Waren in den Jahren vor dem Kriege angestellte Versuche mit Anpflanzungen von Baumwolle in Südungarn gut ausgefallen, so war bei der Ähnlichkeit der klimatischen und Bodenverhältnisse kein Grund, es nicht auch in Serbien mit solehen zu versuchen. Es wurde daher im Jahre 1917 ein Faehmann vom Armee-Oberkommando erbeten. Dieser Offizier bereiste im Laufe des Sommers 1917 und des Frühjahres 1918 die in Betracht kommenden Teile, die Niederungen an der Save und unteren Drina (Mačva); er bezeichnete eine Anzahl Flächen in diesen Gebieten als für Baumwollanpflanzungen geeignet. Im Herbst 1918 waren alle diesbezüglichen Anordnungen getroffen; zum Anbau kam es aber der einsetzenden Räumung des Landes wegen nicht mehr.

Um so schönere Ergebnisse erzielte man mit dem uralten europäischen Baumwollersatz, der Nessel. In Serbien gedeiht alles üppig, auch das Unkraut. Ein Nesselfaehmann bereiste das Gouvernement und instruierte unermüdlich und trefflich die Bezirkskommandanten und landwirtschaftlichen Referenten. Die Nesselaufbringung kam noch im Jahre 1917 in Schwung, nur für den Nesselanbau fand sich wenig Begeisterung. Im Jahre 1918 wurde er aber in größerem Stile aufgenommen, vor allem in den Lichtungen der Saveauen, die dadurch nutzbar gemacht wurden. Die Aufbringung war eine reichliche, die Qualität der Nesselfaser eine vorzügliche. Leider stand auch hier der Mangel an Arbeitskräften hindernd im Wege, um wirklich Großes zu leisten.

Hebung der Viehzucht.

Mehr noch als durch ihren Ackerbau war die Landwirtschaft in Serbien im Frieden durch ihre Viehzucht — richtiger gesagt, durch ihren Viehreichtum — hervorgetreten; denn von einer richtigen systematischen Viehzucht war leider nicht die Rede gewesen. Auch hier war es mehr das Walten einer gütigen verschwenderischen Natur, als das ziel- und zweck-

bewußte Arbeiten des Menschen, das diesen Reichtum hervorrief.

An guten Pferden hatte Serbien immer Mangel gelitten, sowohl der Zahl als der Qualität nach. Für letztere war im Frieden fast nichts gesehehen. Das kleine Staatsgestüt in Ljubicevo bei Požarevae, mit seiner Filiale bei Čuprija, kam zahlenmäßig für die etwa 150.000 bis 160.000 Pferde des alten Gebietes kaum in Betracht, ebensowenig das kleine staatliche Hengstendepot in Šabac. Dementsprechend war auch von einer eigentlichen serbischen Pferderasse — im ganzen Lande gab es im Jahre 1910 nur etwa 200 registrierte Vatertiere — nicht die Rede. Die Leute kreuzten, wie es ihnen gerade einfiel, und trotz eines verhältnismäßig hohen Pferdeexportes war Serbien für Militärpferde größtenteils auf das Ausland angewiesen und bezog, um das inländische Material ganz für den Kriegsfall verfügbar zu haben, seinen Bedarf im Frieden ausschließlich aus dem Auslande. Von den im Lande vorhandenen Pferden waren vor dem Balkankriege vom serbischen Generalstabe etwa ein Drittel als Reitpferde, etwas mehr als ein Drittel als Zugpferde und etwas weniger als ein Drittel als Tragtiere klassifiziert. Die Kriegsjahre hatten, zum großen Teil infolge mangelhafter Pferdewartung, leichtsinnigen Gebarens, mangelhafter oder besser gesagt gar keiner Fürsorge für erkrankte Tiere und mangelhafter Seuchenbekämpfung, das Land um 75 % des Pferdebestandes gebracht.

Die Militärverwaltung trachtete, durch Kommandierung von geeigneten Deckhengsten der Pferdezucht aufzuhelfen und das Land von Pferdebeistellungen tunlichst zu verschonen. Der Tragtierbedarf der in Mazedonien kämpfenden eigenen und deutschen Truppen, die Aufstellung von Gebirgsbatterien für die Türkei sowie eigener mobiler Batterien machten es leider nicht möglich, ganz davon abzusehen.

Was in bezug auf die Rasse der Pferde gesagt wurde, gilt in gleichem, ja in verstärktem Maße vom Rindvieh. In den Tälern wie in den Alpengegenden Serbiens waren alle Bedingungen vorhanden, um hochwertiges Rindvieh zu züchten; es kam auch solches in verschiedenen Gegenden, vor allem im Kolubara- und im Moravatale vor, Stücke, bei denen 450 bis 550 kg Lebendgewicht keine Seltenheit war. Aber daneben gab es Vieh, das schon beinahe als Zwergrind anzusprechen war.

Von irgendeiner systematischen Aufzucht, gar von Staats wegen oder auch nur von der Gemeinde aus, war nicht die Rede. So wurden auch ganz junge Tiere gepaart oder paarten sich selbst, und die Folge davon war in vielen Gegenden eine vollkommene Degeneration. War die Qualität eine sehr verschiedene, so war die Zahl eine durchaus ausreichende. Auf jede der 240.000 Haushaltungen kamen im Frieden durchschnittlich 25 Stück; also auf das ganze Königreich Serbien vor den Balkankriegen über eine Million Rindvieh. Dies war um so mehr von Bedeutung, weil der Zugoehse das Haupttransportmittel im Lande war. Von der eben genannten Zahl entfiel auf den Bereich des Militär-Generalgouvernements etwa die Hälfte. Bei der ersten Viehzählung im Juli 1916 war, wie sich bei der genauen Zählung im Jahre 1917 herausstellte, viel Vieh verheimlicht worden, so daß mit etwa 445.000 bis 450.000 Stück Rindvieh gerechnet werden muß, was einen Abgang von etwa 10 bis 12% bedeutete. Was übrig war, genügte nicht nur vollkommen für den eigenen Bedarf an Zug- und Schlaehttieren, sondern gestattete sogar noch einen anschnlichen Export.

Gleich zu Beginn bemühte sich die Militärverwaltung, die Zuchtverhältnisse zu verbessern. Die Stiere wurden registriert, die überzähligen einheimischen Stiere kamen zum Schlaehtviehkontingent, das Zuchtwesen wurde geregelt. Um der Rasse aufzuhelfen, wurden hochwertige Zuchtstiere, Allgäuer und Siebenbürger Simmenthaler, im ganzen 120 bis 150 Stück, von der Militärverwaltung importiert und an die Wirtschaftsstationen und Bezirkskommandos abgegeben. Dieses Experiment erwies sich teilweise allerdings als verfehlt. Nur die größeren Tiere der Nordkreise, speziell jene der vor mehr als 100 Jahren durch Kreuzung der einheimischen Rasse mit Schweizer Zuchttieren entstandene sogenannte «Kolubararasse», erwiesen sich als für die Paarung mit diesen großen mächtigen Stieren geeignet; bei anderen war sie oft unmöglich. Es soll vorgekommen sein, daß die mächtigen Stiere den kleinen schwachen Kühen beim Sprunge das Kreuz braehen. Wo es doeh zur Paarung kam, vermochten die Kühe die Kälber nicht auszutragen oder gingen beim Gebärdakte zugrunde. Nach Übernahme der Geschäfte durch mich wurden diese Versuche eingestellt. Infolge der im Jahre 1918 erheblich gesteigerten Schlaehtviehabstellung ging der Viehstand zurück, trotz aller Maßnahmen zu seinem Schutze.

Büffel, so vorzüglich sie sich eigentlich als Zugtiere für die serbischen Verhältnisse eignen würden, waren im Lande selten, ebenso Maultiere und Esel. Die Militärverwaltung verwendete erstere vor allem bei den Bergwerken und in den Wirtschaftsstationen, wohin sie größtenteils aus den südlichen Kreisen, zum Teil aber auch aus Südungarn und Rumänien gebracht wurden.

Das weitaus wichtigste Tier Serbiens ist das Schwein, seine Zucht der für den serbischen Export am meisten in Betracht kommende Erwerbszweig. Dessen Unterbindung, die von Ungarn im Interesse seiner Machtpolitik durchgeführt wurde, war ein Grund, bei der Landbevölkerung vielleicht der Hauptgrund der steigenden Spannung mit der Monarchie und dadurch mit ein Grund zum Weltkrieg.

In der sogenannten Šumadjjarasse wurde ein in jeder Beziehung vollwertiges Tier produziert, das im Durchschnitte 150 bis 200 kg Lebendgewicht erreichte, was übrigens auch bei Tieren in anderen Gegenden vorkam. Die Schweine vermehrten sich noch rascher als an anderen Orten; 12 bis 14 Ferkeln bei einer Muttersau waren nichts Ungewöhnliches. Allerdings war diese Fruchtbarkeit in Serbien besonders notwendig, denn die Vernachlässigung auch der primitivsten Veterinärmaßregeln ließen Schweinepest, Maul- und Klauenseuche, Schweinecholera und andere Seuchen nie erlöschen. Sonst wäre das bildhafte Wort vom «im eigenen Fette ersticken» vielleicht teilweise Wahrheit geworden. Diese Seuchen hatten im Vereine mit dem Kriegsverbrauche die Bestände des Landes während der Kriegsjahre arg gelichtet. Von mindestens 500.000 Schweinen, die im Frieden auf die nördlichen Kreise des Gouvernements entfielen, war bei der Viehzählung im Jahre 1916 ein fast 20%iger Abgang festzustellen. Ein Ferkelschlachtverbot und die sofortige energische Seuchenbekämpfung, vor allem die obligatorische Impfung aller Schweine, soweit sie nur irgend erreichbar waren, die Anlage von Musterstallungen auf den Wirtschaftsstationen und die Anhaltung der Bevölkerung zu größerer Reinlichkeit bei der Behandlung der Schweine, vermochten im Vereine mit der Fruchtbarkeit trotz der großen Abstellung von Schweinen zu Mast- und Stechzwecken, vor allem für die Armee im Feld, die Zahl der Schweine in wenig mehr als einem Jahre von 393.500 auf 551.400, d. h. um fast 40% zu vermehren und damit mitten im Kriege die Friedenszahl sogar um mindestens 10% zu übertreffen.

Die Zahl der Schafe, des für die Fleischnahrung eines Balkanvolkes wichtigsten Tieres, nahm schon im Frieden langsam, aber stetig ab. Ob dies in Krankheiten seine Ursache hatte oder im zunehmenden Fleischkonsum oder vielleicht in der größeren Rentabilität anderer Tiere oder aber im Übergang vom Schafsfleisch auf Schweine- oder Rindfleisch bei der Fleischnahrung oder in der Verdrängung der ländlichen Wollindustrie durch minderwertige ausländische Fabrikserzeugnisse, durch die Abnahme bequem gelegener Weideplätze oder vielleicht durch alles dies zusammen genommen, ist mir nicht bekannt.

Im Jahre 1900 zählte Serbien über 3 Millionen Schafe, 1910 nur noch 2,800.000 bis 2,900.000, von welchen sich vielleicht 40 bis 50 % mithin etwa 1,1 bis 1,3 Millionen auf dem Gebiete des Gouvernements befunden haben mögen. Die Zählung im Jahre 1916 ergab in den zehn alten Kreisen nur 577.000 Schafe. Außer Tierseuchen, die wie die Menschenseuchen im Kriege in Serbien besonders gewütet haben, ist die Ursache wohl darin zu suchen, daß Hammelfleisch für die Fleischverpflegung der serbischen Truppen die Hauptrolle spielte. Trotz der auch weiter erfolgten starken Inanspruchnahme von Hammelfleisch, sowohl für die Truppenverpflegung als für jene der Bevölkerung, gelang es der Verwaltung doch, durch veterinärpolizeiliche und jeder Verschwendung vorbeugende Maßregeln den Stand in mehr als Jahresfrist auf 607.000 zu heben, in den ehemals türkischen Südkreisen, für welche keine Daten aus der Friedenszeit vorhanden sind, von 129.000 auf 140.000.

Im allgemeinen erreichen die Schafe in Serbien ein durchschnittliches Lebendgewicht von etwa 35 kg, wovon ungefähr 10 % auf die Wolle entfallen. Ziegen spielten in den alten serbischen Kreisen keine sonderliche Rolle, hingegen gehörten sie in den armen, gebirgigen, teilweise verkarsteten Südkreisen zum wichtigsten Hausrate. In den ersteren mag ihre Menge vor dem Kriege etwa 200.000 betragen haben; bei der Zählung war sie im Jahre 1916 auf 72.000 gesunken. Anlässlich der nächsten Zählung betrug die Menge der Schafe trotz ansehnlicher Inanspruchnahme über 80.000 Stück. In den Südkreisen ermittelte die erste Zählung 67.000, die zweite 60.000. Die Abnahme erklärt sich durch die stärkere Inanspruchnahme zur Versorgung der Spitäler im Norden und charitativer Einrichtungen im Hinterlande mit Milchziegen. Auch griff aus politischen Rücksichten

die Verwaltung in diesen Kreisen nicht so scharf durch wie in den Nordkreisen, daher auch nicht hinsichtlich der veterinärpolizeilichen Maßregeln.

Von Kleintieren war das in den westlichen Teilen Europas als Volksnahrungsmittel so beliebte zahme Kaninehen, außer in den größeren Städten aus dem Schulunterichte, nahezu unbekannt. Das Gouvernement war, unterstützt durch die Initiative von verschiedenen niederen Funktionären, namentlich Bezirkskommandanten, bestrebt, die Kaninehenzucht im Lande einzubürgern, was ihr aber nur in den größeren Städten und bei den militärischen Formationen gelang.

An Geflügel, namentlich an Hühnern und Truthühnern, war Serbien sehr reich. Der Kreis Belgrad-Land stellte im Jahre 1916 eine Abnahme von über 50 % gegenüber der Friedenszeit fest, was zu einem vorläufigen Verbote der Schlachtung von Truthühnern, Gänsen und Enten und des Verkaufes von Eiern dieser Tiergattungen führte. Zur Hebung der Geflügelzucht wurde von verschiedenen Kommandos und Abteilungen mit Unterstützung des Gouvernements Rassegeflügel importiert.

Der Vollständigkeit halber soll noch erwähnt werden, daß auch eine 30 bis 40 %ige Abnahme der Bienenstöcke im Lande konstatiert wurde. Auch hier wurde helfend eingegriffen und bis 1918 im allgemeinen der Friedensstand überall erreicht, in manchen Bezirkshauptorten sogar überschritten.

Ernteaufbringung.

Bei Übernahme der Geschäfte im Juli 1916 wurde bezüglich Erfassung und Verwertung der Bodenprodukte bereits eine Organisation vorgefunden, die der Wirtschaftssektion eingegliederte «Abteilung für Ernteverwertung», ursprünglich als eine der österreichischen Kriegs-Getreideverkehrsanstalt ähnliche Organisation gedacht, als ein von einem Bankenkonsortium zu finanzierendes Unternehmen unter der Kontrolle der Wirtschaftssektion des Gouvernements. Glücklicherweise blieben aber die weiteren Unterhandlungen ergebnislos. Nach den Vorschlägen des Bankenkonsortiums hätten die Arbeit und die Verantwortung die Behörden, die Gewinne — bis auf einen kleinen, an die Verwaltung abzuführenden Gewinnanteil — die Banken gehabt, die außerdem viel zu hohe Profitquoten verlangten.

So wurde anfangs Juli die erwähnte Abteilung unter dem von der bosnisch-herzegowinischen Landesverwaltung stammenden Zivilkommissär Dr. Weichberger aufgestellt, der bei der Approvisionierung des sehr armen herzegowinischen Kreises Trebinje recht gute Resultate erzielt hatte. Zur Organisation und Inbetriebsetzung der Ernteaufbringung wurde der Abteilung, «Ernteverwertungszentrale» genannt, ein Vorschuß von 12 Millionen Kronen zugestanden. Weichberger teilte seine Abteilung vorerst in eine Getreideabteilung, der die Aufbringung des Getreides zukam, und in eine Obstabteilung zur Aufbringung und Verwertung jener Obstsorten, die zur Approvisionierung des Gouvernementsbereiches und für die Armeeverpflegung in Betracht kamen. Er errichtete ferner in jedem Kreishauptorte mit Ausnahme jener der drei Südkreise eine «Zweigstelle» und außerdem in 16 größeren Orten in getreidereichen Gegenden noch eigene «Übernahme-stellen». Diese wurden mit Offizieren oder Militärbeamten des nichtaktiven Standes besetzt, die in ihrem zivilen Verhältnisse Getreidefachmänner waren. Beim Ausbau der Organisation wurden auch invalide aktive Offiziere, die für diese Aufgabe Geschick zeigten und einige Vorbildung erhalten hatten, verwendet. Magazine, deren Fassungsraum in Belgrad 800 bis 1000, in den Provinzialorten 20 bis 300 Waggonen betrug, mußten fast immer erst durch umfangreiche Adaptierungs- oder mindestens Instandsetzungsarbeiten gewonnen werden. Für die Aufbringung dienten vorerst die österreichischen und ungarischen Gesetze und Vorschriften als Vorbild. Dementsprechend galt die Gesamtmenge der staatlich zu bewirtschaftenden Bodenprodukte mit Ausnahme der Selbstversorgerquote und des Saatgutes als beschlagnahmt und war zu dem von der Verwaltung bestimmten Höchstpreise an die Zweig- und Übernahmestellen der Ernteverwertungszentrale abzuführen.

Dieses System war bei meinem Eintreffen schon in Kraft, und das Gouvernement besaß nicht die Macht, es zu beseitigen. Da wäre vorerst die Bewilligung des Armee-Oberkommandos notwendig gewesen. Einverstanden aber war ich mit diesem System, das bereits im Hinterlande vollkommen versagt hatte, nicht. Es ist menschlich begreiflich, daß der Erzeuger weit eher ein streng umgrenztes Quantum zu einem fixen Preise abführt, als einfach «alles». Fängt er aber einmal mit dem Rückbehalten an, dann wird er sich nicht mit kleinen und kleinsten Mengen

begnügen, sondern wird mehr rückbehalten. Ein festumsehriebenes, den Verhältnissen angepaßtes Quantum aber wird abgeführt werden, solange die Verwaltung einigermaßen noch Kraft und Nachdruck besitzt, und praktisch mehr einbringen.

Ich hatte nun wohl erst die Ergebnisse der eingeleiteten Ablieferung abzuwarten, bevor ich mit Abänderungsvorschlägen hervortreten konnte. Mir aber, wie jedem mit offenen Augen in der Praxis stehenden Manne, wie z. B. verschiedenen Bezirks- und Kreiskommandanten, drängte sich wohl von selbst die Erkenntnis auf, daß der zweiterwähnte Weg der gangbarere war. Unabhängig von uns und ohne daß wir davon erfuhren, trat damals (1916/17) ein Mann der Theorie, der Professor an der Wiener Hochschule für Bodenkultur Sedlmayer, an das Armee-Oberkommando und an die österreichische Regierung mit dem Vorschlage heran, das Kontingentsystem an Stelle des bisher geübten treten zu lassen. Professor Sedlmayer scheint auf dem Wege theoretischer Erwägung zu der gleichen Überzeugung gekommen zu sein wie wir. Das Armee-Oberkommando entschloß sich, das «System Sedlmayer» im Jahre 1917 in verschiedenen Bezirken praktisch zu erproben, und ich glaube, daß die österreichische Regierung zum gleichen Entschlusse kam.

Ende Juli begann die Einlieferung, Ende August rollte der erste Waggon ins Hinterland und im September setzten bereits größere Getreidetransporte ein. Das von den diesbezüglichen Leistungen der Verwaltung in Polen und der Armeebereiche gar nicht verwöhnte Armee-Oberkommando war hochbefriedigt über die Raschheit, mit welcher die bis Ende Juli passive serbische Verwaltung zu arbeiten begann. Bestenfalls hatte man erwartet, daß durch meine Einflußnahme das Land und die Truppen darin sich selbst erhalten würden und war deshalb angenehm überrascht, daß ansehnliche Mengen abgeliefert wurden. Freilich hatte dieses Ergebnis die Folge, daß man fortan immer voraussetzte, Serbien werde mehr leisten, als man erwartete.

Verglichen mit den bisherigen Ergebnissen und jenen anderer Gebiete war die Leistung gewiß ansehnlich, mir jedoch erschien das Erreichte weder überraschend hoch, noch wollte ich mich in der Zukunft damit zufrieden geben. Wohl wurden in dieser Erntekampagne 4599 Waggon Brotfrucht und 571 Waggon Hafer aufgebracht, hievon 1836, beziehungsweise 2 Waggon für die Armee abtransportiert. Abgesehen von der hie-

durch der Armeeverpflegung direkt geleisteten Hilfe, stellte die aufgebrauchte Menge durch ihre gegenüber dem Hinterlande geringeren Preise für den Staatshaushalt eine Ersparnis von $2\frac{1}{2}$ bis 3 Millionen Kronen dar, die Bewirtschaftung der ganzen serbischen Ernte eine solche von mindestens 10 Millionen Kronen. Dabei erzielte die Ernteverwertungszentrale einen Bruttogewinn von über $4\frac{1}{2}$ Millionen Kronen.

Zur Durchführung des Drusehes wurden alle Dreschmaschinen im Lande beschlagnahmt. Viele befanden sich nicht in einem guten, gebrauchsbereiten Zustande, und die Zeit von der Aufstellung der Ernteverwertungszentrale bis zur Durchführung der Drusehkampagne war zu kurz, um eine Instandsetzung des gesamten Maschinenmaterials von Amts wegen durchzuführen. Doch vermochten die Bezirkskommandos, denen die Beaufsichtigung des Drusehes und die Leitung der ganzen Erntekampagne oblag, mit genügender Raschheit einzugreifen.

In den ehemals türkischen Südkreisen, die sich nur in guten Jahren knapp selbst erhalten konnten, daher für eine Getreideausfuhr nicht in Betracht kamen, wurde auch aus politischen Gründen, weil man sich die mohammedanische Bevölkerung geneigt erhalten wollte, nur die alte türkische Getreidesteuer, die «Osmına» (Achtel) eingehoben und in den Kreismagazinen als Reservevorrat hinterlegt. Tatsächlich wurden im Laufe des Jahres nicht nur diese Reservevorräte aufgezehrt, sondern es wurde in jedem Kreis auch der Zuschub etlicher Waggons Mais als Verpflegsaushilfe nötig.

Wie die Brotfrucht durch die Getreideabteilung, sollte der Obstreichthum des Landes durch die Obstabteilung ausgenützt werden. Im ersten Jahre ihres Bestehens konnte sie sich infolge des späten Zeitpunktes der Aufstellung nur mehr mit der Aufbringung von Frühsorten befassen, die in noch nicht ganz reifem Zustande in den von der Korbflechterei hergestellten Körben verpackt, nach Wien, Budapest, Neusatz und an die für die Heeresverwaltung arbeitende Konservenfabrik in Keeskemét expediert wurden. Äpfel und Birnen kamen je nach ihrer Qualität in die Konserven- und Marmeladenfabriken in Keeskemét und Brod a. d. Save oder als Tafelobst zur Zentraleinkaufsgesellschaft in Wien, in die Hauptstadt Budapest, zum Kriegsministerium oder zu verschiedene Offiziersmenagen. Die Einkaufspreise variierten zwischen 8 und 30 Kronen per Meter.

zentner. Außerdem wurden Kürbisse behufs Zumischung zur Marmelade aus anderen Obstsorten zum Preise von 5 bis 9 Kronen per Meterzentner und Nüsse zu 1 Krone per Kilogramm aufgebracht. Letztere Ware mit nur geringem Massenerfolge, weil die Nüsse zur Blütezeit sehr unter Frösten gelitten hatten.

Zur Erzeugung von Dörripflaumen und Lekwar (Powidel, Pflaumenmus) waren die erforderlichen Anlagen — Dörröfen einfachster Konstruktion und Kesselanlagen — in den in Betracht kommenden Gegenden in den größeren Wirtschaften vorhanden oder Gemeingut einer Gemeinschaft (Familienkommunität) mehrerer Familien oder kleinerer Gemeinden. Es brauchte also nur das Bestehende ausgenützt, da und dort erweitert oder vervollkommenet und für die entsprechende Aufsicht beim Einsammeln gesorgt zu werden. Das Einziehen der durch die Metallzentrale beschlagnahmten großen Kupferkessel wurde möglichst verzögert, bis sie im Laufe des Jahres, nicht eben zum Vorteil der Qualität und raschen Arbeit, durch eiserne ersetzt waren. Ein Netz von Lekwarkochstellen, teils in eigener Regie, teils durch Unternehmer mehr oder minder im Anschlusse an die Zweigstellen oder die Übernahmstellen der Ernteverwertungszentrale betrieben, wurde über das Land verbreitet. Im Jahre 1916 befanden sich 68 Lekwarkochstellen im Betriebe, deren Zahl in den folgenden Jahren, übrigens auch ihrer Leistungsfähigkeit nach, erheblich vergrößert wurde. Zum Abtransport wurden Fässer teils von den Unternehmern, teils von der Ernteverwertungszentrale beigestellt, in den folgenden Jahren aber von der auf dem Grunde der teilweise zerschossenen Baillonischen Bierbrauerei hergestellten Faßfabrik erzeugt, wodurch speziell die Reinheit der Fässer und damit auch die Qualität der Ware und ihre Haltbarkeit sehr gewann. Zahlenmäßig wurde im Jahre 1916 die Friedenserzeugung — wenigstens soweit die Erzeugung kontrolliert werden konnte — nicht ganz erreicht, in der Folge aber übertroffen. Besonders wäre dies im Jahre 1918 der Fall gewesen, doch machte die Räumung des Landes einen Strich durch die Rechnung.

Verhältnismäßig spät wurde an die Aufbringung des Weines geschritten. Die Kürze der verfügbaren Zeit, Mangel an genügendem fachkundigem Personal, geeigneten Kellerräumlich-

keiten, Fässern usw. zwang, auf die Hilfe von Firmen des Hinterlandes zu greifen, um die Behandlung des Mostes und Weiterverwertung des Weines durchführen zu können. Die beiden ersten Weinfirmen der Monarchie, Palugyay in Preßburg und Schneider in Wien-Heiligenstadt, stellten eine kleine Anzahl Fachmänner, ferner Fässer, Zisternen, moderne Pressen, darunter mehrere Dampfpresen usw. und zur Einlagerung des abtransportierten Weines ihre ausgedehnten Kellereien in Wien und Preßburg bei, wofür ein Unternehmergewinn von 20, in den folgenden Jahren von 25 Kronen per Hektoliter zugestanden und die ins Land gesandten Fachmänner während der Zeit ihrer Zuteilung von der Militärverwaltung bezahlt und verpflegt wurden.

Die Weinbergbesitzer lieferten das abzugebende Quantum in die neu errichteten, modern ausgestatteten Preßstellen, in größeren Stationen in Dampfpresen neben dem Bahngeleise, von wo der erzeugte Most in die Zisternenwagen überführt oder von den Dampfpresen direkt in die Waggons gepumpt wurde. Das Kontingent, das im Lande zu verbleiben hatte, wurde in die Kellereien der landwirtschaftlichen Sektion geleitet. Die größten Preßstationen waren in Semendria — hier in mustergültiger Weise neben Ufergeleise und Einschiffungsplatz an der Donau — und Kruševae mit täglicher Leistungsfähigkeit von über 500 hl Most. Der erzeugte Wein, meist heller Rotwein (sogenannter Schilcher), war größtenteils von sehr guter Qualität, einige Sorten aus der Gegend von Belgrad, Semendria, Arangjelovae und Kruševae waren erstklassig. Der Engros-Marktwert des Jahrganges 1916 betrug nach einer Mitteilung des Kellereiinspektorates in Wien 350 Kronen per Hektoliter, während sich die Gesamtauslagen für 1 hl (ausschließlich Eingangszoll) auf nur 140 Kronen stellten. Das im Hinterlande eingelagerte Kontingent wurde dem Kriegsministerium zur Armeeverpflegung zur Verfügung gestellt, das in Serbien verbliebene diente zur Versorgung der dortigen Truppen und Anstalten sowie für die Zivilbevölkerung. Aus den Rückständen wurde in bescheidenem Umfange Tresterwein erzeugt, der ebenfalls zur Truppenverpflegung diente, teilweise auch Branntwein (Treber). Ebenso wurde das bei der Manipulation erhaltene Geläger gepreßt. Alle Rückstände verkaufte man zur Gewinnung von Weinstein und Weinsäure an chemische Fabriken.

Die Branntwein- (Alkohol-) Erzeugung spielte der Menge nach anfänglich keine bedeutende Rolle, denn es sollten so viel als irgend möglich nur der Ernährung dienende Verpflegungsartikel erzeugt werden; eine Erzeugung von Getreidebranntwein oder auch nur von Bier kam überhaupt nicht in Frage. Daher verblieben zur Branntweinerzeugung nur jene Mengen, die infolge Verderbnis als Frühhobst oder dgl. für die Dörripflaumen- und Lekwarerzeugung nicht mehr in Frage kamen. Um so mehr spielte die Alkoholproduktion valutarisch als Ausfuhrartikel nach Deutschland, nach den deutschen besetzten Gebieten oder aber nach Bulgarien und Mazedonien zur Erlangung von Reichsmark oder selbst von neutraler Valuta, dann als Tauschartikel gegen Tabak, Wolle, Felle oder dgl. eine wichtige Rolle. Aufbringung und Einlieferung erfolgte durch die Zweig- und Übernahmestellen der Ernteverwertungszentrale direkt oder durch fachkundige Kommissionäre. Der eingelieferte Alkohol war meist ein leichter, etwa 20%iger Zwetschkenbranntwein, Raki genannt, stark fuselig, der nur dem Einheimischen zusagte. Ein Teil wurde im Okkupationsgebiete den Schankberechtigten überlassen, sonst mit Ausnahme des Kreises Užice, wo er direkt in der vom Zweigstellenleiter Hauptmann Häffner geleiteten Brennerei zu einem vorzüglichen 40 bis 50%igen Sliwowitz umgebrannt wurde, nach Belgrad geliefert, dort in den drei Brennereien der Ernteverwertungszentrale teils zu einem hochwertigen Sliwowitz, teils zu hochgradigem Spiritus umgebrannt. Dieser Sliwowitz wurde, soweit man ihn nicht zur Truppenverpflegung oder für Spitäler brauchte, ausgeführt, ebenso der erzeugte Spiritus nach Dotierung der Spiritusmonopolverwaltung der Finanzabteilung und der Spitäler.

Es wurden 1916 aufgebracht: 518 Waggon Lekwar, 1297 Waggon Dörripflaumen, 19.493 hl Wein, 7178 hl absoluter Alkohol, 3500 q Kraut, 8 Waggon Marmelade, was für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 einen Reingewinn von rund 27 Millionen Kronen ergab. So stellte sich im ersten Geschäftsjahre die Bilanz der Ernteverwertungszentrale bei etwa einer halben Million Personalkosten und rund 2½ Millionen Kronen für Sachaufwand und Investitionen auf etwa 28 Millionen Kronen Reingewinn bei konkurrenzlos billigen Preisen und doch höherer Bezahlung der Produzenten als je zuvor.

Die Organisation der Ernteverwertungszentrale wurde

selbstverständlich zur Aufbringung auch anderer Verpflegungsartikel als der hier bisher genannten benützt. So erzielte im November/Dezember 1916 eine Steekzwiebelaufbringung im ganzen $6\frac{1}{2}$ Waggons, die leider an die von den Zentralstellen in Österreich beziehungsweise Ungarn genannten Vertreter statt direkt an Truppen oder an Konsumentenorganisationen zum Preise von 3'10 Kronen abgegeben werden mußten (während im Hinterlande der Engrospreis der Zwiebel drei- bis vierfach höher war).

Die triste Verpflegslage an den Fronten, besonders an der italienischen Front, im Vereine mit dem weitgehenden Versagen des Aufbringungsdienstes im Hinterlande, zwangen das Armee-Oberkommando, im Jänner 1917 vom Gouvernement zu verlangen, die den Selbstversorgern zugestandenen höheren Quoten auf jene der zu Versorgenden herabzusetzen und die Differenz abzunehmen. Dies bot, ohne erst viel anfragen zu müssen, die Möglichkeit, meine längst gehegte Absicht in der Praxis zu erproben und die abzuliefernden Kontingente vorzuschreiben. Die hierauf hinausgegebene Verordnung zur Ablieferung von überschüssigem Mais enthielt bereits die später bei der Ernteaufbringung gehandhabten Grundsätze: bestimmtes Kontingent, Prämien bei rascherer oder größerer Ablieferung, Strafmaßnahmen für Säumige, Konfiskation verheimlichter Vorräte. Der Erfolg war ein vollständiger. Das gesamte vorgeschriebene Kontingent wurde im Laufe von vier Wochen restlos aufgebracht.

Auf Grund dieses Ergebnisses wurde nun beim Armee-Oberkommando angesucht, dieses mit gutem Erfolge erprobte System auch bei der Ernteaufbringung einführen zu dürfen. Doch konnte man sich trotz der Mißerfolge in der Getreideaufbringung im Hinterlande noch immer nicht von der Vorstellung der theoretisch möglichen Erfassung der gesamten Ernte emanzipieren. So blieb nur die Möglichkeit der weiteren Ausgestaltung und Verzweigung der Organisation.

Die Abberufung des bisherigen verdienten Leiters, des Zivilkommissärs Weichberger, durch die bosnisch-herzegowinische Landesregierung ermöglichte es mir, den bisher ihm zugeordneten Unterintendanten Hubert R. v. Steinitz an die Spitze zu stellen. Dies schien mir darum von Vorteil, weil ich auf eine unbedingtere Befolgung meiner Befehle, auf ein bedenken-

loseres Eingehen auf meine Absichten rechnen konnte. Der Zivilbeamte wollte es sich mit Rücksicht auf seine Karriere doch nicht mit den Hinterlandsbehörden ganz verderben und war daher geneigt, ihren Ansichten und Absichten, soweit ihm dies der Rahmen der Vorschrift halbwegs gestattete, Raum zu geben. Gleichzeitig wurde die Ernteverwertungszentrale am 1. Juli dem Generalstabschef direkt unterstellt, um ein rascheres Arbeiten und direkte Einwirkung zu ermöglichen. Es wurden eine neue Zweig-, 10 neue Übernahmestellen geschaffen, 15 Zweigstellen zu Übernahmstellen ausgestaltet und hiebei auch auf die Südkreise gegriffen, die Magazine erweitert, neue aufgestellt und umfassende Vorsorgen für einen raschen Abtransport getroffen.

Einem neu geschaffenen Maschinenreferat oblag die Instandsetzung aller im Lande befindlichen Dreschmaschinen. Mit Hilfe ins Land gerufener Monteure und eines Kontraktes mit einer Budapester Maschinenfabrikfirma wurden sämtliche Maschinen bis zur Ernte gründlich instand gesetzt und modernisiert. Ein Übergang von der in Serbien gebräuchlichen, wenig rationellen und außerdem das für Truppenzwecke so notwendige Stroh verbrauchenden Strohfeuerung auf Kohlen- oder Holzfeuerung gelang noch nicht vollständig, teils weil die Adaptierung der Feuerungen nicht mehr überall durchgeführt werden konnte, teils weil die ungarische Regierung das hierzu notwendige Kohlenquantum nicht bewilligte. Immerhin wurde größtenteils auf die Holzfeuerung übergegangen.

Trotzdem auch das Jahr 1917 der Ernte nicht günstig war, stieg die Menge der aufgebrachten Brotfrucht auf 8986 Waggons, also fast auf das Doppelte, die Ausfuhr auf 4599 Waggons, das 2½fache. Der Geldwert der Ernteaufbringung erhöhte sich von 20 Millionen Kronen im Vorjahre auf 37 Millionen Kronen, der Bruttogewinn auf 6,831.000 Kronen. Der relativ große Bedarf für die Besatzung, 2222 Waggons Brotfrucht, erklärt sich daraus, daß auch andere Zwecke bedacht werden mußten. 20% wurden für die Mast der von der Intendanz gehaltenen oder bei ländlichen Besitzern auf Rechnung der Intendanz zu mästenden Mastschweine verbraucht, 2½ Waggons als Saatgut für Truppenwirtschaft; vom Reste ging ein hoher, wenn auch heute nicht mehr zu bestimmender Prozentsatz für Verpflegung von Truppen und Transporten ab, die nicht zum Gouvernement gehörten.

Die geringere aufgebrauchte Menge an Hartfutter, 341 gegen 578 Waggons im Vorjahr, war nicht auf ein geringeres Aufbringungsresultat zurückzuführen, sondern auf die Einschränkung des Anbaues zugunsten von Brotfrucht. Schließlich kam die Aufbringung von 67 Waggons Ölsaaten gegenüber nur 7 Waggons im Vorjahre in Betracht.

Die straffere Leitung und die getroffenen umfassenden Transportvorsorgen der darin geschulten, nunmehr ganz militärischen Leitung der Ernteverwertungszentrale ermöglichten auch einen weit früheren Abtransport der Überschüsse. Bereits im letzten Drittel Juli begannen die ersten Transporte, Ende August die Massentransporte.

Auch die Obstaufbringung erfuhr 1917 eine ansehnliche Steigerung. Der Masse nach nicht in gleicher Höhe wie die Getreideaufbringung, wohl aber dem Nährwerte wie dem Geldwerte der aufgebrauchten Artikel nach. Auch hier war die Witterung ungünstig gewesen. Der lange Nachwinter hatte eine späte Blüte zur Folge, Fröste richteten während derselben ansehnlichen Schaden an. Die lange Dürre im Spätfrühling und im Frühsommer hatte einerseits viel Fallobst zur Folge, zu dessen Verwertung bei den noch primitiven Einrichtungen des Landes keine Vorsorgen getroffen waren. Gehen doch auch Mengen von Fallobst noch heute in dem kulturell weit mehr vorgeschrittenen Oberösterreich oder Steiermark ungenützt zugrunde. Andererseits enthielten die Früchte wohl einen großen Zuckergehalt, blieben aber im Wachstum zurück, was sich bei der Lekwar- und Marmeladeerzeugung zwar nicht der Qualität, wohl aber der Masse nach besonders nachteilig fühlbar machte.

Das Aufbringungsresultat war dennoch größer als im Vorjahre: 830 Waggons Lekwar, 998 Waggons Dörrpflaumen, 166½ Waggons Marmelade, 265 Waggons Rohobst, 90 Waggons Dörrobst, 22.898 hl Wein, 5664 hl absoluter Alkohol, 8300 q Sauerkraut, 465 q Nüsse, 80 q Haselnüsse, 16 q Honig, 320 q Bucheckern, 660 q Eicheln, 560 q Roßkastanien, 3850 q Pflaumenkerne. Der Reingewinn betrug über 30½ Millionen Kronen. Trotz des starken Rückganges an Dörrpflaumen war das Ergebnis der Pflaumenaufbringung etwa um die Hälfte größer als im Vorjahre, weil die Lekwarerzeugung wesentlich vermehrt worden war. 1 kg Lekwar erforderte über 3 kg frischer Pflaumen, Dörrpflaumen aber kaum 2 kg.

Kirschen, Weichseln, Reineclauden, Marillen und Pfirsiche waren für den freien Verkehr freigegeben, die Kreis- und Bezirkskommandanten waren aber dafür verantwortlich, daß kein Obst auf dem Baume verdarb — was im Hinterlande teils aus angeblichem Mangel an Arbeitskräften nicht nur im Kriege, sondern auch noch in den nachfolgenden, wirtschaftlich weit härteren «Friedensjahren» der Fall war und ohne weiteres geduldet wurde. Die Märkte der Städte mußten fleißig beschickt, außerdem mußte von Truppen, Spitälern, Kommandos möglichst viel Obst eingekocht werden, wozu das nötige Zuckerquantum beigestellt wurde.

Die das Vorjahr übertreffenden Resultate in der Herstellung von Lekwar und Marmelade verdienen noch darum besondere Berücksichtigung, weil mittlerweile der Austausch der feuer- und säurebeständigen kupfernen Kessel gegen eiserne durchgeführt worden war. Besonderer Sorgfalt in ihrer Behandlung und die Anwendung mir heute nicht mehr erinnerlicher Verfahren und Schutzmittel hatten die Nachteile der eisernen Kessel für die Qualität der Marmelade wenigstens teilweise paralysiert.

Die Produktion von Wein erfolgte nach den im Vorjahre bewährten Grundsätzen. Hierbei wurde um 3400 hl Wein mehr produziert als im Vorjahre. Hingegen war die Sliwowitzzeugung zugunsten der Lekwarerzeugung beschränkt worden, weil wir die Verpflegung vor den valutarischen Gewinn stellten.

Anfang August 1917 wurde der Militär-Unterintendant v. Steinitz in das Kriegsministerium kommandiert, wie sich überhaupt der Gebrauch herausgebildet hatte, Männer, die sich in Serbien auf ihren Posten als erfolgreich bewährten, abzukommandieren, und zwar womöglich ins Hinterland, allerdings meist auf hervorragende Posten. Mein diesbezüglicher Einspruch blieb immer unberücksichtigt. Ich wies vergebens darauf hin, daß es nichts nütze, selbst die allertüchtigsten und erfolgreich bewährten Männer in das Hinterland zu berufen, solange man dort nicht das System ändere und, von den Regierungsspitzen angefangen bis zu den niedersten Exekutivbehörden, einen festen, entschiedenen, zielbewußten Willen bekundete. An Stelle des Unterintendanten v. Steinitz trat der bisher bei der Intendanz eingeteilte Honved-Intendant v. Paehner, ein Herr, der mit großer Umsicht und rastloser Tätigkeit sehr viel verständnisvolle Initiative und Tatkraft verband.

Trotz aller Abberufungen geriet die Arbeit in Serbien nicht ins Stocken; im Gegenteil, sie machte immer weitere Fortschritte, vor allem auf dem eben behandelten Gebiete. Begannen im Jahre 1918 alle Maßnahmen zur Hebung der extensiven wie intensiven Produktivität in der Landwirtschaft sich auszuwirken, so war der Erfolg in der Aufbringung noch ein weitaus größerer. Die Verpflegslage an der italienischen Front war dauernd eine triste, wenn es auch durch große, beinahe übergroße Abgaben des Gouvernements Serbiens gelang, sie vorübergehend zu heben, so durch neuerliche Abnahme der Überschüsse bei den Selbstversorgern und durch besondere Abgaben an Schlachtvieh. Anfangs Juni aber wurde die Verpflegung höchst kritisch. »Nur die rascheste Aufbringung und der eheste Abtransport der Ernte des Gouvernements Serbien kann die italienische Front vor dem Verhungern schützen. Das Armee-Oberkommando erwartet von der bisher stets bewährten Umsicht und Energie des Militär-Generalgouvernements, daß es gelingen werde, die gesamte Ernte ehestens zu erfassen und Ende Juli mit dem Massenabtransport zu beginnen.« So lautete auszugsweise eine anfangs Juni 1918 eingetroffene Verordnung. Außerdem — gerade das aber war mir die Hauptsache — bewilligte das Armee-Oberkommando im Vertrauen auf die bisherigen Erfolge der Gouvernementsverwaltung für die kommende Ernte endlich die kontingentweise Aufbringung. Man bedenke aber, was das heißt: Ende Juli mit dem Massenabtransport einer Ernte zu beginnen, die bestenfalls in der zweiten Hälfte Juni anfängt.

Es gelang. Die Witterung erlaubte, am 15. Juni mit dem Schnitt der Gerste zu beginnen; Weizen und Roggen folgten in der letzten Juniwoche, Hafer etwas später, Mais gegen Ende August. Durch Bereitstellung aller irgend verfügbaren Kräfte im Lande einschließlich der Ernteabteilungen und auch anderer Abteilungen der Ersatzkörper, durch Zuteilung von etwa 25 in der Monarchie noch nicht nötigen Erntekompagnien, Abziehen von Kriegsgefangenenabteilungen aus anderen Betrieben, Abteilungen von Zivilarbeitern aus den Städten, vor allem aber durch den vorbildlichen Fleiß der serbischen Bauernfrau gelang es, die reiche Ernte binnen wenigen Wochen hercinzubringen. Durch die rechtzeitige Bereitstellung aller Vorsorgen für den Drusch, wie dessen Überwachung und Schutz gegen Bandenüberfälle, Bereitstellung des Betriebsmaterials, war es möglich, die

Ernte in wenigen Wochen trotz mancher Störungen durch Komiten auszudreschen. Der erste Transport — ein Schlepp Gerste — konnte am 21. Juni von Belgrad abgehen, und in weiterer, sich immer mehr verdichtender Folge wurden die Transporte schon einen Monat später — am 21. Juli — zu Massentransporten, die sich immer mehr steigerten, bis sie Ende August ihre größte Höhe erreichten und in dieser Höhe fortdauernd Ende September in die Räumungstransporte übergingen.

Die kontingentsweise Aufbringung erzielte den Erfolg, daß die theoretisch errechnete Höchstleistung um 3% überboten wurde. Vergleichsweise seien die Daten gegenübergestellt, die Sektionschef Hanausek in den Delegationen über die nach dem alten System in der Monarchie erzielten Ergebnisse der vorjährigen Ernte vorbrachte. Die deutschen Alpenländer und Ungarn lieferten durchschnittlich 60 bis 70, die deutschböhmisches Gegenden 93, die slawischen 30 bis 40, das Gouvernement Lublin 60% des errechneten Quantums ab und Österreich machte von seiner ganzen Produktion an Feldfrüchten für die Feldarmee 1½ Waggons Kartoffeln verfügbar.

Bis 6. Oktober 1918, weiter reichen die Ausweise nicht, wurden in Serbien 11.478 Waggons Brotfrucht, 470 Waggons Hartfutter, 42 Waggons Bohnen und 140 Waggons Kartoffel aufgebracht; hievon rollten in das Hinterland bis Ende Oktober 10.546 Waggons Brotfrucht, ein Teil bereits vermahlen, und 115 Waggons Hartfutter. Im Oktober flossen bei den Zweigstellen etwa 6000 bis 8000 Waggons Mais und gegen 1000 Waggons Kartoffeln ein, die nicht mehr abgeschoben werden konnten, weil bereits die Räumung des Landes dazwischen kam.*)

Die Größe der geleisteten Arbeit spiegelt sich vielleicht am besten in dem Urteile eines Fachmannes wieder, des Hofrates Schollmeyer des österreichischen Ackerbauministeriums. Nach der Bereisung des mittleren Serbiens äußerte er Zweifel, daß es möglich sein werde, diesen «ganzen reichen Segen», den er auf den Feldern gesehen, in abschbarer Zeit mit den Kräften des männerarmen Landes unter Dach zu bringen, geschweige denn, rechtzeitig auszudreschen und, wie er in Belgrad erfahren, Ende Juli mit den Massentransporten zu beginnen. Als er drei Wochen später, von Užice zurückkehrend, nicht nur alle Felder

*) Das zu erhoffende Kontingent betrug ohne Mais über 14.000 Waggons.

abgeerntet, sondern den Drusch in vollem Gange und auch den Transport bereits begonnen sah, da sagte er mir gegenüber anerkennend: «Ich hätte das wirklich nicht für möglich gehalten, wenn ich es nicht mit eigenen Augen gesehen hätte.»

Die Einbringung der Pflaumenernte erfolgte noch im vollen Umfange. Ihre Auswertung, wobei wieder die Lekwarerzeugung im Vordergrund stand, wurde hingegen durch die Kriegsergebnisse beeinträchtigt. Die Lekwarkochstellen waren gegen das Vorjahr wiederum vermehrt und auch ausgestaltet, fernerhin Obstdörren mit zusammen 130 q täglicher Leistungsfähigkeit neu errichtet worden. Kupferne Kessel gab es nunmehr nicht mehr. Ende Oktober, also zu einer Zeit, wo die Lekwarkampagne noch im vollen Gange war, hatte man bereits 1450 bis 1500 Waggons Lekwar und Dörrobst erzeugt, mithin nicht viel weniger als das Gesamterzeugnis des Vorjahres, was darauf schließen läßt, daß die Pflaumenernte ebenso wie jene des Getreides ungefähr das doppelte Erträgnis des Vorjahres ergab, mindestens 4000 bis 5000 Waggons frischer Pflaumen. Außerdem waren 40 Waggons Sliwowitz nach Ungarn ausgeführt worden, wobei der sie führende Schlepp allerdings in Mohács ausgeplündert wurde. Etwa 10 oder 15 Waggons mußten in Serbien in den Übernahmestationen zurückbleiben. Die Aufbringungsmenge des Vorjahres war also selbst in der kurzen, zur Verfügung stehenden Zeit trotz der mannigfachen Hindernisse durch die Räumung nahezu erreicht.

Bei der Aufbringung von Wein machte sich schon die Notwendigkeit der Räumung fühlbar. Die Aufbringung in den Gebieten von Kruševac, Arangjelovac und Semendria gelang und auch der größte Teil des Abtransportes, obwohl das Kriegsministerium trotz wiederholter Vorstellungen seitens des Gouvernements die Kellereien Palugyays und Schnickers nicht rechtzeitig durch Ausgabe der dort lagernden Bestände an die Truppen freigemacht hatte. Die Menge des aufgebrachten Weines läßt sich heute nicht mehr genau ermitteln, doch dürfte sie nicht geringer gewesen sein als im Vorjahre. Auch diese Organisation hat sich bis zum Schlusse bewährt.

Landwirtschaftliche Industrie.

Neben der Aufbringung entstanden der Ernteverwertungszentrale noch andere Betätigungszweige, vor allem die Ver-

mahlung des für den Abtransport bestimmten Mehles und alle mit dem Abtransport zusammenhängenden Vorsorgen. Für die Vermahlung hatte die alsbald errichtete Mühlenabteilung zu sorgen. Von der ursprünglich beabsichtigten Beschlagnahme aller Mühlen und deren Betrieb in eigener Regie mußte wegen Mangels an Fachpersonal abgesehen werden. Man setzte vorerst nur eine der Belgrader Dampfmühlen (Zacharias-Mühle) instand, die für die Approvisionierung von Belgrad und der Besatzungstruppen tätig war, brachte zwei Mühlen in Mladenovac gegen Mahllohn in ein direktes Akkordverhältnis zur Ernteverwertungszentrale, überließ im übrigen die Vermahlung den Kreiskommandos mit den lokalen Kräften und Mühlen. Die Zacharias-Mühle wurde modernisiert und ihre Leistungsfähigkeit erhöht, so daß sie mit zirka 100 Arbeitern anfangs 2, ab 1917 12 Waggon Mehl täglich bei etwa 10 bis 11 % Kleie und 3 % Verstaubung erzeugte. Aus den Mahlabfällen, Wicken und Raden wurde Viehfutter für das Rindvieh des Schlachthauses und der Ochsenstaffel erzeugt. Eine leistungsfähige Maisdörre wurde eingebaut. Dem sehr tüchtigen und initiativen Leiter der Mühlenabteilung, dem nichtaktiven Honved-Oberleutnant Barcza, gelang es, mit geringen Adaptierungen das System der Maisentkeimung einzuführen, wodurch nicht nur eine größere Haltbarkeit des Maismehles erreicht wurde, sondern auch die sehr öligen Keime für die Ölfabrikation gewonnen wurden.

Ferner wurde eine Futtermittelfabrik zur Herstellung von Ersatzfutter errichtet, in der aus den entölten Maiskeimen, aus Maiskolben und Maislaub, aus Apfel- und Weintrester, aus Oliventrester (Abfallprodukt der Belgrader Seifenfabrik), Bucheckern, Eicheln und Roßkastanien ein sehr brauchbarer Hartfutterersatz erzeugt wurde. Dies gestattete ein Herabsetzen der Hartfutterquote auf ein Minimum (1 bis 2 kg) und ermöglichte eine Ersparnis von einigen Waggon Hartfutter.

Eine Säckabteilung sorgte für die nötigen Säcke, eine Transportabteilung im Vereine mit der Verkehrsabteilung und den Bahn- und Schiffsbehörden für den Transport, zugeteilte Fuhrenstaffel dienten dem Lokotransport; eine Mannschaftsabteilung bildete den Kader für die notwendige Arbeitsmannschaft; eine vorzügliche Buchhaltung arbeitete nach kaufmännischem Muster — nebenbei bemerkt die einzige Abteilung des Gouvernements, deren Aktenmaterial vollzählig erhalten blieb —,

was eine verhältnismäßig rasche, glatte und vollständige Liquidierung des Unternehmens ermöglichte; außerdem hatte die Ernteverwertungszentrale auch ihre eigene Kasse und ihre eigene Liquidation.

In der Folge wurden noch je eine Dampfmühle in Kragujevac und Belgrad, je eine Spiritusbrennerei in Belgrad und Užice in Betrieb genommen; eine Strohaufschließungsfabrik ergänzte jene für Ersatzfuttermittel. In Belgrad und Užice wurde je eine Faßfabrik errichtet, die durch Instandsetzung alter und Erzeugung neuer Fässer den Bedarf vollständig deckten. Um die Überschüsse des im September und Oktober 1916 aufgebrauchten Krautes — 30 Waggons — zu verwerten, errichtete die Zentrale eine Fabrik zur Verarbeitung in Sauerkraut, das nicht nur den eigenen Truppen zugute kam, sondern auch solchen in angrenzenden Bereichen, darunter auch deutschen. Drei weitere Maisdörren und eine Ölpresse zum Auspressen der Maiskeime traten 1917/18 zu den bisherigen Vorsorgen für die Konservierung des Maises.

Das Gouvernement beabsichtigte auch, die von der serbischen Regierung begonnene Einbürgerung des Zuckerrübenanbaues und der Zuckerindustrie wieder zu beleben. Zwei Fabriken waren seinerzeit entstanden, eine mit deutschem Kapital nächst Belgrad — in der späteren Vorstadt Čukarica —, die andere mit tschechischem Geld in Paraćin, die nun im bulgarischen Verwaltungsgebiete lag.

Die Belgrader Zuckerfabrik war durch die Uferkämpfe fast bis auf den Grund zerstört, der Zuckerrübenbau wieder außer Gebrauch gekommen. Gleich nach Übernahme der Geschäfte ließ ich behufs Wiedererrichtung der Belgrader Zuckerfabrik Verhandlungen anknüpfen. Für die Wiederbelebung des Zuckerrübenanbaues wollten wir schon Sorge tragen. Aber wiederum, wie bei vielen anderen Gelegenheiten, zeigte sich alsbald die so ganz andere Mentalität des österreichischen Geschäftsmannes und des von seinen Schlagworten nahezu restlos beherrschten österreichischen Verwaltungsbeamten. Die Wiedererrichtung der Belgrader Zuckerfabrik fand nicht nur keinerlei Interesse bei den in Betracht kommenden Handels-, Industrie- und Regierungsstellen, sondern wurde, wenn auch nicht gerade offen, von der österreichischen Verwaltung hingehalten. Die Geschäfte der heimischen Zuckerfabriken gingen glänzend, ohne

daß man sich viel anzustrengen brauchte, und das war für den Geschäftsmann die Hauptsache. Die Mengen, die nach dem Balkan zur Bestreitung des notwendigsten Konsums und als Tausch gingen, wurden zwar dem eigenen Konsum entzogen, aber der Export brachte Riesensummen ohne Extraarbeit ein. So zogen sich die Verhandlungen fast ein ganzes Jahr hin, ohne zu einem positiven Resultat zu führen. Leider besitze ich heute nicht mehr die interessanten, nicht ohne Aufwand von Geist verfaßten ausweichenden Antworten aller Stellen. Da riß mir die Geduld. Ich benützte die Abwesenheit des Generalgouverneurs, um ihm die Verantwortung für das, was ich vor hatte, abzunehmen, setzte dem Armee-Oberkommando in einem sehr soldatisch deutlich und kategorisch gehaltenen Schriftstück die Notwendigkeit der Zuckerfabrik für die Militärverwaltung im besonderen und für die Armee im allgemeinen auseinander und stellte schließlich ein bis Ende September 1917 befristetes Ultimatum, nach welchem die Militärverwaltung die Fabrik einfach ohne Privatkapital aus eigenen Mitteln herstellen und in Betrieb nehmen würde.

Wie ich im Stillen vorausgesetzt hatte, machte man gute Miene zu dem im Grunde ja gar nicht bösen Spiel, gab meine Note weiter, und Ende September kam eine Aktiengesellschaft unter Führung ungarischer Banken zustande, an der in gleicher Weise österreichisches, ungarisches und in kleinem Maße auch süddeutsches Kapital und ein oder zwei serbische Kapitalisten beteiligt waren.

Der Bau der Fabrik fand weitgehende Unterstützung des Gouvernements mit Arbeitskräften, Baumaterialien, Einfuhr der notwendigen Maschinen, Veranlassung des Zuckerrübenanbaues und schließlich Erschließung eines neuen hochwertigen Braunkohlenbergwerkes zur vollständigen Sicherstellung des Kohlenbedarfes. Ende September 1918 war der Bau beendet; am 1. Oktober begann der Betrieb, der leider durch die Räumung des Landes bald ein vorzeitiges Ende fand.

Die Errichtung von zwei Zigarettfabriken auf Gouvernementgebiet stieß auf ähnliche, dem Fernestehenden vermutlich unverständliche Schwierigkeiten wie jene der Zuckerfabrik. Der erste, der gegen die zunächst zu errichtende Semendrianer Fabrik sein Veto einlegte, war der Stellvertreter des krankheits halber beurlaubten Finanzdirektors. Er sah in der Fabrik eine

Konkurrenz für die heimischen Monopole und verstand es natürlich, den Zivilkommissär für seinen Standpunkt zu gewinnen und mit dessen Hilfe die heimischen Monopolverwaltungen und deren vorgesetzte Ministerien. Das ungarische Finanzministerium legte beim Armee-Oberkommando energisch Verwahrung ein. Die österreichische Monopolverwaltung verhielt sich, wie aus der Antwort des Armee-Oberkommandos zu erschen, auch ablehnend.

Mit Hilfe des mittlerweile eingerückten, geschäftlich sehr tüchtigen Finanzdirektors Dr. Pavlinovic gelang es mir vorerst, die Opposition im eigenen Hause zu überwinden. Dann stellte ich dem Armee-Oberkommando vor, daß die heimischen Monopolverwaltungen ja nicht einmal den eigenen Bedarf zu decken imstande seien, noch viel weniger denjenigen der Armee; daß sie mithin mindestens ebensowenig Rücksichten verdienten, als man auf einen geschlagenen Feldherrn nehme, der noch in den allermeisten Fällen mit einem nicht von ihm geschaffenen Instrument arbeiten müsse; es möge sich daher nicht im eigenen Hause dreinreden lassen, um so mehr, als, wie ich durchblicken ließ, es sonst wahrscheinlich sei, daß die Deutschen die Fabrik allein errichten würden — was auch beabsichtigt war. — So kam also glücklich die eine und ein halbes Jahr später in Belgrad auch die zweite Fabrik zustande.

Sie und die Üsküber Fabrik erzeugten bis zum Kriegsende etwa 800 Millionen Zigaretten und versorgten nicht nur Serbien, sondern auch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen der Feldarmeen sowie das Militärgouvernement Lublin.

Einen Ehrentitel für die Gouvernementsverwaltung und insbesondere für die Ernteverwertungszentrale bildete die Einrichtung eines für die Widerstandskraft der Mittelmächte außerordentlich wichtigen Betriebes. Die sich immer mehr fühlbar machende Überlegenheit der Ententearmeen an Zahl der Flieger zwang die obersten Heeresleitungen, an die Massenerzeugung von Flugzeugen zu denken. Hierzu war aber die Massenerzeugung des als Klebstoff für die Tragflächen notwendigen Kaseins — eines Nebenproduktes bei der Buttererzeugung — notwendig. Das Kriegsministerium wandte sich an die Militärverwaltungen, scheint aber außerhalb Serbiens nicht auf viel Gegenliebe gestoßen zu sein. Auch hier war die Sache anfangs nicht so einfach. Wirtschaftssektion und Intendanz, nach-

einander vom Gouvernement hiezu beauftragt, schoben einander die Sache zu und fanden, daß sie in das Ressort der anderen Abteilung gehöre, während gleichzeitig keine der beiden Abteilungen die notwendigen Kühe der anderen abtreten wollte. Nachdem ich durch etwa drei oder vier Wochen den Ressortstreit hatte walten lassen, griff ich ein und beauftragte kurzerhand die Ernteverwertungszentrale und ihren energischen Chef, Intendant v. Pachner, mit der Errichtung der notwendigen Stationen, ihr gleichzeitig den sehr verwendbaren Militär-Tierarzt Ornstein des Belgrader Schlachthauses zuteilend, der auch ein sehr tüchtiger Chemiker war.

Um zu einer wirklichen Massenerzeugung schreiten zu können, schien es mir notwendig, zur Buttererzeugung nicht nur Kühe, sondern auch die so zahlreich im Lande vorhandenen Schafe zu verwenden. Zugleich aber wäre es mir bedauerlich erschienen, die dann in so großer Menge hergestellte Butter nicht dem Genusse verfügbar machen zu können. Dr. Ornstein erhielt daher den Auftrag, Versuche darüber anzustellen, die Schafbutter geruchlos zu machen, so daß sie als Speisefett in Betracht kam. Diese von Ornstein im Laboratorium des Belgrader Schlachthauses durchgeführten Versuche gelangen vollkommen, so daß es in der Folge möglich war, eine zwar weiße, sonst aber in jeder Beziehung tadellose, vollkommen geruchlose, an Fettgehalt die Kuhbutter sogar oft übertreffende Butter herzustellen.

Ohne erst das Resultat dieser Versuche abzuwarten, wurde sofort an die Ausführung der zur Kaseinerzeugung notwendigen Anstalten geschritten. Bereits am 24. Februar 1918 wurde dem Armeekorps-Oberkommando ein ausführliches Programm vorgelegt. Ohne die Genehmigung abzuwarten, begann man sofort mit dem Ankauf der notwendigen Kühe und Schafe. Das Programm wurde restlos genehmigt und bereits im April war die Sache im vollen Betriebe.

In einer großen Almwirtschaft am Zlatibor, im Kreise Užice, wurden 10.000 bis 12.000 Schafe eingestellt und deren Milch an Ort und Stelle verbuttert oder zu Käse verarbeitet; im westlichen, wiesen- und weidereichen Teile des Kreises Palanka, in Rača, wurde eine Milchsammelstelle von 1000 Kühen geschaffen. Die Produkte von Zlatibor und von Rača kamen mit Bahn zum Belgrader Laboratorium, wo die Entrahmung, Verbutterung und

Verkäufung der Kuhmilch sowie die Verarbeitung der gewonnenen Käseprodukte vom Zlatibor zu fertigem, fettfreiem Kasein erfolgte. Bei nur 11 Milch pro Kuh und Schaf im Tag konnten täglich mindestens 45 kg Kasein aus Kuhmilch und 250 kg Kasein aus Schafmilch erzeugt werden, wobei 40 kg erstklassige Teebutter und 250 kg vorzügliche Schafbutter als Nebenprodukt entfielen.

Somit konnte man auf rund 8500 kg Kasein monatlich rechnen, eine Menge, die von der gesamten Monarchie und allen besetzten Gebieten zusammen genommen nicht erreicht wurde und die Flugzeugindustrie von der Anschaffung dieses Klebemittels vom Auslande nahezu vollständig unabhängig machte. Die Raschheit, mit welcher hier eine Anforderung im vollsten Umfange in dieser schon so schweren Zeit erfüllt worden war, berechnete alle Beteiligten zu um so größerem Stolz, als es hierbei gleichzeitig gelungen war, durch die erste Herstellung von Kasein aus Schafmilch und die erste Erzeugung einer in jeder Beziehung einwandfreien Butter aus Schafmilch der technischen Wissenschaft wie der Volksernährung einen Dienst zu erweisen.

Mit der erzeugten Butter wollte ich der Fettnot im allgemeinen und der Not an Butter im besonderen in Wien abhelfen. Hiefür konnten wöchentlich 250 kg Teebutter und 1250 kg Schafbutter verfügbar gemacht werden. Selbstverständlich wollte ich aber nicht, daß an der anstrengenden, verantwortungsvollen und zum Teil wegen Wölfen und Räubern nicht ungefährlichen Arbeit der Angestellten der Militärverwaltung die Wiener geschäftlichen Zentralen und die Zwischenhändler soviel verdienten, als sie in Ausnützung der Not des Volkes zu verdienen gewohnt waren. Es wurde die Forderung gestellt, daß die nahezu um den Selbstkostenpreis nach Wien zu liefernde Butter um keinen höheren Preis an die Bevölkerung abgegeben werden dürfe als um 15 K (gegenüber 30 K Wiener Marktpreis) und 12 K für das Kilogramm Tee-, beziehungsweise Schafbutter, wobei 50 % Bruttogewinn für Gemeinde und Zwischenhandel entfielen. Die Gemeinde lehnte ab, weil sie die Einhaltung des geforderten Preises nicht zu kontrollieren vermöge und die angebotene Menge ihr zu gering schien, um besondere Maßregeln zu treffen.

Außer den genannten Produkten war noch die gewonnene Molke für die Schweinemast ein ebenso wichtiges wie beachtens-

wertes Nebenprodukt, und schließlich konnte am Ende der Weideperiode der größte Teil der Schafe als Mastschafe für das Viehkontingent zur Verfügung gestellt werden.

An neuen Betrieben wurden von der Ernteverwertungs- zentrale im Geschäftsjahre 1917/18 noch eine Mehlspeise- (Tar- honya-) und im Frühjahr 1918 eine Dörrgemüsefabrik in Belgrad errichtet.

Verwertung des Viehstandes.

Die Ausnützung des Viehstandes oblag der Intendanz im Vereine mit den Organen der Exekutivverwaltung nach Richtlinien, die ich ihr auf Grund der Erhebungen des statistischen Amtes gab.

Als die erste Zählung zeigte, daß der Viehstand des Landes nicht so gelitten hatte, wie allgemein angenommen worden, sondern relativ beim Rindvieh der Zahl, wenn auch nicht dem Gewicht nach größer war als jener der Steiermark vor dem Kriege, an Schweinen und Schafen dieses Land sogar recht ans- scheinlich übertraf, wurde das statistische Amt beauftragt, einen Viehabstellungsplan auszuarbeiten, nach welchem im Laufe eines Jahres bei tunlichster Schonung der Arbeitsfähigkeit der relative Viehstand beim Rindvieh jenen der Steiermark nur wenig oder gar nicht übertreffen sollte. Darunter herunterzu- gehen schien nicht rätlich, weil der Ochse in Serbien nicht nur als das zur Bodenbearbeitung wichtigste Tier, sondern als das wichtigste Verkehrsmittel in Betracht kommt.

Der in der ersten Hälfte August vorgelegte Plan des Ober- leutnants Dr. Prüger stellte im Laufe eines Jahres etwa 90.000 Rinder, 40.000 Schweine und 88.000 Schafe zur Verfügung, wo- bei Rücksicht genommen wurde, daß durch verschieden große Monatskontingente die Arbeitsfähigkeit der Landwirtschaft nach Möglichkeit voll erhalten wurde. Sache der Kreis- und Bezirkskommandanten war es, innerhalb ihres Bereiches unter Heranziehung der Ortsvorsteher ihr Kontingent auf die einzel- nen Orte und Besitzer möglichst gerecht aufzuteilen, wobei gleich im vorhinein betont werden soll, daß gerade das Beziehen des heimischen Elementes mit seinen vielfachen Privatfeindschaften der Gerechtigkeit nicht immer dienlich war. Dem Kreiskom- mandanten wurde aufgetragen, bei zwangsweiser Aufteilung

mehr auf die abseits liegenden Orte zu greifen, deren Viehstand durch den Krieg weniger in Anspruch genommen war. Meist wurde folgender Weg gewählt: Der Kreiskommandant schrieb auf einen Tag, etwa zwei Wochen vor der Kontingentabstellung, einen Kreismarkt aus. Der Höchstpreis war 1'60 K per Kilogramm Lebendgewicht in den Nordkreisen, 1'80 K in den Südkreisen und stieg schließlich auf 2 K und 2'20 K. Wurde durch diesen Kreismarkt und durch strafweise abgenommenes Vieh das Kontingent nicht voll aufgebracht, so wurde der Rest auf die Gemeinden zur Abstellung aufgeteilt. Mit der Zeit wurden manche Märkte immer weniger beschickt, denn der Bauer, der infolge der pünktlichen Bezahlung seiner Ernteüberschüsse keinen Geldmangel litt, fand es bequemer, nicht erst sein Vieh auf den weit entfernten Markt zu treiben, sondern den Abnehmer, der ihm ja auch den Höchstpreis zahlte, zu sich kommen zu lassen.

Von dem aufgebrachten Kontingent wurde in erster Linie der Bedarf der Okkupationstruppen und der Nichtselbstversorger der Zivilbevölkerung sichergestellt, 150, später 140 g pro Kopf für jeden Erwachsenen (in der Monarchie nur 125 g), 120, später 100 g für jedes Kind unter 12 Jahren, bei zwei fleischlosen Tagen, wobei aber der Kauf von Fischen und Selchwaren und das Halten eigener Schweine oder von Geflügel eine Er- durch die Räumung nahezu erreicht.

Soleherart wurden vom Beginn der Viehaushebung bis Ende April 1918, wo auf Befehl eine verstärkte Viehaushebung erfolgen mußte, 157.500 Rinder, 146.500 Schafe und 92.250 Schweine ausgehoben, wovon 80 % dem Armee-Oberkommando zu Zwecken der Armeeverpflegung und zur Approvisionierung des Hinterlandes zur Verfügung gestellt werden konnten. Trotz dem waren alle im Gouvernementsbereiche liegenden Truppen und die Zivilbevölkerung in der Fleischversorgung besser gestellt als das Hinterland und weder der Betrieb der Landwirtschaft, noch das Verkehrswesen geschädigt. Durch Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels gestalteten sich die Preise gegenüber den Minimalpreisen im Hinterlande so niedrig, daß der Staat durch die Armeelieferungen nicht weniger als 83 Millionen Kronen ersparte, wobei auch dieser Zweig dem Gouvernement eine wenn auch bescheidene Einnahme sicherte. Der Bauer erhielt annehmbare Preise, deren Wert dadurch gesteigert

war, daß durch die strenge Wirtschaft des Gouvernements die Kaufkraft des Geldes im allgemeinen die gleiche blieb.

Im April 1918 trat eine wesentliche Verschärfung ein. Ich wurde in den letzten Februartagen zum Armee-Oberkommando gerufen, wo man mir eröffnete, daß die Leistungen des Gouvernements bedeutend gesteigert werden müßten, wenn die Front nicht zusammenbrechen sollte, weil das Hinterland außerstande sei, irgend etwas für die Armee zu tun. Zu diesem Zwecke müsse das ganze ausgehobene Viehkontingent ohne irgendeinen Abstrich für die Verpflegung von Gouvernementstruppen und Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Ich war zunächst empört über diese unerhört erscheinende Zumutung, besonders auch darum, weil ich in keiner Weise den Eindruck wirklicher Not im Hinterlande empfangen hatte, besonders nicht auf der Fahrt durch das blühende, von schönem Vieh strotzende, zum Teil allerdings auch höchst nachlässig behaute ungarische Tiefland. Aber auch in Wien nicht, wo ich gewisse Teile der Bevölkerung reichlicher versorgt vorfand, jedenfalls weitaus besser, als wir dies in dem angeblich so viel reicheren Serbien auch nur bei den Spitzen des Landes gewohnt waren. Das Hinterland bot mir das Bild einer grenzenlosen Desorganisation, einer dem Soldaten unfaßlichen Mißwirtschaft, nicht der wirklichen Not. Ich gab dieser Meinung unumwunden Ausdruck und auch meiner Empörung darüber, daß man, anstatt mit eiserner Hand Ordnung zu machen, vorzöge, in Serbien die Ordnung zu stören, und daß vielleicht, was bei den geringen Streitkräften des Gouvernements kritisch werden konnte, Blut fließen müsse, um die heimische Unordnung zu stützen. Denn ich konnte mir zunächst nicht vorstellen, daß auch diese neue, unerhört scheinende Forderung einigermaßen glatt erfüllt werden könne.

Man schien mein Können höher einzuschätzen, hörte die Ausbrüche meiner Empörung ruhig und achselzuckend an und meinte nur salomonisch, zu Blutvergießen und Unordnungen dürfe es natürlich nicht kommen, denn man sei nicht in der Lage, mich mit Truppen zu unterstützen. Meine Anfrage, welcher Verwaltungszweig wegen des zu ersparenden Zugviehes vernachlässigt werden dürfe, wurde dahin beantwortet, daß natürlich keiner zurückgesetzt werden dürfe, denn man sei nicht in der Lage, auf irgend etwas zu verzichten, was vom Gouver-

nement bisher gelcistet wurde. Die Frage, wie denn das Gewünschte eigentlich durchzuführen sei, wurde dahin beantwortet, daß dies meine Sache sei; hungern dürfe aber natürlich weder die Besatzungstruppe noch die Bevölkerung. Auch meine Bitte um Enthcbung wurde nicht angenommen, sondern mir bedeutet, daß es meine Pflicht als Soldat sei, auszuharren. Und schließlich die tröstende Versicherung: «Du wirst es schon machen...»

In Belgrad angelangt, mußte ich doch versuchen, den erhaltenen Befehl auszuführen, so gut es eben ging. Vor allem wurde ab April 1918 die Fleischquote der Bevölkerung vollständig auf jene des Hinterlandes, $\frac{1}{2}$ kg pro Woche, herabgesetzt, die der Etappentruppen jener der Hinterlandstruppen, 600 g pro Woche, gleichgestellt; das Jungvieh und ganz besonders Schafe wurden in erhöhtem Maße für die Versorgung und zur Kontingentstellung herangezogen, sowie schließlich getrachtet, durch den Viehschmuggel aus dem von den Bulgaren besetzten Gebiete mehr brauchbares Schlachtvieh, besonders schweres, hereinzubekommen. Durch all das wurde es schließlich doch möglich, die verlangte große Forderung annähernd zu erfüllen, ohne vorderhand Anbau, Landwirtschaft u. a. in Frage zu stellen. Annähernd, aber nicht ganz. Schließlich hatte ich nun auch die uralte österreichische Bureaucratenweisheit begreifen gelernt, die meiner geraden Sinnesart so sehr widersprach: Nie mehr, sondern höchstens annähernd das zu machen, was man von einem erwartet, weil sonst Wunder erwartet werden, die man nicht erfüllen kann.

Es muß hierzu bemerkt werden, daß diese große Anforderung nicht die erste außertourliche Anforderung über das normale Schlachtviehkontingent war. Solche waren schon vorher wiederholt vorgekommen, meist zur Abhilfe augenblicklicher Mißstände im Hinterlande. Derlei Anforderungen, die sich allerdings in weit mäßigeren Grenzen bewegten, war immer prompt und ohne Einspruch nachgekommen worden — infolge der zerfahrenen Verwaltungsverhältnisse des Hinterlandes meist ohne sonderlichen Nutzen für das Ganze. So wurde über Anordnung Kaiser Karls, als sich die österreichische Regierung vor der Ernte genötigt sah, die ohnehin minimale Brotration auf die Hälfte herabzusetzen, befohlen, durch sechs oder sieben Wochen allwöchentlich sechs Waggons frisches Schweinefleisch zur Verfügung des österreichischen Ernährungsministeriums

nach Wien zu liefern. Das Gouvernement erhob nur Einspruch gegen die Lieferung von geschlachteten Schweinen, weil das unpräparierte Fleisch auf dem langen Wege, zudem über Ungarn mit seinen nicht glänzenden Transportverhältnissen, im bereits recht heißen Juni allzusehr dem Verderben ausgesetzt war. Mindestens möge man dem Belgrader Schlachthaus wieder Kühlwaggons zuteilen, die zwar wegen des geringen Nutzens im Sommer eingezogen worden waren, aber immerhin bessere Dienste leisten würden als gewöhnliche Wagen.

Darauf wurde dem Gouvernement bedeutet, daß die Beistellung von 15 bis 16 Waggons für Lebendvieh wegen des Waggonmangels ausgeschlossen und auch nicht zweckmäßig wäre, weil die Schweine unterwegs an Gewicht verlieren, etliche umstehen würden. Die sonst zwischen Belgrad und der Isonzofront rollenden Kühlwaggons wären derzeit anderwärts nötiger. Endlich hatte die Wiener Zentrale in St. Marx erklärt, den Forderungen des Gouvernements nach einem dem billigen Gesteckungspreis des Schweinefleisches entsprechenden Detailhandelspreis nicht nachkommen zu können, denn es sei «unmöglich, einen Tag in der Woche um 50 % billiger zu verkaufen als an den anderen». Trotzdem dies klar zeigte, daß den Wiener Händlern, welche die «Zentrale» bildeten, der ganze Viehtransport wegen der billigen Preise sehr unangenehm war, gab das Volksernährungsministerium die merkwürdige Äußerung an das Gouvernement weiter, wobei es versprach, daß wegen des billigen serbischen Fleisches der Durchschnittspreis ermäßigt werden würde, was natürlich — nicht geschah.

Aber dafür geschah etwas anderes. Als ich im Laufe des Monates August 1918 zum Armee-Oberkommando befohlen wurde, fiel mir morgens in der Station Schwechat ein bestialischer Geruch von verdorbenem Fleische auf. Da der Balkanzug einen Aufenthalt hatte, konnte ich der Sache nachgehen und entdeckte auf einem Nebengeleise die aus Belgrad in der Vorwoche abgesendeten sechs Waggons Schweinefleisch in einem furchtbaren Zustande. Das Fleisch war teilweise schon schwarz und mit Maden bedeckt. Ich schlug bei den Behörden Lärm, das Fleisch wurde sofort abgeholt, zum halben Preise abgegeben — und trotz seines greulichen Zustandes von der armen Wiener Bevölkerung verzehrt. Die nächsten und letzten Sendungen — wie viele mochten schon vorher auf ähnliche Art ganz unbrauch-

bar geworden sein! — durften dann in lebendem Zustande geliefert werden. . . . Ob an diesem unglaublich scheinenden Vorkommnis nur Liederlichkeit oder aber böser Wille wegen des von den Zentralen befürchteten Preisdruckes Schuld trug, vermag ich nicht zu beurteilen. Aber es war durchaus kein Einzelfall.

Etwas ähnliches, wenn auch nicht so krasses, ereignete sich zu Beginn der Viehaufbringung in Serbien, als man noch mit Hilfe der verfügbaren Reserven der Not im Hinterlande etwas abzuhelpen vermochte. Ich trug den Magistraten von Wien und Budapest im Oktober 1916 je einen Eisenbahnzug mit etwa 800 Stück ausgesuchten Rindviehs von mindestens 450 kg Lebendgewicht an und sprach die Zuversicht aus, daß man auch in der Folge öfter solche Aushilfen werde leisten können; doch dürfe das Fleisch, als Rindfleisch serbischer Provenienz ausdrücklich deklariert, zu keinem höheren Preise als 5 K 20 h für 1 kg vorderes und 5 K 50 h für 1 kg hinteres Rindfleisch (Gestehungspreis für den Magistrat war 2 K per 1 kg Lebendgewicht) an den Detailabnehmer abgegeben werden.

Der Budapester Magistrat ging vorbehaltlos auf die Bedingung ein, votierte im Gemeinderat dem Gouvernement den Dank für sein Entgegenkommen und verkaufte das Fleisch in Einheitspaketen zu je $\frac{1}{2}$ kg Vorders und Hinteres mit der Emballageaufschrift: «Billiges Fleisch aus dem k. u. k. MGG/S.» Da ging es also anstandslos. Anders in Wien. Hier antwortete man auf den Vorschlag des Gouvernements sehr allgemein und gab das Fleisch an Händler und Detaillisten ad libitum ab. Diese verkauften, «damit das Kind einen Namen hat», wie der Wiener sagt, das schlechteste und elendeste Fleisch, das sie hatten, als «serbisches Rindfleisch», aber selbst diesen Schund teurer als vereinbart, um 5 K 80 h bis 6 K. Und während in Budapest die Zeitungen des Lobes über das Gelieferte voll waren, meldeten sich in den Wiener Blättern allerhand «Stimmen aus dem Publikum», die über das serbische Rindfleisch nicht genug schimpfen konnten. Natürlich ging eine geharnischte Vorstellung an den Bürgermeister ab, worauf die von irgendeinem Beamten «im Auftrage» unterschriebene Antwort kam, es sei unmöglich, in der geforderten Weise in den Detailhandel einzugreifen, der Magistrat der kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien sei auch gar nicht gewillt, sich in derartiger Weise von einem

Militär-Generalgouvernement Vorschriften zu machen lassen; im übrigen stünden Ausnahmen für so geringfügige Mengen gar nicht dafür. Schließlich griff das Armee-Oberkommando ein und befahl, daß fortan alle verfügbaren Überschüsse, Reserven usw. zu seiner ausschließlichen Verfügung zu halten seien, womit die Möglichkeit, dem Hinterlande direkt zu helfen, ein für allemal verschwand.

Die Lieferung von lebendem oder geschlachtetem Vieh war aber nicht die einzige Unterstützung von Armee und Hinterland durch tierische Produkte. In Belgrad war bereits einige Jahre vor dem Kriege ein großangelegtes, wirklich großstädtisches Schlachthaus errichtet worden, hauptsächlich deshalb, um die veterinärpolizeilichen Bedenken Ungarns gegen die Ausfuhr von serbischem Vieh entkräften zu können. Dieses an der Donau gelegene Schlachthaus, durch ein eigenes Kopfgeleise mit dem Belgrader Bahnhof verbunden, war aber nie voll ausgenützt, in mancher Beziehung sogar vernachlässigt worden, nicht in letzter Linie eben in veterinärpolizeilicher Hinsicht, besonders durch nicht ausreichende Reinlichkeit der Schweinebehälter u. dgl.

Eine der ersten Taten der Militärverwaltung war die Instand- und Inbetriebsetzung des Schlachthauses und des dorthin führenden Geleises, die beide durch die Artilleriekämpfe nicht unbeträchtlich gelitten hatten. Die richtige Bedeutung erlangte das Schlachthaus durch die Aufnahme der großen Viehlieferungen. Um Transportmittel zu sparen, wurde ein großer Teil des zu liefernden Viehes im Schlachthause geschlagen oder gestochen und teils frisch in Kühlwaggons, teils als Gefrier-, Selch- oder Pökelfleisch abtransportiert. Hiezu wurden eigene Gefrierabteilungen, Selch- und Pökelräume geschaffen, auch eine große Wursterei eingerichtet, die sowohl frische als Dauerwürste erzeugte. Selchereien und Wurstereien entstanden übrigens bald auch in den Kreis-, ja sogar in den Bezirkshauptorten, wie z. B. in den Belgrader Artillerieabschnitten und späteren Bezirkshauptorten Mirijevo und Banjica, wovon erstere, von Artilleriemajor Quoika eingerichtet, ganz nach Prager Muster arbeitend, sogar eine gewisse und nicht nur lokale Berühmtheit erlangte.

Das Belgrader Schlachthaus, dem im Laufe des ersten Geschäftsjahres auch noch eine Blutmehlfabrik, eine Knochen-schrottmühle — beide zur Zusammenarbeit mit der Kraftfutterfabrik — und eine Fettextraktionsanstalt zur Herstellung von

technischen Fetten und Ölen aus den Abfällen des Schlachthauses angegliedert worden waren, konnte täglich 250 Rinder und 250 Stück Stechvieh vollkommen ausschroten, die Selch- und Gefrierfleischanlage einen Waggon Gefrier- oder Selchfleisch herstellen.

Fabriken von Fleisch-, Obst- und Gemüsekonserven gab es in Serbien nicht, und das Kapital der Monarchie war in diesen Zweigen ebensowenig unternehmungslustig wie in allen anderen Fällen. Um diesem Mangel abzuhelpen, trat ich mit dem deutschen Fachmanne Leutnant i. d. R. Wilhelm Schulz, im Frieden Konservenfabrikant in Braunschweig, in Verbindung. Dieser ebenso weitsichtige und unternehmende Kaufmann wie schneidige Soldat war sofort Feuer und Flamme für die Sache. Mit Hilfe anderer deutscher Kapitalisten sollte auf dem Grund und Boden der schon im Jahre 1913 verkrachten, teils zerfallenen, teils zerschossenen Keramikfabrik eine große Fleischkonserven-, aber auch Obst- und Gemüsekonservenfabrik nach deutschem Muster erstehen.

Als Hindernis standen nur der Zivil-Landeskommissär und der Referent der politischen Abteilung, Zivilkommissär Dr. Jungerth, entgegen, der auf Grund irgendeines alten serbischen Gesetzes herausgefunden hatte, daß eine Expropriation der außerhalb des Landes befindlichen verkrachten Fabriksbesitzer nur zugunsten des Staates oder eines serbischen Staatsbürgers möglich war. Da die Militärverwaltung als Rechtsnachfolger des serbischen Staates die Fabrik nicht erbauen konnte, weil das Armee-Oberkommando hiefür kein Geld investieren wollte, das Staats- und Gemeinwohl aber den Herren nicht den formalen Rechtsgrund abgab, so wurde von Leutnant Schulz ein serbischer Strohmann als Kompagnon engagiert. Leider machte der Räumungsbefehl die weitere Ausführung unmöglich.

Auch nach dem Ende des Krieges fehlte es nicht an vielfachen und intensiven Bemühungen, die Sache in Gang zu bringen. Der stete Wechsel der serbischen Regierungen und hiemit der Wechsel der politischen und wirtschaftlichen Anschauungen der führenden serbischen Kreise haben es aber nicht möglich gemacht, in den folgenden fünf Jahren das auszuführen, was die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in ebenso vielen Wochen bis zum Baubeginne vorbereitet hatte.

Zur Aufbringung von Fett hatte die Intendanz drei große Mästereien beim Schlachthause in Belgrad, in Užice und in Kragujevac aufgestellt, erstere mit einem durchschnittlichen Stande von 5000, die beiden anderen von je 1000 Schweinen, so daß in ihnen etwa die doppelte bis dreifache Anzahl Schweine jährlich gemästet werden konnte. Diese Anlagen hätten wohl genügt, den eigenen Fettbedarf vollauf zu decken, genügten aber nicht für einen größeren Fettexport. Zur Freimachung dieser großen ärarischen Mästereien für den Export wurden auch bei allen Kreis- und bei den meisten Bezirkskommandos kleinere Mästereien errichtet, die nicht nur den Eigenbedarf vollkommen zu decken, sondern teilweise — vor allem die mit allen modernen Mitteln eingerichtete Schweinemästerei des Artillerieabschnittes von Mirijevo mit einem Stande von 800 Schweinen — auch Fett für den Export abzugeben hatten. Damit nicht genug, wurde auch die private Schweinemast für ärarische Zwecke ins Leben gerufen. Die Ernteverwertungszentrale überließ den Besitzern, die sich verpflichteten, Schweine für ärarische Zwecke zu mästen, die erforderliche Menge Mais zum Selbstkostenpreise und übernahm das gemästete Schwein nach sechs Monaten zum Höchstpreise. Wer fünf oder sechs Schweine mästete, bekam den Mais für ein weiteres Schwein zum eigenen Gebrauche geliefert. Da in den ersten beiden Verwaltungsjahren nominell die ganze Ernte beschlagnahmt war, wäre sonst eine Mast seitens einzelner Privatpersonen eigentlich unmöglich gewesen. Tatsächlich blieben Gesamterfassung wie das Nichtmästen von privater Seite graue Theorie. Alle Behörden, besonders aber die Zweigstellen, konnten dem Auftrag, Fett zu Richtpreisen zu kaufen, in erheblichem Maße nachkommen, weil niemand höher verkaufen durfte als zu den Höchstpreisen und, wenigstens öffentlich, auch wirklich nicht verkaufen konnte.

Es muß hier noch der Aufbringung von Milchziegen, von Geflügel und Eiern gedacht werden. Die Milchnot im Hinterlande veranlaßte 1917 das österreichische Ernährungsministerium, an das Gouvernement mit dem Ansuchen heranzutreten, zur Linderung der Milchnot, besonders in manchen Städten der Alpenländer und bei humanitären Anstalten, Milchziegen zu liefern. Nun war es ohne weiteres möglich, etwa 8000 bis 10.000 Milchziegen ohne Schaden für die serbische Volkswirtschaft in den südlichen Teilen des Landes, besonders in den in jeder Be-

ziehung geschonten ziegenreichen mohammedanischen Südkreisen, anzukaufen. Doch machte ich, gestützt auf das Urteil von Fachleuten und auf üble Erfahrungen bei dem Versuche, einzelne Ziegen nach Niederösterreich zu senden, darauf aufmerksam, daß die serbische Ziege sich nur schwer, mindestens aber nur sehr langsam an das österreichische Klima und Futter und an die Lebensweise im Stalle gewöhnen dürfte. Ich bat, keinesfalls über die vorgeschlagene Zahl hinauszugehen, weil sonst der Nutzen für das Hinterland in keinem Einklange mit dem eventuellen Schaden in Serbien stünde. Aber wer damals dem Hinterlande einen Finger zeigte, dem nahm man ohneweiters die ganze Hand. So erhielt schließlich das Gouvernement den Auftrag, bis Februar 1918 15.500 Milchziegen zur Verfügung zu stellen, die der Hauptsache nach noch im Jahre 1917, ein Rest von 3000 Stück anfangs 1918 zu liefern waren.

Die Ziegen wurden zum größten Teile nach Niederösterreich an die Viehverwertungszentrale nach Angern (im Marchfeld) geliefert. Wie Nachforschungen anlässlich der Restitutionsverhandlungen im Jahre 1922 ergaben, waren diese Ziegen bis zu diesem Zeitpunkte größtenteils eingegangen gewesen, und zwar mindestens 50 % infolge mangelhafter Akklimatisierung bereits innerhalb der ersten zwei Jahre.

Als letzter ging ein Transport von 1500 Milchziegen nach Kärnten und Südtirol ab. In Villach wurden die für Kärnten bestimmten Waggon abgehängt. Die restlichen 1000 Ziegen, im Pustertal verexpediert, hin und her geschoben, blieben acht Tage länger auf der Fahrt als im Höchstausmaß einschließlich Sicherheitskoeffizient angenommen worden war und wurden schließlich in Bozen auf Verlangen der Begleitmannschaft auswaggoniert, weil schon viele der armen Tiere, für die niemand Futter abgeben wollte, verhungert waren. Gleich nach dem Auswaggonieren mußte die Hälfte notgeschlachtet werden — der Rest wurde um ein Spottgeld in Bozen veräußert. Das war der würdige, aber leider für die Hinterlandwirtschaft bezeichnende Schlußakkord der Milchziegenaktion.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß die Warenverkehrszentrale mit Hilfe der Kreis- und Bezirkskommandos durch Einkäufer und Arrendatoren bis zum Frühjahr 1918 an Eiern 1,209.000, an Hühnern, Truthühnern, Gänsen und Enten fast 100.000 Stück aufbrachte. Davon gingen 468.000 Eier und 37.500

Stück Geflügel nach Österreich, 57.000, bzw. 39.000 nach Ungarn, überdies erhielten das Armee-Oberkommando und das Kriegsministerium 3500 Stück Geflügel. Die Differenz der Verkaufs- und der Hinterlandspreise überstieg $1\frac{1}{2}$ Millionen Kronen. Bis Kriegsende erhöhten sich die Aufbringungszahlen für Eier auf über zwei Millionen, für Geflügel auf 180.000. Der überwiegende Teil der Ausfuhr ging direkt an Spitäler und Konsumanstalten, der geringere an die Einkaufszentralen ab.

Sehr stark beeinträchtigt wurde im ersten Jahre das Aufbringen und besonders die Auslieferung von Vieh durch Viehseuchen, in erster Linie durch die Schweinepest. Es herrschten veterinärpolizeilich wirklich jämmerliche Zustände im Lande, und es scheint darum gar nicht unbegreiflich, daß Ungarn durch Jahrzehnte sich auf diese Zustände berufen konnte, um die Ausfuhr des Überflusses an serbischem Vieh zu unterbinden. Im ersten Verwaltungsjahr mußten wiederholt ganze Transporte wegen plötzlich ausbrechender Schweinepest notgeschlachtet und größtenteils der Seifenfabrik eingeliefert, ganze Orte, ja ganze Bezirke veterinärpolizeilich abgesperrt werden, um die Schweinepest oder die Maul- und Klauenseuche zu begrenzen. Strenge veterinärpolizeiliche Untersuchungen, Quarantänen und Absperungen verseuchter oder seuchenverdächtiger Gegenden und besonders die imperative Impfung gegen Schweinepest machten diesem Übel binnen Jahresfrist vollkommen ein Ende oder ließen Fälle der genannten Seuchen nur mehr ganz sporadisch auftreten. Nach zwei Verwaltungsjahren war man infolge des immer mehr nachlassenden Hinterlandes so weit, daß man in dieser Sache den Spieß umdrehen mußte. Nicht mehr das Gebiet der Monarchie mußte zur Verhütung von Tierseuchen gegen Serbien abgesperrt werden, sondern umgekehrt.

Das Kapitel über die Verwertung des Reichtumes Serbiens an Nutztvieh und tierischen Produkten wäre nicht vollständig, wenn nicht noch eines Betriebes der Intendanz gedacht würde, der für den kulturellen und sanitären Zustand Serbiens von großer Bedeutung war: der Belgrader Seifenfabrik. Zu Beginn des Jahres 1916 wurde sie in der Nähe des Schlachthauses in den Überbleibseln einer kleinen serbischen Seifenfabrik errichtet, im Anschlusse daran eine Kartonnagefabrik, um die Verpackung in eigener Regie besorgen zu können. Die Leitung wurde dem verwundeten Leutnant i. d. R. Reinitz übertragen, der

im Frieden Mitbesitzer und Leiter einer kleinen Seifenfabrik in Esseg war. Die Fabrik, die alle Gattungen Seife von der gewöhnlichen Kernseife und Kriegsseife bis zur besten Toilettenseife, aber auch Waschpulver, Kristallsoda und aus dem Fette gesund eingelieferter Tiere reines Schweinfett sowie sonstige Speisefette und Unschlitt erzeugte, blühte mächtig auf. Die ursprüngliche Leistungsfähigkeit von drei bis vier Waggons monatlich verdoppelte sich bis Ende 1917. Der Reingewinn betrug im ersten Betriebsjahr 381.000, im zweiten 1½ Millionen Kronen, wobei zu bemerken ist, daß die ohnehin niedrigen Verkaufspreise im zweiten Betriebsjahr beträchtlich herabgesetzt wurden.

Schließlich muß noch der im Juni 1916 in Kragujevac unter militärischer Leitung mit Gouvernementsmitteln in Betrieb gesetzten Lederfabrik gedacht werden, die unter Leitung eines Landsturmwachtmeisters, eines Wiener Fachmannes, im ersten Betriebsjahre 40, im zweiten Betriebsjahre 80 q erstklassiges Sohlenleder lieferte, ungerechnet das Opančarenleder zur Herstellung der landesüblichen Opanken, das von der Rohstoffzentrale (Leiter Rittmeister Krumpöck) hergestellt wurde. Verschiebungen des Leders und sein Verstecken begannen damals schon im großen und erhöhten den Ledermangel. Um ihm abzuhelpfen, sollte in Belgrad eine zweite, größere und leistungsfähigere Lederfabrik in Betrieb gesetzt werden, wozu aber die Mittel nicht mehr reichten. Das Kriegsministerium versuchte, die österreichische Industrie zu «interessieren», was natürlich ein aussichtsloses Beginnen war. Denn diese verdiente ohnehin mit Leichtigkeit enorm und mochte sich nicht für die Inbetriebsetzung einer Fabrik erwärmen, die ihr infolge der strengen Gesetze des Gouvernements und ihrer scharfen Handhabung zur unangenehm, preisdrückenden Konkurrenz werden mußte.

Außer dieser Lederfabrik gab es bei verschiedenen Kreis- oder Bezirkskommandos kleine Gerbereien, darunter die beste und leistungsfähigste jene von Hauptmann Chytil in Banjica eingerichtet, die den lokalen Bedarf für die Truppen und Anstalten deckten.

Über die Gesamtleistung des Gouvernements bis zum Frühjahr 1918, also noch vor dem Einsetzen der bedeutend gestiegenen Ergebnisse des Erntejahres 1918, gibt eine im Frühjahr 1918 für die Delegationsverhandlungen vom Armee-Oberkommando verfaßte Zusammenstellung Aufschluß:

Geliefert wurden:	für Truppen in Serbien	für Armees- zwecke und Hinterland	Zusammen
Brotfrucht	216.900 q	616.000 q	832.900 q
Mais	48.900 „	13.500 „	62.400 „
Hafer und Kraftfutter	129.100 „	2.100 „	131.200 „
Gerste	6.700 „	6.800 „	13.500 „
Rauhfutter	284.800 „	266.000 „	550.800 „
Rinder	97.400 St.	150.700 St.	248.100 St.
Schafe	98.000 „	205.300 „	303.300 „
Schweine	51.800 „	70.100 „	121.900 „
Milchziegen		27.400 „	27.400 „
Geflügel			131.900 „
Eier			1,676.600 „
Rohes und konserviertes Obst			343 000 q
Wein			66.100 hl
Sliwowitz			11.000 „
Ölsaaten			5.400 q

Außerdem finden sich aus gleicher Quelle zwei Zusammenstellungen, eine über die Gesamtleistungen aller besetzten Gebiete bis Ende Oktober 1917, die zweite über die Mengen, die bis Ende Oktober 1918 in Aussicht standen, aber besonders vom Generalgouvernement Lublin nicht im entferntesten geliefert wurden, während Serbien den Voranschlag meistens erheblich übertraf. Montenegro und Albanien, die kaum den eigenen Bedarf deckten, dann die besetzten Teile Italiens, in denen eine große Armee stand, blieben wohl außer Betracht; Lublin hatte aber dreimal größeren Flächeninhalt und viermal mehr Einwohner, der besetzte Teil Rumäniens, dessen Produkte allerdings nur zu 40 % der Monarchie zufielen, viermal größeren Flächeninhalt und zehnmal mehr urbare Fläche als Serbien, so daß letzteres höchstens ein Siebentel des Gesamtertrages der besetzten Gebiete hätte aufbringen müssen.

Nun ergibt sich aber, daß letzteres schon Ende Juli 1918, also drei Monate vor dem Termin des Voranschlages, bereits folgende Quoten geliefert hatte: fast ein Drittel der gesamten Brotfrüchte, 100 % Mais, ein Viertel von Hafer und Kraftfutter, ein Sechstel des Rauhputters, die Hälfte des Rindviehes, ein Drittel der Schweine, 90 % aller Schafe, 100 % aller Milchziegen, mehr als ein Drittel des Geflügels, ein Fünftel des rohen und konservierten Obstes, ein Drittel der Ölsaaten, 100 % Wein, 100 % Sliwowitz. Einzig an Kartoffeln und Eiern stand Serbien

zurück, wobei jedoch die hohe Zahl des gelieferten Geflügels (ein Drittel statt höchstens ein Siebentel) und der Umstand berücksichtigt werden muß, daß Serbien kein eigentliches Kartoffelland ist. Hingegen kommen Fett, Selchwaren, Butter, Kasein in diesen Übersichten überhaupt nicht vor, obwohl sie einen hohen Posten ausmachten und zum Teil — z. B. Butter und Kasein — nur von Serbien geliefert worden waren.

Außerdem haben diese Zahlen durch die Ernte 1918 eine gewaltige Verschiebung zugunsten Serbiens erfahren, das bis Oktober seine gesamte Ernte an Edelgetreide einbrachte und größtenteils auch abschob, während z. B. in Polen der Druseh erst Anfang September begann, bis die in Serbien hiefür bereitgestellten 100 Dreschgarnturen in Polen eingetroffen waren. Serbien erzielte diese Resultate mit Preisen, die nur von Rumänien unterboten wurden, während in Lublin die alle anderen und auch das Hinterland überbietenden Preise keinen genügenden Anreiz boten. So ergibt die Zusammenstellung der Übernahmepreise für je einen Meterzentner in der Erntekampagne 1917/18 in Kronen umgerechnet folgendes Bild:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	M a i s
	K r o n e n				
Österreich	40.—	40.—	37.—	36.—	38.—
Ungarn	44.50	42.50	46.—	44.—	—
Deutschland	44.95	41.85	41.85	41.85	—
Lublin	54.60	48.30	48.30	48.30	—
Warschau	46.50	40.30	40.30	40.30	—
Serbien	33.—	30.—	30.—	30.—	Körner 32.— Kolben 24.—
Rumänien	26.25	26.25	18.75	—	—

Ein Vergleich mit der Ausfuhr Serbiens in Friedenszeiten zeigt, daß sie an Ackerprodukten im ersten Jahre der Besetzung wohl stark hinter dem Durchschnitte zurückblieb, diesem aber im zweiten Jahre nahekam, ihn bei Weizen sogar übertraf. Die Ausfuhr des Jahres 1918 aber, in welchem sich die Verwaltungsmaßnahmen erst völlig auswirken konnten, übertraf auch das Ergebnis des besten Friedensjahres 1910 ansehnlich. Ganz ähnlich verhielt es sich mit den anderen landwirtschaftlichen Produkten. Die Ausfuhr an Vieh überstieg jene der Vorkriegszeit bedeutend. Merkwürdigerweise sank aber jene von geschlacht-

tetem Vieh und Schlächtereiprodukten, doch nicht, weil Produktion und Leistungsfähigkeit abnahmen, sondern wegen erhöhter Ausfuhr an lebendem Vieh und größerem Konsum im Lande selbst. Letzterer darf nicht allein auf Rechnung der Besatzungstruppen und der durchziehenden operierenden Armeekörper gesetzt werden; denn der Konsum der Zivilbevölkerung war nicht unbeträchtlich gestiegen, gewiß kein Zeichen wirtschaftlichen Niederganges, sondern des Gegenteils.

Es muß noch erwähnt werden, daß wiederholt größere Abteilungen ins Land verlegt wurden, die gewissermaßen aufgefüttert werden mußten, ohne daß von den Lieferungen zu deren Gunsten Abstriche gemacht werden durften. So im Frühjahr 1917 15 Schwadronen der Isonzoarmee und zahlreiche Trainstaffel, deren Pferde sehr herabgekommen waren und nach mehreren Monaten in gutem Zustande das Land verließen; so zu Beginn des Jahres 1918 das zur Expedition nach Syrien bestimmte Orientkorps mit einem Verpflegsstand von zusammen 7000 Mann und 1500 Pferden u. a.

Dem Fernerstehenden mag manches über die österreichische Hinterlandsverwaltung Gesagte als zu stark aufgetragen erscheinen. Es sei daher das Urteil eines Nichtmilitärs und Nichtösterreichers, des damaligen deutschen Reichskanzlers Michaelis, beigelegt, welcher auf Grund seiner Erfahrungen in seinen «Erinnerungen» niederschrieb:

«In das Ende des Jahres 1916 fiel eine interessante Unterbrechung meiner Tätigkeit als Leiter der Reichsgetreidestelle. Die Schwierigkeiten der Ernährung wurden in Deutschland erhöht, weil wir nicht bloß der Not in Deutschland zu wehren, sondern auch unseren Bundesgenossen zu helfen hatten. Obenan in diesen bundesfreundlichen Ansprüchen stand Österreich. Die «schlampige österreichische Verwaltung» — es ist wirklich kein anderes Wort am Platze — konnte sich nicht einmal zu dem Entschlusse aufraffen, viel weniger zur Ausführung, eine Ordnung der Volksernährung zu schaffen. Man hat sich in Österreich-Ungarn nie ernstlich bemüht, einen Versorgungsplan aufzustellen, Vorrat und Bedarf im Jahresumlaufe zu errechnen, Überschuß und Bedarfsländer und -gebiete zu einheitlicher Bewirtschaftung zusammenzuschließen und den Verbrauch zu kontrollieren. In der ersten Hälfte des Erntejahres lebte man in den Tag hinein, aß Mehlspeisen und feines Gebäck, und dann, wenn im März, April die Vorräte zur Neige gingen, wenn Brot und Mehl knapp wurden und in einzelnen Teilen des Landes geradezu Hungersnot auftrat, ertönten Hilferufe an den deutschen Bundesgenossen, von dem man glaubte, daß er seine selbstlose Nibelungentreue auch auf dem Gebiete der Volksernährung beweisen müsse, wie er es im Kampfe an der Front jederzeit getan hat. Dann sollten wir einspringen trotz eigener Not. Es war wirklich oft zum Verzweifeln! Bei einem Besuche in Wien

sagte ich den beteiligten Ministern, ich könnte es vor dem deutschen Volke nicht verantworten, den Österreichern zu helfen, wenn sie nicht in ernster Weise den Versuch machten und durch seine Durchführung bewiesen, daß sie den Verbrauch rationierten und überwachten. In naiver Binnmigkeit glaubten sie, meine Forderung, die doch selbstverständlich auf der energischen Erfassung und Sicherung der Vorräte, auf ihrer gerechten Verteilung auf die Bedarfsgebiete und auf die Brotentnahmestellen aufgebaut war, durch die formelle Einführung der Brotkarte erfüllen zu können. Bei den Verhandlungen mit den österreichischen Staatsmännern habe ich es gelernt, daß man ihren Forderungen um Hilfe bis zu einem gewissen Grade nachgeben konnte und daß doch hinterher das Quantum, das wir ihnen zukommen lassen mußten, sich in sehr verringertem Umfange hielt, wenn wir nämlich unsere Leistung von technischen Gegenleistungen der Österreicher abhängig machten. So habe ich ihnen einmal ein größeres Quantum Mehl versprochen, wenn sie an der ersten Grenzstation das Mehl in Empfang nehmen und mit ihren Eisenbahnwagen weiter nach Österreich hinein beförderten und wenn sie die gleiche Zahl leerer Mehlsäcke an der Grenzstation an uns ablieferten. Es stellte sich heraus, daß sie die ganz einfache Forderung nicht oder nur ganz unvollkommen erfüllten, und daß wir deshalb unsere Lieferungen an sie nur in geringem Maße auszuführen brauchten. Immerhin aber hat die an Österreich notgedrungen zu leistende Hilfe unseren eigenen Haushalt belastet und beunruhigt.»

Alles auf der Welt ist relativ. Darum muß das, was die österreichisch-ungarische Militärverwaltung zur selben Zeit in Serbien vollbrachte, gerechterweise nach diesem Hintergrunde gemessen und beurteilt werden.

Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei.

Von der Gesamtfläche des Verwaltungsgebietes waren über 442.000 ha oder etwa ein Siebentel von Waldungen in geschlossenen Beständen oder einzelnen Parzellen bedeckt. Von diesem Gebiete waren nach den Erhebungen des statistischen Amtes im Jahre 1916 42·7 % Staatsbesitz, 32 % Privatbesitz, 20·5 % meist schlecht verwalteter Gemeindebesitz, 3·8 % im Besitze von Kirchen, Klöstern oder Religionsgenossenschaften, 0·4 % Besitz sonstiger öffentlicher Besitz und 0·6 % war strittig.

Mehr als die Hälfte des gesamten Forstbestandes entfiel auf die drei geschlossenen, nebeneinanderliegenden südlichsten Kreise. Die seinerzeitigen ziemlich reichen Forstbestände der nördlichen Kreise, besonders die alten Eichenbestände in den Niederungen, sind der fortschreitenden Kultur und Besiedlung, vor allem aber einem geradezu unverantwortlichen Raubbau zum Opfer gefallen. Denn nur bei dem staatlichen und kirchlichen Besitze war so etwas wie Forstkultur in seinen Anfängen

zu bemerken. Speziell die Gemeindewaldungen wurden stets mehr als ein jedermann preisgegebenes Freigut, denn als zu schützendes und zu hegendes Gemeingut betrachtet. Aber auch in den ausgedehnten Staatsforsten des Südens wurde von den Hirten und Anrainern arg gewirtschaftet. Nach Belieben wurden junge Stämme, die sich leicht fällen ließen, geschlagen oder auch ausgegraben, ja man beraubte sie einfach ihrer Äste oder gar den Stamm der Krone, den Stumpf dem Verderben überlassend. Solcherart von verstümmelten Bäumen bedeckte Flächen hatte ich anderswo noch nie gesehen. In derart willkürlich gelichtete Bestände fuhr der Sturm mit ganzer Gewalt und erzeugte Windbrüche großer Ausdehnung, die nicht aufgeräumt und Brutstätten von allem möglichen Holz verzehrenden Ungeziefer wurden. Einer geordneten Holznutzung war selbstverständlich das wenig entwickelte Kommunikationsnetz und die Verwilderung der Flußläufe genau so hinderlich wie der geregelten Ausnützung anderer Bodenschätze.

Unter serbischer Verwaltung standen einer geregelten systematischen Holznutzung nicht zuletzt die anders als in Mitteleuropa gearteten Eigentumsbegriffe entgegen. So wäre der Floßbarkeit des Ibar wegen beispielsweise eine systematische Ausnützung des Holzreichtums der Berge an seinem Oberlauf gewiß möglich. Aber die Bauern am Unterlauf betrachteten die angeflößten Stämme als «Strandgut» und verwerteten sie nach ihrem Gutdünken. So waren nur wenig Anlagen zur Waldnutzung vorhanden oder im Entstehen, die größte am Nordhange des Jastrebac im Kreise Kruševac, wo eine 18 km lange Seilbahn Holz aus 800 m Höhe zum Bahnanschlusse in Obiličevo nächst Kruševac förderte, statt der bisher ausschließlichen Förderung mittels Holzriesen zum Rasinatal. Aus dem ziemlich großen Sägewerk Strugara an der Westseite des Kopaonik wurde Holz nach Bruš geschafft, ein anderes größeres Sägewerk bei Belareka im Kreise Užice stand still. Auch in der Tara Planina hatte man mit der Holznutzung begonnen und am obersten Teile des Ibar besaßen die Brüder Draga aus Mitrovica eine Holzschlägerei mit einem kleinen Sägewerk bei den Orten Mojstir Islam und Mojstir Christian.

Nach Aufstellung der Militärverwaltung wurde bei der Wirtschaftssektion eine Forstabteilung errichtet (an deren Spitze Anfang Jänner 1916 der Forstrat der bosnisch-herzegowinischen

Landesregierung Miklau trat), bei jedem Kreise ein Kreisforstamt geschaffen und eine Anzahl tüchtiger Faehmänner ins Land gerufen. Sache der Kreisforstämter war die Hege und Pflege der Waldbestände, in erster Linie der staatlichen und der zum Teil in unsere Verwaltung übergegangenen Kirehengüter, aber auch die Anbahnung ihrer rationellen Ausnützung. Denn der Holzbedarf der Armeen im Felde, besonders an Bauholz, an Schwellen und Telegraphenstangen, der Munitionserzeugung an Harzen und Pechen war ein enormer und sollte, wo nur möglich, aus den besetzten Gebieten gedeckt werden. Der Forstabteilung, auch Forstdirektion genannt, oblag die Oberleitung und die Herbeischaffung des nötigen Arbeitsmaterials und, wo es not tat, der Arbeitskräfte.

Obwohl Forstrat Miklau in erster Linie Heger und Pfleger zu sein schien und zu einer großzügigen Ausnützung durch das Gouvernement nicht recht zu haben war, entstand doch noch unter seiner Geschäftsführung — er wurde im Winter 1917 durch den Landsturmhauptmann und österreichischen Forstrat Ingenieur Dimitz ersetzt — eine Anzahl von Waldbetrieben größerer und kleinerer Art, hauptsächlich vom zweiten Halbjahre 1916 an.

Zur Zeit der Aufstellung der Forstbehörden war die Schlägerung und das Sägewerk der Dragas bei Mojstir Islam von der 11. deutschen Armee bereits in Betrieb genommen und mit deutscher Tatkraft, mit allen erlangbaren zeitgemäßen Mitteln zu einem großen, leistungsfähigen Betriebe ausgestaltet worden. Erst nach langem Sträuben willigten die Deutschen im Jahre 1917 in die Übergabe. Schon vorher war nächst dem erwähnten Sägewerk ein Betrieb in Mojstir Christian errichtet worden, der ebenso wie der deutsche seine Erzeugnisse teils auf dem Ibar, teils mittels Waldbahn nach Mitrovica a. K. sandte, von wo sie mittels Vollbahn weiterbefördert wurden.

Bis zum Frühjahr 1918 entstanden sechs große Forstbetriebe und eine Anzahl kleiner lokaler Holznutzungen, die 34 km Lokomotivfeldbahn, 45 km Waldrollbahnen, 4 km Seilbahn und sechs Sägewerke mit zusammen zwölf Vollgattern und einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 40.000 m³ im Betriebe hatten. Im Sommer 1918 kam dann noch ein siebentes Sägewerk in Belgrad selbst hinzu. Für alle diese Betriebe wurden laut Schlußrechnung im Gebarungsjahre 1915/16 3220, im Gebarungs-

jahre 1916/17 aber 555.700 Kronen investiert. Mit Hilfe dieser Investitionen wurden vom Verwaltungsbeginn bis Ende Juli 1918 167.300 Festmeter Nutzholz im Gesamtwerte von 13,960.000 Kronen und forstliche Nebenprodukte im Werte von 120.000 Kronen mithin zusammen 14,080.000 Kronen gewonnen und ein Nettoertragnis von $7\frac{1}{2}$ Millionen Kronen erzielt. Zum Vergleiche sei angeführt, daß die serbischen Staatsforste in der Zeit von 1900 bis 1909 bei einem minimalen Ertragnisse von 6409 Dinaren (etwa 6000 Kronen) im Jahre 1902 und einem maximalen von 574.940 Dinaren (etwa 550.000 Kronen) im Jahre 1908 einen Durchschnittsnettoertrag von 221.181 Dinaren (etwa 200.000 Kronen) abwarfen.

Die Forstbetriebe waren: Avalla südlich Belgrad (Holzförderung von den Schneusen und Riesen teils mittels Ochsenfuhrwerken auf der Chaussee, teils mit Waldschleppbahnen zur Eisenbahn im Tale und nach Belgrad zum weiteren Verschnitt); besonders leistungsfähig Naupara auf dem Nordabhange des Jastrebac, unter dem in jeder Beziehung initiativen Leiter des Kreisforstamtes von Kruševac, Artilleriehauptmann Ing. Felner von Feldegg (Holzförderung teils auf der Seilbahn zur Eisenbahnstation Obiličevo, teils auf der Rasina zur Bahn im Moravatal); Trstenik nördlich der westlichen Morava, von wo das Holz auf Ochsenfuhrwerken direkt zur Bahn gebracht wurde; Mojstir Islam und Mojstir Christian westlich von Mitrovica a. K.; Sokoljagrab, südlich Kraljevo, mit einer Lokomotivfeldbahn, Ende 1917 erschlossen; Tara Planina im Kreise Užice (Holzförderung teils in Riesen direkt, teils mittels Drahtseilbahn zur Drina und dann Flößerei zur Save mit Anschluß an die Bahn in Rača). Die Lage dieser Forstbetriebe zeigt zur Genüge, wie sehr das vorhandene spärliche Kommunikationsnetz die Ausnützung des Holzreichtums beeinflußte. Die Mitte der großen südlichen Waldzone blieb, von kleinen Schlägerungen lokaler Bedeutung abgesehen, unausgenützt.

Große Bedeutung kam der Schwellenproduktion und der Erzeugung von Telegraphenstangen zu. Diese Erzeugnisse dienten nicht nur den eigenen Bedürfnissen, sondern gingen auch nach Mazedonien, an die italienische Front, ja sogar in das waldreiche Siebenbürgen und nach Syrien.

Auch große Mengen Fliegerholz wurden in den Jahren 1917 und 1918 gewonnen, wobei unter anderem auch der schöne Be-

stand an Erlenholz nächst dem Jagdshlößchen bei Batočina zum Opfer gebracht werden mußte.

Als Arbeitskräfte kamen neben Forstpersonal von Beruf aus Österreich-Ungarn oder Bosnien als Waldhüter verlässliche Einheimische in Betracht. Die Arbeiter in den Betrieben waren zum kleineren Teile Kriegsgefangene, zum größeren Teile die organisierten einheimischen Arbeitskräfte. Grund zur Klage haben diese Abteilungen fast nie gegeben; im Gegenteile, sie harrten auch zum Schlusse, zur Zeit der Räumung, meist brav aus, bis sie nach Hause entlassen wurden. Allerdings sorgte die Verwaltung nach besten Kräften für ihr materielles Wohl.

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die zerfahrene «Kriegswirtschaft» des Hinterlandes wirft nachfolgende Episode: Ausgestaltung des Heeres und große Verluste an Handwaffen im Felde zwangen zur Massenerzeugung von Gewehren, die enorme Quantitäten geeigneten Holzes für Gewehrschäfte erforderte. Um den Staat vor Preistreibereien monopolisierender Händler zu schützen, wurde auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes der freie Ankauf von Nußholz, Rustenholz, Ahorn u. dgl. ohne staatliche Bewilligung verboten. In Serbien hatte eine Wiener Firma, die vom Erscheinen der erwähnten Verfügung wußte, vor Übernahme der Verwaltung durch mich 100 Waggons durchaus erstklassiges Nußholz aufgekauft und auch die Ausfuhrbewilligung erwirkt. Natürlich wurde die eben erwähnte Verfügung auch in Serbien erlassen, nur in präziserer und schärferer Form. Ein Telegramm an das Wiener Kriegsministerium gab hievon Kenntnis und teilte zugleich mit, daß die Ausfuhr des Holzes auf Rechnung der Firma ungesetzlich wäre, das Holz deshalb nach dem Einlangen in Wien um den in Serbien geltenden Höchstpreis zuzüglich der Transportkosten zu beschlagnahmen sei. Die Firma protestierte und ging zum Gericht. Dieses verfügte vor allem, daß die ganze Ladung bis zur Austragung des Prozesses als «corpus delicti» an Ort und Stelle zu verbleiben habe! Dagegen half keine Vorstellung, wie dringend das Holz benötigt werde. Fiat Justitia! Schließlich brauchte die Bahnverwaltung das Geleise und die Lowries. Die Kriegsverwaltung mußte neben dem Geleise einen Streifen von etwa 1 ha besten hochwertigen Ackerlandes mieten — im Marchfelde nächst Wien! —, ein Feldbahngeleise legen, das Holz auf das Feld

führen und dort liegen lassen. Monat um Monat, Jahr um Jahr verstrich. Fallweise gingen Vorstellungen vom Kriegsministerium an das Gericht ab. Die gefällten Riesen mächtigen südlichen Baumwuchses begannen in den Boden einzusinken. Die Monarchie brach zusammen, aber das Holz blieb liegen und der Prozeß war im März 1923 noch immer nicht entschieden. . . .

Die Regelung von Jagd und Fischerei war ebenfalls Sache der Forstabteilung und der Kreisforstämter. In den dichtest besiedelten Gegenden Serbiens war der reiche Wildstand in einer Art gelichtet, die zu der Dichtigkeit der Bevölkerung in keinem Verhältnisse stand. — Während der Kriegszeit trat eine ganz eigenartige Wildart hinzu — Rudel verwilderter Hausschweine — die in den Kulturen manchmal recht ansehnliche Verwüstungen anrichteten. Ebenso hatte das Raubzeug, besonders Füchse und Marder, arg zugenommen und sich stellenweise zur Landplage entwickelt. Wegen der Entwaffnung der Bevölkerung war es unmöglich, anderen Leuten als dem beruflichen Forstpersonale, ferner den Offizieren und Beamten die Erlaubnis zur Ausübung der Jagd zu geben. Bei der verhältnismäßigen Geringfügigkeit des normalen Wildstandes — nur Wasserwild an der Donau und Save war zahlreich — war dies auch vollkommen ausreichend. Wo das Raubzeug überhand nahm oder gegen die Rudel verwilderter Hausschweine wurden Bezirks-treibjagden unternommen. Als sich im Kreise Palanka im Jahre 1918 der Wildstand (vornehmlich Hasen) infolge der Anordnung von Schonzeiten so vermehrt hatte, daß dessen Massenabschuß im Interesse der Landwirtschaft lag, wurde auch verlässlichen Einheimischen die Schußerlaubnis erteilt. Sie erhielten Gewehre vom vorgesetzten Kommando, mußten sie aber nach der Jagd wieder abgeben.

Der Fischreichtum der Donau und Save war zur Zeit des serbischen Regimes nur wenig ausgenützt worden. Bald nach der Einnahme von Belgrad begann das Kommando der Belgrader Militärpolizei unter Oberstleutnant Crevato zur Erleichterung der damals recht traurigen Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung die Fischerei in der Donau und Save wieder zu beleben. Polizeiobersleutnant Dr. Jellich, ein passionierter und erfahrener Fischer, richtete eine Fischereistation am Donauufer in sehr verständnisvoller Weise ein. Bald entwickelte sich die an Größe und Leistungsfähigkeit immer mehr zunehmende Po-

lizeifischerei, der ich im Jahre 1917 auch ein kleines Motorboot zuteilen ließ, so daß nun große Netze geschleppt werden konnten, zu einem bedeutungsvollen Faktor für die Approvisionierung der Gouvernmenthauptstadt. An fleischlosen Tagen konnte bei äußerst billigen Preisen nicht nur der Fischbedarf der Belgrader Bevölkerung, sondern auch der der Truppen gedeckt werden. Es kam sogar zur Ausfuhr. So wurde der Fischbedarf der großen Menagen des Kriegsministeriums (5000 bis 6000 Personen), des Armee-Oberkommandos und der Quartiermeister-Abteilung (2000 Personen) zu Ostern und Weihnachten nahezu ganz, der der Budapester Garnisonsmenage größtenteils durch die Polizeifischerei gedeckt. Nach diesem Muster richteten auch die Kreiskommandos in Šabac und Semendria-Palanka Fischereien ein; die Finanzwachposten an der Save und Donau wurden mit der Überwachung der Fischerei in ihren Bezirken betraut. Nach dem von der deutschen Etappenkommandantur in Semendria gegebenen Beispiel kam auch in Belgrad eine Anlage zur Räucherung und Pökeln von Fischen zustande. Zum Pökeln wurden hauptsächlich Stücke des sehr fetten Wels oder Wallers, dann Knorpelfische (Hausen, Stierl) genommen. Diese sehr wohlsehmeckende, dauerhafte und nahrhafte Konserve war allenthalben sehr beliebt.

Berg- und Hüttenwesen.

Steingewinnung, Mineralwässer.

Serbien ist reich an Erzen und nutzbaren Mineralien. In den vulkanischen Schichten und in deren Kontakt mit anderen Schichten besitzt es zahlreiche Lager von Kupfer- und Bleierzen, Antimon, Zink und Eisen, silber- und quecksilberführende Erze, untermischt mit kleinem Goldvorkommen; Kohle, vom Lignit und kalorienreicherer Braunkohle bis zum Anthrazit, ist in ausreichendem Maße vorhanden. Die mineralreicheren Schichten sind leider in den kommunikationsärmeren, oft nahezu kommunikationslosen Teilen des Landes gelegen. Zur Römerzeit waren viele Bergbaue, zum Teil in heute abgelegenen Gebieten, im Betriebe. Von den imposanten Überbleibseln eines Bleibergbaues, von den zutage liegenden riesigen Schlaekenhalden zu Babe, zog noch die Militärverwaltung während des Weltkrieges

Nutzen. Auch im Mittelalter waren noch viele Bergbaue im Betriebe.

Die serbische Regierung, besonders jene des Kabinetts Nikola Pašić, der selbst ein Fachmann im Berg- und Hüttenwesen war, gab sich alle Mühe, ausländisches Kapital ins Land zu locken, um den Bergbau wieder zu beleben. Aber das Verbringen von Erzen verschiedensten, auch oft verhältnismäßig geringen Gehaltes viele Tagereisen weit auf langsamen Ochsenfuhrwerken von nur 4 bis 5 q Ladefähigkeit zur Verhüttung oder zur Bahn ist nicht rentabel. Dementsprechend erwiesen sich viele der verliehenen und von ausländischen Kapitalisten erworbenen Konzessionen als wertlos, viele waren nur Veranlassung zu einem schädlichen Raubbau, andere wieder wurden eingestellt, weil das Mißtrauen und geringe Entgegenkommen von Volk und rasch wechselnder Regierung das Arbeiten und das Ausführen der Produkte unmöglich machten. So kam es, daß es in Serbien verhältnismäßig zahlreiche verlassene oder begonnene Bergbaue oder wenigstens Versuche zu solchen gab, die Zeugnis ablegen, daß es an Unternehmungslust nicht gefehlt hat, wohl aber an Ausdauer und Verständnis. Der größere Teil der nach ihrer Lage zum Kommunikationsnetze abbaufähigen und rentablen Erzvorkommen, die im Jahre 1912 Werte von 16 Millionen Dinaren produziert hatten, lag auf dem bulgarischen Besetzungsgebiete. Nur etwa 40 bis 45 % der erschlossenen oder erschlossen gewesenen Erzlager, deren Abbaufähigkeit im Bereiche naher Möglichkeit zu sein schien und eine den Kriegsverhältnissen entsprechende Rentabilität versprach, lagen im Gouvernementsbereiche. Die Not an Kriegsmetallen ließ die Hecresverwaltung sofort an die bergmännische Ausnützung des Landes schreiten. Noch wurde nicht allzu weit von Belgrad gekämpft, als bereits in Crveni brg bei Ripanj, am Fuße des Avalla, mit dem Abbau von Bleierzen begonnen, Maschinen instand gesetzt und neue etabliert wurden. Noch vor Aufstellung des Gouvernements im Dezember 1915 erschien in Belgrad der zukünftige Leiter des Bergamtes, Landsturmhauptmann Dr. Ing. Kern,*) mit einigen

*) Ich möchte bei dieser Gelegenheit dieses meines hervorragenden Mitarbeiters gedenken. Er war der einzige Funktionär, den man mir, trotzdem er sich glänzend bewährt hatte, nicht nahm. Mit einer außerordentlich glücklichen, stets heiteren und darum immer arbeits- und entschlußfreudigen Charakterveranlagung verband Kern die Gesetzeskenntnis des gewiegten Juristen, die rasche Auffassung,

Offizieren und Beamten, um das, was vom serbischen Bergamt noch vorhanden war, zu übernehmen.

Auf Grund des im serbischen Bergamte und im Privatbureau des Ministerpräsidenten Pašić vorgefundenen Materials, das, oft zu propagandistischen Zwecken zusammengestellt, für die reale Wirklichkeit der Kriegsverhältnisse nicht immer zutreffend war, rekognoszierte man die im Betriebe gestandenen und aufgelassenen Bergwerke hauptsächlich nach Vorkommen der sogenannten Kriegs- oder Sparmetalle, Blei, Kupfer, Zink, Zinn und Antimon. Kreis- und Bezirkskommandos sowie die Gemeinden hatten über derlei zu berichten und Erzproben dem Bergamte einzusenden. Zur Ermöglichung rascher Arbeit, schneller Besorgung der notwendigen Maschinen, Geräte und sonstigen Bergbaumaterialien entsandte das Kriegsministerium einen Verbindungsoffizier nach Belgrad.

Soleherart wurden nun bis Juli 1916 sieben Berg- oder Hüttenwerke in Betrieb gesetzt:

Das Bleibergwerk Ripanj (Crveni brg) am Südfuße des Avalla, durch Schleppbahnen mit der nahen Eisenbahnstation Ripanj verbunden: Jahreserzeugung über 1300 t ziemlich silberhaltiger Bleierze. Verhüttung teilweise an Ort und Stelle, größtenteils aber in dem unweit der Eisenbahnstation Ralja gelegenen Babe. Hier erfolgte die Verhüttung der Derberze und der bereits in Ripanj konzentrierten Mittel- und Armerze sowie die Aufbereitung reinen Bleies aus den riesigen Schlaekenhalden eines großen alten römischen Bergbaues, aus dem man im Jahre etwa 120.000 t stark bleihaltige Bleischlaeke und 500 bis 1000 t reines Werkblei gewann. Ferner das Bleibergwerk Rudnik im Kreise Gornji Milanovac, das im ersten Betriebsjahre über 6000, im zweiten etwa 3000 t Bleierz lieferte. Die Förderung hätte eine größere sein können, aber die Abtransportmöglichkeiten waren keine günstigen. Erst mit der im September 1918 erfolgten Fertigstellung der Bahn Lajkovac—Čačak, die so nahe an Rudnik vorüberführte, daß an eine Verbindung mit dem Bergwerke durch ein Schleppgeleise gedacht werden konnte, hätte sich die

Anpassungsfähigkeit und den Ideenreichtum des tüchtigen Technikers und die Entschlußfreudigkeit, das Draufgängertum und die nimmermüde Zähigkeit des echten Soldaten. Niemals hat ihn ein fehlgeschlagener Entschluß kleinmütig gemacht oder gar entmutigt, stets war er immer wieder von neuem bereit, noch einmal von vorne anzufangen.

Bedeutung und Leistungsfähigkeit dieses zukunftsreichen Bergbaues voll entwickelt. In Rudnik mußten des schwierigen Abtransportes wegen neue leistungsfähige Maschinen zurückgelassen werden. Ob die Serben versuchten, das Werk wieder in Betrieb zu setzen — den Vorschlag des Leiters, den Bau zu ersäufen und auszubrennen, hatte ich in Anbetracht des voraussichtlichen baldigen Endes des Kampfes abgelehnt — weiß ich nicht.

Blei, und zwar Werkblei, jährlich etwa 20 t, wurde auch im Antimonbergwerke Krupanj gewonnen. Dieses sowie das ebenfalls im Südteile des Šabacer Kreises gelegene Antimonbergwerk Zajača hatten unter Ungunst der Verkehrsverhältnisse zu leiden. Beide lagen in dem hohen Mittelgebirge der Jagodina Planina, an einer schlecht gehaltenen Straße, die in zwei Tagesreisen die Schmalspurbahn Kobiljača—Ložnica—Šabac erreichte, wo wieder auf Samedampfer umgeladen oder mittels Trajekt nach Klenak überschifft werden mußte. Der Verkehr wurde mittels zweier Lastautos, wovon eines der schwierigen Straße wegen fast immer in Reparatur war, der Hauptsache nach aber mit Büffel- und Ochsenfuhrwerken bewerkstelligt. Trotzdem produzierte Krupanj außer Blei etwa 2500 t Antimonarmerz, 500 t Antimonreicherz und 150 t Antimonmetall; Zajača im zweiten Betriebsjahre 500 t Antimonarmerz und je etwa 10 t Antimonreicherz und Antimonmetall jährlich. Angesichts des Antimonmangels der Mittelmächte mußten Zajača und Krupanj ausgenützt werden, auch wenn sich kein kaufmännischer Gewinn ergab. Das weitaus größte Bergwerk war das auf bulgarischem Verwaltungsgebiete gelegene, mit den Deutschen gemeinsam betriebene Bergwerk von Majdanpek, wo jährlich auf österreichisch-ungarische Rechnung allein über 5500 t Schwefelkies, über 6000 t Eisenerz, 180 bis 190 t Schwarzkupfer und etwa 1200 t Kupfermatte gefördert wurden. Die Erzeugnisse dieser Bergwerke wurden, soweit es die Transportverhältnisse gestatteten, zur Gänze ausgeführt. Bis Ende März 1918 hatte diese Ausfuhr bereits den Wert von über 18 Millionen Kronen erreicht.

Im Lignitbergwerk Vlaškapolje im Kreise Belgrad-Land, unweit der Hauptbahn, wurde minderwertige Braunkohle geschürft, die hauptsächlich zur Brennstoffversorgung von Belgrad und anderer größerer Städte in der Nähe der Bahn diente; ein geringerer Prozentsatz wurde nach Ungarn ausgeführt und als

Tauschartikel benutzt, teils zur Erleichterung der materiellen Versorgung der Arbeitskräfte, teils zum Austausch gegen geringe Menge hochwertiger Kohle. Die Kohlenversorgung des Gouvernements war überhaupt ein nicht leicht lösbares Problem, das der wirtschaftlichen Ausbeutung um so mehr entgegenstand, als die Hinterlandsbehörden immer Schwierigkeiten machten, wenn es sich einmal um die allerbescheidenste Anforderung für das «gottgesegnete Serbien» handelte, das nach Vorstellung der Hinterlandsmenschen «in Fett schwamm», obwohl man ganz gut «in Fett schwimmen» und doch keine Steinkohlen haben kann.

Die Ausnützung eines Steinkohlenlagers bei Ušće *) erwies sich aus technischen Gründen als undurchführbar. Ein Bahnbau im Ibartale war wegen Personalmangels nicht ausführbar. Ohne Bahn aber wären, um täglich nur zwei Waggon Kohle an die Bahn zu bringen, bei normalen Witterungsverhältnissen unter Berücksichtigung eines Reparaturstandes mindestens 45 Lastautos oder 250 Pferde oder Ochsenfuhrn, bei schlechtem Wetter aber 400 bis 500 notwendig gewesen. Erhöhte man aber die tägliche Förderung auf 4 bis 5 Waggon, was durchaus möglich war und das Werk erst so recht rentabel gemacht und Serbien mit der Kohlenversorgung, einschließlich der Bahnen, einigermaßen unabhängig gemacht hätte, so waren 800 bis 1000 Fuhrwerke erforderlich. Wohl wären Fuhrwerke und Zugtiere zur Not aufzubringen gewesen, kaum aber deren Versorgung in der schwierigen Gebirgsgegend. Überdies erklärte der Chef der Verkehrsabteilung, die Straße bei derartiger Beanspruchung mit den verfügbaren Kräften nicht dauernd in brauchbarem Zustande erhalten zu können. Um wenigstens die noch vom früheren Betriebe zutage liegende Kohle nützen zu können, hatten

*) In einem bei Raska mündenden Seitental des Ibar befindet sich ein mehrere Meter mächtiger, einige Kilometer langer Flötz einer hohen Kalorienwert aufweisenden, mit Anthrazit untermischten Steinkohle. Eine belgische Gesellschaft hatte, das serbische Projekt einer Ibartalbahn gewissermaßen im voraus eskompierend, dort einige Jahre vor dem Kriege das Schurfrecht erworben. Die geringen Abtransportmöglichkeiten machten aber den Abbau gänzlich unrentabel, so daß er nach Jahresfrist eingestellt wurde, ohne daß die zutage geförderten Kohlenmengen ganz abtransportiert worden wären. Diese bildeten noch zur Zeit unserer Besitzergreifung und während derselben eine ansehnliche Masse, die durch Gelegenheitsfuhrwerke teilweise fortgebracht und derart nutzbar gemacht wurden.

die von Mitrovica leer nach Kraljevo zurückfahrenden Lastautos und Staffel in Ušće bis zur vollen Ladefähigkeit Kohle zu laden. Derart wurden täglich immerhin durchschnittlich 2 bis 5 t Kohle zur Moravatalbahn gebracht und dort an die Heeresbahn «Süd» abgegeben.

Hauptmann Kern gelang es wohl, aus den durch die Deutschen betriebenen Braunkohlenbergwerken im bulgarischen Besetzungsgebiet etliche 100 Waggons guter Braunkohle herbeizuschaffen, aber dies war nur fallweise möglich und deckte nicht den Bedarf. Aber eines Tages trat Hauptmann Kern doch mit einem besonders freudigen Lächeln in mein Dienstzimmer zum Referat ein. Er hatte entdeckt, was wir brauchen konnten. Bei Dolnji Gorevnica, etwa 7 km von der Station Prijeljina der in ihrem unteren Teile schon fertigen Schmalspurbahn Lajkovae—Čačak, hatten seine Organe — es war im Spätherbste 1917 — einen mächtigen, nahezu zutage liegenden, anscheinend mehrere Kilometer langen und etliche Meter mächtigen Flöz einer hochwertigen Braunkohle von 3500 bis 3800 Kalorien Heizwert, also jenem der bekannten Duxer Braunkohle gleichwertig, aufgefunden. Mit dem Abbau konnte ohne weitere Vorbereitung bald begonnen werden; die Verbindung der zu eröffnenden Grube mit der Bahn Lajkovae—Čačak konnte von der Verkehrsabteilung mit eigenen Mitteln aufgenommen werden. Hauptmann Kern hoffte nach Eröffnung der Grube 30 Waggons, später 80 bis 100 Waggons im Monate fördern zu können. Mit Eröffnung dieser Grube waren alle industriellen Einrichtungen des Gouvernements einschließlich der in Fertigstellung begriffenen Zuckerfabrik von Hinterlandskohle unabhängig; auch der Bahnbetrieb Lajkovae—Čačak konnte einen Teil seiner Betriebskohle — große Geschwindigkeiten waren ja nicht erforderlich — sozusagen an Ort und Stelle decken.

In den Bergbaubetrieben wurden ausschließlich Militärpersonen als technisches Personal, für Kanzlei- und Aufsichtsdienste hauptsächlich militärische oder militarisierte männliche und weibliche Hilfskräfte, im übrigen Einheimische verwendet. Das eigentliche Arbeitspersonal bildeten bis auf einen kleinen Stamm militarisierter Vorarbeiter zum Schlusse ausschließlich Kriegsgefangene oder Einheimische.

Serbien hat viele wertvolle Steinbrüche. Hier seien jene am Venčae bei Arangjelovae besonders erwähnt, wo ein weißer

Marmor von seltener Schönheit gewonnen wird, der nach Ansicht von Fachleuten den berühmten Marmor von Carrara übertrifft und seinen schönen Glanz länger behält als dieser. Der Bruch wurde im Jahre 1917 von der Kriegsgräberabteilung wieder in Betrieb gesetzt und zur Ausschmückung der Heldenfriedhöfe verwendet. Ferner befanden sich an der Hauptbahnlinie bei Ripanj und Ralja Zementwerke, die wieder in Betrieb gesetzt wurden.

Sehr reich ist das Land an Säuerlingen, meistens Kohlen-säuresäuerlingen, und an Heilquellen. Besonders erstere sind des oft schlechten und verdorbenen Trinkwassers wegen vom sanitären Standpunkte von großer Bedeutung.

Handel, Gewerbe und Industrie.

Schon vor dem Kriege waren Handel und Gewerbe in Serbien in einer Art Krise. Der Übergang von der Hausindustrie zur fabrikmäßigen Erzeugung befand sich noch in seinen Anfangsstadien. Aber auf dem Markt begannen ausländische, sehr oft minderwertige, aber relativ billige Fabriksindustrieerzeugnisse besonders in den größeren Städten die Erzeugnisse ländlicher Hausindustrie immer mehr zu verdrängen. Die ersten Reibereien mit Österreich-Ungarn, das Bestreben, sich industriell von diesem unabhängig zu machen, der Balkankrieg wirkten auf den Handel sehr störend ein; im Weltkrieg hörte jeder Handelsverkehr bald ganz auf; die einzige Bahnverbindung mit der Außenwelt, über Saloniki, konnte kaum den militärischen Anforderungen Genüge leisten, für Handel und Verkehr blieb nichts übrig. Die Besetzung des Landes vernichtete den letzten Rest von Handelsverkehr.

Wohl wurden bald nach der Besetzung Belgrads die Geschäfte wieder geöffnet, aber die geringen Warenbestände, die, wenn sie Kriegsrohstoffe enthielten, außerdem zum großen Teile der Beschlagnahme, wenn auch gegen Bezahlung, verfielen, konnten dem Bedarfe nicht genügen. An die Wiederbelebung der nicht mit der Kriegführung und der Landesverwaltung im Zusammenhange stehenden Industrie konnte bei dem Mangel an überschüssigen Arbeitskräften um so weniger gedacht werden, als sich diese Industriezweige schon im Frieden wenig oder gar nicht als rentabel erwiesen hatten, mithin weder als Ein-

nahme der Staatsverwaltung noch aber als Anlagewert heimischen Kapitals in Betracht kamen.

Auch der Mangel eines stabilisierten Geldwertes war hinderlich. Es gab im Gouvernementbereiche zwei gesetzliche Zahlungsmittel, die österreichische Krone und den serbischen Dinar. Für diesen letzteren bestand kein eigentlicher Zwangskurs, er war aber auch nicht außer Verkehr gesetzt und eingezogen, in den beiden ersten Jahren der Okkupation auch nicht abgestempelt worden. Nach der Einnahme Belgrads hatte das Heeresgruppenkommando Mackensen lediglich verfügt, daß der Dinar, den damals niemand in der Bevölkerung mehr annehmen wollte, von allen öffentlichen Kassen im Verhältnisse 1 K = 2 Dinare eingelöst werde und daher auch von jedermann zu diesem Kurse zu nehmen sei. Es war also eine Art Schutzkurs, kein Zwangskurs.

Zur Wiederbelebung des Handels und der Handelsbeziehungen der Monarchie wurde im ersten Halbjahre 1916 eine «Warenverkehrszentrale» geschaffen. Zum ersten Chef der Warenverkehrszentrale wurde der Husarenrittmeister Dr. pol. Alexander von Schneider, nach dessen Ernennung zum Handelsattaché in Sofia im Jahre 1917 der bisherige Leiter der Exportstelle Üsküb und Kommandant der dortigen Zigarettenfabrik, Hauptmann, später Unterintendant, Arnold Hirt, ernannt. Sie war das Organ des Militär-Generalgouvernements für die Vermittlung, Regelung und Förderung des Handelsverkehrs zwischen dem serbischen Okkupationsgebiete und dem Kreise Peja (Ipek) des Militär-Generalgouvernements einerseits, der Monarchie und dem neutralen Auslande andererseits.

Ihr Wirkungskreis umfaßte:

1. Die Ermittlung und fortlaufende Evidenthaltung des durch Einfuhr aus der Monarchie und aus dem neutralen Auslande zu befriedigenden Bedarfes des Okkupationsgebietes an Handelsartikeln auf Grund der aus Mitteilungen und Berichten der Kreiskommandos, durch Fühlungnahme mit den Handelskreisen und aus sonstigen Informationen gewonnenen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes.

2. Die Erwirkung der Bewilligung zur Ausfuhr (Durchfuhr) der für die Versorgung der besetzten Gebiete erforderlichen, in der Monarchie mit Ausfuhr- (Durchfuhr-) Verbot belegten Waren durch Erwirkung

- a) der Befreiung bestimmter Warengattungen vom Ausfuhrverbote,
- b) periodisch sich erneuernder Ausfuhrkontingente,
- c) der fallweisen Bewilligung zur Ausfuhr (Durchfuhr) bestimmter Waren in bestimmten Mengen.

3. Die Verteilung der auf bestimmte Warengattungen und Mengen beschränkten Kontingente, bei Bedachtnahme auf die gleichmäßige Befriedigung der Bedürfnisse des Okkupationsgebietes.

4. Die Entgegennahme und die Erledigung von Gesuchen um Bewilligung zur Ausfuhr von Waren aus der Monarchie.

5. Die fortlaufende Evidenthaltung der für die Ausfuhr in die Monarchie verfügbaren Überschüsse der landwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Produktion des Okkupationsgebietes.

6. Über ihren Antrag konnte das Militär-Generalgouvernement

- a) die Ausfuhr für bestimmte Warengattungen allgemein zu lassen,
- b) die Ausfuhr gewisser Waren zeitweilig oder in bestimmten Mengen gestatten und demgemäß die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für bestimmte Warengattungen innerhalb eines beschränkten Zeitraumes oder in beschränkten Mengen gestatten,
- c) die Erteilung der Bewilligungen zur Ausfuhr seiner fallweisen Entscheidung vorbehalten.

Die Warenverkehrszentrale nahm die Gesuche um Bewilligung zum Einkaufe und zur Ausfuhr von Waren aus dem Okkupationsgebiete entgegen, erteilte innerhalb der ihr zur Verfügung gestellten Kontingente und nach den erhaltenen Weisungen die Ausfuhrbewilligungen oder holte, wenn es sich um nicht kontingentierte Waren handelte, die Entscheidung des Gouverneurs ein und fertigte die Ausfuhrzertifikate aus.

Ihr Wirkungskreis erstreckte sich auch auf den zu Montenegro gehörenden Kreis Peja (Ipek), dessen Warenverkehr sich über Skoplje (Üsküb) und Mitrovica a. K. bewegte; es war nur natürlich, daß auch die Kontrolle dieses Verkehrs Belgrad zukam.

Die Einfuhr forderte eine enge Anlehnung an die Zentralstellen in Wien und Budapest. Der dringende Charakter der Erledigung machte Interventionen notwendig, als deren erfolgs-

reichste Form sich die persönliche Fühlungnahme erwies. Zur Erzielung einer solchen wurde am 7. August 1916 die Errichtung je einer gemeinsamen Expositur aller Warenverkehrszentralen der besetzten Gebiete in Wien und Budapest angeordnet.

Der nach Wien entsendete Vertreter fungierte dort als zugeteilter Offizier, der in Budapest als Leiter der Expositur.

Während im Hinterlande durch die Schaffung der erwähnten Exposituren entsprechende Spezialorgane zur Verfügung standen, stellten die Verbindung zur Provinz die Handelsreferenten der einzelnen Kreiskommandos her. Weitere Organe waren die Exposituren in Üsküb (Mazedonien) und Mitrovica a. K. und von 1917 an ein dem Verbindungsoffizier in Niš zugeteilter Offizier. Die Expositur in Üsküb, der ursprünglich auch die dortige k. u. k. Zigarettenfabrik unterstellt war, hatte Handelsverbindungen der Monarchie mit Mazedonien herzustellen, um Rohstoffe — besonders Felle, Häute, ferner Tabak u. dgl. — durch Kauf aufzubringen und als merkantile Nachrichten- und Auskunftsstelle zu dienen. Ähnlich, nur beschränkter, denn das bulgarische Verwaltungsgebiet war deutsches Aufbringungsgebiet, waren die Agenden des in Niš exponierten Offiziers.

Nicht ihr unterstellt, aber auch in dieses Gebiet gehörend, waren die Rohstoffzentrale, Leiter Rittmeister Krumpöck, im Frieden Fabrikant, und die Metallsammelstelle. Ersterer oblag die Aufbringung der für die Kriegführung, vor allem für die Ausrüstung und Bekleidung der Armee notwendigen Textilien und Leder, aber auch von Hadern, Knochen u. dgl. Der Metallsammelstelle hingegen kam die Einsammlung und Absendung der Metallgegenstände zu. Erstere hatte eine entsprechende Organisation, ihre Einkäufer, Übernahmstellen und Nachrichtenorgane im Lande, ferner eine oder zwei Sortierstationen für das eingelieferte Material, während die letztere ausschließlich mit Hilfe der Exekutivbehörden arbeitete. Diese waren es auch, welche die Abnahme der Metallgegenstände, den Ersatz und die Auszahlung der Geldentschädigungen durchführten.

Einfuhrwaren bildeten vorwiegend solche Bedarfsgegenstände, welche die Monarchie leichter abgeben konnte, wie Konfektions-, Glas-, Metall-, Eisen-, Papier- und Lederwaren, ferner Galanteriewaren, dann landwirtschaftliche Maschinen und Ge-

räte, ferner chemische Produkte. Eine weitere Gruppe bildeten die Monopolartikel, Salz, Zucker, Petroleum, Spiritus, Tabak, Zünder und Zigaretten.

Ausfuhrwaren waren landwirtschaftliche und Forstprodukte, dann tierische und pflanzliche Rohstoffe. Während aber die Beschaffung, Sicherstellung oder Vermittlung der Einfuhrartikel nahezu ganz Sache der Warenverkehrszentrale war, beschäftigte sie die Ausfuhr nur insoweit, als es sich um Überschüsse handelte, die nach Befriedigung des Heeresbedarfes für die Zivilapprovisionnement des Hinterlandes freigegeben wurden. Die Monopolartikel wurden zum Teil von der Finanzabteilung beschafft, der auch der Vertrieb aller Monopolartikel mit Ausnahme des Zuckers oblag. Die Verwaltung des Zuckermonopols war Aufgabe der Warenverkehrszentrale, weil Zucker nicht nur zur Versorgung der Bevölkerung diente, sondern auch zum Austausch von Vieh, Fett und Rohstoffen aller Art in den Nachbargebieten teils für den Heeresgebrauch, teils für die Zivilapprovisionnement des Hinterlandes. Auch bei der Geflügel- und Eieraufbringung wurde oft Zucker als Zahlungsmittel verwendet. Meist war der gangbare Schlüssel 2 kg Zucker für 1 kg Fett, 1½ kg Zucker für 1 kg Fleisch (Lebendgewicht) und 1 kg Zucker für 1 kg Mehl.

War die Ausfuhr, soweit sie nicht Heeresbedarf war, beschränkt, so litt auch die Einfuhr an den vielen Einschränkungen, die im Hinterlande der Ausfuhr auferlegt wurden. Hier helfend einzugreifen und Hindernisse zu beseitigen, war die Warenverkehrszentrale mit Erfolg bestrebt. So gelang es nach und nach, den Handel wieder zu beleben und die Fäden alter Handelsbeziehungen, die der Krieg zerrissen hatte, wieder aufzunehmen. Es ist selbstverständlich, daß es trotz alledem nicht möglich war, in der kurzen Zeit von wenig mehr als zwei Jahren wieder alles alte herzustellen. Trotzdem wäre es ganz falsch, aus den Ein- und Ausfuhrziffern der Warenverkehrszentrale und dem Vergleich mit der Friedenszeit bündige Schlüsse ziehen oder auch nur auf das Aktivum oder Passivum der Handels- oder, besser gesagt, volkswirtschaftlichen Bilanz des Verwaltungsgebietes schließen zu wollen. Führten doch die anderen Abteilungen des Gouvernements unvergleichlich mehr aus.

So war die eigentliche Handelsbilanz des Gouvernements schon 1916/17 überaktiv, wie damals wohl kaum ein anderes

Land in Europa. Und dieses Verhältnis nahm ständig zu, denn die Ausfuhr stieg im folgenden Jahre 1917/18 um etwa 40 bis 60 % und überstieg in dem nur begonnenen Verwaltungsjahr 1918/19 (vier Monate) bei der Ernteverwertungszentrale allein die Ausfuhr des Vorjahres an Getreide und Mahlprodukten um 100 %.

Im zweiten Halbjahre 1917 wurde die Warenverkehrszentrale mit der Einleitung einer Textilwaren-Aufbringungsaktion betraut, welche die Vorräte im Hinterlande schonen und der Heeresverwaltung relativ billig Textilwaren verschaffen sollte. Eine Anzahl von Textilwaren wurde als beschlagnahmt erklärt und zu festgesetzten Preisen eingezogen.

Hiebei wurden im Jahre 1917 aufgebracht:

	Im Werte von
Strick- und Webgarne	K 360.000'—
Matratzen- und Rolettengradl.	„ 84.000'—
Bundware (Zephir, Oxford) usw.	„ 83.000'—
Barchente	„ 92.000'—
Geblichte Ware	„ 13.000'—
Jute und Kongreß	„ 25.000'—
Mollinos usw.	„ 63.000'—
Weißwaren	„ 47.000'—
Summe	K 767.000'—

Von den 70 von der Beschlagnahme betroffenen Firmen machte eine einzige Firma, bei welcher Waren im Werte von 580 K beschlagnahmt wurden, auf einen Requisitionsschein Anspruch, woraus hervorgeht, daß die Kaufleute selbst bei billigerer Festsetzung der Preise als im Hinterlande mit den Preisen zufrieden waren. Im Jahre 1918 war die Ablieferung begreiflicherweise eine geringere.

Von den durch die Rohstoffzentrale aufgebrachten Rohstoffen stehen mir nur mehr Daten über die Aufbringung von Häuten und Fellen, dann von Knochen, Klauen und Hörnern zur Verfügung. Bei Rindshäuten zeigt sich, daß im Jahre 1916/17 die Friedensausfuhr des guten Jahres 1909 nahezu erreicht, jene der schwachen Jahre 1910 und 1911 weit übertroffen wurde; nur das besonders gute Jahr 1912 ragt darüber hinaus. Ebenso wurde in Schaf- und Lammfellen die durchschnittliche Friedensausfuhr erreicht und teilweise übertroffen, in Hörnern, Klauen und Knochen überstieg sie die Friedensausfuhr nahezu um das Zwanzigfache, welche befremdende Erscheinung wohl darin ihre Er-

klärung findet, daß an eine Verwertung dieser Nebenprodukte der Schlachtung, mit Ausnahme der das Belgrader Schlachthaus betreibenden belgischen Gesellschaft, wohl überhaupt niemand in Serbien gedacht hat.

Die Metallsammelstelle nahm sämtliche Kirchenglocken bis auf einige wenige von historischem Werte ab, wodurch bis Ende Juni 1917 107.387 kg Glockengut an die Einschmelzstellen in Wien und Budapest eingeliefert wurden; sie ersetzte ferner unter Intervention der Bauabteilung die Türklinken aus Messing, soweit der vom Kriegsministerium beigestellte Ersatz reichte, durch eiserne. Ihre Tätigkeit war jedenfalls sehr umfangreich. Für die eingelieferten Metalle wurden den Besitzern die festgesetzten Entschädigungen gezahlt, die im allgemeinen dem Metallwert gleichkamen oder ihn etwas überstiegen.

Die Hindernisse, die sich der Wiederbelebung des Handels entgegenstellten, waren auch der Wiederbelebung des Gewerbes im Wege. Am schnellsten nahm das Kleingewerbe seine Tätigkeit wieder auf, besonders dort, wo kein Mangel an Rohstoffen, wie Leder und Wolle, hinderlich war. Lebensmittelhandlungen und die Lebensmittel verarbeitende Gewerbe, wie Gasthäuser, Kaffeehäuser, Auskochereien, Grünzeug- und Lebensmittelhandlungen, Fleischer und Metzger, kamen sehr bald zur Tätigkeit, vielfach griffen auch andere Gewerbetreibende, die infolge des Rohstoffmangels, wie Opankenmacher oder Teppichweber, ihr Gewerbe nicht in lohnender Weise ausüben konnten, nach diesen Gewerben. Irgendwelche Hindernisse, etwa bei der Konzessionerteilung, wurden ihnen hierbei nicht gemacht.

Vergleichshalber sei erwähnt, daß im ersten Verwaltungsjahre im Kreise Belgrad-Land 141 Handelsgewerbekonzessionen, 194 für das Ernährungsgewerbe, 87 für Metall-, Holz-, Steinverarbeitungs- und Baugewerbe und 14 für sonstige Gewerbe verliehen worden sind. In ganz Serbien, wofür mir die notwendigen Daten fehlen, dürfte in der gleichen Zeit etwa die zwölffache Anzahl verliehen worden sein. Unter den Konzessionswerbern waren — eine Folgeerscheinung des Krieges — besonders viele Frauen.

War das Kleingewerbe verhältnismäßig bald wieder belebt und erfreute es sich rasch einer relativen Blüte, so lagen die Verhältnisse bei den großen und mittleren Betrieben, wo die Industrie im modernen Sinne anfang, ganz anders. Selbst wenn die

Betriebsstätte durch die Kriegsergebnisse nicht zerstört war, war die Wiederbelebung dieser Arbeitsstätten gewissermaßen von Amts wegen sehr schwer und manchmal ganz unmöglich, oft auch unzweckmäßig. Die Besitzer, die an der Wiederinbetriebsetzung das meiste Interesse gehabt hätten, waren meist außer Landes oder besaßen nicht die nötigen Kapitalien und Arbeitskräfte. Die Verwaltung aber mußte mit beiden, mit Kräften wie mit Kapital, sparen; erst im zweiten Verwaltungsjahre entstanden mit ihrer Unterstützung in den größeren Provinzstädten wieder bescheidene private Kreditinstitute in Form von Sparkassen. Es war durchwegs zweckmäßiger und billiger, nur die leichter leitbaren großen Betriebe als staatliche Unternehmungen wieder herzustellen, sie erforderlichenfalls entsprechend auszugestalten, zu erweitern und durch rationellere Arbeitsmethoden, bessere Betriebsmittel und Anwendung aller technischen Fortschritte leistungsfähiger zu machen. Man mußte von den wenigen Arbeitskräften möglichst viele bei der Land- und Forstwirtschaft und beim Bergbau belassen, durfte sie nicht auf eine Unzahl von Kleinbetrieben verzetteln. So erfolgte ganz von selbst und ohne jede politische Absicht, aus reinen, praktischen Zweckmäßigkeitsgründen, der Übergang zu einer Art Staatssozialismus, wie er sonst wohl in keinem europäischen Staate herrschte und die Verwunderung der das Land bereisenden österreichischen und auch norwegischen sozialdemokratischen Politiker erregte. Trotzdem müssen Experimente liebende und reine Theoretiker vor der blinden Nachahmung des serbischen Beispiels gewarnt werden. Hier war eine vollständig zerstörte Volkswirtschaft ganz neu aufzubauen, wobei wegen des Mangels an Arbeitskräften jeglicher Art nicht gefürchtet werden mußte, irgendeine Klasse arbeitslos und damit brotlos zu machen. Andernorts müßten, um Ähnliches in einem Zuge schaffen zu können, Übergänge mühsam überwunden werden und dabei viele zu Schaden kommen, Übergänge, die eben in Serbien nicht mehr zu überwinden waren, weil der gewaltsame Zerstörer Krieg schon ein Nichts an deren Stelle gesetzt hatte.

Schließlich muß an dieser Stelle noch des Gläubigerschutzes Erwähnung getan werden, einer der Möglichkeit ihres leichten Mißbrauches wegen mir wenig sympathischen Einrichtung. Zur Eintreibung von Außenständen heimischer Firmen aus der Vorkriegszeit in den besetzten Gebieten waren zuerst

in Deutschland, dann auch in Österreich-Ungarn «Gläubigerschutzzentralen» geschaffen worden, die in den Gouvernementshauptstädten der besetzten Gebiete Exposituren hatten. Sie sollten durch Vermittlung der Warenverkehrszentralen mit Hilfe der Exekutivorgane die Außenstände eintreiben. Trotz aller Gegenvorstellung der Gouvernements Serbien und Montenegro erzwangen die heimischen Regierungen die Verfügung, daß bei Auszahlungen von Amts wegen an die Einwohner die angemeldeten Gläubiger ein Prioritätsrecht für ihre Forderung hatten. Selbstverständlich behaupteten die Serben, daß viele der eingebrachten Forderungen nicht zu Recht bestünden und sie mochten manchmal Recht haben, weil die unruhigen Zeiten vor dem Kriege oft einen Empfang der abgesandten Waren unmöglich machten, wohl auch unlautere Geschäftspraktiken vieler ungarischer, aber auch vieler österreichischer Firmen vorkamen. Ich habe nach dem Kriege durch meine Tätigkeit im Militärliquidierungsamte erfahren müssen, daß selbst sogenannte «erste» Firmen nicht vor Doppelforderungen zurückschreckten. Es wird wohl damals manchesmal nicht viel anders gewesen sein — das Gouvernement hatte nicht immer die Zeit, alles genau nachzuprüfen, was von Hinterlandbehörden als richtig anerkannt worden war. Mir war die Verfügung darum höchst unwillkommen, weil dadurch die Lieferungswilligkeit des serbischen Bauern entschieden beeinträchtigt wurde. Denn er wollte begreiflicherweise Geld haben, nicht von ihm womöglich abgeleugnete Forderungen beglichen sehen, ein Vorgang, durch welchen auch das immer mehr zunehmende Vertrauen in die Reclität der Verwaltung erschüttert werden mußte.

Die Seuchenbekämpfung.

«Auf den Trümmern des ehemaligen Königreiches Serbien entstand ein Wiederaufbau, ein ragendes Denkmal mitteleuropäischer Kulturarbeit inmitten des tobenden und wilden Menschenmordens.

Dieses Land, ein Herd der gefährlichsten und gefürchtesten Seuchen, hat sich durch äußerst mangelhafte sanitäre Vorsorgen selbst zugrunde gerichtet. Das Fleckfiebergespent, das wie ein Alpdruck über den Überresten des serbischen Volkes lastete, wird den jüngeren und künftigen Generationen erzählen, was Kriegsseuchen und Kriegsgreuel sind.

Die stille und zielbewußte Arbeit des k. u. k. Militär-Generalgouvernements setzte ein. Die noch herrschenden Epidemien bekämpfen und vernichten, die Seuchenherde beheben, sanitäre Einrichtungen schaffen, sanitäre Vorsorgen aller Art treffen, kurz das Feindesland sanieren, war die Aufgabe, die den Militärärzten zufiel. Und schon kurze Zeit darnach lauteten die offiziellen Berichte: Cholera und Fleckfieber sind gänzlich erloschen.

Ein Jahr ist dahin.

Modern ausgestattete Spitäler und Krankenanstalten sorgen jetzt für Gesundheit und Wohl der Bevölkerung. Epidemiespitäler, Beobachtungsstationen, Entlausungsanstalten usw. sind im Lande verteilt, um jeder Seuche das energische Halt zu gebieten, um jede Infektion im Keime zu ersticken. Sanitäre Einrichtungen nach dem Muster moderner Kulturstaaten, schützen nun Volk und Land vor jeder Verseuchung.

Denn der sanitäre Maßstab ist ein sichtbares Zeichen, ein sicherer Beweis für die Kultur eines Staates.

Das Geleistete und Getane soll nun dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen werden.»

Mit diesen Worten schließt Regimentsarzt Professor Doktor Miloslavich, heute Professor für gerichtliche Anatomie an der Universität in Chicago, die im Jahre 1917 von der Sanitätsabteilung des Gouvernements ausgegebene Denkschrift «Der sanitäre Wiederaufbau Serbiens».

Und es war wirklich Gewaltiges geleistet worden! Um dies ganz verstehen zu können, ist es nötig, die sanitäre Lage Serbiens vor Beginn der Kriegsperiode zu betrachten, die durch den Balkankrieg eingeleitet worden war.

Zwei Dinge sind es, die den Gesundheitszustand des Landes ungünstig beeinflussten: der relative Ärztemangel und die verhältnismäßige Zurückgebliebenheit des Volkes, besonders des Landvolkes, in volkshygienischer Beziehung. Den Tiefstand der Volkshygiene schilderte am besten die von Minister Dr. Vladan Gjorgjević zum Sanitätsgesetze vom Jahre 1881 eingebrachte Vorlage, die zwar Gesetz wurde, aber in volkshygienischer Beziehung bis zum Kriegsausbruche nicht viel änderte.

Dr. Gjorgjevićs *) Beschreibung der sanitären Verhält-

*) Gegen die Wiedergabe dieser Darstellung medizinischen Charakters bestanden zuerst Bedenken — obwohl sie aus dem Berichte eines serbischen

nisse, unter denen die serbischen Bauern lebten, beginnt mit einer plastischen Darstellung der Geburt eines Kindes in einem Bauernhaus und mit der Schilderung der Wetterunbilden, die das junge Leben gefährden können. Er beschreibt auch die geringe Sorgfalt, die die Mutter auf sich selbst angesichts der dringenden Hausfrauenpflichten verwenden kann. Die stolzen Bauernfrauen machen sich selten etwas aus Schwächezuständen und müssen die physischen Folgen dieses Verschuldens tragen. Das neugeborene Kind selbst muß physische Proben bestehen, die nur die stärksten aushalten. Es wird zum Taufbecken gebracht und da in der kalten Kirche wird es ohne Rücksicht auf seine Konstitution nackt mit kaltem Wasser behandelt, um dann den weiten Weg nach Hause gebracht zu werden. Ist dies glücklich vollbracht, so beginnt der Kampf mit den selten ein Kind verschonenden Kinderkrankheiten, wobei in der Regel alte erfahrene Weiber, vorzüglich Zigeunerinnen, auch „berühmte“ Wahrsagerinnen die Behandlung oder besser gesagt die „Mißhandlung“ übernehmen. Von der Zeit, in welcher das Kind auf eigene Füße tritt, bis zum schulpflichtigen Alter ist es auf sich selbst angewiesen, es entwickelt sich in jeder Hinsicht unbeaufsichtigt und wird eigentlich dem blinden Zufall oder der Fürsorge seiner kaum um wenig älteren Geschwister überlassen.

«Erreicht das Kind das Alter des Schulbesuches, so ist der Widerstand der Eltern dagegen sehr groß, denn es geht ihnen dadurch eine Arbeitskraft verloren. Die Gefahr für die Gesundheit des Kindes wird nun nicht geringer. Die Schulen sind oft unzumutbar, beherbergen zuviel Kinder in einem zu kleinen Raum, und die Schlafräume, welche wegen der oft weiten Wege zur Schule und bei schlechtem Wetter den Kindern geboten werden müssen, sind alles eher als der Gesundheit der Kinder zuträglich.

Arztes zitiert wird —, da sie nicht zu dieser Monographie wesentlich gehörig erschien. Man muß beim Lesen dieses Textes daran denken, daß man dieselbe Kritik, die in diesem Falle den serbischen Bauern gegenüber geübt wird, gegenüber dem bäuerlichen Leben aller Länder Europas üben könnte. Übrigens wurde in keinem Lande der Welt ein größerer Fortschritt in sanitärer Hinsicht als in Serbien seit der Beendigung des Krieges beobachtet, und zwar seit dem Zeitpunkte, wo die neue Freiheit Jugoslawiens es möglich machte, die moderne Wissenschaft praktisch anzuwenden und die Schule ihre Wirkung im ganzen Lande auszuüben begann. (Anmerkung des Generalherausgebers.)

Ist der Knabe der Schule entwaachsen, beginnt für ihn die Arbeit, die schwere Feldarbeit, das Aekern, Säen, Weingartenhacken, das Ernten, Mähen, Holzfällen usw., alles Verrichtungen, welche die Körperkraft besonders in Anspruch nehmen. Die dabei genossene Nahrung besteht aus trockenem, schlecht gebackenem Maisbrot, „Proja, Kačamak“ (Maismehlbrei), Zwiebel, Paprika, Kraut, Fisolen, rohem Paradeis, Gurken usw., und selten sind die Tage, an denen Hammelbraten, Rindfleisch oder gar gekochte Speisen und Mehlspeisen genossen werden.

Die Bekleidung ist im Sommer und Winter fast die gleiche, ein Hemd, Unterhosen, Leibchen und Opanken, nur bessere Bauern legen zur kalten Jahreszeit noch einen Roek an, und nur die reichen wohlhabenden Bauern vergönnen sich Tuehhosen und Stiefel.

Die Wohnhäuser der Bauern sind zumeist aus Holz gezimmert, oft aus Rutengeflecht verfertigt, durch Lehm verputzt und nur gut situierte besitzen aus leichtem Material gebaute Häuser. Man kommt da in einen geräumigen umfriedeten Hofraum, in welchem sich ein kleines sogenanntes Wohnhaus befindet, um dasselbe herum befinden sich Schupfen, eine Milchkammer, ein kleiner Stall und inmitten des Hofes ist ein Brunnen gegraben. Vieh, Geflügel, Schweine usw. tummeln sich frei im Hofe herum und verunreinigen denselben, jedes nach seiner Art. Das Hauptgebäude ist gewöhnlich ein kleines Haus. Das Daeh ist von Stroh, Schilf, seltener von besserem Material oder gar von Daehziegeln.

Als Schlafstätte dient der naekte Boden oder darauf gestreutes Stroh, auch Maiskolbenblätter. Die ganze Familie liegt nebeneinander, Männer und Weiber, Kinder und Erwachsene, Gesunde und Kranke. Eigene Bettstellen mit Bettzeug findet man nur in besseren Häusern und meistens nur in größeren Orten; der Mangel an solchen Schlafstätten entspringt jedoch nicht immer der Armut, sondern wird zumeist den althergebrachten Sitten zu Liebe aufrechterhalten. Die Fenster der Häuser sind klein und lassen wenig Tageslicht in die inneren Räume gelangen, so daß infolge der dadurch hier herrschenden Finsternis die einzige Türe offen gehalten werden muß. Abends erhellen rauchende und rußende Petroleumlampen diesen Raum.

Unter diesen Umständen wächst der Knabe zum Manne heran und wird im 20. Jahre assentiert. Beim Militär sind die hygienischen Verhältnisse in der letzten Zeit des serbischen Regimes besser geworden.

Nach glücklich überstandener militärischer Dienstzeit heiratet der Mann und gründet sich seine Familie. Hiedurch wird ein geregeltes Leben erzielt, jedoch sind viele Fälle bekannt, wo die Eltern, um Arbeitskräfte zu gewinnen, Knaben von 16 bis 17 Jahren an 25jährige und ältere Mädchen verheirateten. Welche üble Folgen dies für den Mann und die Nachkommenschaft zeitigt, kann man sich leicht vorstellen.

Der jetzt selbständige Mann soll nun auch öffentlich wirken und mit seinem Rat auch dem Staate in jeder Beziehung behilflich sein. Vielen Gefahren entronnen, wird er doch einmal krank und muß, da wenige Ärzte zur Verfügung stehen und er des Besseren nicht belehrt wurde, seine Gesundheit dem ersten besten Quacksalber oder einer Zigeunerin anvertrauen; unter ihrer Mißhandlung wird er kränker, er hat vielleicht auch eine Infektionskrankheit, alles beschäftigt sich mit ihm — aber er stirbt doch — und wie viele zieht er vielleicht mit in den Tod! Er muß auf der Bahre geküßt werden, sein Leichnam muß besucht werden, es müssen Totenwachen und Totengelage gehalten werden usw.»

Soweit Dr. Vladan Gjorgjević. Doch das ist nur ein Bruchteil. Dr. Perićić schildert uns in seinem im Jahre 1901 erschienenen erschöpfenden Werke «La Syphilis en Serbie» eine Menge Volksbräuche, die durchwegs auch heute noch, teilweise ausgenommen beim gebildeten Teil der Bevölkerung der Städte, allgemein üblich sind:

«Die Lebensweise der serbischen Bauern, die ja den überwiegenden Prozentsatz unter der serbischen Bevölkerung darstellen, selbst der besser situierten, ist noch recht patriarchalisch. Ein und derselbe Löffel, ein und dieselbe Gabel dienen dem gesamten Hausstand als Besteek. Überfluß an Gläsern gibt es nirgends. Und selbst wenn in einer Bauernfamilie genügend Tafelgeschirr vorhanden ist, wird es höchstens bei feierlichen, besonderen Anlässen benützt. Rasten die Bauern und Feldarbeiter und -arbeiterinnen nach der Feldarbeit, so kreist ein und dieselbe „čutura“ (Beeher aus Holz) unter ihnen. Auf diese

Art und Weise ist die Syphilis und Tuberkulose leicht übertragbar.

Der orthodoxe Ritus fordert bei der Kommunion den Gebrauch eines einzigen Kaffeelöffels, den der Pope (serbisch orthodoxer Priester) nach der Benützung durch die Kommunizierenden oft nur mangelhaft reinigt. Auf diese Weise können mit dem „Blute Christi“, das in Form von Wein mittels eines einzigen Kaffeelöffels dargereicht wird, bei großen Kirchenfestlichkeiten viele Gläubige infiziert werden. Bei Diphtherieepidemien wurde demnach die Kommunion für Kinder von der serbischen Regierung seinerzeit untersagt. Daß bei Erwachsenen aber eine Übertragung von Syphilis oder Tuberkulose dabei möglich ist, daran scheint die serbische Regierung nicht gedacht zu haben.

Die religiösen Zeremonien bei den Totenfeiern, wie die „daće“ oder „zadušnice“, sind nicht geringe Infektionsquellen der Tuberkulose und Syphilis. Die Sitte verlangt, daß bei Beerdigungen die Verwandten des Verstorbenen allen Begräbnisteilnehmern ein Gastmahl geben, bei welchem man sich eines einzigen Besteckes bedient. Oft sieht man auch beim Friedhofseingang ein Spezialgericht, das „koljivo“ oder „žito“, ein Gericht von gekochtem, gezuckertem Weizen, das allen Begräbnisteilnehmern dargeboten wird. Es würde unter den Leidtragenden böses Blut machen, wenn sie nicht einen gemeinsamen Löffel dazu benutzen könnten. Zwar scheinen diese Totenfeiern in den Städten und einzelnen Landbezirken allmählich zu verschwinden, aber in zahlreichen Dörfern erhalten sie sich weiter, trotzdem die serbischen Ärzte die allgemeine Gefahr, die diese Totenfeiern darstellen, kennen und sie zu verhindern trachten; besonders das „schwache Geschlecht“ hält aber an den patriarchalischen Sitten fest.

Die „Slava“ oder „Krsno ime“-Feier, das typischste Nationalfest der Serben, das bis auf die Zeit der Bekehrung der Serben zum Christentum zurückreicht, besteht darin, daß die ganze Familie einmal im Jahre ihren Hauspatron feiert und an diesem Tage jedermann die Gastfreundschaft anbietet. Alle Bekannten machen zuerst dem Hausherrn, dann seinen Söhnen ihre Aufwartung und küssen sie auf den Mund. Ist diese Zeremonie beendet, werden die Gäste eingeladen, einige Delikatessen einzunehmen und sich des „koljivo“ zu bedienen; hiezu

ist bei armen Familien nur ein Löffel verfügbar. Die Provinzialen feiern das Fest mit einer noch patriarchalischeren Gastfreundschaft.

Die Gefahr, welche die Häufigkeit der Feste mit sich bringt, wird noch durch eine bei den Serben besonders markante Gewohnheit vergrößert. Die Serben küssen sich bei jeder Gelegenheit. In Serbien kann man nicht von einer Reise zurückkehren, ohne seine Lippen auf die seiner Bekannten zu drücken. Auch jeder Glückwunsch muß in Serbien durch Küssen dokumentiert werden.»

Über dieses Land, das bei etwa drei Millionen Einwohnern nur 310 Ärzte zählte, schwang seit Oktober 1912 mit kaum einjähriger, aber auch von Kriegslärm und Kämpfen an der albanischen Grenze erfüllter Unterbrechung der Krieg seine Geißel. Ein Krieg bei dem dauernd 10% der Bevölkerung, meist aber mehr, und alle Ärzte zur Dienstleistung eingezogen waren, zum großen Teile außerhalb der Grenzen weilten, in Ländern, die in volkshygienischer Beziehung noch weit hinter Serbien zurückstanden, in Ländern, von welchen einzelne Gebiete ständige Herde des Fleckfiebers, dieser Landplage des Ostens, waren. Und zudem verbrauchte die Sorge um die Verwundeten — in den beiden Balkankriegen nach verschiedenen Nachrichten 60.000 bis 75.000 — einen großen, wenn nicht den allergrößten Teil der bescheidenen sanitären Mittel und Vorsorgen.

Das alles steigerte sich, als der Krieg neuerdings das Volk in größtem Ausmaße unter die Waffen rief und Serbien zweimal hintereinander, darunter einmal in einem kalten, regenreichen Herbst, dem außerordentlich früh der Winter folgte, einer feindlichen Invasion aussetzte, deren Abwehr die Höchstspannung der militärischen Kräfte erforderte. Es gab unzählige Verwundete und Kranke, deren Zahl nun noch durch die zurückgebliebenen feindlichen Verwundeten und Kranken und die bald ganz verelendeten Gefangenen ungeheuer vermehrt wurde. Herrschten schon vorher Epidemien aller Art, so wurden sie nach der Abwehr der Invasion im Dezember 1914 geradezu ins maßlose gesteigert. Wurde auch durch Eingreifen der Westmächte und Amerikas das sanitäre Elend etwas gelindert, so war es doch immer groß genug, als im Oktober 1915 der Feind zum drittenmal im Lande erschien und es in Besitz nahm.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Bekämpfung der

Epidemien aus rein menschlichen Gründen wie aus solchen der eigenen Sicherheit eine Hauptsorge der neuen Behörden bilden mußte. Und zu diesem Zwecke mußte man ihren Ursachen möglichst nachgehen. Der bei dieser Gelegenheit vom gewesenen serbischen Sanitätsinspektor im Ministerium des Innern und Sanitätsmajor Dr. Milan P. Jevremović, der unter österreichisch-ungarischer Verwaltung in der Landesirrenanstalt ärztlichen Dienst tat, erstattete Bericht erzählt über Entstehung und Verlauf der Epidemien einleitend, daß während des Krieges die Statistik der Infektionskrankheiten infolge Einberufung aller Ärzte vollkommen versagte, so daß er über die Krankheitsfälle vom August 1914 bis Februar 1915 auch nicht annähernd orientiert war. Er erinnerte sich, daß «der Präfekt von Podrinje (jetzt Kreis Šabac), wo die Fleckfieberepidemie zuerst auftrat, bei seinen Inspizierungsreisen in einzelnen Ortschaften weder den Ortsvorsteher noch sonstige Funktionäre vorfand: sie waren alle dieser gräßlichen Seuche erlegen».

Das rapide Anwachsen der epidemischen Krankheiten bewog endlich das serbische Oberkommando, den in militärischen Diensten stehenden Ärzten zu gestatten, in ihrer nächsten Umgebung auch epidemisch erkrankte Zivilpersonen zu behandeln, insofern dies nicht Nachteile im eigenen militärischen Dienstbetriebe hervorrufe. Diese Erlaubnis half jedoch den traurigen epidemischen Krankheitsverhältnissen beinahe gar nicht ab, denn die Abteilungs- und Unterabteilungskommandanten verboten den ihnen unterstellten Ärzten meistens die Entfernung aus dem Dienstbereiche mit der Begründung, daß der militärische Dienst darunter leide. Die Epidemie, die sowohl in der Armee als auch in der Zivilbevölkerung wütete, erreichte in den Monaten November 1914 bis Ende Februar 1915 ihren Höhepunkt. Die am meisten kursierenden Infektionskrankheiten waren: Bauchtyphus, Fleckfieber, Ruhr, Blattern, Scharlach, Masern, Diphtherie und Rückfallfieber.

«Als zu dieser Zeit die Epidemien ihre größte Ausbreitung erreicht hatten, nicht nur Soldaten, sondern auch die gesamte Zivilbevölkerung in Städten und Dörfern, ja selbst die Ärzte in Massen mit dem Tode kämpften, sahen die maßgebenden Faktoren ein, daß man in erster Linie der Zivilbevölkerung die ärztliche Hilfe gewähren muß, wenn man bei der Operationsarmee die Gesundheit aufrechtzuerhalten wünscht.»

So wurde an die Entente und die neutralen Staaten die dringende Bitte gestellt, Serbien wenigstens 300 Ärzte, die ausschließlich zur Behandlung der Zivilbevölkerung bestimmt waren, zur Verfügung zu stellen. Auf dieses Ersuchen des serbischen Staates hin sandten:

. . . die französische Regierung 100 Militärärzte. Der Wirkungskreis dieser Ärzte erstreckte sich auf die 16 alten Kreise, die in je 7 Sektoren eingeteilt waren. Das amerikanische Rote Kreuz und die Rockefeller-Stiftung zirka 25 Ärzte, die in den neuen Kreisen des annektierten Territoriums stationiert wurden. In der Stadt und im Kreise Niš übten einige Ärzte russischer Nationalität ihre Tätigkeit aus. Die Ärzte der englischen Mission — etwa 30 — wirkten in der serbischen Armee. Außer den genannten waren noch gegen 30 Ärzte, meistens Amerikaner, angestellt, die in jene Gegenden Serbiens entsendet wurden, in denen eine größere Anzahl von Fachleuten notwendig war.

Diese von den Entente- und neutralen Ländern beigestellten Ärzte — in Serbien etwa 190 statt der 300 geforderten — entsprachen dem ersten und nötigsten Bedarfe.

Um eine einheitliche Leitung und Methode zur Bekämpfung der Seuchen in der Armee wie auch in der Zivilbevölkerung zu erzielen, wurde ein „ständiges Internationales Sanitätskomitee“ mit dem Sitze in Niš errichtet, in welches jede Nation und die drei serbischen Sanitätskorps je einen Arzt als Vertreter entsandten.

Das Wirken dieser neuen obersten Sanitätsbehörde kam bald zur Geltung: Impfungen gegen Blattern wurden sowohl bei der Armee als auch bei der Zivilbevölkerung erfolgreich durchgeführt. Militärpersonen wurden außerdem einer Impfung gegen Cholera und Bauchtyphus unterzogen. Mitte September 1915 wurde den in Serbien weilenden amerikanischen Ärzten Dr. Plotz und Dr. Behr die Anwendung ihrer eigenen Impfmethode gegen Fleckfieber bewilligt.

Ferner gelang es noch dem „Ständigen Internationalen Sanitätskomitee“, die maßgebenden Faktoren zu überzeugen, daß man ohne große Geldopfer und Kredite die Infektionskrankheiten nicht mit Erfolg bekämpfen könne. Zu diesem Zwecke wurden in der Zeit vom Oktober 1914 bis Oktober 1915 unter

dem Titel „Verschiedene Sanitätsbedürfnisse“ 7 Millionen Dinar bewilligt und verausgabt.

Durch entsprechende Verteilung der Ärzte, durch Anordnung und Durchführung von Impfungen und geldliche Unterstützung der sanitären Bestrebungen des „Ständigen Internationalen Sanitätskomitees“ nahmen die Infektionskrankheiten vom März 1915 an tatsächlich derart ab, daß bereits im September 1915 nicht mehr als 700 Fälle monatlicher Zuwachs von Infektionskrankheiten gezählt wurden.

Über die große Fleckfieberepidemie 1914/15 wäre noch zu bemerken, daß sie in Albanien und im Kreise Podrinje (Šabac) entstanden ist. Während aber in Albanien damals wenig Truppen vorhanden waren und keine Verschiebungen vorkamen, bildeten in Podrinje die überaus zahlreichen Truppen, der durch die österreichisch-ungarische Offensive im Herbst 1914 hervorgerufene Rückzug, der Mangel an Ärzten und das vollständige Fehlen von Entlausungs- und Reinigungsanstalten die Hauptgründe des so raschen Wachsens dieser Krankheit.

Entlausungsanstalten waren bei den Serben bis April 1915 gänzlich unbekannt. Erst der englische Sanitätsobers Dr. Hunter erkannte die Notwendigkeit dieser im modernen Kriege so wichtigen Einrichtung und führte Ende April den ersten „Badezug“ ein, der sich aus drei Eisenbahnwagen zusammensetzte. Im Juli dieses Jahres wurde noch ein zweiter solcher Zug eingestellt. Stabile Entlausungsanstalten, wie sie seit Errichtung des Militär-Generalgouvernements in Serbien bestanden, waren gar keine vorhanden. Nur die englischen Missionen besaßen einige Desinfektoren.

Um nur ein Beispiel anzuführen, wie der Flecktyphus in Serbien gewütet hat, möge es genügen, zu bemerken, daß auf den Valjevoer Friedhöfen allein über 45.000 Flecktyphusleichen liegen, während die Stadt selbst kaum 15.000 Einwohner gezählt hat. Von der Seuche wurden Kriegsgefangene, serbische Soldaten und Zivilisten ergriffen. Es gab kein Haus, in dem nicht ein oder mehrere Mitglieder der Seuche erlegen sind. Von 310 serbischen Ärzten fielen der Seuche 125 zum Opfer. Die Verhältnisse waren schon derart, daß die serbischen Ärzte der Seuche überhaupt nicht Herr werden konnten. Noch heute zeigen sich die Folgen der Seuche in Form von größerer Empfänglichkeit gegen andere Krankheiten.

Diese Zahlen sprechen Bände.» *)

Die in Serbien gewöhnlichen und durch den Krieg potenzierten Seuchen waren Fleckfieber (früher Flecktyphus genannt), Bauchtyphus, Blattern, Malaria, Cholera asiatica, Syphilis und Tuberkulose, dazu ziemlich vereinzelt Fälle von Rückfallfieber.

Das Fleckfieber, dessen Heimat Albanien und das westliche Mazedonien — die Gegenden um den Oehridasee — sein sollen, war selbst in Friedenszeiten in Serbien nie ganz erloschen. Häufig wurde das Land auch im Frieden von mörderischen Fleckfieber-epidemien (normale Mortalität dort etwa 26 %) heimgesucht, so im Jahre 1849. Welche Dimensionen die im Balkankriege aufgetretene Fleckfieber-epidemie im Jahre 1914/15 angenommen, haben wir soeben gesehen. Infolge des Eingreifens der fremden Missionen war diese Epidemie beim Einrücken unserer Truppen im Zurückgehen begriffen. Die sogleich ergriffenen sanitären Maßnahmen schränkten sie weiter ein, so daß sie zu Beginn des Jahres 1916, als sich die Tätigkeit der sanitären Vorschriften allseits geltend gemacht hatte, beinahe im Erlöschen war. Die Zahl der Fleckfieberfälle bei der Zivilbevölkerung dürfte damals etwa 300 bis 400 nicht überschritten haben. Außerdem waren 160 Militärpersonen daran erkrankt, von welchen etwa drei Viertel auf die dem Kriegsschauplatze am nächsten befindlichen drei Südkreise, das andere Viertel auf das übrige Serbien entfielen. Im Laufe des Jahres 1916 zeigten sich nur mehr an einzelnen Stellen im Süden, gewissermaßen an den Einbruchslinien der Seuche, kleine, rasch erstickte Epidemien oder gehäuft auftretende Einzelfälle. So im Mai in Čačak eine bei den Arrestanten des Kreisgerichtes ausbrechende und auch auf die Zivilbevölkerung übergreifende, etwa einmonatige Epidemie mit im ganzen 53 Fällen und einer Mortalität von nur 7,5 %, und fast gleichzeitig in Užice unter den Kriegsgefangenen innerhalb eines Monats 23 Erkrankungsfälle, bei welchen die Mortalität allerdings auf über 21 % stieg. Die in der sofortigen Isolierung, Entlausung, Kontumaz und Desinfektion bestehenden Gegenmaßnahmen hatten vollen Erfolg gehabt. In den folgenden Jahren blieb Serbien auch von derartigen kleinen Epidemien verschont, Fleckfieber trat im Gouvernementsbereiche nur mehr sporadisch auf

*) Aus «Sanitäre Wacht an den Pforten des Okzidenten und Orientes» von Stabsarzt Dr. Roksandić, der sich um die Seuchenbekämpfung unvergängliche Verdienste erwarb.

und war dann immer als von außen eingeschleppt — einmal auch aus dem Hinterlande (Budapest) — zu konstatieren.

Bauchtyphus kam im Frieden nur sporadisch oder endemisch vor. Ursache waren die oft schlechten Trinkwasserverhältnisse, die unhygienische Lebensweise der ärmeren Bevölkerungsschichten und des Landvolkes, ja teilweise selbst des übrigen verhältnismäßig wenig zahlreichen Mittelstandes, das Fehlen einer Kanalisation in den größeren Orten — selbst Belgrad war nicht ganz kanalisiert — u. dgl. Im Balkankriege verstärkte sich das Auftreten der Seuche, um sich im ersten Kriegsjahre des Weltkrieges zu einer Epidemie zu entwickeln. Bald nach der Okkupation unterdrückt, trat im Spätsommer 1916 der Bauchtyphus wieder epidemisch auf, was teilweise durch den erhöhten Obstgenuß zur Zeit der Obstreife, teilweise durch die enormen Temperaturen (1916 in Belgrad bis zu 56°, 1917 bis zu 64° C in der Sonne) zu erklären ist. Der Höchststand an Erkrankungen — die Gesamtzahl der Fälle betrug 734 — fiel in die Zeit vom 27. August bis 2. September (167 Fälle). Verhältnismäßig gehäuft trat die Krankheit in Belgrad selbst auf, 67 Fälle in der letzten Augustwoche; 54% der Fälle entfielen auf die Zivilbevölkerung, 36% auf eigene Militärpersonen, 10% auf Kriegsgefangene. Die Mortalität betrug 85%. Im Jahre 1917 blieb Serbien in der ersten Hälfte nahezu typhusfrei. Im Sommer setzte sie um etwa zwei Monate später ein, die Zahl der Erkrankungen blieb um etwa 6% gegen das Vorjahr zurück; die Mortalität sank auf 81%. Wieder hatte das Hauptkontingent die Zivilbevölkerung, hauptsächlich jene Belgrads gestellt (im Monate Oktober 41% aller Zuwächse). Bedenkt man, daß die Temperaturen dieses Jahres jene des Vorjahres ansehnlich übertrafen und daß der Ernährungszustand abgenommen hatte, so muß das Resultat als ein günstiges bezeichnet werden. Im Jahre 1918 nahmen die Erkrankungen an Bauchtyphus noch mehr ab. Es muß betont werden, daß sie bereits im Sommer 1916 hinter der Friedenszahl zurückgeblieben waren, die Mortalität auf weniger als die Hälfte der Friedensmortalität sank (85, beziehungsweise 81% gegenüber 18 bis 19% im Frieden). Schutzimpfung war bei Truppen und Kriegsgefangenen obligatorisch, bei der Zivilbevölkerung nur bei epidemischem Auftreten der Seuche. Ursache dieser Verfügung war außer der Schonung des Impfstoffes vor allem der Umstand, daß das

Auftreten ziemlich hohen Fiebers bei der Impfung bei der Zivilbevölkerung nicht nur Mißtrauen, sondern auch die Fabel hervorgerufen hätte, wir impften ihr gewaltsam Krankheiten ein. Bei Epidemiegefahr mußten derlei Bedenken natürlich zurücktreten.

Auch die Malaria gehört zu den ständigen Plagen Serbiens, wenn sie auch weder so häufig noch in so heftiger Form auftritt wie in Albanien und Mazedonien. Auf Grund der Erfahrungen, die man bereits im Jahre 1914 mit dieser Seuche gemacht, traf die Sanitätsverwaltung bereits im März des Jahres 1916 Vor-sorgen. Diese bestanden in einer Chininprophylaxe der Truppe und der Kriegsgefangenen (neun Tabletten zu 0,25 g Chinin hydrochl. per Woche) — bei der Zivilbevölkerung, die man beim Einnehmen doch nicht kontrollieren konnte und die das gallbittere Zeug nur fortgeworfen hätte, wäre das Verabreichen von Chinin nur Verschwendung dieses bald selten werdenden Medikamentes*) gewesen — und in der Bekämpfung der Anopheles und ihrer Brut durch Troekenlegung sumpfiger Streeken und Versetzung der Tümpel mit Petroleum,**) im Schutz gesunder und kranker Menschen durch Fliegengitter bei den Eingängen der Unterkünfte, in Moskitonetzen, Ausgabe von Mückenschutzgarnituren an Posten in sumpfigen Gegenden und schließlich im Jahre 1917 in der Errichtung einer eigenen Malariaabteilung im Reservespital «Brčko». An die Bevölkerung wurden Merkblätter ausgegeben, die das Wichtigste vom Malaria-schutz und für die erste Behandlung enthielten. Fast ausnahmslos handelte es sich um Malaria tertiana. Malaria tropica wurde nur selten — am häufigsten im Jahre 1917 in Kragujevac, in Summe 61 Fälle — konstatiert, doch immer an Personen, die sich in Mazedonien oder Albanien infiziert hatten. Auch die in Kragujevac konstatierten Fälle betrafen eine Truppenformation aus

*) Zum Glück waren bei der Einnahme von Belgrad nicht unansehnliche Mengen Chinintabletten, und zwar ein italienisches Präparat, im Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern aufgefunden und dann dem Gouvernement übergeben worden. Sie stammten offenbar von einer vom «Internationalen Sanitätskomitee» beabsichtigten Chininprophylaxe.

**) Zwei diesbezügliche großzügige Projekte (Beseitigung der zahlreichen Tümpel längs des Eisenbahndammes und des Saveufers in Belgrad, Troekenlegung der Donau- und Saveniederungen) waren teils wegen Mangels an Arbeitskräften, teils darum unmöglich, weil es sich um Grundwasser handelte. Im Jahre 1918 wurde ein Teil der betreffenden Tümpel durch Kanalzichung troekengelegt.

Albanien. Die Gesamtzahl der Erkrankungen erreichte 6000 bis 10.000 im Jahre. Die Höchstzahl wurde im abnorm heißen Sommer 1917 erreicht und blieb, trotzdem etwa ein Drittel der Fälle eingeschleppt war, doch in ihrer Gesamtzahl hinter dem Friedensdurchschnitte erheblich zurück.

Rückfallfieber war selten und befiel hauptsächlich Militärpersonen aus Albanien oder Mazedonien. Gesamtzahl der Erkrankungen im Jahre 1916 39, 1917 41; im ersten Halbjahre 1918 17. Die Mortalität betrug im Jahre 1916 75 %, in den Jahren 1917 und 1918 Null.

Eine der gefährlichsten Kriegsseuchen war wie überall so auch natürlich in Serbien, hier verstärkt durch klimatische, volkshygienische Verhältnisse und die längere Kriegsdauer, die Cholera (*Cholera asiatica*). Sie war im Balkankriege bei den serbischen Truppen an der Tschadaltsehalinie aufgetreten und von ihnen in die Heimat verschleppt worden, wo etwa 500 Personen nachgewiesenermaßen (also wahrscheinlich mehr) an Cholera erkrankten, wovon 25 % starben. Auch im Weltkrieg trat sie besonders bei unserer zweiten Offensive gegen Serbien im Herbst 1914 auf. Sie nahm nie jene gewaltigen Dimensionen an wie die anderen Epidemien, erlosch aber auch nie ganz. Ob dieses Zurückdämmen gerade dieser Seuche, für welche doch auch die Vorbedingungen zutrafen, auf Cholerashutzimpfungen im serbischen Heere — etwa durch das internationale Sanitätskomitee — zurückzuführen war, weiß ich nicht. Nach dem Einrücken unserer Truppen wurde die Seuche bald gänzlich unterdrückt. Die Cholerashutzimpfung, mit welcher unsere Truppen auf allen Kriegsschauplätzen so gute Erfahrungen gemacht hatten, tat auch hier ihre wohltuende Wirkung. In der Folge blieb das Land vollkommen cholerafrei, obwohl im angrenzenden Kreise Peja im November 1916 Cholera auftrat und im Dezember dieses Jahres sieben Fälle dieser Krankheit auch im übrigen Montenegro konstatiert wurden.

Weit gefährlicher als die Cholera, nicht ihrer Mortalität nach, aber wegen ihrer weit größeren Häufigkeit und der zahlreichen Folgeübel, die längere Kränklichkeit und manchmal auch nachträglichen Tod zur Folge hatten, war in Serbien die Ruhr. Sie war schon zur Zeit der Türkenkriege die Plage aller Heere und war auch vor dem Kriege in Serbien immer endemisch. Die unhygienische Lebensweise der Bevölkerung, der Genuß unreifen

oder verdorbenen Obstes, die große Sommerhitze waren die Ursachen ihres Auftretens. Sie hatte 1914/15 neben dem Fleckfieber die größte Mortalität zur Folge. Nach der Besetzung verschwand sie wohl bald, trat aber 1916 in den Sommermonaten wieder endemisch auf, doch in weit geringerer Zahl als im Frieden; es gab im ganzen Gouvernementsbereiche nur 325 Fälle, die meisten in den Ostbezirken und bei im allgemeinen günstigen Verlaufe (83% Mortalität). Im Jahre 1917 zeigten sich schon im Jänner einzelne Ruhrfälle. Im heißen Sommer des Jahres stieg ihre Zahl bedeutend, so daß dieses Jahr gegenüber dem Vorjahre die dreifache Zahl an Ruhrerkrankungen aufwies. In einzelnen Kreisen nahmen sie den Charakter einer Epidemie an und hatten teilweise eine hohe Sterblichkeit zur Folge (Šabac 33%, Belgrad-Land 28·6%). Diese anscheinend abnorm hohe Sterblichkeit war darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Erkrankungen eine wesentlich höhere war, weil die Bevölkerung meist nur die schweren Fälle mit anscheinend letal werdendem Ausgange zur Anzeige brachte, viele Fälle nur durch Streifen der Gendarmerie oder gar erst durch den Leichenbeschauer konstatiert wurden. Trotz des seuchenartigen Charakters der Ruhr erreichte sie doch nicht den Friedensdurchschnitt, wobei zu bemerken ist, daß es im Frieden auf dem Lande keine Totenbeschau gab, so daß viele Fälle gar nicht zur Kenntnis der Behörden kamen.

Für das Jahr 1918 fehlen mir die Daten. Doch ist mir erinnerlich, daß die Ruhr in diesem Jahre nirgends epidemischen Charakter annahm und an Gesamtzahl der Fälle und an Mortalität gegenüber dem Vorjahre bedeutend zurückblieb.

Eine Seuche, die auch im Frieden auf dem Balkan viele Opfer forderte und die im Kriege in Serbien schwer auftrat, waren die (echten oder schwarzen) Blattern. Die rigoros durchgeführte obligatorische Impfung dämmte sie rasch ein und machte sie schließlich ganz unschädlich. Im Jahre 1916 kamen nur mehr 150 Fälle vor (hiervon 111 bei der Zivilbevölkerung), bei 25% Mortalität; 1917 nur mehr 60 Fälle (hiervon 39 bei der Zivilbevölkerung) bei nur mehr 11·7% Mortalität; 1918 nur mehr ganz vereinzelte Fälle.

Keinen epidemischen Charakter nahmen zwei Seuchen an: die Syphilis, auch «Frenga» oder die «französische», die «fremde»

Krankheit, wie sie der Serbe nennt, und die Tuberkulose. Sie waren aber deshalb nicht weniger gefährlich.

Die Syphilis, die auf dem Balkan furchtbare, oft tödliche, im mittleren Europa kaum mehr gekannte Formen aufweist und ganze Dörfer und Täler entvölkerte, gehört auch in Serbien zu den gefährlichsten Seuchen. Den Höchststand vor dem Kriege erreichte sie im Jahre 1898 mit 14.778 Fällen, wovon der überwiegende Teil auf die sieben östlichen Kreise kam. Seither war eine leichte Besserung eingetreten, die aber im Kriege rasch einem Ansteigen der Seuche Platz machte. Die Prostitution nahm besonders dadurch zu, daß die serbische Regierung durch die angeordnete Flucht von Ämtern und Banken vielen vereinzelter Frauen und Mädchen den Lebensunterhalt entzog.

Nach der Besitznahme wurden sofort alle Mittel angewandt, um die Verbreitung der Seuche möglichst zu verhindern und sie nach Kräften einzudämmen. Durch die getroffenen Maßnahmen die natürlich in der ersten Zeit zu einer Zunahme der bekanntwerdenden Fälle führten, sowie durch das erhöhte Zutrauen, das sich unsere Ärzte bald bei der Bevölkerung allseits zu erwerben verstanden, gelang es alsbald wirklich, die Seuche einzudämmen. Fühlbar konnten sich die getroffenen Maßnahmen bald machen, doch ihre segensreichen Folgen erst im Laufe der Zeit zum allgemeinen ersichtlichen Ausdruck kommen.

Von allen Infektionskrankheiten wies in Serbien die Tuberkulose die größte Verbreitung auf. Belgrad hatte im Frieden von allen Hauptstädten und größeren Städten Europas den höchsten Prozentsatz an Erkrankungs- und Todesfällen infolge von Tuberkulose. Die Mortalität bei Tuberkuloseerkrankungen war eine sehr hohe, sowohl in bezug auf die Krankheit selbst als in bezug auf die Gesamtbevölkerung. So starben in Belgrad im Jahre 1917 nicht weniger als 654 Personen oder $1\frac{1}{2}\%$ der anwesenden Bevölkerung an Tuberkulose. Die Tuberkulose als Todesursache erforderte in Belgrad mehr als zehnmal so viele Todesopfer als alle anderen Infektionskrankheiten zusammen genommen. Spielten hierbei, so wie bei den Todesfällen in der Provinz, die nach der Fleckfieberepidemie zurückgebliebene Schwäche bei den Genesenen sowie die ungünstigen Ernährungsverhältnisse eine Rolle, so waren trotz alledem die Zahl der Todesfälle und die Mortalität geringer oder doch nicht größer als in allen Friedensjahren, ausgenommen das besonders gün-

stig gewesene Jahr 1911. Da in Belgrad von einer Übervölkerung, von üblen Folgen von Massenquartieren, Industrieanlagen — Belgrad ist eher eine Gartenstadt —, für Erkrankung der Atmungsorgane besonders ungünstigen klimatischen Verhältnissen (bei Angehörigen der Okkupationstruppen, die an chronischer Erkrankung der Atmungsorgane litten, zeigten sich eher wohlthuende Folgen des Klimas) trotz der zeitweiligen kalten, oftmals auch staubführenden Herbststürme (Košava) nicht gesprochen werden konnte, so dürfte wieder die schon mehrmals hervorgehobene unhygienische Lebensweise der Bevölkerung mit ihren nahezu unbegrenzten Ansteckungsmöglichkeiten im Verein mit den geringen öffentlichen Vorsorgen im Frieden für öffentliche Reinlichkeit, z. B. für Straßenpflege, die Ursache dieser traurigen Erscheinung gewesen sein.

Zur Verhütung, beziehungsweise zur Eindämmung der Tuberkulose wurden Maßregeln getroffen, die sich in der Folge auch als wirksam erwiesen,*) denn andernfalls wäre infolge der Kriegsfolgen und der verschlechterten Ernährungsverhältnisse, insbesondere der weit fettärmeren Nahrung wegen, entschieden mit einer ansehnlichen Zunahme der Tuberkulose zu rechnen gewesen. In den Kreisen nahm sie sichtlich ab, und auch in Belgrad zeigte sie im ersten Halbjahr 1918 wieder fallende Tendenz.

Von anderen, allerdings nicht lebensgefährlichen Infektionskrankheiten verdient noch die Krätze besondere Erwähnung. Bei der im Jahre 1916 angeordneten, sehr rigoros durchgeführten, imperativen allgemeinen Blatternschutzimpfung erwiesen sich von den nicht ganz 1,400.000 Einwohnern nicht weniger als 280.000, d. h. über 20 % als an Krätze erkrankt! Auch diese Krankheit wurde gewaltig eingedämmt, wenn auch nicht völlig unterdrückt. Besonders die obligatorische, periodische Unter-

*) Solche Maßnahmen waren:

1. Die Verbreitung populär gehaltener Merkblätter unter Truppen und breiten Schichten der Bevölkerung.

2. Die Einführung von populär gehaltenen Vorträgen mit Lichtbilderillustrationen für die Mannschaft.

3. Die Desinfektion der Wohnungen, Kleider, Bettensorten und aller Gebrauchsgegenstände nach Ableben Tuberkulöser.

4. Die mündliche Belehrung der Bevölkerung durch Amtsärzte.

5. Die Errichtung einer Tuberkulosenabteilung im k. u. k. Reservespital II «Brünn» in Belgrad und die Einteilung eines Spezialisten als Abteilungschefarzt bei dieser Abteilung.

suehung der Schulkinder, ihre Belehrung durch die Bezirksärzte, die unentgeltliche Verabreichung von Medikamenten, besonders Krätzsalbe, durch die Bezirkskommandos wirkten segensreich, wenn auch verschiedene Berichte begreiflicherweise hervorhoben, daß eine völlige Unterdrückung nicht möglich sei, solange die Kinder sich zu Hause immer von neuem anstecken konnten.

Sanitäre Vorsorgen der Militärverwaltung.

Nach der Besetzung des Landes wurde bezüglich der sanitären Vorsorgen eigentlich nichts vorgefunden; der Krieg hatte sozusagen tabula rasa gemacht. Die Ärzte waren teils gestorben, teils geflüchtet, die wenigen vorhandenen Spitäler aller Mittel bar, die Apotheken fast leer. Wie es um die hygienischen Verhältnisse bestellt war, schildern sehr kraß folgende Worte eines zur damaligen Zeit in einem Bezirksstädtchen angestellten griechischen Arztes. Er sagte:

«Als das österreichisch-ungarische Heer nach dem Bezirke Ub einrückte, war das Städtchen in Kot und Mist versunken. Die Häuser waren voll Pferdemist, weil die Serben ihre Pferde in den Häusern eingestellt hatten. Im Bezirke waren etwa 25.000 Einwohner. Wegen der allzu großen Unreinlichkeit sind epidemische Krankheiten mit 15 % Mortalität ausgebrochen. Spitäler waren keine vorhanden. Die Apotheke hat als Magazin gedient. Der Friedhof war ganz vernachlässigt. Die Gräber waren um die Häuser, die Kirche und Schule zerstreut. Ein Bad existierte nicht. Als das k. u. k. Etappen-Stationenkommando zu funktionieren begann, wurde sofort mit der energischen Reinigung des Städtchens begonnen. Über 100 Wagen haben länger als zwei Wochen Mist aus den Häusern und von den Gassen, wo er knietief lagerte, hinausgeführt. An die Einwohner wurde Kalk verteilt und das Weißen der Wohnungen angeordnet. Es wurden ein Epidemiespital errichtet und alle Maßnahmen gegen die epidemischen Krankheiten durchgeführt. Dank der energischen Maßnahmen wurden die Gesundheitsverhältnisse bald besser.» In seinem Berichte über die Tätigkeit der «Salubritätskommissionen» sagt Stabsarzt Roksandić weiter: «Unter den Folgen der Kriegsverhältnisse und des Durchzuges der Truppen hatten wohl alle Teile des Landes mehr oder weniger stark gelitten. Die von der Bevölkerung bei der Flucht verlassenen Häuser und Wohnungen wurden von dem zurückflutenden serbischen Heere

nicht nur als Unterkünfte für die Truppen, sondern auch als Stallungen benützt, die kleineren, leicht wegsehbaren hölzernen Teile der Häuser, wie Türen, Gartenzäune usw. wurden verbrannt und nach dem Abziehen der Truppen bezeichneten Trümmer, Mist, Dünger und alle möglichen Abfälle jene Stätten, wo längere Zeit gelagert worden war.

Die Straßen boten ein trauriges Bild: grundlos — bis zu den Knien sank der Soldat an manchen Stellen ein — neben der Straße Pferde- und Rinderkadaver, von herrenlosen Hunden ausgescharrt und angefressen, halb demolierte elende Hütten, überall Mist und Kot. Bei den wenigen zurückgebliebenen Einwohnern zeigten sich ansteckende Krankheiten, die viele Opfer forderten.»

So stand es um das Land, als Anfang Jänner 1916 das Militär-Generalgouvernement und die ihm unterstehenden Kreis- und Bezirkskommandos die Agenden von den Etappenkommandos übernahmen. Mit dieser Zeit fällt auch der Beginn der eigentlichen Verwaltungstätigkeit zusammen.

Wenn es derart in den Städten aussah, wie erst in den Dörfern! Nicht genug damit, drohte die Gefahr der Einschleppung der Infektionskrankheiten durch denjenigen Teil der Zivilbevölkerung, der von der Flucht bald zurückkehrte.

Mit den alsbald von der Sanitätsabteilung des Militär-Generalgouvernements Serbien — deren erster Chef der umsichtige und initiative Oberstabsarzt Dr. Lochbiehler war — erlassenen Verordnungen zur Verhütung der weiteren Ausbreitung der Infektionskrankheiten wurde anbefohlen:

1. Die Errichtung der Infektionsabteilungen in sämtlichen Reserve- und Kreisspitälern; Errichtung von Isolierhäusern in jeder größeren Ortschaft; Eröffnung eines Epidemiespitals und die Erwirkung der Kommandierung eines Epidemielaboratoriums nach der Landeshauptstadt Belgrad durch das Armee-Oberkommando.

2. Um die Einschleppung der Infektionskrankheiten durch die vom Balkan nach Österreich-Ungarn abgehenden Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und nach anderen Kriegsschauplätzen durchreisenden Truppen zu verhindern, wurden nicht nur eigene Reinigungs- und Entlausungsanstalten, von denen die größten eine Leistungsfähigkeit von 1000 Mann pro Tag aufwiesen, errichtet, sondern solche wie auch Wannenbäder den

Reserve- und Kreisspitälern angegliedert. Allen wurden Desinfektoren zur Reinigung der Monturen zugewiesen.

3. Die Einführung der obligatorischen Impfung der gesamten Zivilbevölkerung gegen Blattern und die fakultative gegen Cholera und Typhus.

4. Die Ärzte wurden angewiesen, der Beschaffenheit des Trinkwassers, der Assanierung der Brunnenschächte und Zisternen eingehende Beachtung zu widmen.

5. Ferner wurde die sofortige Assanierung der Friedhöfe und Grabstellen, die sich in einem recht traurigen Zustande befanden, angeordnet. Die meisten Gräber waren sehr seicht. Durch Wasser, wohl auch durch Tiere gelangten Leichenteile an die Oberfläche und verbreiteten Verwesungsgeruch in der Umgebung. Die Leichenteile mußten gesammelt und vergraben, die Gräber aufgeschüttet und mit Kalkmilch begossen werden. In gleicher Weise wurden die vielen im Überschwemmungsgebiet der Save nach dem Fallen des Wassers aufgefundenen Soldatenleichen geborgen. Dem Schönheitssinn und der Pietät für unsere Helden wurde stets Rechnung getragen; man versah die Gräber mit Kreuzen, errichtete stellenweise Monumente.

6. Endlich gelangten in den Kreis-, Bezirks- und größeren Orten Salubritätskommissionen zur Aufstellung. Sie fanden für ihre Tätigkeit ein reiches Feld. Ihnen wurde nebst anderen Agenden auch die sanitäre Überwachung aller jener geschäftlichen Unternehmungen, Verkaufs- sowie Marktplätze überwiesen, wo Lebensmittel irgendwelcher Art für den öffentlichen Gebrauch hergestellt oder verkauft wurden.

7. Gleichzeitig wurde an die Renovierung, Errichtung und Eröffnung der Apotheken geschritten. Diejenigen, deren Eigentümer nicht zurückgekehrt waren, wurden auf Rechnung der Eigentümer unter militärische Leitung gestellt.

8. Die Verfassung und Herausgabe von besonderen Verordnungen, betreffend:

«die ärztliche Armenbehandlung und unentgeltliche Verabfolgung von Heilmitteln an Arme»;

«die Ausübung des Drogeriegewerbes»;

«den Verkehr mit Giften und gifthältigen Drogen»;

«das Hebammenwesen»;

«die Leichenbeschau»;

«die Bekämpfung der Infektionskrankheiten».

Viel Arbeit erforderte auch die Hebung der Volkshygiene.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1917 wurden unter Leitung des Oberstabsarztes Dr. Kandutsch, der mittlerweile Dr. Lochbihler abgelöst hatte, weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten getroffen. In richtiger Erkenntnis, daß die Hauptgefahr der Einschleppung von Infektionskrankheiten in den südlichen drei Kreisen, ganz besonders aber in Mitrovica lag, wurde ein «ausübendes Organ zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten in den südlichen Kreisen» aufgestellt. Die Stelle wurde einem Bakteriologen übertragen, gleichzeitig Leiter des in fachtechnischer Hinsicht dem großen mobilen Epidemie-Laboratorium Nr. 11 in Belgrad unterstellten kleinen Feldlaboratoriums Nr. 81, dem die Überwachung der Kreise Mitrovica a. K., Novipazar und Prjepolje zufiel.

Ferner wurde die Entsendung einer Ärztin nach Novipazar, in welchem Kreise meist moslemische Bevölkerung siedelt, angeordnet, um den eigenartigen Sitten und religiösen Anschauungen dieser Bewohner Rechnung zu tragen. Denn selbst Infektionskrankheiten waren vor den Militärärzten nur aus dem Grunde verheimlicht worden, weil die mohammedanische Bevölkerung einen Arzt nicht zur Untersuchung ihrer Frauen zulassen wollte.

Ferner wurde zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten noch anbefohlen: die Errichtung von Heißluftkammern zur Desinfektion, die Errichtung neuer Entlausungs- und Reinigungsanstalten, die Trennung des chemischen vom bakteriologischen Laboratorium in Belgrad usw.

Die Hauptsache schien die Errichtung möglichst zahlreicher, gut ausgestatteter, aufnahmefähiger Spitäler zu sein. Der Spitalsdienst kam den Feldsanitätsanstalten, vor allem den Feldspitälern und mobilen Reservespitälern der operierenden Armeen und ihres Etappenbereiches zu. Bald aber genügten diese nicht mehr, auch mußten sie ihren Armeekörpern nachfolgen oder zu anderweitiger mobiler Verwendung freigemacht werden.

Bald nach der Besetzung Belgrads durch die verbündeten Truppen wurden in der Hauptstadt das k. u. k. Reservespital «Brčko», ein ungarisches Rotes-Kreuz-Spital, das kgl. bayrische Kriegslazarett Nr. 58 und ein großes k. u. k. Epidemiespital etabliert. Anfang 1916 bestanden in Belgrad außer den oben erwähnten Spitalern noch das Zivilspital und die Landesirrenanstalt; im übrigen Bereiche in den größeren Orten, wie

Mladenovac, Kragujevac, Kruševac, Vrnjačka-Banja, Kraljevo, Čačak, Mitrovica a. K. usw., Reservespitäler oder Feldmarodenhäuser sowie Entlausungsanstalten und Quarantänestationen.

Dem Militär-Generalgouvernement wurden sämtliche österreichisch-ungarischen Spitäler Belgrads untergeordnet; die Feldsanitätsanstalten im Innern Serbiens aber gingen in den Monaten Jänner bis März 1916 nach der italienischen oder russischen Front ab. So mußte an die Errichtung von Kreis- und Bezirksspitälern in der Provinz geschritten werden. Anfang Februar traf das Reservespital II «Brünn» ein und übernahm im April die vom abgehenden kgl. bayr. Kriegslazarett Nr. 58 belegten Gebäude des ehemaligen serbischen Landeskrankenhauses.

Der Belagraum der einzelnen Spitäler Belgrads wurde im April 1916 nach folgenden drei Gesichtspunkten geregelt:

1. Jedes Spital wurde so viel als möglich zentralisiert;
2. kleinere, bisher von Spitälern innegehabte Objekte wurden, wenn es wünschenswert war, sie ihrer früheren Bestimmung zuzuführen, sofort geräumt;
3. der Belagraum wurde verringert, jedoch nur so weit, daß mindestens 25 % für besondere Zwecke verfügbar blieben.

Die Reservespitäler waren nur zur Aufnahme von Militärpersonen und Kriegsgefangenen bestimmt. Sie hatten einen Belagraum von 200 bis 2800 Betten und waren noch erweiterungsfähig; zwei befanden sich in Belgrad, je eines in Arangjelovac, Valjevo, Kragujevac und Mitrovica a. K. Kreisspitäler wurden in sämtlichen Kreishauptorten mit Ausnahme von Mitrovica a. K. errichtet. Sie wiesen einen Belagraum von 50 bis 300 Betten auf und waren in Orten, in denen ein Reservespital vorhanden war, nur für die Zivilbevölkerung des betreffenden Kreises, in allen anderen jedoch für Militär- und Zivilpersonen bestimmt. Bezirksspitäler bestanden in den meisten Orten, in denen ein Bezirkskommando stationiert war. Sie gingen über einen Belag von 50 Betten im allgemeinen nicht hinaus und dienten zur Aufnahme von nicht infektiös erkrankten Zivilpersonen. Gemeindespitäler waren nur in wenigen Orten.

Dem weiteren Ausbau von Zivil- und Militär-Sanitätsanstalten wurde auch weiterhin ein ganz besonderes Augenmerk zugewendet. So wurde in Arangjelovac ein Mannschafts-Rekonvaleszenten-spital mit einer Belagfähigkeit von 300 Betten ein-

gerichtet. Um die Malariagefahr einzudämmen, wurde die Errichtung eines Spitals für Behandlung Malariakranker beschlossen. Das Belgrader Zivilspital, das schon lange den immer steigenden Bedürfnissen nicht mehr entsprach, wurde vergrößert und ausgestaltet. Die beiden in Belgrad befindlichen zahnärztlichen Ambulatorien wurden vereinigt und dem Reservespital II «Brünn» angegliedert.

Infolge der ungünstigen Verhältnisse für die Behandlung der Prostituierten in einzelnen Spitälern wurden zur Zentralisierung der Behandlung zwei größere Prostituiertenabteilungen errichtet, eine für die Süd-, die andere für die Nordkreise.

Auch der Errichtung eines eigenen Kinderspitals beim Belgrader Zivilspital sei noch Erwähnung getan.

Das Ergebnis dieser Tätigkeit war, daß im Gouvernement statt der 1678 Krankenbetten im Frieden für Zivil deren 6017 zur Verfügung standen, statt 860 in den serbischen Militärspitälern deren 5876, wozu noch Marodenhäuser der Truppen kamen.

Der verfügbare Raum schließt es natürlich vollkommen aus, hier alle Heilanstalten im Detail zu erwähnen. Wer sich dafür interessiert, der sei auf das hier vielfach benützte vorzügliche Werk des Stabsarztes Dr. Julius Roksandić, des verdienstvollen ersten Kreisarztes des vom Fleckfieber besonders heimgesuchten Kreises Valjevo, späteren Kommandanten des Zivilspitals in Belgrad und schließlich Stellvertreters des Sanitätchefs des Gouvernements, «Sanitäre Wacht an den Pforten des Okzidenten und Orientes» hingewiesen. Um sich von der Art und Größe unserer Heilanstalten einen Begriff machen zu können, sei hier wenigstens einer eingehender gedacht, allerdings der größten und meiner Auffassung nach musterhaftest geleiteten, des Reservespitals «Brčko» in Belgrad (Kommandant Stabsarzt Dr. Böhm).

Das Spital, das 3500 Mann beherbergen konnte, verfügte über 54 Gebäude, von denen 28 für den Krankenbelag, 10 für die Unterkunft des Pflegepersonals und 16 für den Wirtschaftsbetrieb in Betracht kamen. Den Hauptkomplex stellte das im Pavillonsystem erbaute ehemalige serbische Garnisonspital dar.

Die Spezialabteilungen wurden fast durchwegs von Spezialärzten geleitet. Von solchen Abteilungen besaß es außer der

Aufnahmsabteilung 15. Das im Spital noch von serbischer Zeit her bestehende Röntgenlaboratorium wurde durch Anschaffung aller notwendigen Behelfe für die Behandlung mit Röntgenlicht erweitert.

Zur ambulatorischen Behandlung haut- und geschlechtskranker Gagisten wurde im Jahre 1916 eine Ordination in zwei vollkommen klinisch ausgestatteten Behandlungszimmern, zur Behandlung von Hautkrankheiten Ende 1916 ein Ambulatorium für Quarzlichtbehandlung mit zwei Quarzlampen und allem Zubehör eingerichtet, eine orthopädische Anstalt im September 1916 eröffnet. Für die orthopädische Behandlung und Durchführung der Handmassage waren ausgebildete Organe vorhanden. In einem separaten Gebäude befand sich das Offizierssanatorium (Belagfähigkeit 43 Betten), Krankenzimmer zu 1, 2, 3 und 4 Betten mit Drahtmatratzen, Doppeltüren, Waschgelegenheiten mit warmem und kaltem Wasser, Wasserklosetts, elektrischem Licht, Lift, Zentralheizung, Bädern, Speisesaal, Terrasse, Parkanlagen, Lesezimmer und Bibliothek und einem modernst eingerichteten Operationssaal.

Um durch fachgemäße Behandlung der beschädigten Gebisse der Lueskranken das Auftreten von Entzündungen der Mundschleimhaut möglichst zu verhüten, wurde im Februar 1917 ein eigenes zahnärztliches Ambulatorium im Spital eingerichtet.

Die Krankenzugang im Spitale während des Jahres 1917 ergab einen Krankenzugang von 13.044 Mann der Truppen, 8705 von anderen Heilanstalten, zusammen 21.749, hingegen einen Krankenabgang von 11.280 Rekonvaleszenten zur Truppe, von 9728 in Heilanstalten des Hinterlandes und 253 Gestorbene, zusammen 21.261.

Außerdem wurden im Jahre 1917 ambulatorisch 4483 Militär- und 575 Zivilpersonen behandelt.

Es mögen nun noch einige statistische Daten folgen, die die Größe des Spitals demonstrieren sollen.

Die Verpflegung der Kranken des Spitals wurde in eigener Regie durchgeführt; es bestanden:

- 1 Küche für kranke Offiziere,
- 1 Küche für besondere Diäten,
- 6 Küchen für kranke Mannschaft,
- 1 Küche für Mohammedaner.

Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1917 wurden 865.050 Krankenkostportionen verabreicht. Der Umsatz an Bargeld betrug im Jahre 1917 2.018.000 Kronen, Arzneien wurden gefaßt oder gekauft im Werte von 66.389'37 Kronen. Für die Beheizung, den Betrieb der Küchen, Bäder und der Wäscherei wurden verbraucht an Brennholz 4510 m³ oder 225 Waggon, an Kohle 2,155.000 kg oder 215¹/₂ Waggon.

Zur Besorgung der Arbeiten der eigenen Regie standen dem Spital zur Verfügung: 4 Motorwagen der elektrischen Straßenbahn mit 4 Lastbeiwagen und 2 Krankentransportwagen; 16 Wagenpferde, 66 Ochsen und Büffel.

An Nutztieren besaß es: 12 Milchkühe, 50 Ziegen, 22 Mastschweine, 39 Lauferschweine.

Das Spital betrieb den Anbau von Gemüse in vier Gemüsegärten von 42 Katastraljoch Ausdehnung. Zwei, in der Größe von 16 Katastraljoch, waren bereits im Jahre 1916 ausgenützt, die zwei anderen im Herbst 1917 für die Kultivierung hergerichtet.

In der Dampfwäscherei für Spitalswäsche waren 12 Frauen angestellt. Der Betrieb wurde Tag und Nacht unterhalten. Der Wäscheaustausch wurde achttägig durchgeführt, für Zu- und Abgänge je nach Bedarf.

Die Größe der Anstalt verlangte es, daß einige Werkstätten unterhalten wurden. Es bestanden:

- eine Schneiderei für Spitalswäsche mit 12 Schneiderinnen;
- eine Schusterei für Reparatur der Schuhe für kranke Gäste und Mannschaft;

- eine Tischlerei zur Reparatur und Auffrischung sämtlicher Einrichtungsgegenstände und Anfertigung von Särgen (im Jahre 1917 für Spital und Kriegsprosektor 517 Stück);

- eine Schlosserei zur Reparatur und Erhaltung der Einrichtungsgegenstände, Betten usw.;

- eine Bäckerei zur Herstellung des Weißgebäcks für Schwerkranke.

Das Spital besaß im Hauptkomplex (früheres serbisches Garnisonsspital) ein eigenes Elektrizitätswerk mit Dieselmotorbetrieb, das rund 1200 Beleuchtungskörper speiste.

Von den anderen Spitälern sei noch die Augenabteilung des Reservespitals «Brünn II» erwähnt, die musterhaft einge-

richtet war und sich bald des größten Vertrauens der Bevölkerung erfreute, so daß oft 140 bis 150 Augenkranke an einem Tage das Ambulatorium aufsuchten, in welchem Privatdozent Regimentsarzt i. d. R. Dr. Bergmeister im ersten Jahre allen 200 an Star erkrankten Serben das Augenlicht wiedergab.

Auch des hohen Wertes der von dem heutigen amerikanischen Professor Regimentsarzt Dr. Miloslavich geleiteten Kriegsprosektur, des großen mobilen Epidemielaboratoriums und der von Stabsarzt Dr. Mutschenbacher geleiteten mobilen Chirurgengruppe muß hier gedacht werden, die nicht nur unschätzbare Dienste leisteten, sondern auch die ärztliche Wissenschaft durch ihre Erfahrungen bereicherten.

Hygienische Maßnahmen der Militärverwaltung.

Mit Spitälern und Heilanstalten und allem ihrem Drum und Dran allein war es nicht getan. Um das Land zu assanieren, mußte man soweit als möglich die Übel an der Wurzel bekämpfen, die Krankheitsursachen beheben oder doch verringern. Um die sanitären Anordnungen des Gouvernements überwachen und ins praktische Leben übersetzen, den Seuchen rechtzeitig entgegentreten zu können, dann um in der Bevölkerung sanitäre Aufklärung zu verbreiten, wurden die «Salubritätskommissionen» (Saubereitskommissionen) ins Leben gerufen.

Die Kommissionen bestanden aus dem Stellvertreter der Kreiskommandanten, dem Kreisarzt, dem Kreistierarzt, einem politischen Beamten und ein bis zwei Vertretern der Gemeinde der Kreishauptstadt. In besonderen Fällen wurde die Kommission noch durch einen Militärhygieniker, einen Vertreter der Militärbaubehörde und einen Vertreter der Intendanz und Gemeindemitglieder verstärkt.

Die Aufgaben dieser Kommissionen waren:

1. Trinkwasserversorgung.
2. Beseitigung der Abfallsstoffe, Kanalisierung.
3. Marktpolizei.
4. Regelung der ärztlichen Behandlung der mittellosen Bevölkerung.
5. Errichtung von Spitälern für die Zivilbevölkerung.
6. Anordnung von Schutzimpfungen.
7. Sicherstellung und Deponierung von prophylaktischen Impfstoffen gegen Cholera, Bauchtyphus und Blattern.

8. Einrichtung von Badegelegenheiten, Entlausungsanstalten usw.
9. Errichtung von Isolierhäusern für Infektionskranke.
10. Beschaffung von Milch für Kinder und Kranke.
11. Regelung der Fleischbeschau.
12. Regelung der Leichenbeschau.
13. Regelung der Prostitution.
14. Durchführung der Hundekontumaz.

Beseitigung und Unschädlichmachung der Abfallstoffe war keine leichte Sache, denn damit hatte man sich in Serbien niemals ernstlich beschäftigt. Die Abortanlagen waren sogar in Belgrad sehr primitiv. Interessant ist, daß im Jahre 1907 in 10.473 Häusern, die damals in Belgrad bestanden, nur 4144 Aborte vorhanden waren. Die Zahl der Wasserspülklosetts dürfte selbst anfangs 1916 die Zahl 200 nicht überstiegen haben.

Wie aus den Berichten der Kreisärzte hervorgeht, stand es in dieser Beziehung in der Provinz nicht besser. Ein großer Teil der Ortschaften war mit eigenem und fremdem Unrat buchstäblich überfüllt. Die Straßen, Plätze, Höfe, ja selbst die Wohnhäuser waren Ablagerungsplätze von Dünger, Mist und Kot. Daß die Arbeitsleistung der Kreiskommandos nicht gering war, beweist der Jahresbericht 1916 des Kreisarztes von Belgrad-Land, wonach aus dem kleinen Orte Lazarevac allein über 5000 Wagen Mist — außer demjenigen, welchen die Leute selbst ausführten — befördert wurden.

Die gründliche Reinigung der Häuser und Wohnungen wurde in den Kreisen gelegentlich der Numerierung der Häuser von Haus zu Haus kontrolliert, und dadurch eine noch nie dagewesene Reinlichkeit der Wohnräume und Ortschaften erreicht. Kanalisation war nur in den wenigstens Orten im Innern Serbiens vorhanden. Man mußte die Straßengräben in den Ortschaften regulieren, durch Schaffung von freiem Abfluß des Regen- und Schmutzwassers die Bildung von Pfützen verhüten. Obwohl in dieser Beziehung in den wenigen Monaten eine so große Arbeit geleistet wurde, wie sie die serbische Verwaltung in Jahren nicht zustande brachte, so blieben immer noch kleine Übelstände übrig, an deren Beseitigung auch noch zum Schlusse gearbeitet wurde.

Die Handhabung der Marktpolizei lag in den Händen der Exekutivbehörden und wurde sehr strenge ausgeübt. In Belgrad

wurde auch eine Lebensmitteluntersuchungsanstalt ins Leben gerufen.

Für die ärztliche Behandlung der mittellosen Bevölkerung wurden in Belgrad sowie in den Kreishauptorten städtische Ambulanzen errichtet, wo der unbemittelten Bevölkerung ärztliche Hilfe unentgeltlich zu Gebote stand. In Orten, wo keine Ambulanzen aufgestellt waren, hatte jeder Bezirks- oder Gemeindearzt zu festgesetzter Stunde unentgeltliche Ambulanz für unbemittelte Kranke abzuhalten.

Die ärztliche Hilfe wurde überall reichlich in Anspruch genommen; alle Militärärzte erfreuten sich eines besonderen Vertrauens der Bevölkerung, was sie auch zum Zwecke von Belehrungen über Infektionskrankheiten und, um den Sinn für Reinlichkeit und Prophylaxe zu erwecken, bei jeder Gelegenheit ausnützten. In Belgrad erstreckte sich die armenärztliche Tätigkeit im Jahre 1917 auf 13.216, in Valjevo beispielsweise auf 986 ambulatorische Fälle. Auf Kosten der Bezirkskommandos wurden zu diesem Zwecke Medikamente unentgeltlich beigestellt.

Äußerst wichtig für die Volksgesundheit im allgemeinen und als Prophylaxe gegen das Fleckfieber im besonderen war die Schaffung von Entlausungsanstalten und von Badegelegenheiten. Außer dem großen Belgrader Dampfbade, das an drei Tagen der Woche für Militär, an den übrigen Tagen für Zivilpersonen geöffnet war, wurden in Belgrad und Umgebung noch fünf größere Bäder als «Entlausungsanstalten» errichtet, und zwar die Entlausungsanstalt «Untere Festung Kalimegdan», die Entlausungsanstalt «Carigradska», dann je eine in der Gardekavalleriekaserne und in der Stara Crkvenagasse und im Artillerieabschnitt «Banjia».*) Unter den «Entlausungsanstalten» darf man sich trotz ihres unappetitlichen Namens nichts anderes vorstellen als große, mustergültig eingerichtete Badeanstalten für Massen wie für Einzelbäder, mit Duschvorrichtung, Rasierstuben und Vorrichtungen zur Desinfektion von Kleidern, Ausrüstungen und Vorratskammern für frische Wäsche, Trockenträumen für die desinfizierten Sachen u. dgl. Die größte Anstalt dieser Art war die in der Belgrader «Unteren Festung» in den

*) Diese entstand schon im Dezember 1915 ganz aus Initiative des Abschnittskommandanten Hauptmann Chytil als Bad für die Besatzung und die Bevölkerung und wurde dann ebenfalls als fallweise Entlausungsanstalt verwendet.

Räumen eines baulich schönen, aber nicht instand gehaltenen rituellen türkischen Bades. Die Belgrader Anstalten entlausten im Jahre 1916, obwohl einige erst ein halbes Jahr bestanden, 187.395 Mann, darunter das ganze auf dem Transport nach Galizien befindliche türkische XIV. Armee-korps und das infolge politischer Verhältnisse übergetretene griechische VI. Armee-korps vor seinem Abtransporte nach Görnitz, ohne daß dieser notwendigen Desinfektion wegen der Transport dieser ansehnlichen Heereskörper auch nur einen Tag aufgehalten worden wäre.

In der heißen Jahreszeit traten außerdem noch die Strombäder in Funktion. Eines wurde bereits im Frühjahr 1916 unterhalb der Brücke am sandigen Nordufer der Save als große Militärschwimmsehule errichtet, die an einigen Tagen der Woche auch für das Zivil zugänglich war. Im Frühjahr 1917 kam oberhalb der Eisenbahnbrücke am südlichen Saveufer eine Zivilschwimmsehule hinzu, die von der Gemeinde als städtisches Strombad übernommen wurde und die Militärschwimmsehule ausschließlich für die Garnison verfügbar machte.

Auch in der Provinz entstanden zahlreiche Dampf-, Wannen- oder Flußbäder. In den Bezirkshauptorten war die Findigkeit der Kommandanten oder ihrer Organe in der Errichtung von Badegelegenheiten erstaunlich. Sicher kann angenommen werden, daß es im Sommer 1916 nur mehr wenige Orte, im Sommer 1917 aber keinen in Serbien gab, in dem Kommandos, Truppen oder Anstalten standen, wo es keine Gelegenheit zum Warmbaden im Winter und zum Baden in fließendem Wasser im Sommer — auch für die Bevölkerung — gegeben hätte.

Die Polizei in Belgrad war sehr bemüht, die geheime Prostitution einzudämmen und den eruierten Personen bei der Erlangung eines anständigen Erwerbes an die Hand zu gehen. Von den Belgrader Prostituierten war etwa die Hälfte geschlechtskrank.

Auch bezüglich der Hundekontumaz wurden sehr strenge Maßregeln getroffen, was um so notwendiger war, als die Zahl der herrenlosen Hunde und Katzen, darunter vieler wutkranker, bei der Besitznahme Serbiens eine außerordentliche große war. Es wurden daher in den ersten sechs Monaten herrenlos sich in der Nacht herumtreibende Katzen kurzerhand niedergemacht,

was um so leichter war, als nach 10 Uhr nachts niemand ohne Erlaubnisschein auf der Gasse sein durfte. In der Folge wurde die Besteuerung der Hunde, ihre Kenntlichmachung durch Marken eingeführt und in Belgrad ein Pasteurinstitut errichtet.

Für die Milchbeschaffung im größeren Stile kam im ganzen Gouvernementsbereiche bei seinem überwiegend landwirtschaftlichen Charakter nur Belgrad in Betracht. Hier waren dafür die Verhältnisse in dieser Beziehung um so desolater, und zwar was Qualität wie Quantität betraf. Der dringendsten Not zur Versorgung wenigstens der Kleinsten half die Errichtung des Säuglingsheims ab. Der Lebensmitteluntersuchungsanstalt wurde die Untersuchung der eingelieferten Milch übertragen und Mitte Juni 1916 eine Milchübernahmszentrale errichtet. Doch wurde die Versorgung erst dann eine geregelte und auch qualitativ entsprechende, als Ende Juli, nach Übernahme der Geschäfte durch mich, der freihändige Verkauf von Milch in der Umgebung von Belgrad eingestellt und die Ortschaften im Umkreise von 12 km von Belgrad beauftragt wurden, zweimal täglich Morgens wie Abendmelkung getrennt an die bestimmten Sammelstellen einzuliefern, wo die Milch dann fachmännisch gekühlt und an die 14 Verkaufsstellen in Belgrad verteilt wurde und wo die Bevölkerung die Milch gegen Kartenabgabe übernahm. Solcherart kamen in den Sommermonaten täglich 4000 bis 6000 Liter Milch an die Zivilbevölkerung (Militärpersonen, Säuglingsheim, Spitäler usw. wurden von den eigenen Wirtschaften beteiligt), ein Quantum, das hinreichte, jedem Kind unter 14 Jahren $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Liter Milch, kleinen Kindern $\frac{1}{2}$ bis 1 Liter, Erwachsenen dreimal wöchentlich $\frac{1}{4}$ Liter Kuhmilch zu verabreichen, weitaus mehr als in den großen Städten des Hinterlandes und mehr als doppelt soviel als vorher, wo nur 2000 Liter Milch nach Belgrad gelangten. Als im Spätherbste 1916 das eingelieferte Quantum bedenklich abnahm, wurden weitere Kreise — da mittlerweile der Bahnverkehr für nichtmilitärische Zwecke mehr ausgenützt werden konnte — zur Aufbringung der Milch herangezogen. Auf diese Art gelang es, den Stand der Milchversorgung, die auch die besondere Anerkennung des Professors Dr. Pirquet, eines Fachmannes auf dem Gebiete der Volksernährung, sowie norwegischer und schwedischer Tagesschriftsteller fand, aufrechtzuerhalten.

Ein besonderes Augenmerk erforderten die Friedhöfe, und zwar nicht nur die auf den Schlachtfeldern errichteten, sondern auch die meistens ungünstig angelegten, primitiv abgeschlossenen und überbelegten der bürgerlichen Bevölkerung. Dementsprechend wurden den Gemeinden, vor allem der Belgrader, die Erweiterung der Friedhöfe aufgetragen, hiebei auch für Israeliten und Mohammedaner abgetrennte Abteilungen geschaffen, und in Belgrad die Weiterbelegung eines Friedhofes im Stadttinnern eingestellt.

Heldengräber befanden sich überall im ganzen Bereich. Ihnen wurde besondere Fürsorge zuteil. Die Bezirkskommandos verzeichneten alle in ihrem Bereich befindlichen Soldatengräber in einem Gräberkataster. Leider wurden die Gräber aus dem Jahre 1914 von den Serben fast gänzlich vernachlässigt, so daß die Identifizierung der darin Begrabenen trotz eifrigster Nachforschungen in den seltensten Fällen gelang. Alle Gräber wurden instand gesetzt, bezeichnet und die Leichenfelder zu Friedhöfen vereinigt und umfriedet. Einer eigenen Abteilung, der Kriegsgräberinspektion, oblag als Hauptaufgabe die Herstellung und Erhaltung der Gräber der gefallenen Helden. So entstand eine große Anzahl würdiger, künstlerisch ausgeschmückter und landschaftlich schön gelegener Heldenfriedhöfe, von denen der deutsche auf dem Banovo brdo bei Belgrad und jener bei Arangjelovac wohl die schönsten sind. Wie mir zugekommene Nachrichten besagen, werden diese Friedhöfe von den Serben in ritterlicher Weise respektiert und erhalten.

Als Ergebnis dieser sanitären Arbeit kann zusammenfassend gesagt werden, daß den mindestens 120.000 Todesfällen an Fleckfieber und 130.000 Todesfällen an anderen epidemischen Infektionskrankheiten in den Jahren 1914/15, die nach den Berichten der Ärzte und nach der Zahl der im Gouvernementsbereiche konstatierten Gräber festgestellt werden konnten,*) in den drei letzten Quartalen des Jahres 1916 insgesamt 13.535, im Jahre 1917 16.408 Fälle von Infektionserkrankungen überhaupt gegenüberstanden; ein Ergebnis, das wohl als glänzend be-

*) Vermutlich sind die tatsächlichen Zahlen weit größer, wenn auch die meisten Verstorbenen im östlichen Serbien waren, wo sich die weniger gut behandelten Kriegsgefangenen der Hauptsache nach befanden. Serbien soll im Kriege durch Epidemien 600.000 bis 700.000 Menschen verloren haben (12 bis 14% der Bevölkerung).

zeichnet werden kann, und die stolzen Worte des Professors Dr. Miloslavich (Chicago) voll rechtfertigt, die auf Seite 191/2 zitiert wurden.

Im zweiten Verwaltungsjahre änderte sich das Verhältnis noch mehr zugunsten der Sanierung. Auch die Einzelfälle der für Serbien typischen epidemischen Krankheiten — Fleckfieber, Bauchtyphus, Malaria und Ruhr — wurden immer seltener. Schließlich mußte daran gedacht werden, sich sanitär gegen das immer mehr und mehr sich verwahrlosende Hinterland abzuschließen, damit nicht von dort Epidemien in das Gouvernementsgebiet eingeschleppt würden. Die wöchentlichen Krankenrapporte im Sommer 1918 wiesen im allgemeinen nur mehr die Hälfte der Erkrankungen des Jahres 1916 auf.

Diese Ergebnisse waren allerdings nicht leicht zu erzielen gewesen. Vielfach konnte es dabei nicht ganz ohne Härte und scheinbare Rücksichtslosigkeit abgehen. Beispielsweise empfand es der serbische Landmann als eine ihm vorderhand unverständlich scheinende Härte, daß er den Hausdünger nicht mehr als Schutzmittel gegen die Winterkälte bequemerweise rings um seine Hütte an deren Außenwänden anhäufen durfte, sondern auf die Felder schaffen mußte. Auch die Errichtung von Bädern wurde vielfach als unangenehmer Zwang empfunden, wenn der einzelne gegen seinen Willen zum Bade gezwungen wurde.

So hatte der schon mehrmals erwähnte rührige erste Bezirks- und Artillerieabschnittskommandant von Banjica bei Belgrad einen kleinen Sumpf dadurch trockengelegt, daß er die Quelle, die sich dort staute und den Morast erzeugte, fassen ließ. Sie speiste mit ihrem reinen Wasser nicht nur eine großangelegte Berieselungsanlage der Gemüsegärten des Bezirkskommandos, sondern auch zwei große Bassins, die als Badebassins für ein Dampfbad und zum Schwemmen der Wäsche der dort angelegten Dampfwäscherei dienten. Auf Verfügung des Bezirkskommandos hatte die Bevölkerung einmal wöchentlich (unentgeltlich) zu baden und, wo es notwendig war, entlaust zu werden. Vielfach waren die Leute, ganz besonders der ältere weibliche Teil der Bevölkerung, von dieser Verfügung gar nicht erbaut und es bedurfte einiger «Nachhilfe», um sie dieser Wohltat teilhaftig werden zu lassen. Den hartnäckigsten Widerstand setzte eine 64 jährige, ziemlich beleibte Frau dem Bade entgegen. Sie mußte schließlich von zwei Soldaten abgeholt, von einer

Frau nicht ohne Widerstand entkleidet und ins Bassin getrieben werden, wobei sie laut wehklagend in Worte ausbrach, die begreiflicherweise für die diese Maßregel in bester Absicht durchführenden Militärpersonen wenig schmeichelhaft waren.

Und wie hier die einzelne, so wohl auch die Gemeinschaft. Nur harter und, wo es nottat, auch rücksichtsloser militärischer Zwang erreichte die bald musterhaft gewordene Straßenreinlichkeit und Straßenpflege in den Städten, wo so etwas, besonders in den drei Südkreisen, bisher vollkommen unbekannt war.

Auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande besserten sich unter der steten Einwirkung der Bezirkskommandanten. Wo Häuser neu gebaut oder ausgebessert wurden, mußten Rauchfänge statt der offenen Essen aufgestellt, die Fensteröffnungen vergrößert, Ställe für die Haustiere errichtet werden u. dgl. Manche althergebrachte Gewohnheiten bei Geburten und Beerdigungen konnten freilich nicht mit einem Male beseitigt werden, insbesondere deshalb nicht, weil das Volk gerade in solchen Dingen sehr konservativ und sehr empfindlich war.

Zur Regelung der sanitären Verhältnisse gehörte auch jene des Apotheken- und Drogenwesens. Von 55 Apotheken, die der Gouvernmentbereich vor dem Kriege besaß, waren nach der Okkupation 36 nicht in Betrieb. Die Sanitätsabteilung setzte einen Militärmedikamentenbeamten als Leiter, bei großen Apotheken eventuell auch einen zweiten Beamten ein und teilte, wo es notwendig war, wenigstens anfangs, einen Landsturmmann als Laboranten zu. Das andere Personal wurde den Einheimischen entnommen.

Für den Nachschub an Medikamenten aller Art, auch für die Dotierung der öffentlichen Apotheken im militärischen oder zivilen Betrieb, sorgte das in Belgrad aufgestellte Sanitätsmaterialdepot. Eine Gouvernementsverordnung ordnete die Überwachung sämtlicher Apotheken und Drogerien durch die Exekutivorgane des Sanitätsdienstes an und regelte zugleich das Nutznießungsverhältnis der in militärischen Betrieb genommenen Apotheken. Es wurde hiebei bestimmt, daß monatlich $33\frac{1}{2}\%$ des Reinertrages dem Besitzer oder dessen Familie als Subvention zuzufallen hatte, während der Jahresreinertrag nach Abrechnung der dem Ärar erwachsenen Betriebskosten

nach einem vom Gouvernement jährlich festzusetzenden Schlüssel zu teilen war.

Für die Volkswohlfahrt von größter Bedeutung war schließlich die noch von der ersten Gouvernementverwaltung durchgesetzte ganze oder teilweise Auszahlung der Gehälter und Pensionen an serbische Staatsangehörige. Eine gesetzliche Verpflichtung hiezuh bestand nach der Flucht aller amtlichen Kassen, Ämter und der Nationalbank wohl nicht. Es war die Übernahme einer Last, der kein materieller Einnahmeposten gegenüberstand, kaum ein moralischer. Denn, wenn die Betroffenen die Gabe auch willig annahmen, so fühlten sie sich doch durch sie in keinerlei Weise moralisch verbunden, verpflichtet oder auch nur gehemmt. Den Komitenhauptide, Hauptmann Kosta Vojnović, behinderte es nicht im geringsten in seiner Bandentätigkeit, daß seine Eltern vom Generalgouvernement ihre serbische Staatspension ausbezahlt erhielten; er betrachtete das vielmehr als eine Selbstverständlichkeit. Und es ist auch dem Militär-Generalgouvernement niemals eingefallen, den greisen Eltern des Banditenhauptide ihre Bezüge ganz oder teilweise zu kürzen, obwohl es an Vorschlägen hiezuh von ziviler, ja sogar von serbischer Seite, nicht gefehlt hatte und obwohl das serbische Heidukengesetz hiefür die gesetzliche Handhabe geboten hätte.

Diese Maßregel hat nicht wenig zur Sanierung des Landes beigetragen, denn sie schützte weite Kreise der Intelligenz vor äußerster Not und Verarmung und half dadurch, Elend, Prostitution und Tuberkulose besser bekämpfen als manche noch so gut gemeinte Verordnung. Sie ist ferner ein Ehrendenkmal für den sozialen Geist, der die Militärverwaltung bei all ihrer sonstigen notwendigen Strenge erfüllte.

Unterricht und Kultuswesen.

Der Krieg hatte auch das in schönem Aufstiege befindliche serbische Schulwesen jäh abgeschnitten. Serbien besaß vor dem Kriege eine immerhin nahezu fünfzig Jahre alte Universität, die trotz der Kargheit ihrer Dotierung der Wissenschaft schon bedeutende Männer geliefert hatte, wenn diese auch einen Teil ihrer Ausbildung im Auslande, vornehmlich in Österreich oder Deutschland, genossen hatten. Die Er-

richtung einer technischen Hochschule war geplant. An Mittelschulen besaß Serbien in jeder Kreishauptstadt des alten Königreiches eine, in Belgrad sogar mehrere, darunter auch ein Mädchengymnasium. Es herrschte überhaupt ein bemerkenswerter Zug zur mittleren und höheren Ausbildung der Frauen und Mädchen. Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift war bei der jüngeren weiblichen Generation der besseren Stände und des Mittelstandes sogar weit häufiger zu treffen als bei der jüngeren männlichen. Die allermeisten Frauen der besseren Stände waren im Auslande, vor allem in Österreich, in Deutschland oder in der deutschen Schweiz erzogen worden, während die männliche Jugend es nicht mehr notwendig hatte, zur Mittelschulausbildung ins Ausland zu gehen und auch der Besuch der deutschen hohen Schulen in Österreich und Deutschland in den Jahren vor dem Kriege stark abgenommen hatte.

Volksschulen besaß das Königreich 1304. Sie genügten aber dem Bedarfe nicht. Die Kinder waren zwar alle schulpflichtig; aber die Schule wirklich besuchen konnten nur etwa 60 bis 75 %. In den ländlichen Bezirken, besonders in jenen des mittleren und südlichen Serbiens, waren die Entfernungen der einzelnen Weiler und Gehöfte von den Schulorten doch oft zu groß und — besonders in der kalten Jahreszeit — die Wege zu schwierig, um die Kinder zu ständigem Schulbesuche verhalten zu können.

Nach der Besetzung Serbiens durch die Verbündeten im Herbst 1915 hörte jede Schultätigkeit auf, nachdem sie schon vorher durch den Krieg und die verheerenden Epidemien stark beeinträchtigt worden war. Eine der allerersten Aufgaben, an welche das neue Gouvernement mit einem nachgerade kostspieligen Eifer herantrat, war die Wiederbelebung des Schulbetriebes, um nicht nur einer Verwilderung der Kinder und dem geistigen Zurückbleiben einer Generation vorzubeugen, sondern um sich die Herzen der Kinder und damit auch jene der Eltern zu erobern, um den Anschluß Serbiens an die Monarchie vorzubereiten. Zum mindesten wollte man für den Fall eines Selbständigbleibens Serbiens eine Annäherung und damit die Versöhnung der Geister erleichtern. Diese Ansichten waren gewiß an sich nicht nur schön und löblich, sondern auch durchführbar, aber sie rechneten nicht mit zwei Dingen: mit dem ungarischen Chauvinismus und mit dem Ersparungsprinzip in Österreich, das gegen jede ihm überflüssig scheinende Ausgabe war. Und das

war mehr oder minder jede, die nicht von einem österreichischen Verwaltungsjuristen veranlaßt worden war. Selbstverständlich konnte man die serbischen Kinder nicht in ungarischer Sprache unterrichten und griff, weil die einheimischen Lehrkräfte zunächst vollständig fehlten, nur auf kroatische und serbische Lehrer aus Ungarn und Kroatien, die natürlich in der serbo-kroatischen Sprache mit Benützung der in Kroatien (Bosnien) gebräuchlichen Bücher unterrichteten. Und es war selbstverständlich, daß man in den Schulen die im Gouvernement als Dienstsprache der Behörden vorgeschriebene deutsche Sprache lehrte, da viele der Lehrpersonen eben Militärpersonen waren.

Aber darin erblickte Ungarn und auch der geistig hochstehende Zivil-Landeskommissär Dr. von Thallóczy eine Gefahr für Ungarn. Man fürchtete, daß solcherart der Geist der alten Militärgrenze wiedererweckt werde, daß diese Schulen deutsche Sitten, deutsche Kultur lehren, «Brutstätten des Germanismus» werden könnten. Darum erhob der Zivil-Landeskommissär gegen den geplanten Ausbau des Schulwesens in Serbien stets Einspruch. Die Gouvernementsverwaltung wollte allerdings nicht nur alle bestandenen Volks- und Mittelschulen wieder errichten, sondern diese vermehren, um allen schulpflichtigen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. In Belgrad sollte im Gebäude der ehemaligen serbischen Militärakademie ein achtklassiges Realgymnasium mit teilweise deutscher Unterrichtssprache unter militärischer Leitung und mit Internat entstehen, wobei man sogar plante, die Zöglinge zu uniformieren. Besonders diese letztere «Brutstätte des Germanismus» und das Wiedererwachen des alten Grenzergeistes waren dem Zivil-Landeskommissär und seinen heimatlichen Auftraggebern ein Dorn im Auge. Es begann ein zäher, teils offener, weit mehr aber versteckter, im Wege der ungarischen Regierung geführter Kampf um die serbischen Schulen und besonders das mit 1. September 1916 zu errichtende Internat. Der offizielle Hauptgrund, der gegen die Schulpläne ins Treffen geführt wurde, war die Geldfrage. «Es sei nicht nur nicht notwendig, sondern sogar schädlich, dem Feinde auf unsere Kosten, noch dazu bei unserer schwierigen Finanzlage, Muster Schulen zu errichten», und dieser Einwand war allerdings einer, dem ich mich bei Übernahme der Geschäfte nicht entziehen konnte. Das letzte Verwaltungshalb-jahr hatte mit einem Defizit von 14½ Millionen Kronen abge-

schlossen, worin die eigentlichen Besatzungskosten nicht inbegriffen waren. Auch ich hielt die Erreichung einer günstigen Bilanz wirklich für das vorerst wichtige, den geistigen Anschluß einer Provinz, die wir formell noch gar nicht besaßen und deren tatsächlich bleibende Erwerbung bei der gegebenen Verteilung der politischen Kräfte immerhin noch sehr zweifelhaft war, für das einstweilen minder wichtige. Trotzdem konnte ich mich der Auffassung nicht verschließen, daß aller Widerspruch in dem Augenblick aufgehört hätte, in welchem ich gesagt hätte: «Exzellenz, lassen wir die Schulpläne so wie sie sind, aber mit ungarischen Lehrern, unter ungarischer Leitung mit ungarischer Unterrichtssprache. . . .»

Mein Gouverneur und ich nahmen ebenfalls den Standpunkt ein, daß vorerst im Schulwesen keine über das Augenblicksbedürfnis hinausgehende Ausgaben gemacht werden durften, waren aber entschieden dagegen, daß das Schulwesen dem direkten Einflusse der Militärabteilung entzogen würde und nahmen bei der Begutachtung des neuen Organisationsstatuts energisch dagegen Stellung. Aber vor der starken Persönlichkeit Tizsas wich vorerst das Ministerium des Äußern, dann sein Vertreter beim Armee-Oberkommando und infolgedessen schließlich dieses selbst zurück. Das Schulwesen wurde im neuen Statut im Wege der politischen Abteilung dem Zivil-Landeskommissär unterstellt, wenn auch Gouverneur und Generalstabschef mitverantwortlich blieben.

Bis Ende Juli 1916 hatte die erste Gouvernementsverwaltung etwa 1100 ein- bis zweiklassige Volksschulen aufgestellt, in welchen etwa ein Sechstel aller schulpflichtigen Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, und zwar vor allem die jüngsten Jahrgänge, Aufnahme fanden. Die Ursache dieser Beschränkung war der Mangel an Lehrkräften und an Schulbüchern. Die Unterrichtssprache war die serbokroatische, aber mit Lateinschrift; der Unterricht der Cyrillika wurde auf den Religionsunterricht beschränkt. So war für die schließliche Einschulung aller schulpflichtigen Kinder bereits ein größerer Rahmen gebildet worden als unter serbischem Regime, das Netz der Volksschulen ein engeres als früher, der Schulbesuch für viele, gerade die Kleinsten und Schwächsten, ermöglicht. Nach den später erschienenen «Grundsätzen für die Errichtung der Normal- und Mittelschulen in Serbien» waren alle Kinder im Alter von 7 bis 12 Jah-

ren zu registrieren und nach Maßgabe des verfügbar werdenden Platzes einzuschulen. Teils über Anordnung des Gouvernements, teils dank der Initiative einzelner besonders fürsorglicher Kreis- und Bezirkskommandanten wurden auch Waisenhäuser, Säuglingsheime und Kindergärten ins Leben gerufen.

Auch hier ging der schon mehrmals erwähnte Artillerieabschnitts- und Bezirkskommandant von Banjica, Hauptmann Chytil, vorbildlich voran. Er vereinigte die elternlosen oder sich herumtreibenden vaterlosen, zum großen Teile verwahrlosten Knaben seines Bezirkes im Militär-Barackenlager bei Banjica unter strenger militärischer Zucht. Lesen, Schreiben, Rechnen, deutsche Sprache, aber auch Feld- und Gemüsebau, Korbflechterei, Töpferei, Gerberei und Schusterei wurden gelehrt. Die Knaben standen unter militärischer Disziplin und wurden in den zu Ortsveränderungen notwendigsten geschlossenen militärischen Bewegungen unterrichtet. Die Schule bewährte sich vorzüglich und blieb trotz ihres rein militärischen Zuges auch unter der Zivilabteilung bestehen.

Ferner wurde im Sommerschlosse Topčider ein Waisenhaus für 200 Kinder aus dem ganzen Gouvernementsbereiche gegründet. Auch in Užice und Valjevo entstanden Waisenhäuser. In Belgrad errichtete der erste Brückenkopfkommendant, FML. Kuchinka, ein Findelhaus und ein Säuglingsheim und trug schon im November 1915 Sorge, daß diese beiden Anstalten in ausreichender Weise mit Milch versorgt wurden. Beide Anstalten wurden später von der Stadtgemeinde übernommen.

Die Volksschulen erfuhren durch die neuen Funktionäre einstweilen keine weitere Ausgestaltung. Wohl aber blieb es unser Bestreben, das Militärrealgymnasium in Belgrad ins Leben zu rufen. Thallóczy wehrte sich, dann verlegte er sich aufs Handeln und Feilschen. Er war nur für die Unterstufe einer Mittelschule zu haben, während der Gouverneur und ich wenigstens eine vollständige Mittelschule in Serbien schaffen wollten, wo die Jugend ganz unter unserer Kontrolle ausgebildet und erzogen werden sollte. Doch Thallóczy kam der Eintritt Rumäniens in den Krieg zu Hilfe, der dem Gouvernement ganz andere Sorgen aufhalste als die Schule in Belgrad, so daß ein Kompromiß entstand, ein Realgymnasium mit sechs Klassen. Das Zivil-Landeskommissariat begründete diese halbe Maßregel formell damit, daß eine Schule in Serbien keine für die Monarchie

geltenden Maturitätszeugnisse ausstellen könne, daß also die jungen Leute, um solche zu erlangen, schließlich doch eine österreichische oder ungarische Mittelschule besuchen mußten.

Nach Konsolidierung der Verhältnisse und des Budgets konnte um so mehr an die Neuerrichtung von Schulen gedacht werden, als sich ein Ausweg fand, der das Budget gar nicht oder doch nicht nennenswert belastete. Die Wiederbelebung des Erwerbslebens, besonders der Landwirtschaft, brachte bald auch Ordnung in die Gemeindebudgets und damit die finanzielle Möglichkeit, den Gemeinden die Erhaltung der von ihnen gewünschten Schulen aufzulegen. Das Gouvernement mußte nur in der Frage der Unterbringung entgegenkommen, weil manche Schulgebäude zu Spitalszwecken verwendet wurden und nicht entbehrt werden konnten; doch fanden sich genügend andere Gebäude, weil unsere Verwaltung im Lande weniger Raum brauchte als die serbische und auch weniger Truppen vorhanden waren.

Grundsätzlich waren Mittelschulen auf Kosten der Gemeinden zu errichten, wobei dem Kreiskommando aber das Recht der Beaufsichtigung, der Auswahl und Bestätigung der durchwegs einheimischen Lehrkräfte zukam.

Auch neue Volksschulen sollten prinzipiell nur aus Gemeindemitteln errichtet werden; doch half das Gouvernement aus, wenn die Gemeinde die Mittel nicht aufbringen konnte, die Behörde aber die Aufstellung der Schule als unbedingt notwendig bezeichnete. Meist genügte eine Unterstützung durch Beistellung von Arbeitskräften und Materialien für die Instandsetzung des Schulgebäudes, Belieferung mit Lebensmitteln, Heizungs- und Beleuchtungsmaterialien, Anschaffung von Lehrbüchern, Lehrmitteln u. dgl.

Auf diese Art wurden für das Schuljahr 1917/18 fast in allen Kreishauptstädten sechsklassige Mittelschulen, in Belgrad ein siebenklassiges Mädchengymnasium, in verschiedenen Orten neue Volksschulen ins Leben gerufen und die bestehenden auf drei oder vier Klassen erweitert, so daß, besonders bei Mitberücksichtigung der drei mohammedanischen Südkreise, für welche in dieser Beziehung in den drei Jahren serbischer Herrschaft gar nichts geschehen war, am Schlusse der österreichisch-ungarischen Verwaltungsperiode tatsächlich in den besetzten Ge-

bieten der Zahl nach mehr Schulen bestanden und in ihnen mehr Kinder eingeschult waren, als in der Zeit vor dem Kriege.

Nicht im gleichen Maße wie das Unterrichtswesen hatte die Seelsorge durch den Krieg und die Okkupation gelitten. Wohl ergriffen die höchsten kirchlichen Behörden und auch ein Teil der Landpfarrer die Flucht, lichteten Krieg und Seuchen die Reihen der einheimischen Geistlichkeit, so daß viele Pfarren unbesetzt, auch die Klöster zum Teil oder fast ganz verlassen waren.

Die serbische einheimische Bevölkerung gehört einheitlich dem griechisch-orthodoxen Bekenntnisse an. Nur in Belgrad, bei der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft, befand sich eine kleine römisch-katholische Kirche und ein römisch-katholischer Geistlicher; ebenso war ein Teil der albanischen Bevölkerung der neuerworbenen Südkreise römisch-katholisch. Belgrad besaß auch eine von einem Imam besorgte Moschee, ebenso war in den Südkreisen der überwiegende Teil der Bevölkerung mohammedanischen Glaubens. Dieser Glaube, der überall wesentlich vereinheitlichender wirkt als das Christentum und stets von seinen Angehörigen vor die nationale Zugehörigkeit gestellt wird, bewirkte, daß sich diese Mohammedaner, obwohl sie Albaner und Serben waren, als «Türken» bezeichneten. In diesen Südkreisen befand sich dementsprechend auch eine Anzahl mohammedanischer Priester, denen allerdings von der Serbenherrschaft das Leben nicht eben leicht gemacht worden war.

Das Gouvernement mußte auch hier überall helfend eingreifen, weil die einzige Aushilfe mit Hilfe der Militärgeistlichkeit möglich war und schließlich die Beeinflussung der Bevölkerung durch die Priester der Regierung um so weniger gleichgültig bleiben konnte, als im Lande der Einfluß der Geistlichkeit noch ein recht bedeutender war, wenn auch ihr Ansehen infolge verschiedener Maßnahmen liberal orientierter serbischer Regierungen und infolge der manchmal nicht auf der Höhe stehenden Ausbildung der Priester gelitten hatte. In den Städten war allerdings ihr Einfluß gering. Zu beachten war, daß die serbische Priesterschaft fast ausschließlich radikalnational und darum fast durchwegs uns feindlich gesinnt war. Von den mohammedanischen Priestern konnte man allerdings das Gegenteil behaupten.

Da der in Belgrad zurückgebliebene serbische Erzpriester sich seiner extrem nationalen Einstellung nach als unverwendbar erwies, mußte er enthoben, interniert und durch einen griechisch-orthodoxen, der serbischen Nationalität angehörigen aktiven Militärgeistlichen, den Erzpriester Theodor Jungić, ersetzt werden. Für die unbesetzten Pfarren wurden Administratoren bestellt, teils aus den Nachbarpfarren, teils Klostergeistliche, teils, soweit der nicht gerade große Vorrat reichte, griechisch-orthodoxe Reserve-Militärgeistliche. Das klösterliche Vermögen wurde, insofern es nicht zum unbedingten Unterhalt der Mönche verwendet wurde, von Staats wegen verwaltet und zu Staatszwecken verwendet. Der katholische, evangelische und jüdische Seelsorgedienst, mit Ausnahme desjenigen der sephardischen Kultusgemeinden, die ihre eigenen Seelsorger hatten, wurde durchwegs von der Militärgeistlichkeit versehen.

Mit der Neuorganisation im September 1916 wurde das Kultuswesen für die Einheimischen der Kultus- und Schulabteilung des Zivil-Landeskommissärs unterstellt. Die militärische Seelsorge blieb der Militärabteilung im Wege des Feldsuperiorates und der Militärgeistlichkeit aller Bekenntnisse überlassen. Natürlich hat sich trotz dieser Teilung die letztere niemals gesträubt, sei es in der praktischen Seelsorge, sei es in der Erteilung des Religionsunterrichtes auszuhelfen. Sie bestand eben aus Soldaten, wenn auch im Chorrock oder Talar. Es ist mir auch nicht Erinnerung, daß es zu irgendeiner Reibung auf religiösem Gebiete zwischen den Konfessionen oder unter der Priesterschaft gekommen wäre. Im Gegenteil, das Zusammenwirken war gerade auf diesem Gebiete ein vorbildliches.

Nicht ressortmäßig nach dem Organisationsstatut, aber inhaltlich am ehesten hierher gehörig ist eine kurze Erwähnung des Schicksals der serbischen Museen und Archive sowie über den Schutz von Denkmälern.

Bald nach der Einnahme von Belgrad wurde eine Kommission von Fachmännern unter meinem Vorsitze zusammengestellt, die Mitte November 1915 in Belgrad eintraf und dort alles sicherzustellen hatte, was an Archiven und Museen in Belgrad noch vorhanden war.

Die Serben hatten teils schon im Herbst 1914, teils kurz vor der Einnahme Belgrads durch die Verbündeten versucht,

einen Teil des archivalischen und musealen Materials landeinwärts in Sicherheit zu bringen. Diese Versuche waren fast durchwegs mit einer großen Schädigung dieses Materials verbunden. Das 1914 weggebrachte war nach der Wiederbesetzung Belgrads durch die serbischen Truppen zum Teil zurückbefördert worden, litt dann — besonders das Nationalmuseum in der Nähe des Kalimegdans und die Nationalbibliothek in der Universität, auf deren Dach sich eine drahtlose Station befand, sowie das Generalstabs- und Kriegsministerialarchiv im Kriegsministerium — durch die Beschießung. Im Jahre 1915 wurde dann die Bergung viel zu spät angeordnet, das Material blieb unterwegs liegen, ging vielfach verloren, wurde an Orten verborgen, die unauffindbar waren, weil die verbergenden Personen beim weiteren Rückzuge durch das wildeste Albanien umkamen, fiel den Bulgaren in die Hände u. dgl. Was noch vorhanden war, wurde genau registriert, so gut es ging gesammelt, fachmännisch geordnet und verwahrt. Doch waren einzig das recht gute und wohlgeordnete Ethnographische Museum und der Botanische Garten unbeschädigt, deren Direktoren auch nicht geflohen waren. Von allen anderen Museen waren nur Bruchstücke vorhanden, die im Laufe der Zeit, als sich manches von dem Verschleppten wiederfand, nach Möglichkeit ergänzt wurden. Im allgemeinen blieben Archive und Museen in Belgrad und wurden dem Schutze des Militär-Generalgouvernements übergeben, das den Sektionschef der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung, Landsturmhauptmann Konstantin Hörmann, einen auf musealem Gebiete und auf dem Gebiete der Balkanforschung hochverdienten Mann, mit dem Referate darüber betraute. Nur die Archive des Kriegsministeriums, des Ministeriums des Äußern, die Waffensammlungen im Konak und in der Militärakademie wurden nach Wien gebracht.

Hauptmann Hörmann ließ sich die Sache sehr angelegen sein. Er fand einen kleinen Stab bewährter Mitarbeiter und vermochte die Sachen, die bei der Räumung Serbiens einer Kommission des Belgrader Gemeinderates mittels Quittung und Gegenchein übergeben wurden, in recht gute Ordnung zu bringen. Das nach Wien gebrachte Material übernahm im Dezember 1918 eine Kommission unter Vorsitz des serbischen Oberleutnants d. R. Dr. Engelhardt. Er bemerkte bei dieser Gelegenheit mir gegenüber, ich hätte seinerzeit besser getan, alles nach Wien bringen zu

lassen, denn das in Belgrad gebliebene Material sei teilweise verschleppt, teils geplündert worden. Ich vermag diese Nachricht ebenso wenig nachzuprüfen wie die, welche besagte, Engelhardt hätte wohl alles übernommen, aber nicht nach Belgrad gebracht. Ich kann nur feststellen, daß Engelhardt und seine Frau sowie sein Stellvertreter, die beiden ersteren durch Morphium, Selbstmord verübten und daß die serbische Regierung nach seinem Tode neuerdings Nachforschungen anstellen ließ.

Polizei und Gerichtswesen.

Die Polizeigewalt wurde vom Gouvernement, von den Kreis- und Bezirkskommandos und in unterster Instanz von den Ortsvorstehern ausgeübt. Lediglich im Belgrad bestand eine eigene Polizeibehörde, ursprünglich etwas hochtrabend «Polizeipräsidium», später auf meine Veranlassung bescheidener, aber schöner und zutreffender «Polizeikommando» genannt, dem ein Gendarmeriestabsoffizier mit einem ziemlich großen Apparat vorstand. Es fehlte im Kanzlei- wie im Exekutivdienst, im Ausforschung- wie im Überwachungsdienste, im Archiv, Erkennungsamt usw. nichts, was man von einer modernen, gut organisierten europäischen Polizei verlangen konnte. Die Organisation der Polizei fand auch bei allen Autoritäten auf polizeilichem und kriminellern Gebiete, die Belgrad besuchten, vollste Anerkennung.

Ergänzt wurde auf politischem und militärpolitischem Gebiete der Erkundungs- und Überwachungsdienst durch die «Nachrichtenabteilung», welcher zukam: der politische und militärpolitische Aufklärungsdienst im Gouvernementsbereiche selbst sowie über dessen Grenzen, die Überwachung des Fremdenverkehrs, der Ein- und Ausreisen, das Paßwesen, die Überwachung des Zeitungswesens und der Korrespondenz.

Als Polizeistrafen konnten Geldbußen bis 2000 Kronen und Arrest bis zu sechs Monaten verhängt werden; den Kreiskommandos blieb es überlassen, wieviel sie von dieser Kompetenz, in der Regel nur Geldstrafen, an die Bezirkskommandos und Gemeindevorsteher übertrugen. Gegen jede Polizeistrafe konnte bei der Behörde, die sie verhängt hatte, binnen acht Tagen Einspruch erhoben werden. Letzte Instanz für Polizeistrafen blieb das Kreiskommando. Das Strafverfahren wurde auf Grund

mündlicher Verhandlung mit dem Beschuldigten durchgeführt, bei den Bezirkskommandos in der Regel gelegentlich des regelmäßig abgehaltenen «Bezirksrapportes». Die Strafgeelder flossen in den Strafgeeldfond, der immer zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken, in der Regel für Einheimische, verwendet wurde.

Zur Ergänzung des Sicherheitsdienstes auf dem Lande waren in den allermeisten Kreisen unbewaffnete Nachtwachen errichtet, zu welchen alle körperlich tauglichen Individuen männlichen Geschlechts im Alter von 16 bis 60 Jahren herangezogen wurden. Sie konnten zugleich mit ihrem Besitze für den durch ihre Fahrlässigkeit entstandenen Schaden haftbar gemacht werden, eine Einrichtung, die sich im allgemeinen recht gut bewährte.

Das Gerichtswesen wurde anfangs von den Feldgerichten der operierenden Armeen ausgeübt. Mit der Errichtung des Militär-Generalgouvernements traten an Stelle der Feldgerichte die am Sitze der Kreiskommandos errichteten Kreisgerichte. Diese Gerichte hatten in der ersten Zeit fast ausschließlich als Strafgerichte zu fungieren. Zivilrechtliche Angelegenheiten waren begreiflicherweise selten. Die Gerichte behandelten strafrechtliche Fälle, die mit den Okkupationsbehörden oder Truppen in irgendeinem Zusammenhange standen, nach dem in Kraft stehenden Militärstrafgesetze; bei Zivilsachen wurde nach Möglichkeit das serbische Gesetz bei Schöpfung des Urteils herangezogen.

Mit der Wiederkehr ruhigerer Verhältnisse machte sich bald das Bedürfnis nach einem Gericht für Zivilrechtssachen geltend. Bei der Neuorganisation des Gouvernements wurde demnach die Gerichtsbarkeit getrennt. Strafrechtliche Fälle kamen vor das Strafgericht des Kreisgerichtes, wurden hier nach dem Feldverfahren der Militärstrafprozeßordnung behandelt und soweit es sich um Delikte gegen die Kriegsmacht handelte, sowie in allen Militärpersonen betreffenden Fällen auch nach dem Militärstrafgesetze abgeurteilt; bei Zivilpersonen in nicht gegen die Kriegsmacht gerichteten Delikten wurde bei Schöpfung des Urteils auch das serbische Strafgesetz herangezogen. Gerichtsherr blieb der Kreiskommandant, dem auch das Straf- und Begnadigungsrecht zukam. Oberste Instanz war das Militär-Generalgouvernement (Militär-Justizabteilung).

In zivilrechtlichen Angelegenheiten waren die Gemeindegerichte erste Instanz, das Kreiskommando zweite und letzte Instanz; für alle die Kompetenz der Gemeindegerichte überschreitenden Fälle war das Kreisgericht (Zivilabteilung) erste, das Militär-Generalgouvernement (Zivil-Justizabteilung) zweite und letzte Instanz, wobei ausschließlich nach dem serbischen Gesetze vorgegangen wurde, und zwar auch bei Militärpersonen in Angelegenheiten, die Serbien betrafen (z. B. Käufe von Grund und Boden).

Ergänzungen der Gesetze durch Verordnungen waren nur zur Bekämpfung des Räuberunwesens und gegen den Waffenbesitz notwendig. Es ist begreiflich, daß im Lande Raub und Mord unter der Verwilderung des Krieges um so mehr zunahmen, als sich ihnen leicht ein politisches Mäntelchen umhängen ließ.

Wie es um die Kriminalität in Serbien schon in den Jahren tiefsten Friedens bestellt war, lehrt die vom Belgrader Polizeipräsidenten im Jahre 1911 aufgestellte amtliche Tabelle für das Königreich Serbien.

Verbrechen in den Jahren 1905—1909:

Morde (Meuchelmorde, Elternmorde) . .	2300 Fälle
Kindermorde	202 „
Raubmorde	653 „
Mordanfälle	1892 „
Raubanfälle, bewaffnete Wegelagerei . .	10538 „
Brandstiftungen	3240 „

Von diesen bei Gericht anhängigen Fällen konnten nur 44 bis 48 vom Hundert abgeurteilt werden. Aber auch der größte Teil der bestraften Verbrecher wurde nach kurzer Haft begnadigt. (Dr. Dušan Alimpić: Kriminalität in Serbien, Belgrad 1911, S. 3, 4, 21.)

Die Mord- und Raubanfälle richteten sich vom Zeitpunkt der Besetzung Serbiens durch österreichisch-ungarische Truppen an in den seltensten Fällen gegen Angehörige der Besatzungstruppen, wo man wohlbewaffneten Widerstand und scharfe Repressalien fürchtete, höchstens gegen vereinzelte Gendarmeriepatrouillen, sondern hauptsächlich gegen die Angehörigen des eigenen Volkes. Vereinzelt wohnende Bauern, bei denen

nach der Ernte Geld zu erwarten war, Vorsteher kleiner abgelegener Orte, Gemeindefunktionäre und ihre Kassen waren die hauptsächlichsten Objekte dieser mörderischen Angriffe.

Strenge Gesetze, vor allem das sogenannte Heiduckengesetz aus den achtziger Jahren, suchten vergeblich dieser Landplage Herr zu werden. Allerdings war es vor dem Heiduckengesetz noch ärger gewesen.

Waren unter serbischer Verwaltung Gendarmeriedienst und Gerichte offenbar unzulänglich, so verfügte das Militär-Generalgouvernement über einen verlässlichen und wohlgeordneten Gendarmeriedienst und unparteiische Gerichte. Es handelte sich also nur darum, die Gesetze so scharf zu machen und sie so rasch und streng zu handhaben, daß sie abschreckend genug wirkten, um des Unwesens Herr zu werden.

Vor allem wurde das alte Heiduckengesetz herangezogen, das Räuber unter politischem Vorwand als vogelfrei erklärte. Hab und Gut eines solchen Räubers verfiel dem Staate, seine Verwandten konnten ins Gefängnis gesetzt und mit ihrem ganzen Vermögen für den durch den Heiducken angerichteten Schaden haftbar gemacht werden. Seine Unterstandsgeber wurden mit dem Tode und dem Niederbrennen ihrer Häuser bedroht.

Entsprechend gemildert, fand dieses Gesetz in der Verordnung des Armee-Oberkommandos vom August 1916 Anwendung, die den Besitz von Kriegswaffen und Munition unter Standrecht stellte, sogar schon die Mitwissenschaft mit dem Tode bedrohte. Häuser, aus denen auf Gendarmen oder Truppen geschossen und hierbei ein Soldat getötet wurde, konnten niedergebrannt und die Stelle mit der Aufschrift bezeichnet werden: «Hier ist ein k. u. k. Soldat ermordet worden.» Das waren Bestimmungen, die sich an jene Napoleons gegen die österreichischen Landesverteidiger in den Jahren 1796 und 1809 anlehnten. Die Verwandten solcher Verbrecher aber ließ man ungeschoren, wenn sie sich sonst loyal verhielten.

Diese Strenge war in jeder Beziehung erfolgreich. Raub und Mord wurden wesentlich eingeschränkt. Im Jahre 1917 wurden 165 Personen ermordet oder im Kampfe mit Räubern getötet, wovon auf das erste Quartal 54 entfielen, vornehmlich in den

südöstlichen Kreisen, wo der Bandenaufstand die Kriminalität erhöhte. In den beiden mittleren Quartalen sanken die Monatziffern bis auf zwei herab, um nach der Ernte, als größere Geldbeträge lockten, anzusteigen, insbesondere aber im letzten Quartal infolge eines kaiserlichen Gnadenediktes, so daß im November 29, im Dezember gar 41 Morde vorkamen. Die Gendarmerie tötete im Laufe des Jahres, die Kämpfe mit geschlossenen Banden nicht gerechnet, 239 Räuber.

Zieht man in Betracht, daß unter serbischer Verwaltung jährlich im Durchschnitt 730 Mordfälle vorkamen, wovon mehr als die Hälfte ungesühnt blieben, so springt die Besserung in die Augen. Wenn auch ein großer Teil der kräftigen Männer außer Landes war, bot die sehr bewegte Zeit zweifellos viel Anreiz zu Untaten. Selbst in dem mitten im Bandengebiet liegenden Kreis Kruševac waren im Sommer durchschnittlich nicht mehr als zwei Morde zu verzeichnen, denen aber ebenso viele kriegsnotwehrrechtliche, standrechtliche oder auf normales gerichtliches Urteil gegründete Exekutionen von Räubern gegenüberstanden, während in Belgrad und auch in den Kreishauptstädten — ein in Serbien überhaupt noch nicht dagewesener Fall — weder Morde noch Exekutionen stattfanden.

Da hob Kaiser Karl im Oktober 1917 das Stand- und Kriegsnotwehrrecht auf und behielt sich trotz aller Gegenvorstellungen des Gouvernements die Bestätigung der Todesurteile auch in Serbien vor. Sofort stiegen die Morde, besonders im Kruševacer Kreise auf 13, im November über 20 und im Dezember auf über 30, und keiner der Mörder, mit Ausnahme einiger im Kampfe mit Gendarmen gefallenen, sühnte den Tod von so vielen loyalen friedlichen Bürgern, Weibern und Kindern mit dem Leben.

Da sich die Notschreie aus dem gequälten Lande mehrten, sah sich der Kaiser schließlich genötigt, die früheren Vorschriften wieder in Kraft treten zu lassen, worauf Raub und Mord binnen zwei Monaten rasch auf ein Minimum herabsanken. Erst im Spätsommer 1918 stiegen diese Delikte wieder stark an: die ersten Anzeichen der bevorstehenden Ententeoffensive in Mazedonien.

Die Unparteilichkeit der Gerichte gegen jedermann trug nicht wenig zur Hebung des Ansehens der Verwaltung, zur Aus-

söhnung mit den neuen Verhältnissen und zur Beruhigung der Bevölkerung bei, die besonders auf dem Lande ein vorher kaum gekanntes Sicherheitsgefühl für ihre durch die guten Verdienstmöglichkeiten gemehrte Habe empfand.

«Es geht uns gut, wir verdienen mehr als je zuvor, zahlen nicht mehr Steuern als früher und sind gewiß, auch unser Recht sicher zu finden, niemand nimmt uns unerlaubt etwas weg. Es fehlt nur, daß ihr heimkommt, daß unsere Söhne, Brüder usw. wiederkehren, dann werden wir ganz glücklich sein.» Dies waren nach der Meldung eines infolge unseres Propagandadienstes in Mazedonien übergelaufenen serbischen Soldaten die Worte, mit denen ihn ein alter Bauer daheim empfing.

Freilich dauerte es immerhin einige Zeit, bis die Bauern begriffen, daß der Richter oder der die Polizeigewalt ausübende Kommandant nichts von dem Gelde haben wollte, das er infolge eines Prozesses oder infolge einer pünktlichen Lieferung erhielt.

Finanzwesen.

Beim Personen- und Systemwechsel im Juli 1916 hatte man mir in Teschen als eine Hauptaufgabe der neuen Verwaltung bezeichnet, das schwer passive Land aktiv zu machen. Wenig mehr als zwei Monate später entzog mir der neue Organisationsentwurf jedwede direkte Einflußnahme auf die Finanzverwaltung und unterstellte sie dem neugeschaffenen Zivil-Landeskommissariat, um ihm «einen Wirkungskreis zu schaffen». Die Mitverantwortung und vor allem die Aufgabe, «das Land aktiv zu machen», blieben aber mir. Die Beseitigung eines etwa 100 bis 150%igen Defizits ohne jede direkte Einflußnahme auf die Finanzverwaltung schien eine bare Unmöglichkeit zu sein. Doch das Unmöglichscheinende geschah sogar in überraschend kurzer Zeit, allerdings nicht durch Erhöhung des Steuerdrucks, durch Verkauf oder Verleihung des Staatseigentums u. dgl. fiskalische Kunststücke, sondern auf dem natürlicherem Wege der Hebung der Produktion und nebenbei der Durchführung einer entsprechenden, aber vernünftigen, nicht die Produktion und das staatliche Leben hemmenden Sparsamkeit.

Das Kapitel Finanzwesen entbehrte dabei auch nicht einer gewissen Kompliziertheit. Steuereinhebung, Erhebung der Zölle, Verwaltung der Monopole und alles damit im Zusammenhange stehende war Sache der Finanzabteilung, die dem Zivil-Landeskommissariate unterstand, während die einlaufenden Gelder an die Kreiskassen abzuführen waren, die von Militär-Rechnungs- und Kassebeamten oder hiefür zugeteilten invaliden Offizieren verwaltet wurden. Von den Kreiskassen wurden nach Bestreitung der laufenden Ausgaben des Kreises die Überschüsse an die Intendanz und durch diese an die der Militärabteilung unterstehende Gouvernementskassa abgeführt, welche letztere wieder die eventuell notwendigen Verlagsergänzungen der Kreiskassen zu besorgen hatte. Die Verrrechnung und Buchhaltung oblag auch der Intendanz, das Budget wurde auf meine Veranlassung bei dieser, im Einvernehmen mit der Finanzabteilung und dem Zivil-Landeskommissariate bearbeitet.

Die Ausgaben bestanden in den Personal- und Verwaltungsauslagen sowie in den Investitionen. Die Auslagen für die Verwaltungs- und Besatzungstruppen wurden erst nach Übernahme der Verwaltung durch mich im zweiten Halbjahre 1916 auf das Budget übernommen, die Auslagen für die wenigen Kampftruppen erst vom 1. Juli 1918 an. Bis zu diesem Zeitpunkte zählten sie auf den Mobilisierungskredit *) der österreichisch-ungarischen Wehrmacht. Auf denselben Kredit zählten auch Einnahmen und Ausgaben der die Eisenbahnen verwaltenden «Heeresbahn Süd».

Die Einnahmen bestanden: 1. aus den Einnahmen aus direkten Steuern, Zöllen und Gefällen, Stempeln, Taxen und sonstigen Gebühren; 2. aus den Erträgen der Monopole; 3. aus den Erträgen der staatlichen Unternehmungen und Betriebe, die zum größten Teile hoch aktiv waren, stets einen großen, im letzten Verwaltungsjahre sogar den weitaus größten Teil der Einnahmen lieferten. Und da diese Betriebe eben der Militärabteilung unterstanden, ist damit das Rätsel gelöst, wieso es möglich wurde, ohne direkte Unterstellung der Finanzabteilung unter die Militärabteilung doch in überraschend kurzer Zeit die

*) Jener Kredit, welcher alle das normale Budget von Heer und Flotte übersteigende Auslagen für die mobilisierte Wehrmacht zu Wasser und zu Lande zu decken hatte.

Beseitigung des Defizits, und trotz Übernahme immer neuer Belastungen des Budgets die Schaffung einer hochaktiven Verwaltung zu bewerkstelligen.

Eine beredte Sprache führen die Ergebnisse der Schlußrechnungen, denen vergleichsweise jene des allerdings unproduktiven, aber dreimal kleineren Generalgouvernements Montenegro gegenübergestellt werden sollen:

	S e r b i e n		M o n t e n e g r o
1. Halbjahr 1916 . —	14,496.457·63 Kronen	—	713.560·38 Kronen
1916/17 +	4,647.615·60 »	—	6,562.221·08 »
1917/18 +	7,400.000·— »	—	24,060.111·08 »

Hiebei ist zu berücksichtigen, daß meines Wissens im Militär-Generalgouvernement Montenegro die Besatzungs- und Verwaltungstruppen wohl auch, und zwar spätestens im Verwaltungsjahre 1917/18, auf das Verwaltungsbudget übernommen wurden, daß aber dort von einer Übernahme der Kampftruppen um so weniger die Rede sein konnte, als es dort keine gab. In Serbien aber hätte die Übernahme der wenigen Kampftruppen, kaum 6000 Mann, infolge des gewaltigen Anschwellens der Einnahmen, besonders der Ernteverwertungszentrale, aber auch der natürlichen Zunahme der Ertragnisse der Steuern und Monopole nichts an dem günstigen Ergebnis geändert, das im Jahre 1918/19 vielleicht noch weit günstiger gewesen wäre.

Das Exposé für die Delegationen im Jahre 1918 hob hervor, daß von allen besetzten Gebieten im Verwaltungsjahre 1916/17 nur Serbien mit einem Überschuß abschloß, alle anderen aber passiv waren und einen Gesamtabgang von 75,500.000 Kronen aufwiesen. Dieser Abgang werde sich im Rechnungsjahre 1917/18 voraussichtlich um weitere 60,000.000 Kronen auf insgesamt 135,000.000 Kronen erhöhen.

Das günstige finanzielle Resultat, das in der Finanzwelt kein Geheimnis blieb — besuchten doch genug Finanzmänner und Währungspolitiker, zum Teile über Einladung des Zivillandeskommissärs, das Land —, macht es mir heute erklärlich, warum diese alle gegen die Einführung einer eigenen, die Inflation unserer Banknoten begrenzenden Okkupationswährung waren. Infolge der Bezahlung mit österreichischem Gelde — serbisches Geld war erst ab September 1916 nach den ersten Steuereinzügen in größerem Maße verfügbar — waren etwa 300,000.000

bis 350,000.000 Kronen im Gouvernement im Umlauf. Diese Summe erhöhte sich in den folgenden Jahren, weil die Dineingänge weiter ungenügend blieben. Eine Pression auf die Bevölkerung, mit Dinaren zu zahlen, wäre finanziell unrichtig gewesen, denn abgesehen davon, daß die Leute sofort gesagt hätten: «Aha, die Schwabas haben selbst kein Vertrauen zu ihrem Gelde, darum verlangen sie unseres», wäre die Nachfrage nach Dinaren und damit ihr Kurs naturgemäß gesteigert, jener der Krone hingegen abgeschwächt worden. Eine gleiche Folge hätte eine Änderung der Relation 1 Krone gleich 2 Dinaren gehabt. Diese humane Maßregel, die den Einwohnern in ihrem damaligen Elend wenigstens teilweise die Kaufkraft ihres Geldes sichern sollte, erwies sich als zweischneidig, denn die Leute sagten sich: «Sieh, die Schwabas geben noch etwas auf unser Geld, also sind wir noch nicht ganz verloren.»*) Damit stieg auch wieder das Vertrauen in die Zukunft und zum serbischen Gelde, das sich zuerst im Inlande und dann auch im Auslande, nicht zuletzt der Spekulationskäufe im eigenen Hinterlande wegen, immer mehr zu heben begann, anfangs 1918 al pari stand und zum Schlusse die Krone sogar etwas an Kurswert übertraf, was zur Folge hatte, daß es keinem Serben mehr einfiel, Steuern, Kontributionen oder Strafen in Dinaren zu bezahlen.

Um der Überflutung des Landes mit Kronen zu steuern, berief der Zivil-Landeskommissär von Thallóczy wiederholt Konferenzen mit Finanzfachmännern ein. Er war so wie ich der Meinung, daß die Schaffung eines eigenen Okkupationsgeldes, wie es im deutschen Gouvernement Warschau, in Rumänien und später auch in Venetien eingeführt wurde, bei gleichzeitiger Einziehung oder Umstempelung der vorhandenen serbischen Dinare das beste Mittel sei, die Kroneninflation einzudämmen. Die Staatsgüter und jene des Religionsfonds wären eine hinreichende Deckung gewesen. Zu meiner großen Verwunderung waren aber alle Fachmänner gegen eine solche Maßregel und berichteten in diesem Sinne auch dem Armeekorpskommando. Dieses und Thallóczy konnten sich zu meinem Be-

*) Meiner Ansicht nach hätte man den Mut aufbringen müssen, die Bevölkerung finanziell ihrem Schicksale zu überlassen, sie lieber durch Naturalleistungen und Unterstützungen vor dem Ärgsten zu bewahren und den Dinar nicht stützen sollen. Er hätte sich dann vermutlich mit der Zeit zwar auch erholt, aber nicht in dem Maße und nicht so sprunghaft.

dauern nicht entschließen, trotz dieser Gutachten ein eigenes Okkupationsgeld zu schaffen, und erst im Jahre 1916 gelang es mir endlich, die Abstempelung von etwa 40 Millionen Dinaren und die Außerkurssetzung der übrigen für das Verwaltungsgebiet durchzusetzen, wo etwa 120 bis 150 Millionen im Umlauf gewesen sein mochten.*)

Ein weiteres finanzielles Passivum bildeten die noch nicht eingelösten Requisitionsscheine aus den Jahren 1914 und 1915, insgesamt 80 Millionen Kronen. Hievon wurden bis 1918 nur jene über Beträge von unter 1000 Kronen ganz oder mit 50 % eingelöst, wenn die Besitzer besonders bedürftig waren. Der Rest war der gegenseitigen Abrechnung bei Friedensschluß vorbehalten.

Die erste Verwaltung hatte sich der Steuereinhebung unter Hinweis auf die angeblich vollkommene wirtschaftliche Verelendung des Landes und auf eventuelle Unruhen stets mit Erfolg widersetzt. Da aber auf die Dauer die Erhaltung eines Staatswesens ohne Steuern wohl überhaupt nicht möglich ist und schon gar nicht die Schaffung eines finanziell aktiven Staatswesens, so mußte die zweite Verwaltung an die Ausschreibung und Einhebung von Steuern schreiten, obwohl der Zeitpunkt der ersten Ausschreibung kein allzu günstiger war. Rumänien hatte den Krieg erklärt, rumänische Truppen standen nur sechs Tagesmärsche von Belgrad, die wehrfähigen Männer waren interniert worden, die Besatzungstruppen in Umorganisation begriffen und der Zahl nach wesentlich geschwächt. Doch weder der Zivil-Landeskommissär noch ich befürchteten ernstliche Schwierigkeiten, welches optimistische Urteil sich auch als zutreffend erwies.

Die Steuern wurden im September 1916 für das erste Halbjahr 1916 im nachhinein in dem den serbischen Finanzgesetzen entsprechenden Ausmaße ausgeschrieben und liefen mit Ausnahme von Belgrad, das etwa mit der Hälfte im Rückstand blieb, pünktlich ein. Wiederholt befragten höhere Funktionäre bei Inspizierungsreisen die Bevölkerung, ob ihnen die Steuern als drückend erschienen; in allen Fällen erhielt man die gleiche Antwort, ein Staat könne ohne Steuern nicht existieren.

*) Die Gesamtsumme der von der serbischen Nationalbank emittierten Banknoten betrug 362 Millionen Dinar.

stieren, woran sich meist der Ausdruck der Verwunderung, Freude oder auch einer gewissen Genugtuung knüpfte, nicht mehr als im Frieden zahlen zu müssen.

Das Ergebnis waren gegen 15 Millionen Kronen, soweit mir erinnerlich etwa 90 % dessen, was bei durchaus pünktlicher und genauer Einzahlung zu erwarten war. Gesuche um Stundung wurden außer in Belgrad und in einigen anderen Städten nur selten eingebracht und nach Möglichkeit berücksichtigt. In der Folge hob man die Steuern weiter in Halbjahresraten im nachhinein ein. Ihr Erträgnis stieg im Budgetjahre 1916/17 auf etwa 33 Millionen Kronen, im Jahre 1917/18, in dem die zweite Rate infolge der Räumung nicht mehr voll zur Einzahlung gelangte, auf über 60 Millionen Kronen; darin war die ab 1918 zur Deckung der hohen sanitären Ausgaben als prozentueller Steuerzuschlag ausgeschriebene Sanitätsumlage eingerechnet. Über die Höhe der Zolleingänge weiß ich nur, daß sie nicht bedeutend waren und kaum mehr abwarfen, als die Finanzwache kostete. Spielte doch der private Gütertausch nur eine untergeordnete Rolle neben den über die Grenzen gehenden zollfreien militärischen Gütern. Ich war stets gegen die Errichtung der Zollschranken, auch von solchen gegen die Verbündeten, weil sie mir in Anbetracht ihres voraussichtlich geringen finanziellen Ergebnisses nur als unnütze Plackerei und Behelligung der Einzelreisenden erschienen. Die Finanzwache erheischte überdies an 1000 bewaffnete, militärisch ausgebildete, zum Teil frontdienstfähige Leute, die eine zweckmäßigere Verwendung hätten finden können. Allerdings wäre der Zivil-Landeskommissär um ein Ressort gekommen.

An Monopolen bestand das Salz-, Zucker-, Petroleum-, Spiritus- und Tabakmonopol. Von diesen fand ich alle bis auf letzteres bei Übernahme der Geschäfte schon vor oder vom Armee-Oberkommando bereits genehmigt. Es ließ sich daher nicht mehr viel machen. Überdies gehörten die Monopole, mit Ausnahme des Zuckermonopols, nicht in mein Ressort. Als prinzipieller Gegner des Monopolwesens hätte ich es am liebsten eingeschränkt oder abgeschafft. Ich war der Ansicht, daß eine durch Monopole nicht eingeschränkte Wirtschaft bei entsprechender Besteuerung dem Staate mehr einbringen müsse. Noch weniger aber war ich mit der Art der Behandlung der Monopole einverstanden. Sie wurden nämlich, mit Ausnahme des Tabak-

monopols, an Banken des Hinterlandes vergeben, d. h. gewissermaßen verpachtet! Die Banken rissen sich allerdings darum und werden auch gewußt haben, warum. Die von ihnen abgeführten Überschüsse waren minimal und spielten im Budget gar keine Rolle, ein Monopol ergab im Verwaltungsjahr 1916/17 nicht ganz 2000 Kronen!

Einzig das nicht verpachtete, sondern von der Warenverkehrszentrale geführte Zuckermopol (24 Millionen Kronen 1916/17, 3 Millionen 1917/18) und ebenso das Tabakmonopol warfen ein nennenswertes Erträgnis ab. Letzteres betraf nur den an die einheimische Zivilbevölkerung ausgegebenen Teil des erzeugten Tabakes der Semendrianer Tabakfabrik, die dieses während meiner Verwaltungsperiode errichtete Monopol selbst führen mußte und nicht an eine Bank weitergeben durfte.

Die Steuern und Gebühren flossen teilweise durch die Finanzabteilung ein, teilweise aber durch die Gerichte und Exekutivbehörden, vor welchen Verträge geschlossen wurden. Das Gleiche galt von den Strafgeldern, die hauptsächlich Einnahmeposten von Verwaltung und Leitung bildeten.

Das erste regelrechte Budget wurde nach der Übernahme der Geschäfte durch mich, ich glaube Ende August oder Anfang September 1916, aufgestellt, also mindestens zwei Monate zu spät. Denn das Verwaltungsjahr hatte bereits am 1. Juli begonnen, also drei Wochen vor Übernahme der Geschäfte durch mich, die in der ersten Zeit anderes und dringenderes zu tun gaben, um die Verwaltung auf eine neue Grundlage zu stellen. Die rumänische Kriegserklärung und das neue Organisationsstatut hinderten mich an einer genauen Überprüfung des Budgets und so wurde es eben September. Es war sehr vorsichtig gehalten, die Einnahmen wurden niedrig eingestellt, trotzdem rechnete es, soweit mir erinnerlich, mit einem ganz kleinen Defizit von etwa 1 oder $\frac{1}{2}\%$ der geschätzten Einnahmen. War dies nach den bisher unbedeckten 75% schon zufriedenstellend, so hoffte ich doch, durch Steigerung der Produktion das errechnete Resultat in Wirklichkeit zu übertreffen. Die Hoffnung erwies sich auch als vollkommen gerechtfertigt. Finanzverwaltung, Landwirtschaft und Bergwesen erbrachten Überschüsse von $30\frac{1}{2}$, beziehungsweise $8\frac{1}{2}$ und 0.02 Millionen. Alle anderen Ressorts waren wegen der großen Investitionen, die notwendig waren, um die Produktion aktiv gestalten zu können, begreif-

licherweise passiv. Beim Verkehrswesen muß in Betracht gezogen werden, daß seine ertragsfähigen Teile (Bahnen und Schifffahrt) dem Gouvernement nicht unterstanden, beim Postwesen, daß der große dienstliche Geldpost-, Telegraphen- und Telephonverkehr portofrei waren.

Aber Budget und Schlußrechnung geben nur ein sehr unvollständiges Bild des tatsächlichen finanziellen Ergebnisses. Ein großer Teil der Einnahmen, ja sogar ihr weitaus größter, jener des Schlachthauses, der Ernteverwertungszentrale und der Zigarettenfabriken gingen ebenso wie die Auslagen für die Besatzungs-, später auch Kampftruppen auf Rechnung des Mobilisierungskredites, weil aus diesem die Auslagen für die zur Inbetriebsetzung notwendigen Investitionen und die Überschüsse für die Rohmaterialeinkäufe u. dgl. bestritten worden waren.

Die Einnahmen dieser einzelnen Betriebe überstiegen die eigentlichen Verwaltungseinnahmen aus Steuern, Zöllen, Monopolen, Taxen und Gebühren sehr ansehnlich, und noch mehr die Ausgaben, die der Mobilisierungskredit für diese Verwaltungszweige gehabt hatte. Sie bildeten den weitaus größten Teil, wenn auch nicht der Verwaltungseinnahmen, so doch der Erträge der Verwaltung überhaupt, und vervielfachten den budgetmäßig ausgewiesenen Überschuß. Dabei waren die Einnahmen und die Überschüsse noch lange nicht das rechnerisch richtige Erträgnis des betreffenden Ressorts, denn die durch die Militärverwaltung beschafften Artikel hätten im Hinterlande durchwegs um 100 % oder noch mehr gekostet.

Rechnet man diese Ersparnisse mit und bucht sie mit Fug und Recht zugunsten der Militärverwaltung Serbiens als Einnahmen, so ergibt sich beispielsweise für das Jahr 1917/18 folgende Rechnung.

	A u s g a b e n		Einnahmen (eingerechnet die Ersparnis gegenüber dem Hinterlandswert)			Daher Erträgnis, bzw. Ersparnis für den Heeresetat
	K	r	o	n	e	n
Schlachthaus	77,163.000		163,066.000			85,903.000
Zigarettenfabrik . .	8,992.000		26,919.000			17,927.000
Ernteverwertung . .	91,425.000		130,700.000			39,275.000
Seifenfabrik	1,050.000		2.201.000			1,151.000
Summe	178,630.000		322,886.000			144,256.000

Über 144 Millionen Kronen! Um diese Summe muß das «Erträgnis» im zweiten Verwaltungsjahre ($7\frac{1}{2}$ Millionen Kronen) vermehrt werden, d. h. in Summe über 150 Millionen. Nach einem Defizit des ersten Verwaltungshalbjahres von etlichen 30 Millionen Kronen ein sehr ansehnlicher Erfolg.

Es mag vielleicht befremden, daß die Finanzen, gerade jenes Kapitel, dem man heute so große Bedeutung beimißt, am Schlusse behandelt worden sind. «Was hilft alles, wenn die Finanzen nicht in Ordnung sind», hörte ich einen ganz Modernen sagen. Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, der Mensch habe unrecht. Er hat sogar sehr recht, aber gerade darum, nicht etwa aus Zufall, oder deshalb, weil mich das Finanzressort offiziell nichts anging, wurde dieses Kapitel am Schlusse behandelt. Die Finanzen eines Staates sind nichts Selbständiges. Sie sind das Endresultat der ganzen staatlichen Wirtschaft, in ihnen manifestiert sich, ob das Wirtschaftsleben des betreffenden Staates gesund, die Verwaltung gut ist. Es ist gewiß der Fall denkbar und möglich, daß bei einem sonst guten Wirtschaftsleben infolge einer unfähigen Verwaltung die Finanzlage schlecht ist, nie aber das umgekehrte, daß ein Staat mit schlechter Wirtschaft und unfähiger Verwaltung eine dauernd günstige Finanzlage aufweist. Alles Herumdoktern und alle Bankiers der Welt helfen bei einer schlechten Finanzlage nichts, wenn die Grundbedingungen für eine günstige Finanzlage, ein gesundes Wirtschaftsleben und eine tüchtige Verwaltung fehlen. Daß heißt — wie dies auch bei uns in Österreich und in Deutschland, allerdings zum Teil unter fremden Zwänge geschieht — Ursache und Wirkung verwechseln.

Es wurde bei meiner Schilderung die Reihenfolge eingehalten, wie sie bei Aufrichtung und Sanierung der Verwaltung beobachtet wurde. Vorerst Sicherung der staatlichen Autorität und ihrer Macht, Vorbereitung der hygienischen Sanierung, Feststellung der tatsächlichen materiellen Grundlagen (Statistik), dann Bereitstellung der Arbeitskräfte, Schaffung der Möglichkeit, die natürlichen Reichtümer des Landes verwerten zu können, Herstellung der notwendigen Verbindungen, Organisation der Erschließung, Verwertung und tunlichste Vermehrung der natürlichen Reichtümer, als zwangsläufige Folge davon die Belebung von Handel und Industrie, Besserung der hygienischen Verhältnisse, der Volkswohlfahrt, der Kultur (Schulen). Gesetz

gebung und Justiz und schließlich als das Endprodukt von allen diesen Einrichtungen die Finanzverwaltung.

Landesaufnahme.

Die Besetzung Serbiens, wie später jene Montenegros und Albaniens, sollte dazu benützt werden, um endlich eine gute, allen gerechten Ansprüchen genügende und verlässliche Karte dieser Länder herzustellen. Da in Serbien eine eigene Katasteraufnahme fehlte, ist es begreiflich, daß es auch keine eigene Karte besaß. Die Karten über das Gebiet des Königreiches Serbien sind Vielfältigungen des österreichisch-ungarischen Kartenmaterials, teilweise durch serbische Detailaufnahmen oder Rekognoszierungen verbessert und ergänzt. Die Triangulierung, die diesem Kartenmaterial zugrunde liegt, wurde auf der ganzen Balkanhalbinsel seinerzeit vom österreichischen Generalstabe durchgeführt, größtenteils noch unter dem türkischen Regime. Sie bildete die Grundlage der ein Menschenalter vor Beginn des Weltkrieges herausgegebenen «Neuen Generalkarte von Mitteleuropa» im Maße 1 : 300.000. Diese war lange Zeit die einzige halbwegs verlässliche Karte der Balkanhalbinsel. Fast alle von den dortigen Generalstäben später auf der Balkanhalbinsel hergestellten Karten größeren Maßstabes sind mehr oder minder nichts als Vergrößerungen dieser Karte, die nach Möglichkeit lokal ergänzt wurden. Das gilt z. B. von der vom serbischen Generalstabe im Maße 1 : 75.000 hergestellten Spezialkarte, wo in das vergrößerte Gerippe 1 : 300.000 die durch eine flüchtige Mappierung, besser gesagt Detailrekognoszierung, aufgenommenen Details eingetragen wurden.

Auch die österreichisch-ungarischen Operationskarten für den Balkan, sowohl die Spezialkarte 1 : 75.000 als die Generalkarte 1 : 200.000, waren mehr oder minder nichts anderes. Sie wurden auf den wichtigsten Routen auf Grund von Rekognoszierungsberichten ergänzt und richtiggestellt. Weil diese Rekognoszierungen aber naturgemäß nicht sehr häufig stattfinden konnten, unauffällig geschehen mußten und mit Gefahren für den Rekognoszierenden verbunden waren, ist es begreiflich, daß sie an Vollständigkeit und Verlässlichkeit zu wünschen übrig ließen und besonders abseits der wichtigsten Routen nur wenig Details, darunter oft auch sehr wenig militärisch notwendige Einzelheiten enthielten.

Aus diesem Grunde wurde knapp nach dem Donauübergange sofort mit einer Neuaufnahme zur Herstellung einer neuen Spezialkarte von Serbien begonnen. Schon 8 oder 14 Tage nach der Besetzung Belgrads begann eine Kriegsmappingungsabteilung mit ihren Arbeiten, während wenige Meilen südlich noch gekämpft wurde; bald darauf kam eine Kriegsmappingungsabteilung in das bulgarische Verwaltungsgebiet und schließlich noch je eine an die Drina, nach Šabac und nach Obrenovac. Alle Abteilungen hatten nebeneinander von Norden nach Süden zu arbeiten.

Von der im Jahre 1910 vom serbischen Generalstabe eingeleiteten Triangulierung fanden sich wohl im Gelände die Zeichen, nicht aber das nötige Bestimmungsmaterial vor. So mußte mit der Vermessung eines Dreiecksnetzes begonnen werden, das zunächst an das Dreiecksnetz in Südungarn anknüpfte. Später wurde eine eigene Basismessung vorgenommen, auch ein Präzisionsnivelllement von Semlin über die Kriegsbrücke durch Serbien geführt.

Das rasche Fortschreiten der Operationen ermöglichte bald, auch Gebiete von Montenegro und Albanien in die neue Aufnahme einzubeziehen; anfangs 1916 wurden je eine Kriegsmappingungsabteilung nach Cetinje, Skutari und Tirana dirigiert.

Es war rasche Arbeit notwendig, um dieses grundlegende Kulturwerk zu Ende zu bringen. Denn, wenn jenes Verhältnis am Balkan eintrat, das dort landläufigerweise als «Frieden» gilt, und Serbien, Montenegro und Albanien nicht besetzt blieben, war an eine Fortsetzung kartographischer Arbeiten wenigstens auf ein Menschenalter hinaus nicht zu denken. Der Raschheit der Arbeit aber stand der Mangel an geschultem Personal und die zwar sehr präzise, aber dafür auch zeitraubende Arbeitsmethode gegenüber. Beiden mußte abgeholfen werden.

Unter den geschulten Mappeuren, die zu Kriegsbeginn fast ausnahmslos zur Truppe eingerückt waren, hatte der Krieg arg aufgeräumt. Kriegstaugliche Berufsoffiziere und Generalstabs-offiziere kamen nicht in Betracht, und so mußten fachlich vorgebildete Reserveoffiziere oder Einjährigfreiwillige, Geometer, Ingenieure, Techniker u. dgl. und einige nicht mehr frontdiensttaugliche, aber zum Mappeur unter nicht zu schwierigen Umständen vielleicht noch taugliche aktive Truppenoffiziere in

mehrmonatigen Kursen herangebildet werden. Dieser Kurs, anfänglich in Wien aufgestellt, wurde 1916 nach Koviljača an der Drina verlegt, wo die Herren zugleich die Eigentümlichkeiten des Landes kennenlernten und sich an das Klima gewöhnen konnten. Die geringere eigentliche Vorbildung und die kurze Ausbildungsdauer nötigten, von der genauen und plastischen Methode der schraffierten Terrairdarstellung abzusehen und zu der ihnen durch ihre bisherigen Arbeiten vertrauten Methode der Darstellung des Geländes mittels Höhenschichten überzugehen.

Mit der bisherigen Aufnahmsmethode im Maße 1 : 25.000 hätten die anfangs verfügbaren 30 Mappeure nur höchstens 3000 km² jährlich aufnehmen können; es waren aber 90.000 km² aufzunehmen. Dies zwang zu verschiedenen Abkürzungsmaßnahmen: Aufnahme im Maße 1 : 50.000, wodurch viel Detail wegb bleiben konnte und die Arbeitsräume vergrößert wurden, weitgehende Anwendung der Stereophotogrammetrie und aller möglichen modernen Hilfsmittel, auch des Artilleriedistanzmessers. So vermochte man bis zum Schlusse des Krieges nicht nur das ganze serbische, montenegrinische und albanische Okkupationsgebiet zu vermessen, zu triangulieren und mit ganz kleinen Lücken in den wenig zugänglichen Gebieten, z. B. in den albanischen Alpen, aufzunehmen, sondern auch den größten Teil des bulgarischen Okkupationsgebietes im alten Königreiche Serbien, und eine brauchbare Karte herzustellen. Die Triangulierung aber hatte das ganze bulgarische Verwaltungsgebiet im eigentlichen Serbien, fast ganz Mazedonien und einen Teil des westlichen Bulgariens einbezogen.

Einigermaßen ausgeglichen wurde die geringere Übersichtlichkeit der Schichtendarstellung durch Anwendung verschiedener Farben im Drucke. Die solcherart entstandene Karte stand zwar den österreichischen Spezialkarten an Plastik und dadurch an Übersichtlichkeit nach, nicht aber — und das war schließlich die Hauptsache — an Genauigkeit und Verlässlichkeit und war trotzdem von sehr gefälligem Äußeren.

Das Außergewöhnliche dieser Riesenarbeit bestand zum geringsten Teil in der physischen Arbeitsleistung. Der Mappeur hatte auch in Friedenszeit in den zur Geländearbeit tauglichen sechs oder sieben Monaten des Jahres ohne Rasttag oder Sonntag, an jedem Tage, dessen Witterung irgendeine Feldarbeit ermöglichte, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zu ar-

beiten, die Regentage zur Zimmerarbeit zu benützen. Mehr konnte man von ihm auch im Kriege nicht verlangen. In Serbien kamen aber noch große Erschwernisse dazu: die großen Gegensätze des Klimas mit den in ihrem Gefolge unvermeidlichen Krankheiten, die immense, durch Wassermangel besonders fühlbare Hitze in den verkarsteten Teilen der aufzunehmenden Länder, die wochenlange, ja monatelange Entfernung von allen Zentren selbst der bescheidensten Kultur, die in vielen Landesteilen herrschenden ansteckenden Krankheiten, gegen die der fern vom Arzt und Apotheker arbeitende Mappeur sich und seine Leute am wenigsten schützen konnten, die oft notwendige Gefechtsbereitschaft gegen Räuber, Komiten und Kačaken,*) denen ein Angriff auf die wenig zahlreichen Leute einer in jeder Beziehung reich ausgestatteten Mappierungsabteilung besonders lohnend erschien.**)

Trotz allem wurde dieses Kulturwerk von bleibendem Werte mit einem Aufwande von 2¹/₂ bis 3 Millionen Kronen geschaffen, von dem allerdings diejenigen, die es schufen, nichts hatten. Denn infolge des Friedensvertrages von St. Germain mußte nicht nur das ganze Vermessungs-, sondern auch das ganze Kartenmaterial an Serbien ohne irgendwelche Entschädigung ausgeliefert werden, dem außerdem noch viele Instrumente und Geräte der Abteilungen in Montenegro, Albanien und zum Teil auch in Serbien in die Hände fiel.

Nachrichten- und Zeitungswesen.

Der gesamte militärische und politische Nachrichten- und Überwachungsdienst (Zensur, Paßwesen) konzentrierte sich in der «Nachrichtenabteilung», die ihre Organe in den Kreisen, bei den wichtigsten Grenzübergängen hatte. Sie funktionierte vorzüglich, hielt das Gouvernement stets über die Stimmung der Bevölkerung, die Auswirkung der wirtschaftlichen Maßnahmen, politische und militärische Vorgänge an den Grenzen auf dem laufenden, war aber für die Wirtschaft und ihre Geschichte nicht

*) Montenegrinischer Ausdruck für «politische» Räuber.

**) Im Sommer 1916 oder 1917 gelang es im Kreise Gornji Milanovac einer Räuberbande, das Lager einer Mappierungsabteilung zu überfallen und auszuräumen, während die Arbeitspartie auswärts arbeitete. Die Beute wurde der Bande dann von der Gendarmerie allerdings teilweise wieder abgejagt.

von direkter Bedeutung. Es braucht daher auf ihre Organisation und ihr Wirken hier nicht weiter eingegangen zu werden.

Aber in einem war und blieb sie auch für das wirtschaftliche Leben von Bedeutung: aus ihr ging die einzige Zeitung des Gebietes hervor, und in ihr konzentrierte sich auch in der Folge das ganze Zeitungswesen. Während der Besetzung Serbiens hatten nach und nach alle serbischen Zeitungen ihr Erseheinen eingestellt, die Redakteure, zum Teil auch das technische Personal das Land verlassen und die Einrichtungen teils mitgenommen, teils verschleppt oder auch vernichtet. Das Bedürfnis nach einer Zeitung machte sich aber bei der Bevölkerung wie bei den Besatzungstruppen bald fühlbar. Die dritte Armee ließ deshalb vom Landsturmlieutenant Klein (im Frieden Redakteur bei der «Neuen Freien Presse») unter Zuweisung entsprechenden Personals mit Hilfe des bei der serbischen Staatsdruckerei vorgefundenen Materials und Papiers eine Tageszeitung herausgeben, die das erstemal um Weihnachten 1915 — also etwa zwei Monate nach der Einnahme Belgrads — erschien. Anfänglich vier Druckseiten großen Formates umfassend, kam sie in einer deutschen Ausgabe, «Belgrader Nachrichten», und in einer serbokroatischen, «Beogradski Noviny», heraus. Das erste Gouvernement gestaltete das Blatt aus. Über Intervention des ungarischen Ministerpräsidenten mußte für die größtenteils ungarischen Besatzungstruppen auch eine ungarische Ausgabe, «Belgradi Hirek», gemacht werden. Eine Subvention zu dieser lehnte das Gouvernement ab, um die Zeitung nicht in eine gewisse Abhängigkeit geraten zu lassen, wenn auch die ungarische Ausgabe der verhältnismäßig geringeren Zahl der Abnehmer wegen dauernd passiv blieb.

Bei Gelegenheit der Übernahme der Geschäfte durch mich, versuchte der Zivil-Landeskommissär die Zeitung in seine Hand zu bekommen, doch war ich dafür nicht zu haben. Schließlich gab er unter der Bedingung nach, daß ich mich verpflichtete, die Oberleitung des Blattes selbst in die Hand zu nehmen und eine Anzahl guter ungarischer Journalisten, die er mir empfehlen wollte, für die ungarische Ausgabe anzustellen. Das erste bedeutete zwar eine große Mehrbelastung, aber im Interesse der Sache sagte ich zu — journalistische Erfahrung hatte ich ja hinreichend, fast ebensoviel als militärische. Auch der zweite Punkt ließ sich leicht zu beiderseitiger Befriedigung lösen. Hauptmann

a. D. Franz Xaver Kapus, ein bekannter Wiener Schriftsteller und Journalist, heute ein Romancier von Ruf, ein in allen Sätzen gerechter, anpassungsfähiger Mensch, war ungarischer Staatsbürger und wenn auch Deutschungar aus dem Banate, doch nach ungarischer Auffassung vollwertiger Ungar, der ungarisch wie deutsch in Wort und Schrift gleich vollkommen beherrschte und schon im Frieden in Wien ein militär-politisches Tageblatt sehr gut geleitet hatte. Durch einen schweren Lungenschuß frontdienstuntauglich, sagte er sofort mit Freuden zu, und ich wußte, daß ich mit ihm nicht nur vortrefflich arbeiten, sondern daß er es auch verstehen werde, sich mit Thallóczy sehr gut zu stellen. Leutnant Klein, der ganz besonders brauchbar war und sich auch sehr rasch in das neue Verhältnis zu mir hineingefunden hatte, kam nach Cetinje, um dort die Leitung der zu gründenden «Cetinjer Zeitung» zu übernehmen.

Im August 1916 funktionierte die neue Einteilung bereits ganz gut. Als erster Referent erschien des Morgens der Chefredakteur Hauptmann Kapus bei mir, besprach auf Grund der im Laufe der Nacht eingetroffenen Nachrichten die Tagesausgabe und schlug den Leitartikel vor, falls ich diesen nicht selbst angab. Einer der ersten Referenten am Nachmittage war der Pressereferent Sektionschef a. D. Hauptmann Hörmann mit dem Leitartikel, den schon fertigen sonstigen Artikeln und den im Laufe des Tages eingegangenen Nachrichten. Zwischen 8 und 10 Uhr brachte mir einer der Redakteure den Bürstenabzug des Blattes. Um Mitternacht oder später rief mich der diensthabende Redakteur oder ein Offizier der Nachrichtenabteilung auf und las mir die inzwischen eingetroffenen Nachrichten vor, die noch in das Blatt aufgenommen werden sollten. Auf diese Art brachte ich es fertig, neben meinem sonstigen Dienste das Blatt so zu leiten, daß in seinem redaktionellen Teile keine Zeile vorkam, die nicht von mir gelesen war. Hie und da schrieb ich wohl selbst einen Leitartikel, selbstverständlich nur in der Nacht.

Die «Belgrader Nachrichten» erfreuten sich bald eines sehr guten Rufes und gingen auch über die Grenzen, die deutsche Ausgabe auch vielfach nach Deutschland. Es waren hauptsächlich Politiker, Wissenschaftler und wissenschaftliche Institute oder Sammler, die sie sich hielten. Die serbokroatische Ausgabe erzielte eine große Auflage und weite Verbreitung, weil wir der Bevölkerung zur Korrespondenz mit ihren im Felde oder im

Auslande lebenden Angehörigen den Anzeigenteil, für den die Nachrichtenabteilung verantwortlich war, zur Verfügung stellen. Die «Beogradski Noviny» gingen deshalb viel in die Schweiz, nach Korfu und Saloniki; umgekehrt kamen durch Vermittlung unserer Vertretungen in der Schweiz Nachrichten in die Heimat.

Im Jahre 1918 erfuhr das Blatt, dessen deutsche Auflage etwa 30.000 bis 31.000, die ungarische 8000 und die serbokroatische über 120.000 betrug, eine weitere Ausgestaltung. Die Gouvernementdruckerei hatte sich unter Hauptmann Kapus' Leitung zu einer in jeder Beziehung leistungsfähigen Druckerei entwickelt und vermochte sogar künstlerische Klischees, farbige Drucke usw. herzustellen. Dies ermöglichte die Herausgabe einer reich und künstlerisch illustrierten Unterhaltungsbeilage «Avalah»,*) die sich hauptsächlich mit der geographischen, ethnographischen und historischen Eigenart des Landes beschäftigte. Schließlich wurde noch eine eigene landwirtschaftliche, auch separat zu beziehende Wochenbeilage in der verbotenen (!) cyrillischen Schrift der Landbevölkerung durch die Bezirkskommandanten um ein Spottgeld geliefert. Die Unzweckmäßigkeit des Verbotes der cyrillischen Schrift war vom Gouverneur, mir und dem Zivil-Landeskommissär sofort und schließlich auch vom Oberkommando erkannt worden, die ausdrückliche Zurücknahme war aber unmöglich, weil dies die Serben als Furcht und Schwäche mißdeutet hätten. Wenn man indessen haben wollte, daß Kundmachungen und Maueranschlüge von der Bevölkerung, die größtenteils keine andere Schrift zu lesen vermochte, verstanden wurden, mußte man die Cyrillica anwenden; so auch bei der Wochenbeilage. Sie sollte übrigens zur Propaganda dienen, denn etliche hundert Exemplare gingen an die mazedonische Front und gelangten durch Patrouillen eines kroatischen Landsturm-bataillons des Nachts in die serbischen Schützengräben, wo sie nicht wenig Heimweh erzeugten und gar manchen zum Überlaufen verleiteten. Allwöchentlich kamen 3 bis 40 serbische Soldaten, einigemal sogar Offiziere, im ganzen bis Mitte September 1918 9 Offiziere und 445 Mann, herüber, die an das Gouvernement weitergesendet und von diesem vor ihrer Internie-

*) Nach dem das Wahrzeichen Belgrads bildenden 565 m hohen, ruinen-gekrönten Berg Avallah (von «Aivallah», d. h. «Wie schön, o Gott») benannt, von dem man eine herrliche Fernsicht über das nördliche Serbien und das Nordufer der Donau hat.

rung, bei der man sie besonders berücksichtigte, auf sechs oder acht Wochen in die Heimat beurlaubt wurden, wenn ihre Angehörigen politisch verlässlich waren. Wiederholt mußten dieses heimatlichen Blattes wegen serbische Verbände an der Front von französischen Truppen abgelöst werden, die dann auf ihre serbischen Kameraden nicht wenig wütend waren.

Durch dieses Blatt aber erfuhr der arme, verhetzte serbische Soldat, wie es in der Tat in seiner schönen, von ihm so heiß geliebten Heimat zugeht, eine Kenntnis, die ihn freilich manchmal das Leben kostete; denn das Oberkommando der Armee von Saloniki setzte auf den Besitz dieses Blattes die Todesstrafe.

Am 29. Oktober 1918 erschienen die «Belgrader Nachrichten» zum letztenmal.

Die militärischen Ereignisse während der Okkupation.

Die geschilderten umfassenden und grundlegenden wirtschaftlichen Arbeiten vollzogen sich durchaus nicht ungestört und friedlich. Im Gegenteil. Abgesehen von dem zwar bedeutend eingeschränkten, aber durchaus nicht ganz ausrottbaren Räuber- und Bandenwesen, das in innigem und gewiß auch ursächlichem Zusammenhang mit den äußeren Ereignissen zunahm oder abflaute, pochte wiederholt auch der «äußere Feind» an die Grenzen des Gouvernements und machte nicht nur Truppenverschiebungen, sondern auch manche, die wirtschaftliche Fortentwicklung störende Maßregeln nötig. Wiederholt mußte auch Nachbargebieten mit Truppen ausgeholfen werden, was die geringen, so vielfach durch die verschiedensten eigenen Sicherheitszwecke in Anspruch genommenen Streitkräfte schwächte und das Aufleben der Bandentätigkeit begünstigte. Nur die unbedingte Autorität, die sich das Militär-Gouvernement zu erringen wußte, verhinderte wohl, daß diese Gelegenheiten zu Aufständen ausgenützt wurden, die zwar sicherlich unterdrückt worden wären, aber doch auf beiden Seiten überflüssige Opfer an Gut und Blut gekostet und die wirtschaftliche Entwicklung ernstlich gestört hätten.

Das erste Ereignis, das störend eingriff, war die Kriegserklärung Rumäniens am 27. August 1916, die eine vollkommene Umgruppierung der artilleristischen Verteidigung von Belgrad notwendig machte und die wirtschaftlich bisher geradezu vorbildlich arbeitende Belgrader Artilleriebesatzung zu einer ande-

ren Verwendung zwang. Es war aber auch notwendig, verschiedene Räumungsmaßnahmen vorzubereiten, das Abfließen der eingebrachten Erntevorräte zu beschleunigen oder in anderer Richtung vorzusehen u. dgl. und außerdem zur ersten Abwehr eines Angriffes Truppen bereitzustellen, wofür nur die zum großen Teile aus nicht felddienstfähigen Leuten bestehenden, meist von überalterten, nicht kriegserfahrenen Kommandanten geführten Etappenbataillone in Betracht kamen, wodurch natürlich der Wach- und Begleitdienst in den verschiedenen Kreis- und Bezirkshauptorten und damit die Sicherheit litt.

So wurden sechs Etappenbataillone und die Dragonereskadron unter dem kriegserprobten, noch außergewöhnlich rüstigen und tüchtigen GM. Röhn von Vrbas im Raume Kragujevac—Arangjelovac—Palanka, drei Bataillone unter dem gleichfalls kriegserfahrenen Obersten Othmar von Babić bei Valjevo zusammengezogen. Zur ersteren Gruppe traten dann noch zwei vom Armee-Oberkommando gesandte altartige Gebirgsbatterien aus Bosnien. Schon nach wenigen Tagen traf die Nachricht ein, daß die Rumänen die schwachen Sicherungen bei Orsova durchbrochen, sich der Stadt bemächtigt hätten und die Einnahme der westlich Orsova liegenden Höhen zu gewärtigen sei, wenn nicht Verstärkungen kämen. Das Gouvernement wurde zur Unterstützung aufgefordert, weil das Militärkommando Temesvar über keine Truppen mehr verfügte. Auf eigene Verantwortung wurde das bereits mit der Bestimmung nach Italien einwaggonierte letzte Landsturmfeldbataillon nach Bazias abgedreht, dort auf Dampfer verladen und unter dem Schutze des bewaffneten Hilfsdampfers «Almás» in den Raum südwestlich Orsova gebracht, wo es wirklich noch rechtzeitig eintraf, um die Lage wiederherzustellen.

Die Nachricht von der Kriegserklärung Rumäniens verursachte bald die Bildung von Banden und Zusammenrottungen im südlichen Teile des Kreises Kragujevac, in der «Šumadja», dem Zentrum fast aller bisherigen Volkserhebungen, wovon bald übertriebene Nachrichten nach Kragujevac und Belgrad kamen.

Der alte schneidige General Röhn wollte sich den furchtbaren Feind erst einmal selbst ansehen, bevor er gegen ihn Maßnahmen traf, ging persönlich mit der Dragonereskadron zur Rekognoszierung vor und fand außer einigen primitiven verlassenen Schützengräben an einigen Waldrändern nichts vor. Nach

Aussage von Landbewohnern waren diese allerdings von Zusammengerotteten aufgeworfen worden, die auch sie zur Mitwirkung hatten zwingen wollen.

Der General unternahm hierauf mit vier Bataillonen — die nahezu die Hälfte ihrer Mannschaft und drei von den vier Bataillonskommandanten als untauglich zurücklassen mußten — und der Dragonereskadron eine Streifung. Sie führte zum Zusammenstoß eines der Bataillone mit einer angeblich 100 bis 200 Mann starken Bande, die nach kurzem, für die Truppen verlustlosem Gefechte zerstreut wurde. Dieser Erfolg und wohl auch das der Zahl nach doch immerhin beträchtliche Machtaufgebot genügte, die Leute zum Auseinander- und Nachhausegehen zu veranlassen.

Gegen Ende Oktober 1916 gelang es den Rumänen bei Orsova durchzubrechen und wieder erging der Hilferuf an Belgrad. Da mittlerweile die Ausbildung und Organisation der beiden Gruppen bei Kragujevac und Valjevo schon einige Fortschritte gemacht hatte, wurden ein bei Palanka stehendes Bataillon der Gruppe Röhn und eine Gebirgsbatterie per Bahn nach Semendria und von dort mittels Dampfer nach Orsova gebracht, wo sie die Lage auch diesmal noch rechtzeitig wiederherstellten. Diese Truppen kehrten nicht mehr in den Bereich zurück, sondern machten die weiteren Kämpfe mit, die Mitte Dezember mit der Gefangennahme der Bedränger von Orsova endeten. Sie mußten, nach dem Süden abgedrängt, schließlich an der Altmündung vor der Brigade Szivo die Waffen strecken.

Bald aber trat ein neuer Feind auf. Im Südosten, an der Grenze der Kreise Kruševae und Mitrovica, begann ein serbischer Hauptmann Kosta Vojnović Banden zu bilden und diese beiden Kreise und benachbarte bulgarische Verwaltungsgebiete zu beunruhigen. Die Jahreszeit — Dezember — und die unwirtlichen Wälder und Schluchten des Kopaonikgebirges und seiner Ausläufer begünstigten seine Unternehmungen.*)

*) Das Auftreten dieses kühnen und bald auch gefährlichen Bandenführers entbehrte nicht eines gewissen Interesses. Vojnović, ein nichtaktiver Offizier, war beim Rückzuge der Serben im Spätherbste 1915 in Mitrovica zurückgeblieben und hatte sich dort der Kreisintendanz zur Verfügung gestellt, die er seiner vollsten Loyalität versicherte. Er wurde von ihr als Einkäufer angestellt, als welcher er sich auch recht gut bewährte. Im Dezember 1916 verschwand er. Er hatte als Einkäufer anscheinend schon genug Informationen gesammelt. Seine Einkäufer-

Nach mehreren kleineren Zusammenstößen geriet am 22. oder 23. Dezember 1916 eine 14 Mann starke Gendarmeriepatrouille in der Gegend zwischen Bruš und Blaževo in einen Hinterhalt und wurde niedergemacht. Die durch Gendarmerie und freiwillige Albaner verstärkten Streifkompagnien der Kreise Kruševac und Mitrovica machten Jagd auf die Bande, die gegen Neujahr nach einem heftigen Gefechte unter ansehnlichen Verlusten über die bulgarische Grenze verschwand.

Aber die Ruhe währte nur bis Ende Februar 1917. Anscheinend im Einverständnis mit dem Oberkommando in Saloniki oder sogar auf dessen Befehl dürfte von zurückgebliebenen serbischen Offizieren ein wohl vorbereiteter und ganz geheim gehaltener Aufstand vorbereitet worden sein, der gleichzeitig mit der Frühjahrsoffensive der Salonikier Ententearmee in der ersten Hälfte März losbrechen sollte. Ein in deutsche Hände gelangter Aufruf der Komitenführer in den südwestlichen Teilen des bulgarischen Verwaltungsgebietes läßt darauf schließen. Da trat ein Ereignis ein, das die Führer des Aufstandes, die serbischen Hauptleute Kosta Pečanac,*) Kosta Vojnović und K. Vlahović, die sich den stolzen Titel «Vojvoden» (Oberkommandanten) beilegten, zwang, verfrüht loszuschlagen. Die Bulgaren, die zwar in dem von ihnen besetzten Teile Serbiens ein sehr hartes und strenges Regime aufgerichtet hatten und auf eine gewaltsame Entnationalisierung und Bulgarisierung hinarbeiteten, hielten es in ihrem stolzen Siegergefühl nicht für notwendig, die wehrfähige Bevölkerung zu internieren. Infolge des Krieges mit Rumänien hatten sie den Nordteil des Verwaltungsgebietes sehr von Truppen entblößt. Nur eine schwache Kavalleriebrigade und ein Landsturmregiment hielten den Nordteil des «Moravagebietes» besetzt. Trotzdem verfügten sie um Mitte Februar 1917 die Assentierung aller wehrfähigen Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren im «Neubulgarischen Gebiete».

Allgemein begann die Flucht der jungen Männer in die Berge und Wälder zu den Komitenführern, die sie nun ihrerseits

legitimation stellte er später einmal durch einen freigelassenen Gefangenen «mit Dank» zurück.

*) Eigentlich Montenegriner, aus Ipek stammend, scheint wegen großserbischer Propaganda noch vor dem ersten Balkankrieg aus Montenegro sich entfernen zu haben und in die serbische Armee eingetreten zu sein. War nach dem Umsturze Oberstkommandant von Sarajevo.

assentierten, in Abteilungen formierten, je 10 Mann einem ehemaligen Unteroffizier, 50 Mann einem «Offizier» — es mußte nicht gerade ein wirklicher sein — unterstellten und 150 Mann eine Kompagnie («četa») bilden ließen. Brauchbare Gewehre waren anfangs nur für wenig mehr als die Hälfte der Leute vorhanden, dazu solche der verschiedensten Systeme und nicht allzuviel Munition; Maschinengewehre, Geschütze und Sprengmunition mangelten vollkommen, doch erhielt jeder Mann eine oder zwei Handgranaten.

In den letzten Tagen des Februar überfielen etwa 1000 Aufständische eine bulgarische Kompagnie in Kuršumlje, schnitten sie von allen Verbindungen ab und überwältigten sie nach 36stündiger hartnäckiger Verteidigung, wobei 150 Gewehre und zwei Maschinengewehre in ihre Hände fielen. Zwei zum Entsatze vorgehende Kompagnien wurden geworfen, am 2. März ein ganzes Bataillon aus Prokuplje vertrieben und gegen Niš zurückgeworfen. Am 4. März standen Abteilungen der Aufständischen an der Morava westlich von Niš; das Nišer Gouvernement und die dortige deutsche Etappeninspektion wandten sich um Hilfe an das Gouvernement in Belgrad.

Die ganze Gegend zwischen Jastrebae, Kopaonik, Prepolacattel und der östlichen Morava stand in hellem Aufruhr und auch in anderen Teilen des bulgarischen Verwaltungsgebietes begannen sich Banden zu bilden. Die Gesamtzahl der kämpfenden Aufständischen mag sich schließlich auf 2500 bis 3000, höchstens auf 4000 Mann belaufen haben.

Das Gouvernement hatte auf die ersten Nachrichten vom Aufstande vier Streifkompagnien, eine halbe Dragonereskadron und die 9-cm-Batterie unter dem ungarischen Gendarmeriemajor Rátky bei Bruš im Kreise Kruševac versammelt und gegen Blace vorgeschoben, um diesen vorspringenden Winkel des Verwaltungsgebietes gegen Einfälle der Banden zu schützen und nötigenfalls die Bulgaren zu unterstützen. Drei andere Streifkompagnien unter Oberleutnant Orban, später unter Gendarmerierittmeister Tirts, sicherten die Straße von Kuršumlje ins Ibartal, die schwachen Besatzungstruppen des Kreises Mitrovica (ein halbes Bataillon, eine halbe Eskadron, zwei Gebirgsgeschütze, Gendarmerie und 150 freiwillige Albaner) die Ostgrenze dieses Kreises.

Auf den Hilferuf aus Niš wurden drei Marschkompagnien und drei Maschinengewehrzüge zum Abtransport dort-

hin bereitgestellt; Major Rátky erhielt den Auftrag, in der Richtung gegen Prokoplje vorzustößen, um die Bulgaren zu entlasten. Alle irgend entbehrlichen Streifkorpsabteilungen wurden in das Aufstandsgebiet dirigiert, so daß sich dort am 12. März zwölf Streifkompagnien und die Skiabteilung des Streifkorps befanden. Das neu formierte Feldgendarmeriebataillon und das Bataillon aus den tauglichen Mannschaften des Eisenbahnsicherungsdienstes sollten nach Erlangung der Marschbereitschaft folgen. An das Armee-Oberkommando ging das Ansuchen ab, einstweilen mit zwei Bataillonen und zwei Batterien auszuhelfen. Tatsächlich kamen auch sofort zwei sehr schwache Bataillone des Infanterieregiments Nr. 102 und eine Gebirgsbatterie von der Isonzofront, aus Bosnien ein Feldgendarmeriebataillon und das Grenzüjägerbataillon III, ferner ein Panzerzug und ein Landsturmabteilung für den Etappendienst. Zum Kommandanten der mobilen Streitkräfte wurde der sehr energische und umsichtige Chef der Wirtschaftssektion, der dem Generalstabe zugeordnete Oberstleutnant Andor v. Jármy ernannt, der sogleich in das Aufstandsgebiet abging.

Bevor jedoch alle diese Verstärkungen im Aufstandsgebiet eintreffen konnten, hatte die Gruppe Rátky Blace geräumt, ein Ereignis, das einer gewissen Tragikomik nicht entbehrt und in der geringen taktischen Schulung und Kriegsunerfahrenheit der Gendarmerieoffiziere ihre Ursache hatte. Im Rücken der Gruppe war der Engweg der Jankova Klissura von aufständischen Abteilungen besetzt worden,*) die aus dem Hinterhalte eine Dragonerpatrouille zur Hälfte aufrieben. Infolge dieses Zwischenfalles und der übertriebenen Nachrichten über die Stärke der Aufständischen unterließ Rátky den ihm aufgetragenen Entlastungsvorstoß gegen Prokoplje, schickte aber am 6. März morgens eine Streifabteilung zur Rekognoszierung gegen Osten vor. Diese wurde alsbald von drei Seiten auf große Distanz angeschossen und erwiderte das Feuer lebhaft. Sie und eine ihr zur Unterstützung nachgesandte Kompagnie verschossen bald nahezu ihre ganze Munition, worauf sie Major Rátky nach Blace zurücknahm, ohne daß sie irgendwelche Verluste erlitten hatten. Die Batterie war mangels an Zielen gar nicht zum Eingreifen

*) Zwei Abteilungen zu 15 Mann — nach dem Tagebuch des später gefangenen Führers der einen Abteilung, das auch sonst hier als Quelle für die Vorgänge beim Gegner benützt worden ist.

gekommen. Die lebhafteste Schießerei machte aber nichtsdestoweniger auf beide Teile einen großen Eindruck. Am Abend versuchten die Aufständischen einen umfassenden Angriff auf Blace, wurden blutig abgewiesen, doch erlitt auch die Abteilung Rátky Verluste. Während es sonst sehr oft vorkommt, daß sich beide Teile als Sieger fühlen, trat hier der komische Fall ein, daß sich beide Teile geschlagen glaubten. Während die Aufständischen eilig und in Unordnung gegen Osten flüchteten, trat Rátky, nachdem er die Jankova Klissura durch Artilleriefire hatte säubern lassen, den Rückzug nach Dupei an, wo er von den eingetroffenen Verstärkungen aufgenommen wurde. Als die Aufständischen von der Räumung Blaces erfuhren, gingen sie am 7. März dorthin vor und verkündeten durch eine Proklamation, daß sie nun auch die Švabas geschlagen hätten und bald die Bewohner des Militär-Generalgouvernements befreien würden.

Indessen waren die bei Niš nicht mehr notwendigen drei Marsehkompanien und zwei Geschütze aus Belgrad nach Kruševae gelangt, zur Sicherung dieses Basispunktes aller Unternehmungen. Sie mußten zunächst die Gegend längs der Bahn abstreifen, weil die Aufständischen das Bahngeleise noch vor dem 6. März in einer Länge von 200 m mit allerdings primitiven Mitteln oberflächlich zerstört hatten.

Am 10. März trafen das Infanterieregiment 102 und der Panzerzug in Kruševae ein und nun ging es mit dem Aufstande rasch zu Ende. Oberstleutnant v. Jármy ließ am 12. die beiden Bataillone Nr. 102, sieben Streifkorpsabteilungen, eine Skiabteilung, eine halbe Eskadron und zwei Batterien von Dupei-Zlatary als Stoßtruppe in südöstlicher Richtung vorgehen. Westlich von ihr wurde die Gruppe des Gendarmerierittmeisters Tirts (vier Streifkorpskompanien und zwei Gebirgsgeschütze) in ein nachteiliges Gefecht verwickelt, das der nicht kriegserfahrene Rittmeister ohne Grund abbrach, wobei die Nachhut unter Oberleutnant Klug fast ganz aufgerieben wurde. Trotzdem nahm Oberstleutnant Jahn mit seinen braven 102ern nach kurzem Kampfe die Jankova Klissura und noch am selben Tage Blace. Am 15. März wurde auch schon — den Bulgaren immer um etwa ein bis zwei Tagesmärsche voraus — Kursumlje genommen, worauf Oberstleutnant Jármy seine Gruppe zu einem großen Kesseltreiben umgruppierte. Am 18. März

war dies zu Ende, der ganze westliche Teil des bulgarischen Aufstandsgebietes binnen sechs Tagen nach Eintreffen der ersten wirklichen kriegserfahrenen Abteilungen von Aufständischen gesäubert. Am 24. März räumten die Truppen das bulgarische Aufstandsgebiet. Der neue Gouverneur des bulgarischen Okkupationsgebietes, der sehr umsichtige, tüchtige Generalstabsoberst Protogeroff dankte den scheidenden Truppen in wärmster Weise für ihre rasche und ausgezeichnete Mithilfe.

Der Aufstand hatte uns 3 Offiziere, 78 Mann an Toten, 48 Mann an Verwundeten und 54 Mann an Vermißten gekostet, wovon letztere wohl größtenteils zu den Toten zu rechnen sind. Die ungewöhnlich große Zahl an Toten im Verhältnisse zu den Verwundeten ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß der Gegner für aufgefundene Verwundete keine Schonung kannte, so daß die meisten zugrunde gingen.

Im eigenen Grenzgebiete herrschte nun mehr oder minder Ruhe; im bulgarischen aber ging der Bandenkrieg im kleinen fort. Banden, die die Grenze zu überschreiten suchten, wurden von den Grenzsicherungstruppen abgewiesen oder auf unserem Gebiete verfolgt, bis sie zerstreut oder aufgerieben waren. Um die Herde des Bandenkrieges zu säubern und womöglich die Führer unschädlich zu machen, wurde mit den bulgarischen Behörden eine einheitlich geleitete große Säuberungsaktion im Westteile des seinerzeitigen Aufstandsgebietes vereinbart, die zugleich als Feuerprobe für das neuerrichtete Streifregiment dienen sollte. Dementsprechend wurden am 18. Juli alle Kampftruppen im Halbkreise von Blace, dann südlich Bruš, südöstlich Raška und nordöstlich Mitrovica in fünf Gruppen unter dem Kommando des Obersten von Klemm des Streifregimentes bereitgestellt, um im Vereine mit einigen bulgarischen Kompagnien Kosta Vojnović und Kosta Pećanac einzukreisen und unschädlich zu machen. Am 19. Juli begann der Vormarsch, der zu Zusammenstößen mit kleinen Banden führte.

Am 20. warf sich der schneidige Vojnović, der den Ausspruch getan haben soll: «Ich werde mich nicht wie ein Hase von den Österreichern herumtreiben lassen, ich greife lieber an», auf die beiden linken Flügelkompagnien der östlichen Gruppe, Oberstleutnant Antoseh, verwickelte sie in ein längeres Feuergefecht, bis ihn das Eingreifen von zwei Kompagnien der Nach-

bargruppe Major Bekić des bosnisch-herzegowinischen Gendarmieriebataillons zum Ausweichen nach Süden zwang. Am nächsten Morgen stellte er sich in einer neuen, ausgedehnten Stellung den beiden erstgenannten Kompagnien neuerdings entgegen, wurde bald geworfen, doch gelang es Vojnović, gegen Südosten auszuweichen. Hier stieß er auf die vorrückenden Bulgaren, vermochte aber in steten kleinen Gefechten aus der Schlinge zu entwischen. Schließlich blieb ihm nichts anderes übrig, als dem Beispiele seines Kameraden Pećanae zu folgen, der bald nach Beginn der Aktion seine Bande aufgelöst und den Leuten befohlen hatte, sich entweder in der Richtung auf Ipek durchzuschleichen oder nach Hause zu gehen.

Während aber Pećanae nach Montenegro ging und dort im Herbst den Kačakenaufstand arrangierte, der trotz großen Kräfteaufgebotes nie ganz unterdrückt werden konnte, flüchtete Vojnović mit nur vier Begleitern in die Schluchten des Kopaonikgebirges,*) von wo er wieder hervorkam und neuerdings Banden bildete, als unsere Truppen vom bulgarischen Gebiete wieder abgezogen waren. Er hat noch längere Zeit die Bulgaren und unsere Grenzsicherungen in Atem gehalten, auch dem Gouvernement ein «Friedensangebot» gemacht, das aber seiner überspannten Bedingungen wegen unannehmbar war, und fiel mit zwei Begleiterinnen und sieben Mann im Frühjahr 1918 im Kampfe mit einer bulgarischen Streifschar. Hatte er es auch nicht immer vermocht, seine Leute von — oft argen — Grausamkeiten, besonders gegen die eigenen Landsleute, zurückzuhalten, so war er selbst doch stets bemüht, den Kampf auf eine ritterliche Weise zu führen. Seine unleugbare Tapferkeit und sein Geschick im kleinen Kriege erwarben ihm unsere Achtung.

Nach dieser Aktion, die uns 2 Tote und 18 Verwundete kostete, sank der Bandenkrieg zum Räuberunwesen herab. Deshalb war auch das Gouvernement in der Lage, anderwärts mit Truppen auszuhelfen. So gingen im September 1917 das Feldgendarmieriebataillon unter Rittmeister Oskar Kerchnawe und das dritte Streifbataillon unter Oberstleutnant Hirseh mit zwei Bat-

*) Dieses Zerstreuen der Aufständischen war um so leichter, als abgesehen vom Fehlen aller äußerlichen Kennzeichen die Bulgaren sich nicht dazu hatten entschließen können, jeden Einwohner mit einer amtlichen Legitimation samt Lichtbild oder genauer Personsbeschreibung zu versehen.

terien und der Dragonerschwadron nach Mazedonien ab, um die durch einen Vorstoß der Franzosen westlich des Ochridasees bedrohlich gewordene Lage wieder herzustellen; das Streifbataillon und die eine Batterie halfen dann noch an der albanischen Front aus und schließlich im Vereine mit einer Kompagnie des Gendarmeriebataillons und einer des einheimischen Freiwilligenbataillons in dem immer mehr Kräfte von auswärts verschlingenden Bandenkriege in Montenegro, von wo diese Abteilung erst im Frühjahr 1918 nach Serbien zurückkehrten.

So kam der Sommer 1918. Seit dem Regierungswechsel in Bulgarien, der Malinow ans Ruder brachte, wollten die Gerüchte vom Ausspringen Bulgariens nicht verstummen. Sie verbreiteten sich auch unter der Bevölkerung Serbiens. Da traf die Nachricht ein, das Armee-Oberkommando beabsichtige, die Nordkreise dem Hinterlande gleichzustellen. Dies schien mir eine denn doch viel zu optimistische Beurteilung der Situation. So verfaßte ich gegen Ende Juli eine Denkschrift, die der Heeresleitung den Ernst der Lage vor Augen führen sollte und den Ausfall Bulgariens für Mitte September voraussagte. Wenn man sich schon nicht entschließen könnte, für alle Fälle eine kleine Reservegruppe in der Nähe Serbiens bereitzustellen, sollten wenigstens dessen Truppen auf den vollen vorgeschriebenen Stand gebracht, den Erfordernissen des modernen Kampfes entsprechend ausgerüstet und ausgiebiger gepflegt werden, um sie körperlich leistungsfähig und in guter Stimmung zu erhalten.

Vier Wochen später kam vom Armee-Oberkommando, bei dem der Gouverneur und ich gelegentlich einer Kommandierung nach Wien im selben Sinne interveniert hatten, eine glatte Ablehnung in jeder Richtung mit der Begründung, daß das Militär-Generalgouvernement zu schwarz sehe. Am 15. September begann die Salonikier Ententearmee ihre Offensive. Die von Malinow bearbeiteten bulgarischen Truppen an der Angriffsfront rissen beim Beginn des Artilleriefeuers haltlos aus, und die Lücke erweiterte sich immer bedenklicher.

Am 21. September 1918, vier Wochen, nachdem ich die Ablehnung erhalten, wurde ich zum Fernsprecher gerufen. Der Chef der Balkangruppe des Armee-Oberkommandos fragte an, was an Kampftruppen zur Wiederherstellung der Lage in Mazedonien abgegeben werden könne. Ich mußte entgegnen, daß sich sämtliche Kampftruppen einige Tagmärsche abseits der Bahn auf

Streifung befänden, daß ihre Versammlung und ihre notwendigste Ausrüstung — nicht eine Kampfausrüstung, wie ich sie beantragt hatte, denn alle diesbezüglichen Ersuchen waren ja erfolglos geblieben —, aber doch die Ausrüstung mit dem Notwendigsten an Munition, Schuhen, Vereinheitlichung der Bewaffnung u. dgl., weitere 48 Stunden beanspruchen würden, daß die zwei, höchstens drei von meinen fünf Bataillonen, die ich dann entbehren könnte, kaum etwas nützen, aber das Gouvernement nahezu unhaltbar machen würden und gewiß nicht früher auf dem Schauplatz eintreffen könnten als eine anderswo herangeholte, schlagfertige, für den modernen Großkampf ausgerüstete, in Reserve stehende Division. Wenige Tage später, am 25. September 1918, halb 11 Uhr nachts, genau zwei Monate nach Absendung meiner Denkschrift, erhielt ich folgendes Telegramm:

«Bulgarien hat bei der Entente um Separatfrieden gebeten. Alle Vorkehrungen treffen, damit Überraschungen verhindert werden.
A. O. K. Op. geh. 1930.»

Von diesem Augenblicke an ging es rasch zu Ende. Wohl wurden die schwachen Streitkräfte zur Sicherung gegen Überraschungen an der bulgarischen Grenze bereitgestellt, wohl wurden sie dann restlos im Verein mit den ersten vom italienischen Kriegsschauplatz eintreffenden Truppen gegen Süden eingesetzt und rechtfertigten bis zum letzten bitteren Ende, als auf ungarischem Boden das revolutionäre ungarische Kriegsministerium ihre Auflösung verfügte, ihren vorzüglichen Ruf. Das Verhängnis war nicht aufzuhalten, denn der Generalstabschef für die neue Balkanfront schien mit der strikten Weisung oder der vorgefaßten Meinung am 29. September in Belgrad eingetroffen zu sein, daß nichts mehr zu machen und Serbien vorbehaltlos zu räumen wäre. Ohne sich darüber deutlich auszusprechen, wurde doch in diesem Sinne gehandelt. Alle Gegendvorstellungen waren nutzlos. Mir blieb nichts übrig, als die Räumung durchzuführen und alles Abtransportable in den mir angewiesenen Raum, die südlichen Teile der Baeska und des Banates, in Sicherheit zu bringen, wo aber für die Aufnahme gar keine Vorbereitungen getroffen worden waren. Während Unmassen von Verpflegsartikeln und Material in diesem Raum eintrafen, wo sie nach dem Umsturze und dem Auseinanderlaufen der Truppen von den revolutionären Nationalräten übernommen und aufgeteilt wurden, soweit man sie nicht in der unverantwortlichsten Weise verder-

ben ließ, erging vom Kommando der Balkanfront am 26. Oktober der Befehl, daß die letzten Truppen die Donau—Save an folgenden Tagen zu überschreiten hätten: 28. Oktober bei Dubravica, 29. bei Semendria, 30. bei Pancsova, 31. bei Belgrad, 1. November bei Zabrež, 3. bei Šabac. Spätestens am Tage vorher mußten alle Behörden und, soweit möglich, alle Evakuierungsgüter den Gouvernementsbereich geräumt haben.

Dementsprechend verließen der Gouverneur und das Gros der Offiziere und Beamten am 28. nachmittags Belgrad und gingen mittels Dampfer nach Neusatz, wo die Auflösung des Militär-Generalgouvernements und die Umwandlung des Restes in eine liquidierende Abteilung unter meiner Leitung zu erfolgen hatte. Alle Truppen, Anstalten, Einrichtungen, Magazine usw. waren schon im Laufe der Räumungsaktion in den Befehlsbereich der Heeresgruppe FM. Kövess übergegangen.

Am 29. verließ ich selbst mit den wenigen noch zurückgebliebenen Offizieren die Stätte unseres bisherigen Wirkens. Als letzter betrat ich die Planken der «Sophie», die mich das erste mal an das serbische Ufer gebracht hatte und uns nun auch nach Neusatz bringen sollte. Noch hatten wir keine Ahnung, was uns bevorstand. Aber trotzdem wußten wir, daß wir einem traurigen Schicksal entgegengingen, denn ein solches ist eine Niederlage immer und eine unverdiente doppelt und dreifach.

Ich stand auf dem Oberdeck des weißen Schiffes, neben mir mein treuer Gefährte, meine «rechte Hand» in den beiden letzten Jahren — nach zivilen Begriffen würde man sagen mein «Präsidialist» —, Hauptmann Dr. Leopold Pavičić des Feldhaubitregimentes Nr. 13,*) einer der besten Offiziere, die ich je gekannt. Vor uns versank die graue zusammengeschossene alte Feste im trüben Oktoberabend, «Das Tor des Krieges», wie sie die Türken nannten, die auch diesmal ihren Namen bewahrheitet hatte, jene alte Trutzburg, die schon soviel Kämpfe und Blutvergießen gesehen.

«Herr Oberst, was immer auch geschehen mag, wir können doch stolz sein auf das, was hier geleistet worden ist», meinte mein getreuer Gefährte. «Und was immer auch geschehen mag, lieber Pavičić,» war meine Antwort, «ich habe doch die nicht

*) Berufsoffizier, der erst vor Kriegsausbruch den Doktor gemacht, um seiner geschwächten Gesundheit wegen die konsulare Laufbahn ergreifen zu können. Er hatte sich dann im Felde vielfach ausgezeichnet.

erhebende Überzeugung, daß ich meine schwerste, aber auch meine größte Leistung hinter mir habe.» Und ich habe leider recht behalten.

Rückblick.

Überblickt man die Ergebnisse von nicht ganz drei Jahren Militärverwaltung im besetzten Serbien, so zeigt sich, daß es nach kurzem, anfänglichem Schwanken gelang, in diesem schwer heimgesuchten Lande nicht nur gesicherte und geordnete Verhältnisse herzustellen, sondern weit mehr.

Mit einer bewaffneten Macht, die schwächer war als die von Serbien im Frieden unterhaltene, waren die Sicherheitszustände trotz steter Reizung zum Aufstande von außen um 70 % besser als im Frieden und dies, obwohl wiederholt von der kleinen bewaffneten Macht nach außen Hilfe abgegeben worden war. Trotzdem 80 % der männlichen Bevölkerung in arbeitsfähigem Alter fehlten, gelang es in überraschend kurzer Zeit, ein dichteres, solideres, leistungsfähigeres Kommunikationsnetz herzustellen, als es Serbien im Frieden besessen, Verbindungen zu schaffen, an die nie gedacht worden war. Die anbaufähigen Flächen nahmen um mehr als 15 % zu, während sie zu gleicher Zeit im Hinterlande um 25 bis 35 % abnahmen. Das relative Erträgnis des Feldbaues wurde im Durchschnitte um 40 bis 50 %, teilweise um 100 % gehoben, neue Kulturarten (Reis, Baumwolle, Nessel usw.) wurden eingeführt. Die Ernte wurde jedesmal in überraschend kurzer Zeit hereingebracht und damit dreimal Verpflegskrisen bei der Armee im Felde abgeholfen. Die Ausfuhr an Bodenprodukten war anfangs gleich, an Vieh um etwa 40 bis 50 % größer als im Frieden. Dann aber übertrafen beide die Friedensausfuhr um 15 %, beziehungsweise 100 bis 200 %.

Die Forstwirtschaft wurde aktiv gemacht, zur Erschließung neuer Waldbetriebe entstanden zahlreiche Wald- und Seilbahnen. Der Bergbau wurde wieder belebt und aktiv gestaltet, so daß eine große Menge wichtiger Kriegsmetalle und Erze exportiert werden konnten, der Handel wurde wieder eingeleitet und eine äußerst aktive Handelsbilanz geschaffen. Ebenso wurde der Schulunterricht in einer Weise wieder ins Leben gerufen, daß im besetzten Serbien mehr Kinder für den Elementarunterricht eingeschult waren als im Frieden. Ferner wurde eine vollkommene Landesaufnahme durchgeführt und eine verlässliche stati-

stische Grundlage für die Verwaltung geschaffen. Und schließlich wurde mit Hilfe von all dem eine Finanzlage erreicht, die ihresgleichen sucht. In $2\frac{1}{3}$ Jahren wurde ein 75%iger Abgang in einen 300%igen Überschuß verwandelt; mitten im Kriege, in dem alle anderen am Kriege beteiligten Länder finanziell passiv waren, war Serbien das einzige und noch dazu hoch aktive Land.

Dabei hatte sich diese Entwicklung durchaus nicht von außen ungestört und ungehemmt vollzogen. Im Gegenteile, es waren manchmal recht ernstliche äußere störende Ereignisse zu überwinden gewesen, und auch die Witterung hatte sich, was in einem Agrarlande mit wenigen und vielfach zerstörten Kommunikationen von großer Bedeutung ist, in den beiden ersten Jahren durchaus nicht immer gnädig erwiesen. Ja sie war teilweise direkt abnormal ungünstig.

Und trotz alledem diese günstigen Ergebnisse! Sie waren nicht oder doch nur in letzter Linie das Verdienst der an entscheidender Stelle handelnden Personen, sie waren das Verdienst des Systems: einen starken, zielbewußten Willen einzusetzen und ihn tunlichst frei und unbeeinflußt handeln zu lassen. Das allein gab die Möglichkeit, in schwerer Zeit Bedeutes, fast unmöglich Scheinendes zu vollbringen. Das hier Gesagte erscheint so einfach — und es ist auch einfach, aber schon Napoleon sagt: «Im Kriege ist alles einfach, aber das Einfache zu finden ist schwer.»

Was für die Führung des Krieges gilt, gilt auch für die Leitung von Staaten, denn sie sind miteinander innig verwandt, und die Kriegführung ist wirklich nur eine Fortsetzung der Staatsführung mit anderen Mitteln. Das größte Staatsvolk der Welt und aller Zeiten, das Jahrhunderte lang dem Kontinente den Stempel seiner Eigenart aufdrückte und auf dessen Schultern die Entwicklung aller modernen Staaten aufgebaut ist, die Römer, hatte stets nach dem erwähnten Grundsatz gehandelt. Trotz ihrer demokratischen Verfassung, die selbst große, autokratisch veranlagte, aber weise Herrscher wie Tiberius nicht anzutasten wagten, ernannten sie in schwerer Zeit einen Diktator mit unumschränkter Vollmacht, der sich über alle Schranken der Demokratie hinwegsetzen konnte. Und oft genug wurde die römische Republik durch eine solche Diktatur im letzten Augenblicke vor dem Untergange gerettet.

Diese uralte Staatslehre kennen aber auch die großen Demokratien des Westens, die nach langem und hartem Kampfe im letzten großen Weltkriege Sieger geblieben sind; und es kennt sie vor allem das demokratischste, seine Freiheit am eifersüchtigsten bewachende Volk der Jetztzeit, das amerikanische. Ohne weise Selbstbeschränkung der demokratischen Freiheit im entscheidenden Augenblicke tritt Voltaire's Ausspruch in seine Rechte: «In einer Versammlung von Menschen sinkt ihr geistiges Niveau auf jenes der Beschränktsten in ihr herab.»

So hat in weiser Selbstbeschränkung die amerikanische Verfassung dem frei gewählten Präsidenten schon im Frieden Vollmachten gegeben, wie sie kaum ein europäischer konstitutioneller Monarch besaß, und sie im Kriege, der doch dort nicht an des Staates Mark griff, fast zu diktatorischer Gewalt erweiterte. Darum hat man auch im Frieden in gefährlichen Stunden, wie bei der Erdbebenkatastrophe in San Franzisko, oder wenn Großes für die Nation am Spiele stand, wie beim Bau des Panamakanals, nicht gezauert, einen Mann, einen Soldaten, mit unbeschränkter Vollmacht zu bekleiden, damit er das Unglück banne, Ordnung schaffe und wieder aufbaue, beziehungsweise das große, bedroht erscheinende Werk zu gedeihlichem Ende führe.

Und weil das deutsche Volk diese weise Selbstbeschränkung in ernster Stunde nicht kannte, ist es unterlegen.

Der Krieg mag das schrecklichste, das allerfurchtbarste Übel, eine Geißel der Völker sein. Es mag selbst geleugnet werden, daß er seit Jahrtausenden ein Glied in Gottes Weltordnung zu sein scheint — einstweilen existiert er noch. Und so lange es nicht gelingt, ihn aus der Welt zu schaffen, hat im Falle eines Krieges jedes Volk nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, falls es sich nicht selbst vernichten und auf Jahrzehnte oder Jahrhunderte in seiner Kultur zurückwerfen lassen will, alles daranzusetzen, Sieger zu bleiben im blutigen Streite, einerlei, ob es den Krieg zu Recht oder zu Unrecht begonnen oder angenommen hat.

«Right or wrong, my country» — und darum muß ein Volk, das am Leben bleiben will, im Kriege alle Bedenken zur Seite stellen und alles nur auf das eine Ziel einstellen: auf den endlichen Erfolg.

In Serbien war das geschehen, soweit dies die Einflüsse des Hinterlandes nur irgendwie gestatteten. Der Erfolg war darum auch nicht ausgeblieben, und dieser Erfolg war um so schöner und erfreulicher, als es ein Erfolg friedlicher Kulturarbeit mitten im heißen Ringen eines männermordenden Krieges war; und ein Erfolg, errungen von den Soldaten des Siegers in einem besetzten, bezwungenen, feindlichen Lande...

DIE MILITÄRVERWALTUNG IN MONTENEGRO UND ALBANIEN.

Von

Generalmajor Hugo Kerchnawe,

vormals Vorstand der liquidierenden Gruppen des Militär-Generalgouvernements Montenegro und der Militärverwaltung in Albanien.

Vorbemerkung.

Der zur Verfügung stehende beschränkte Raum gestattet es mir nicht, bei der Geschichte des Militär-Generalgouvernements von Montenegro und der Militärverwaltung in Albanien soweit ins Detail einzugehen, wie bei der Darstellung der Besetzung Serbiens. Es möge genügen, an Hand einiger Unterlagen und Beispiele in großen Umrissen die Errichtung der beiden Militärverwaltungen und deren Arbeit zu schildern und im übrigen auf Serbien als Vergleich zu verweisen. Der Vorgang war im allgemeinen ein ähnlicher wie in Serbien und speziell vom zweiten Halbjahre 1916 an war das Cetinjer Gouvernement, teilweise über Weisung des Armee-Oberkommandos, teilweise aus eigenem Antriebe, bestrebt, in wirtschaftlicher Beziehung dem Militär-Generalgouvernement Serbien nachzueifern, soweit es die ganz anderen Verhältnisse überhaupt gestatteten. Aus der Steinwüste Montenegro hätte auch die allerbeste Verwaltung in 2½ Jahren nicht etwas Ähnliches machen können wie aus dem von der Natur so reich bedachten Serbien. Dies wolle beim Lesen der nachstehenden kurzen Schilderung stets im Auge behalten werden.

Das k. u. k. Militär-Generalgouvernement in Montenegro.*)

Am 8. Jänner 1916 war der von den Crnagorzen für unbezwinglich gehaltene Lovćen, der mit Hilfe von Franzosen und Italienern in eine Felsenfeste umgewandelte heilige Berg, den stürmenden k. u. k. Truppen in die Hände gefallen. Am 1. März 1916 wurde die k. k. Militärverwaltung unter Kommando des FML. Viktor Freiherrn v. Weber eingesetzt. Ihm wurde der seinerzeitige Militärattaché in Montenegro, Generalstabsmajor Gustav Hubka, als Generalstabschef beigegeben, der den Balkankrieg 1912/13 beim montenegrinischen Oberkommando mitgemacht hatte und als guter Kenner des Landes und seiner Bewohner galt.

*) Hierzu Übersichtsskizze Beilage 2.

Die Organisation war eine ähnliche wie in Serbien. Auch die Einteilung in sechs Kreise wurde wie in Serbien übernommen und ebenso die oberste Verwaltungsbehörde später in eine zivile und in eine militärische Sektion geteilt, der Zivil-Landeskommissär hier jedoch dem Generalstabschef unterstellt.

Der größte Teil des eigentlichen Montenegro ist eine unwirtliche Steinwüste, mittleres und hohes stark verkarstetes Kalksteingebirge. Nur im Südwesten des Landes, im Becken von Podgorica, besitzt das alte Land etwa 240 km² ertragsfähigen, aber auch ziemlich mageren Boden. Außer diesem Becken gibt es nur noch einige kleine Talbecken oder noch kleinere Dolinen, wo dem harten Boden seine kümmerlichen Früchte abgerungen werden. Erst der Frieden von Bukarest brachte dem Lande die fruchtbaren, allerdings ausschließlich von Albanern bewohnten Becken von Djakova und Ipek und den waldreichen, von mohammedanischen Serben bewohnten Kreis von Plevlje des ehemaligen Sandsehs Novipazar. Der Kreis Berane dieses Sandsehs ist mit Ausnahme eines kleinen Teiles an seiner Westgrenze, der auch waldreich ist, von gleichem Charakter wie das alte Montenegro.

Montenegro konnte daher auch im Frieden niemals seinen Bedarf an Bodenprodukten aufbringen und war vom Zusehub aus der österreichisch-ungarischen Monarchie und aus Rußland abhängig. Nur an Tabak vermochte es nicht nur den eigenen Bedarf zu decken, sondern auch ein kleineres Quantum auszuführen. Aber auch an anderen zum täglichen Leben notwendigen Rohstoffen war das keinerlei Bergbau besitzende Land vollkommen vom Zusehub aus dem Auslande abhängig. Speziell das Salz erhielt es in den letzten Jahren fast ausschließlich geschenkt von Rußland; die Regierung des Zaren schenkte es Montenegro, die einzelnen Bewohner mußten es dann der montenegrinischen Regierung abkaufen, die darin eine Haupteinnahmequelle fand.

Nur an tierischen Produkten vermochte Montenegro seinen Bedarf zu decken. Rindvieh — eine kleine zähe Rasse von allershöchstens 200 kg Lebendgewicht, meist aber weniger —, Schafe und Ziegen waren reichlich vorhanden, denn der Viehstand hatte bis zur Besetzung Montenegros während des Krieges verhältnismäßig wenig gelitten.

Selbstverständlich war unter diesen Umständen Monte-

negro auch in allen Industrieartikeln, die nicht die bescheidene Hausindustrie für den eigenen Bedarf erzeugte, vom Auslande abhängig. An Rohstoffen konnten nur Häute, Felle, Knochen, Klauen und Därme aufgebracht werden.

Das Verkehrswesen lag sehr im argen. Eine einzige 35 km lange Schmalspurbahn von Antivari (Bar) nach Virpazar am Nordwestende des Skutarisees, eine einzige, von der österreichischen Regierung seinerzeit gebaute, für Kraftwagen fahrbare Chaussee von Cattaro nach Cetinje, und einige minderwertige Straßen, insgesamt etwa 350 Straßenkilometer, waren die ganzen für europäische Fuhrwerke fahrbaren Verbindungen in dem 14.959 km² großen Lande. Auch das Telegraphenwesen war wenig entwickelt.

Waren die Vorbedingungen für eine wirtschaftliche Auswertung des Landes äußerst gering, so war auch die kriegerische und größtenteils nicht entwaffnete Bevölkerung, die relativ weit weniger Verluste erlitten hatte als die serbische und deren waffenfähiger Teil größtenteils im Lande verblieben war, ein Moment, das der Aufrihtung unbedingter Autorität, der Hauptbedingung für eine stramme wirtschaftliche Organisation, hindernd im Wege stand oder sie doch jedenfalls sehr erschwerte. Das kleine Montenegro hat daher nicht nur relativ, sondern auch absolut stets wesentlich mehr Besatzungstruppen gebraucht als das dreieinhalbmals volkreichere Serbien, und außerdem meist verhältnismäßig viele Kampftruppen gefesselt, die ausschließlich von außen herangezogen werden mußten, also an der Kraft der Feldarmee zehrten. Im ganzen befanden sich beispielsweise im August 1918, also zu einer Zeit, wo die Militärverwaltung bereits nahezu 2½ Jahre währte und der friedliebende milde GM.i.d.Res. Graf Clam-Martinie ein Jahr als Generalgouverneur fungierte, insgesamt 40.000 bis 45.000 Mann, darunter 27.000 Streiter mit einem Feuergewehrstand von 11.000 bis 12.000 Gewehren, 80 Maschinengewehren, 250 Reiter und rund 70 Geschütze im Lande, mehr als doppelt so viel als in Serbien. Etwa 3000 Mann Feldgendarmarie — gegenüber 5000 in Serbien — sind dabei nicht mitgezählt. Diese ansehnliche Truppenzahl machte sich naturgemäß im Budget des Landes um so mehr als großer Passivposten fühlbar, als sie ihren Hauptzweck, das Land in Ruhe zu erhalten, nicht erfüllte, woran allerdings sie selbst nicht Schuld trug.

Unter solchen Umständen war an eine derartige straffe Organisation der Arbeitskräfte wie in Serbien nicht zu denken. In der ersten Zeit der Verwaltung waren diese hauptsächlich Kriegsgefangene, aber auch Arbeiterkompagnien der Armee. Nach und nach erst gelang die Formierung einheimischer Arbeiterkompagnien, zu welchen in erster Linie die waffenfähigen Montenegriner herangezogen wurden. Dann aber wurden auch, besonders in dem zum Teil albanischen Osten des Landes, albanische Arbeiterkompagnien verwendet, die ohne Ablösung auf Kriegsdauer dienten und nebst Verpflegung einen Taglohn von 2 bis 3 Kronen erhielten. Gegen Schluß der Besatzungsperiode, im September 1918, waren samt militärischen Arbeitern und Kriegsgefangenen 4000 Arbeiter verfügbar. Außerdem wurden besonders für den Straßen- und Wegebau von den Kreisen und Bezirken Arbeiter angefordert.

Die Aufgabe der Aufrechterhaltung der Ordnung sowie der Umstand, daß der Unterhalt der Truppenmacht einschließlich der Arbeiterkompagnien, der Verwaltungsbehörden, des Sanitätspersonals u. dgl., auf den Nachschub angewiesen war, zwang, abgesehen von dem allerdings recht bescheidenen Verkehrsbedürfnisse des Landes, zu einem großzügigen Ausbau des Kommunikationsnetzes und zur Verbesserung der bestehenden Verbindungen. Fünf große Nachschublinien wurden in das Innere des Landes geführt: vom Kriegshafen Cattaro, von der Reede von Antivari, von der bosnischen Bahn über Plevlje, von Mitrovica a. K. an der Orientbahn, schließlich von der Feldbahn in Prizren; die beiden letzteren wurden vom Militär-Generalgouvernement Serbien besiekt. Es fanden alle möglichen Nachschubmittel Anwendung, von Lastkraftzügen und Drahtseilbahnen an bis zum Ochsen- und Tragtierstaffel wie zur Zeit Julius Cäsars.

Natürlich entsprach das vorhandene Kommunikationsnetz den Bedürfnissen dieser Nachschuborganisation in keiner Weise. Außerdem war aus politischen wie aus militärischen und auch verpflegstechnischen Gründen eine fahrbare Verbindung mit dem Kreise Ipek dringend notwendig. Deshalb wurde von Andrijevic eine Straße auf dem kürzesten Wege unter Benützung des Velika- und Pečka-Bistricatales sowie der Trasse einer schon von den Serben 1912/13 begonnenen Straße westlich Ipek vom Sappeuroberleutnant Pfund gebaut.

Die Landungseinrichtungen in Antivari wurden instand gesetzt und am Skutarisee solche für die Nachschublinie errichtet.

Für die während der Zeit der Militärverwaltung in Montenegro gebauten und verbesserten Straßen und sonstigen Kommunikationen, so die Drahtseilbahn Cattaro—Cetinje und die Pferdefeldbahn Podgorica—Plavnica am Skutarisee, ferner für die Baggerungsanlage in Porta Melina wurden über 38 Millionen Kronen investiert.

Post und Telegraph mußten ganz neu errichtet werden, denn in ganz Montenegro befand sich nicht ein brauchbares Postamt. Man errichtete sieben Etappen-Post- und Telegraphenämter I. und zehn II. Klasse, baute an 900 bis 1000 km Telegraphen- und Telephonlinien mit etwa 3500 km Leitungslänge, wofür über 500.000 Kronen investiert wurden.

Für die Truppen, Behörden und Anstalten mußten die verschiedenen montenegrinischen Bauten, vor allem Kasernen und Amtsgebäude, die meist in einem recht schlechten Zustande waren, durch die Bauabteilung instand gesetzt werden, ebenso eine Anzahl sonstiger Häuser. Die Instandsetzung der montenegrinischen Kasernen, Amtsgebäude usw., dann die Errichtung von Baracken zu Unterkunft- oder Magazinszwecken erforderte $6\frac{1}{2}$ Millionen Kronen. Mußten Privathäuser in Anspruch genommen werden, so wurden auch in diesen bauliche Herstellungen durchgeführt, Dächer und Fußböden erneuert, Tür- und Fensterstöcke eingesetzt usw. Die Kosten der Adaptierung von Gebäuden für die im Lande aufgestellten 165 Gendarmerieposten beliefen sich auf durchschnittlich je 10.000 Kronen, die den Hauseigentümern zugute gekommen sind.

Aber die Fürsorge der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung erstreckte sich nicht nur auf reine Zweck- und Nutzbauten. In den von katholischen Albanern bewohnten Gegenden, für die bisher gar nichts geschehen war, um deren religiöse Bedürfnisse zu befriedigen, wurde manche baufällige Kapelle und manches bescheidene Gotteshaus restauriert. Unter Leitung österreichisch-ungarischer technischer Offiziere wurden mehrere Kirchen dort gebaut und so mitten im Kriege Friedenswerke geschaffen.

An statistische Vorarbeiten ging man in Montenegro wesentlich später als in Serbien. Eine statistische Abteilung wurde,

wie ich glaube, erst im Herbst 1916 errichtet. Die Aufnahme der anbaufähigen Flächen wurde meines Wissens überhaupt nicht durchgeführt; sie hätte allerdings in Montenegro lange nicht dieselbe Bedeutung gehabt wie in Serbien. Hingegen wurde im Herbst 1917 mit der Aufnahme der Waldbestände begonnen und zu diesem Behufe der bisherige Leiter der Forstabteilung des Militär-Generalgouvernements Serbien, Forstrat Miklau, nach Montenegro delegiert. Das Ergebnis dieser Aufnahme ist mir nicht genau bekannt, doch zeigte sich, daß diesbezüglich bei entsprechendem Ausbau des Kommunikationsnetzes in absehbarer Zeit doch etwas aus dem Lande herauszubekommen gewesen wäre.

Die Volkszählung ergab eine Bevölkerung von 367.981 Seelen, etwa 8 bis 10 % weniger als im Frieden, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß in den neu hinzugekommenen albanischen Gebieten überhaupt noch niemals eine Volkszählung vorgenommen worden war, die angebliche Friedenszahl daher zum Teil auf montenegrinischer Schätzung beruhte. Die von der Militärverwaltung vorgenommene Volkszählung ergab zum ersten Male in Montenegro einen Überschuß an Frauen, was auf die Kriegsverluste, namentlich vor Skutari im Balkankrieg und auf die Krankheiten und Seuchen im Gefolge der letzten Kriege zurückzuführen war. Dieser Männerverlust bedeutete allerdings in diesem Falle weit weniger einen Verlust an Arbeitskraft als anderswo, denn der Mann, der «Junak»,*) hielt es für seiner unwürdig, daheim Feldarbeit zu verrichten, ein so fleißiger und genügsamer und nüchterner Arbeiter der Sohn der schwarzen Berge sonst außerhalb seiner Heimat war.

Die Aufbringung des Verpflegsbedarfes für Einwohner und Besatzung, über 400.000 Menschen, war gewiß nicht leicht. Um aber wenigstens das möglichste im eigenen Wirkungskreise zu erreichen, mußte der zum großen Teil so kümmerlichen Landwirtschaft das größte Augenmerk zugewendet werden, was Aufgabe der Wirtschaftssektion war. Sie stand unter der umsichtigen und tatkräftigen Leitung des Oberstleutnants Eugen von Englisch-Popparich, sicher eines der klügsten Köpfe und initiativsten Männer, über welche die Militärverwaltung nicht nur in Montenegro, sondern überhaupt, verfügte. Die Stelle der

*) Held.

mustergebenden und für die Ausnützung unbearbeiteter, herrnloser nutzbarer Flächen verantwortlichen Wirtschaftsstationen Serbiens vertraten in Montenegro die «Wirtschaftshöfe», von welchen sich in der Regel einer in jedem Kreisbereiche befand. Nur das leistungsfähigere Podgorica hatte deren drei, das fruchtbare Ipek sogar deren sechs. Außerdem übernahm die Militärverwaltung den Mühlenbetrieb in den Dampfmühlen in Plevlje und Ipek, die Tabakfabrik in Podgorica und errichtete auch sonstige Betriebe, wie z. B. Maisdarren in den ertragnisreichen Kreisen Ipek, Podgorica und Cetinje, Ölmühlen in Bar und Ulcinj (Dulcigno), vor allem am Skutarisee einen ertragnisreichen Fischereibetrieb, der für die Versorgung der Besatzungstruppen und der Bevölkerung von großer Bedeutung war. Schließlich begann man durch Einrichtung eines Waldbetriebes mit zwei Sägewerken im Kreise Kolašin (Jabuka und Han Garanić) die Erschließung der erreichbaren Wälder.

Auch in Montenegro wurde vorerst die Beschlagnahme der ganzen Ernte versucht und damit in dem schwer zugänglichen Lande dasselbe unzureichende Ergebnis erreicht wie überall. Deshalb ging Oberstleutnant Englisch 1917 versuchsweise und 1918 ganz zum Kontingentsystem über und konnte darin infolge der isolierten Lage des Landes sogar viel weiter gehen als ich, das heißt bis zum teilweisen Freihandel.

Gleich die erste Ernte im Jahre 1916 brachte ein überaus ungünstiges Ergebnis, so daß bis Juli 1917 für die Bevölkerung monatlich 80 bis 90 Waggons Brotfrucht aus der Monarchie eingeführt werden mußten. Um die Bevölkerung zum weitestgehenden Anbau und zur willigen Ablieferung des Kontingents anzueifern, verzichtete die Militärverwaltung hinsichtlich der Ernten der Jahre 1917 teilweise und 1918 ganz auf die Ablieferung des gesamten Überschusses und überließ den Produzenten den freien Handel mit dessen Hälfte. Im Jahre 1918 wurde mit Rücksicht auf die ausnahmsweise überaus günstige Ernteaussicht die Prämierung der Ablieferung des Ernteüberschusses durch Ausgabe von Waren (Zucker, Salz, Petroleum) in Aussicht genommen; die Einheitspreise erfuhren eine wesentliche Erhöhung. Die günstige Ernte gewährleistete die Versorgung der Bevölkerung und der Besatzungstruppen (allerdings nicht auch der Kampftruppen), ein Fall, der in Montenegro noch nie da war und als entscheidender Erfolg der Militärverwaltung bezeichnet werden muß.

Im Jahre 1916 wurde ein Viehkontingent ausgeführt, das aus etwa 20.000 Rindern und 80.000 Stück Steehvieh bestand, was auf die vorgefundenen, sehr übertriebenen statistischen Daten zurückzuführen war. Die Ausfuhr mußte dann ganz eingestellt werden, um den Bedarf der Besatzungstruppen aufbringen zu können, was auf immer größere Schwierigkeiten stieß, obwohl bis zu 30 % höhere Preise als in den Südkreisen Serbiens gezahlt wurden. Ab August 1918 mußte für die Truppen Vieh aus dem Hinterlande zugeschoben werden.

Eifrig bestrebte sich die Wirtschaftssektion, den Handelsverkehr zu beleben und erreichbare Rohstoffe zur Ausfuhr zu bringen. Bei der Kleinheit und Armut des Landes konnte das Resultat freilich nur bescheiden sein. Die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Bedarfsartikeln, wie Zucker, Salz und Petroleum, erfolgte nur aus den Vorräten der Monarchie. Die Herbeischaffung dieser Artikel verursachte der Militärverwaltung die größten Schwierigkeiten und wurde wiederholt, trotz militärisch wichtigerer Notwendigkeiten, im Interesse der Bevölkerung vorangestellt. Die Zustellung der Waren erfolgte durch die Warenverkehrsabteilung der Wirtschaftssektion mit Hilfe der Kreisverpflegsmagazine. Zucker, Salz und Petroleum wurden vielfach als Tauschartikel zur Aufbringung von Rohstoffen verwendet. Soleherart wurden beispielsweise im Budgetjahre 1916/17 554.358 Stück verschiedener Häute und Felle — von der Rindshaut bis zum Fell von Kleintieren, wie z. B. zahlreicher Steinmarder — und 1716'03 q an Knochen, Klauen, Därmen, Hörnern, Sehnen aufgebracht. Im Jahre 1917/18 nahm die Aufbringung um etwa 25 % zu. Die Rohstoffe wurden wie in Serbien von Sammelstellen gesammelt und fast ausnahmslos zur weiteren Verarbeitung in das Hinterland abgehoben.

Auch in Montenegro handelte es sich nach durchgeführter Besetzung darum, der Krankheiten und Seuchen Herr zu werden. Wie auf dem ganzen Balkan, Bosnien und die Herzegowina ausgenommen, erlosch in Montenegro das Fleckfieber nie gänzlich. Der Krieg und ganz besonders der Rückzug des verseuchten serbischen Heeres durch das östliche Montenegro im Spätherbst und im Dezember 1915 hatten der Seuche neue Nahrung gegeben. Auch sonst herrschten dieselben Landplagen wie in Serbien: Typhus, Malaria, Ruhr und Cholera, dazu Tuberkulose und Syphilis; ja die Malaria wütete im Südosten Montenegros weit

heftiger als in Serbien, desgleichen die Tuberkulose, wohl infolge der schlechteren Ernährung der Bevölkerung und des rauheren Klimas. Die Syphilis als Vermächtnis türkischer Durchzüge war trotz der ziemlich großen Sittenstrenge des rauhen Bergvolkes teilweise noch gefährlicher als dort. Auch hier gelang die Sanierung des Landes in verhältnismäßig kurzer Zeit, wenn sich auch infolge der abgeschiedenen Lage vieler Landesteile, die ein Durchgreifen der hygienischen Maßnahmen erschwerte, Fleckfieber in den fern gelegenen Tälern nicht vollkommen unterdrücken ließ. Nicht weniger als drei Epidemielaboratorien und zwei mobile bakteriologische Laboratorien lieferten das nötige Rüstzeug zur Bekämpfung der Seuchen. Ein Genesungsheim im hochgelegenen Danilovgrad diente der Erholung der Rekonvaleszenten, je ein Soldatenheim in jedem Kreise zur Erholung und Zerstreuung der weit von der Heimat entfernten Vaterlandsverteidiger. Die Gesamtzahl der verfügbaren Spitalsbetten betrug weit über 3000 gegen 500 im Frieden.

So wie in Serbien, ja eigentlich in noch großherzigerer Weise, wurde für die montenegrinischen Staatsangestellten und Pensionäre gesorgt. Es erhielten die in den Dienst Übernommenen den vollen, die Nichtübernommenen die Hälfte ihres Gehaltes als Unterhaltsbeitrag in Papierperpern, ab 1. April 1918 sowohl die bei der Militärverwaltung Angestellten als die Nichtangestellten einen 50%igen Zuschuß. Ersteren wurden auch Begünstigungen beim Lebensmittelbezug eingeräumt.

Die Sicherheitszustände waren, nach ortsüblichen Verhältnissen gemessen, trotz des auch in Montenegro heimischen Räuberunwesens, ziemlich befriedigende; nach europäischem Maßstabe ließen sie allerdings zu wünschen übrig, besonders zur Zeit des Gouverneurs GM. Grafen Clam, wo neben dem gewöhnlichen Räuberwesen noch ein wohlorganisiertes politisches Bandenwesen immer mehr in den Vordergrund trat.

Gerichts-, Kultus- und Unterrichtswesen wurden in gleicher Weise behandelt wie in Serbien. Ganz besonders unterstützte man das römisch-katholische und mohammedanische Bekenntnis in den zu Montenegro gehörigen albanischen Gebietsteilen. Beide Bekenntnisse waren von der montenegrinischen Regierung nicht nur wissentlich und absichtlich vernachlässigt, sondern geradezu unterdrückt worden. Besonders war man bestrebt, bei der Erbauung von Kirehen, Pfarrhöfen und Schulen zu hel-

fen, wobei die arme, gläubige Bevölkerung manehmal in geradezu rührender Weise mithalf.

Die Finanzen boten in Montenegro kein erfreuliches Bild, obwohl die Leute in Cetinje gewiß nicht verschwenderischer waren als jene in Belgrad, vielleicht sogar in mancher Beziehung noch sparsamer. Aber es fehlten von Haus aus die Vorbedingungen für die Gesundung der Finanzen und sie konnten in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht geschaffen werden, schon gar nicht, weil es nicht gelang, völlige Ordnung zu machen. Der Mobilisierungskredit der k. u. k. Wehrmacht nahm, sehr zum Segen des Budgets, einen großen Teil der Investitionen, anfangs alle Militärauslagen, später nur jene für die Kampftruppen, auf seinen geduldigen breiten Rücken. Da die montenegrinischen Steuersätze sehr gering waren, wurden mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung zu einzelnen Steuern Zusehläge bis zu 200 % eingehoben. Als Monopolartikel galten Tabak, Zucker, Salz, Spiritus, Zündhölzer und Zigarettenspapier. Alle Monopolartikel mit Ausnahme des vom österreichischen Brennereiverbande verwalteten Spiritusmonopols wurden in eigener Regie geführt. In Anbetracht der Kleinheit des Landes und seines relativ kleinen Bedarfes konnten die Erträge keinesfalls eine entscheidende Rolle spielen. Dasselbe galt von den Zöllen.

Die ressortmäßigen Ausgaben überstiegen die Einnahmen bedeutend. Hiezu kamen die Valutaverhältnisse und der Umstand, daß sich die Militärverwaltung gewissermaßen als Treuhänderin der montenegrinischen Regierung für deren Schulden verantwortlich fühlte.

Die montenegrinische Währung war offiziell eine Goldwährung. Die Gesamprägung belief sich auf:

Gold (Perper)	2,050.000
Silber „	2,599.800
Nickel (Para)	600.000
Bronze „	40.000

Im Jahre 1911 wurde mit der Monarchie eine Konvention abgeschlossen, durch welche die gegenseitige Annahme von Münzen unter gewissen Bedingungen vereinbart wurde. Die österreichisch-ungarischen Banknoten waren ohne Beschränkung im Lande zugelassen. Zu Beginn des Balkankrieges hatte die

montenegrinische Regierung zwei Millionen Perper Schatzbons ausgegeben, die im Jahre 1913/14 eingelöst wurden.

Bei Ausbruch des Weltkrieges wurden von der montenegrinischen Regierung 20 Millionen Staatskassenanweisungen ausgegeben. Zu Beginn der Okkupation fanden sich von diesem Papiergeld zirka 17 Millionen im Umlauf vor. Die Folge war eine rasche Preissteigerung der Lebensmittel und eine fast vollständige Entwertung des Papierperpers, der im Straßenhandel für 20 bis 45 Heller zu haben war.

Das 3. Armeekommando hatte nach der Besetzung die Nichtannahme von Papierperpern verfügt, später aber im Interesse einer Regelung der Valuta, und um dem Volke nicht die Mittel zur Beschaffung der Lebensbedürfnisse zu nehmen, einen Papierperper 50 Hellern gleichgesetzt. So wurden die Perper auch von militärischen Kassen angenommen. Zur Vermeidung eines Risikos wurde weiter verfügt, daß sie sogleich wieder abzustoßen und zur Bezahlung von Requisitionen, Gehalten und Pensionen an montenegrinische Funktionäre zu verwenden seien.

In der Folge wurde, um einen eventuellen Zuwachs von Perpern von auswärts zu verhüten, die Abstempelung und späterhin als Ersatz für abgenützte Perpernoten die Ausgabe von Anweisungen sowie die Deponierung der hierfür eingezogenen Noten beim Militärzahlamt des Kriegsministeriums verfügt.

Der Abstempelung wurden zehn Millionen Perper unterzogen, sieben Millionen ungestempelter Perper blieben demnach von der Annahme bei militärischen Kassen ausgeschlossen. Endlich wurde, um den Import unmöglich zu machen, die Ein- und Durchfuhr von Perpernoten verboten. Durch teilweise Bezahlung der Monopolartikel in Gold wurden zirka vier Millionen Kronen hereingebracht.

Im Laufe der Okkupation wurden zirka 20 Millionen Kronennoten in das Land gebracht, die aber nicht in diesem Umfange im Lande verblieben, weil alle Forderungen der Monarchie sowie die neuen Warenbezüge zum größten Teil in Kronenwährung gezahlt wurden.

Montenegro erfreute sich in den ersten 1½ Jahren der Militärverwaltung einer relativen Ruhe, die von keinerlei äußeren Ereignissen gestört wurde. Da traten im Sommer 1917 zwei Ereignisse ein, die dieses Verhältnis von Grund aus änderten. Im Juni 1917 wurde der vom Kaiser bei diesem Anlasse zum

Generalmajor i. d. R. ernannte österreichische Ministerpräsident a. D. Heinrich Graf Clam-Martinic zum Generalgouverneur von Montenegro ernannt. Er ersetzte den harten, aber gegen Freund und Feind gerechten, zielbewußten FML. von Weber. Bald darauf kam der aus Serbien verdrängte Insurgentenführer Kosta Pećanac nach Ipek und organisierte im Verein mit dem ehemaligen montenegrinischen Kriegsminister Vesović *) den Bandenkrieg in Montenegro, vor allem im Kreise Kolašin, bald aber auch in den benachbarten Kreisen. Vergeblich rief der sich überall rücksichtslos selbst einsetzende tapfere Graf Clam immer mehr Truppen ins Land und zog alle Register der Milde und des weitestgehenden Entgegenkommens auf. Die Aufständischen legten aber das Entgegenkommen und die ihnen ganz ungewohnte Milde des Gegners als Angst und Schwäche aus und stellten Forderungen, die bei aller Milde und Nachsicht auf für Graf Clam unannehmbar waren.

So kam der Herbst 1918 heran. Der Gouverneur trat einen längeren Urlaub an, von welchem er nicht mehr in das von ihm geleitete Land zurückkehren sollte. Denn mittlerweile zwang der Abfall Bulgariens zum Aufgeben der albanischen Front und damit wurde schließlich auch das nun der Armeegruppe Albanien unterstellte Montenegro unhaltbar. Unter Leitung des Generalstabschefs des Gouvernements, Oberstleutnants Konstantin Sekulich, der das Kommando über alle Truppen als eigene Gruppe übernahm, und des Chefs der Wirtschaftssektion, Oberstleutnant von Englisch-Popparich, wurde das Land geräumt. Die nicht bezwungenen Banden machten sich recht unangenehm fühlbar. Dies und der Zusammenbruch des Hinterlandes, vor allem die auf Befehl des Kaisers erfolgte Übergabe der Flotte an Jugoslawien, vereitelten das Zurückbringen des hier recht ansehnlichen Räumungsgutes, denn die Räumung sollte über Cattaro

*) Als der Gouverneur Vesović durch einen Offizier auffordern ließ, sich zu stellen — er war bisher, trotzdem seine Teilnahme an der Organisation des Aufstandes bekannt war, unbehelligt in seiner Heimat geblieben —, damit er am Semmering in einem Hotel «interniert» werde, erschoss Vesović den ahnungslosen, völlig unvorbereiteten Offizier, Oberleutnant Becher, und floh in die Berge. Als er später gezwungen war, sich den k. u. k. Truppen zu ergeben, wurde über den Mord an dem Offizier hinweggegangen und Vesović, ich glaube im Südbahnhotel am Semmering, «interniert», von wo er sich dann durch seine zahlreichen, meist prompt erfüllten Geldforderungen beim Kriegsministerium in Wien bemerkbar machte.

vor sich gehen. Zahlreiche Vorräte fielen daher den Nationalräten in Cattaro und den Montenegrinern in die Hände.

Die Verwaltung Albaniens durch das k. u. k. XIX. Korpskommando und die Armeegruppe GO. Pflanzer-Baltin.*)

Für Albanien bestand hinsichtlich der Verwaltung gegenüber Serbien und Montenegro ein sehr wesentlicher sachlicher Unterschied. Albanien bildete kein eigenes Militärverwaltungsgebiet unter einem Gouverneur und einem Verwaltungsstab, sondern war der Etappenraum, zum Teil sogar der Kampfraum des von G. d. I. von Trollmann geführten XIX. Korps, das Albanien in den ersten Monaten des Jahres 1916 bis an die Vojusa in Besitz genommen hatte. Dementsprechend war auch der ganze Apparat, der für die Verwaltung in Betracht kam, aus den einzelnen Organen des Korpskommandos entnommen oder in sie eingegliedert.

Das Land war ursprünglich in fünf, später in sechs Bezirke eingeteilt, die zusammen 21 Kreise umfaßten. An die Spitze der Bezirke traten Bezirkskommandanten mit ähnlichen Befugnissen und mit einem ähnlichen Stabe wie in Serbien und Montenegro die Kreiskommandanten. An die Spitze der Kreise (Nahien) kamen eingeborene Kaimakame (Unterpräfekten) mit einheimischen Organen, die Verwaltung der Städte führten die einheimischen Gemeindeverwaltungen mit Mudiren (Bürgermeistern) an der Spitze, wobei in Skutari (Skodra) ein Offizier als «Bevollmächtigter Offizier» bei der Stadtverwaltung als Kontrollorgan eingeteilt wurde. Die Kaimakame und Mudire hatten das Recht, bewaffnete Amtsboten und Dorfpolizisten zu halten, bei allen Kommandos und Behörden waren albanische Dolmetsche eingeteilt. Die Verwendung von Einheimischen im exekutiven Verwaltungsdienste war ein wesentlicher Unterschied gegenüber Serbien und Montenegro.

Die Bedingungen für eine geregelte Verwaltung und eine wirtschaftliche Erschließung des Landes, wenigstens so weit, daß es den eigenen Bedarf und jenen der dort operierenden Truppen zu decken vermochte, waren die denkbar ungünstigsten. Albanien ist auch heute noch ein schwer zugänglicher Teil Europas. Obwohl es im Altertum ein teilweise hochkultiviertes

*) Hiezu Übersichtsskizze, Beilage 3.

und sogar exportfähiges Land war, war es durch die Kämpfe des Mittelalters und ganz besonders durch die darauffolgenden jahrhundertelangen Kämpfe mit den Türken und die Türkenherrschaft, die hier eigentlich auch nichts anderes war als ein ständiger Kampf mit den stets unbändigen und unbotmäßigen Bergstämmen, vollkommen verwildert und vernachlässigt, so verwildert, daß der Albanienforscher Paul Siebertz nicht mit Unrecht die Behauptung aufstellen konnte, daß die Blutrache ein Glück für das Land sei, weil dadurch wenigstens ein Gesetz bestehe, das jedermann einhalte und dadurch eine gewisse, wenn auch beschränkte Sicherheit für Leben und Eigentum gewährleistet sei.

Gleich zu Beginn der Okkupation erließ der Korpskommandant folgende Kundmachung:

«Seitens des österreichisch-ungarischen Truppenkommandos in Skutari, welches die albanischen Freiwilligenabteilungen organisieren und ausbilden wird, wird der Landfrieden (Blutrachestillstand) angeordnet.

Alle jene, die sich diesem Befehle nicht fügen sollten, werden nach dem Militärstrafgesetz seitens des Kommandos dieser Truppen mit dem Tode bestraft werden.

Nur das österreichisch-ungarische Kommando hat das Recht, Urteile zu fällen, in welcher Rechtsangelegenheit es auch sein mag.

Dieser Befehl ist überall und sogleich zu verlautbaren.»

Diese allgemeine «Bessa» wurde während der Okkupation leidlich eingehalten, dürfte aber nach dem Abzug der Truppen rasch ein Ende gefunden haben.

Die klimatischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen können wohl kaum besser und eindringlicher zusammengefaßt werden, als dies einer der besten, ja vielleicht der beste Kenner Albaniens, Artillerieoberst Dr. h. c. Georg Veith,^{*)} in den einleitenden Seiten seines «Feldzug in Albanien» tut.^{**)} Sie seien daher hier als beste Veranschaulichung der Verhältnisse wiedergegeben:

«Das Land zerfällt in zwei durchaus verschiedene Zonen: das Gebirge im Innern und die Küstenebene. Die vielgenann-

^{*)} Veith wurde 1925 auf einer Forschungsreise in Kleinasien ermordet.

^{**)} In M. Schwarte: «Der große Krieg 1914—1918», Band V «Der österreichisch-ungarische Krieg».

ten und wenig gekannten nordalbanischen Kalkalpen sind neben dem montenegrinischen Dormitorgebiet wohl das wildeste und vor allem das an Hilfsquellen ärmste Gebirge Europas; ausschließlich „Durchzugsland“. Weiter südwärts werden die Formen bei kaum abnehmender Durchschnittshöhe milder, stellenweise bis zu vollem Urgebirgscharakter; damit wachsen immerhin etwas Wegsamkeit und Ressourcen. Zu voller Wildheit erhebt sich wieder der stark küstenwärts vorgeschobene, vereinzelt aufragende Gebirgsstock des Tomor (fälschlich „Tomorica“) mit seinem messerscharfen Nordsüdgrat und seinen beiden gewaltigen Eckgipfeln, das typische Räuberheim des Balkans. Im Norden, etwa bis zur Höhe von Kruja, tritt die Gebirgszone ziemlich unvermittelt mit schroffen, meist verkarsteten Vorbergen hart an die Küstenebene heran; weiter südlich läuft sie in ein sanftes Hügelland aus, in dem neben weichem Sandstein und Konglomerat der Lehm vorherrscht. Das Flachland kann man in fünf Abschnitte teilen: die Ebene des Skutarisees, das untere Drintal (Zadrima), die Küstenebene im Mündungsgebiet des Mat und Išmi, jene am Arsen und endlich den großen Komplex der mittelialbanischen Ebene mit der Fläche von Kavaja, der großen und kleinen Muzakja und der Mündungsebene der Vojsa. Die beiden ersten Abschnitte sind notdürftig kultiviert, der dritte Wald- und Sumpfwildnis, der vierte eine menschenarme Steppe, der letzte und größte zeigt heute immerhin nennenswerte Ansätze, sich dereinst zur Kornkammer des westlichen Balkans zu entwickeln.

Der ganze landschaftliche und wirtschaftliche Charakter Albaniens wird zum großen Teil durch seine hydrographischen Verhältnisse bestimmt. Nicht im Sinne der benachbarten Karstländer; im Gegenteil ist Albanien in allen Teilen wasserreich und selbst in den dürrsten Sommermonaten besteht in dieser Hinsicht weder Gefahr noch die Notwendigkeit besonderer Vorsorgen. Das Land wird von einer Reihe gewaltiger Flüsse durchströmt, die ihr Bett, wie der Fachausdruck lautet, noch lange nicht „gezähmt“ haben, so daß es fortgesetzt oft sehr bedeutenden Veränderungen unterworfen ist, was wiederum das ganze Anland — oft in sehr weitem Sinne — in Mitleidenschaft zieht. Ihrem Charakter nach sind die albanischen Flüsse innerhalb der Gebirgszone, soweit die Talbreite es gestattet, Torrenten; in der Ebene fließen sie geschlossen zwischen hohen und

brüchigen, stärkster An- und Abschwemmung unterliegenden Ufern dahin. Eine Ausnahme bildet der Mat, der den Torrentencharakter, und zwar in schärfster Form, bis zur Mündung beibehält, eine furchtbare Geißel des Anlandes und das schwerste Hindernis für Verkehr und Kriegführung. Der Wasserstand der Flüsse ist je nach der Jahreszeit sehr verschieden.

Zur hydrographischen Eigenart des Landes zählen außer den Flüssen noch ausgedehnte Sumpfgebiete, die längs der Küste als Lagunen, im Innern als Schilfwälder mit kleinen offenen Stellen, zwischen Drin und Išmi auch als Sumpfwälder auftreten.

Die Bodenbedeckung ist durch den für adriatische Verhältnisse nicht unbedeutenden Reichtum an Wäldern gekennzeichnet, die sich naturgemäß vorwiegend im Gebirge, stellenweise aber auch im Flachland und selbst an der Küste finden. Daneben bedeckt die typische Mediterrane, fast undurchdringliche *Maechia* (Bosco), insbesondere im Hügel- und Berglande, weite Strecken.

Das allerwichtigste Merkmal zur Charakterisierung Albaniens als Kriegsschauplatz liegt jedoch in seinen klimatischen Verhältnissen und deren Folgeerscheinungen; sie gipfeln einerseits in der bereits streng nach den Gesetzen der subtropischen Zone durchgeführten Scheidung von Trocken- und Regenzeit, andererseits in dem gleichfalls im Rahmen der Jahreszeiten geregelten Auftreten der Malaria.

Die Regenzeit setzt durchschnittlich Anfang oder Mitte Oktober mit einer Reihe heftiger, mehrtägiger Gewitter ein und dauert bis März oder April; in die Mitte dieser Epoche ist meist eine mehrwöchentliche Reihe schöner, aber kalter Tage eingeschoben. Natürlich ist Dauer und Intensität der Regenzeit nicht jährlich dieselbe; so war von den beiden Wintern, die unsere Truppen zur Gänze im Lande verbrachten, der erste ein besonders nasser, der zweite ein verhältnismäßig trockener und kühler.

Mit dem Eintritt der Regenzeit ist es mit der Gangbarkeit, wenigstens in der Ebene, nahezu zu Ende. Die tief aufgeweichten Wege werden durch die fortgesetzte Benutzung alsbald gänzlich unpassierbar. Immer größere Flächen der Ebene treten ganz unter Wasser; aber auch die nicht geradezu überschwemmten Teile sind derart aufgeweicht, daß ein dauerndes Freilager hier nicht denkbar ist. Der Verkehr ist jetzt fast ausschließlich auf

die etwas festeren Flußufer beschränkt, längs deren das landesübliche Zugtier, der Büffel, bis zum Bauch einsinkend, die weithin knarrenden und kreischenden hoehrädigen Karren durch das Kotmeer schleift. Die erwähnte Regenpause geht an diesen Zuständen ziemlich spurlos vorüber, da ihre scharfen Nachfröste die Verdunstung behindern.

Die Flüsse bleiben schwere Hindernisse bis ins späte Frühjahr.

In den Gebirgen entläßt sich die Regenzeit in nach mitteleuropäischen Begriffen ganz ungeheuerlichen Schneefällen; dagegen gehört in der Ebene Schneefall zu den allergrößten Seltenheiten. Häufiger kann ein Zufrieren der Gewässer, auch Eisgang beobachtet werden. Besonders warm ist der albanische Winter keineswegs.

Im April etwa beginnt die Sonnenwärme sich nachdrücklich fühlbar zu machen. Langsam setzt die Austrocknung ein, die Überschwemmungsflächen schrumpfen, die Wege glätten sich durch den Verkehr. Noch führen die Flüsse Hochwasser, denn im Gebirge schmilzt jetzt der Schnee; erst gegen Ende Mai beginnen auch sie endgültig zu sinken. Im Juni ist Sommer. Die Vegetation beginnt zu verdorren, die Wege bedecken sich mit hohen Staubschichten. Im Juli setzt die ganz große Hitze ein; in den Mittagstunden wird jede Marschbewegung, jede Arbeit unmöglich. Im August beginnen die Gewitter, erst in mehrwöchentlichen Pausen, dann immer rascher aufeinanderfolgend, bis sie im Oktober wieder in die Regenzeit überführen.

Natürlich wechseln diese Verhältnisse vielfach auch nach der Höhenlage. Im Bergland, in dem die Überschwemmung wegfällt, ist auch die Wegsamkeit im allgemeinen durch die Regenzeit weniger beeinflußt; doch muß man sich hüten, dies zu verallgemeinern, zumal soweit der Lehmboden reicht. Dagegen sind die Temperaturschwankungen im Gebirge viel größer und insbesondere die Sommerhitze in manchen Gebirgstälern weit aus empfindlicher als im Küstengebiet.

Hemmt im Winter die Regenzeit jede umfangreichere Betätigung menschlicher Arbeitskraft, so erwächst dieser im Sommer ein noch ungleich furchtbarer Feind: die Malaria. Sie beherrscht das ganze Land bis zu etwa 500 m Seehöhe; vorübergehend vermag sie auch in höheren Lagen Fuß zu fassen. Die eigentliche Ansteckungsfrist beginnt an der Küste (Vojusa-

mündung) etwa Anfang oder Mitte Juni und schreitet ziemlich langsam landeinwärts fort; Berat z. B. wird erst nach etwa sechs Wochen erreicht. In dieser ersten Zeit überwiegt die als „Malaria tertiana“ bekannte Form; im Hochsommer setzt dann die „Malaria tropica“ ein, erreicht ihren Höhepunkt etwa zu Beginn der Regenzeit und erlischt nicht vor Mitte oder Ende November. Vereinzelte Erkrankungen kommen wohl auch zu anderen Zeiten, selbst mitten im Winter vor; bei der Mehrzahl derselben dürfte es sich aber um Rückfälle handeln. Die einheimische Bevölkerung des Flachlandes ist natürlich durchaus von der Malaria infiziert, leidet jedoch infolge jahrtausendealter Angewöhnung in äußerlich weniger akuten Formen darunter. Immerhin ist die unleugbare Degeneration der Flachlandalbaner in erster Linie auf diese Seuche zurückzuführen.

Die Bevölkerung Albaniens gehört dem illyrischen Stamme an, zu dem größtenteils, wenn auch sprachlich slawisiert, noch die Süddalmatiner, Herzegowzen und Montenegriner zählen. Am reinsten ist die illyrische Eigenart in den nordalbanischen Gebirgen erhalten. Hier lebt das Volk noch in den altüberlieferten Stammesgemeinschaften nach uralten ungeschriebenen, aber heilig gehaltenen Gesetzen. Ein einheitliches Nationalbewußtsein ist dem Albaner heute noch ziemlich fremd, alle Bestrebungen dieser Art sind von außen hineingetragen oder von einzelnen im Auslande gebildeten Intellektuellen propagiert worden, haben aber niemals in der Seele des Volkes Wurzel gefaßt. Der Patriotismus des Albaners gilt nur seinem Stamm, und die persönliche Freiheit im weitesten Sinne, und sei es selbst zu sträflichem Zweck, geht ihm über alle völkischen Ideale. Dieser Charakter des Volkes spiegelt sich auch in seinen militärischen Tugenden. Die Skipetaren haben als reguläre Soldaten der alten türkischen Armee die wertvollsten Dienste geleistet, unter abendländischer Führung jedoch in dieser Hinsicht bisher fast immer versagt; dagegen taugt der Albaner unter allen Umständen vorzüglich zum Bandenkrieg und ist nebstbei der beste Konfident. Eine Art von Gefolgschaftstreue ist ihm heilig, aber sie gilt nur dem freigewählten Führer; politische Verlässlichkeit ist ihm unbekannt. Die Manneswürde ist ihm untrennbar vom freien Gebrauch des Gewehres, und es war der schwerste Fehler, der überhaupt begangen werden konnte, das Volk gewaltsam zu entwaffnen. Bei alldem ist der Albaner ausnahmslos — vom

Großkaufmann in Skutari bis zum Wegelagerer auf dem Tomor — Geschäftsmann von skrupellosestem Opportunismus, der gewohnt ist, alles, selbst die ethischen Güter dieser Welt in Geldeswert einzuschätzen und zu verrechnen; einzig Frauenchre und Gastrecht stehen außerhalb dieses Kalküls. Der k. u. k. Verwaltung hat die unglaubliche finanzielle Durchtriebenheit dieses „Naturvolkes“ manch harte Nuß zu knacken gegeben.

Die Landwirtschaft Albanien liegt sehr im argen. Das Land ist nicht annähernd wirtschaftlich ausgenutzt, der größte Teil der an sich fruchtbaren Ebenen unbebaut. Auf relativ hoher Stufe steht einzig der Ölbau. Immerhin reicht auch die Getreideproduktion (Weizen, Gerste, Mais, Hafer, Reis) für die Bedürfnisse des dünn bevölkerten Landes, in guten Jahren wohl auch für einen bescheidenen Export; fremde Truppen bleiben jedoch auf Nachschub angewiesen. Besser steht es mit der Viehzucht; das kleine albanische Reitpferd ist ein unentbehrlicher Helfer im Lande, an Rindern, Schafen und Ziegen ist kein Mangel, sehr stark entwickelt ist, wenigstens in den flacheren Gegenden, die Geflügelzucht. Für mitteleuropäische, vorwiegend an Fleischnahrung gewohnte Truppen kann das Land daher immerhin einiges bieten.

Die Siedlungen bestehen mit Ausnahme weniger größerer Städte aus Dörfern und Einzelhöfen; auch die ersteren zerfallen meist in kleine, oft weit auseinanderliegende Häusergruppen („Mahala“); die einzelnen Häuser sind, zumal im Gebirge, meist verteidigungsfähig gebaut.

Desolat sind die Wegverhältnisse. Als die k. u. k. Truppen in das Land kamen, gab es dort eine 1913/14 von Essad Pascha gebaute moderne, aber schon verfallende Straße von Durazzo nach Tirana, dann einige kurze Straßenstücke in der nächsten Umgebung größerer Städte; alles übrige waren ausschließlich landesübliche Saumwege von oft haarsträubender Beschaffenheit, in größeren Ebenen wohl auch Fahrwege, jedoch ohne jeden Unterbau oder sonstige Spuren planmäßiger Erhaltung; über die weitgehende Abhängigkeit dieser Wege von Jahreszeit und Wetter wurde schon gesprochen. Dazu kommt, daß das gesamte Wegnetz selbst für Balkanverhältnisse unglaublich weitmaschig ist, daß oft zwischen benachbarten Ortschaften keine Wegverbindung besteht und Abkürzungen querfeldein, durch Bosco,

Dornheeken und Sumpfstreeken empfindlich erschwert, für Reiter oft unmöglich sind. Nicht unerwähnt dürfen an dieser Stelle die Reste alter Römerstraßen bleiben, die infolge ihres festen Unterbaues und ihrer vernünftigen Trassierung die Wegsamkeit stellenweise fördern.

Brücken, und zwar vorzüglich Steinbrücken, hat es der einst im Lande eine Menge gegeben; aber auch sie sind, zumal in der Ebene, größtenteils verschwunden. An ihre Stelle sind schwerfällige Überfahren getreten, die den spärlichen Lokalverkehr leicht bewältigen, für militärische Zwecke natürlich nicht ausreichen. Im Gebirge hingegen sind die Brücken vielfach überraschend gut erhalten.»

Dieses unwirtliche Land und seine kriegerische Bevölkerung zu beherrschen und zugleich die über 110 km lange Front an der Vojusa bis zum Westufer des Oehridasees zu halten, war Aufgabe der Truppen des XIX. Korps, das im Frühjahr 1918 zur «Armeegruppe Albanien» ausgebaut wurde, ohne hierbei eine wirklich namhafte zahlenmäßige Verstärkung zu erfahren.

Der Kampfstand dieser an und für sich nicht bedeutenden Macht, der hinter der Vojusa, in Valona und Umgebung mindestens die doppelte Anzahl italienischer Bataillone gegenüberstand, war infolge der riesigen Abgänge durch die Malaria ein sehr geringer. Dem Sollstande nach hätten die 39 Bataillone allerdings 39.000 Kämpfer mit einem Feuergewehrstande von etwa 28.000 bis 29.000 Mann repräsentieren sollen. Tatsächlich betrug ihr Kämpferstand nie mehr als 24.000 bis 25.000 Mann, der Feuergewehrstand Ende September 1918 kaum 17.000 Mann. Dieser geringen Zahl an eigentlichen Kämpfern diente aber als Etappentruppen, Mannschaft der Anstalten und Trains und ganz besonders als Arbeitstruppen und Arbeitsformationen mehr als das vierfache — in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse nicht einmal sehr viel. Der Verpflegsstand betrug alles in allem also 108.000 Menschen, eine Zahl, die mehr als 20% der eingeborenen Landesbevölkerung gleichkam.

Es ist begreiflich, daß man unter diesen Verhältnissen bestrebt war, die personellen Kräfte des Landes um so eher auch zu rein kriegerischen Zwecken auszunützen, als man als Befreier, als Verbündeter gekommen war und damit auch den Wünschen der kriegerischen Bevölkerung entgegenkam, un-

ruhige Elemente aus dem Lande auf eine beiden Teilen angenehme Weise entfernte und sie dort verwendete, wo sie ihren kriegerischen Geist in zweckdienlicher Weise ausleben konnten, nämlich an der Front.

Unter einheimischen Führern und ehemaligen türkischen Offizieren, aber auch unter ehemaligen aktiven landeskundigen k. u. k. Offizieren, wurden Freiwilligenformationen in ziemlich umfassender Weise organisiert. Diese militärische Hilfe war zweierlei Art: die Banden und die albanische Miliz. Die ersteren entsprangen dem Augenblicksbedürfnisse und waren die eigentlich landesübliche Art der Wehrform. Die zweite Art war der Versuch, Albanien für seine künftige staatliche Selbständigkeit ein verlässliches Machtinstrument in die Hand zu geben, das zugleich geeignet sein sollte, die Wehrmacht zu unterstützen oder wenigstens im Sicherungsdienste im Lande zu entlasten.

Die ersten Banden bildeten sich unter «Kapitän Ghilardi», einem ehemaligen österreichischen Offizier, der sich schon seit Jahren in Albanien befand, es genau kannte und ein eifriger, ehrgeiziger Parteigänger für die albanische Selbständigkeit, eine Art Balkaneondottieri, war. Er trat im Februar aus bulgarischem Dienste in österreichisch-ungarischen über und hatte in weniger als Monatsfrist neun Bataillone zu etwa 500 Mann beisammen, die, auf Stammeszugehörigkeit aufgebaut und von Ghilardi befreundeten Stämmen beigelegt, in der Folge recht gute Dienste leisteten.

Eine gewissermaßen zweite Serie von Banden wurde von Achmed Bei Logholi, einem ehrgeizigen, jungen, militärisch aber unfähigen Feudalherrn, gebildet, der unter Ghilardi nicht dienen wollte. Er verstand es aber nicht, sich bei seinen Kriegern gleich Ghilardi Achtung und Autorität zu verschaffen, Meutereien, Überlaufen u. dgl. gehörten bei seinen Banden bald zur Tagesordnung; sie gerieten in den übelsten Ruf der Unverlässlichkeit und Indisziplin und mußten größtenteils aufgelöst werden. Im Herbst 1916 zwang die Schließung der Front im Osten, im Anschlusse an die mazedonische Front, neuerdings zur Errichtung von Banden, diesmal unter dem «Wallenstein des Balkans», Salih Bei Butka, einem eingeborenen Albaner von außergewöhnlichen militärischen Qualitäten, der bei allen Räubern und Komitatschis des Balkans, ohne Unterschied ihrer jeweiligen Partei, den allergrößten Ruf genoß. Seine Banden, etwa 2000 bis 3000

Mann, waren auf keine Stammesangehörigkeit gegründet, sondern Reisläufer in des Wortes ältester und ursprünglicher Bedeutung, denen er aber einen hohen Grad kriegerischer Tüchtigkeit und im gewissen Sinne unter seiner Führung auch eine Art Disziplin, mindestens ihm gegenüber, einzuflößen wußte. Sie leisteten über ein Jahr hindurch vorzügliche Dienste und machten den Franzosen in Westmazedonien und im östlichen Albanien sehr viel zu schaffen.

Die albanische Miliz wurde anfangs Februar 1916 durch eine Kundmachung geschaffen, die jeden Albaner vom 18. bis zum 50. Jahre zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtete, vor allem die jüngsten und gesündesten, wobei vorderhand von je zwei bis drei Männern jedes Hauses einer zu stellen war. Diese Kundmachung hatte aber nur formelle Geltung, denn tatsächlich beschränkte man sich auf die freiwillige Stellung zum Milizdienste. Es wurden anfangs acht, später elf Milizbataillone zu 800 Mann, schließlich auch noch eine Gebirgskanonendivision zu zwei Batterien sowie eine Festungsartilleriekompagnie errichtet, aber nur jeweils drei bis sechs Ausbildungsbataillone zu 600 bis 800 Mann in Dienst gestellt, die einen Kader von dalmatinischen oder bosnisch-herzegowinischen Offizieren und Soldaten erhielten und acht bis zehn Wochen ausgebildet wurden. Später wurden die Ausgebildeten außer zu jeweiligen Schießübungen zu einer vierwöchigen Waffenübung einberufen. Für Offiziersaspiranten wurde ein eigener Kurs errichtet, nach dessen Absolvierung die Frequentanten zu Fähnrichen der albanischen Miliz ernannt wurden; außerdem wurden albanische junge Männer von einigermaßen entsprechender Vorbildung und guter Herkunft auf Wunsch ihrer Eltern auf Staatskosten in k. u. k. Kadettenschulen eingeteilt. Freiwillig sich stellende Albaner fanden bei k. u. k. Truppen, vor allem bei den bosnisch-herzegowinischen und beim Train, Einteilung, auch als Aushilfe bei der Küstenartillerie in Albanien. Die Banden und die Miliz erhielten während der Dienstleistung dieselben Geld- und Naturalgebühren wie die k. u. k. Truppen und hatten die gleichen Versorgungsansprüche.

Außer zu militärischen Zwecken wurden die personellen Kräfte des Landes aber auch zu militärischen wie zu wirtschaftlichen Arbeitszwecken ausgenutzt und dazu Zivilarbeiterkompagnien gebildet. Da man nicht als Feind ins Land gekommen

war und sich die Bevölkerung der nebelhaften Zukunft wegen günstig stimmen wollte, so ging man nicht wie in Serbien mit scharfen Mitteln, wie allgemeiner Arbeitspflicht, Arbeitszwang u. dgl. vor, obwohl das der nicht eben arbeitsfreudigen männlichen Bevölkerung sehr heilsam gewesen wäre, sondern beschränkte sich darauf, soweit die freiwillige Anwerbung für die Arbeiterkompagnien nicht ausreichte, die gewünschte Anzahl von Arbeitern von den einzelnen Kreisen und Städten anzufordern. Die Angeworbenen wie die Angeforderten standen als «Zivilpersonen der Armee im Felde» unter den Kriegsgesetzen und erhielten Lohn und Verpflegung.

In Albanien hatte es noch nie eine Volkszählung gegeben. Um sich die zur Sicherstellung des Unterhaltes nötigen Daten zu beschaffen, wurde bereits zwei Monate nach Beginn der Okkupation mit einer vorläufigen Zählung der Bevölkerung, des Viehs und der vorhandenen Verpflegungsvorräte begonnen, welcher dann im Jahre 1918 nach sorgfältiger Vorbereitung die erste Volkszählung in Albanien folgte mit der Aufnahme der Häuser und Haushaltungen, Feststellung von Familien- und Stammeszugehörigkeit, der Familien- und Ortsnamen; so wurde ein Kulturwerk allerersten Ranges geschaffen. Die genauen Resultate dieser Zählung erliegen in der Akademie der Wissenschaften zu Wien.

Die mit dem Stichtage vom 1. März 1918 vorgenommene Zählung umfaßte das gesamte besetzte Gebiet, doch konnten in dem zum engsten Operationsgebiete gehörigen Bezirke von Berat, der gerade im Frühjahr 1918 vorübergehend teilweise in die Hände der Italiener fiel, einige Ziffern, wie z. B. Geschlecht und Volkszugehörigkeit, nicht genau festgestellt werden.

Das Ergebnis der Zählung war folgendes:

Im Gebiete	Flächeninhalt in km ²	Bevölkerungs- dichte	Bevölkerungsanzahl
Ober-Albanien	14.015	27	379.078
Unter-Albanien	6.081	24	145.139
Gesamtgebiet	20.096	26	524.217

Die Zählung ergab vor allem, daß Albanien viel weniger dicht bevölkert war, als man gemeinhin angenommen hatte.

Denn wenn man für das von Italien besetzt gewesene Gebiet von Valona und südlich davon selbst eine Einwohnerzahl von 200.000 Seelen annimmt, was sicher viel zu hoch gegriffen ist, so käme nur eine Gesamtbevölkerung von höchstens 725.000 Menschen heraus, während bisher überall, auch in allen offiziellen Dokumenten, 800.000 bis 900.000 Einwohner angenommen worden waren.

Wie meist auf dem Balkan vor dem Kriege, so ergab sich auch in Albanien, trotz aller viele Männer verbrauchenden Unruhen und Kämpfen, ein großer Überschuß an Männern, ein Umstand, der nicht nur auf einen Überschuß an Knabengeburten, sondern auch darauf zurückzuführen war, daß die albanische Frau, wie in allen hauptsächlich von Christen bewohnten Balkanländern, die Hauptlast des Lebens zu tragen hat, ausschließlich als Arbeitsfaktor dient und obendrein schlecht behandelt wird. Der Koran will zwar von der Gleichberechtigung von Mann und Frau nichts wissen und macht den Mann offiziell zum Herrn der Frau, er lehrt aber auch: «Die Frau ist eine kostbare Blume, sei ihrer würdig und behandle sie mit Sorgfalt und Verstand.» Die Gläubigen des Korans halten sich auch darnach, nicht aber — auf dem Balkan wenigstens nicht — die Anhänger der anderen Glaubensbekenntnisse.

Zur Erhaltung der Kampfkraft der an der Front stehenden schwachen Abteilungen war das Kommunikationswesen von um so größerer Bedeutung, als sich der überlegene Gegner auch diesbezüglich in günstigeren Verhältnissen befand und sich ohne weiten Nachschub zu Lande auf eine vollkommen gesicherte kurze Nachschublinie zur See stützen konnte. Und gerade dieses Verbindungswesen lag im argen. Albanien hatte noch niemals den Pfiff einer Lokomotive gehört, die einzige Straße nach europäischen Begriffen, die auch mit Auto fahrbar war, befand sich in den Händen der Italiener; was es sonst an Wegen gab, war geradezu vorsintflutlich und in einem erbärmlichen Zustande. Auch die Landungsanlagen in den Häfen und Reeden entsprachen kaum den primitivsten Ansprüchen. Wie zu Julius Cäsars Zeiten mußte der ganze Nachschub für die Truppen und zum Teil für die Zivilbevölkerung auf Tragtiere und bestenfalls auf Ochsen- und Büffelgespanne basiert werden.

Aus diesem Grunde schon, wenn es selbst die Verwaltung nicht erheischt hätte, mußte hier Großes geschehen. Die Ver-

sorgung erfolgte auf folgenden drei Naehschublinien: 1. zur See von Fiume, 2. mittels Eisenbahn durch Bosnien in die Bocche di Cattaro, 3. mittels Eisenbahn über Belgrad—Üsküb nach Ferisovi und von hier mittels Kraftwagen, beziehungsweise per Feldbahn nach Prizren und von hier mittels Auto und Trainstaffeln nach Dzuri für Transporte in das östliche Gebiet.

Der zur Verfügung stehende Raum gestattet nicht im entferntesten ein Eingehen auf die Details der Riesenarbeit, die hier hauptsächlich durch Truppen, zum Teil auch durch Kriegsgefangene und einheimische, militärisch organisierte Arbeitskräfte, immer aber unter Leitung und nach Plänen von k. u. k. Offizieren, innerhalb von wenig mehr als zwei Jahren geleistet wurde. Mehr oder minder schon nach dem ersten Jahre der Okkupation waren Nord- und Südalbanien und die Hafenplätze an der Küste mit den wichtigsten landeinwärts gelegenen Orten durch Lokomotivfeldbahnen oder gewöhnliche und Motorrollfeldbahnen verbunden, die dem Bedarf entsprachen; 16 Eisenbahnbau-, beziehungsweise Betriebskompagnien und zwei Betriebsdetachements unter Zuteilung einer wechselnden Zahl von Baukompagnien, Kriegsgefangenen- und Zivilarbeiterkompagnien (jeweils 10 bis über 20) stellten 310 km Lokomotivfeldbahnen und über 140 km Rollbahnen mit einem Kostenaufwand von 25 bis 30 Millionen Kronen her.

Ähnlich wie mit den Bahnen verhielt es sich mit den Straßen und Wegen und den in ihrem Zuge befindlichen Brücken. Nur daß hier naturgemäß noch mehr geleistet werden mußte. Am Schlusse der Okkupation hatte das bis dahin nahezu straßenlose Land 650 km chaussierte, auch für schwerste Fuhrwerke und Lastautozüge passierbare Straßen, etwa 130 km sonstige fahrbare Wege. Außer zahlreichen Brückenherstellungen waren sieben neue große permanente Brücken gebaut worden, ungeachtet eine Menge von Stegen, ferner waren durch Molenbauten in Alessio, Durazzo, Siroka und Ruskuli die ungeschützten Reeden einigermaßen als Häfen brauchbar gemacht und für alles das 1324 Millionen Kronen investiert worden. Dazu kamen noch ein Molo und eine Landungsbrücke in S. Giovanni di Medua, ein Wellenbrecher und Molo in Podgradee am Oehrida-see, ein Durchstich und Uferschutzbauten am Arsenflusse bei Durazzo, was 400.000 Kronen erforderte.

Ebenso hatte das Land, das vorher nicht ein einziges Postamt, keine einzige Telegraphenstation und keine einzige Telegraphenleitung besaß, nun ein ganz achtbares Telegraphen- und Telephonnetz von 11 Millionen Kilometer Linien- und $3\frac{1}{2}$ Millionen Kilometer Leitungslänge, ein Flußkabel über die Bojana, Ortstelephonnetze in den wichtigsten Städten, ferner acht Etappenpostämter I. und vier solche II. Klasse.

Für Wiederherstellungen und Adaptierung von Gebäuden, dann für Neuanlagen gab die Bauabteilung 224 Millionen Kro-
nen aus, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß albanische Häuser bei aller sonstigen kulturellen Zurückgebliebenheit des Landes fast durchwegs eine verhältnismäßig feste Bauart haben und — das bringt der Charakter der Bewohner mit sich — als kleine Miniaturforts verteidigungsfähig eingerichtet sind. Die Aufwendungen nach dieser Richtung konnten also relativ mehr leisten als z. B. in Serbien.

Über die Investitionen für Licht-, Kraft- und Wasseranlagen sind keinerlei Aufzeichnungen vorhanden. Bekannt ist lediglich, daß die Militärverwaltung im Zuge der sanitären Maßnahmen das Hauptaugenmerk auf die in den Kinderschuhen steckende Kanalisation in Stadt und Land richtete. Dies war Aufgabe der Salubritätskommissionen, sofern nicht größere Kanal- und Entwässerungsarbeiten seitens der Bauaufsichten, Bauämter und der Bezirks-, Stadt- und Kreiskommandos zur Durchführung gelangten.

Die in den größeren Städten von früher her etabliert gewesenen Elektrizitätsanlagen wurden verbessert, modernisiert und, soweit sie nicht betriebsfähig waren, in Betrieb gesetzt. Die verschiedenen Reservebestandteile lieferte das Hinterland. Die zahlreich im Lande vorhandenen Wasserkräfte wurden nach Möglichkeit ausgenützt, indem Sägewerke und Mühlen teils verbessert, teils neu hergerichtet wurden.

Der Land- und Forstwirtschaft kam natürlich auch in Albanien besondere Bedeutung zu. War es auch nach der ganzen Lage der Dinge unmöglich, sich mit ihr so eingehend und entscheidend zu befassen wie in Serbien, so wurde ihr doch alle mögliche Sorgfalt zugewendet. Auch hier wurden Wirtschaftsämter eingeführt, Fischereibetriebe und eine Obstverwertungsanlage eingerichtet, Salinenanlagen verbessert und ein Sägewerk instand gesetzt, was einen Kostenaufwand von fast 300.000 Kro-

nen erforderte, wozu noch die eingeführten Ackerbaugeräte im Werte von $1\frac{1}{2}$ Millionen Kronen kamen.

Ferner wurde der Anbau aller kultivierten Flächen wiederholt und eindringlich befohlen, so zur Förderung des Herbstanbaues, zum teilweisen Zwangsanbau, zur Bebauung unbenützt stehender Felder durch die Truppen und zum Anbau durch die Zivilbevölkerung; der Kartoffelanbau wurde geregelt, der Gemüseanbau weitgehend gefördert. Auch die Abgabe von Saatgut wurde alljährlich geregelt und dessen Heranziehung zur Fütterung verboten. Dem Tabakanbau wurde, als einem der wenigen überproduktiven Zweige, besonderer Wert zugemessen und auch der Anbau von Baumwolle und der Kapokpflanze eingebürgert und geregelt, weiters der Rizinus- und Sonnenblumenanbau eingeführt. Die unglaublich primitiven landwirtschaftlichen Geräte und Werkzeuge wurden nach Möglichkeit durch moderne ersetzt und für die Erzeugung von Stall- und Kompostdünger bei den Truppen gesorgt.

Die Förderung der Obstbaumkulturen und die Pflanzung von Obstbäumen wurde vielfach angeregt, deren Pflege und Reinigung angeordnet; weiters schuf man Musteranlagen von Obst-, Wein- und Gemüsegärten, berief Wanderlehrer für Obst-, Wein- und Gartenbau und gab Direktiven über die Bekämpfung der Schildlaus des Maulbeerbaumes aus. Auch bezüglich der Weinkultur, der Pflege der Olivenbäume und für die Oliven-ernte wurden wiederholt Weisungen erteilt. Anleitungen zur Verbesserung der Rinderrassen, Errichtung von Schafwirtschaften und Käsereien in günstigen Landesteilen, Einführung der Bienenzucht, Förderung und Hebung der Seidenraupenzucht und Seidenabspinnereien sollten Land und Leuten zu besseren Lebensbedingungen verhelfen. Schonung und Erhaltung der Wälder wurde angeregt und eine waldbaulich geregelte Holz-entnahme eingeführt. Auch eine Anleitung zur Meilerverkohlung wurde herausgegeben.

Da im Lande nur wenige rationell betriebene Mühlen vorhanden waren, wurden Motormühlen bestellt, wozu in der letzten Zeit der Besetzung tatsächlich aus der Monarchie erstklassige Fabrikate importiert wurden, die bei den Mühlenbesitzern vollen Anklang fanden. Der Mahlverkehr wurde im ganzen Lande geregelt.

Schließlich wurde in Tirana eine Seifenfabrik errichtet, in

Skutari eine Tabaktrocknungsanlage mit einem Kostenaufwande von 31.500 Kronen; in Berat, Fjeri und Elbassan kamen kleine Eisenerzeugungsanlagen zur Herstellung. Zur Ausfuhr ließ man Schildkröten (für das Hinterland 1917 etwa 50.000 Stück), Besenstrauch, Brennesseln, Edelkastanien, Mohnsamen, Brugerholz (Wurzelstöcke der *Erica arborea*) und wilde Ziehorie sammeln.

Daß in einem Lande wie Albanien von einem Jagd- und Fischereischutz nach europäischen Begriffen nicht entfernt die Rede war, ist wohl selbstverständlich. Zu diesem Zwecke wurden folgende Maßregeln getroffen: Einführung des Jagdrechtcs durch Erlassung von Schutzmaßregeln gegen Ausrottung von Edelreihern, Ausstellung von Jagdkarten, Verbot der Jagd mit unerlaubten Jagdmitteln, Bezeichnung von Jagdgründen, Einführung von Schonzeiten, Aufstellung von Jagdkommandos am Skutarisee, Wiederinkraftsetzung des türkischen Fischereireglements, Organisation der Fischerei am Skutarisee, Ausgabe von Fischerkarten und Schutzmaßnahmen in den Fischgewässern.

Durch diese Maßregeln auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiete wurde schließlich erreicht, daß trotz der ungünstigen Ernten in den Jahren 1916 und 1917 das Land sich mit Hilfe eines jährlichen Zusehusses von 300 Waggon Mais selbst erhielt und die Truppen mit Fleisch und Holz zu 50%, mit Öl und Tabak vollständig aus dem Lande versorgt werden konnten, während die letzteren beiden Artikel, soweit es die Transportmittel erlaubten, sogar ausgeführt wurden.

Auf dem Gebiete des Bergbaues wurden folgende Maßnahmen getroffen: Heranziehung von geologisch-montanistischen Kommissionen zur Erforschung des albanischen Bodens und zur Hebung des bestehenden Bergbaues sowie diverse Forschungen nach Montanprodukten mit der «Wünschelrute» im ganzen Lande.

Seitens der Militärverwaltung wurden im Lande Albanien folgende Montanprodukte aufgebracht:

Kohle am Krabepaß (Bezirk Tirana); Asphalt in Pathosa, Mudiriet Gjakran, Berat; Chromerz im Bezirke Puka; Kupfer am Cerpikuberge bei Mazreku, Skutari; Eisenerze bei Brod, Bezirk Dzuri, und in der Matja; Goldsand im Drinflusse; Schwefelquellen im Bezirke Kruja; Mineralsalzquellen im Kreise Kavaja.

Außerdem wurden die Salinenanlagen von Kavaja und Durazzo durch Anlage von Mustersalinen und Verbesserung der bestehenden Anlagen wesentlich gehoben.

Durch die von der Militärverwaltung durchgeführte Unterweisung der im Bergbau beschäftigten Albaner, durch Heranziehung von Fachmännern auf dem Gebiete des Montanwesens, dann durch diverse Verbesserungen und Neuerungen beim Bergbau, erhöhte sich die Ergiebigkeit um ein Bedeutes.

Daß in einem so unmittelbaren Kriegsgebiete, das allen Wechselfällen der militärischen Lage unvermittelt ausgesetzt war, von einem normalen Handelsverkehr nicht die Rede sein konnte, ist wohl selbstverständlich. Die Einfuhrware fungierte vielfach als Tauschartikel zur Rohstoffaufbringung, deren Ergebnis 1430 t Wolle, Hadern und Wollabfälle, 1,170.207 St. Häute und Felle, darunter viele Edelfelle (Edel- und Steinmarder) und 365 t Knochen, Klauen, Hörner, Sehnen und Därme waren.

Ein ganz besonderes Betätigungsfeld kam im klassischen Seuchen- und Fieberlande Albanien dem Sanitätsdienst und der Pflege der Volkswohlfahrt zu.

In der Hauptsache gelangten folgende sanitäre Maßnahmen zur Durchführung:

1. Normierung von Gemeindeärzten (in den Städten) und von Kreis- und Bezirksärzten;

2. Evidentführung der einheimischen Apotheken und Ärzte und die Errichtung von Sanitätsanstalten;

3. Abhaltung eines dreimonatigen Fortbildungskurses für albanische Zivilärzte in Skutari;

4. Errichtung von Albaner-Krankenabteilungen bei den Sanitätsanstalten;

5. Schaffung eines «Landeskrankenhausfonds», dem sämtliche Geldstrafen und Geldkontributionen zuflossen;

6. Vorsorgen zur Verhütung von Infektionskrankheiten;

7. Regelung des Wirkungskreises und der Obliegenheiten der einheimischen Zivilärzte;

8. Regelung der Prostitutionsfrage, Errichtung abgesonderter Abteilungen für Geschlechtskranke;

9. bei schweren Erkrankungen: Aufnahme von Albanern in einem Spital im Bereiche der Monarchie.

Die Kosten der zur Durchführung aller dieser Maßnahmen erforderlichen Neuanlagen, die einen dauernden Wert repräsentierten, betrugen 2,862.700 Kronen.

Die Maßnahmen für die Volkswohlfahrt waren — ähnlich wie in Serbien und Montenegro — die Ausbezahlungen der Staatspensionen und Unterstützungen, dann Verpflegsaushilfen für die Zivilbevölkerung und verschiedene sonstige Vorsorgen.

In den Monaten Februar bis Juli 1916 wurden monatlich zirka 100 Waggon, ab August 1916 nur mehr 36 Waggon Kukuruz eingeführt. Insgesamt wurden daher zirka 636 Waggon Kukuruz zur Versorgung der albanischen Bevölkerung importiert.

Weitere Maßnahmen waren noch: Einführung von Notstandsaktionen in Tirana für die Armen Südalbanien und Auszahlung von Unterstützungen aus Landes- und Gemeindegeldern an die arbeitsunfähigen Personen. Schließlich wurde auch eine Unterstützungsaktion für arme Schulkinder und deren Eltern ins Leben gerufen. Die Mittel hiezu wurden durch die Widmung von Kurbanfellen seitens der mohammedanischen Bevölkerung hereingebracht. Für die Armen von Berat wurden eigene Sammlungen veranstaltet. In den größeren Städten, wie Tirana, Elbassan und Berat, wurden Waisenhäuser errichtet und aus Landesmitteln subventioniert.

Der Anlage und der Verbesserung von Friedhofsanlagen — etwas dort vielfach Unbekanntes — wandte man auch in Albanien alle Sorgfalt zu. Auch gelang es, die ansteckenden Krankheiten, besonders das Fleckfieber, Typhus, Blattern, Ruhr und Cholera, wirksam zu bekämpfen, obwohl der Charakter des Volkes dies hier noch mehr erschwerte. Besonders die Isolierung an ansteckenden Krankheiten Erkrankter war vielfach schwer und kostete den Ärzten und den Behörden manchen harten Kampf gegen Sitte und Überlieferung.

Nur die größte Landplage, die Malaria tertiana, die sich im Sommer oft genug zur Malaria tropica entwickelt, konnte wohl bekämpft, in ihren Erscheinungen und Folgen gemildert, die Zahl der Erkrankungsfälle schließlich um 30% vermindert werden; zu unterdrücken aber vermochte man sie nicht, trotz Einteilung des ganzen Landes in «Malariainspektorate», Schaffung zahlreicher Malerialaboratorien, personellen und gebäudlichen Mückenschutzes u. dgl. Im Hinterlande mußten vielfach

Malariaspitäler, Malariarekonvaleszentenheime errichtet werden, um die Kranken aus Albanien aufzunehmen — und sie nach ihrer Genesung wieder der Fieberfront zuzuführen. Das mag grausam erscheinen, war aber durchaus vernünftig. Die Malaria, rechtzeitig und richtig behandelt, ist nicht tödlich. Wer einmal an ihr erkrankt gewesen ist, ist zwar gegen sie nicht immun, aber er kennt das heimliche schleichende Übel schon, weiß ihm zu begegnen. Auch die Folgeübel, rechtzeitig erkannt, sind nicht gefährlich, besonders nicht in der malariefreien Heimat. Ein Wechsel der Offiziere und Soldaten hätte zur Folge gehabt, daß bald die ganze Armee an Malaria erkrankt und ständig zwischen Albanien und der Heimat hin und her gependelt wäre; so waren es etwa 250.000 bis 300.000 Menschen, die allerdings auch heute noch an den Folgen dieses Übels zu leiden haben. Ich darf das sagen ohne grausam zu erscheinen, denn ich gehöre auch zu den 250.000 oder mehr Erkrankten, wenn ich mir die Malaria auch nicht gerade in Albanien geholt habe.

Auch im Unterrichts- und Kultuswesen wurde das äußerste geleistet, um womöglich Bleibendes zu schaffen und die albanische Bevölkerung dadurch der Monarchie zu verbinden. Lag doch auch hierin alles sehr im argen. Ob das Ziel, die Albaner sich dadurch zu verpflichten, bei deren Mentalität erreicht wurde, bleibe dahingestellt; aber jedenfalls wurde in diesen Angelegenheiten in den 2½ Jahren der Okkupation mehr getan als in Jahrzehnten, vielleicht in Jahrhunderten vorher geschehen war.

Man errichtete eine Unterrichtslandesdirektion in Skutari, drei Unterrichtsbezirksdirektionen und stellte Bezirksschulinspektorate auf. Die Errichtung von dreiklassigen Schulen in den Dörfern und fünf- bis sechsklassigen Schulen in den Städten, von Mädchen- und von gemischten Schulen, die Gründung zweier Normalschulen (Lehrerbildungskurse), Schaffung von Ferienkursen und Anordnung von periodischen Prüfungen vor Kommissionen, die Förderung des Religionsunterrichtes, Einführung der allgemeinen Schulpflicht, Bildung von Ortsschulräten, Herstellung von modernen Schulbüchern und von albanischen Schulkarten, die Heranziehung von Militärärzten zur Handhabung der Schulhygiene, die Stiftung von Stipendien für die Frequenzen der Lehrerbildungskurse, die Eröffnung von je einer ein- bis zweiklassigen Handelsschule mit deutscher Unterrichts-

sprache in Skutari und Tirana, ferner die Gründung von Knabenhorten waren die wichtigsten Maßnahmen.

Die Anzahl der Schulen betrug im Schuljahre 1917/18 189, darunter 15 gemischte und 6 Mädchenschulen. Weiters bestanden Bürgersehulen in Skutari, Elbassan und in Berat sowie Lehrerbildungskurse in Skutari und Elbassan. An allen diesen Schulen waren 241 männliche und 18 weibliche Lehrkräfte tätig.

Um dem Land in absehbarer Zeit Angehörige höherer Berufe zu sichern, wurde eine Anzahl albanischer Knaben und Mädchen zu Studienzwecken auf Landeskosten in die Monarchie entsendet.

Schon im August 1916 wurde die Wiederherstellung der im Laufe der letzten Jahre durch die Kriegseignisse beschädigten Kultusobjekte beschlossen. Die Vezir-Mustapha-Pascha-Moschee und die dazugehörige Medresse, die Hadži-Bajram-Moschee und die Kara-Hasanbeg-Moschee wurden mit einem Aufwande von 40.000 bis 50.000 Kronen hergestellt. Die Restaurierung der katholischen Pfarrkirchen förderten Erleichterungen in der Materialbeschaffung, Beistellung von Arbeitskräften und endlich Zahlung der Baukosten aus Landesmitteln. Für die Herstellung der beschädigten griechisch-orthodoxen Kirche in Skutari wurden 3100 Kronen aus Landesmitteln bewilligt.

Endlich müssen hier noch folgende Maßnahmen kultureller Art für Albanien aufgezählt werden:

Bildung einer albanisch-literarischen Kommission in Skutari (Orthographie, Terminologie, Grammatik der Schriftsprache) und Herausgabe einer periodischen Zeitschrift «Literarische Mitteilungen der albanischen Literaturkommission». Von Mitte Mai bis Oktober 1916 fand eine von der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien veranstaltete geologische und botanische Forschungsreise statt, die im September 1917 wiederholt wurde. Von der gleichen Stelle wurde auch eine kunstgeschichtlich-ethnographische und eine archäologisch-linguistische Forschungsreise durch Albanien veranlaßt. Eine zweite ethnographische Forschungsreise wurde im August bis September 1917 für das Naturhistorische Hofmuseum in Wien durch Regierungsrat Franz Heger in der Miridita unternommen. Eine weitere Forschungsreise der kaiserlichen Akademie fand in Nordalbanien 1918 statt. Im September und Oktober 1916 wurde von der königlich ungarischen Akademie der Wissenschaften eine

geographisch-geologische Studienreise durch Nordalbanien veranstaltet. Sprachwissenschaftliche Reisen wurden des öfteren von der albanisch-literarischen Kommission organisiert. Zum Schutze der im Lande zerstreuten mannigfachen Reste griechischer und römischer Kultur und der sonstigen Altertümer wurden provisorische Schutzmaßregeln angeordnet und in Evidenz geführt.

Indessen arbeiteten Künstler und Gelehrte verschiedener Fächer an der Erforschung des Landes, nicht nur im Etappenraum, sondern auch an der Front und stellenweise selbst zwischen den Fronten. Die teilweise Ausgrabung der in vorderster Linie gelegenen antiken Städte Apollonia und Byllis, die Aufdeckung zahlreicher anderer antiker Siedlungen, Straßen und Brücken, verbunden mit einer großzügigen Bergungsaktion gefährdeter Denkmäler, dann weitgehende zoologische, botanische, geologische und ethnographische Studien waren die erfreulichen Ergebnisse dieser unter dem Schutze der Waffen geleisteten Kulturarbeit.

Die Finanzverwaltung des besetzten Gebietes Albaniens, soweit sie nicht mit den Truppen und ihren Anlagen und Anstalten im Zusammenhange stand, also nur die eigentliche Verwaltung des Landes betraf, wurde in allgemeiner Anlehnung an die frühere türkische Organisation geführt.

Die selbständige Gebahrung der Landeseinnahmen wurde am 25. Juli 1916 aufgenommen. Jedes Finanzamt fungierte gleichzeitig als Finanzkasse und hatte alle Zahlungen und Geldempfänge für die gesamte Verwaltung seines Sprengels zu vermitteln. Bei der Finanzlandesdirektion in Skutari bestand als Kassenzentrale eine Finanzlandeskasse. Die Landeseinnahmen setzten sich aus folgenden Gruppen zusammen: direkte Steuern, indirekte Abgaben und Gebühren, Erlös aus Staatsgütern, sonstige Einnahmen (wie Verzugszinsen, Kontokorrentzinsen, Strafgelder usw.).

Die Haupteinnahmequellen des Landes bildeten die hauptsächlich im Wege der Verpachtung vergebene Zehentsteuer (Dîmes, 10 % des Bruttoertrages von Grund und Boden), die Viehsteuer (Xhelep, 70 Heller für jedes Stück Kleinvieh), die Realsteuer (Vergu) und die Temettu- oder Patent-Einkommensteuer. Der Zoll betrug 12 % des Schätzungswertes der Ware bei der Einfuhr und 2 % bei der Ausfuhr.

Der Beamtenapparat dieser für das kleine, dünn bevölkerte Land recht umfangreichen Finanzorganisation war etwa dreimal so groß als jener des Finanzwesens Serbiens und setzte sich zum weitaus größten Teil aus Einheimischen zusammen. Ob es der Finanzlandesdirektion gelungen ist, ein aktives Budget herzustellen, konnte ich nicht erheben — es ist uns kein solches erhalten geblieben. Bei dem Umstande, daß der größte Teil der für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes wichtigsten Ausgaben vom österreichisch-ungarischen Mobilisierungskredit großmütigerweise abgenommen worden war, sollte ihr das eigentlich gelungen sein. Da aber das Exposé des Sektionschefs Hanausek der Quartiermeisterabteilung des österreichisch-ungarischen Armee-Oberkommandos für die österreichisch-ungarischen Delegationen im Jahre 1918 Albanien nicht zu den aktiven besetzten Gebieten zählt, sondern Serbien als einziges solches anführt, scheint es doch nicht der Fall gewesen zu sein.

Beim Rückzuge der montenegrinischen und serbischen Truppen blieb viel Papiergeld im Lande. Da die montenegrinischen Perpernoten anfänglich als wertlos erklärt worden waren und dann seit Juni 1916 ebenso wie die Dinarnoten doch mit ihrem halben Nennwert angenommen wurden, sahen sich die Albaner geschädigt und übertrugen ihr Mißtrauen gegen Papiergeld auch auf unsere Banknoten, die allerdings in großen Mengen das Land überschwemmten. Infolge dieser Inflation entstand ein sehr beträchtliches Disagio unserer Noten (in Südalbanien bis zu 70 %). Die Goldmünzen stiegen enorm im Werte. Für einen Napoleondor wurden 90 anstatt 20 Kronen und für eine türkische Medschidie (Silbermünze) 11 anstatt 350 Kronen gezahlt. Die Freischaren Albaniens mußten in Silber entlohnt werden. Allmonatlich kam daher rund eine Viertelmillion Silbermünzen nach Albanien, die gänzlich aus dem Zahlungsverkehr verschwanden. Die Unmöglichkeit, genügende Mengen Silber zur Verfügung zu stellen und die dringende Notwendigkeit der Aufbringung von Rohstoffen führte zum Tauschverkehr. Hiedurch wurde der weitere Zufluß unserer Banknoten in Albanien allerdings etwas eingeschränkt, deren Umlaufmenge jedoch selbst nicht verringert. Der Tauschhandel hatte aber verschiedene Nachteile. Er erschwerte die Preisermittlung, verteuerte die Beschaffung und verdrängte systematisch unsere Valuta, die den Bewohnern immer wertloser erschien. Die

Vermittlung des Warentausches durch einheimische Händler führte auch zu wucherischer Ausbeutung der Bevölkerung und war politisch bedenklich. Der Notenumlauf in Albanien betrug schätzungsweise rund 60 Millionen Kronen.

Mehr als die Geschichte irgendeines anderen europäischen Landes ist jene Albaniens mit Blut geschrieben. Eben darum zählen dort die Werke des Friedens, der Kultur und der Zivilisation, die der k. u. k. Soldat mitten im heißen Ringen des Weltkrieges in diesem unwirtlichen, fieberglühenden Lande vollbracht, doppelt und dreifach. Und mag auch mancher beutegierige Albaner in den Tagen der Räumung zu seinem sorgfältig verborgen gehaltenen Gewehr gegriffen haben, um nach landesüblicher Art etwas von dem Besitz seiner bisherigen Befreier, Helfer und Schützer zu «erwerben», so erzählen sie sich doch heute noch mit einer Art Wehmut von der Zeit, wo die österreichisch-ungarischen Soldaten im Lande gewesen, dort Straßen, Eisenbahnen, Kirchen und Schulen gebaut, Urwälder gerodet und unfruchtbaren Boden urbar gemacht, Seidenraupenzucht und Baumwollanbau gelehrt und mitten im blutigsten Kriege eine zweieinhalbjährige Bessa erzwungen hatten.

Und daß ihnen dies letztere gelungen, was alle Paschas des Großherrs von Stambul und ihre Krieger in fünf Jahrhunderten nicht vermocht hatten, das hat von allen Werken des Friedens unserer Soldaten dem wilden Bergvolk am meisten imponiert.

DER ANTEIL ÖSTERREICH-UNGARNS AN DER MILITÄRVERWALTUNG IN RUMÄNIEN 1917—1918.

Von

Generalkonsul Felix Sobotka,

vormals eingeteilt beim Wirtschaftsstab in Rumänien.

Am 6. Dezember 1916, etwa 100 Tage nach der Kriegserklärung Rumäniens an die Monarchie, wurden Bukarest und die Walachei durch die Zentralmächte besetzt. Im Oktober und November hatten in Berlin und Wien zwischen Regierungsstellen und Heeresleitung unter Zuziehung von Fachleuten Besprechungen über die Durchführung der Verwaltung und über die wirtschaftspolitische Auswertung stattgefunden. Die Walachei wurde unter gewissen Einschränkungen zugunsten Bulgariens und der Türkei Deutschland und der Monarchie überlassen. Die Dobrudscha fiel der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Türkei und Bulgarien anheim. Es wurden Verteilungsschlüssel für die Mengen ausführbarer Produkte für die einzelnen Besatzungsmächte festgesetzt, die Verrechnung der Waren der Berliner Zentral-Einkaufsgenossenschaft übertragen. Die Frage, welche Ware requiriert und welche gekauft werden sollte, blieb offen; sie sollte durch die Praxis gelöst werden.

Für die Zahlungen der Verwaltung, für den Bezug von Waren sowie überhaupt für die Bedürfnisse des Verkehrs sollte ein eigenes Zahlungsmittel geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurde der Banca Generala Romana in Bukarest, einer Gründung der Berliner Diskonto-Gesellschaft, eine Notenstelle in Dresden angegliedert und dieser das Privileg erteilt, Papier-Lei in Umlauf zu setzen. Die Ausgabe der Banknoten sollte nur auf Anforderung der Besatzungsbehörden geschehen. Dabei waren deutscherseits als Deckung der angeforderten Beträge 80 Pf. für jeden Banca-Generalalei bei der deutschen Reichsbank auf Konto der Banca-Generalalei-Noten-Ausgabestelle anzuweisen, während österreichisch-ungarischerseits 120 Heller = 80 Pf. bei

der Reichsbank zu erlegen waren. Der österreichisch-ungarische Erlag war jedoch insofern kein definitiver, als er im Falle des Sinkens des Kurses der Krone im Verhältnis zur Mark zu ergänzen war.

Die perzentuelle Anteilnahme der vier Zentralmächte an dem aus der Ausbeutung entstehenden Wertgewinn aus der Petroleumproduktion und aus dem staatlichen Ölterrainbesitz, ebenso die Frage der Kriegs- und Requisitionsentschädigungen blieb späterer Verhandlung vorbehalten.

Die militärische Verwaltung sollte einheitlich deutsch, die wirtschaftliche Ausnützung gemeinsam sein. Dem Höchstkommmandierenden, GFM. von Mackensen, wurde ein Militärgouverneur, General Tülf von Tsehepe, mit militärischem Stab beigegeben. Für die wirtschaftlichen Angelegenheiten wurde ein Wirtschaftsstab geschaffen und dieser gleichmäßig mit österreichisch-ungarischen und deutschen Beamten besetzt.

Dem Militärgouverneur angeschlossen und unterstellt war je ein Bevollmächtigter der verbündeten Staaten mit seinem Stab. Österreich-Ungarn betraute, nachdem Oberst von Ziller, dem diese Aufgabe anfangs zufiel, abgegangen war, GM. Karl von Sandler mit dieser Aufgabe. Der Stab des Bevollmächtigten bestand aus einer Reihe militärischer und vor allem ziviler, im Militärdienst tätiger Fachleute.

Unabhängig hievon entsandte das k. u. k. Ministerium des Äußern einen Vertreter und richtete ein österreichisch-ungarisches Kommissariat ein, das als österreichisch-ungarische Auskunftsstelle später dem k. u. k. Bevollmächtigten unterstellt wurde und an verschiedenen Hauptplätzen des besetzten Gebietes Konsularvertreter ernannte.

Die österreichische Regierung ernannte ferner eine mit der Aufgabe der Berichterstattung an die Regierung und der Beratung des Bevollmächtigten betraute k. k. Regierungsmission, welchem Beispiel kurz nachher die ungarische Regierung folgte. Die beiden Regierungsmissionen wurden bei Abschluß des Bukarester Friedens in eine gemeinsame k. u. k. Mission zusammengezogen, die dem diplomatischen Vertreter der Monarchie zugeteilt werden sollte und mit deren Leitung als Generalkommissär für die wirtschaftlichen Angelegenheiten in Rumänien der bisherige Leiter der österreichischen Regierungsmission betraut wurde.

Die Landesverwaltung blieb anfangs in den Händen der Etappenkommandanten. Für Bukarest wurde ein deutsches Stadtgouvernement eingesetzt. Erst Februar 1917 wurde eine eigene Landesverwaltung eingerichtet und wurden die bisher ausgeschalteten rumänischen Behörden wieder zugezogen.

Auf Vorschlag des früheren rumänischen Ministerpräsidenten Peter Carp wurde das Land von der Militärverwaltung in drei Etappen-Inspektionsbezirke mit von Nord gegen Süd verlaufenden Grenzen gegliedert und die bisher bestandene rumänische Kreiseinteilung fallen gelassen. In Bukarest wurde mit Hilfe rumänischer Behörden die Polizei reorganisiert.

Die von den rumänischen Beamten herbeigeführte Unbrauchbarkeit der Lokomotiven, das infolge starker Ausnützung durch Truppentransporte mangelhaft gewordene Waggonmaterial, die durch ungeheure Schneestürme verursachten Störungen im Bahn-, Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr, machten in den ersten Monaten jede Betätigung der Auswertungsorganisation unmöglich.

Um die Landesverwaltung wieder in Gang zu bringen und sie auf geordnete Grundlagen zu stellen, wurde im März 1917 ein Verwaltungstab unter der Leitung des geheimen Regierungsrates Baron Welser, später des bayrischen Ministerialrates Decker errichtet. Der Verwaltungstab hatte die oberste Leitung aller Verwaltungszweige und bediente sich zur Durchführung seiner Anordnungen der Landesbehörden, die er wieder aktivierte; so wurden die rumänischen Ministerien der Domänen, für Finanzen, Inneres, Kultus und Unterricht, die Präfekturen und Unterpräfekturen wieder errichtet; die Einteilung in drei Etappen-Inspektionsbezirke wurde aufgehoben und je drei bis vier Etappenbezirke zu Distriktskommandos zusammengefaßt.

Die Tätigkeit des Verwaltungstabes war sehr ersprießlich und erfolgreich. Die Internierung von Zivilpersonen, die anfangs hauptsächlich infolge rumänischer Angeberei streng und umfangreich war, wurde zum größten Teil auf Eingreifen der österreichisch-ungarischen Stellen gemildert und eingeschränkt. Der Reiseverkehr wurde allmählich auch der Zivilbevölkerung ermöglicht. Das Kirchen- und Schulwesen wurde wieder hergestellt, ein Budget verfaßt und der Staatshaushalt wieder auf rechtliche Grundlage gestellt.

Für die Rechtsstreitigkeiten zwischen Angehörigen der verbündeten Mächte und Inländern wurden deutsche Gerichte eingesetzt. Im übrigen nahmen die heimischen Gerichte wieder ihre Tätigkeit auf. Falls der Angehörige einer verbündeten Macht als Kläger das rumänische Gericht gegen einen Inländer anrief, sollte das heimische Gericht zuständig bleiben, doch hatte die Militärverwaltung die Befugnis, einen Gerichtskommissär zu entsenden, der der Verhandlung und der Beratung beiwohnen und Urteile zu sistieren berechtigt sein sollte. Gegen die vorbehaltene Befugnis regte sich ein großer Unwillen namentlich unter den heimischen Richtern, die mit der Niederlegung ihrer Ämter drohten. Auf nachdrückliche Vorstellung von österreichisch-ungarischer Seite sicherte die deutsche Militärverwaltung zu, daß sie von dieser Befugnis nicht Gebrauch machen werde.

Den Banken wurde durch Regelung des Geld- und Kreditwesens die Arbeit ermöglicht, Darlehenskassen wurden errichtet, die Volksbanken wieder belebt. Die rumänischen Moratoriumbestimmungen wurden allmählich aufgehoben, die feindlichen Banken und Industrien unter militärische Zwangsverwaltung gestellt.

Bei Beginn der Besetzung waren die Vertreter der rumänischen Banken unter Mitnahme der Bar- und Effektenbestände geflüchtet; auch die reichen Teile der Bevölkerung waren mit ihren Mitteln nach der Moldau gezogen. Die rumänische Bevölkerung im besetzten Gebiete befürchtete die Entwertung des rumänischen Geldes und suchte es in Mark und Kronen umzusetzen. Die Mark stieg in wenigen Wochen auf 145, die Krone auf 108. Die Festsetzung des Wechselkurses 80 Mark = 100 Lei machte dem ein Ende, brachte große Verluste für die Bevölkerung, drückte aber auch in zweckwidriger Weise den Wert der Valuten der Besatzungsmächte herab. Der Mangel an Zahlungsmitteln störte empfindlich.

Gegenüber dem Kurse der Banca-Generalanoten von 80 Mark = 100 Lei wurde der alte Lei nach militärischer Verordnung mit 75 Mark bewertet. Im allgemeinen Verkehr galten aber beide Noten gleich, wodurch eine sonderbare Agio-Diskrepanz entstand. Hingegen wurde ein Lei-Kronenkurs nicht festgesetzt; dieser sollte sich nach dem Berliner Kronenkurs richten, schwankte aber nach der Lage des lokalen Marktes. Die neuen Leinoten, denen das Einlösungsversprechen fehlte, fanden nir-

gends Vertrauen, wiewohl sie unter militärischem Zwang in Zahlung genommen wurden.

Bei der Landesverwaltung, deren umsichtiger Leitung viel zu danken war, wurde von österreichisch-ungarischer Seite lediglich je ein Vertreter in die Landes-Finanzverwaltung sowie in die Zwangsverwaltung der Nationalbank eingestellt. Im übrigen war die Organisation des Verwaltungsstabes rein deutsch. Die von österreichisch-ungarischer Seite gewünschte Entsendung österreichisch-ungarischer Delegierter zum Chef des Verwaltungsstabes, zu den Abteilungen der Landesfinanzen, des Kreditwesens, der Bankaufsicht und zu den Ministerien wurde von deutscher Seite abgelehnt. Dies war um so bedauerlicher, als durch die bedeutend intimere Kenntnis des Landes und der Sprache und die auf den Verkehr mit dem Balkan besser eingestellte Mentalität der österreichischen Organe viele Mißstände hätten vermieden, viele Gegensätze hätten ausgeglichen werden können.

Ebenso wurde die österreichisch-ungarische Forderung nach paritätischer Besetzung der deutschen Gerichtshöfe Bukarest und Crajova von deutscher Seite abgelehnt, jedoch die Entsendung eines österreichisch-ungarischen Gerichtsdelegierten in die deutschen Gerichte für die Fälle, an denen österreichisch-ungarische Interessen beteiligt waren, in Aussicht gestellt.

Die staatliche Stempelfabrik wurde wieder in Gang gesetzt. Der Landes-Postverkehr wurde im Juni 1917 aufgenommen: für Nachrichten aus Rumänien an Angehörige, die in den Zentralstaaten lebten, für solche im Geschäftsverkehre zwischen Rumänien und den Zentralstaaten, an denen diese ein Interesse hatten, für den dienstlichen Verkehr innerhalb des besetzten Gebietes seitens der rumänischen Behörden und innerhalb Rumäniens für den Nachrichtenverkehr der Bevölkerung in ganz dringlichen Familien- oder Geschäftsfällen. Als Wertzeichen wurden die deutschen Reichsmarken mit dem Überdruck M. V. R. bestimmt.

Zur Deckung der Auslagen für Gehalte der im Lande zurückgebliebenen Beamtenschaft und für die Deckung der Kosten der Landesverwaltung wurde, da die gesetzmäßigen Steuern und Einnahmen und die Einkünfte aus den Staatsdomänen nicht entfernt ausreichten, dem Okkupationsgebiet eine Kontribution von 250 Millionen Lei auferlegt. Die einzelnen

Distrikte hatten die Kontribution im Wege einer Anleihe bei der rumänischen Nationalbank aufzubringen. Die Nationalbank beschaffte gemäß einem mit ihren Zwangsverwaltern geschlossenen Übereinkommen auf Grund der ihr überreichten Schuldobligationen der Distrikte die für die Deckung erforderlichen Geldbeträge durch Überweisung ihres Markguthabens bei der Reichsbank in Berlin auf das Konto der Banca-Generalanotenausgabestelle, die ihrerseits der Nationalbank den Gegenwert dieser Markbestände in Banca-Generalaleinoten ausbezahlte.

Um den Umtausch der vielen im Umlauf befindlichen Geldsorten zu ermöglichen und den Geldverkehr zu überwachen, wurden ein Hauptwechselamt in Bukarest und Wechselstuben und Wechselkassen an verschiedensten Orten und Bahnhöfen eingerichtet, die namentlich das Staatsgeld der verbündeten Mächte gegen Leinoten, den Heeresangehörigen überschüssige Lei gegen heimische Valuten einzuwechseln hatten. Die Wechselstuben waren militärisch organisiert und hatten sich nach den Kursen des Hauptwechselamtes zu richten. Die Besetzung der Wechselstuben war teils paritätisch, teils rein deutsch oder rein österreichisch-ungarisch.

Die Auswertung des Landes hatte der Wirtschaftsstab zu besorgen. Er war dem Generalgouverneur unterstellt und paritätisch besetzt. Der österreichisch-ungarische Bevollmächtigte galt als oberste Instanz für die österreichisch-ungarische Besetzung, die unmittelbar unter dem Kommando des Obersten von Kontz, eines Ungarn, stand, dem die Regierungsmissionen beratend zur Seite standen. Der Wirtschaftsstab war in drei Sektionen geteilt, und zwar in je eine deutsche und österreichisch-ungarische Zentralabteilung, an der Spitze jeder Sektion ein deutscher und ein österreichisch-ungarischer Sektionsleiter, an der Spitze jeder Abteilung zwei paritätische Abteilungsleiter.

Abteilung I: Nahrungs- und Futtermittel: besorgte die Aufnahme und den Abtransport aller Nahrungs- und Futtermittel bis zur Verladestelle, die Überwachung des Mahlverkehrs, Aufbringung von Ölen, Fetten, Eiern, Tabak, Obst usw.

Abteilung II: Landwirtschaft: besorgte die Bestellung des Landes, Beschaffung von Samen, die Viehzucht, die Verwaltung von Staats- und Krongütern, Privatgütern, Brauereien und Brennereien, die Dispositionen über landwirtschaftliche Maschinen.

Abteilung III: Versand: besorgte die Transporte auf Bahnen und Donau und deren Evidenthaltung bis zur Grenze.

Abteilung IV: Kriegsrohstoffe: besorgte die Aufbringung von Textilrohstoffen und Produkten, von Häuten, Leder, Gerbstoffen, Metallen usw. sowie von allen Produkten einschlägiger Industrien und deren Versand.

Abteilung V: Statistik und Ausgleich: leitete die Verteilungsstellen an den Grenzen und die Zuteilung an die Mächte nach den vereinbarten Verteilungsschlüsseln.

Abteilung VI: Mineralöle: leitete die Instandsetzung und Weiterführung der Rohölbetriebe, Raffinerien, die Ölerzeugung, die Neubohrungen und die Ölausfuhr.

Abteilung VII: Holzverwertung: hatte die Leitung aller holzverarbeitenden Werke.

Abteilung VIII: Forstwesen und Jagd: hatte die Verwaltung der Staats-, Kron-, Gemeinde- und Verwaltungsförste, Holzherzeugung, Forst- und Jagdpolizei.

Abteilung IX: Elektrotechnik: leitete die Errichtung und Instandhaltung aller elektrotechnischen Anlagen.

Abteilung X: Maschinenverwertung: führte die Evidenthaltung vorhandener Maschinen, leitete deren Zuweisung an die besetzten Gebiete und außerhalb derselben.

Abteilung XI: Fischerei: nahm die Verteilung und den Versand des Fischereiertrages der von rumänischer Seite geführten Fischereiamter vor.

Abteilung XII: Bergwerke: hatte die Überwachung der Kohlen- und Salzbergwerke, der von rumänischer Seite geführten Bergwerksverwaltungen.

Abteilung XIII: Kriegindustrielle Betriebe: leitete die Erzeugung von Kriegs- und Armeebedarf in beschlagnahmten und neu errichteten Betrieben.

Abteilung XIV: Allgemeine Wirtschaftsfragen: leitete den Gläubigerschutz und die Zwangsverwaltungen.

Abteilung XV: Finanzen: zu ihr gehörten die Zentralbuchhaltung des Wirtschaftsstabes und die Notenausgabestelle der Banca Generala.

Abteilung XVI: Rechtsfragen.

Abteilung XVII: Arbeiterfragen: leitete die Beschaffung und den Ausgleich der Arbeitskräfte.

Abteilung XVIII: Entschädigungsamt.

Waren und Produkte wurden nach ihrer Beschaffenheit teils als Kriegsbeute, teils als Requisitionsgut übernommen. Die Kriegsbeute wurde bei der Zentralverrechnungsstelle auf separatem Konto A verrechnet, aber nicht bezahlt. Hierzu zählten die Vorräte des staatlichen Arsenal, der Kriegsindustrien, Getreide, Holz, Petroleum auf staatlichen Gütern und der von der englischen Regierung gekaufte rumänische Weizen. Die Aufteilung dieser Beute erfolgte nach dem Bedarf der verbündeten Mächte durch eine Kriegsbeutekommission.

Alle übrige Kriegsbeute übernahm der Wirtschaftsstab, die Bewertung und Verrechnung erfolgte nach festgesetzten Einheitspreisen durch die Zentralverrechnungsstelle Berlin ebenfalls auf dem erwähnten Konto A.

Alle sonstigen Rohprodukte, Waren und Materialien, die im Hinterlande von den Mächten benötigt wurden, sollten im Kaufwege erworben werden, wurden jedoch, um den Kauf zu erleichtern und dem Preiswucher vorzubeugen, für beschlagnahmt erklärt. Die so erstandenen Waren wurden von der Verrechnungsstelle auf Konto B unter Hinzurechnung eines 10 bis 15 %igen Verteilungszuschlages zu Lasten des beteiligten Staates gebucht. Das wesentlichste hierbei waren Lebensmittel. Von Getreide, Hülsenfrüchten und Mais wurden über 50.000 Waggons nach Österreich-Ungarn, etwa 40.000 Waggons nach Deutschland und einige tausend nach Bulgarien und der Türkei versendet. Der Abtransport geschah anfangs, weil die Donau bis 8. März 1917 vollständig zugefroren war, auf dem Bahnwege.

Die Aufbringung war eine schleppende; die Gutsbesitzer hielten mit den Vorräten zurück, denn die Übernahmepreise waren zu knapp bemessen, die Waren wurden anfangs bloß gegen Übernahme-scheine übernommen. Auf österreichisch-ungarisches Drängen entschloß sich die Militärverwaltung, wesentlich höhere Preise und volle Barbezahlung für die Ernte 1917 in Aussicht zu stellen und die Ernte zum Teil zu bevorzugen.

Um ein besseres Arbeiten mit der produzierenden Bevölkerung herbeizuführen, wurde Mitte Mai 1917 der rumänische Wirtschaftsverband gebildet, paritätisch von einem deutschen und einem österreichisch-ungarischen Geschäftsführer besetzt und einem aus deutschen, österreichisch-ungarischen und rumänischen Organen gebildeten Vorstand geleitet. Dieser konnte im

Mai 1917 endlich eine einigermaßen maßgebende Bestandaufnahme für Getreide und Futtermittel zustande bringen. Die etwa $3\frac{1}{4}$ Millionen starke Landesbevölkerung, die auf deren Genuß angewiesen war, hielt speziell Mais aus Angst vor Hungersnot zurück.

Der Abtransport der großen Warenmengen wurde auf der Donau durch die Zentraltransportleitung übernommen, die unter österreichisch-ungarischer Leitung (Fregattenkapitän von Döbrentai) die Kapazität so steigerte, daß die bisher angenommene Höchstleistung durch das Eiserne Tor um das Vierfache überholt wurde.

Außer Nahrungs- und Futtermitteln wurden Rohprodukte, Petroleum, Holz, Häute, Felle, Metalle, Abfälle und Rohtabak, Wein usw. ausgeführt.

Die landwirtschaftliche Abteilung, besonders ihr österreichisch-ungarischer Leiter, der spätere österreichische Staatssekretär Rittmeister Josef Mayer, brachte es gegen alle Prophezeiungen von rumänischer und auch deutscher Seite zustande, daß von dem gesamten zur Verfügung stehenden Gebiet nur 5 bis 10 % un bebaut blieben. Es wurden über 3 Millionen Hektar angebaut, und zwar 1,1 Millionen Hektar mit Weizen, der Rest mit Roggen, Gerste, Hafer, Hirse, Mais, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Hanf, Zuckerrüben, Ölfrüchten. Somit konnte neben der Verpflegung der Zivilbevölkerung und der im besetzten Gebiete stehenden Truppen, Beamten und Pferde mit erheblichen Ausfuhrüberschüssen gerechnet werden.

Der Viehstand, an sich minderwertig, war durch den Kriegszustand und die Requisitionen der rumänischen und verbündeten Armeen stark dezimiert. Der Armeebedarf pro Monat betrug etwa 13.000 Stück Rinder und 70.000 Schafe und überstieg den möglichen Nachwuchs. Trotzdem gelang es, einen weiteren Rückgang der Bestände aufzuhalten und insbesondere durch Hebung der Geflügel- und Schweinezucht eine langsame Steigerung der Bestände herbeizuführen.

Von den rumänischen Forsten, $2\frac{3}{4}$ Millionen Hektar, waren etwa $1\frac{3}{4}$ Millionen Hektar Staats- und Kronforste, hievon 140.000 ha im besetzten Gebiet. Die Forstabteilung hatte die Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, etwa 4000 bis 5000 m² Nußbaumholz für das Hinterland, Brennholz für Bukarest und die anderen Städte zu liefern. Diese Bedürfnisse wurden aus den

Staatsforsten gedeckt. Größere Holzungen scheiterten an den Schnee- und Straßenverhältnissen und an dem Mangel an Arbeitern.

Die Donaufischerei war durch die Verschleppung der Geräte nach Bulgarien und die Lage des besten Fischereigebietes zwischen den beiden Fronten gehemmt. Dem Wirtschaftsstab unterstand der Fischereibezirk Bukarest; das Ergebnis konnte auf die Lieferung von täglich einem Waggon Fische für die Bevölkerung und 1000 kg für die Besatzungsmannschaft gesteigert werden. Die Fische wurden zum Teil konserviert, geräuchert und so haltbar gemacht. Die Jahresproduktion belief sich auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Kilogramm.

Sämtliche Industrien für Gegenstände des täglichen Bedarfes und insbesondere des Armeebedarfes wurden unter militärischer Aufsicht weiter geführt oder in eigene Verwaltung übernommen. Im wesentlichen handelte es sich hier um die Erzeugung von Bier, Branntwein, Teigwaren, Ölen, Fetten, Seifen, Zigarren und Zigaretten (etwa 300 Millionen Stück), Schuhen und um die Erzeugnisse der Holzindustrie.

Die von der englischen Zerstörungsmission gründlich vernichteten Bohrtürme und Raffinerien sowie die auf über 300 Millionen Lei geschätzten Petroleumvorräte wurden in die Verwaltung des Wirtschaftsstabes übernommen, die vernagelten Sonden, die verbrannten Bohrtürme in mühseliger Arbeit wieder brauchbar gemacht. Bis zur Beendigung der Besetzung dürften vom Wirtschaftsstab an 200 Sonden wiederhergestellt worden sein; damit war wieder eine Tagesproduktion von annähernd 100 Waggonen ermöglicht. Die Anzahl der Arbeitskräfte, die in der Petroleumindustrie beschäftigt werden konnte, betrug an 10.000 Mann. Zur Ausfuhr dürften etwa 10 % der Gesamterzeugung gelangt sein. Der Wirtschaftsstab setzte zuerst die deutschen Unternehmungen in Betrieb und beschäftigte sich erst später mit den feindlichen und staatlichen Unternehmungen. Den neutralen Gesellschaften wurde gegen Zusicherung eines festen Abnahmepreises ihrer Produkte die Wiederaufnahme der Bohrungen ermöglicht.

Die gesamte Ausfuhr wurde wegen des U-Bootbedarfes schon vor der Besetzung Deutschlands zugesprochen. Österreich war nur ein Anteil an dem Überschuß zugeteilt worden, mit dem man damals, als man an die englische Zerstörung noch nicht

dachte, rechnen konnte. Die Regelung einer Beteiligung Österreich-Ungarns war offen gelassen worden. Die Bestrebungen der österreichisch-ungarischen Stellen, einen Anteil an diesem Gebiet zu erhalten, begegneten anfangs starkem Widerstand von deutscher Seite. Mai 1917 wurde ein österreichisches Erdölkommando in Ploesti errichtet und erhielt ein eigenes Gebiet zur Auswertung; es beschäftigte sich hauptsächlich mit der Entnagelung der Sonden der amerikanischen Bohrgesellschaft «Romana-Americana» (Baicioiu).

Die Lignitgruben, die in Rumänien die hauptsächlichsten Brennstofflieferanten sind, wurden auf eine Förderung über dem Friedensertrag gebracht. Die Bahnen wurden, statt wie bisher mit Heizöl, mit Lignit betrieben.

Bei den Salinen des rumänischen Monopols wurde eine Tagesförderung von etwa 500 t erreicht, die zur Deckung der Bedürfnisse der Armee und der Bevölkerung und zum Export nach Bulgarien bestimmt waren.

Der Goldbergbau am Olt wurde neu aufgenommen.

Die Abteilung «Gläubigerschutz des Wirtschaftsstabes», zusammengesetzt aus der Schutzstelle für das österreichische Vermögen im feindlichen Ausland und den parallelen Organisationen in Berlin und Budapest, stand zur Feststellung und zur Eintreibung von Forderungen zur Verfügung; ganz kleine Forderungen der österreichisch-ungarischen Kolonie konnten durch die konsularische Vertretung angesprochen werden.

Zwangsverwaltung wurde über drei feindliche Banken, darunter die rumänische Nationalbank, verhängt, über einige Industrien, z. B. über die Bukarester Trambahn-Gesellschaft, und über einzelne Grundbesitze, deren Besitzer abwesend waren.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die gesamte Verwaltung günstige Resultate brachte. Insbesondere die österreichisch-ungarischen Offiziere, Beamten und Soldaten waren vielfach Kenner des Landes und der Sprache, meist aus verwandtem Gebiet stammend, konnten sich rasch mit den gegebenen Grundlagen vertraut machen und der rumänischen Bevölkerung gegenüber ein Verhältnis schaffen, das eher freundschaftlicher Natur war und mit Vertrauen von dieser begrüßt wurde. Erstaunlich rasch und gut fanden sich die Berufsmilitärs in rein wirtschaftliche Angelegenheiten hinein und leisteten auch dem

Lande Dienste, deren dauernde Nachwirkung von den Rumänen selbst in späteren Jahren anerkannt werden dürfte.

Die Stellung der Monarchie im Rahmen der Militärverwaltung trat gegenüber der deutschen Oberleitung zurück; nur die oben geschilderten besonderen Veranlagungen der österreichisch-ungarischen Funktionäre aller Art konnten es durchsetzen, daß die von österreichisch-ungarischer Seite eingenommene Stellung sich wirklich zu behaupten vermochte.

Das Verhältnis in den österreichisch-ungarischen Etappenbezirken zur Bevölkerung war ein günstiges, weil die Österreicher und Ungarn in jahrhundertlangem Verkehr mit Rumänen den Volkscharakter und das Volksempfinden besser kannten als die aus Deutschland stammenden Offiziere, Beamten und Soldaten, die die richtige Einfühlung nicht so leicht finden konnten.

Durch die Wiederherstellung der von Engländern und Rumänen selbst völlig zugrunde gerichteten Erdölproduktion, die durch die Militärverwaltung fast auf die Hälfte der Friedensproduktion gebracht werden konnte, durch die Wiederinstandsetzung des von den Rumänen selbst ruinierten Bahn-, Telegraph- und Telephonwesens, durch die Reorganisation der Wareneinfuhr, insbesondere aber durch die Reorganisation des Donautransportwesens, die ganz besonders auf österreichische Initiative zurückzuführen war, hat die Monarchie sich dauernde, vorläufig noch nicht anerkannte Verdienste um Rumänien erworben.

Mit dem Zusammenbruch im Oktober 1918 und dem plötzlichen Abmarsch der deutschen Truppen und Formationen blieben in Rumänien zurück: die österreichisch-ungarische Formation des Wirtschaftsstabes (Leitung Oberst von Kontz), die dem Oberkommando zugeteilten Formationen (Leitung Oberstleutnant von Förster-Streffleur) sowie die k. u. k. politische Vertretung (Leiter Dr. August Graf Dcmblin) und das k. u. k. Generalkommissariat für wirtschaftliche Angelegenheiten in Rumänien (Leitung Generalkonsul Felix Sobotka).

Es war die Absicht dieser zurückbleibenden Teile der gesamten Militärverwaltung, die ungeheuren Lager an Vorräten, Halbfabrikaten, an aus dem Hinterlande hierher gebrachten Werkzeugen, Rohstoffen, Kriegsmaterialien usw. in geeigneter Weise den Vertretern der rumänischen Regierung zu übergeben. Die rumänische Regierung machte dies unmöglich, indem sie

einerseits keine legitimierten Übernahmsstellen bestimmte, andererseits die in Betracht kommenden Personen internierte oder konfinierte.

Der Zusammenbruch der Monarchie veranlaßte diejenigen Elemente, die zu den Sukzessionsstaaten gehörten, sich von der Einheit zu isolieren. Daß Mißbräuehe und Veruntreuungen des ihnen anvertrauten Gutes auch bei diesen Elementen vorkamen, muß leider zugegeben werden. Es war in einer Zeit der Anarchie und Machtlosigkeit nichts dagegen zu machen, daß berufene Vertreter der Monarchie, von rumänischen Wachen umzingelt, in ihren Räumlichkeiten saßen, die sie nicht verlassen durften, und dem Zusammenbruch eines Aktivums zusehen mußten, dessen Milliardenwerte bei der Kriegsentuschädigung bedeutend in die Wagschale gefallen wären.

DIE VERWALTUNG DES BESETZTEN GEBIETES ITALIENS.

(NOVEMBER 1917 BIS OKTOBER 1918.)

Von

Generalmajor Hermann Leidl,

vormals Chef der Verwaltungsabteilung des Heeresgruppenkommandos Feldmarschall von Boroević.

Einrichtung der Militärverwaltung.

Das von den Armeen der Mittelmächte nach dem Durchbruch bei Flitsch—Tolmein besetzte Gebiet umfaßte die ganzen Provinzen Udine und Belluno, Teile der Provinz Venetien (Distrikt Portogruaro und Teile des Distriktes S. Donà), Teile der Provinz Treviso (Distrikt Oderzo, Conegliano, Vittorio und Valdobbiadene), endlich Teile der Provinz Vicenza (von den Distrikten Bassano, Asiago und Schio).

Dieses im Norden vom Kamme der Venetianer Alpen, im Osten von der Reichsgrenze, im Süden von der Adria und im Westen von der Kampffront an der Piave begrenzte Gebiet hatte eine Ausdehnung von ungefähr 140 km auf 110 km. Es umfaßte die Flußgebiete der oberen Piave, der Meduna samt Livenza, des Tagliamento, des Natisone und Judrio, die vermöge der Steilabstürze der waldarmen Venetianer Alpen durchwegs Torrenzteneharakter aufweisen. In der Linie Valdobbiadene, Vittorio, Maniago, Gemona, Cividale steigen die Alpen unvermittelt aus dem gut kultivierten Flachland auf. Der Küstensaum hat ausge dehnte Sümpfe und Lagunen. Das Klima — im allgemeinen gemäßigt — zeigt starke Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht; Frühjahrs- und Herbstregen treten mit großer Heftigkeit auf.

Über das Land, das schon 2½ Jahre lang Etappengebiet der italienischen Armeen mit all seinen Lasten und Erschwer nissen des bürgerlichen Lebens war, ergossen sich gleich einer Völkerwanderung die regellos zurückflutenden italienischen

Truppen, engst verfolgt von den Armeen der Mittelmächte mit ihren Trains, Anstalten und den meist aus Kriegsgefangenen aller Herren Länder gebildeten Arbeiterabteilungen. Vier Millionen Menschen mögen so binnen 14 Tagen das friaulische Gebiet durchzogen haben.

Alle Bande der Verwaltung wurden hiedurch gesprengt.

Um im Rücken der Kampffront Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und sie zu erhalten, um die Kriegsbeute und die Mittel des Landes zu erfassen und sie den Zwecken der eigenen Armeen und Staaten dienstbar zu machen und um die Lebensnotwendigkeiten der im Lande zurückgebliebenen Bevölkerung zu sichern, galt es nun, mit aller Raschheit den ganzen politischen, richterlichen und administrativen Verwaltungsapparat neu zu organisieren.

Da ein derart ausgreifender Erfolg nicht vorausgesehen worden war, waren zur Lösung dieser Aufgaben so gut wie keine Vorbereitungen getroffen. Auch stand einer raschen Durchführung der nötigen Verwaltungsmaßnahmen vor allem der Umstand im Wege, daß die Besetzung des Gebietes durch die Armeen zweier Mächte erfolgte, so daß sich diese selbst erst über ihre Anteile an den mit der Verwaltung des besetzten Gebietes verbundenen Vorteilen und Lasten einigen mußten. Überdies herrschte in dieser Kriegsphase bei den Mittelmächten schon ein derart drückender Mangel an personellen und materiellen Mitteln aller Art, daß es fraglich bleibt, ob ohne die durch den Sieg bei Flitseh—Tolmein gewonnenen Mittel ein Durchhalten des Krieges über den Winter 1917/18 möglich gewesen wäre. Weder Personal noch Material konnten sonach der Verwaltung mit der gebotenen Raschheit und in gewünschter Vollzähligkeit zur Verfügung gestellt werden.

Hinsichtlich der Verwaltungsprinzipien hielt sich die Militärverwaltung an die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, insoweit sie durch die Vorgangsweise der italienischen Militärverwaltung in den seinerzeit besetzten österreichischen Gebieten nicht genötigt war, ausnahmsweise Retorsionsmaßnahmen zu ergreifen. Die Verwaltung wurde demnach auf Grund der in Kraft belassenen italienischen Gesetze geführt und, soweit dagegen zwingende Hindernisse bestanden, auf Grund neu erlassener Verordnungen mit Gesetzeskraft, welche in dem in deutscher und italienischer Sprache ausgegebenen Verord-

nungsblatt der Militärverwaltung im besetzten Gebiet Italiens kundgemacht wurden.

Das besetzte Gebiet wurde bezüglich der Verwaltung zunächst dem in Udine eingetroffenen Kommando der Südwestfront Erzherzog Eugen unterstellt, dem hiezu eine Verwaltungs- und eine Wirtschaftssektion angegliedert wurden; für den Fall der Erweiterung des besetzten Gebietes über die Piave hinaus sollten diese zu einem eigenen Militär-Generalgouvernement mit G. d. K. Graf Marenzi an der Spitze ausgestaltet werden.

Das Kommando der Südwestfront war oberste Behörde in allen Fragen der Gesetzgebung; die Armeekommandos hingegen waren in ihren Armeebereichen die höchsten ausübenden Organe der Exekutivgewalt sowie die höchste Instanz für die gesamte Rechtsprechung; ihnen standen in oberster Instanz alle Regierungsbefugnisse zu.

In den Hauptorten der Distrikte (mandamenti) wurden schon während des Vormarsches nacheinander 15 Etappenbezirkskommandos mit Befugnissen von Verwaltungsbehörden I. Instanz errichtet und diesen als Exekutivorgane zahlreiche Etappenstationskommandos unterstellt. Das deutsche Armee-Oberkommando XIV errichtete in seinem Bereiche Etappenkommandaturen mit einer Reihe von Ortskommandaturen, deren Wirkungskreis gleich jenen der österreichisch-ungarischen Etappenbehörden war.

Ende November 1917 trat an Stelle des X. Armeekommandos das Etappengruppenkommando Belluno, dem im allgemeinen der bisherige Raum der 10. Armee zufiel.

Als im Dezember beschlossen wurde, die Offensive nicht weiter fortzusetzen, gab man auch die Absicht der Errichtung eines eigenen Militär-Generalkommandos Italien auf; gleichzeitig wurde die Zahl der hohen Kommandos vermindert, das Kommando der Südwestfront aufgelöst. Das Heeresgruppenkommando Boroewić bildete nunmehr in dem von ihm besetzten Gebiet die oberste Instanz für die gesamte Rechtsprechung und Verwaltung, während die von der Heeresgruppe Freiherr von Conrad besetzten Gebiete auch hinsichtlich der Verwaltung dem Kommando der letzteren unterstellt wurden. Um Gleichmäßigkeit in der Verwaltung herbeizuführen, hatten sich beide Heeresgruppenkommandos ihre normativen Verfügungen gegenseitig mitzuteilen.

Einerseits war der Umfang des besetzten Gebietes zu beschränkt, um es zwischen den Armeen und einem Militär-Generalgouvernement, ähnlich wie dies in Rumänien geschah, derart aufzuteilen, daß in den der Kampflinie näheren Bereichen nur die Armeekommandos, in einem anschließenden, rückwärtigen Bereich nur ein Gouverneur Verfügungsberechtigt gewesen wären. Andererseits erwies sich die Aufteilung des Gebietes nur auf die Armeen allein auch nicht tunlich, weil die zwingende Notwendigkeit, die den Siegern zugefallene, beträchtliche Kriegsbeute sowie die Landesgüter auf die Staaten Österreich, Ungarn und Deutschland paritätisch zu verteilen, weiters der Wunsch, die Verwaltung in allen Armeebereichen gleichartig zu gestalten, die Schaffung einer zentralen höchsten Verwaltungsstelle als geboten erscheinen ließen.

Durch die Vereinigung der höchsten Verwaltungsbehörde des Großteiles des besetzten Gebietes mit dem höchsten militärischen Kommando in demselben wurde versucht, diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Allerdings nahm hiedurch der Personalstand dieser Stelle einen unerwünscht großen Umfang an.

Über die Verteilung der im besetzten italienischen Gebiete gewonnenen Werte an Landesgütern schlossen Österreich, Ungarn und Deutschland am 15. Dezember 1917 ein bis 31. Juli 1918 befristetes Übereinkommen. Die Vereinbarungen betrafen die Verteilung der Nahrungs- und Futtermittel, der Textilrohstoffe und -waren und der anderen Rohstoffe, Metalle und Maschinen. In weitgehend detaillierter Aufzählung aller Artikel setzte dieses Schlüsselübereinkommen bei jedem Artikel den Teilungsschlüssel zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland fest, wobei der Bedarf an den betreffenden Artikeln in jedem der beiden Staaten als hauptsächliche Richtschnur galt. Die in den genannten Vereinbarungen nicht aufgezählten Waren sollten im Verhältnisse 1:1 geteilt werden; bei den aufgezählten Artikeln wies der Verteilungsschlüssel die mannigfachen Quoten auf, die im weiteren Verlaufe noch verschiedene Abänderungen erfuhren.

Zur Wahrnehmung der Interessen Deutschlands, dessen Truppen im Februar und März 1918 abtransportiert wurden, fungierte die «Deutsche Vertretung im besetzten Italien», die hinsichtlich der von ihr zu vertretenden Interessen dem Heeres-

gruppenkommando Boroewić koordiniert war; die Bearbeitung sämtlicher, die Interessen von Österreich-Ungarn und Deutschland gemeinsam berührenden Geschäftsstücke erfolgte infolgedessen durch paritätische Organe beider Stellen.

Meinungsverschiedenheiten, die sich hiebei ergaben, versuchten die Chefs beider Stellen, wenn nur irgend tunlich, durch persönliche Aussprache an Ort und Stelle auszutragen. Differenzen prinzipieller Natur wurden den beiderseitigen Heeresleitungen berichtet, die bemüht waren, sie durch Notenwechsel oder in gemeinsamen Konferenzen zu schlichten. Wenn dieses Regime im großen ganzen auch entsprach, führte es doch, besonders in wichtigen Fragen, häufig zu empfindlichen, der Sache abträglichen Verzögerungen und hinterließ wohl auch gewisse Mißstimmungen, die nicht selten bis zu den allerhöchsten Persönlichkeiten der beiden Heeresleitungen reichten.

Um die Interessen Österreichs und Ungarns bei der Bewirtschaftung des besetzten Gebietes direkt wahrzunehmen und die Regierungen beider Staaten hierüber im laufenden zu erhalten, waren beim Heeresgruppenkommando auch deren Vertreter mit einigen Hilfsorganen anwesend.

Im vordersten Kampfraum, d. i. im allgemeinen westlich und südlich der Linie Livenza, Vittorio, Einmündung des Cordevole in die Piave, Nordostgrenze des Distriktes Feltre, wurden, da dort von einer geregelten Verwaltungsmöglichkeit kaum gesprochen werden konnte, keine eigenen Verwaltungsbehörden eingerichtet; dort blieb die etwa auszuübende Verwaltungstätigkeit den militärischen Kommandos der Kampftruppen allein überlassen.

Im daranschließenden eigentlichen Verwaltungsgebiete waren als Verwaltungsbehörden I. Instanz 16 Distriktskommandos tätig. Die ihnen zur Verwaltung zugewiesenen Bereiche deckten sich im allgemeinen mit einem oder mehreren Distrikten, beziehungsweise Mandamentobereichen des Friedens (infolge Personalmangels konnten nicht in allen Friedensbereichen Verwaltungsbehörden aufgestellt werden). Auch war es mit Rücksicht auf die den Armeen zugewiesenen Räume nötig, daß einzelne Gemeinden an Armeebereichsgrenzen von ihren Friedensdistrikten abgetrennt und dem benachbarten Distrikt angegliedert wurden. Als Exekutivorgane der Distriktskommandos fungierten die Etappenstationskommandos.

Die Distriktskommandos waren in allen Angelegenheiten der Verwaltung und wirtschaftlichen Ausnützung des Landes, zu deren Durchführung sie von den Armeen weder personelle noch materielle Mittel in Anspruch nehmen mußten, dem Heeresgruppenkommando direkt, sonst im Wege der Armeekommandos unterstellt. Um Reibungen und Eifersüchteleien zwischen den Kommandos und Truppen der Kampfarmeen mit den Behörden und Organen der Verwaltung möglichst zu beschränken, wurden deren Kompetenzen auf das genaueste umschrieben. Hauptsächlich der Hunger — sowohl bei den Truppen als bei der Bevölkerung — brachte es jedoch mit sich, daß zwischen den die Truppenbedürfnisse in erster Linie wahrenden Kommandos und den auch die Interessen der Bevölkerung vertretenden Verwaltungsorganen nicht immer das beste Einvernehmen herrschte. Als infolge der fortschreitenden Not an allem und jedem die Requisitionen immer schärferen Charakter annehmen mußten und auch im Verwaltungsgebiet mehr und mehr Truppen — retablierende Divisionen und Ausbildungsgruppen — untergebracht wurden, gestalteten sich diesbezüglich die Aufgaben der Distriktskommandos und ihrer Organe stets schwieriger.

Zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit diente die Distrikts-Feldgendarmerie im besetzten Gebiete Italiens. Das Personal stammte, soweit verfügbar, aus der Gendarmerie des Hinterlandes; weiters wurden sonstige geeignete Mannschaftspersonen in eigenen Fortbildungskursen mit gutem Erfolge zu Ersatzgendarmen herangebildet.

Einem Gendarmerieposten von fünf bis zwölf Mann waren ein, ausnahmsweise zwei oder drei Gemeindegebiete zur Überwachung zugewiesen. Alle Posten eines Distriktes unterstanden dem meist im Standorte des Distriktskommandos befindlichen Gendarmerie-Abteilungskommando. Den Gendarmerieposten nächst der Grenze des besetzten Gebietes oblag auch die Grenzkontrolle hinsichtlich des Personen- und Warenverkehrs. Den Reisendenverkehr auf den Bahnen überwachten ambulante Gendarmen, welche die Eisenbahnzüge zu begleiten und die Reisenden zur Ausweisleistung zu verhalten hatten. Um der mit steigender Lebensmittelnot zunehmenden Beraubung von Güterzügen während der Fahrt zu steuern, begleiteten Feldgendarmen auch die Güterzüge. Die Gendarmerie überwachte auch die Befolgung der hinsichtlich der Abgabe der beschlagnahmten

Die Stimmung der im Lande verbliebenen Bevölkerung war bei der Landnahme ruhig; sie schickte sich, man kann sagen würdevoll, in die feindliche Besetzung. Ihre Haltung blieb auch in der Folge willig und entgegenkommend, wenn auch die zunehmende Lebensmittelnöte und die sich auf immer weitere Bedarfsartikel erstreckenden Requisitionen die Stimmung drückten und schließlich die Sehnsucht nach Befreiung immer stärker werden ließen. Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit kamen denn auch anfangs nur vereinzelt vor; erst die zunehmende Not verschlechterte die Sicherheitsverhältnisse und verursachte insbesondere zahlreiche Felddiebstähle.

In einzelnen Distrikten, namentlich im Gebirge, rotteten sich allerdings entlaufene italienische Kriegsgefangene und italienische Deserteure zu kleineren Banden zusammen, welche Erscheinung aber keinen politischen Charakter trug und der durch Streifungen leicht begegnet wurde. Auch griff man Angehörige der italienischen Armee mit gefälschten Dokumenten, die deren Superarbitrierung oder Invalidität nachweisen sollten, auf.

Gelegentlich der Besetzung des Landes waren jene Einwohner, die sich durch ihre Haltung verdächtig gemacht hatten, aus dem Lande abgeschafft und im Hinterland interniert worden. Sobald aber die wiederhergestellte Ruhe und Ordnung im Lande es zuließ, wurde diesen Zivilinternierten die Rückkehr in das besetzte Gebiet gestattet, so daß die meisten dieser im Laufe des Sommers in ihre Heimatsorte rückkehrten. Das Recht zur Internierung behielt sich sodann das Heeresgruppenkommando selbst vor, das nur in eklatanten Fällen davon Gebrauch machte. Die sonach Internierten verblieben im Lande, wozu ein eigenes Interniertenlager errichtet wurde.

Zwischen den Ortschaften des Gebirges und jenen des Flachlandes entwickelte sich ein lebhafter Reiseverkehr; die Gebirgsbewohner brachten die Produkte ihrer Viehzucht ins Flachland, um sie dort gegen Mehl und Hülsenfrüchte einzutauschen. Da das Überschreiten der Armeebereichsgrenzen aus triftigen militärischen Gründen verboten worden war, gab dies Anlaß zu vielen Mißhelligkeiten. Die Rücksicht auf die große Notlage der Bevölkerung im Gebirge veranlaßte endlich die Militärverwaltung, trotz entgegenstehender militärischer Bedenken, diesen Verkehr im Verwaltungsgebiet bis zur Einbringung der Ernte zu gestatten.

Auch an der Görzer Reichsgrenze machte sich eine lebhaftere Tendenz zu stärkerem Verkehr fühlbar. Die in noch größerer Notlage befindliche Bewohnerschaft des österreichischen Küstenlandes, aber auch Händler aus Triest, versuchten, aus dem besetzten Gebiet Lebensmittel aller Art auszuführen, während es Bewohner des letzteren verlockte, ihre Landesprodukte zu höheren Preisen jenseits der Reichsgrenze abzusetzen. Eine strenge Grenzkontrolle wurde nötig; nur die Grundbesitzer von jenseits der Grenze liegenden landwirtschaftlichen Flächen erhielten Erleichterungen zugestanden. Um den Verkehr der Bevölkerung überwachen zu können, wurde sie mit Ausweiskarten betheilt und ihre Befugnis zu Reisen an die pünktliche Einhaltung der eingeführten Paß- und Meldevorschriften gebunden.

Die Einwohner der in der Kampflinie selbst oder in deren unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Orte mußten aus militärischen Rücksichten von dort entfernt und in Orten des Verwaltungsgebietes untergebracht werden. Diese Evakuierten, die bald aller Mittel entblößt waren, fielen den Aufnahmsgemeinden zur Last, insbesondere als die Approvisionierungsschwierigkeiten immer drückender wurden.

Während der italienischen Okkupation des Küstenlandes waren aus den dortigen Wohnhäusern die meisten Möbel und Einrichtungsgegenstände durch die italienischen Truppen theils verschleppt, theils vernichtet worden. Um der nach der Befreiung in das Küstenland rückkehrenden österreichischen Bevölkerung die notdürftigsten Wohnungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, wurden im besetzten Gebiet Italiens aus den von ihren Besitzern verlassenen Wohnungen die Einrichtungsgegenstände gesammelt, nach Görz abtransportiert und dort behördlich an die bedürftigsten Gemeinden verteilt.

Die bei der Bevölkerung des besetzten Gebietes befindlichen Motor- und Fahrräder, deren sie sich in militärisch unerwünschter Weise zur kontrolllosen Nachrichtenvermittlung bedienen konnten, verfielen der Beschlagnahme; die brauchbaren dienten zur Deckung des dringenden Armeebedarfes.

Die Führung der politischen Verwaltung oblag den bei den Distriktskommandos eingetheilten Zivilkommissären; durch häufige Abhaltung von Amtstagen in den Gemeindehauptorten kamen sie dem Bedürfnis der Bewohnerschaft nach persönlicher Rücksprache möglichst entgegen.

Gerichts-, Finanz- und Rechnungswesen.

Die Strafgerichtsbarkeit wurde auch gegenüber der Zivilbevölkerung durch die Militärgerichte ausgeübt. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im außerstreitigen Verfahren blieb jedoch die Landesgesetzgebung maßgebend.

In den Gemeinden amtierten die Giudici conciliatori (Friedensrichter) und sprachen in den ihnen nach dem italienischen Gesetze zukommenden Fällen Recht. So weit als möglich wurden als Friedensrichter jene bestimmt, die es bereits vor der Besetzung waren. An den Sitzen der italienischen Pretura übten in den Distrikten mit geregelter Verwaltungstätigkeit österreichisch-ungarische Richter als Pretors die Zivilgerichtsbarkeit aus. Sie waren II. Instanz für die Berufungen gegen Urteile der Friedensrichter und I. Instanz für Streitigkeiten bis zu 1500 Lire. Der Rechtszug ging sodann an das Heeresgruppenkommando (Verwaltungsabteilung). Die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Zivilrichter erstreckte sich hauptsächlich auf das außerstreitige Verfahren, auf die Vermittlung von Vergleichen, gütliche Beilegung vorkommender Rechtsstreitigkeiten und den Schutz des Eigentums Abwesender. Auch führten sie die Agenden der zumcist geflüchteten Notare weiter, wenn dies nicht zurückgebliebenen italienischen Advokaten aufgetragen werden konnte. Bei der großen Wichtigkeit der Notariatsakte für den gesamten Rechtszustand (insbesondere als Beweismittel für die Zukunft) wurden die Archivio notarile provinciale di Udine mit zwei italienischen Archivbeamten aktiviert und dorthin alle vorgefundenen Notariatsakte der geflüchteten Notare eingesendet. Mit zunehmendem Vertrauen der Bevölkerung zu den österreichisch-ungarischen Zivilrichtern wurde der Parteienverkehr bei ihnen stets lebhafter.

Bemerkenswert ist, daß sich die Kolonen (Teilpächter) geflüchteter, aber vielfach auch anwesender Grundbesitzer weigerten, das Pachtverhältnis weiter anzuerkennen und den Pachtzins zu bezahlen, weil die Besetzung des Gebietes die Kolonen frei und unabhängig gemacht und das Pachtverhältnis zu den bisherigen Besitzern aufgehoben habe, wie dies tatsächlich die italienische Heeresleitung auf österreichischem Gebiet anordnete. Die an Stelle der geflüchteten Grundeigentümer eingesetzten Zwangsverwalter wollten sie überhaupt nicht anerkennen. Hier-

über entstanden zahlreiche Prozesse, die zuungunsten der Kolonen endeten.

Da die im Verwaltungsgebiet aufgestellten fünf Militärgerichte zur Bewältigung der sehr zahlreichen, das Militär und Zivil betreffenden Strafsachen nicht ausreichten, mußten in der Folge die Zivilrichter den Rechtshilfeansuchen der Militärgerichte auch in Strafsachen entsprechen. Auch wurden die Zivilrichter zur Entgegennahme und Sichtung der eingebrachten Requisitionsscheine und Ansprüche über nicht bescheinigte Requisitionen mit herangezogen.

*

Die für die Verwaltung des besetzten Gebietes nötigen Mittel sollten durch die in diesem Gebiete zu erhebenden Steuern und Abgaben aufgebracht werden.

Der Wirkungskreis der beim Heeresgruppenkommando aufgestellten Finanzabteilung umfaßte alle Angelegenheiten der direkten und indirekten Besteuerung, das Zollwesen, die Monopole, das Gebührenwesen, das Budget sowie die mit der Einführung der neuen Lire-Geldzeichen zusammenhängenden Fragen. Als Außenorgane waren ihr die bei den meisten Distriktskommandos eingeteilten Finanzreferenten, die den politischen Beamten koordiniert wurden, unterstellt; diesen oblag auch die Wiederzustandbringung und Sicherung der in arge Unordnung geratenen Besteuerungsbehelfe. Auf Grund des Studiums der sehr komplizierten italienischen Steuer- und Gebührengesetze sollten alle italienischen Steuern und Gebühren, die einen Ertrag versprachen, eingehoben werden: die Grund- und Gebäudesteuer, die Einkommensteuer, die Transport- wie die Stempel- und Registergebühren.

Schwierigkeiten mit dem Personal, das nur zum Teil der italienischen Sprache mächtig war, dessen häufiger Wechsel und der endlos lange Instanzenzug bei den Zentralbehörden des Hinterlandes verzögerten den Abschluß der Arbeiten bis in den August 1918 hinein. Erst in sieben Distrikten war damals die Grund- und Gebäudesteuer für 1918 mit 1,535.000 Lire vorgeschrieben, wovon aber nur 441.000 Lire zur Einzahlung gelangten, weil die Bevölkerung die Steuereinhebung durch Rekurse und verschiedenste Ausflüchte zu hemmen versuchte und ihr in der Mehrzahl der Distrikte auch passive Resistenz entgensetzte.

Im Frieden betrugen die gesamten Einnahmen an direkten Staatssteuern in der Provinz Udine jährlich 53 Millionen Lire, an indirekten Steuern, Abgaben und Zöllen 9 Millionen; der zur Deckung der autonomen Verwaltungsauslagen der Provinz eingehobene Zuschlag betrug 19 Millionen, so daß die Bevölkerung dieser Provinz jährlich 162 Millionen Lire an öffentlichen Abgaben zu tragen hatte; die gleichartigen Einnahmen in der viel ärmeren Provinz Belluno sind weit niedriger einzuschätzen. Weil aber aus dem besetzten Gebiet die städtische wohlhabende Bevölkerung zum allergrößten Teil geflohen, die Banken und Institute des Handels unter Mitnahme ihrer Bücher und Werte abgezogen waren, die Fabriken stillstanden und der ganze Handels- und Gewerbebetrieb lahmgelegt war, konnte auch nicht entfernt das Friedensertragnis weder an Steuern und Abgaben noch durch etwa den Gemeinden aufzuerlegende Kontributionen (die denn auch unterblieben) erwartet werden. Die Forderung, die Kosten der Besetzung und der Verwaltung aus den im besetzten Gebiet aufzubringenden Geldmitteln zu decken, blieb also nur ein frommer Wunsch.

Die Auslagen sowie die aus den besetzten Gebieten stammenden Einnahmen wurden bei der in Wien errichteten Zentralverrechnungsstelle Italien buchmäßig verrechnet. Die in Udine befindliche Zentralbuchhaltung, bei der sämtliche Versandmeldungen über alle abgeschobenen Güter einliefen und die auf Grund einer Preisliste deren Wert ermittelte, lieferte hiezu die Unterlagen. Herrenlose oder erbeutete Güter wurden hierbei den unbekannten Eignern auf separatem Konto gutgeschrieben und der Gegenwert hiefür auf ein Sperrkonto bei der Österreichisch-ungarischen Bank in Wien erlegt.

Längs der Reichsgrenze gegen Österreich-Ungarn aktivierte man im Frühsommer 1918 wieder die Zollämter; doch dürfte das während der Dauer der Besetzung eingehobene Zollgefälle kaum die Personalauslagen gedeckt haben.

Es lag im dringenden finanziellen Interesse Österreich-Ungarns und Deutschlands, daß durch die Besetzung des italienischen Gebietes der Banknotenumlauf an Kronen- und Markwertscheinen nicht vermehrt werde.

Die beiden Staaten kamen daher Mitte Dezember 1917 überein, für das besetzte Gebiet Italiens ein eigenes gesetzliches Zahlungsmittel mit Zwangskurs zu schaffen. Zur Beschaffung

dieser Zahlungsmittel und zur Befriedigung des Kreditbedürfnisses im besetzten Gebiet wurde in Udine die Darlehenskasse (Cassa Veneta dei Prestiti) als selbständige juristische Person mit allen Rechten einer protokollierten Firma in den Räumen der Banca d'Italia errichtet. Ihr Geschäftsgebiet erstreckte sich nur auf das besetzte Gebiet Italiens.

Sie gab Darlehenskassenscheine (Buoni di Cassa) auf 1, 2, 10, 20, 100 und 1000 Lire und 5, 10 und 50 Centesimi aus, die im Geschäftsbereich gesetzliche Zahlungsmittel waren und bei Zahlungen zum vollen Nennwert angenommen werden mußten.

Darlehen konnten an Provinzen, Kommunen und an Verwaltungskörper, Handelsfirmen, Erwerbsgesellschaften, juristische und Einzelpersonen im Geschäftsgebiete, die von der Militärverwaltung hiefür zugelassen wurden, gegen Verpfändung von Waren, Bodenz, Bergwerks- und gewerblichen Erzeugnissen oder Wertpapieren gegeben werden.

Bei der Inanspruchnahme durch die Militärverwaltung geschah die Deckung der ausgegebenen Darlehenskassenscheine durch Kronenz, beziehungsweise Markerläge bei der Österreichisch-ungarischen Bank in Wien oder bei der Reichsbank in Berlin. Für 100 Lire waren hiebei 95 Kronen oder so viel Mark zu erlegen, als der jeweiligen Wiener Mittelnotierung der Mark entsprach.

Der praktischen Durchführung dieses für die Finanzwirtschaft der beiden Staaten sehr bedeutungsvollen Gedankens stellten sich jedoch derartige Schwierigkeiten entgegen, daß die tatsächliche Ausgabe der neuen Geldzeichen erst mit 1. Juni 1918 erfolgen konnte, d. i. zu einer Zeit, wo die deutschen Streitkräfte das besetzte Gebiet schon wieder verlassen hatten und schon viele Millionen österreichisch-ungarischer Kronen und deutscher Reichsmark unter der Bevölkerung zirkulierten.

Verursacht war diese so schleppende Durchführung zunächst durch den langwierigen, bureaukratischen Instanzenzug zwischen den österreichischen, ungarischen und deutschen Zentralstellen mit ihren vielen ressortzuständigen Departements und Abteilungen, dann durch die Verzögerungen in der Herstellung der neuen Scheine, die wieder durch Mangel an geeignetem Papier und Arbeitskräften bedingt waren.

Um zu verhindern, daß die Heeresangehörigen sowie die militärischen Kommandos und Behörden Kronen, beziehungs-

weise Mark unter die Bevölkerung des besetzten Gebietes brachten, erhielten sie ihre Gebühren und sonstigen Zahlungen ebenfalls in Darlehenskassenscheinen, was von vielen Militärpersonen mit großem Mißbehagen aufgenommen wurde. Neben Mangel an finanzpolitischem Verständnis auch bei höheren Stellen war dies hauptsächlich durch den Umstand veranlaßt, daß die neuen Scheine im Hinterland keinen Zahlwert hatten, also bei Ein- oder Ausreise umgetauscht werden mußten. Hierzu mußten in den Grenz- und End- wie in größeren Stationen der Bahnlinien zusammen 18 Wechselstuben mit militärischem Personal und in Udine ein Hauptwechselamt aufgestellt werden. Bei dem sehr regen Personenverkehr über die Grenzen des besetzten Gebietes war der Andrang zu diesen Wechselstuben stets sehr groß, was Anlaß zu den verschiedensten Mißhelligkeiten gab. Man sah sich bemüßigt, die Umwechslungen auch bei den Truppenkassen vornehmen zu lassen, was aber auch noch nicht zu einer klaglosen Abwicklung dieses Verkehrs führte. Anfänglich waren im Hinterlande keine Vorkehrungen zur Umwechslung getroffen; vielfache Übervorteilungen der Mannschaftpersonen und eine große Zahl von Beschwerden waren die Folge. Erst als die Militärspitäler des Hinterlandes ermächtigt wurden, die neuen Lire ihrer aus dem besetzten Gebiet gekommenen Patienten gegen Kronen umzuwechseln und auch sonst einige Wechselstuben hiefür eröffnet wurden, besserten sich die Verhältnisse.

Bei der Bevölkerung des besetzten Gebietes bürgerte sich das neue Geld verhältnismäßig gut ein; Agioerscheinungen in größerem Umfang traten nirgends auf.

Der erste Verlag der Darlehenskasse umfaßte 89,095.000 neue Lire, die Emission steigerte sich im Verlaufe der nächsten Monate auf 200,005.000 neue Lire.

Kultus, Unterricht und Sanitätswesen.

Das besetzte Gebiet umfaßte Teile der Diözesen des Erzbischofs von Udine, des Bischofs von Concordia (Portogruaro), des Bischofs von Ceneda (Vittorio) und des Bischofs von Feltre (Belluno).

Bei der Invasion war fast der ganze Klerus mit seinen Bischöfen im besetzten Gebiet verblieben und harnte in den anvertrauten Pfarrgemeinden aus; nur wenige Geistliche waren

geflüchtet, darunter auch der Erzbischof von Udine, der es vorgezogen hatte, den Beschwerden der feindlichen Besetzung auszuweichen, was in seiner Diözese viel böses Blut hervorrief.

Der über die Geistlichkeit angelegte Kataster ergab im Mai 1918 eine Anzahl von 687 im Lande anwesenden Geistlichen. Die durchaus römisch-katholische Bevölkerung war ihren Seelsorgern, die zumeist den Kreisen der ländlichen Bevölkerung entstammen, sehr zugetan. Sie wandte sich gerne an sie zur Vermittlung ihrer verschiedenen Anliegen und Bitten bei der Militärverwaltung. Diese war denn auch in Würdigung der fast durchwegs korrekten Haltung des Klerus bestrebt, das Ansehen der Geistlichkeit zu unterstützen und dieser möglichstes Entgegenkommen zu bezeigen. Sie wurde zur Mitwirkung im öffentlichen Dienste (Gemeindeverwaltung, Schuldienst, Matrikenführung) weitgehend herangezogen. Die kirchlichen Funktionen durften weder gestört noch behindert werden. Dem Verkehr der Geistlichen untereinander und mit der Bevölkerung wurden möglichst wenig Beschränkungen auferlegt, jener der Bischöfe mit dem Heiligen Stuhl in Rom erfolgte auf diplomatischem Wege.

Im Frieden wurde die Geistlichkeit größtenteils von den Angehörigen der Gemeinden durch Abgabe von Naturalien und Geld erhalten. Der geistliche Zehent war zwar seit dem Jahre 1887 aufgehoben, die Bevölkerung entrichtete aber die Abgabe (Quartese, d. i. der 40. Teil der Ernte an Mais, Weizen und Wein) aus freien Stücken weiter. Der Friedensgeldwert dieser Abgabe betrug für einen Geistlichen etwa 1000 bis 2000 Lire pro Jahr. Jenen Geistlichen, deren Kongrua unter 900 Lire blieb, was in den ärmeren Gegenden, speziell im Sumpfgebiet längs der Küste und im Gebirge der Fall war, leistete der italienische Staat eine Ergänzung auf 900 Lire aus dem Religionsfonds, der aus den sequestrierten Vermögen der im Jahre 1866 aufgehobenen Klöster, Orden und Kongregationen gebildet worden war. Die Geistlichen litten im Frieden nicht eben Not, genossen aber in den höheren Gesellschaftsschichten wenig Ansehen.

Während der Besetzung brachte der zunehmende Lebensmittelmangel auch die Geistlichkeit in eine große Notlage; die Einwohner konnten die Quartese nicht mehr leisten, die Ergänzung der Kongrua in Geld war zwar seitens der Militärverwaltung beabsichtigt, doch verzögerte sich die Auszahlung bis in den Juli 1918, da erst zu dieser Zeit die neuen Lire

zur Verfügung standen. Für Hostienbereitung wurden den Geistlichen pro Jahr und 500 Einwohner 1 kg Weizenmehl, als Meßwein pro Jahr 40 l zugewiesen.

Der Jahresaufwand zur Unterstützung der Geistlichkeit war mit 2 Millionen neuer Lire präliminiert, was einem Monatsgehalt von 250 neuer Lire entsprach. Als im August den Geistlichen nur ein Vorschuß von 70 Lire erfolgt wurde, verzichtete die Geistlichkeit des Distriktes Codroipo hierauf, da sie diese Entschädigung für zu gering erachtete. Von dieser Zeit an erforderte das Verhalten des Klerus wie der sonst im Lande verbliebenen Intelligenz erhöhte Aufmerksamkeit.

*

Nach der Besetzung des Landes fand man die meisten Volksschulgebäude intakt; auch war ein großer Teil der Volksschullehrer im Lande geblieben, so daß die Wiedereröffnung der Volksschulen eine der ersten Verwaltungsmaßnahmen sein konnte.

Schulbücher und Schulmaterialien wurden teils in den Schulen vorgefunden, teils aus den Buchhandlungen des Landes und des Hinterlandes beschafft. Den Ersatz für fehlende Lehrer boten Geistliche und sonstige Notlehrer. Die Beaufsichtigung des Volksschulwesens oblag den bei den Distriktskommandos eingeteilten Schulreferenten.

Mittelschulen, gewerbliche und Handelsschulen blieben geschlossen; einerseits bestand kein Bedarf, weil die Mehrzahl der Schüler mit ihren Angehörigen das Land verlassen hatte; andererseits waren auch fast alle Mittelschulprofessoren geflüchtet. Nur in Cividale wurde eine Fachschule für Handwerker eröffnet.

Der über die Volksschulen angelegte Kataster ergab im Juni 1918 641 eröffnete Schulen mit 74.871 Schülern und 1062 Lehrern (darunter 543 Notlehrer und Geistliche). Die politische Haltung der Lehrerschaft war im allgemeinen einwandfrei; sie war im Distrikte Belluno ausgesprochen italienisch-national, im Distrikte Agordo stark linksstehend-republikanisch. In der Lehrtätigkeit erwies sie sich willfährig, entgegenkommend und gewissenhaft, obwohl viele Lehrer weit über ihre Kraft in Anspruch genommen werden mußten. So entfielen in manchen Schulen auf einen Notlehrer über 300 Kinder. Durch Einführung von Halbtagsunterricht, Eröffnung von Parallelklassen und Verteilung der

Kinder auf benachbarte Schulen trachtete man eine gleichmäßigere Belastung der Lehrer zu erzielen.

Die Sommerferien erstreckten sich auf die Zeit vom 29. Juni bis 25. August, während welcher Zeit die Kinder auch für die Erntearbeiten gebraucht wurden. Die Wiederaufnahme des Unterrichtes nach den Ferien verzögerte sich in manchen Schulen durch Infektionskrankheiten und durch den Umstand, daß nunmehr viele Schulgebäude durch die in das Verwaltungsgebiet verlegten Truppen in Anspruch genommen waren und erst wieder frei gemacht werden mußten. Auch hatte sich die ökonomische Lage der Lehrerschaft mehr und mehr verschlechtert. Die Lehrer sollten ihren Gehalt von den Gemeinden erhalten; mangels entsprechender Einkünfte vermochten jedoch nur die wenigsten Gemeinden dieser Pflicht nachzukommen. Die Militärverwaltung hatte zwar in Aussicht genommen, den Lehrern Unterstützungen in neuen Lire zu gewähren; durch die späte und unzulängliche Ausgabe der neuen Geldzeichen verzögerte sich aber die Auszahlung dieser Unterstützungen immer wieder, so daß sich im August viele Notlehrer anderen Beschäftigungen zuwandten, um den nötigen Lebensunterhalt zu gewinnen.

*

Zur Zeit der Besetzung des italienischen Gebietes war der Gesundheitszustand der Bevölkerung im allgemeinen günstig. Immerhin erwachsen der Militärverwaltung aus dem Umstande, daß von zirka 300 im Frieden ansässigen Ärzten nur 19 ältere und zumeist kränkliche Herren zurückgeblieben, die anderen aber geflüchtet waren, sowie aus dem Umstande, daß alle Zivilapotheken in größter Unordnung und ohne Personal waren, empfindliche Schwierigkeiten. Trotz Mangel an Ärzten und Apothekern für die eigenen Truppen und trotz eigenem großen Mangel an Medikamenten jeder Art wurden zu den Distriktskommandos Militärärzte als Sanitätsreferenten und zur Vorsehung des zivilärztlichen Dienstes eingeteilt, die bestehenden Zivilspitäler unter militärischer Leitung weiterbetrieben, in vielen Militärspitälern Abteilungen (auch spezialärztliche) und Ambulatorien für die Bevölkerung eingerichtet, die Zivilapotheken durch Zuweisung von Militärapothekern und der nötigsten Medikamente wieder in Betrieb gesetzt und der Entstehung von Epi-

demien durch die Salubritätskommissionen der Armeen vorgebeugt. An die wenigen Militärärzte traten hiebei hinsichtlich ärztlicher Versorgung der Zivilbevölkerung die allergrößten Anforderungen heran. Es darf mit Befriedigung bezeichnet werden, daß sie diesen bis zur Selbstaufopferung nachkamen. Zu ihrer Entlastung besorgten an einigen Zivilabteilungen der östlich des Tagliamento gelegenen Spitälern kriegsgefangene italienische Militärärzte den ärztlichen Dienst bei den Zivilpatienten.

Trotz der durch die stets zunehmende Lebensmittelnot hervorgerufenen Unterernährung blieb in den flacheren Teilen des besetzten Gebietes der Gesundheitszustand der Bevölkerung im großen ganzen bis zum Juli 1918 recht günstig. Die Zahl der Geburten in der Flachlandzone überstieg die Zahl der Todesfälle; im Mai 499 Geburten, 338 Todesfälle. Dagegen traten im Gebirge schon im April Erkrankungen und in den späteren Monaten auch Todesfälle infolge Unterernährung auf. Die betroffenen Wohlfahrtseinrichtungen waren bei der Kargheit der Mittel nicht imstande, dem mehr und mehr um sich greifenden Mangel allüberall zu steuern. Im August griff die Unterernährung auch auf das Flachland über; in diesem Monat standen infolge vermehrter Kinder- und Greisensterblichkeit im ganzen besetzten Gebiet 802 Geburten schon 1017 Todesfälle gegenüber. Angesichts des Elends und der Hungersterblichkeit in ausgedehnten Gebieten des eigenen Landes und angesichts der völlig unzureichenden Ernährung der Armeen stand die Militärverwaltung dieser Folge des Krieges machtlos gegenüber.

An bemerkenswerteren Krankheitsformen kamen sporadisch vor: Dyphtherie, Typhus, Tuberkulose, Ruhr, Paratyphus, Erysipel, Masern, Scharlach, Meningitis und Pellagra (z. B. im Juli: Scharlach 14, Typhus 31, Paratyphus B 12, Dysenterie 23 Fälle, sporadisch verteilt auf 366 Ortschaften). An Epidemien gab es: eine solche an Blattern in Tricesimo im Juli und August 1918 mit 32 Fällen — 6 tödlich — und eine influenzaartige Massenerkrankung mit gutartigem Verlauf unter den am Bahnbau Toblach—Cortina beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen. Schon vor Ausbruch der Blatternepidemie war ein großer Teil der Bevölkerung mit militärischerseits beigestelltem Impfstoff geimpft worden; die Epidemie gab Anlaß, die Impfung mit frischem, aus Wien bezogenem Impfstoff zu erneuern.

Im Interesse der Armeen, aber auch der Bevölkerung fand die Bekämpfung der Malaria besondere Obsorge. Bekannt war, daß besonders der Küstensaum stark von Malaria durchseucht ist und daß die im Frieden von den italienischen Behörden wohlorganisierte Malariabekämpfung während der Kriegsjahre an Intensität eingebüßt hatte. Die durch die Salubritätskommissionen der Armeen eingeleitete Erforschung der latenten Malaria-träger ergab, daß an der Küste, speziell im Distrikte S. Giorgio di Nogara, 60 % der Bevölkerung an Malaria (hauptsächlich an tropica, dann an tertiana, seltener an quartana) erkrankt waren. In der nördlichen Flachlandzone sowie im Gebirge wurden keine Malariker vorgefunden. Die Behandlung der rezidivierenden Malariker erfolgte unter Verwendung von sechs Millionen vorgefundener Chininpastillen; weitere nötige zehn Millionen entstammten eigenen Vorräten. Bis in den Juni hinein blieben die Malariaerkrankungen in engen Grenzen; erst der Juli brachte eine starke Steigerung auf 2024 Fälle (1845 tertiana, 173 tropica, 6 quartana), wobei man auch im Gebirge 11 eingeschleppte Fälle zählte. Im August nahm die Zahl der Malariaerkrankungen wieder wesentlich ab.

Um das Übergreifen der Malaria aus dem hauptsächlich verseuchten Distrikt S. Giorgio di Nogara auf die durchziehenden Transporte zu verhindern, wurden Bahn und Straße Torre Zuino—Portogruaro, die südliche Hauptetappenlinie, von den malariaverseuchten Einwohnern freigemacht, die in einen als Malariasperrgebiet erklärten Raum südlich der genannten Strecke übersiedeln mußten. Diese harte Maßregel erfuhr eine Milderung, indem die Militärverwaltung für Unterbringung und Verköstigung der Evakuierten sowie für die Verwaltung der verlassenen Anwesen nach besten Kräften sorgte.

Die italienischen Zivilirrenanstalten waren vom Personal verlassen worden, ohne daß irgendwelche Vorsorgen für die dort untergebrachten, bedauernswerten Kranken getroffen worden wären. Um rasch Abhilfe zu schaffen, wurden diese Anstalten wie auch die vorgefundene Greisenasyle zunächst den in der Nähe etablierten Militärspitälern angegliedert. In der Folge übernahm die in Palmanuovo mit 146 Betten für männliche und 191 Betten für weibliche Kranke errichtete Zivilirrenabteilung die Kranken aus den nahe der Kampffront liegenden Anstalten Oderzo und Serravalle.

Um der geheimen Prostitution und der hiedurch verursachten Zunahme der Geschlechtskrankheiten entgegenzuwirken, förderte man die Errichtung von Toleranzhäusern, in welchen strenge ärztliche Prophylaxe herrschte.

An Stelle der meist geflüchteten Ziviltierärzte versahen die tierärztlichen Agenden die bei den Distriktskommandos eingeteilten Militärtierärzte. Der Gesundheits- und Ernährungszustand der Haustiere war während der ganzen Dauer der Besetzung zufriedenstellend; ausgebreitete Tierseuchen traten nirgends auf. Vereinzelt waren Maul- und Klauenseuche, Räude, Hundswut und Hühnercholera zu konstatieren.

Handel und Verkehr.

Bei der Übernahme der Verwaltung waren fast sämtliche Geschäfte und Erzeugungsstätten des Landes geschlossen, zum großen Teil ihrer Warenvorräte entblößt, ihre Bücher vernichtet und zerstreut, die Firmeninhaber der großen Mehrzahl nach geflohen. Die Militärverwaltung war bestrebt, die Geschäftstätigkeit wieder in Gang zu bringen, um den Schleichhandel und die Warenhinterziehung hintanzuhalten und die Bedarfsdeckung wieder auf legalem Wege zu ermöglichen.

Zwecks Ausübung der Gewerbe waren Gewerbescheine zu lösen, über welche ein Zentralgewerbekataster Aufschluß gab. Einem größeren Aufschwung von Handel und Gewerbe stand jedoch der empfindliche Mangel an Waren, Rohstoffen und Werkzeugen entgegen, der im weiteren Verlauf immer drückender wurde, weil Einfuhrbewilligungen aus dem selbst schon aufs äußerste notleidenden Hinterland auf größte Schwierigkeiten stießen. Immerhin wurden bis Ende September 1918 2500 Gewerbescheine verlangt und ausgefolgt.

Der drückende Warenmangel führte mehr und mehr zum Tauschhandel. Nur der Marktverkehr in größeren Ortschaften, wohin die Landbevölkerung ihre Bodenprodukte brachte, nahm eine erfreuliche Entwicklung. Marktkommissäre sorgten hiebei für eine entsprechende Preisbildung.

Zur Beschaffung von Waren aus dem Hinterlande für die Bevölkerung diente die Warenverkehrsstelle, die sich die Einfuhr von landwirtschaftlichen Geräten, Werkzeugen, Eisen und Eisenwaren, Hausgeräten, Bekleidungsersatzstoffen und den als Monopol erklärten Artikeln, wie Zucker, Salz, Zünder, Spiritus

und Petroleum, angelegen sein ließ. Nach Maßgabe der eingeführten Mengen erhielt die Bevölkerung Zucker für 18'53 Lire pro Kilogramm, Zünder für 0'21 pro Schachtel, Brennspritus für 7'37, Feinspritus für 21'05, Petroleum für 1'26 pro Liter.

Ein wesentliches Hindernis für die Belebung des Geschäftsverkehrs bildeten auch die von den Kommandos und Truppen ausgegebenen Requisitionsscheine für in Anspruch genommene Güter und Waren, weil hiedurch die Geldmittel der Bevölkerung immobilisiert wurden. Als Vorbereitung zu ihrer Einlösung wurde die Bevölkerung eingeladen, die Requisitionsscheine und die Ansprüche aus nicht bescheinigten Requisitionen bei den Distriktskommandos gegen beglaubigte Abschriften einzubringen. Die Sammlung und Sichtung, eine sehr umfangreiche Arbeit, war bis Ende August 1918 fast vollständig beendet. Ein aufzustellendes «Entschädigungsamt für Italien», dessen Organisationsentwurf bereits vorlag, sollte die aus den Requisitionen stammenden Forderungen im ganzen besetzten Gebiete nach gleichen Grundsätzen liquidieren. Das Distriktskommando Cividale hatte rund 18.000, Pordenone 12.000, Maniago 8000, Belluno 4000 Ansprüche entgegengenommen.

Um den in Österreich-Ungarn und Deutschland wohnhaften Gläubigern, die Forderungen an Bewohner des besetzten Gebietes hatten, deren Erhalt zu ermöglichen, konnte die Vermittlung der Militärverwaltung angerufen werden, was auch in einigen Fällen geschah.

Bald nach der Besetzung des Gebietes stellte die in Udine etablierte Etappen-Post- und Telegraphendirektion in den bedeutenderen Orten des Verwaltungsraumes Post- und Telegraphenanstalten auf, deren Zahl sich nach und nach auf 14 Etappenpostämter, 6 Etappen-Telephon- und Telegraphenämter und 14 Etappen-Telephonstationen steigerte.

Die Benützung der Post- und Telegraphen- (Telephon-) Einrichtungen war zunächst nur den Angehörigen der Armeen gestattet. Erst nach Stabilisierung der Verwaltung wurde der Privatpostverkehr auch der Bevölkerung zwischen den Orten des besetzten Gebietes, dann mit den Bewohnern Österreich-Ungarns, endlich mit den in diesem Staate befindlichen italienischen Kriegsgefangenen freigegeben. Hierbei konnten Postkarten, offene Briefe, Drucksachen, Warenproben und Briefe mit Wertangabe zur Auf- und Abgabe gelangen; Postanweisung

gen bis 500 K und Pakete bis 5 kg (ohne Wertangabe) waren nur zur Aufgabe zugelassen. Zur Frankierung dienten die gewöhnlichen Feldpostwertzeichen.

Bei dem Darniederliegen des Geschäfts- und Handelsverkehrs scheint das postalische Verkehrsbedürfnis der Bevölkerung nicht eben groß gewesen zu sein, da nach Freigabe des Privatpostverkehrs nur eine unbedeutende Zahl von Privatsendungen zu verzeichnen war, die sich auch späterhin nur auf etwa 2500 Stück im Tagesdurchschnitt hob.

Dagegen war die Inanspruchnahme der Postanstalten durch die Kommandos und Personen der Armeen bedeutend. Von Anfang März bis Ende August 1918 wurden zusammen

	a u f g e g e b e n		a b g e g e b e n	
	Stück	im Werte von K	Stück	im Werte von K
Postanweisungen	84.135	13,265.662'—	46.321	5,005.953'—
Spareinlagen	7.775	6,546.041'—	—	—
Geldbriefe	1.117	3,900.900'—	1.959	12,625.242'—
Rekommandierte Briefe . . .	144.189	—	175.253	—
Pakete	63.609	—	57.023	—
Wertpakete	—	—	207	2,395.624'—

Die Zahl der täglich aufgegebenen Briefe kann auf 500.000, jene der einfachen Karten auf täglich 900.000 geschätzt werden.

An Telegrammen wurden in dieser Zeit

aufgenommen rund	70.000,	hievon telephonisch befördert rund	31.000,
abgegeben	„ 96.000,	„ „	„ 42.000,
transitiert	„ 213.000,	„ „	„ 59.000.

Hiefür standen etwa 50 Morse-, 4 Hughes- und für den interurbanen Telephonverkehr 77 Fernleitungen zur Verfügung.

Die Verhinderung der postalischen Übermittlung von Nachrichten, die militärische oder staatliche Interessen schädigen konnten, war Pflicht der in Udine errichteten Zensurstelle, die alle Zivilpostsendungen, stichprobenweise aber auch die Feldpostsendungen zu zensurieren hatte. Durchschnittlich kamen täglich etwa 2500 Zivilsendungen zur Zensur, die von drei Zensoren binnen 24 Stunden ausgeübt sein mußte.

Den Verkehr zwischen der Bevölkerung des besetzten Gebietes und den anderen Teilen Italiens vermittelte das gemeinsame Zentralnachweisbureau in Wien. Dessen Expositur in Udine übernahm die von der Bevölkerung geschriebenen offenen Karten und übertrug die Mitteilungen durch militärisch

überwachte Hilfskräfte, meist Frauen (auch einheimische), auf amtlich aufgelegte Karten, die im Wege des gemeinsamen Zentralnachweisebureaus über die Schweiz den Adressaten zugesendet wurden. In reziproker Art erhielt die Bevölkerung des besetzten Gebietes Nachrichten aus Italien.

Um dem Neuigkeitsbedürfnisse der Bevölkerung zu entsprechen und ihr die Tagesnachrichten in militärisch erwünschter Tendenz zu bringen, wurden unter militärischer Leitung Tages- und Wochenblätter herausgegeben. Sie brachten auch die administrativen Maßnahmen der Militärbehörden sowie Artikel und Wünsche der Einwohner. Der Druck erfolgte auf den Maschinen des bestandenen «Giornale di Udine», die instand gesetzt werden mußten.

Der in italienischer Sprache redigierte «Gazzetto del Veneto» erschien zum erstenmal am 1. Jänner 1918, zunächst als Wochenblatt in 5000 Exemplaren; infolge der günstigen Aufnahme stieg die Auflagezahl von Monat zu Monat und erreichte ab Mai 21.600 Exemplare; von Februar bis April erschien er dreimal wöchentlich, ab Mai täglich. Als Beilage hiezu erschien ab Juni die illustrierte «Domenica della Gazzetta» in 8000 Exemplaren. Der Abgabepreis betrug 10, später 15 Centesimi, womit ein nicht unbedeutender Reingewinn erzielt wurde.

Zum Vertrieb unter den Truppen und Kommandos erschien das deutsch geschriebene Tagblatt für Venetien und Friaul ab Juli 1918 in einer Auflage von 5300 Exemplaren täglich. Der Mangel einer direkten telephonischen Zeitungsberichterstattung, Versandschwierigkeiten und die Überlastung des Redaktionspersonals brachten es mit sich, daß dessen Nachrichten oft später als in den bei den Lesern eingetroffenen Grazer und Wiener Zeitungen erschienen, so daß die Nachfrage nach diesem Tagblatt gering blieb.

Das reich entwickelte Straßennetz des besetzten Gebietes hatte durch die militärischen Operationen im allgemeinen wenig gelitten; nur die Brücken über die zahlreichen Flüsse waren zum Teil durch die flüchtenden Italiener zerstört worden. Sie konnten zumeist sehr rasch mit an Ort und Stelle vorgefundenen, behelfsmäßigen Mitteln wieder hergestellt werden, wobei technisch höchst interessante Improvisationen zur Anwendung gelangten.

Die Straßenbrücke über den 1000 m breiten Tagliamento westlich Codroipo erbaute eine Brückenkompanie unter Ausnützung von bereits fertig vorgefundenen gemauerten Strompfeilern als permanente Holzkonstruktion in 14 Arbeitstagen; in Cividale wurde die Brücke über den zwischen steilen Felsufern fließenden 40 m breiten Natisone in Eisenbetonkonstruktion wieder errichtet.

Die Pflege der Straßen, die mit ihrer meist nur leichten Schotterunterlage dem starken Lastautoverkehr (noch dazu mit eisenbeschlagenen Rädern!) nicht gewachsen waren, erforderte ständig zahlreiche Arbeitskräfte, als welche meist die Kriegsgefangenen von anderen Kriegsschauplätzen verwendet wurden. In und in der Nähe von Ortschaften hatten die Gemeindeämter für die Instandhaltung der Straßen zu sorgen.

Der gesamte Bahnbetrieb im besetzten Gebiet erfolgte durch das in Udine errichtete Heeresbahnkommando Südwest, das dort seine Tätigkeit anfangs November 1917 begann.

Die schwierige Gebirgsstrecke Pontafel—Per la Carnia war durch die zurückgehenden italienischen Truppen nur wenig beschädigt worden, so daß schon am 12. November österreichische Züge in Udine einrollen konnten. Auch die Wiederherstellung der durch die 2½-jährigen Karstkämpfe arg zerstörten Staats- und Südbahnstrecken sowie der beim Rückzug der Italiener gesprengten Eisenbahnobjekte im besetzten Gebiet ging, dank der hervorragenden Leitung und der ausgezeichneten Leistungen der Eisenbahntruppen, rasch vor sich; der Betrieb auf diesen Strecken wurde Ende November 1917 aufgenommen.

Die infolge der militärischen Situation weniger wichtige Bahnlinie Görz—Aßling, in deren Zuge der freitragende Einbau einer Eisenbahnkriegsbrücke mit 93 m freier Spannweite eine militärtechnische Glanzleistung darstellte, wurde am 1. Mai 1918 fertiggestellt.

Landwirtschaft.

Im Frieden wies das besetzte Gebiet, dank seiner arbeitsamen, fleißigen Bevölkerung, weiten Strecken fruchtbaren Bodens und günstiger klimatischer Verhältnisse eine reiche Bodenkultur auf. Die kulturfähige Fläche betrug ungefähr 260.000 ha.

An Körnerfrucht wurden hauptsächlich Mais, dann Weizen, Roggen, in höher liegenden Teilen Gerste und Hafer, als Nachfrucht Cinquantin, Stoppelrübe, Buchweizen und Raps angebaut.

In der Ebene herrschte ausgedehnte Weinkultur; die Küstenregion zeigte viele Reisfelder. Gut gehaltene Kunstwiesen und viele Kleeschläge lieferten reichen Ertrag an Futtermitteln für die in hoher Blüte stehende Viehzucht, die mit großem Verständnis, insbesondere im Gebirge, betrieben wurde. Zahlreiche Maulbeerbäume an den Straßen und in den Weingärten gaben die Möglichkeit zu emsiger Seidenzucht, die hauptsächlich die Frauen mit Liebe und Hingebung pflegten. Dagegen war der Kartoffelanbau weniger von Bedeutung; auch Obst- und Gemüsekultur erfolgten zumeist nur in den Hausgärten und waren von geringerem Belang. Nur an den Südhängen des Gebirges, in den Umgebungen von Tareento, S. Pietro, Maniago und Vittorio, gab es umfassenderen Obstbau. Feigenbäume waren nicht eben häufig.

Der statistische Jahresdurchschnitt 1909/11 ergab beispielsweise für die Provinz Udine bei einer Bevölkerungsziffer von 640.000 Köpfen einen Ertrag von 3200 Waggons Weizen, 12.000 Waggons Mais, erhebliche Mengen von Hülsenfrüchten und 5000 Waggons Trauben. Etwa 50 % der Anbaufläche dieser Provinz entfielen auf Wiesen.

Die Bewirtschaftung während der Besetzung zeitigte folgende Ergebnisse:

Körnerfrucht: Der Winteranbau umfaßte nur 12 % der Ackerfläche; dagegen wurde der Frühjahrsanbau durch die Bevölkerung eifrig betrieben, wobei sie durch die Beistellung militärischer Besspannungszüge unterstützt wurde. Bis Juni waren 85 % der Anbaufläche angebaut, und zwar 27.100 ha mit Edelgetreide, 84.590 ha mit Mais, 2816 ha mit Hafer, 5250 ha mit Kartoffeln, 39.800 ha mit Klee und 18.150 ha mit sonstigen Feldfrüchten. Das Saatgut lieferten die Landesvorräte, doch mußten 8 Waggons Kartoffeln, 18 Waggons Hafer, 1 Waggon Gerste und 100 Waggons Mais aus dem Hinterland zugeschoben werden. Ackergeräte waren genügend vorhanden; zur Ergänzung zog man 20 Sämaschinen, 200 Pflüge und 400 Eggen aus dem Hinterland heran. Für Motorpflüge bot sich meist keine Verwendungsmöglichkeit; es traten nur einzelne in Aktion.

Der regnerische und kalte Frühsommer 1918 bewirkte gegen sonstige Jahre eine Verspätung der Ernte um zwei bis drei Wochen; im Flachland wurde der Schnitt von Weizen und Roggen erst im Juli, in den übrigen Teilen im August beendet.

Durch Zuweisung von Ernte-Marschkompagnien, Kriegsgefangenen-Arbeiterabteilungen und Bespannungszügen förderten die militärischen Stellen die Ernteeinbringung, die andernfalls infolge des eingetretenen Mangels an Zugvieh gefährdet gewesen wäre.

Das Ertragnis der Ernte an Edelgetreide beschlagnahmte die Militärverwaltung; behufs sicherer Erfassung durfte der Drusch nur auf den gemeindeweise bestimmten Druschplätzen unter militärischer Aufsicht erfolgen; desgleichen stand die Vermahlung der Frucht unter Kontrolle und durfte nur in größeren Mühlen geschehen.

Das Ergebnis der Ernte an Edelgetreide entsprach nicht ganz den daran geknüpften Erwartungen, weil die hungernde Bevölkerung — besonders im Gebirge — die Halme mit den noch unreifen Körnern geschnitten, am Feuer getrocknet und letztere verzehrt hatte; auch klopfte sie vielfach das Getreide vor der Zufuhr zu den Druschplätzen aus. Immerhin wurden zirka 1600 Waggons Edelgetreide erfaßt, wovon bis zur Einbringung der Maisernte 680 Waggons als sechzig tägiger Ernährungsvorrat für die Bevölkerung, 270 Waggons als Saatgut nötig waren, so daß für die Besatzungstruppen nur 650 Waggons übrigblieben.

Die Maisfelder zeigten eine kräftige, gesunde Entwicklung und versprachen eine gute Mittelernte; das Brechen von Mais findet erst Ende Oktober statt, so daß die Maisernte des Jahres 1918 nicht mehr erfaßt werden konnte.

Weinbau: Die Bevölkerung war eifrig beflissen, die Weingärten für die Ertragperiode 1918 instand zu setzen. Da jedoch der größte Teil des im Lande vorhandenen Schwefels und Kupfervitriols in das Hinterland abgeschoben worden war, fehlte es bald an den zur Bekämpfung der Weinschädlinge nötigen Mitteln, was sich im Verein mit der für die Rebenentwicklung höchst ungünstigen Witterung in verhängnisvollster Weise fühlbar machte. Der Zuschub von fünf Waggons Kupfervitriol und fünf Waggons Kupferkalkpasta «Bosna» im Juni konnte die Weinernte nicht mehr retten, da diese Mittel einerseits zu spät eintrafen, andererseits die Bevölkerung ihrer Verwendung auch passiven Widerstand entgegengesetzte, wozu der hohe Abgabepreis beigetragen haben mag. Peronospora und Oidium traten derart verheerend auf, daß der größte Teil der Weingärten ver-

dorrte. Nur die Reben auf amerikanischen Grundlage erwiesen sich als widerstandsfähiger. Zahlreiche Hagelschläge, viele Diebstähle — insbesondere in dem Kampfgebiet — und die Benützung der Weingärten zum Verbergen der Truppen gegen Fliegersicht taten das übrige, um die Weinernte des Jahres 1918 auf kaum ein Zehntel einer normalen zu vermindern.

Obstkultur: Trotz des durch die Witterung begünstigten Auftretens von vielen tierischen und pflanzlichen Schädlingen, wie grüne und schwarze Blattlaus, Blutlaus, Prozessionsspinner und Mehltau, wäre eine gute Mittelernte zu erwarten gewesen. Doch wurden die Früchte in noch unreifem Zustand sowohl von der Bewohnerschaft wie von den Truppen gepflückt und verzehrt, so daß die erfaßbare Ernte kaum nennenswert war. Nur Nüsse und Edelkastanien lieferten ein besseres Ertragnis.

Gemüsebau: Dieser wurde in großem Stile organisiert. Bis in die vorderste Kampflinie hinein legte jede Truppe und militärische Anstalt Gemüsegärten an, wozu das Hinterland den erforderlichen Samen rechtzeitig beistellte. Das Ertragnis war sehr zufriedenstellend, indem nicht nur der ganze Bedarf der Armeen an Frischgemüse gedeckt und die Märkte gut beschickt, sondern auch erhebliche Mengen der Konservierung auf den hiezu eingerichteten Malzdarren der mangels an Rohprodukten stillstehenden Brauereien zugeführt werden konnten. Besonders die Paradeisernte war reich; große Überschüsse über den laufenden Bedarf wurden in der Konservenfabrik Aquileja zu Konserven verarbeitet.

Um das Hinterland von der Lieferung des teuren Gemüsesamens zu entlasten und den für das nächste Jahr benötigten Gemüsesamen im Lande selbst zu produzieren, wurden einige Gemüsesamenstationen angelegt. Infolge Unvertrautheit mit den klimatischen Verhältnissen und häufiger Hagelschläge war der Erfolg wenig befriedigend; kaum lieferte die Ernte den Eigenbedarf der Armeen; für die Abgabe an das Hinterland blieb nichts übrig.

Rizinuskultur: Um dem absoluten Mangel an Rizinusöl im Hinterland abzuhelpen, wurde der Anbau von Rizinus gefördert; die Ernte ergab zirka 400 bis 500 q.

Futtermittel: Die häufigen Niederschläge begünstigten die Entwicklung der Wiesen und Kleeschläge; sie konnten bis zu dreimal gemäht werden, wobei militärische Formationen weitgehend

halfen. An Wiesen- und Kleeheu wurden 68.300, an Stroh 16.000 Waggons eingebracht. Die zur Streckung der Futtermittel angeordnete Sammlung von Laubheu ergab 25 Waggons.

Viehzeit: Eine Statistik des Jahres 1908 gibt den Stand an Kühen, Ochsen und Kälbern im besetzten Gebiet mit zirka 340.000 Stück an. Schon durch das italienische Heer war dieser Stand wesentlich gelichtet worden; der Bedarf der österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen brachte eine weitere Verminderung. Immerhin zeigte eine Bestandsaufnahme im März 1918 noch 98.000 Milchkühe, 13.600 Ochsen und 28.500 Kälber. Der gänzlich unzureichende Nachschub an Schlachtvieh und sonstigen Verpflegsartikeln aus dem Hinterland zwang in der Folge gebieterisch dazu, die Viehbestände des Landes noch weiter zur Verpflegung der Armeen heranzuziehen, um diese wenigstens notdürftig zu ernähren; hiedurch sank aber der Viehstand bis Ende August auf zirka 60.000 Stück, d. h. auf nur mehr 1 Rind für 13 Einwohner. Um eine letzte Reserve für etwa eintretende Katastrophen zu bewahren, behielt sich daher seit 20. August 1918 das Heeresgruppenkommando das alleinige Recht zur Viehrequisition vor.

Um die züchterisch hochwertigen Rassekühe Friauls zu erhalten und an ihrer statt züchterisch belangloses Schlachtvieh dem Konsum zuzuführen, gingen über Betreiben Ungarns 1996 Zuchtkühe mit einem Durchschnittsgewicht von 487 kg dahin ab, wogegen von dort 3500 Stück (Durchschnittsgewicht 277 kg) als Ersatz eintrafen, die an die bedürftigsten Einwohner abgegeben wurden.

Die Entnahme so bedeutender Viehbestände aus dem Lande verursachte sowohl den empfindlichsten Mangel an Zugvieh bei der Frühjahrsbestellung, der Ernteeinbringung und beim Herbstanbau, als auch eine wesentliche Verringerung der Milchproduktion, so daß die besonders im gebirgigen Teil zahlreich bestehenden Molkereien und Käsereien den Betrieb einstellen mußten. Dies drückte die Ernährungslage der Bevölkerung, die eben im Gebirge auf der Viehzucht und der Verwertung ihrer Produkte aufgebaut ist, derart herab, daß Hungersnot und Hungerkrankheiten sowie Todesfälle die Folge waren.

Dem Bestand an anderen Nutztieren kam im besetzten Gebiet nicht jene Bedeutung wie dem Rinde zu. Die Zahl der Pferde hatte sich von zirka 22.000 im Frieden auf ein Zwölftel.

jene der Esel von 15.000 auf die Hälfte, jene der Ziegen von 32.000 auf die Hälfte, jene der Schafe von 80.000 auf ein Drittel, jene der Schweine von 100.000 auf ein Fünftel vermindert. Der Stand an Geflügel, nur dem Hausbedarf entsprechend und nicht bedeutend, schwankte zwischen 150.000 und 200.000 Stück und wurde durch das Verbot, Hennen und Küken zu schlachten, auf der Höhe erhalten.

Bienenzucht: Obwohl die reichen Kleefelder für die Bienenzucht vorzügliche Bedingungen gewährten, war diese schon bei der Besetzung des Landes nur mehr unbedeutend, da durch verständnisloses Ausrotten der meisten Bienenstände nur einzelne Völker erhalten blieben; ihre Hebung wurde angestrebt.

Fischfang: Der sonst reiche Bestand der Flüsse an Fischen war durch Raubfischerei schon bei der Landnahme fast völlig vernichtet; die an der Küste mit Zivildischern und auch durch die Kriegsmarine wieder aufgenommene Seefischerei mit Treibnetzen ergab monatlich 40 bis 100 q Ausbeute, die teils an die Truppen, teils an die Bevölkerung abgegeben wurde.

Jagd: Das besetzte Gebiet hatte sehr wenig Wild. Nur Federwild wurde in etwas größerer Zahl erlegt. Auffallend war die Vermehrung der Füchse und Dachse im Gebirge, wogegen Schutzmaßnahmen einsetzten.

Landwirtschaftliche Industrien: An solchen zählte man 15 größere und über 500 kleinere Mühlen, gegen 30 Branntweimbrennereien, welche die großen Mengen an Trestern und Weintrückständen verarbeiteten, vier größere Bierbrauereien, zahlreiche Molkereien und Käsereien und mehrere Essigfabriken. Jene in Udine erhielt militärischen Betrieb und erzeugte bis zu 20 hl Essig täglich. Die Korbflechtereien in Gemona, Belluno und Tolmezzo nahmen unter militärischer Förderung den Betrieb wieder auf; sie erzeugten monatlich bis zu 14.000 Körbe für den Obstversand und für Tragtiere.

Der drückende Mangel des Hinterlandes an spinnbaren Fasern sowie der Wunsch, der Bevölkerung eine ihr gewohnte Verdienstmöglichkeit zu sichern, veranlaßten die Militärverwaltung, der Seidenzucht ihr ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden. Gleich nach der Besitznahme des Landes organisierten daher aus Österreich, Ungarn und Deutschland berufene Sachverständige die Vorkehrungen für die Zuchtperiode 1918. Der vorgefundene Seidenraupensamen (115.000 Unzen) wurde fach-

gemäß geborgen, sortiert und nach Trient in die dort bestehenden Anlagen zur Überwinterung gebracht. Im Verwaltungsgebiet wurden acht Seidenzuchtbezirke mit je einem Offizier als Leiter gebildet; die Samenbereitungshäuser in Vittorio, Canova und Sacile wurden instand gesetzt.

Bei der sodann im Frühjahr durch die Zeitungen zur Zucht eingeladenen Bevölkerung des besetzten Gebietes wurden 50.000 Unzen untergebracht, während 5000 Unzen die Seidenzucht der Türkei, 10.000 Unzen Bulgarien, 5000 Unzen das besetzte Gebiet Rumäniens, 3000 Unzen das österreichische Küstenland und 2000 Unzen die Südtiroler Seidenzucht erhielten; ein Rest von 40.000 Unzen verblieb in Trient. Dank der guten Vorbereitungen traten trotz ungünstigen Wetters bei der Frühjahrszucht keine die Seidenraupenzucht schädigenden Krankheiten auf; die Ernte ergab in Qualität und Quantität ein sehr gutes Resultat. Es kamen 3.298.335 kg Kokons — darunter nur 179.173 kg Doppi und Seario — zur Einlösung, wofür in 31 Einlösungsstellen zirka 25 Millionen Lire an die Bevölkerung zur Auszahlung gelangten. Für Reproduktionszucht dienten 44.845 kg Reale-Kokons, die 60.000 Unzen Samen ergaben.

Das für die Zucht nötige Papier lieferten die Bestände des Landes, die erforderlichen Nachlichter wurden in eigener Regie erzeugt. Das Betreten der Zuchträume war allen Unberufenen, insbesondere den Militärpersonen, strengstens verboten; die Abhaltung lärmender Veranstaltungen, so auch Schießübungen, in der Nähe der Raupenzuchthäuser war untersagt.

Ermuntert durch den Erfolg der ersten Zucht ging man, da noch genügend Laub vorhanden war, der in Trient verbliebene Samen noch 75 % Keimfähigkeit hatte und der wohl organisierte Apparat der ersten Zucht noch bestand, trotz des vorausschendenden Widerstandes der Züchter auch an eine Herbstzucht.

Hiefür konnten in sieben Zuchtbezirken (Oderzo entfiel mit Rücksicht auf die Nähe der Front) 7600 Unzen untergebracht werden, wobei den Züchtern zur Entschädigung ihrer Mehrarbeit der Samen gratis abgegeben und der Einlösungspreis pro Kilogramm Reale auf 12 Lire, pro Kilogramm Seario auf 4 Lire erhöht wurde. Infolge auftretender Schlafsucht nach der dritten und vierten Häutung war das Ergebnis der Herbstzucht unbefriedigend; es kamen nur 80.000 kg Kokons, darunter 4000 kg Seario und Doppi, zur Einlösung.

Von den im Lande bestehenden Seidenspinnereien wurden 10 mit 1020 Spinnbecken unter österreichisch-ungarischer, 15 mit 1080 Spinnbecken unter deutscher Leitung wieder betriebsfähig gemacht; sie erzeugten im Tagesdurchschnitt etwa 1100 kg Grège. Die in Betrieb gesetzte Tramenzwirnerie in Venzone erreichte eine Monatsproduktion von beiläufig 1000 kg. Die Chappespinnerei in Tarcento sowie die nächst der Front liegenden Seidenspinnereien konnten infolge weitgehender Zerstörungen nicht betriebsfähig gemacht werden.

Da aus der Ernte 1917 zirka 600.000 kg Kokons vorgefunden worden waren, die Ernte 1918 eine Million Kilogramm getrocknete Kokons ergab, konnten die betriebsfähigen Spinnereien des besetzten Gebietes erst im Juni 1919 mit deren Aufarbeitung fertig werden. Um den möglichen Schwankungen der Kriegslage Rechnung zu tragen, wurden zirka 300.000 kg Trockkokons in das zu diesem Zwecke adaptierte Hotel Goldeck in Spittal a. d. Drau zurückgeschafft. Die in den Spinnereien erzeugten Seidenprodukte gelangten fallweise an das Hinterland zur Versendung.

*

Nachdem die Besetzung des Landes nach eingebrachter Ernte erfolgte, konnte aus den vorgefundenen reichen Vorräten an Bodenprodukten und Schlachtvieh nicht nur der gesamte Bedarf der Armeen während der Operationen und noch geraume Zeit nachher gedeckt, eine erhebliche Menge nach Österreich-Ungarn und Deutschland abgegeben, sondern auch die Ernährung der Bevölkerung voll bestritten werden. Salzvorräte fehlten jedoch, da die Dotierung der Landesmagazine hiemit erst im Spätherbst zu erfolgen pflegte. Erst ab November 1917 konnten durch Zuschübe aus dem Hinterland geringere Mengen dieses unentbehrlichen Genußmittels an die Bevölkerung teils unentgeltlich, teils gegen Barzahlung abgegeben werden. Desgleichen mangelte es an Zucker, Kaffee und Rauchsorten.

In der Erkenntnis, daß angesichts der schon damals krisenhaften Ernährungslage der Mittelmächte äußerstes Haushalten geboten war, um bis zur Ernte des Jahres 1918 durchzuhalten, wurde bereits im November 1917 die Kopfquote der Bevölkerung an Mehl auf 200 g, im Jänner 1918 auf 150 g pro Tag und Einwohner festgesetzt. Zur Sicherung der Durchführung wurden

die bei den Bewohnern befindlichen Mehl- und Fruehtvorräte in Gemeinde- und Distriktsmagazinen geborgen, aus welchen die Familien die auf sie entfallenden Quoten wochenweise erhielten.

Durch diese Maßnahme konnte die Ernährung der Bevölkerung der Flachlandsgebiete annähernd bis zur Einbringung der neuen Ernte sichergestellt werden; in den gebirgigen Distrikten, die auch im Frieden auf die Einfuhr von Mahlprodukten angewiesen waren, trat jedoch schon ab Februar 1918 Mangel ein, so daß dorthin trotz größter Notlage des Hinterlandes vielfach Aushilfen aus den Beständen des Flachlandes und auch aus Armeevorräten gesendet werden mußten. Sie konnten allerdings nicht so ausreichend sein, um der dort auftretenden Hungersnot allgemein vorzubeugen; war doch auch die Bevölkerung Österreichs in Dalmatien, den Grenzgebirgen Böhmens und anderer Gebiete gezwungen, in den Unkräutern der Felder Ersatz für das fehlende Brot zu suchen und mußten dort Kinder schon im frühesten Alter ihren Hunger dadurch stillen, daß sie aus verkümmerten Ähren die kaum mähreifen Körner roh aufzehrten. Die Hungerbilder, die diese Gegenden boten, waren unvergleichlich erbarmenswürdiger als die Hungererscheinungen im besetzten Italien.

Die Einleitung diplomatischer Schritte behufs Zufuhr von Lebensmitteln über die Schweiz unter internationaler Kontrolle war wegen voraussichtlicher Ergebnislosigkeit und politischer Bedenken untunlich. Der Versuch, im Wege des Roten Kreuzes Lebensmittel für die italienische Zivilbevölkerung zu erlangen, führte zu keinem Erfolg. Dagegen wurde über Bitte der Bischöfe von Conecordia-Ceneda und Feltre-Belluno beim Heiligen Vater ein Zug mit Lebensmitteln unter Unterstützung der Militärverwaltung via Feldkirch—Pontafel nach Udine geführt und dort von einem Bevollmächtigten der Landesbischöfe übernommen, der die Lebensmittel an die bedürftigsten Gemeinden der Distrikte Feltre, Fonzaso und Belluno verteilte.

Am härtesten traf die Not begreiflicherweise die Armen, deren Zahl die Kriegsereignisse zweifellos erhöht hatten, während der Wohltäter nur wenige vorhanden waren. Die Armenversorgung oblag nach den italienischen Gesetzen den Congregazioni di carità; da deren Mitglieder zumeist unter Mitnahme des Vermögens geflüchtet waren, hatte die Armenversorgung vollständig aufgehört. Um da abzuhelpen, rekonstituierte die Mili-

tärverwaltung die Congregazioni, wobei jedoch die großen Verpflegsschwierigkeiten und die Vermögenslosigkeit aller Gemeinden hindernd einwirkten. Durch die Zuweisung von Strafgeldern und des Erlöses für verfallene Gegenstände seitens der Distriktskommandos an die Gemeinden wurde dieser Geldnot einigermaßen abgeholfen.

Die vielfach bestandenen Pflegeanstalten wurden wieder eröffnet und durch tunlichste Zuwendung von Verpflegungsmitteln unterstützt; so u. a.: Armenhäuser in Fossatta und Portogruaro, Greisenasyl in Belluno, Kleinkinder- und Siechenhaus in Tolmezzo, Waisenhaus in Arta, Siechenhaus in Cividale und Belluno, Kinderasyle in Udine, Pressenico, Muzzano und Palmanova, endlich Kinderhorte und -Gärten in zahlreichen Orten.

Die krassesten Folgen der immer mehr um sich greifenden Hungersnot versuchte die Militärverwaltung durch Errichtung zahlreicher Volksküchen, u. a. in Udine, Maniago, Agordo, Lorenzago, Codroipo, Sacile, S. Daniele usw. zu mildern. Die Ausspeisung erfolgte teils kostenlos, teils gegen geringes Entgelt; die nötigen Verpflegungsmittel, wie Mehl, Salz, Gemüse und Fett, erhielten die Küchen gratis von den militärischen Stellen.

Den im besetzten Gebiete zurückgebliebenen italienischen Staatsbeamten und Pensionisten wurden Gehalte, beziehungsweise Pensionen, den Invaliden, Witwen und Waisen nach Militärpersonen sowie den Familien Eingerückter unter Berücksichtigung der Notlage der Einzelperson Unterstützungen gegeben.

Wirtschaftliche Ausnützung des besetzten Gebietes.

Schon lange vor ihrer Kriegserklärung, bereits im Herbst 1914, hatten die Italiener mit der Einrichtung des Etappenraumes ihrer gegen Österreich-Ungarn aufmarschierenden Armeen begonnen; unterstützt durch Kriegslieferungen fast der ganzen Welt, hatten sie durch weitere 2½ Jahre Tausende von Waggonladungen an Kriegsbedürfnissen und -geräten aller Art in diesem Raume angesammelt. Der unerwartet plötzliche militärische Zusammenbruch ließ ihnen keine Zeit, größere Bestände hievon abzutransportieren; der Versuch hiezum führte im Gegenteil zur Verstopfung ihrer Rückzugslinien, die denn auch viele Kilometer lang derart dicht mit liegen gebliebenen Fuhrwerken, Autos usw. besät waren, daß ein Durcharbeiten ebenso viel Mühe wie Zeit kostete. Ihre Bemühungen zur Zerstörung der in den militäri-

sehen Magazinen aufgestapelten Güter hatten nur bei den Verpflegsartikeln und im Munitionsdepot S. Giovanni di Manzano, das am 31. Oktober eine Explosion zerstörte, teilweisen Erfolg.

Nach den Daten der italienischen offiziellen Untersuchungskommission betrugen die Verluste der italienischen Armeen infolge des Durchbruches von Karfreit 10.000 Tote, 30.000 Verwundete, 293.943 Gefangene, 400.000 Versprengte, 3152 Geschütze, 1732 Minenwerfer, 3000 Maschinengewehre und 300.000 Gewehre. An weiterem Material erbeuteten die Sieger im besetzten Gebiet noch über 300 Waggonladungen technisches Material, 7000 Train- und Spezialfuhrwerke, 100 Waggonladungen Trainmaterial, 900 Waggonladungen Montur- und Ausrüstungssorten, 100 Waggonladungen Sanitätsmaterial, 150 Personautos, 1300 Lastautos, 240 Traktore, 600 Anhänger, 140 Motorräder sowie zahlreiches Luftfahrmaterial. In diesen Ziffern ist das in den Stellungen auf dem Karst und im Hoehgebirge zurückgebliebene Kriegsmaterial nicht enthalten; dieses konnte mangels Arbeitskräften und Transportmitteln von den Siegern übrigens nicht zur Gänze geborgen werden. An Eisenbahnbetriebsmaterial fielen mehrere brauchbare Lokomotiven, viele hundert Waggons der Voll- und Schmalspurbahnen sowie sehr reiches Feldbahnmaterial in unsere Hände.

Zur Erfassung der Kriegsbeute wurde das besetzte Gebiet armeeeweise in Bergeabschnitte geteilt, in welchen Beutesammelstellen die Beute vereinigten und nach brauchbaren, reparaturbedürftigen und unbrauchbaren Sorten sichteteten.

Über die Aufteilung der Beute einigten sich die beiden obersten Heeresleitungen nach äußerst schwierigen Verhandlungen dahin, daß sie im Verhältnisse von 2 für Österreich-Ungarn zu 1 für Deutschland mit gewissen Ausnahmen geteilt wurde. Solche Ausnahmen betrafen u. a. das Eisenbahnmaterial (3 : 1), Kriegsgefangene (1 : 1) und alle Lebensmittel, die in erster Linie zur Verpflegung der in Italien befindlichen Truppen zu verwenden waren.

Die einheitliche Durchführung der Beuteerfassung und -teilung oblag der beim Heeresgruppenkommando aus paritätischen Organen beider Staaten gebildeten Beutegruppe (die Beute an Artilleriematerial bearbeitete eine Artilleriebeutesektion). Infolge geringen Standes an Personal und Transportmitteln vollzog sich deren Tätigkeit höchst langsam, so daß im

besetzten Gebiete die Sammlung und Aufteilung der Beute erst im Mai 1918 beendet war, während diese Arbeit im Küstenland überhaupt nicht zum Abschluß kam.

Der für die Truppen verwendbare Teil der Beute wurde an diese ausgegeben, der andere, entsprechend den Schlüsselvereinbarungen, in das Hinterland abtransportiert. Alle italienischen und ausländischen Hand- und Gewehrgranaten, Wurfgranaten und Wurfminen (180 Waggons), bei denen die Gefahr der Selbstentzündung vorlag, wurden nach Portogruaro geschafft und bei Belvedere ins Meer versenkt.

Bis Ende September 1918 gingen an Beutematerial nach Österreich-Ungarn 5891, nach Deutschland 5025 Waggons ab.

Die Not des Hinterlandes an allen für die Kriegführung unentbehrlichen Rohstoffen zwang überdies dazu, alle im besetzten Gebiet erlangbaren derartigen Stoffe für Kriegszwecke in Anspruch zu nehmen, sie systematisch zu erfassen und nach dem zwischen den Verbündeten vereinbarten Schlüssel in das Hinterland zu transportieren oder direkt an die Armeen auszufolgen.

Die hiemit befaßte Stelle des Heeresgruppenkommandos verfügte hiezu über Vollzugsorgane in den größeren Orten und über mobile Abteilungen zur Durchstreifung des übrigen Landes. Die erfaßten Rohstoffe wurden in materienweise errichtete Sammelager gebracht, dort sortiert, paritätisch geteilt und zum Abschub gebracht; hierbei unterschied man scharf zwischen Kriegsbeute und Landesgütern. Über die abgelieferten Mengen erhielten die Besitzer, beziehungsweise Zwangsverwalter oder Überbringer Bescheinigungen. Eine Barzahlung fand nur ausnahmsweise statt. Die Einlösung der Bescheinigungen war dem zu errichtenden Entschädigungsamt für das besetzte Italien vorbehalten.

Zunächst entnahm man die beschlagnahmten Rohstoffe den verlassenen Fabriken, Werkstätten, Geschäftsläden und Wohnungen; später dehnte sich die Aktion auch auf alle bewohnten und benützten Objekte aus. Um den ganz krassen Mangel der Armeen an Leibwäsche halbwegs zu bessern, mußte als letztes Auskunftsmittel die bei der Bevölkerung im Überfluß vorhandene Leib-, Bett- und Tischwäsche beschlagnahmt werden. Trotz des exzessiven Armeebedarfes blieben hierbei pro Einwohner drei Garnituren Leibwäsche, zwei Polsterüberzüge, drei Betttücher, zwei Handtücher und die ganze Kinderwäsche von

der Abgabe frei; dennoeh konnten den Armeen zirka 335.000 Stück Wäsehe und 107.000 m Wäsehestoffe als Ergebnis der Beschlagnahme übergeben werden.

Um auch die Wolle der meist damit gefüllten Matratzen zu Spinnzwecken heranzuziehen, tauschte man diese gegen See-
gras, das an der Küste unter militärischer Leitung gewonnen wurde, aus; monatlich erzielte man 15 bis 20 Waggons See-
gras, womit täglich 80 bis 100 Matratzen gefüllt wurden. Im oberen Piavegebiet ersetzte man die Matratzenwolle durch Holzwolle aus der Holzwoollfabrik Longarone.

Als Kapokersatz fanden die Schilfrohrblüten Verwendung; ihre Sammlung brachte in den Sommermonaten etwa 20 Waggons ein.

Die in sehr großen Mengen an den Straßen und Lagerplätzen frei umherliegenden Hadern wurden gesammelt, in eigens errichteten Desinfektionsanstalten gereinigt, gesiebt und verpackt in das Hinterland zu weiterer Verarbeitung abgesendet. Das Ergebnis der Sehaufseur und die anfallenden Ziegenhaare mußten abgeliefert werden.

Die bei den Einwohnern in größerer Zahl vorhandenen Hausgeräte aus Kupfer und Zinn waren gegen Ersatz durch Geräte aus Blech abzugeben. Gleichwie im Hinterland fand auch im besetzten Gebiet die Abnahme des Dachkupfers sowie der Blitzableiter statt. Vier Gloekenabnahme-Detachements nahmen die Gloeken ab, wobei jedoeh jene, die wegen ihres Alters oder ihrer künstlerischen Ausführung kunsthistorischen Wert hatten, von der Abnahme ausgenommen blieben. Behufs Zinngewinnung erfolgte auch der Ausbau der Orgelpfeifen durch Faehleute, unter Bedaethnahme auf etwaigen kunsthistorischen Wert, was zirka 5000 kg Zinn ergab.

Pneumatiks fand man nicht; die in den Lagern etwa vorhanden gewesen waren bereits durch die italienischen und eigenen Truppen in Anspruch genommen worden; die Kleinsammlung von Altgummi brachte 8000 kg ein.

Die aus den militärischen und zivilen Schlaehtungen abfallenden Häute, Felle, Därme und Goldsehlägerhäutehen kamen nach faehgemäßer Konservierung zur Verarbeitung in das Hinterland.

Dem großen Mangel an Gerbstoffen half die Aufbringung von Edelkastanienholz ab; sie war zivilen Unternehmern über-

tragen. Aus den Übernahmstellen Cividale und Tarceto kamen etwa 500 Waggon zum Absehb. Aus den Kunstdüngerfabriken in Udine, Portogruaro, Porto Nogara und Noncello, der Kadaververwertungsanlage in Lumignacco und der Kerzen-, Seifen- und Wagenschmierfabrik in Udine gelangten die Chemikalien in das Hinterland.

Die in verschiedenen verlassenen Geschäften vorgefundenen 7 t Arzneimengen erhielten die Militär- und Zivilapotheken im besetzten Gebiet.

Das in den Geschäften und Häusern in großer Menge vorhandene Altpapier wurde gesammelt, sortiert und teils im Lande verwendet, teils abgeschoben.

Die im besetzten Gebiet befindlichen neun Gerbereien blieben bis auf jene in Udine außer Betrieb; die letztere erzeugte unter militärischer Betriebsleitung zur Deckung des Armeebedarfes monatlich zwischen 1500 bis 8000 kg Leder.

Die Baumwollspinnereien in Fiume, Gemona und Bagnara setzten ihren Betrieb bis zur Aufarbeitung der dort noch lagernden Rohwolle fort.

Auch die übrigen im besetzten Gebiet vorgefundenen Industrien und deren Zustand wurden in Evidenz genommen. Die für die Deckung des Heeresbedarfes wichtigen Betriebe nahmen, sofern es ihr Zustand zuließ, wieder ihre Tätigkeit auf; aus den übrigen Industrien sollten die Maschinen usw. ausgebaut und auf die Armeen, die Kriegsmarine, das zerstörte Gebiet von Görz, weiters auf die darum ansuehenden Industrien Österreichs, Ungarns und Deutschlands nach dem vereinbarten Schlüssel aufgeteilt werden. Der raschen Durchführung letzterer Aktion setzte jedoch der Mangel an Arbeitskräften und sachkundigem Personal sowie an Transportmitteln einen fast unüberwindlichen Widerstand entgegen. Überdies zogen sich die Verhandlungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Interessengruppen aus den mannigfaltigsten Ursachen derart lange hin, daß erst im Juli 1918 mit dem tatsächlichen Ausbau begonnen werden konnte.

In Betrieb gesetzt wurden: die Eisfabriken in Udine mit einer Monatserzeugung bis zu 180 t Eis, die Maschinenreparaturwerkstätte in Udine, mehrere der großen elektrischen Zentralen, die elektrische Straßenbahn Udine (von welcher 4 km Geleise samt Stromleitung und fünf Waggon zur Wiederinstand-

setzung der Straßenbahn nach Görz abgingen), die elektrische Lokalbahn Udine—Tricesimo, die elektrische Schmalspurbahn Ovaro—Villa Santina, die Zementfabrik Udine, die Maschinenziegelei bei Farla di Majano, der Kalkofen Artegna, die Sägebetriebe und Triftanlagen in Villa Santina und Cedarchis, die Kohlenbergbaue im Distrikt Tolmezzo, weiters das Sägewerk Moggio mit dem Forstbetrieb Resiutta sowie das Schwefelkiesvorkommen nächst Agordo (dieses unter deutscher Leitung), endlich die schon in früheren Abschnitten genannten Betriebe.

Abgebaut wurden mehrere Baumwollspinnereien, die an der Front liegenden zerstörten Seidenspinnereien, dann die mit Rücksicht auf den verminderten Kraft- und Lichtbedarf entbehrlichen elektrischen Zentralen samt ihren Fernleitungen. Den geplanten Austausch der Kupferleitungen gegen solche aus Eisen, beziehungsweise Aluminium verhinderten zunächst Material- und Personalmangel.

An geschlagenem Holz fanden sich etwa 160.000 Festmeter vor; die Abschätzung der schlagbaren Bestände ergab beiläufig eine Million Festmeter. Die Armeen und die Heeresbahn «Südwest» hatten ihr nötiges Nutz- und Brennholz selbst zu beschaffen. Die Lieferung des für Flugzeugpropeller und Gewehrschäfte erforderlichen Nußholzes war Zivilunternehmern übertragen; es sollte erst nach der Nußernte gefällt werden.

Das im Distrikt Belluno vorkommende, für die Herstellung des venetianischen Terpentin dienende Lärchenholz stammte aus Beständen, die hoch im Gebirge schwer zugänglich waren; auf dessen Gewinnung mußte mangels geeigneter Holzfäller und preiswürdiger Angebote verzichtet werden.

Die Anthrazitbergbaue im Distrikt Tolmezzo waren bei der Besitznahme des Landes zerstört; um die für ihre Wiedereinstandsetzung nötige Kraft zu liefern, reaktivierte man zunächst die Starkstromleitung Ovaro—Villa Santina. Im Vinadiagraben wurden sodann bei einer Flözmächtigkeit von 80 cm (einschließlich eines Zwischenmittels von 20 bis 25 cm) durch 19 Mann 20 bis 30 q, in Lauca bei 40 bis 80 cm starkem Flöz mit 40 Mann täglich 5 q Kohle gefördert. In dem ergiebigsten, aber ersoffenen Schacht von Ovaro schritten die Wiederherstellungsarbeiten so langsam vor, daß es zu keiner Förderung kam. Begonnene Schurfarbeiten in Fusea lohnten sich infolge geringer Flözmächtigkeit und schwierigen Zu- und Abtransportes nicht.

Zur Torfgewinnung betrieben einheimische Unternehmer unter militärischer Leitung den Torfstich bei Tareento; 185 Zivilarbeiter stachen dort monatlich zirka $7000 \text{ m}^3 = 1500 \text{ Tonnen}$ frischen Torfes.

Insgesamt wurden vom Jahresbeginn bis Ende September 1918 an Landesgütern (Rohstoffe, Waren, technisches Material, Nahrungs- und Futtermittel) nach Österreich-Ungarn 3764, nach Deutschland 1763 Waggons abgesehoben.

Zu Anfang der Besetzung ging der Absehub der Kriegsbeute, für dessen einheitliche Leitung noch keine Vorsorgen getroffen waren, regellos vor sich.

Nach Aufstellung der Militärverwaltung wurde hierin Ordnung geschaffen, indem nunmehr der gesamte Absehub ausschließlich durch Vermittlung der bei dieser errichteten, zentralen und paritätisch besetzten Speditionsabteilung erfolgen durfte.

Genaue Absehubvorschriften, die für jeden das besetzte Gebiet verlassenden Waggon Versandanzeige, Frachtbrief samt Duplikat, Bezettelung und Verladeverzeichnisse vorschrieben, ermöglichten es, über Menge und Art der aus dem besetzten Gebiet rollenden Güter jederzeit verläßlich orientiert zu sein.

Die Kontrolle aller ausgeführten Güter erfolgte durch aus österreichisch-ungarischen und deutschen Organen paritätisch zusammengesetzte Bahn- (Straßen-) Überwachungsstellen, die an den Verkehrsknotenpunkten (Arnoldstein, Tarvis, Aßling, Sesana, Triest, Saga, St. Lucia, Heidenschaft und Nabresina) aufgestellt waren und täglich an die Speditionszentrale zu berichten hatten.

Die Ausfuhr von Lebendvieh, Nahrungs- und Futtermitteln, Wein, Spirituosen, Rohstoffen aller Art, Möbeln, Bildern, Teppichen und Kunstgegenständen war sowohl den Zivil- wie Militärpersonen verboten.

Den das Land verlassenden einzelnen Militärpersonen war nur die Mitnahme von 10 kg Lebens- und Genußmitteln gestattet, deren rechtmäßiger Erwerb auf dem Urlaubschein usw. bestätigt sein mußte. Durch die Feldpost durften 5 kg Pakete mit Lebensmitteln versendet werden. Die Gepäckrevisionsstellen an den Grenzstationen überwachten die Einhaltung dieser Bestimmungen. Um die Eisenbahnen zu entlasten, unter-

hielt die Kriegsmarine einen ähnlich überwachten Verkehr von der Küste nach Triest, der Aquädukt benannt war.

Die für Deutschland bestimmten Waggonen wurden in der Zugbildungsstation Arnoldstein, später in Salloch bei Laibach, zu geschlossenen Zügen vereinigt. Als die Einrichtungen dieser Stationen hierzu nicht mehr ausreichten, gingen die Waggonen mit deutscher Kriegsbeute direkt nach Deutschland, während die Waggonen mit für Deutschland bestimmten Landesgütern an die Zentralverrechnungsstelle Simbach rollten.

Die Intensität des Abschlusses unterlag nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit der Hinterlandsbahnen und den an sie durch Truppenverschiebungen usw. sonst gestellten Ansprüchen großen Schwankungen.

Das besetzte Gebiet wies in seinen Kirchen und zahlreichen Landhäusern der Patrizierfamilien viele Werke der Kunst früherer Epochen auf. Mit dem Schutz und der Erhaltung dieser Werke war eine aus berufenen Kunstsachverständigen Österreichs, Ungarns und Deutschlands gebildete Kunstschutzgruppe betraut. Der Handel mit solchen Werken war verboten, darauf bezügliche Kaufverträge waren nichtig. Diese Gegenstände durften von ihren Aufbewahrungsorten nur mit Bewilligung des Heeresgruppenkommandos fortgebracht werden; ihre Ausfuhr aus dem besetzten Gebiete war untersagt.

Um diese Werke der Malerei und Bildhauerkunst den Zugriffen Unberufener zu entziehen, barg die Kunstschutzgruppe die bemerkenswerteren in einem Gebäude in Udine. Sie sollten seinerzeit wieder ihren rechtmäßigen Besitzern unversehrt rückgestellt werden. Weil die Italiener jedoch viele Kunstschätze aus dem österreichischen Küstenland während dessen Okkupation verschleppt hatten, wurde ein Teil der geborgenen Kunstwerke als Faustpfand für die aus österreichischem Besitz stammenden nach Wien transportiert und dort im Heeresmuseum verwahrt. Vereinzelt Diebstählen von Kunstgegenständen trat die Militärverwaltung ohne Ansehen der Person mit größter Schärfe entgegen.

Aus dem besetzten Gebiet wanderten im Frieden alljährlich gegen 90.000 Männer und Frauen als Saisonarbeiter (Maurer, Steinarbeiter, Ziegleiarbeiter) nach Österreich-Ungarn und Deutschland aus. Da im Lande wenig Arbeitsgelegenheit, im Hinterland aber großer Mangel an Arbeitern war, wurde ver-

sucht, diese Saisonarbeiter trotz des Kriegszustandes zu gewinnen. Die darauf gerichteten Bemühungen hatten jedoch nur geringen Erfolg, weil die Leute hinsichtlich der zu gewärtigenden Verpflegung und Bezahlung höchst mißtrauisch waren, es wohl auch an den hiezu willigen Capos (Anführern) fehlte und die Bürgermeister und Geistlichen nicht eben ermunternd wirkten; auch wollten viele ihre Familien im besetzten Gebiet nicht allein zurücklassen, so daß sie nur in Begleitung von Frau und Kind willens waren, außer Land zu gehen. Um über die zu gewärtigenden Verhältnisse an dem ihnen in Aussicht gestellten Arbeitsort sicheren Aufschluß zu erhalten, schickten sie nicht selten Vertrauensleute voraus.

Die Anwerbung der Arbeiter geschah durch Werbekommissionen, die für Österreich-Ungarn 1140 Männer, 380 Frauen mit 43 Kindern, für Deutschland 1664 Männer, 745 Frauen mit 68 Kindern zusammenbrachten; hievon wurden tatsächlich 922 Personen nach Österreich-Ungarn, 1345 Personen nach Deutschland abtransportiert.

Um den Arbeitslosen im besetzten Gebiet Arbeit zu verschaffen, bestand in Udine eine Arbeitsvermittlungsstelle.

DIE BESETZUNG DER UKRAINE 1918.

Von

General der Infanterie Alfred Krauß,

vormals Kommandant der k. u. k. Besatzungsarmee,

und

Militärintendant Franz Klingenbrunner,

vormals Referent im Kommando der Ostarmee.

Vorgeschichte der Besetzung.

Die Ukraine stellte ein ganz anders geartetes Ausnützungsgebiet dar, als es die übrigen besetzten Gebiete waren. Alle anderen Gebiete waren erobertes Feindesland, das von den eigenen Truppen verwaltet werden mußte; die Ukraine dagegen stellte einen befreundeten «Staat» dar, dessen noch nicht gefestigter Regierung und Verwaltung durch den Einmarsch Stütze und Macht geboten, dessen Bevölkerung durch unsere Truppen gegen den bolschewikischen Terror geschützt werden sollte und der wir Ruhe und Sicherheit zu bringen hatten. Der Einmarsch unserer Truppen sollte weiter den jungen Staat in die Lage versetzen, seine im Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen einzulösen. Wir kamen also nicht als siegreiche Feinde ins Land, sondern als hilfebringende Freunde.

Man hielt in Wien an dieser eingebildeten Rolle fest, als sich schon deutlich gezeigt hatte, daß alle Voraussetzungen dazu fehlten. Man hielt sich an die eingegangenen Verpflichtungen, achtete das «Recht» der anderen, wenn man selbst daraus auch eher Schaden als Nutzen zog. Sogar die offenbare Mißachtung der eingegangenen Verpflichtungen der anderen Vertragsseite bewogen unsere korrekt und als Vertreter eines überlegenen Kulturstaates auftretenden politischen Stellen nicht, ihrerseits schroff handelnd vorzugehen: Man achtete die Notlage des jungen Staatswesens und hoffte doch noch eine Besserung zu erreichen. Ob diese Haltung klug war — anständig und selbstlos war sie jedenfalls — wird die folgende Schilderung zeigen.

Schon bei Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk bestand bei den leitenden Stellen in Österreich-Ungarn das Bestreben, die Handelsbeziehungen mit dem russischen Gebiet wieder aufzunehmen. Dieses Streben führte zu den verschiedensten Versuchen, Waren aus Rußland zu beschaffen. Gewinnsucht und Staatsinteresse, Machthunger und Pflichtgefühl veranlaßten die verschiedensten Stellen und Personen, sich auf diesen lockenden Handel mit dem alten russischen Gebiet zu werfen. Selbstverständlich waren in erster Linie die an der Front stehenden Truppen bestrebt, ihre Bedürfnisse in reichlicherem Maße aus den reichen Gebieten hinter der alten russischen Front zu decken. Dieser Verkehr konnte, weil der Rubel fehlte, die Krone kein Vertrauen fand und keine Kaufkraft hatte, die Russen aber ebenso Bedürfnis nach Genußmitteln und Gebrauchsgütern aller Art hatten, nur in Form eines Warenaustausches erfolgen. Selbstverständlich war es nun, daß dieser Warenaustausch an der Front bald in geregelte Bahnen gebracht werden mußte, daß daher die Armeekommandos als die höchsten Verwaltungsstellen an der Front diesen Warenverkehr regelten und leiteten. Dazu brauchten sie aber den Zuschub von Waren, die von den Russen verlangt wurden. Das Armeeoberkommando war nun bestrebt, den ganzen Verkehr einheitlich zu regeln, um eine Vergeudung der schwer beschaffbaren Tauschwaren zu hindern. Kaum hatte dieser Warenaustausch damit den Anschein eines aussichtsreicheren größeren Handels angenommen, als alle möglichen anderen Stellen sich bemühten, an diesem Verkehre teilzunehmen. Vorerst wurde bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk darüber verhandelt; das Ministerium des Äußern nahm dadurch die oberste Leitung dieses Verkehrs als «Außenhandel» für sich in Anspruch. Daneben stellten sich aber alle anderen berechtigten heimischen Stellen ein, und zwar bei der Zweiheit des Staatswesens sowohl die österreichischen als auch die ungarischen: die Handels- und Finanzministerien, die Ackerbauministerien fanden sich «ressortmäßig» ein. Aber auch der gemeinsame Ernährungsausschuß und die beiden Ämter für Volksernährung, die verschiedenen Kriegszentralen und Handelsgesellschaften wollten nicht beiseite stehen. So kam eine Vielheit von Bestrebungen zur Geltung, die nach dem bekannten Sprichworte wirkte: «Viele Köche versalzen die Suppe.» Der Kriegsgewohnheit entsprechend, für

jeden Zweig der Wirtschaft eine eigene Stelle — eine Zentrale — zu schaffen, entstanden neue Stellen, die bei den oft vielfach zutage tretenden Ansprüchen und Rücksichten die bunteste Zusammensetzung zeigten. Vorerst sandten alle Zentralen ihre Vertreter zu den Armeekommandos an der Ostfront, um dort den Handel im Interesse der betreffenden Zentrale zu beleben. Ihr Auftreten hatte aber bald den Widerstand der Armeekommandos zur Folge, die ihre Abberufung verlangten, schon deshalb, weil der Warentausch nicht die erhoffte Ausdehnung annehmen wollte. Der Andrang der Geschäftslustigen war so groß, daß z. B. der Militärgouverneur von Lublin die Zulassung «polnischer Kaufleute» zum Warentausch erbat. Auch der Reederverband «Euxenia» (Odessa) machte Vorschläge für den Warenverkehr. Trotz allen diesen vielfach herandrängenden Kräften konnte der Warenaustausch an der Front keine nennenswerten Erfolge bringen, was wohl einleuchtend ist: er konnte immer nur ganz beschränkte Bedeutung für den örtlichen Bedarf gewinnen, nie aber einen wirklichen Handelsverkehr ersetzen oder einleiten.

Die fortschreitenden Friedensverhandlungen mit der Ukraine, aus denen sich die Hoffnung auf große Massen von Rohstoffen ergeben hatte, veranlaßten Deutschland und Österreich-Ungarn, untereinander Vereinbarungen über die Verwertung der ukrainischen Handelsware zu treffen. Die Verhandlungen wurden in Berlin geführt. Sie nahmen einen ebenso schleppenden Verlauf wie die Friedensverhandlungen selbst. Endlich kam bis Ende Februar ein Übereinkommen zustande, das folgende wesentliche Bestimmungen enthielt: Die Leitung der Aufbringung und die Organisation des Handels sollte für Österreich-Ungarn dem Ministerium des Äußern zustehen. Die Aufbringung aller Waren hatte gemeinsam mit Deutschland durch einheitliche Kartellorganisationen zu erfolgen. Die militärischen Stellen hatten die ganze Organisation zu unterstützen. Wo die Mithilfe der Armee notwendig war, hatte die Unterstützung durch die militärische Organisation zu erfolgen, darüber hinaus aber auch durch die militärische Leitung der Land- und Seetransporte. Als Schlüssel für die Rohstoffverteilung zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland hatte zu gelten: Wolle 38 zu 62, Flachs 45 zu 55, Seide 1 zu 2, Baumwollwaren 5 zu 8, Mineralölprodukte 1 zu 2, Felle 4 zu 7, Leder und Gerbstoffe 2 zu 3,

Manganerz bis zu 8000 t 1 zu 2, Hölzer 1 zu 2 usw. Später stellten sich auch die verbündeten Bulgaren und Türken mit der Forderung ein, Lebensmittel und Rohstoffe aus der Ukraine zu erhalten. Im Verhandlungswege wurde ihnen die Lieferung bestimmter Waren und Mengen zugesagt.

In diesen Berliner Verhandlungen wurde auch die Schifffahrt auf der Donau, dem Dnjepr unterhalb der Stromschnellen (Porogi) und auf dem Schwarzen Meer geregelt. Zur Leitung wurde die «Schwarzemeer-Stelle» in Braila errichtet, deren Aufbau recht deutlich die verwickelte Zusammensetzung und damit auch die Unzweckmäßigkeit aller derartigen Organe zeigte. Die Schwarzemeer-Stelle hatte einen k. u. k. Obersten zum Leiter, einen deutschen Offizier als Generalstabschef und war deutsch-österreichisch-ungarisch und militärisch-zivil zusammengesetzt. Diese Schwarzemeer-Stelle durfte in allen Häfen des Schwarzen Meeres Exposituren nach eigenen Ermessen errichten, aber nur mit Zustimmung beider oberster Heeresleitungen und nur bei gleichwertiger Besetzung von beiden Seiten. Daß eine solche Organisation nicht viel leisten konnte, ist wohl einleuchtend.

Die Schwarzemeer-Stelle hatte auch die schlüsselmäßige Aufteilung aller in den Häfen aus der Ukraine und den übrigen Gebieten des ehemaligen Rußland einlangenden Waren nach den Weisungen der Zentralstellen (Spitzen der Lebensmittel- und Rohstoffkartelle) der Verbündeten vorzunehmen. Zu vorgenanntem Zwecke wurden auch an der trockenen Grenze gegen die Ukraine und Sowjetrußland von Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam beschickte «Landstellen» mit vorgeschobenen «Grenzstellen» (in den Grenzbahnhöfen) errichtet. Diesen Stellen oblag auch die Überwachung der Einfuhr in die Ukraine, die nur auf Grund von Ausfuhrbewilligungen der Ursprungsstaaten (Deutschland, Österreich, Ungarn) stattfinden durfte.

Die Verhandlungen in Berlin waren in vollem Gange, als bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk eine bedeutungsvolle Wendung eintrat. Am 10. Februar hatte Trotzky die Friedensverhandlungen in Brest von russischer Seite kurz abgebrochen. Die Deutschen sahen dies als Kündigung des Waffenstillstandes an, der damit am 18. Februar ablaufen mußte.

Bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk war die Ukraine durch eine selbständige Vertretung beteiligt. Diese Vertretung war von einer in Kiew zusammengetretenen «Rada» (Volksvertretung) zu Verhandlungen ermächtigt worden, die die Anerkennung der Selbständigkeit der Ukraine und den Abschluß eines Friedens mit den Mittelmächten zum Zwecke hatten.

Während aber so in Brest über die Ukraine «verhandelt» wurde, hatten die Bolschewiken in raschem Vordringen alle großen ukrainischen Städte wie Kiew, Charkow, Odessa, anscheinend auch Berditschow und Žitomyr, dann die wichtigen Eisenbahnknoten Zdobunowo und Žmerinka in ihre Gewalt bekommen. Die ukrainische Regierung war, aus Kiew vertrieben, auf der Flucht. Am 16. Februar erbat der Vertreter der Ukraine in Brest-Litowsk vom Grafen Czernin, dem Minister des Äußeren Österreich-Ungarns, im Namen der Rada militärische Unterstützung gegen die Bolschewiken. Graf Czernin war wohl für die Hilfeleistung, jedoch Kaiser Karl unter dem Einfluß innerer politischer Kräfte nicht für den Vormarsch von k. u. k. Truppen in die Ukraine zu gewinnen.

So kam es, daß am 18. Februar deutsche Truppen den Vormarsch in Rußland wieder aufnahmen, daß aber gleichzeitig nur deutsche Truppen zur Hilfeleistung in die durch die Friedensverhandlungen bereits staatlich anerkannte Ukraine einrückten. Der Einmarsch in die Ukraine wurde von deutscher Seite im Einmarschbefehl folgend gekennzeichnet: «Die Operationen in der Ukraine sind somit eine militärische Hilfeleistung in einem Staat, der mit uns Frieden hat, gegen den gemeinsamen Feind, die Bolschewiken.»

Der Einmarsch in die Ukraine.*)

Der deutsche Vormarsch begann als «Eisenbahnvormarsch» am 18. Februar. Er gewann sehr rasch Raum. Ende Februar stand der deutsche Südflügel schon dicht vor Kiew. Inzwischen hatten sich die Bitten der Ukrainer um die Hilfe Österreich-Ungarns gehäuft. Die Friedensvertretung in Brest, eine nach Wien gesandte Abordnung der Rada und die Grenzbevölkerung baten immer dringender um Schutz vor den Bolschewiken. Endlich erkannte man in Wien doch, daß der inzwischen abge-

*) Hiezu Übersichtsskizze Beilage 4.

schlossene Friedensvertrag mit der Ukraine, in dem sich diese zur Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen aller Art verpflichtet hatte, keinen Wert haben konnte, wenn Österreich-Ungarn untätig zusah, wie die Bolschewiken die Südukraine immer mehr in ihre Gewalt brachten. Da der rasche deutsche Vormarsch erkennen ließ, daß nicht auf nachhaltigen Widerstand zu rechnen war, man daher mit geringen Opfern Hilfe bringen konnte, die im eigenen Interesse dringend nötig war, entschloß sich das Armee-Oberkommando endlich am 21. Februar 1918, die Bahn Podwoloczyska—Žmerinka—Odessa zur Sicherung der erwarteten Getreidetransporte besetzen zu lassen. Weil bisher alle Vorbereitungen für einen Vormarsch in die Ukraine unterblieben waren, konnte der Einmarsch erst am 28. Februar beginnen. Der Einmarsch war der Rada als friedliche Maßnahme zur Sicherung des anerkannten Staates und zur Sicherstellung der durch diesen übernommenen Verpflichtungen bekanntgegeben worden.

Die k. u. k. Truppen gewannen nun ebenso rasch Raum wie die deutschen. Schon am 2. März, kurz nach Mitternacht, wurde der Bahnhof Žmerinka, am 7. März Birsula, am 11. März Razdjelnaja und am 13. März Odessa besetzt. Der Widerstand der Bolschewiken war zwar hartnäckig, wurde aber überall durch die k. u. k. Truppen bald gebrochen. Die weitere Operation gestaltete sich besonders bei Nikolajew und Cherson zu recht blutigen Unternehmungen, die erst am 5. April zur vollkommenen Besitznahme dieser beiden wichtigen Hafenorte führten. Die Deutschen hatten bis zum 5. April den ganzen Raum bis Jekaterinoslaw besetzt; am 10. April besetzten sie Charkow. Nun galt die nächste Unternehmung der Besetzung des durch seine Bergwerke (Kohlen und Erze) wichtigen Donezgebietes, die mit der am 8. Mai erfolgten Besetzung Rostows durch die Deutschen beendet wurde. Gleichzeitig mit der Besetzung des Donezgebietes gingen die Deutschen auch an die Besetzung Tauriens und der Krim. Mit dem am 1. Mai erfolgten Einmarsch in Sebastopol war auch dieses Unternehmen beendet. In der ersten Woche des Monats Mai war somit die ganze Ukraine von den Truppen der Mittelmächte besetzt.

Schon während des Vormarsches galt es, durch Vereinbarungen mit der Ukraine und mit der deutschen obersten Heeresleitung klare Verhältnisse zu schaffen. Die Verhandlungen

zogen sich lange hinaus. Erst am 28. März kam eine Vereinbarung zustande, der gemäß Österreich-Ungarn die Gouvernements Podolien, Cherson und Jekaterinoslaw zu besetzen hatte. Alle anderen ukrainischen Gouvernements, also Wolhynien, Kiew, Tschernigow, Poltawa, Charkow, Nowotseherkask und Taurien mit der Krim fielen den Deutschen zu.

Da es sich um eine «friedliche Besetzung und Unterstützung eines befreundeten Landes» handelte, wäre es wohl zweckmäßig gewesen, eine vollständige Trennung der Rechte und Pflichten der hilfebringenden Mächte vorzunehmen, so daß jede in ihrem Besetzungsgebiet nur mit der Ukraine das Einvernehmen herzustellen gehabt hätte. Man einigte sich aber auf folgender Grundlage: Nikolajew und Rostow erhielten gemeinsame Besatzung unter deutschem, Mariupol gemeinsame Besatzung unter österreichisch-ungarischem Oberbefehl. Die Leitung aller Bahnen sowie der Transporte auf Binnengewässern oblag einer Eisenbahnzentralstelle in Kiew, an deren Spitze ein deutscher Eisenbahnoffizier stand; dessen Stellvertreter stellte Österreich-Ungarn. Für die Leitung des Betriebes hatte unter dieser Oberleitung jeder Teil in seinem Besetzungsgebiet zu sorgen. Da das k. u. k. Eisenbahnpersonal und damit die Eisenbahnen, soweit sie dem österreichisch-ungarischen Einfluß überhaupt unterlagen, unmittelbar dem Armee-Oberkommando in Baden unterstanden, hatte das Kommando der österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen gar keinen Einfluß auf das wichtigste Transportmittel, auf die Eisenbahnen. Die Leitung der Schifffahrt auf dem Bug stand Österreich-Ungarn zu, die der Schifffahrt auf dem Dnjepr oberhalb der Stromschnellen der Eisenbahnzentralstelle Kiew, unterhalb der Stromschnellen der Schwarzemeer-Stelle in Braila. Die Kohlen- und Erzbergwerke im östlichen Teil des Gouvernements Jekaterinoslaw waren gemeinsam im Verhältnis 1:1 zu verwalten und auszunützen. Für die Verteilung der Erze blieb der in Berlin vereinbarte Schlüssel maßgebend. Die Verteilung der Kohle, von der zunächst der Bedarf der Eisenbahnen, der Schifffahrt, der Kriegsmarinen und der Türkei zu decken war, oblag der Eisenbahnzentralstelle in Kiew. Dem freien Verkehr von Offizieren und aller Organe zur Anknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen im Sinne des geltenden Berliner Wirtschaftsvertrages wurde von keiner Seite ein Hindernis bereitet.

Mit der erfolgten Besetzung der ganzen Ukraine und mit den zwischen den Besatzungsmächten abgeschlossenen Vereinbarungen war die Grundlage für die Erfüllung des Friedensvertrages mit der Ukraine gegeben: Es konnte an die Ausnützung der natürlichen Hilfsquellen des reichen Gebietes geschritten werden.

Aber die Verhältnisse waren doch anders, als sie von den vertragschließenden Diplomaten gesehen oder vorausgesetzt worden waren. Man hatte vorausgesetzt, daß eine «Regierung» oder eine Versammlung von Männern, die eine solche sein wollte, genüge, um einen Friedensvertrag zu schließen und wirksam zu machen. Man übersah, daß ein Staat ohne Volk und ohne Machtmittel kein Staat sein konnte, daß somit Verträge mit ihm keine Grundlage hatten. Das war wohl schon während der Brester Friedensverhandlungen deutlich hervorgetreten, als die Rada vor den Bolschewiken flüchten mußte; sie hatte kein Machtmittel, keine Armee, um den Staat und seine Führung zu stützen und zu sichern. Die alte Armee war zu sehr russisch und das Volk offenbar zu wenig ukrainisch volksbewußt, um sich sofort in den neuen ukrainischen Staat und seine Bestrebungen zu fügen. Die wahre Einstellung der Bevölkerung wurde sofort beim Einmarsch erkennbar. Aber alles das wurde nicht gewürdigt, ebenso wenig wie die zahlreichen treffenden Berichte, die von Seite der Kommandos und von privater Seite einliefen.

Schon der erste, von Mitte März stammende private Bericht zeigte die Lage vollkommen klar. Er stellte fest: «An der Bahn sind genügend Vorräte vorhanden, doch sind die Preise ziemlich hoch. Je weiter man ins Innere vordringt, desto günstiger stellen sich die Preise. Hier (im westlichen Podolien) kosten jetzt: Weizen 12 bis 15 Rubel, Roggen 7 Rubel, Gerste 10 Rubel, Hafer 12, Zucker 45 bis 50, feinstes Mehl 40, Erdäpfel 5, Speck 90 und Ochsenhäute 24 Rubel, alles für ein Pud (16·38 kg), Tee 13 bis 14 Rubel für ein Pfund (0·409 kg). Die Bauern sind zurückhaltend, die Grundbesitzer vertrieben. Die Bauern werden die erbeuteten Güter nicht bebauen können, weil sie mit landwirtschaftlichen Geräten mangelhaft ausgerüstet sind. Trotzdem steht der Winteranbau ziemlich günstig. Die Bauern hatten durch die Bolschewiken wohl zu leiden, haben sich aber ausge dehnte Güter angeeignet. Sie wollen wohl Ordnung und Sicherheit, aber nur eine solche, die ihnen ihren Raub beläßt. Der

behördlose Zustand ist schwer zu ertragen. In den Städten und Orten treiben sich viele uniformierte, arbeitslose und arbeitscheue Leute herum. In Proskurow sind Raub und Einbruch an der Tagesordnung. Das Bild der Stadt mit den zahlreichen geplünderten Läden entspricht dieser Lage.»

Diese Darstellung wurde durch einen Bericht des II. Armeekommandos vom 20. März bestätigt und erweitert: «In den meisten Orten führen Gemeinderäte nach willkürlicher Auslegung der Universalerlasse der Zentralrada die Verwaltung. An höheren Behörden wurde bisher nur der Gouverneur von Podolien in Kamieniec Podolsk festgestellt. In Odessa ist die Bildung einer Behörde im Gang. Sonst treten nur vereinzelt einige ukrainische Kommissäre auf, die aber ohne jeden Einfluß sind. Nur wo tatsächlich Truppen sind, herrscht Ordnung. Der nationale ukrainische Gedanke hat noch nicht Fuß gefaßt. Die Bauern nennen die Rada vielfach „Schwindelrada“. In der Ukraine sind auch polnische Nationaltruppen; die Haltung der Bevölkerung gegen diese ist mißtrauisch. Die Rada-behörden machen Schwierigkeiten wegen der Kriegsbeute. Die Ausfuhr von Lebensmitteln wird auf Befehl der Rada unterbunden. Patrouillen werden beschossen. Oft ist die Drohung zu hören, wir mögen nur recht tief einmarschieren, um so sicherer sei unser Untergang. Banden von Soldaten durchziehen das Land. Die Bauern sind bewaffnet. Geschlossene russische oder ukrainische Verbände sind nicht vorhanden oder in Auflösung begriffen.»

Vollkommen geklärt wurde die Lage durch einen Bericht des Armeekommandos aus Odessa von Anfang Mai: «Odessa bekennt sich in keiner Weise zur Republik Ukraine. Ukrainer sind in Odessa höchstens 10 % der Bevölkerung. Die ukrainische Sprache ist nicht gebräuchlich. Der ukrainische Generalkommissär hat niemand hinter sich, ist machtlos. Die Kiewer Rada wird nicht anerkannt, wird als Gauklerregierung bezeichnet. So wie hier denkt man in der ganzen südlichen Ukraine. Mit der Taktik, sich auf die Kiewer Rada zu stützen, ist weder politisch noch wirtschaftlich etwas zu erreichen, weil die Rada hier keinen Rückhalt hat, wir also in der machtlosen Rada keine Unterstützung finden, sondern nur hingehalten werden. Der ukrainische Staat ist ein Phantom, die Republik von niemandem anerkannt.»

Diese Lage änderte sich auch mit der fortschreitenden Entwicklung des ukrainischen Staates in der Hauptsache nicht. Das Kommando der Ostarmee (früher II. Armeekommando) bestätigte wenigstens Mitte Juni die Machtlosigkeit der ukrainischen Regierung, stellte aber auch ausdrücklich den bösen Willen aller ukrainischen Behörden, von der Rada angefangen, gegen die Mittelmächte fest, trotzdem diese Behörden nur durch die militärische Macht der Mittelmächte gestützt wurden. Eine Änderung dieser Haltung der ukrainischen Stellen sei nicht zu erwarten.

Gleich beim Einmarsche bestätigten die Berichte der militärischen Stellen und die Angaben von ortsvertrauten Fachleuten, daß bedeutende Mengen an Vorräten aller Art, vor allem an Lebensmitteln, in der Ukraine vorhanden wären, die bei richtigem Vorgang zweifellos für die Monarchie nutzbar gemacht werden konnten.

So sagte ein Bericht des Armeekommandos aus Odessa, der kurz nach der Besetzung Odessas erstattet wurde: «In der Umgebung Odessas sind viele Vorräte an Brotgetreide. Dagegen herrscht Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Im südlichen Teil des Gouvernements Jekaterinoslaw ist das Winterkorn ausgesät; Saatkorn für das Frühjahr ist vorhanden. An Zugtieren ist kein Mangel. In den Zuckerfabriken lagern große Mengen an fertiger und halbfertiger Ware. So wurde in der Zuckerfabrik bei Olgopol ein Vorrat von 200 Waggons fertigem Zucker gefunden. Der Ledermangel hat seine Ursache im Stillstand der Fabriken.»

Der Stillstand fast aller Fabriken zeitigte überhaupt gefahrbringende Zustände. So berichtete das II. Armeekommando aus Cherson, daß 200.000 Arbeitslose vorhanden seien. Fabriken und Hafenanlagen müßten dringend in Betrieb gesetzt werden; da aber Kohle und Naphtha gänzlich fehlen, sei der Zuschub dringend nötig. Das Armeekorpskommando drahtete darauf an das IV. Armeekommando nach Odessa, das damals die Leitung in der Ukraine ausübte: «Zuschub von Kohle und Naphtha aus der Monarchie ausgeschlossen. Inbetriebsetzung im eigenen Wirkungskreis durchführen.» Eine Verfügung, die nur dann Erfolg hätte haben können, wenn das IV. Armeekommando auch die unbedingte Machtvollkommenheit zur einheitlichen Leitung im

Besetzungsgebiet gehabt hätte. Das war aber, wie später dargestellt werden wird, nicht der Fall.

Diese ungünstige, eine entscheidende Änderung der bisher beabsichtigten Haltung fordernde Lage wurde auch von deutscher Seite bestätigt. Ein am 23. März beim Armee-Oberkommando in Baden eingetroffener deutscher Bericht lautete sehr ungünstig: «Die Haltung der Bevölkerung ist unfreundlich, vielfach feindlich. Bauern und Arbeiter fürchten die Früchte der Revolution zu verlieren. Bauern und Arbeiter sind allgemein bewaffnet. Die Macht der Rada reicht nur so weit, als unsere Macht reicht. Vorräte sind zweifellos in großer Menge vorhanden, aber nur bei den Bauern. Die Güter sind ausgeplündert. Die Bauern geben das Getreide durchwegs nur gegen Waren ab. Als Zahlungsmittel gelten nur die Mark, die Krone und der Zarenruble. Die Wintersaat steht gut; aber die Sommersaat ist die Hauptsache. Diese ist gefährdet, besonders auf den großen Besitzen. Die Bauern wollen dort nicht anbauen, da sie des Besitzes der Ernte nicht sicher sind. Die Regelung dieser Verhältnisse ist dringend nötig. Daher ist eine Getreideausfuhr auf der bisherigen Grundlage unmöglich. Die Semstwoorganisation ist vollständig problematisch, eine Ordnung der Zustände durch die Rada ausgeschlossen.»

Ließen schon diese tatsächlichen Verhältnisse in der Ukraine keine günstige Aussicht auf die Beschaffung großer Vorräte zu, so wurde die Hoffnung durch die auftretenden Widerstände noch wesentlich herabgemindert.

Kurz nach dem Einmarsch der k. u. k. Truppen in die Ukraine ergaben sich Reibungen mit den deutschen Truppen und Kommandos bei der Aufbringung von Lebensmitteln, weil keine klare Vereinbarung die Besetzungsgebiete trennte. Die bisherige Abgrenzung westlich des Bug und nördlich und nordöstlich von Žmerinka war sehr dehnbar und gab daher zu Mißhelligkeiten Anlaß. Das II. Armeekommando bat darum in Baden um Vereinbarung einer genauen Grenzlinie. Tatsächlich fanden in Kiew Verhandlungen mit den Deutschen statt, die deshalb langwierig wurden, weil neben der natürlichen Eigensucht der Verhandelnden auch noch die Rücksichtnahme auf die als Staat betrachtete Ukraine und deren Wünsche hineinspielen. Die ukrainische Regierung war zwar mit den Wünschen um militärische Unterstützung sofort bei der Hand, gab sich aber keine

Mühe, die eingegangenen Verpflichtungen zu achten. So meldete das II. Armeekommando Mitte März, daß sich die ukrainischen Verwaltungsbehörden vertragswidrig verhielten, dem Ankauf und der Ausfuhr von Lebensmitteln Hindernisse bereiteten. Der in Kiew die Verhandlungen führende, vom Armee-Oberkommando delegierte k. u. k. General drahtete an das Armee-Oberkommando in Baden, daß Regierung und Gutsbesitzer sich an ihn gewandt hätten, um Schutz gegen die Bauern zu erbitten, die die Güter beraubten und sich der Felder bemächtigten. Das Armee-Oberkommando gab dem II. Armeekommando die Weisung, für den Schutz der Güter zu sorgen. Dieses Beispiel zeigte, wie falsch die ganze Organisation in der Ukraine geregelt war: Ob, wo und wie Schutz zu gewähren war, konnte nur das höchste militärische Kommando in jedem Besetzungsgebiet der Ukraine bestimmen, an das auch alle Hilfsansuchen gerichtet werden mußten; nur dieses konnte die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung und mit den Deutschen zu einem guten Ende führen.

Es war begreiflich, daß unter diesen Umständen die Sendungen von Nahrungsmitteln aus der Ukraine den bei Abschluß des Friedensvertrages gehegten Erwartungen um so weniger entsprachen, als die einmarschierenden Truppen, in rascher Eisenbahnvorrückung begriffen, keine Zeit hatten, Vorräte aufzubringen und abzuschieben. Was aufgebracht wurde, reichte eben zur Versorgung der eigenen Truppen hin. Wie dringlich man in Österreich auf das baldige Eintreffen ukrainischer Lebensmittel wartete, bezeugt folgender Versuchsvorgang: Die Zentraleinkaufsgesellschaft Wien (ZEG) überwies der Armeekasse in Odessa 100 Millionen Kronen der österreichischen Kriegsgetreideanstalt zum schleunigsten Ankauf von Lebensmitteln für Österreich. Der Armeeintendant verteilte das Geld an die in reichen Gebieten vorrückenden Truppen. Diese kauften auch ein. Die Ergebnisse wurden aber notgedrungen innerhalb der Ukraine für die Verpflegung von Truppen und Zivilbevölkerung verbraucht; über die Grenze bei Podwoloczyska gelangten aus diesem Geschäft nur wenige Waggonladungen Lebensmittel. Die zum Teil noch in Kampf und Vorrückung befindliche Armee war schuldlos an diesem Versagen; ihre für diesen Zweck verfügbaren Kräfte waren unzulänglich; die Bevölkerung hielt die Vorräte zurück; der Abtransport auf dem

nicht leistungsfähigen, weitmaschigen Bahnnetz wurde durch die ukrainischen Unterorgane sabotiert.

Das Armee-Oberkommando in Baden, das in seinen Hoffnungen getäuscht war, erkannte nun wohl die Haltung der ukrainischen Behörden als eine der Ursachen, glaubte aber doch auch die geringe Energie der eigenen Truppenkommandos für das unbefriedigende Ergebnis der Aufbringung verantwortlich machen zu müssen. Diese Auffassung kam schon frühzeitig in den Befehlen des Armee-Oberkommandos zum Ausdruck. Schon am 19. März erließ das Armee-Oberkommando einen Erlaß an alle mit der Aufbringung betrauten Stellen: «Bei Nutzbarmachung der Ukraine fehlen Initiative und Selbständigkeit. Die ukrainische Rada hat im Friedensvertrag die Verpflichtung übernommen, Nahrungs- und Futtermittel an die Monarchie zu liefern. Die ukrainischen Verwaltungsorgane sind noch nicht orientiert und machen daher noch Schwierigkeiten. Wir müssen ohne Rücksicht auf innerpolitische Verhältnisse der Ukraine zu den uns vertragsgemäß zugesagten Vorräten kommen und sind, um der ukrainischen Regierung die Machtmittel zur Einhaltung der Verpflichtung zu geben, einmarschiert. Wenn auch durch den Friedensschluß weitgehende Rücksichten geboten sind, so darf das doch nicht dazu führen, daß die wichtigste der Friedensbedingungen darum nicht eingehalten wird, weil unverantwortliche Personen dagegen arbeiten.»

Am 25. März drahtete das Armee-Oberkommando an das II. Armeekommando: «Die Aufbringung ist unbefriedigend. Das II. Armeekommando ist verantwortlich, daß nichts versäumt wird, um alle nur irgendwie aufzubringenden Lebensmittelvorräte nicht nur sicherzustellen, sondern aufzubringen, zu magazininieren und, soweit sie über den Bedarf der Armee reichen, abzuschieben.»

Am 1. April sah sich Kaiser Karl veranlaßt, an den Kommandanten der II. Armee folgendes Telegramm zu richten: «Die Aufbringung in der Ukraine ist unzulänglich. Die Fortführung des Krieges ist in Frage gestellt, wenn sich das Ergebnis der Requirierung nicht baldigst wesentlich bessert. Die wichtigste Aufgabe der in die Ukraine entsendeten Truppen ist die Erfassung und Absendung von Lebensmitteln. Es handelt sich nicht nur um die Versorgung der Armee, sondern in erster Linie um die Linderung der Lebensmittelnot im Hinterlande.»

Trotzdem das Armee-Oberkommando, wie aus diesen Befehlen hervorgeht, erkannt hatte, daß die Ukraine ihre Verpflichtungen nicht einhalten konnte und wollte, traf es doch nicht die allein zum Ziele führenden Vorsorgen. Es ließ alles beim alten, so daß auch die Lieferungen aus der Ukraine unbefriedigend bleiben mußten.

Organisierung der Aufbringung von Verpflegungsmitteln.

Die wiederholten Befehle hatten das II. Armeekommando, das bisher nur die rasche Besetzung der ganzen Ukraine im Auge hatte, veranlaßt, das bereits besetzte Gebiet in zwei große Aufbringungsgebiete zu teilen. In Podolien hatte das XXV. Korps, dessen Kommando nach Žmerinka verlegt wurde, im Gouvernement Cherson zwischen Dnjestr und Bug das XVII. Korps, zu dessen Standort Cherson bestimmt wurde, die Aufbringung zu leiten, indes das XII. Korps die weiteren Operationen durchzuführen hatte. Die beiden Korpsbereiche wurden in Aufbringungsräume geteilt, diese mit Truppen und Transportmitteln versehen. Die Truppen hatten die abseits der Bahnen vorhandenen Vorräte aufzukaufen und an die Bahnen zu liefern, wo Fassungs- und Übernahmstellen den Abschub in die Monarchie besorgen sollten.

Die richtige Erkenntnis der Lage machte sich mit der Zeit auch bei den Diplomaten geltend, jedoch ohne den Entschluß zu zeitigen, die dieser Lage entsprechenden Anordnungen zu treffen.

Am 23. März telegraphierte Graf Forgách, der Gesandte Österreich-Ungarns in Kiew, an das Ministerium des Äußern:

«Auf Grund aller meiner Beobachtungen in zahllosen Unterredungen bin ich zur unbedingten Überzeugung gelangt, daß wir in nächster Zeit irgendein halbwegs in Betracht kommendes Quantum an Lebensmitteln, besonders an Getreide, Fett und Eiern, aus der Ukraine nur exportieren können, falls wir ohne jedwede weitere Rücksichtnahme auf die weder politisch noch wirtschaftlich ernst einzuschätzende gegenwärtige ukrainische Regierung, deren Mitglieder täglich wechseln, und ohne das Ende der sicherlich schleppenden Beratungen abzuwarten und speziell ohne Rücksichtnahme auf die seitens der Regierung erlassenen Ausfuhrverbote sofort durch unsere großen Organisationen, speziell die Getreideverkehrsanstalten, ihre Emissäre

in die von unseren Truppen besetzten nächsten Gebiete entsenden und unter dem Schutze unserer Truppen mit dem tatsächlichen Handel und dann mit dem Abtransport sofort beginnen; den an die Grenze entsandten ukrainischen Kommissären, welche den Export verhindern wollen und welche, nebenbei bemerkt, die einzigen im Lande funktionierenden Amtszorgane dieser Regierung zu sein scheinen, müßte entschieden bedeutet werden, daß auf Grund der von Wien und von Kiew erlassenen Anordnungen der Export gestattet ist, daß es aber den Kommissären vorbehalten bleibe, eine genaue Kontrolle zu üben und die exportierten Waren seinerzeit zu verrechnen. Sollten diese Kommissäre die Ausfuhr gewaltsam verhindern wollen, müßten unsere militärischen Behörden durch das Armee-Oberkommando zu einem ruhigen, aber entschiedenen Vorgehen berechtigt werden. Es wäre den ukrainischen Organen zu bedeuten, daß die ukrainische Regierung alle ihre bezüglichen eventuellen Beschwerden mit der in Kiew tagenden Kommission auszutragen habe. Hierdurch würde es vermieden werden, daß ich vergebliche Schritte bei der Regierung unternehme, und wäre die Regierung im Gegenteil gezwungen, den tatsächlichen Verhältnissen, d. h. der Besetzung des Landes durch unsere Truppen, auch in wirtschaftlichen Fragen Rechnung zu tragen und die militärischen Opfer, die wir für die Erhaltung dieser Regierung bringen, uns wirtschaftlich zu kompensieren, während sie jetzt auf ihren theoretischen Steckenpferden herumreitet, daß wir für den Export von Lebensmitteln ihr weitreichende Kompensationen zu reichen haben . . .»

Offenbar dieser Bericht und andere Mitteilungen veranlaßten das Ministerium des Äußern zu folgender Note vom 26. März:

«Die ungeordneten Verhältnisse in der Ukraine und die Unentschlossenheit der Kiewer Regierung lassen ein Ergebnis der in Kiew stattfindenden Verhandlungen nicht erwarten. Daher sind Erwerb und Abschub der Waren einzuleiten, ohne den Abschluß der Verhandlungen abzuwarten. Die Truppen sind zur Stützung der Kiewer Regierung und zur Sicherstellung der Warenbezüge entsendet worden; darnach muß gehandelt werden. Die Widerstände, die dem Kauf und dem Warenaustausch entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Requisitionen sind nicht anzuwenden. Dabei sollen durch die „militärische Assi-

stenz“ weder die Vereinbarungen mit Deutschland noch die bisher geschaffenen Organisationen eine Änderung erfahren. Um Anpassung an die dermaligen Verhältnisse handelt es sich.

Die Aufbringung und der Ankauf der Vorräte für das Hinterland hat also, wie dies von Anfang an in Aussicht genommen war, durch Kommissäre und Einkäufer der Kartelle zu erfolgen, deren gesamte Tätigkeit sich der in der Ukraine — soweit diese von den verbündeten Truppen besetzt ist — bereits organisierten militärischen Aufbringung angliedern müßte.

Die Gouvernements Podolien und Cherson sind von österreichisch-ungarischen Truppen, Wolhynien und Kiew von den Deutschen besetzt. Die Trennungslinie verläuft über Kowel, Dubno, Kremenice, Stara Konstantinow, Berditschew (alle genannten Orte für die Deutschen), sodann die Gouvernementsgrenze von Podolien und Cherson (noch nicht endgültig festgesetzt).

Grenzstellen sind in Brody, Podwoloczyska und Nowosielica errichtet. Militärische Fassungs- und Sammelstellen bestehen in Zbaraz, Dachowei, Proskurow, Żmerinka, Bar, Wapniarka, Jarmolinec, Mogilew und Kamiennica Podolsk; weitere Sammelstellen werden vom IV. Armeekommando in Odessa aufgestellt werden. Die Leitung obliegt der IV. Armee. Einkäufer und Kommissäre der Kartelle werden zu den Fassungs- und Sammelstellen entsendet. Dorthin gelangen auch die Exportwaren. Die k. k. und die k. ung. Regierung haben die Einkäufer bereit zu halten. Vereinbarungen mit den Deutschen zur Entsendung von Einkäufern auch ins deutsche Besetzungsgebiet sind im Gange.

Die hohen Zentralstellen werden gebeten, die nach den vorstehenden Darlegungen in ihr Ressort fallenden Maßnahmen unverzüglich zu treffen und hierher mitzuteilen. Dieser Erlaß ergeht an den Grafen Forgách, an den k. k. und an den k. ung. Ministerpräsidenten, an das k. k. und k. ung. Handelsministerium, an das k. k. und k. ung. Finanzministerium, an den Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses, an das k. k. Amt für Volksernährung, an das k. ung. Landesernährungsamt, an das k. u. k. Armee-Oberkommando, an das IV. Armeekommando, an das k. u. k. Kriegsministerium, an die

Abteilung 10 Kriegswirtschaft des Kriegsministeriums, an die Landstelle Lemberg und an die Schwarzemeer-Stelle in Braila.»

Das Ministerium des Äußern wollte also, wie aus diesem Erlasse klar hervorgeht, das Verhältnis zu den Deutschen und zur Ukraine, wie es bisher bestanden hatte, vollkommen aufrechterhalten, aber trotzdem, so weit dieses Verhältnis und die anderen Vertragsteile es zuließen, durch einen sehr vielgestaltigen Apparat das Österreich-Ungarn zugefallene Besetzungsgebiet selbständig ausnützen. Daß dieser Vorgang nicht zum Ziele führen konnte, hat der weitere Verlauf der Ereignisse erwiesen.

Zunächst folgten alle Zentralstellen der an sie ergangenen Aufforderung, «Maßnahmen» zu treffen. Diese Maßnahmen bestanden vorerst darin, neue Stellen und Organisationen für die betreffenden Arbeiten zu schaffen, die in der Heimat an die Ministerien angegliedert wurden. So entstand im Ministerium des Äußern die «Abteilung für den Warenaustausch mit der Ukraine». Zum Handel mit Ausfuhrwaren in die Ukraine wurden nur große Firmen — manche bildeten sich erst rasch, wie z. B. die sehr rührige «Handelsvereinigung Ost» mit dem jahrelang in Petersburg kaufmännisch tätig gewesenen Generalkonsul von Balwin als Leiter — zugelassen. Diese Firmen mußten sich vertraglich verpflichten, 60 % ihres Gewinnes am Ukrainehandel der Kriegsgetreideanstalt zur Verbilligung des Brotes abzuliefern. Die Ausfuhrbewilligung für die vom Handelsministerium überhaupt zur Ausfuhr zugelassenen Waren erteilte ein bei der Handelskammer in Wien aufgestelltes «Warenverkehrsbureau», das auch den Transport der Waren bis in die Ukraine durch vertraglich bestellte Spediteure besorgte. Das «österreichische Warenverkehrsbureau» hatte seine Ausläufer bei der «Schwarzemeer-Stelle», den «Landstellen», deren «Grenzstellen», dann in Odessa und Kiew. Genau so war die Organisation des Exportes in die Ukraine in Ungarn, ähnlich in Deutschland geregelt.

Im Friedensvertrag und in nachfolgenden unzähligen Protokollen forderte die ukrainische Regierung für jede leichthin (fast möchte man sagen: leichtfertig) zugestandene Ausfuhrziffer von Lebensmitteln und Rohstoffen die Einfuhr von Industriartikeln (vorwiegend landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Textilien, Lederwaren und Papier) im gleichen

Wert der Ausfuhr. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte konnten die Mittelmächte wohl abgeben, Textilien, Lederwaren und Papier aber waren im Gebiet der Mittelmächte seltene Artikel. Man kann sich vorstellen, daß die gemeinsamen Verhandlungen Deutschlands und Österreich-Ungarns mit der Ukraine über die Lieferziffern, dann die Verhandlungen zwischen den Mittelmächten über die beizustellenden Kontingente, weiter die Vereinbarungen zwischen den Staaten Österreich und Ungarn über deren schlüsselmäßige Beteiligung an den Lieferungen viel Zeit kosteten und Kräfte banden. Die Grundlagen dieser Organisation für die Ausfuhr in die Ukraine waren gewiß sehr gut. Hätte die Geschäftsverbindung mit der Ukraine längere Zeit als bis zum Umsturze im Oktober 1918 angedauert, so wäre dieser Handelszweig in ein alle Teile befriedigendes Fahrwasser gelangt. In den ersten Monaten mußten natürlich verschiedene Versuche hinsichtlich des Absatzes der Waren in der Ukraine gemacht werden: Die ukrainische Regierung wollte die Einfuhrwaren selbst übernehmen — man erkannte aber bald, daß von ihr der Gegenwert in Ware oder Geld nur schwer zu haben sei; man gab den Truppen landwirtschaftliche Geräte und bäuerliche Bedarfsgegenstände zum Eintausch gegen Lebensmittel — der Erfolg war nicht entsprechend, weil die Truppen, über zu große Gebiete verstreut, mit anderen Aufgaben überlastet waren; erst spät, gegen Anfang September, überwies man unsere Tauschwaren den ukrainisch-deutsch-österreichisch-ungarischen Lebensmittel-Einkaufskommissionen; ob dieser Vorgang später Erfolg gehabt hätte, läßt sich nicht sagen. Ein glänzendes Geschäft machten jene Exporteure, die selbst ihre Waren in der Ukraine frei verkauften — man zahlte ein Mehrfaches des Inlandswertes, die Händler rissen sich um die Waren, für die von der warenhungrigen Bevölkerung jeder verlangte Preis gezahlt wurde.

Zur Aufbringung der Lebensmittel und Rohstoffe in der Ukraine kartellierte man die betreffenden Kriegszentralen der Mittelmächte zu gemeinsamen Zweckverbänden, man versah diese durch entsprechende Geldeinlagen mit den erforderlichen Zahlungsmitteln, schuf gemeinsame Abrechnungsstellen und — verhandelte durch Monate mit der ukrainischen Regierung über den Vorgang bei der Aufbringung. Erst im Juli kam es zur Bildung des «ukrainischen Nahrungsmittelrates» (kurz UNR)

behufs Aufbringung von Getreide sowie eines «ukrainischen Lebensmittelrates» (kurz ULR) zum Zwecke der Beschaffung der übrigen Lebensmittel. Die Leitung des ukrainischen Nahrungsmittelrates und Lebensmittelrates war paritätisch aus Regierungsorganen der Ukraine, Deutschlands und Österreich-Ungarns zusammengesetzt. In den größeren Orten wurden gleichartig zusammengesetzte örtliche ukrainische Nahrungsmittelräte und ukrainische Lebensmittelräte gebildet, denen bestimmte Bezirke zur Ausnützung zugewiesen wurden. In den Bezirken wurden Aufbringungskommissionen, bestehend aus einem ukrainischen Regierungskommissär und aus fachmännisch gebildeten Einkäufern der deutsch-österreichisch-ungarischen Zentralen, aufgestellt. Diese sollten nach Weisung der ukrainischen Nahrungsmittelräte und der ukrainischen Lebensmittelräte Getreide und Lebensmittel entweder freihändig einkaufen oder gegen Industriewaren eintauschen, beim Versagen dieser Mittel aber zwangsweise unter Mithilfe der Besatzungstruppen eintreiben. Erst Ende August begann diese Organisation mit der Arbeit; die anfänglichen Reibungen und der Widerstand der Ukrainer — ob amtlich oder nicht — waren noch nicht überwunden, als der Zusammenbruch erfolgte. Bolshewistische und Entente-Agenten stachelten zum passiven Widerstand gegen die Absichten des UNR und des ULR auf. Aus deren Aufbringungsergebnissen mußte vereinbarungsgemäß in erster Linie der Bedarf der großen ukrainischen Städte und des Donez-Industriegebietes gedeckt werden. Der Überschuß war für die Versorgung der Besatzung, der gleichzeitig der freie Einkauf verboten wurde, und in letzter Linie für die Ausfuhr in die Länder des Vierverbandes bestimmt. Der erstangegebene Zweck wurde gerade erreicht, die Truppen mußten häufig trotz Verbot freihändig, manchmal sogar durch Zwangseintreibung, ihren Bedarf decken, für die Ausfuhr blieb nichts Nennenswertes übrig.

Die Rohstoffausfuhr aus der Ukraine überließ man, ohne Beiziehung der ukrainischen Regierung zu deren Aufbringung, den Kartellorganisationen Deutschlands und Österreich-Ungarns. Deren Einkäufer waren über die ganze Ukraine verstreut. Die ukrainische Regierung kontrollierte die Ausfuhr an den «Grenzstellen» durch eigene Kommissäre. Bei den «Landstellen» und der «Schwarzemeer-Stelle» wurden die Ergebnisse

entsprechend den vereinbarten Schlüsseln auf die Staaten des Vierverbandes aufgeteilt. Das Ergebnis blieb weit hinter den Erwartungen zurück, die auf Grund der ukrainischen Regierungszusagen gehegt wurden.

Die vorgeschilderte Arbeit des Organisationsaufbaues bezüglich Einfuhr in die Ukraine und Ausfuhr aus dieser reichte von Mai bis Ende August 1918.

Im April und Mai bemühte sich das II. Armee-kommando, das die Leitung der Operationen in der Ukraine vom IV. Armee-kommando übernommen hatte, so viel als möglich aus der Ukraine herauszuholen. Die Abhängigkeit des über die Armee als Machtmittel verfügenden II. Armee-kommandos von allen möglichen Ämtern und Organisationen, die Beachtung der zahlreichen von anderen Stellen abgeschlossenen Vereinbarungen und Verträge mit der Ukraine und mit Deutschland, dann die von oben immer erneut aufgetragene Rücksichtnahme auf den staatlichen Charakter der Ukraine lähmten die Tätigkeit des Armee-kommandos. Die geschilderten ungünstigen Verhältnisse in der Ukraine, die sich eher von Tag zu Tag verschärften als verbesserten, taten das übrige, um den Erfolg herabzudrücken. Dazu gesellte sich die beginnende Widersetzlichkeit des Eisenbahnpersonals und der Bevölkerung. Die Eisenbahnbeamten trieben passive Resistenz. Die niederen Bahnbediensteten waren wegen größerer Lohnrückstände wohl verbittert, aber doch im allgemeinen arbeitswillig. Die Regelung der Eisenbahnangelegenheiten war dem Armee-kommando entrückt; sie waren von der Eisenbahnzentralstelle in Kiew zu ordnen. Das Armee-kommando hatte nur Truppen beizustellen, wo man ihrer bedurfte. Im Lande bildeten sich immer mehr bewaffnete Banden. Besonders in Odessa war die Lage andauernd kritisch. Die Stadt hatte 800.000 Einwohner, fast doppelt so viel als vor dem Kriege. Fast alle Fabriken waren stillgelegt. Die zahlreiche Arbeiterbevölkerung war bolschewikisch gesinnt. Weil im Lande zahlreiche Waffen bei der unruhigen Bevölkerung vorhanden waren, sah sich das II. Armee-kommando veranlaßt, zuerst die Entwaffnung von Odessa anzuordnen; in der Zeit vom 29. April bis zum 1. Mai abends wurden 30.000 Gewehre, 100 Maschinengewehre, 6 Geschütze, 50 Minenwerfer, 2 Panzerautos, zahlreiche blanke Waffen und viel Munition abgeliefert. Am 7. Mai wurde auch die Entwaffnung des Landes vom II. Armee-

kommando angeordnet. Diese Entwaffnung ging natürlich bei der großen Ausdehnung des Landes und der schütterten Besetzung mit Truppen nur sehr langsam von statten. Unter diesen Verhältnissen sah sich das II. Armee-kommando bald genötigt, vom Armee-Oberkommando eine Verstärkung seiner Truppenmacht zu fordern. Das Armee-Oberkommando war dazu anfangs nicht geneigt, mußte aber schließlich der Lage doch Rechnung tragen und zwei neue Divisionen zuweisen. Damit stieg die Truppenmacht in der Ukraine, deren Verpflegung ganz vom Lande beigestellt wurde, auf acht Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen.

Wie bereits erwähnt, beanspruchte die Aufstellung der wirtschaftlichen Organisationen lange Zeit. Weil aber der Bedarf überall drängte, wandten sich alle bedürftigen Stellen, und das waren sehr viele, an das II. Armee-kommando oder sandten kurzerhand Organe (Einkäufer, Kommissäre) eigenmächtig in die Ukraine.

Wie kleinlich bei diesem unregelmäßigen Arbeitsvorgang der ganze Wirtschaftsdienst wurde, zeigt eine Anmeldung des II. Armee-kommando vom 27. März über einen Ausfuhrtransport: «Für die Versorgung Wiens sind abgegangen: 72 q Gemüse, 304 q Zwiebel, 73 q Seife, 260 q Speiseöl, 196 q Brotgetreide. Für die „Özeg“ (Österreichische Zentraleinkaufs-Gesellschaft) 15236 q Speck.» Daß eine solche Kleinarbeit gegenüber dem Massenbedarf den ganzen Betrieb ins Lächerliche ziehen mußte, leuchtet wohl ohneweiters ein.

Da trat Ende April in Kiew ein Ereignis ein, das die ganze Lage in der Ukraine blitzartig beleuchtete und zum entsprechenden Handeln geradezu herausforderte. Ein Befehl des deutschen Heeresfrontkommandos in Kiew, daß die Felder der Güter zu bebauen seien, hatte bei den Bauern, die dies als den Anfang der Bodenreform in einem ihnen schädlichen Sinne ansahen, große Unruhe hervorgerufen, die ihre Wellen bis Kiew warf. Sie endete mit dem Sturz der Regierung und des Hetmans Holubowicz. Am 30. April wurde der ehemalige russische Generalleutnant Skoropadzky zum Hetman ausgerufen. Dieser Kiewer Putsch hatte gar keine Einwirkung auf das Land: Es war gleichgültig, wer in Kiew an der sogenannten Regierung stand, ein Fingerzeig, wie notwendig der richtige und den Verhältnissen entsprechende Gebrauch des einzigen Machtmittels,

der Armeen der Mittelmächte, gewesen wäre, um tatsächliche Ordnung im Lande zu schaffen. Aber man setzte die «korrekte» Haltung fort, sah in der Ukraine einen «Staat» und in der jeweiligen Gesellschaft von redenden Männern in Kiew eine «Regierung». So mußte alle aufgewendete Mühe, Arbeit und Kraft umsonst sein: Das Ergebnis der Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus der Ukraine blieb ein schlechtes.

Weil man in Wien die eigentliche Ursache dieser Erscheinung — den Mangel einer einheitlich und rücksichtslos eingesetzten Macht — nicht erkennen wollte, war man bestrebt, durch einen Personenwechsel eine Besserung zu erzielen. Man dachte dabei ganz zutreffend, daß nur eine unbeschränkte Vollmacht den richtigen Gebrauch der Macht möglich mache. Man folgerte richtig, daß diese unbedingte Vollmacht nur ein Soldat ausüben könne, und zwar nur der Kommandant der in der Ukraine stehenden k. u. k. Truppen. Was man aber nicht erkannte, war, daß man diese unbeschränkte Vollmacht nur im Einverständnis mit Deutschland auf der Grundlage erreichen konnte, daß jede der beiden Besetzungsmächte in ihrem Besetzungsgebiet volle Machtvollkommenheit und Handlungsfreiheit erhalte. Dies vorausgesetzt, war dann in die Hand des Armee-Kommandanten alles zu legen: Die Herstellung der Ordnung und Sicherheit des Landes als Voraussetzung jedes geordneten Handels und Verkehrs und die Ausnützung des Landes, also die Regelung von Einfuhr und Ausfuhr.

Zu dieser Erkenntnis oder zu diesem Entschluß konnte man sich nicht durchringen, weil man unbedingt die staatlichen Rechte der Ukraine beachten wollte. So kam es, daß in Baden im Armee-Oberkommando ein neuer Kommandant für die k. u. k. Truppen in der Ukraine mit voller Machtvollkommenheit (mit diktatorischer Gewalt) ernannt wurde, zur selben Zeit, als in Berlin unter der Leitung des Ministeriums des Äußern wirtschaftliche Verhandlungen gepflogen wurden, die mit der vollkommenen Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit des k. u. k. Kommandos in der Ukraine endeten.

Der Wechsel im Kommando der k. u. k. Besatzungsarmee.

Am 16. Mai wurde vom Armee-Oberkommando in Baden die Umbenennung der II. Armee in «k. u. k. Ostarmee» verfügt

und an Stelle des FM. von Böhm-Ermolli der G. d. I. Alfred Krauß zum Armeekommandanten mit unbeschränkter Vollmacht ernannt. Der neue Armeekommandant war der Ansicht, daß die selbständige Arbeit einer großen Zahl von Ämtern, Zentralen und Gesellschaften, von welch letzteren viele nur an einen Geldgewinn dachten, unter einer nicht zur Auswirkung kommenden Leitung des Ministerium des Äußern nicht zum Ziele führen konnte. Ebenso wenig konnte mit Gewalt, durch militärische Requisitionen, ein namhaftes Erträgnis erzielt werden. Die Aufbringung aller freien Vorräte an Lebensmitteln konnte nur durch den landesüblichen Handel gewährleistet werden. Weil weder Kronen noch Rubel die Bedürfnisse der Bauern zu decken vermochten, war weiter klar, daß nur der Warenaustausch zum Ziele führen konnte. Der neue Armeekommandant beabsichtigte daher, den großen Getreidefirmen, die in Odessa, Nikolajew und Cherson bestanden, die den Bauern nötigen Bedürfnisse, wie landwirtschaftliche Geräte und sonstige Bedarfsgegenstände, zur Verfügung zu stellen, um dagegen Getreide, Vieh, Fett, Eier und Wolle einzutauschen. Als Verrechnungsschlüssel war, soweit möglich, der übliche Friedenspreis gedacht.

Der Armeekommandant wurde später durch die Angaben landeskundiger Fachleute darin bestärkt, daß dies der einzige richtige Weg gewesen wäre, aus der Ukraine große Mengen von Nahrungsmitteln zu gewinnen. Der in Odessa lebende russische Intendant Gerbel, der durch Jahre hindurch die ganze ukrainische Front der russischen Armee in musterhafter Weise versorgt hatte, sprach die Überzeugung aus, daß in den von den k. u. k. Truppen besetzten drei Gouvernements so große Mengen von Lebensmitteln vorhanden waren, daß Österreich-Ungarn damit seinen ganzen Bedarf decken konnte, daß aber nur der freie Handel mit Tauschware zum Ziel führen könnte. Dieser einzige richtige Weg wurde aber durch die Berliner Vereinbarungen unmöglich gemacht. Wenige Tage nach dem Eintreffen des neuen Armeekommandanten in Odessa langten die in Berlin zustande gekommenen Verträge ein. Deren Bestimmungen entzogen dem Armeekommando die «unumschränkte Gewalt» bei der Aufbringung. Es hatte lediglich die Truppen zur militärischen Assistenz beizustellen, wenn die freie Aufbringung durch

den Apparat des «Ukrainischen Nahrungsmittelrates» und des «Ukrainischen Lebensmittelrates» auf Hindernisse stoßen sollte.

Damit war jede Besserung verhindert. Die bereits geschilderte ukrainisch-deutsch-österreichisch-ungarische Beschaffungsorganisation kam überhaupt nicht zur erfolgreichen Wirksamkeit. Wo endlich doch Einkaufsstellen errichtet wurden, hinderten der häufige passive Widerstand der ukrainischen Vertreter in diesen Ämtern selbst, die passive Haltung der örtlichen Behörden und die unwillige Haltung der ländlichen Bevölkerung im Vereine mit dem schwerfälligen Gang der Amtsgeschäfte einer so umständlich zusammengesetzten Organisation jede Wirksamkeit. Die Folge war, daß nicht einmal der Bedarf der Großstadt Odessa und der k. u. k. Truppen jederzeit gedeckt werden konnte. Der infolge dieser umständlichen Organisation eingetretene Mangel zwang im August dazu, in Odessa Brotkarten einzuführen und die Beteiligung der Volksmassen auf das Notwendigste zu beschränken. Als alle in Kiew unternommenen Schritte vergeblich blieben, machte das Armeekommando von seinem vertragsmäßigen Rechte Gebrauch, die Verpflegung der Truppen und den Bedarf für Odessa durch die Heeresorganisation aufbringen zu lassen. Dies zwang aber, weil die Bauern ihre Vorräte nicht freiwillig gegen die für sie wertlosen Kronen hergeben wollten, zu Requisitionen durch die Truppen. Dieser anstrengende, die Truppen stark zersplitternde Dienst verschärfte die ungünstige Stimmung der Bauern und lieferte Truppen und Bauern der zersetzenden Hetzarbeit der zahlreichen, im Lande tätigen Agenten aus. Der Friede mit Rumänien hatte die diplomatischen Vertreter und die Militärattachés der Ententemächte in Jassy, dem Sitz der rumänischen Regierung, belassen. Man hatte weiter zugelassen, daß die Rumänen Bessarabien besetzten. Die lange Dnjestrgränze zwischen Podolien und Bessarabien konnte von den dazu viel zu schwachen k. u. k. Truppen nicht abgesperrt werden. Die Vertreter der Ententemächte hatten daher die Möglichkeit, von Jassy aus in planmäßiger Wühlarbeit Bauern und Truppen durch Agenten verhetzen zu lassen. Dem Armeekommando fehlte das geschulte Polizeipersonal, um diesen Treibereien einen Riegel vorzuschieben. Hie und da gelang es, einen solchen Agenten — es waren dies meist russische Offiziere, die reich mit Geld ausgestattet, die Bauern zum bewaffneten Widerstand, die Truppen zur Gehor-

samsverweigerung aufstachelten — abzufangen. Hunderte kamen durch. Die Folgen stellten sich bald ein. Immer häufiger flammten örtliche Aufstände auf, die den Truppen anstrengende und bei der unglaublichen Grausamkeit der Bauern gefahrvolle Unternehmungen aufzwangen. Das unterstützte wieder die Wühlarbeit bei den Truppen. Auf diese Art wurde wohl mühsam und notdürftig der Bedarf für die Truppen und für Odessa beschafft, von einer nennenswerten Ausfuhr in die Monarchie war aber keine Rede.

Nur in beschränktem Maße konnte der vertragsmäßig freie Postpaketverkehr die Not in der Heimat mildern. Es stand allen Armeeangehörigen frei, Postpakete mit Lebensmitteln in die Heimat zu senden. Auf diesem Wege wurden täglich zahlreiche Postpakete mit Mehl, Zucker, Reis, Hülsenfrüchten, Speck, Seife und Fischkonserven in die Heimat abgefertigt. Die dazu nötigen Vorräte wurden von einer zu diesem Zwecke errichteten militärischen Stelle im freien Einkauf beschafft und auf Bestellung an die angegebenen Heimatadressen abgesendet. Bei den hohen Preisen der Lebensmittel waren aber nur die Offiziere und wohlhabenderen Soldaten in der Lage, davon Gebrauch zu machen. Das beeinträchtigte natürlich die Wirksamkeit dieser Abhilfe, verbitterte die große Masse der mittellosen Soldaten und gab Angriffspunkte für die Wühlarbeit. Die Deutschen hatten zur reichen Ausnützung dieser Bestimmung ihren Soldaten eine tägliche Zulage von fünf Mark gewährt, so daß Millionen von Postpaketen nach Deutschland gingen. Um diesen Ausweg ebenfalls reichlicher ausnützen zu können, wurde das Armee-Oberkommando vom Armeekommando gedrängt, auch den k. u. k. Truppen eine solche Zulage zu gewähren. Erst im Oktober wurde, diesem Drängen nachgebend, eine Tageszulage von vier Kronen bewilligt — zu spät und zu einer Zeit, in der selbst diese Wohltat von den Agenten der Entente zur Verhetzung benützt wurde, indem den leichtgläubigen Soldaten gesagt wurde, daß eigentlich eine Zulage von zwanzig Kronen bewilligt worden sei, daß aber die Offiziere sich den Hauptteil aneigneten. Die Absendung großer Massen von Postpaketen fand anfangs auch ein Hindernis in der Schwierigkeit, die zahllosen Kisten zu beschaffen. Um diesem Mangel abzuhelfen, wurden Sägebetriebe und Kistentischlereien errichtet. Trotz allen Schwierigkeiten konnten auf diesem Wege

vom Monat Juni angefangen täglich etwa zehn Waggonladungen Lebensmittel in Postpaketen abgeschoben werden.

Eine besondere Sorge bereiteten dem Armeekommando die Geldverhältnisse in der Ukraine. Beim Einmarsch war nicht vereinbart worden, wie sich die Ukraine an den Kosten der Besetzung zu beteiligen habe. Alle Zahlungen mußten daher vorerst von den k. u. k. Zahlstellen erfolgen. Rubel waren aber trotz aller Anstrengungen nicht in den nötigen Massen aufzubringen. Infolgedessen mußten Kronen als Zahlungsmittel in Verwendung treten. So kamen auf dem Wege der regelmäßigen Gebührenzahlungen an die Truppen und durch die umfangreichen Ankäufe große Massen an Kronennoten in der Ukraine in Umlauf. Schon im Monat Juni wurde die Wahrnehmung gemacht, daß zahllose Kronennoten den Weg nach Moskau nahmen. Die von Zeit zu Zeit auf den Börsen der neutralen Länder in den Verkehr gebrachten großen Massen an Kronen ließen erkennen, daß die Widerstandsfähigkeit Österreich-Ungarns durch die künstliche und gewaltsame Verschlechterung seines Geldwertes geschwächt werden sollte. Der Hauptteil der dazu nötigen Kronennoten dürfte den Weg aus der Ukraine über Moskau nach London genommen haben. Um der Verschleuderung der Mark und der Kronen vorzubeugen, unterstützten die Mittelmächte das Streben der ukrainischen Regierung, den Mangel an Rubelnoten durch Ausgabe eines ukrainischen Geldes zu beheben. Zu diesem Zwecke übernahmen Deutschland und Österreich-Ungarn gegen Überlassung entsprechender Mark- und Kronenguthaben in Berlin und Wien an die ukrainische Regierung im ganzen 643 Millionen «Karbowanee»; so wurde die dem Rubel gleichwertige Münzeinheit der Ukraine genannt. Der Karbowanee sollte dem Rubel je nach dessem Kurs gleichgehalten werden. Weil aber dem Karbowanee von der Bevölkerung, die starrsinnig am Zaren- oder Romanowrubel festhielt, kein Vertrauen entgegengebracht wurde, sank der Kurs des Karbowanee in der Ukraine bald beträchtlich unter den Rubelkurs. In Wien und Berlin wurde er weiter zum Rubelkurs bewertet, was unlauteren Elementen Anlaß zu Schiebungen mit diesem Zahlungsmittel bot.

Die Geldverhältnisse der Ukraine waren daher ganz ungesund. Das eigene Geld der Ukraine hatte als unbedecktes Staatsgeld — denn die Mark- und Kronenguthaben der Ukraine

in Berlin und Wien konnten nicht als vollwertige Bedeckung wirken — nur den Charakter eines Scheingeldes, der Rubel war in unzureichender Menge vorhanden, Mark und Krone aber fanden als fremde Währungen kein rechtes Vertrauen in der Bevölkerung. Diese ungünstigen Geldverhältnisse, zu deren Aussehaltung nichts unternommen wurde, beeinträchtigten die Entwicklung des gewünschten Handels.

Die Unterbringung der k. u. k. Truppen war in der Ukraine eine höchst mangelhafte. Die Kasernen waren durch die Aufstände und durch die zügellosen Truppen der Bolschewiken meist verwüstet und in einen kaum benützbaren Zustand gesetzt. Obwohl nun unsere Truppen in die Ukraine zur Befreiung der Bevölkerung von der drückenden Bolschewikenherrschaft und zur Herstellung von Ordnung und Sicherheit eingerückt waren und mit Jubel begrüßt wurden, so daß die Bevölkerung dafür auch einige Opfer bringen konnte, wurde doch davon abgesehen, die auch in allen ukrainischen Orten herrschende Wohnungsnot durch die Unterbringung der Truppen in Privatwohnungen und durch zu hohe und unbescheidene Anforderungen der Offiziere zu verschärfen. Im Gegenteil: überall traten unsere Truppen als Wiederhersteller der Ordnung, der Reinlichkeit und Benützbarkeit der Häuser auf. Kasernen und Spitäler wurden durch unausgesetzte Arbeit der Truppen wieder wohnlich gemacht.

Besonders in Odessa hatte das bürgerliche Leben unter den Nachwehen der Bolschewikenherrschaft zu leiden. Die Straßenbahn war außer Betrieb, fast alle Fabriken waren stillgelegt. In der Erkenntnis, daß die Herstellung des gewöhnlichen Verkehrs und der Arbeit die Voraussetzung jeder Wiederkehr der Ordnung sind, ordnete das Armeekommando die eheste Aufnahme des Straßenbahnverkehrs und die Inbetriebsetzung der Fabriken an. Hierzu mußten vor allem große Vorräte an Kohlen beschafft werden. Mit Hilfe der eigenen militärischen Kommandos in Mariupol und im Kohlengebiet gelang es, die Kohlen in ausreichender Menge auf dem Seewege nach Odessa zu bringen, so daß noch Anfang Juni die Straßenbahn in Betrieb gesetzt werden konnte und nach und nach immer mehr Fabriken den Betrieb wieder aufnahmen.

In Odessa waren über hundert Handelsschiffe erbeutet worden. Mit Hilfe dieser Schiffe und mit Heranziehung heimi-

seher Schifffahrtsstellen wurde ein ganz entsprechender Seeverkehr eingeleitet.

Die immer häufiger werdenden Widersetzlichkeiten der Bevölkerung und die saumselige Haltung der ukrainischen Behörden und Gerichte veranlaßten das Armeekommando, die Feldgerichtsbarkeit auf alle Verbrechen und Vergehen ukrainischer Staatsbürger gegen die k. u. k. Wehrmacht auszudehnen; trotzdem war das Armeekommando im Sinne der allgemeinen Haltung der Monarchie darauf bedacht, die ukrainischen Behörden, soweit sie gewillt und imstande waren, ihre Obliegenheiten zu erfüllen, zur Geltung kommen zu lassen und in ihrer Tätigkeit zu stützen. Dementsprechend wurde im Juni 1918 der Verkehr der österreichisch-ungarischen Kommandos mit den ukrainischen Behörden vom Armeekommando geregelt. Die im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung erlassene Verordnung bestimmte:

«1. Alle Verwaltungsmaßnahmen sind grundsätzlich von den ukrainischen Behörden zu erlassen. Die k. u. k. Kommandos teilen ihnen lediglich ihre „Wünsche“ mit.

2. Die Sicherheitspolizei ist Sache der ukrainischen Behörden, jedoch nach Kenntnisnahme der zu erlassenden Verfügungen durch die k. u. k. örtlichen Kommandos und nach deren Entscheidung. Für Anordnungen allgemeinerer Natur sind die entsprechenden höheren k. u. k. Kommandos befugt. Bei einer Bedrohung der Sicherheit entscheiden die k. u. k. Kommandos selbständig. Sie verständigen lediglich die betreffenden ukrainischen Behörden über die getroffenen Verfügungen.

3. Zu Strafexpeditionen, Beitreibungen und ähnlichen Maßnahmen ist die Mitwirkung der ukrainischen Behörden in vollem Maße in Anspruch zu nehmen.»

Bald mußten die k. u. k. Kommandos selbständig eingreifen, um Ruhe und Ordnung zu erhalten; immer aber wurden die ukrainischen Behörden zur Mithilfe herangezogen, wenn sie oft auch nur erschwerend wirkten.

Die Lösung der wichtigsten Frage der Ukraine, der Bodenfrage, konnte die Besatzungskommandos nicht unmittelbar berühren. Trotzdem mußte darauf geachtet werden, weil von ihrer Lösung die Stimmung der Bauern und die Bebauung des Bodens, somit auch der Ertrag des Landes, abhingen. Das Armeekommando drängte daher in Kiew zur Regelung der Bodenfrage;

es sagte seine Unterstützung zu. Die kraftlosen Regierungen taten aber nichts oder wollten nichts tun. Um so viel als möglich zur Bebauung des Bodens beizutragen, wurden größere Landgüter in Pacht und von den Truppen oder von eigenen Gutsverwaltungen in Betrieb genommen. Leider verhinderte die kurze Zeit der Besetzung das Aufblühen dieser Unternehmungen.

Besonderes Augenmerk mußte auf den Betrieb der Bergwerke im Donezgebiet gerichtet werden. Vor allem machte sich der Ausfall an Kohle auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens: Eisenbahnbetrieb, Schifffahrt, Fabriksbetrieb, nachteilig fühlbar. Alle Anstrengungen der gemeinsamen deutschen und österreichisch-ungarischen Verwaltung der Kohlenbergwerke, die Förderung der Kohle wieder auf den Stand vor dem Kriege zu heben, waren vergebens. Zu groß waren die Widerstände in der Arbeiterschaft und bei den Behörden und zu schwerfällig arbeitete der so vielfach zusammengesetzte Verwaltungskörper. Um wenigstens den Eisenbahnbetrieb zu sichern, mußte an die Beschaffung von Holz in großen Massen geschritten werden. Es wurden eigene militärische Holzschlägerabteilungen gebildet, die die Holzschlägerung in den außerordentlich reichen Waldbeständen Podoliens besorgten. Ungeheure Massen an Holz mußten für den Bahnbetrieb geliefert werden. Es gelang auf diese Weise, den Eisenbahnbetrieb notdürftig zu erhalten.

Die Anerkennung der Ukraine als vollberechtigter Staat veranlaßte unsere staatlichen Stellen dazu, das Eigentum der Ukraine an dem alten russischen Staatsgut anzuerkennen. Statt, wie es unanfechtbar schien, das gesamte russische Heeresgut als Beute zu betrachten und einfach in die Heimat abzuschleppen, ließ man die ungeheuren Massen an wertvollen Gütern aller Art in den riesigen Magazinen liegen und bewachte sie noch, um auf dem Vertragswege endlich doch einen Teil davon für uns zu gewinnen. Die Verhandlungen zogen sich lange hinaus. Erst Mitte August kam ein Teilungsvertrag zustande, der aber nicht mehr ausgenützt werden konnte. Vorher jedoch hatten alle Heimatstellen die wertvollsten und dringendsten benötigten Bedürfnisse, wie Autoreifen, Flugzeuge, Kupfer und anderes, durch eigens entsandte Organe erworben, teils im Wege des Kaufes, teils als Vorsehuß auf den Beutanspruch. Dieser Vorgang, der sich ohne jede Aufsicht abspielte, hat zu vielen Reibungen und Anständen geführt. Eine besondere Gefahr bil-

deten die ungeheuren Massen an Munition, die bei Odessa lagerten. Trotz ausgiebiger Bewachung war eine volle Sicherheit gegen verbrecherische Anschläge nicht zu erzielen. So wie einige Wochen vorher in Kiew die riesigen Munitionslager das Opfer eines Anschlages oder einer Selbstentzündung wurden, so flogen am 31. August die gewaltigen Munitionslager im Nordwesten Odessas in die Luft, zahlreiche Opfer fordernd und schweren Schaden stiftend.

Das Versagen des Brotfriedens.

Auf allen Gebieten, wo unsere Kommandos helfend und fördernd eingreifen wollten und eingriffen, stellten sich die ukrainischen Behörden, die zwar amtierten, aber nichts vorwärtsbrachten, gegen jede Einmischung und wirkten durch ihren Widerstand nicht nur hemmend, sondern unterstützten damit auch jede umstürzlerische Bewegung, die sie nicht selbst unterdrücken konnten und durch uns nicht unterdrücken lassen wollten.

So stellte der ganze Verwaltungs- und Sicherungskörper der Ukraine ein außerordentlich verwickeltes, schwerfällig oder gar nicht arbeitendes Gebilde dar. Ein Beamtenkörper als staatlicher Organismus, der, vielfach im altrussischen Sinne tätig, gar nicht für den neuen Staat arbeiten wollte, und als Machtmittel die Armeen Deutschlands und Österreich-Ungarns, die wieder durch verwickelte, zu vielen Reibungen Anlaß gebende Vereinbarungen in der ganzen Ukraine Rechte beanspruchten, aber von den staatlichen Stellen und Behörden, die sich auf sie stützen sollten und mußten, weil sie keine andere Stütze hatten, doch mit scheelen Augen betrachtet und vielfach angefeindet und durch passiven Widerstand behindert wurden, die obersten Leitungen der Machtmittel weit weg in Wien und Berlin, ohne örtliche Kenntnisse und daher auch ohne vollen Einfluß — das war das Bild der Verhältnisse in der Ukraine.

Kein Wunder war es daher, daß sich unter diesen Verhältnissen jedes machtvolle Auftreten von selbst verbot. Als im August ein allgemeiner Eisenbahnerausstand drohte, mußte das Armeekommando zusehen, wie die Eisenbahnzentralstelle in Kiew und die ukrainische Regierung in langen Verhandlungen zu keinem Ziele kamen und wie jede durchgreifende Maßregel entweder da oder dort Widerstand fand. Endlich nach langer

Zeit entschloß man sich zur Internierung der arbeitsunwilligen Eisenbahnbediensteten. Einige hundert Eisenbahner wurden in Otshakow und in Wolhynien interniert. Dann erst trat allmählich wieder Ruhe im Eisenbahnbetriebe ein.

Auf die Landbevölkerung war die Verwaltungsorganisation ohne jeden Einfluß. Die zahlreichen Bauernaufstände, die von Agenten der Entente und der in ihrem Dienste stehenden Umsturzparteien angezettelt wurden, mußten mit harter Faust niedergeschlagen werden. Erschwerend wirkte dabei die große Ausdehnung des Landes — das Besetzungsgebiet der k. u. k. Truppen war an Fläche etwa gleich dem alten Kaisertum Österreich ohne Galizien — und das überaus weitmaschige Eisenbahnnetz. Nur nach anstrengenden Märschen konnten die Truppen über solche Aufstände Herr werden. Diese nervenzerrüttende Kampfarbeit, der umfangreiche Ordnungs- und Besetzungsdienst, der die kaum 120.000 Bewaffnete zählende Armee über das weite Gebiet zerstreute, der ermüdende und anstrengende Wachdienst gefährdeten die Truppen in ihrem moralischen Bestand um so mehr, als sie auch der planmäßigen Verhetzung durch bolschewikische, sozialrevolutionäre und großrussische Agenten, die alle im Dienste der Ententemächte arbeiteten, ausgesetzt waren.

Es ist begreiflich, daß bei diesen Zuständen die Hoffnung, die bei Abschluß des Friedens mit der Ukraine Gevatter gestanden war, nicht erfüllt werden konnte: Es wurde nichts aus dem «Brotfrieden», der der hungernden Bevölkerung Österreichs Rettung bringen sollte. Nur ein kleiner Teil des Erhofften wurde aus der Ukraine in die Monarchie eingeführt. Graf Czernin, der diesen Brotfrieden geschlossen hatte, der also das höchste Interesse hatte, den Frieden als zweckentsprechend darzustellen, führt in seinem Buch «Im Weltkriege» die ihm vom österreichischen Staatssekretär für Volksernährung im Monat Mai 1919 zur Verfügung gestellte statistische Übersicht über die gesamte Einfuhr aus der Ukraine in die Monarchie in der Zeit vom Frühjahr 1918 bis November 1918 an. Nach diesen amtlichen Angaben wurden eingeführt: 46.225 t Getreide und Mehl und 11.157 t Hülsenfrüchte, Futtermittel und Sämereien.

Stellt man der tatsächlichen Einfuhr von 46.225 t Mehl und Getreide den vom k. u. k. Kriegsminister am 20. März nach Kiew bekannt gegebenen Bedarf von einer Million Tonnen gegen-

über, dann erkennt man, wie wenig das Ergebnis der getroffenen Maßnahmen den gehegten Erwartungen entsprochen hat.

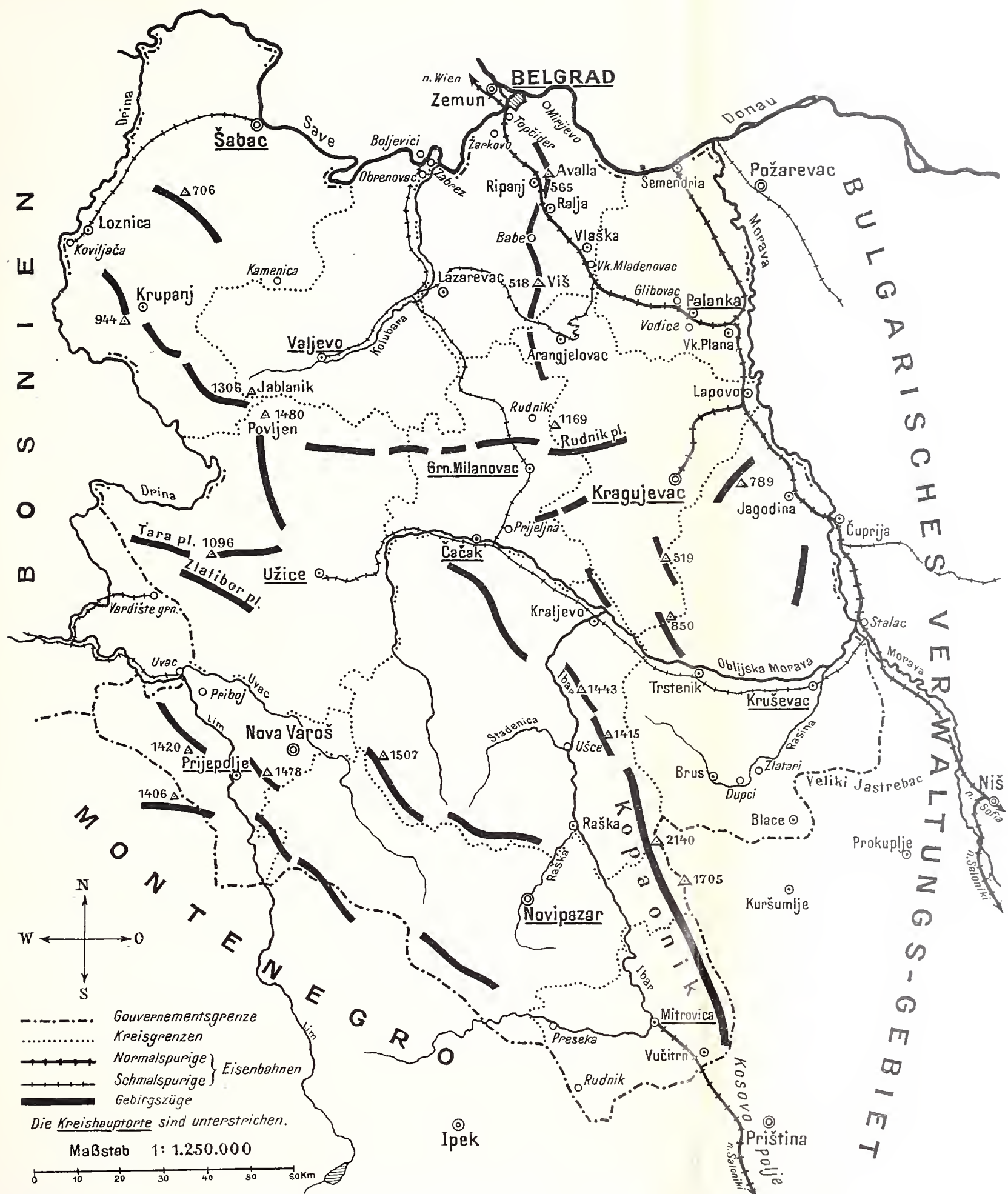
Abgesehen von Getreide und Mehl wurden nach Czernins Darlegungen noch eingeführt: 2170 t Butter, Fett und Speck, 977 t Öl und Speiseöl, 325 t Käse und Topfen, 473 t Fische und Fischkonserven, 24.973 t Zucker, 7836 t verschiedene Lebensmittel, 32.433 Kisten Eier, 1571 t Pökelfleisch, 55.421 Stück Rinder und 40.027 Pferde.*)

Neben diesen ordnungsgemäß eingeführten Waren sollen noch bedeutende Mengen im Schmuggelwege über die Grenzen gekommen sein. Graf Czernin gibt auf Grund der Angaben des Amtes für Volksernährung, allerdings nach allen Vertragsstaaten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien), 15.000 Waggons, also 150.000 t als Schmuggelwaren an.

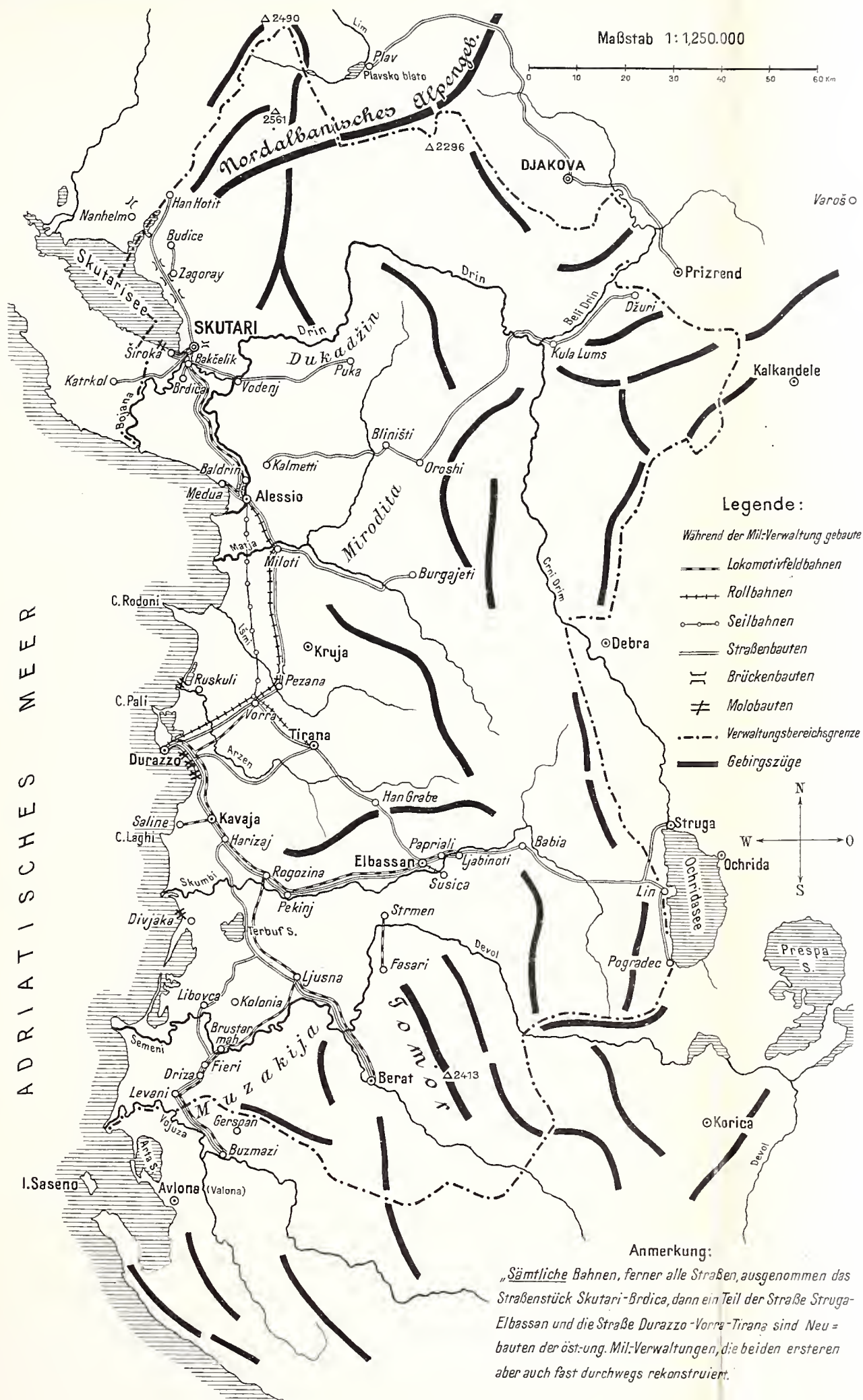
Außer diesen im großen Handelsverkehr eingeführten Waren ging noch die Einfuhr im Kleinverkehr im Wege der Postpakete vor sich.

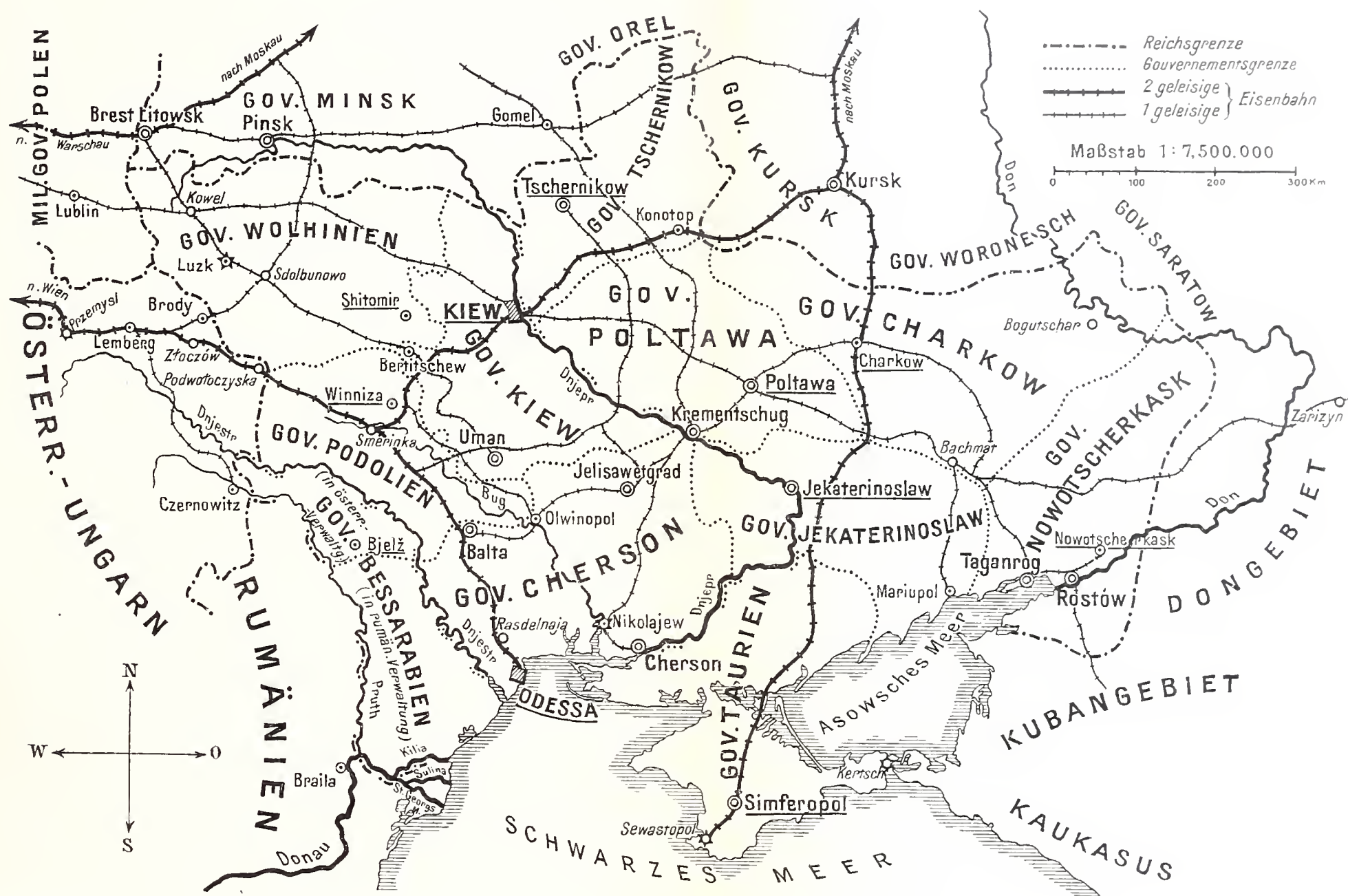
Mit der Ende Oktober beginnenden Auflösung der Monarchie und ihrer Ostarmee versiegte auch dieser aus der Ukraine in die Donauländer zur Milderung des Hungers geleitete Zustrom von Lebensmitteln.

*) Vergleichsweise seien hier die Abgabeziffern des Militär-Generalgouvernements Serbien im ersten, noch wenig ergiebigen Aufbringungsjahr und schlechten Erntejahr 1916 gegenübergestellt, obwohl es kaum ein Zwanzigstel der Anbaufläche der Ukraine und wohl kaum ein Zwanzigstel von deren Viehstand hatte: 47.680 t Brotgetreide (ohne Hartfutter) gegenüber 46.225 t der Ukraine, 50.891 Ochsen, 1869 Schweine, 43.584 Schafe gegen 55.421 Rinder der Ukraine.









ANHANG

PLAN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELT- KRIEGES.

(Allfällige Abänderungen und Ergänzungen werden in den späteren Bänden
mitgeteilt werden.)

I.

HERAUSGEBER UND SCHRIFTFÜHRUNGEN.

ÖSTERREICH UND UNGARN.

GEMEINSAME SCHRIFTFÜHRUNG.

Professor Dr. James T. Shotwell, Vorsitzender.

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFÜHRUNG.

Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, Vorsitzender (gestorben
am 26. Juli 1926).

Gesandter a. D. Richard Riedl.

Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

UNGARISCHE SCHRIFTFÜHRUNG.

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz.

SCHRIFTFÜHRUNG DER ABTEILUNG FÜR ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN.

Professor Dr. Clemens Pirquet.

DEUTSCHLAND.

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender.

Geheimrat Dr. Hermann Bücher.

Geheimrat Professor Dr. Carl Duisberg.

Geheimrat Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy.

Geheimrat Professor Dr. Max Sering.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

BELGIEN.

Professor H. Pirenne, Herausgeber.

FRANKREICH.

Professor Charles Gide, Vorsitzender.

M. Arthur Fontaine.

Professor Henri Hauser.

Professor Charles Rist.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

GRIECHENLAND.

Professor A. Andreades, Herausgeber.

GROSSBRITANNIEN.

Sir William Beveridge, Vorsitzender.

Professor H. W. C. Davis.

Mr. Thomas Jones.

Mr. J. M. Keynes.

Mr. F. W. Hirst.

Professor W. R. Scott.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

ITALIEN.

Senator Professor Luigi Einaudi, Vorsitzender.

Professor Pasquale Jannaccone.

Professor Umberto Ricci.

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

JAPAN.

Baron Y. Sakatani, Vorsitzender.

Mr. Gotara Ogawa.

NIEDERLANDE.

Professor H. B. Greven, Herausgeber.

POLEN.

Professor Marcell Handelsmann.

RUMÄNIEN.

M. David Mitrany, Herausgeber.

RUSSLAND.

Professor Sir Paul Vinogradoff, Herausgeber (gestorben am 19. Dezember 1925).

M. Michael Florinsky, Mitherausgeber.

SKANDINAVISCHES STAATEN.

Professor Harald Westergaard (Dänemark), Vorsitzender.

Professor Eli Heckscher (Schweden).

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio.

II.

VERZEICHNIS DER VERÖFFENTLICHUNGEN.

Dieses Verzeichnis enthält nur die bereits veröffentlichten oder in Vorbereitung befindlichen Publikationen und wird von Zeit zu Zeit vermehrt, beziehungsweise geändert werden. Die Publikationen, deren Titel nachstehend angeführt werden, sind teils solche, die einen eigenen Band der Serie im Umfange von 300 bis 400 Seiten bilden, teils Monographien und Spezialstudien im Umfange von etwa 100 Seiten, die mit Abhandlungen ähnlichen Charakters zu einem Band der Serie vereinigt werden dürften. Bereits publizierte Werke sind durch ein Sternchen gekennzeichnet. Wo nichts anderes angegeben ist, erscheinen die Bände in der Sprache des betreffenden Landes.

ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE.

ABTEILUNG ÖSTERREICH-UNGARN.

* Das Geldwesen im Kriege, vom Präsidenten der Ungarischen Nationalbank, Minister a. D., vormalig Gouverneur der Österr.-ungar. Bank Dr. Alexander von Popovics.

Die militärische Kriegswirtschaft; eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, den Generalen Hoen und Krauss und Oberstleutnant Glaise-Horstenau.

- *Die Kriegswirtschaft in den okkupierten Gebieten:
 Serbien, Montenegro, Albanien, von General Hugo Kerchnawe.
 Italien, von General Ludwig Leidl.
 Rumänien, von Generalkonsul Felix Sobotka.
 Ukraine, von General Alfred Krauss.
 Polen, von Major Rudolf Mitzka.
- Die Kriegskosten Österreich-Ungarns, von Präsident Dr. Friedrich Hornik.
- *Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: «Mitteleuropäische Pläne», Österreich-Ungarns letzter Ausgleich und Wirtschaftsbündnis mit dem Deutschen Reiche; die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest; die Verhandlungen über die Polenfrage, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.
- Die Erschöpfung und Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie (Verfasser noch nicht bestimmt), mit einem Anhang: Die Zerreißung des österreichischen und ungarischen Wirtschaftsgebietes, von Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.

ABTEILUNG ÖSTERREICH.

- *Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar Spann.
- Der Einfluß des Weltkrieges auf Geist und Sitte der Gesellschaft, von Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel.
- *Österreichische Regierung und Verwaltung im Kriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.
- Die Regelung der Industrie im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung des Gesandten a. D. Richard Riedl.
- *Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Ruß.
- *Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D. Abgeordneten Ferdinand Hanusch und Sektionschef a. D. Professor Dr. Emanuel Adler.
- Die österreichischen Eisenbahnen im Kriege, von Sektionschef Ing. Bruno Enderes. Das militärische Verkehrswesen, von General Ing. Emil Ratzenhofer.
- *Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil Homann-Herimberg.
- *Krieg und Kriminalität, von Professor Dr. Franz Exner.

ABTEILUNG UNGARN.

- Die Geschichte der Kriegswirtschaft Ungarns, ein allgemeiner Überblick, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Staatsverwaltung und die öffentliche Meinung in Ungarn, von Minister a. D. Graf Albert Apponyi.
- Die Industrie Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Baron Josef Szterényi.
- Der Handel Ungarns während des Krieges, von Staatssekretär a. D. Dr. Alexander von Matlekovits.
- Die Finanzwirtschaft Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Dr. Johann von Teleszky.
- Die landwirtschaftliche Produktion Ungarns während des Krieges, von Generalsekretär Dr. Karl von Muschenbacher.
- Die sozialen Verhältnisse in Ungarn während des Krieges, von stellv. Staatssekretär Dr. Desiderius Pap.

ABTEILUNG FÜR VOLKSGESUNDHEIT IN ÖSTERREICH
UND UNGARN

(in deutscher Sprache).

- * Studien über Volksgesundheit und Krieg. Eine Reihe von Monographien, verfaßt von den Doktoren K. Biehl, J. Bokay, B. Breitner, C. Economo, A. Edelmann, A. Eiselsberg, H. Elias, E. Finger, C. Helly, J. Hockauf, A. Juba, K. Kassowitz, C. Kirchenberger, J. Kyrle, E. Lazar, E. Mayerhofer, A. Müller-Deham, E. Nobel, Cl. Pirquet, E. Präbram, W. Raschofsky, F. Reischel, G. Schacherl, B. Schick, J. Steiner, R. Wagner, unter der Leitung von Professor Dr. Clemens Pirquet (2 Bände).

AMERIKANISCHE SERIE.

- * Führer durch die amerikanischen Quellen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Krieges, von Waldo G. Leland und Dr. Newton D. Mereness.
- Die Industrie der Vereinigten Staaten während des Krieges, von Professor Alvin S. Johnson.
- Amerikas Eisenbahnen und Verkehrspolitik während des Krieges, von Walker D. Hines.
- Die Finanzen Amerikas und der Krieg, von Professor Thomas Sewall Adams.

Die Kriegskontrolle in den Vereinigten Staaten, von Professor Edwin F. Gay.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf die Vereinigten Staaten, von Professor John M. Clark.

(Weitere Bände werden nachfolgen.)

BELGISCHE SERIE.

Belgien und der Weltkrieg, von Professor H. Pirenne.

Deportation und Zwangsarbeit der Zivilbevölkerung während der Besetzung, von Fernand Passelecq.

* Die Lebensmittelversorgung in Belgien während der Besetzung, von Dr. Albert Henry.

* Legislative und Verwaltung während der Besetzung, von Dr. J. Pirenne und Dr. M. Vauthier.

* Die Arbeitslosigkeit in Belgien während der Besetzung, von Professor Ernest Mahaim.

* Die belgische Industrie während der Besetzung, von Graf C. de Kerchove.

* Die Volkswirtschaftspolitik der belgischen Regierung während des Krieges, von Professor F. J. van Langenhove.

BULGARISCHE SERIE.

(in französischer Sprache).

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Bulgarien, von Professor G. T. Danailov.

DEUTSCHE SERIE

Bibliographie der deutschen Schriften und Abhandlungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy und Dr. Eduard Rosenbaum. Mit einem Anhang über das deutsche Reichsarchiv und seine Bestände, von Dr. Ernest Müsebeck.

Die Wirkungen des Krieges auf Verfassung und Verwaltung des Reiches und der Länder, von Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy.

Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete:

* Belgien, von Staatsminister a. D. Professor Dr. Ludwig von Köhler.
Baltikum, von Freiherrn von Gayl.

Generalgouvernement Warschau, von Wirkl. Geh. Rat Dr. Wolfgang von Kries.

* Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland:

Der sittliche Zustand des deutschen Volkes unter dem Einfluß des Krieges, von Professor Dr. Otto Baumgarten.

Die Stellung der evangelischen Kirche, von Professor Dr. Erich Foerster.

Die Stellung der katholischen Kirche, von Professor Dr. Arnold Rademacher.

Der Krieg und die Jugend, von Dr. Wilhelm Flitner.

Kriegskriminalität in Deutschland, von Geh. Justizrat Prof. Dr. Moritz Liepmann.

Die deutsche Volkswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges, von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Max Sering.

Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland:

Die deutsche Bevölkerungsbewegung, von Professor Dr. Rudolf Meerwarth.

Die Folgen des Krieges für das Einkommen und die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung, von Professor Dr. Adolf Günther.

Die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland unter dem Einfluß des Krieges, von Professor Dr. Waldemar Zimmermann.

* Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Krieges, unter Mitwirkung der Fachgenossen Dr. Abel, Bonhoeffer, Breger, Brugsch, Fikentscher, Hahn, His, Jadassohn, Kerp, Langstein, Merkel, Möllers, v. Ostertag, Roesle, Rott, Rubner, Sellheim, Stephani, Steudel, Thiele, Toms, herausgegeben und eingeleitet von Geh. Medizinalrat Dr. F. Bumm (2 Bände).

Organisation der deutschen Kriegswirtschaft und Bewirtschaftung der Kriegsrohstoffe, von Staatssekretär a. D. Professor Dr. Heinrich Göppert und einem noch zu bestimmenden Verfasser.

Die Tätigkeit der ZEG. und das Zusammenwirken mit den Bundesgenossen, von Geh. Legationsrat Dr. Walter Frisch.

Die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete:

Belgien und Nordfrankreich, von Professor Dr. Georg Jahn.

Rumänien und Ukraine, von Professor Dr. Fritz Karl Mann.

Baltikum, von Freiherrn von Gayl.

Generalgouvernement Warschau, von Wirkl. Geh. Rat Dr. Wolfgang von Kries.

- Deutschlands Außen- und Innenhandel unter den Wirkungen des Krieges. (Verfasser noch nicht bestimmt.)
- Die deutschen Eisenbahnen im Kriege, von Eisenbahnpräsidenten Geh. Regierungsrat Dr. Sarter.
- Die deutsche Industrie am Schlusse des Krieges. Interessengemeinschaften und Kartelle, von Geh. Legationsrat Dr. Hermann Bücher.
- * Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, von Paul Umbreit. Mit einem Anhang über die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, von Dr. Charlotte Lorenz.
- Der Einfluß des Krieges auf die deutsche Sozialpolitik, von Dr. W. Dieckmann.
- * Deutsche Kriegsernährungswirtschaft, von Professor Dr. August Skalweit.
- * Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, von Professor Dr. Friedrich Aereboe.
- * Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Krieg, von Geheimrat Professor Dr. Walther Lotz.
- Deutsches Bank- und Börsenwesen im Krieg. (Verfasser noch nicht bestimmt.)
- Allgemeine Lehren der Kriegsverwaltung und Kriegswirtschaft. (Verfasser noch nicht bestimmt.)

FRANZÖSISCHE SERIE.

- * Bibliographischer Führer durch die kriegswirtschaftliche Literatur Frankreichs, von Dr. Camille Bloch.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Regierung und Verwaltung Frankreichs:
- ** Die Wirkungen des Krieges auf die Zivilverwaltung, von Professor Pierre Renouvin.
- Die offiziellen kriegswirtschaftlichen Organisationen Frankreichs, von Armand Boutillier du Retail.
- ** Probleme des Regionalismus, von Professor Henri Hauser.
- ** Die Vorbereitung der Friedenswirtschaft, von Henri Chardon.
- Studien über die kriegswirtschaftliche Statistik:
- Die Wirkungen des Krieges auf die Bevölkerung und die Einkommensverhältnisse, von Michel Huber.
- * Preise und Löhne während des Krieges, von Lucien March.
- Lebensmittelversorgung und Lebensmittelkontrolle während des Krieges:
- * Volksernährung und Rationierung, von P. Pinot.
- * Die Landwirtschaft während des Krieges, von Michel Augé-Laribé.

* Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.

* Die Wirkungen des Krieges auf die französische Textilindustrie, von Professor Albert Aftalion.

Die Wirkungen des Krieges auf die Metall- und Maschinenindustrie (Verfasser noch nicht bestimmt); die Wirkungen des Krieges auf die chemischen Industrien, von Eugène Maucière.

Die Wirkungen des Krieges auf die Brennstoffe und Wasserkräfte:
Die Kohle und die mineralischen Brennstoffe, von Henri de Peyerimhoff.

** Die Wasserkräfte, von Professor Raoul Blanchard.

* Die Forstwirtschaft und die Nutzholzindustrie während des Krieges, von General Georges Chevalier.

Die Organisation der Kriegsindustrien, von Albert Thomas.

Die Arbeitsbedingungen während des Krieges, von William Onalid und M. C. Picquenard.

Studien über die Arbeitsverhältnisse während des Krieges (2 Bände):

* Die Arbeitslosigkeit, von A. Créhange.

Der Syndikalismus, von Roger Picard.

** Fremde und koloniale Arbeitskräfte in Frankreich, von B. Nogaro und Oberstleutnant Weil.

** Die Frauenarbeit, von Marcel Frois.

Die Wirkungen des Krieges auf die besetzten Gebiete:

* Die Organisation der Arbeit in den besetzten Gebieten, von Pierre Boulin.

Die Lebensmittelversorgung in den besetzten Gebieten, von Paul Collinet und Paul Stahl.

Die Kriegsschäden, von Edmond Michel und M. Prangey.

Kriegsgefangene und Kriegsflüchtlinge:

Die Kriegsflüchtlinge und die Zivilinternierten, von Professor Pierre Caron.

Die Kriegsgefangenen, von Georges Cahen-Salvador.

Die Wirkungen des Krieges auf das Transportwesen:

* Die französischen Eisenbahnen während des Krieges, von Marcel Peschaud.

** Die Binnenwasserstraßen und der Güterverkehr, von Georges Pocard de Kerviler.

Die Wirkungen des Krieges auf die Schifffahrt:

* Die französische Handelsschifffahrt während des Krieges, von Henri Cangardel.

Die französischen Häfen während des Krieges, von Georges Hersent.

Die Wirkungen des Krieges auf den Handel Frankreichs, von Professor Charles Rist.

Die französische Handelspolitik während des Krieges, von Etienne Clémentel.

Die finanziellen Wirkungen des Krieges:

** Die Finanzen Frankreichs während des Krieges, von Henri Truchy.

Das Bankwesen Frankreichs während des Krieges, von Albert Aupetit.

Sozialpolitische Probleme:

* Die Konsumgenossenschaften und der Kampf gegen die Preissteigerungen, von Professor Ch. Gide und M. Daudé-Bancel.

* Die Wirkungen des Krieges auf das Wohnungsproblem, von Henri Sellier und M. Bruggeman.

Die Wirkungen des Krieges auf die Volksgesundheit:

Volksgesundheit und Hygiene, von Dr. Léon Bernard.

Die Kriegsgeschädigten, von M. Cassin und M. Ville-Chabrolle.

Erinnerungen und Eindrücke aus den Schützengräben, von Professor Jean Norton Cru.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der französischen Städte während des Krieges:

** Paris, von Henri Sellier, M. Bruggeman und M. Poëte.

** Lyon, von Edouard Herriot.

** Rouen, von J. Levainville.

** Bordeaux, von Paul Courteault.

** Bourges, von C. J. Gignoux.

** Tours, von Professor Lhéritier und Camille Chautemps.

** Marseille, von Paul Masson.

Elsaß-Lothringen, von Georges Delahache.

Die Wirkungen des Krieges auf die Kolonien:

Die französischen Kolonien während des Krieges, von Arthur Girault.

* Nordafrika während des Krieges, von Augustin Bernard.

Die französischen Kriegskosten:

* Die unmittelbaren Kriegsauslagen, von Professor Gaston Jèze.

Die Kriegskosten Frankreichs, von Professor Charles Gide.

GRIECHISCHE SERIE

(in französischer Sprache).

Die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Krieges auf Griechenland, von Professor A. Andreades.

GROSSBRITANNISCHE SERIE.

- *Bibliographische Übersicht, von Miß M. E. Bulkley.
- *Handbuch des Archivwesens, von Hilary Jenkinson.
- *Britische Archive im Frieden und im Kriege, von Dr. Hubert Hall.
- Die Kriegsverwaltung in Großbritannien und Irland (mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse), von Professor W. G. S. Adams.
- *Die Kriegsverwaltung in den britischen Dominions, von Professor A. B. Keith.
- *Preise und Löhne im Vereinigten Königreiche 1914—1920, von Professor A. L. Bowley.
- *Britisches Kriegsbudget und Finanzpolitik, von F. W. Hirst und J. E. Allen.
- Die Besteuerung, das Kriegseinkommen und die Kriegsgewinne, von Sir J. C. Stamp.
- *Das Versicherungswesen während des Krieges, eine Reihe von Monographien:
 - Lebensversicherung, von S. G. Warner; Feuerversicherung, von E. A. Sich und S. Preston; Schiffsversicherung, von Sir Norman Hill; Gesundheitsversicherung, von Sir Alfred Watson; Arbeitslosenversicherung, von Sir William Beveridge; mit einem Anhang von Sir William Schooling.
- *Versuche staatlicher Bewirtschaftung im Kriegs- und Ernährungsministerium, von E. M. H. Lloyd.
- Die Approvisionierung Englands, von Sir William Beveridge.
- *Die Nahrungsmittelerzeugung während des Krieges, von Sir Thomas Middleton.
- Die Wirkungen des Krieges auf die britische Textilindustrie:
 - *Das Baumwollkontrollamt, von H. D. Henderson.
- *Die Schiffskontrolle der Alliierten; Versuch einer internationalen Verwaltung, von Sir Arthur Salter.
- *Allgemeine Darstellung der britischen Schifffahrt während des Krieges, von C. Ernest Fayle.
- *Die britische Kohlenindustrie während des Krieges, von Sir Richard Redmayne.
- Die britische Eisen- und Metallindustrie während des Krieges, von W. T. Layton.

- * Die britischen Arbeitervereinigungen und der Krieg, von G. D. H. Cole:
 - ** Gewerkschaftswesen und Munitionsindustrie.
 - ** Bergarbeiter-Gewerkschaften.
 - ** Werkstättenorganisation.
- * Der Arbeitsmarkt und seine Regelung, von Humbert Wolfe.
- Die Gesundheitsverhältnisse der heimgekehrten Krieger, von Dr. E. Cunyngham-Brown.
- * Die Industrie des Clyde-Tales während des Krieges, von Professor W. R. Scott und J. Cunnison.
- * Die Landwirtschaft und Fischerei Schottlands:
 - Eine Serie von kriegswirtschaftlichen Studien, von H. M. Conacher, Joseph Duncan, D. T. Jones und Dr. J. P. Day mit einer Einleitung von Professor W. R. Scott.
- Wales im Weltkriege, von Elias Henry Jones.
- Anleitung zum Studium der Kriegswirtschaft:
 - Verzeichnis der staatlichen Kriegsorganisationen, von Dr. N. B. Dearle.
 - Wirtschaftschronik des Krieges, von Dr. N. B. Dearle.
- Die Kriegskosten Großbritanniens (Verfasser noch nicht bestimmt).
- Studien über die sozialen Verhältnisse in England während des Krieges (Verfasser noch nicht bestimmt).

ITALIENISCHE SERIE.

- Bibliographische Übersicht über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Krieges, von Professor Vincenzo Porri, mit einer Einleitung über die Beschaffung und Benützung kriegswirtschaftlicher Dokumente, von Comm. Eugenio Casanova.
- * Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung, von Professor Alberto de' Stefani.
- Die landwirtschaftliche Produktion in Italien 1914—1919, von Professor Umberto Ricci.
- Die Bauernschaft Italiens während des Krieges, von Professor Arrigo Serpieri.
- * Volksernährung und Rationierung, von Professor Riccardo Bachi; die Nahrungsmittelversorgung der italienischen Armee, von Professor Gaetano Zingali.
- * Die Finanzen Italiens während des Krieges, von Senator Professor Luigi Einaudi.

Die Kriegskosten Italiens, von Senator Professor Luigi Einaudi.

Die Inflation in Italien und ihre Wirkung auf die Preise, das Einkommen und die fremden Valuten, von Professor Pasquale Jannaccone.

* Die Bevölkerungsstatistik und Volksgesundheit Italiens während des Krieges und nach demselben, von Professor Giorgio Mortara.
Das italienische Volk während des Krieges und nach demselben: ein soziologisches Bild, von Professor Gioacchino Volpe.

* Das wirtschaftliche und soziale Leben in Piemont während des Krieges, von Professor Giuseppe Prato.

JAPANISCHE SERIE

(in englischer Sprache).

Die Wirkungen des Krieges auf die Rohstoffherzeugung Japans, von M. Kobayashi.

Die Wirkungen des Krieges auf die japanische Industrie, von M. Ogawa.

Die Wirkungen des Krieges auf den Handel und Verkehr Japans, von M. Yamazaki.

Die Wirkungen des Krieges auf das japanische Transportwesen, von M. Matsuoka.

Die Wirkungen des Krieges auf die Finanzen und den Geldmarkt Japans, von M. Ono.

Der soziale Einfluß des Krieges auf Japan, von M. Kobayashi.

JUGOSLAWISCHE SERIE.

Die wirtschaftliche Lage Serbiens bei Kriegsausbruch und während des ersten Kriegsjahres, von Professor Velimir Bajkitch.

Die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Krieges auf Serbien, von Professor D. Jovanovitch.

NIEDERLÄNDISCHE SERIE

(in englischer Sprache).

* Die finanziellen Wirkungen des Krieges auf die Niederlande bis 1918, von Dr. M. J. van der Flier.

* Die Wirkungen des Krieges auf die Lebensmittelversorgung und die Landwirtschaft, von Dr. F. E. Posthuma.

* Die Wirkungen des Krieges auf die Industrie, von C. J. P. Zaalberg.

* Die Wirkungen des Krieges auf Handel und Schifffahrt, von E. P. de Monchy.

- * Die Wirkungen des Krieges auf die Preise, die Löhne und die Lebenskosten, von Professor Dr. H. W. Methorst.
- Die Wirkungen des Krieges auf das Bankwesen und die Währung, von Dr. G. Vissering und Dr. J. Westerman Holstyn.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Kolonien, von Professor Dr. J. H. Carpentier Alting und M. de Cock Buning.
- * Die Wirkungen des Krieges auf das Wohnungsproblem 1914—1922, von Dr. H. J. Romeyn.
- Die Finanzen der Niederlande 1918—1922; Die Kosten des Krieges, von Professor Dr. H. W. C. Bordewyck.

RUMÄNISCHE SERIE

(in englischer Sprache).

- Die agrarische Umwälzung in Rumänien und Südosteuropa, von D. Mitrany.
- Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Rumänien:
 - Die feindliche Besetzung Rumäniens, von Dr. G. Antipa.
 - Der Krieg und die Volksgesundheit, von Professor J. Cantacuzino.
 - Die Finanzen Rumäniens im Kriege, von Vintila Bratianu.
 - Die rumänische Landwirtschaft während des Krieges, von Innescu Sisesti.
 - Die rumänische Industrie während des Krieges, von M. Busila.
 - Die Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben Rumäniens (Verfasser noch nicht bestimmt).

RUSSISCHE SERIE

(in englischer Sprache).

- Die Wirkungen des Krieges auf die Verwaltung und die Staatsfinanzen Rußlands:
 - Die Wirkungen des Krieges auf die Zentralregierung, von Professor Paul P. Gronskey.
 - Die Staatsfinanzen in Rußland während des Krieges, von Alexander M. Michelson.
 - Der russische Staatskredit während des Krieges, von Paul N. Apostol.
 - Die Währung Rußlands während des Krieges, von Professor Michel V. Bernadsky.

Die Gemeinden und Semstvos während des Krieges:

Die Semstvos im Frieden und während des Krieges, von Prinz G. E. Lwoff.

Die Wirkungen des Krieges auf die russischen Gemeindevertretungen und die allrussische Städteunion, von N. I. Astroff.

Die Semstvos, die allrussische Union der Semstvos und die «Zemgor» (Vereinigung der Semstvos der Städteunion), von Prinz Vladimir A. Obolensky und Sergius P. Turin.

Der Krieg und die geistige Verfassung der Arbeiter der Semstvos, von Isaak V. Shlovsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften und das genossenschaftliche Kreditwesen, von Professor Dr. A. N. Anziferoff.

Die russische Armee im Weltkriege; eine sozialhistorische Studie, von General Nicolaus N. Golovine.

Die Landwirtschaft Rußlands und der Krieg, von Professor Dr. A. N. Anziferoff, Professor Dr. Alexander Bilimovitch und M. O. Batcheff.

Die Wirkungen des Krieges auf die ländliche Siedlung in Rußland, von Professor Dr. Alexander Bilimovitch und Professor V. A. Kossinsky.

Die Nahrungsmittelversorgung Rußlands während des Krieges, von Professor Peter B. Struve.

Die staatliche Kontrolle der russischen Industrie während des Krieges, von Simon O. Zagorsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die russischen Industrien:

Kohlenproduktion, von Boris N. Sokoloff.

Petroleum, von Alexander M. Michelson.

Chemische Industrie, von Mark A. Landau.

Flachs- und Wollindustrie, von Sergius N. Tretiakoff.

Die Wirkungen des Krieges auf die industriellen Arbeitsbedingungen:

Die Löhne während des Krieges, von Anna G. Eisenstadt.

Die Änderungen der Lebensbedingungen und der Zusammensetzung der arbeitenden Klassen, von W. T. Braithwaite.

Die Wirkungen des Krieges auf Handel und Verkehr:

Der russische Binnenhandel während des Krieges, von Paul A. Bouryshkine.

Rußland und der Wirtschaftskrieg, von Professor Boris R. Nolde.

Die Wirkungen des Krieges auf die Verkehrsverhältnisse Rußlands, von Michael B. Braikevitch.

- Die Wirkungen des Krieges auf die Volksgesundheit und Volkserziehung:
 Die Volks- und Mittelschulen Rußlands während des Krieges, von
 Professor D. M. Odinetz.
 Die Hochschulen und akademischen Einrichtungen während des
 Krieges, von Professor P. J. Novgorodzoff.
 Die Sozialgeschichte der Ukraine während des Krieges, von
 Nicolas M. Mogilansky.
 Die Bevölkerungsstatistik Rußlands während des Krieges, von Stanislas
 S. Kohn; Rußland im Weltkrieg, eine historische Zusammen-
 fassung (Verfasser noch nicht bestimmt).

SKANDINAVISCHES SERIE.

- * Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schwedens während und
 nach dem Weltkrieg, herausgegeben von Professor Eli F. Heckscher:
 Einleitende Übersicht von Eli F. Heckscher.
 Lebensmittel-Politik und Lebensmittel-Versorgung 1914 bis 1922,
 von Carl Mannerfelt.
 Die Industrien und ihre Regelung 1914—1923, von Olof Edström.
 Soziale Verhältnisse und Sozial-Politik 1914—1925:
 Die schwedische Lohnarbeiterschaft 1914—1924, von Olof
 Eckblom; Arbeitslosen-Politik 1914—1924 von Otto Järte
 und Fabian von Koch; Wohnungsmarkt und Mietenregelung
 1914—1925, von K. G. Tham.
 Geldwesen und Geldpolitik vom Ausbruch des Krieges bis zur
 international. Wiederherstellung des Goldmünzfußes 1914—1925,
 von Eli F. Heckscher.
 Handels- und Schifffahrts-Politik unter dem Einfluß des Welt-
 krieges, von Kurt Bergendal.
 Norwegen und der Weltkrieg, von Dr. Wilhelm Keilhau.
 Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Dänemark, von
 Dr. Einar Cohn; mit einer Abteilung über Island, von Thorstein
 Thorsteinsson.

TSCHECHOSLOWAKISCHE SERIE

(in englischer Sprache).

- * Die Finanzpolitik der Tschechoslowakei während des ersten Jahres
 nach dem Kriege, von Dr. A. Rašin.
 Die Wirkungen des Krieges auf das tschechoslowakische Volk; eine
 Reihe von Monographien unter der Leitung des Präsidenten
 Dr. Th. G. Masaryk.

SERIE VON ÜBERSETZUNGEN UND VERKÜRZTEN AUSGABEN

(in englischer Sprache).

- * Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.
 - * Die Landwirtschaft und die Kontrolle der Lebensmittelversorgung in Frankreich während des Krieges, von Michael Augé-Laribé und Pierre Pinot.
 - * Die Kriegsfinanzen und Ausgaben Frankreichs, von Gaston Jéze und Henri Truchy.
 - * Die Wirkungen des Krieges auf die Zivilverwaltung, von Pierre Renouvin.
 - Die Organisation der Arbeit in den französischen Invasionsgebieten während der Besetzung, von Pierre Boulin.
 - «Mitteleuropa», die Vorbereitung eines neuen wirtschaftlichen Zusammenschlusses, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.
 - Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.
 - Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Krieg, von Geheimrat Professor Dr. Walther Lotz.
- (Weitere Bände in Vorbereitung.)

VERLEGER UND VERTRIEBSSTELLEN IN DEN EINZELNEN LÄNDERN:

- | | |
|----------------------------------|--|
| <i>Österreich und Ungarn</i> . . | Hölder-Pichler-Tempsky A. G., Wien, IV.,
Johann-Strauß-Gasse 6. |
| <i>Amerika</i> | Yale University Press, New Haven, Con-
necticut. |
| <i>Deutschland</i> | Deutsche Verlagsanstalt Berlin und Stuttgart. |
| <i>Frankreich</i> | Les Presses Universitaires de France, 49 Boule-
vard Saint-Michel, Paris. |
| <i>Großbritannien</i> | Oxford University Press, Amen House,
Warwick Square, London E. C. 4. |
| <i>Italien</i> | La Casa Editrice Laterza, Bari, Italien. |
| <i>Norwegen</i> | H. Aschehough & Co., Oslo. |
| <i>Schweden</i> | Norstedt und Söner, Stockholm. |

Anfragen bezüglich Inhalt und Preis für welchen Band immer können sowohl an den Verleger des betreffenden Landes als auch an den Verleger des Landes, in dem sich der Anfrager befindet, gerichtet werden.

Form 45

940.9 C 216au
Carnegie endow for int'l v.10
peace-Div. of econ.& hist.-
Econ. & soc. hist. of world
war-Austrian & Hungarian ser.

228947

Form 47

940.9

PENNSYLVANIA STATE LIBRARY

Harrisburg

C 216 au

v.10

228947

In case of failure to return the books the borrower agrees to pay the original price of the same, or to replace them with other copies. The last borrower is held responsible for any mutilation.

Return this book on or before the last date stamped below.

